


SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV. ANG.
VE RI TAS
CHRISTO ET ECCLESIAE



Deutschland und die große Politik anno 1903.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin.



Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1904.

Dezember 1902. Graf Lamsdorff in den Balkanstaaten.
1. Januar 1903. Antwort de Castros auf die Forderung der Mächte.
3. Januar 1903. Graf Lamsdorff verläßt Wien.
4. Januar 1903. Landung deutscher Truppen in Puerto Caballo.
7. Januar 1903. Blockade des Golfs von Maracaibo.

7. Januar 1903.

In Boston erscheint eine von Mr. John F. Fitzgerald, einem irischen Katholiken, herausgegebene Wochenschrift „Republic", aus welcher ein amerikanischer Korrespondent der „National Review", A. Maurice Low, wie folgt referiert: „Bei Besprechung von Deutschlands Flottenprogramm und des jüngsten Buches von Professor Theodor Schiemann „Deutschland und die große Politik", sagt die „Republic", Herr Schiemann erkläre offen, daß der Zweck der deutschen Flottenvermehrung nicht, wie offiziell erklärt wurde, die Verteidigung der Kolonien sei, die seien unbedeutend, sondern sie richte sich allerdings gegen Großbritannien, von dem Deutschland eine Behinderung seiner aggressiven Politik in Afrika und Asien befürchten müsse. Um dem entgegenzuwirken, dürfe nicht geduldet werden, daß Englands Seemacht größer sei, als die von Deutschland, Rußland und Frankreich zusammen."

Die „Republic" folgert daraus, daß auch die deutschen Anschläge auf Südamerika ernst zu nehmen seien, und betont zum Schluß, daß die Vereinigten Staaten eifrig zur See rüsten müßten, um dem bedrohten England beizuspringen. Nun steht in dem Buche „Deutschland und die große Politik" nichts von dem, was Fitzgerald und ihm folgend die „National Review" herauszulesen belieben. Vielmehr hat Mr. Fitzgerald eine groteske Fälschung vorgenommen, wenn man nicht etwa zu seiner Entschuldigung annehmen darf, daß er zu wenig deutsch versteht, um über deutsche Bücher richtig zu referieren. In „Deutschland und die große Politik" wird unter dem Datum 17. April von den Phantasien eines russischen Publizisten Notiz genommen (des Herrn Lugowoi), der sich für eine russisch-deutsch-französische

Allianz gegen England begeistert. Diese Ideen aber werden S. 178 wörtlich folgendermaßen zurückgewiesen: „Daß Deutschland nicht dazu helfen kann, England ohnmächtig zu machen, gebietet, abgesehen von der Tatsache, daß trotz allem England in seiner Kultur und in der Weltauffassung seiner besten Männer, uns näher steht als alle übrigen Mächte, die einfache Erwägung, daß wir keinerlei Garantie dafür haben, daß die Bundesgenossen von heute sich nicht nach Besiegung des englischen Gegners gegen uns wenden." Das ist also genau das Gegenteil dessen, was Herr Fitzgerald in der „Republic" sagt und die „National Review" ihm, ohne selbst zu prüfen, nachdruckt. Vielleicht hat die letztere Anstandsgefühl genug, die grobe Unwahrheit, die sie verbreitet hat, wieder durch Abdruck unserer Gegenbemerkungen einigermaßen zurechtzustellen. Das audacter calumniare ist so sehr das Kennzeichen der gegen Deutschland gerichteten politischen Agitation geworden, daß wir diesen besonderen Fall nicht weiter erwähnt hätten, wenn nicht der historisch-politische Rückblick auf das hinter uns liegende Jahr zeigte, daß es sich nicht um Einzelaktionen, sondern um ein systematisches Vorgehen handelt. Die „National Review" ist eines der Organe dieser internationalen Verschwörergruppe, deren Verzweigungen in Frankreich, Böhmen, Rußland, Amerika, wir seit Jahr und Tag aufmerksam verfolgt und unseren Lesern vorgeführt haben. Auch wollen wir nicht durch eine Wiederholung des hundertmal Gesagten ermüden. Aber es wird nicht unnötig sein, einmal die Frage zu beantworten, wie dieser politische Haß gegen Deutschland in aller Welt Fuß fassen konnte, und wie weit wir selbst eine Mitschuld an ihm tragen.

Über den historischen Ursprung der Erscheinung kann kein Zweifel sein. Die Gründung des Deutschen Reiches, durch welche Mitteleuropa aus einem Stadium politischer Ohnmacht sich zu einem Faktor realer Großmachtstellung emporrang, beseitigte eine Weltlage, die dem Ehrgeiz aller übrigen Mächte erwünscht und vorteilhaft war. Zunächst Frankreich und Rußland fühlten sich in der Freiheit ihrer Bewegung beschränkt. Beide hatten nicht ungern ein mittelstarkes Preußen gesehen; unleidlich war ihnen, daß dieser Staat sich zur stärksten Militärmacht Europas herausgewachsen hatte; bei beiden wirkte dann die Enttäuschung mit, daß mit dem Scheiden des Fürsten Bismarck — gegen den direkt vorzugehen eine unzweifelhaft vorhandene

Scheu vor seiner „force politique“ abhielt — das Reich nicht, wie man gehofft hatte, in sich zusammenbrach, sondern nach einigen Jahren unsicheren Schwankens nicht nur die alte Stellung behauptete, sondern sie ausbaute und namentlich durch eine unvorhergesehene Entwicklung zur See weiter festigte. Auch zeigte sich, daß die Tripelallianz, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, die man seit 1890 gleichsam als einen in den Fundamenten erschütterten Bau darzustellen liebte, sich stets aufs neue zusammenfand, und vielleicht nie ist in dieser Hinsicht die Enttäuschung größer gewesen, als da am 28. Juni 1902 der Dreibund sich auf weitere 12 Jahre erneute. Die alles Maß übersteigende Agitation der Tschechen, der Haß der Polen, die törichten Übertreibungen der Alldeutschen in Österreich, die von Slaven und Magyaren gereizt, alles politische Urteil verloren und mit am meisten dazu beitrugen, die Stellung des Deutschtums in der Habsburgischen Monarchie zu schwächen, das alles führte in seiner Summe dahin, daß hier ein dritter Herd erbitterter Feindschaft gegen das Deutsche Reich entstehen konnte, der bald in Fühlung mit den schon bestehenden russischen und französischen Mittelpunkten trat und sie an Roheit noch weit übertrumpfte: wir meinen Tschechen und Polen in Österreich. Das vierte Zentrum wurde England. Es ist aber durchaus falsch, diese englische Feindseligkeit von dem vielbesprochenen Telegramm an den Präsidenten Krüger, dessen Geschichte übrigens noch zu schreiben ist, und von unserer Flottenvermehrung zu datieren. Die Erbitterung der Engländer entzündete sich an der deutschen Handelskonkurrenz und fand dann nachträglich in dem 1896 erschienenen Wilsonschen Buch, „Made in Germany“ einen so unverhüllten Ausdruck, daß die Nachwirkung auf Deutschland nicht ausbleiben konnte. Man war bei uns ohnehin erbittert wegen der Steine, die uns von englischer Seite auf Schritt und Tritt in den Weg geworfen wurden, als wir — spät genug — begannen, durch eine vorsichtige und maßvolle Kolonialpolitik auch für unsere Zukunft jenseit des Meeres die Grundlagen zu sichern. Die Art, wie in England das Telegramm Kaiser Wilhelms aufgenommen wurde und die unerhörten Beschimpfungen, die sich damals die englische Presse und die englische Gesellschaft gegen die Person des Kaisers erlaubten, gab dann den Ausschlag und zeitigte jene Stimmung, die während des südafrikanischen Krieges bei uns in der Presse und in der öffentlichen Meinung vorherrschte. Daß

es dabei zu Übertreibungen kam, die kein Mann von Bildung billigen wird, ist sehr bedauernswert, beseitigt aber nicht die Tatsache, daß die Feindseligkeit von englischer, nicht von deutscher Seite ausgegangen ist und daß England die weit leidenschaftlicheren Angriffe der Russen und die mindestens gleich entschiedene Parteinahme der Franzosen für die beiden südafrikanischen Republiken nicht zu bemerken für gut befand. Es wurde systematisch alles Odium auf Deutschland abgelenkt. Und in diesem Zusammenhange trat denn auch die Legende von dem gegen England gerichteten Ausbau der deutschen Flotte auf, während in Wirklichkeit es sich um eine Defensive handelte, die durch die exponierte Stellung Deutschlands geboten war und die in ausreichendem Maße fertig zu stellen noch heute eine Aufgabe der Zukunft ist. Es hat aber dabei auch die sehr freundschaftliche Erwägung mitgespielt, daß ein auf gegenseitige Interessen gegründetes Zusammengehen von England und Deutschland, wie wir es für die Zukunft erstreben und für absolut notwendig halten, erst dann möglich sein wird, wenn wir auch als Seemacht ein Gewicht von Bedeutung in die Wagschale zu werfen vermögen. Daß dieser Tag kommen wird, scheint uns so sicher zu sein, wie zukünftige Dinge es überhaupt sein können, aber wir meinen allerdings, daß, um dieses Ziel zu erreichen, Sammlung und ruhige Arbeit im eignen Hause zumeist not tut. Das nervöse Ausschauen nach möglichen Errungenschaften, die an allen Ecken und Enden der Welt herbeigeholt werden sollen, das Jagen nach Kompensationen, wenn andere einen Gewinn erzielt haben, das alles ist gewiß kein Mittel, um Deutschland stark und gesund zu erhalten. Die nach dieser Richtung gehende Agitation hat uns nur geschadet und wesentlich dazu beigetragen, das Phantom von der unersättlichen Habgier Deutschlands zu konstruieren, das für jeden, der die tatsächliche Haltung Deutschlands in den Problemen der großen Politik verfolgt hat, in das Nichts versinkt, aus dem es hervorgegangen ist.

Da ist es doch wohl nützlich, es einmal deutlich auszusprechen, was uns als Ziel unserer Politik vorschwebt. In Europa hat Deutschland keinen anderen Ehrgeiz, als auf der Basis seines geographischen status quo sich den Frieden so lange zu sichern, wie irgend möglich ist. In allen Verwickelungen der letzten Jahre, und sie sind reich an Verwickelungen gewesen, hat es seinen Einfluß zur Erhaltung des Weltfriedens geltend gemacht; wo, wie in Südafrika, der Krieg Tatsache wurde,

die strikteste Neutralität aufrecht erhalten; in den chinesischen Angelegenheiten dafür gesorgt, daß die Grenze des Notwendigen nicht überschritten wurde; in dem aus Anlaß des Tientsiner Eisenbahnstreites drohenden englisch-russischen Konflikt zum Frieden vermittelt; in Österreich-Ungarn, im Streit der Parteien und Nationen auf die Notwendigkeit der Verständigung und des Kompromisses hingewiesen und alles getan, um die Dynastie in ihrer Stellung zu fördern und zu stützen. An keiner Stelle ist der Versuch gemacht worden, in das innere Parteileben der Nachbarn einzugreifen; weder Palmerstonsche, noch Nikolaitische, noch endlich Napoleonische Politik ist getrieben worden, wir sind in unseren Grenzpfählen geblieben und haben nach außen hin nur ein doppeltes Ziel zu verfolgen: den endlichen Ausbau unserer Kolonien, für die trotz mehrfacher Anläufe der Reichsregierung, dank der lähmenden Apathie des Reichstages, so gut wie nichts geschehen ist, und die Behauptung des Prinzips der offenen Tür, wie des Wettbewerbes zu gleichem Recht, wo immer neue Gebiete sich dem Handel der Kulturvölker erschließen. Um diese Position zu behaupten, muß unser Heer bleiben, was es ist, das will sagen, es muß an sich selber arbeitend fortschreiten auf der eingeschlagenen Bahn und ebenso muß unsere Flotte ausgebaut werden, bis jenes Programm durchgeführt ist, das Kaiser und Reichsvertretung als unerläßlich anerkannt haben.

Dieses politische Programm aber ist mit den Interessen aller Mächte vereinbar, die nicht Übermachtspolitik treiben wollen, aber es läßt sich auch nur dann behaupten, wenn Deutschland sich darüber klar ist, daß es jederzeit bereit sein muß, für dieses Minimum auch seine ganze Kraft einzusetzen. Und das, so meinen wir, sollten unsere politischen Gegner in der ausländischen Presse sich gesagt sein lassen. Recht erwogen bedeutet ihr Wühlen gegen uns eine Minderung ihrer eigenen Stellung, ganz wie diejenigen, die bei uns eine nörgelnde und aufreizende Kritik des Auslandes zum Thema ihrer publizistischen Ausführungen machen, nicht jene, sondern uns, und damit doch auch sich selbst schädigen.

Bei der außerordentlichen Bedeutung, welche die Presse gewonnen hat, sollte das Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die an dem geschriebenen Wort haftet, gleichen Schritt halten mit der Tragweite, die ihm beigemessen wird. Nichts ist leichter als Sensationen in die Welt zu werfen und dadurch einen Leserkreis von geringer Urteils-

kraft an sich zu fesseln. Aber Worte setzen sich schließlich in Willen um, und der unvernünftige Wille führt zu unvernünftigen Taten, oder kann doch dahin führen. Und damit seien diese allgemeinen Betrachtungen geschlossen. Es sind keine Lückenbüßer, sondern ernste politische Gedanken, welche das Preßtreiben intra muros et extra während des verflossenen Jahres uns aufgedrängt hat, ein Treiben, das, wie es scheint, vom alten Jahr in das neue übertragen werden soll.

Wir erinnern kurz an die Tatsachen, die das an überraschenden Wendungen reiche Jahr 1902 gebracht hat.

Ziemlich genau vor zwölf Monaten dampfte die „Gazelle" nach Venezuela ab und wir durften damals glauben, daß Deutschland sich sein gutes Recht von der störrigen und übermütigen Regierung des Präsidenten Castro holen werde. Es wurde aber plötzlich von diesen venezolanischen Dingen still, bis nach Ablauf von fast einem Jahre die Welt vor der großen Überraschung einer gegen Venezuela gerichteten deutsch-englischen Expedition stand. Was an Verhandlungen zwischen Januar und Anfang Dezember 1902 liegt, ist nicht bekannt geworden, und schwierig genug mögen diese nach Caracas, Washington und London gehenden Verhandlungen gewesen sein. Ihr Resultat war die Position, wie sie heute ist. Die Vereinigten Staaten haben trotz der Ansprüche der Monroe-Doktrin das Vorgehen der beiden europäischen Großmächte durchaus gebilligt, und nachdem Venezuela seine Flotte eingebüßt hat und seine Häfen blockiert sieht, scheint es sich allmählich zur Annahme der Bedingungen bequemen zu wollen, von welchen Deutschland und England die Übertragung der letzten Entscheidung an ein Schiedsgericht in Abhängigkeit gestellt haben. Präsident Roosevelt, der zunächst als Schiedsrichter erbeten war, hat aus Gründen, die wohl in der inneren Politik der Vereinigten Staaten ihre Erklärung finden, abgelehnt. Man denkt heute an den Haager Schiedsgerichtshof, aber es ist nicht unmöglich, daß, wenn Castro zum Rücktritt genötigt werden sollte, schon früher eine befriedigende Genugtuung der intervenierenden Mächte, zu denen neuerdings auch Italien gehört, sich erreichen läßt. Jedenfalls ist eine weitere Verwicklung in Anlaß Venezuelas nicht zu befürchten, wenn auch in diesem Falle sich der alte Satz bestätigen will, daß man einen kleinen Kläffer nur schwer zur Ruhe bringen kann.

Völlig erledigt sind heute, abgesehen von der Frage, in welchem

Metall die Entschädigungen zu zahlen sind, die Wirren, welche der Boxeraufstand und das Einschreiten der Mächte in China zur Folge hatte. Schon am 7. Januar hielt der chinesische Hof seinen Einzug in Peking, am 15. August erfolgte die Übergabe von Tientsin an den Vizekönig von Petschili und eben jetzt ist auch Schanghai endgiltig geräumt worden. Die fremdenfeindlichen Erhebungen, die hie und da im Innern des Reiches stattgefunden haben, scheinen von keiner weiteren Bedeutung zu sein und da die Kaiserin und das neu eingerichtete chinesische auswärtige Amt es mit der Öffnung Chinas offenbar ernst nimmt, die meist in Betracht kommenden Vizekönige wohlgesinnt sind, läßt sich auf eine Ära ruhigen Verkehrs zwischen den gelben und weißen Männern rechnen. Rußland, das sich im April durch einen inzwischen veröffentlichten Vertrag zur Räumung der Mandschurei verpflichtete, hat seine Truppen auf die Eisenbahnlinie zurückgezogen, scheint aber zu steten Strafzügen genötigt zu sein, um die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten. Infolgedessen ist der Glaube vielfach verbreitet, daß Rußland die Mandschurei schwerlich früher räumen werde, als die Engländer Egypten, und die russische Presse tut, was an ihr liegt, um diese Vorstellung zu festigen. So lesen wir in einer Korrespondenz, die ein Herr Nossilow der „Nowoje Wremja“ aus der Mandschurei gesendet, die folgenden offenherzigen Bekenntnisse: „Man sagt, wir verlassen die Mandschurei. In Wirklichkeit gewinnt man aber in der Mandschurei genau den entgegengesetzten Eindruck und es scheint, daß wir dort erst jetzt ernstlich ans Werk gehen und uns recht gründlich festsetzen. Und wie sollte es anders sein, da wir eben erst eine große Kulturarbeit begonnen und bisher noch keine Enttäuschung erlebt haben. Der allgemeine Eindruck ist, daß mit größtem Eifer Städte, Häfen, wichtige Handelsplätze ausgebaut werden, und daß man eine gewaltige Eisenbahnlinie auf das solideste einrichtet. Auch gibt es in der ganzen Mandschurei nicht einen Russen, der daran zweifelte, daß die Zukunft dieses Landes uns gehört.“ Man sieht, der große politische Schachzug, den England Anfang März mit Abschluß seines japanischen Bündnisses tat und den Rußland mit Ausdehnung der alliance franco-russe auf das östliche Asien beantwortete, hat die für England erwünschte Wirkung nicht gehabt. Der Rückzug Rußlands auf seine Eisenbahnlinie war mehr eine Konzentrierung als ein Zurückweichen und unser Eindruck

ist, daß von einem Verzicht Rußlands auch nur auf die geringste der von ihm in Asien eingenommenen Positionen keine Rede sein kann.

Vielmehr weist alles darauf hin, daß die russische Politik im Begriff steht, ihre ostasiatische Aktion mit erneuter Tatkraft aufzunehmen. Darin hat uns namentlich die Haltung des offiziellen Rußland während der macedonischen Schwierigkeiten bestärkt. Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung, wie sie in der russischen Presse zum Ausdruck kam, ist das gute Einvernehmen mit der Pforte aufrecht erhalten worden und alles geschehen, um Serbien und namentlich Bulgarien zu nötigen, mit ihrer aufregenden Agitation in Macedonien einzuhalten. Die jüngste Reise des Grafen Lamsdorff nach Belgrad, Sofia und Wien mündete in die Erneuerung und wahrscheinlich auch in die Vervollständigung derjenigen Abmachungen aus, die 1897 getroffen wurden, um die Ruhe unter den kleinen Balkanstaaten aufrecht zu erhalten und damit den Ausbruch einer für den Frieden Europas immer gefährlichen orientalischen Krisis unmöglich zu machen. Dagegen läßt sich nicht übersehen, daß sowohl in Persien wie in Afghanistan die Konkurrenz des russischen Einflusses dem englischen immer bedrohlicher wird. Es sind das Gebiete, in welche die Hand des japanischen Bundesgenossen Englands nicht hineinreichen kann.

Das bedeutsamste Ereignis des Jahres, die am 31. Mai erfolgte Unterzeichnung der Urkunde, durch welche Transvaal und Oranje-Republik sich zur englischen Untertanschaft bekannten, haben wir seinerzeit so eingehend kommentiert, daß es genügen wird, mit einigen Worten die wesentlichsten Gesichtspunkte in Erinnerung zu bringen. Der dreijährige Krieg, den England gegen die beiden kleinen Burenrepubliken führte, ist der schwerste gewesen, den England seit den Kriegen mit dem ersten Napoleon geführt hat. Schwerer als der Krimkrieg und schwerer als die Bewältigung des indischen Aufstandes. Wie jedesmal ist England auch in diesen Krieg mit ungenügender Ausrüstung gezogen, und wie gleichfalls jedesmal ist es aus dem Kriege stärker hervorgegangen. Stärker namentlich durch die Vergrößerung seiner gewaltig angewachsenen Seemacht, durch den engeren Anschluß der autonomen Kolonien an das Mutterland, sowie dadurch, daß es sich fähig zeigte, ein Heer von 300000 Mann über See zu

schicken, was eine noch nie dagewesene Leistung darstellt. Imponierend war das Zusammenhalten der Nation während des Krieges. Sie erkannte ganz richtig, daß von dem Ausgang die Frage der Weltstellung Englands abhing und konnte und wollte deshalb nicht nachgeben. Eine Niederlage oder auch nur ein halber Erfolg hätte einen gefährlichen Widerhall in ganz Asien und darüber hinaus gefunden, und das wäre nie ganz wett zu machen gewesen. Aber wer hätte es für denkbar gehalten, daß ein halbes Jahr nach Abschluß des Krieges 600 Burenkämpfer sich bereitfinden würden, im englischen Heere gegen die Somali zu kämpfen, und daß Chamberlain unter dem rauschenden Jubel der Buren seinen Einzug in Prätoria würde halten können? Man muß sich diese Schlußwendung lebendig vorstellen, um danach auch das Urteil zu modifizieren, das während des Kampfes überall einseitig war und die Dinge nicht anders sehen wollte, als sie vom besonderen Standpunkte der Buren aus betrachtet erscheinen.

Ceciel Rhodes hat diesen Ausgang nicht mehr erlebt. Er ist am 26. März gestorben, kaum 3 Wochen nachdem Delarey den General Methuen bei Tweebosch gefangen genommen hatte, und damals schien der Friede noch fern. Jetzt, da er errungen ist, hat alles ein anderes Gesicht gewonnen. Wir erkennen auch deutlicher, daß es sich in der Tat darum handelte, ob Engländer oder Holländer Herren am Kap sein sollten. England hatte daher seit Jahren die Entscheidung in seinem Sinne vorbereitet und der ungeschickte Jameson-Ritt war nichts anderes als ein verfrühtes Symptom kommender Dinge. Schließlich stießen dann zwei Offensiven aufeinander und der Sieg blieb dem Stärkeren. So wie die Dinge heute liegen, wird, wer human denkt, eine Versöhnung der Gegner wünschen. Wir haben es daher als ein günstiges Symptom für die Zukunft begrüßt, daß Chamberlain in bündigster Weise die Erklärung abgegeben hat, daß von der Übertragung politischer Rechte auf die Kaffern keine Rede sein sollte. Sie sollen gleichen Schutz der Gesetze genießen, mehr nicht. Damit ist aber der eine Streitpunkt beseitigt, der unversöhnlich trennend zwischen Engländer und Buren gestanden hätte.

Weiter vorgerückt sind die Engländer im Sudan, sie und die Italiener haben ihre Grenzen gegen Abessinien durch feste Verträge

geregelt, Frankreich ist weiter nach Süden in die Sahara und weiter nach Westen zur marokkanischen Grenze vorgeschritten. Und nun ist am Jahresschlusse das schwere marokkanische Problem plötzlich durch die Erhebung eines Propheten gegen den Sultan Abdul Aziz in Fluß gekommen. Frankreich, England und nominell in erster Linie Spanien treffen ihre Vorbereitungen, um nötigenfalls einzuschreiten. Wir wissen nicht, wer folgen wird. Auch Italien und Rußland — letzteres nicht nur als Alliierter Frankreichs, sondern als zukünftige Mittelmeermacht — sind lebhaft an dem Ausgange interessiert. Das Günstigste wäre eine rasche Entscheidung, die zur allgemeinen Anerkennung eines Oberhauptes führt. Wie dieses Oberhaupt heißt, kann den europäischen Mächten gleichgültig sein. Keine von ihnen gönnt einer anderen das Übergewicht an dieser Stätte von so eminent geographisch-strategischer Bedeutung. Unsere Politik aber muß sich dahin richten, daß auch hier unter allen Umständen das Prinzip der offenen Tür aufrecht erhalten werde. Irgend welche territoriale Interessen verfolgen wir auf diesem Boden nicht.

Mächtig gewachsen ist im Laufe des letzten Jahres Macht und Ansehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und zwar vornehmlich infolge der glänzenden Persönlichkeit, die an der Spitze der großen Republik steht. Der Besuch, den Prinz Heinrich im Februar und März in Amerika machte, hat doch dahin geführt, daß der Gedanke verwandter Interessen zwischen Deutschland und dem Volk der Vereinigten Staaten anderen Teiles wieder lebendiger zum Bewußtsein gekommen ist. In Amerika freilich nicht, ohne auf Widerspruch gestoßen zu sein. Wie wäre das auch anders möglich bei der bösartigen Agitation, die so lange und so völlig ungestört gegen uns hat wühlen können.

Es wäre noch vieles zu erwähnen: der Lärm, den die Konzessionierung der anatolischen Eisenbahngesellschaft zum Bau der Bagdadbahn hervorrief, die retrospektive Klärung des Verhaltens der Mächte während des spanisch-amerikanischen Konflikts, die Übernahme der spanischen Regierung durch König Alfons XIII., die Reise des Präsidenten Loubet nach Petersburg und die Reise Kaiser Wilhelms nach England, der schmerzliche Verlust, den Deutschland durch den Tod König Alberts von Sachsen erlitt, endlich die höchst interessanten

wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die sich überall in den Vordergrund gedrängt haben, aber wir brechen ab, um mit der erfreulichen Tatsache zu schließen, daß die letzte Stunde des alten Jahres den auch von uns lebhaft ersehnten Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn nach einem jahrelangen Ringen von unerhörter Zähigkeit endlich zustande gebracht hat. Wir hoffen darin ein Vorspiel zu jenem anderen gleich notwendigen Ausgleich in dem Kampfe der um die Vorherrschaft ringenden Sprachen erblicken zu dürfen.

8. Januar. Mit Ausnahme Amerikas verlangen die Mächte von China Zahlung der Entschädigungen auf der Goldbasis.
9. Januar. Venezuela findet sich bereit, die eventuelle Entscheidung des Haager Schiedsgerichts anzuerkennen.
14. Januar. Reise des deutschen Kronprinzen nach Petersburg.

14. Januar 1903.

Die allgemeine politische Lage hat sich in den letzten acht Tagen nur unwesentlich geändert, und wir können nicht einmal mit Bestimmtheit sagen, wie weit diese Änderung zum Besseren erfolgt ist. Aus Marokko laufen die widersprechendsten Nachrichten ein; bald heißt es, Abdul Aziz sei Herr der Lage, bald werden weitere Fortschritte Bu Hamaras gemeldet. Vom älteren Bruder des Sultans hieß es anfangs, er werde an der Spitze der Truppen gegen den falschen Propheten und Prätendenten kämpfen, jetzt soll er als verdächtig verhaftet worden sein. Endlich wollen die letzten Nachrichten wieder wissen, daß Bu Hamara täglich an Anhang gewinne. Im Orient gehen Gerüchte den Ereignissen voraus und phantastische Erfindungen folgen ihnen: die Wahrheit tritt meist erst nach erfolgter allgemein sichtbarer Entscheidung zu Tage. Was wir heute sehen, ist jedenfalls ein Zustand gefährlicher Wirren, der durch das ganze Reich geht, geringe Treue in der Umgebung des Sultans und eine bedenkliche Erhitzung des islamischen Fanatismus. Die Mächte, vor allem England und Frankreich, halten noch mit ihrem Eingreifen zurück, weil sie wohl wissen, daß auf den ersten Schritt ein zweiter und dritter folgen muß. Spanien, das man gern vorgeschickt hätte, zögert gleichfalls, angeblich aus denselben Gründen, in Wirklichkeit wohl, weil Flotte und Heer viel zu wünschen übrig lassen. Am günstigsten ist dabei die Stellung Frankreichs, das, von der Westgrenze seiner algierischen und saharischen Besitzungen und Dependenzen aus, alle Gelegenheit hat, seinen Einfluß direkt und indirekt geltend zu machen. Auch läßt sich bei der großen Geschicklichkeit und Unbedenklichkeit, die Frankreich seit Jahr und Tag auf diesem Boden

bewiesen hat, nicht daran zweifeln, daß es mit gutem Erfolg geschieht. Ungünstiger ist die Lage der Engländer, denen man Schuld gibt an dem Treiben des Sultans, das die religiösen Gefühle seiner Untertanen verletzt hat. Auch hat England zur Zeit keinerlei Mittel, seinen Einfluß im Innern geltend zu machen. Man sieht es nicht und fühlt im Augenblick auch nicht seine Macht, und so scheint sie den mit einander ringenden Parteien nicht vorhanden zu sein. Jedenfalls hat, wie immer der Ausgang sein mag, Frankreich einen Vorsprung gewonnen, der bei der weiteren Entwicklung der Krisis doch von Bedeutung werden könnte.

Das meist erwünschte für alle europäischen Interessenten ist der baldige entscheidende Sieg eines der beiden Gegner, am liebsten der Sieg des Sultans; aber auch mit einer neuen Dynastie ließe sich leben, sobald sie erst allgemeine Anerkennung gefunden hat. Die von Europa nach Fez gehenden Fäden sind bereits so stark, daß sie sich wohl vorübergehend lockern aber nicht zerreißen lassen und die einmal angebahnte Erschließung des Landes sich nicht dauernd rückgängig machen läßt.

Auch in der venezolanischen Angelegenheit ist die Entscheidung noch nicht gefallen, und wir möchten vor allzu optimistischer Beurteilung der Lage warnen. Was sie schwierig macht, ist weniger das Verhalten Castros, der hat sich, nachdem sein toller Vorschlag, einen mittel- oder südamerikanischen Präsidenten zum Schiedsrichter zu machen, ins Wasser gefallen ist, endlich entschlossen, im Prinzip die Berechtigung der deutschen und englischen Forderungen anzuerkennen und dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Mr. Bowen, die nötigen Vollmachten zur endgültigen Beilegung der Streitigkeiten zu erteilen. Auch ist Mr. Bowen am 10. Januar von Caracas aufgebrochen, um auf den Ruf Mr. Hays, des amerikanischen Staatssekretärs, nach Washington zu reisen, wo die Verhandlungen zwischen ihm als Bevollmächtigten Venezuelas und den Botschaftern Deutschlands und Großbritanniens stattfinden sollen. Soweit wäre alles wohl eingeleitet, und die Hoffnung besteht sogar, daß die Übertragung der letzten Entscheidung an den Haager Schiedsgerichtshof überflüssig werden könnte. Die bedenkliche Seite der Lage liegt aber in der außerordentlichen Nervosität der öffentlichen Meinung Englands und in der Ungewißheit, ob darüber nicht auch das englische Ministerium

die Nerven verliert und vorzeitig die Blockade aufgiebt. Damit aber könnte bei dem Charakter der venezolanischen Bevölkerung leicht der Eindruck verwischt werden, den bisher das energische Auftreten der Mächte gemacht hat. Die Mischung von Kreolen, Indianern, Negern, welche das Volk von Venezuela bildet, scheint nicht fähig, folgerichtig zu handeln und aus der Erfahrung zu lernen, wenn nicht die erteilten Lektionen sehr nachhaltig und sehr gründlich sind. Kurz, an einen vollen Erfolg werden wir erst glauben, wenn wir ihn mit Händen greifen können.

Jene Nervosität der englischen öffentlichen Meinung, die sich namentlich gegen die deutsch-englische Kooperation richtet, ist in — man darf wohl sagen lächerlicher Weise — bei einer anderen Gelegenheit zu Tage getreten.

Die englische Regierung hat nämlich, wie ein Telegramm vom 7. Januar der Welt mitteilte, durch ihren Botschafter in Konstantinopel bei der Pforte dagegen protestiert, daß sie vier unbewaffneten Torpedobootzerstörern den Durchgang durch Bosporus und Dardanellen gestattet habe. Eine Berliner Reutermeldung, die einen entschieden englisch-offiziösen Charakter trug, wußte dann weiter zu berichten, daß Deutschland keinerlei Neigung zeige, sich diesem Protest anzuschließen. Diese Angelegenheit falle nicht in die deutsche Interessensphäre, Deutschland werde neutral bleiben und habe schon längst den Russen beruhigende Versicherungen zugehen lassen.

Die „Times“, die dieser Frage einen erregten Leitartikel widmet, schließt ihre Betrachtung mit dem folgenden charakteristischen Ausruf: „Jawohl! Das ist die Haltung, die sich von Deutschland erwarten ließ. Niemals hat es den auf die Pforte gewonnenen Einfluß genutzt, um allgemein europäische Angelegenheiten zu vertreten. Deutschland wird nie und unter keiner Bedingung, wie wir es oft genug warnend der Regierung vorgehalten haben, irgend etwas tun, was die guten Beziehungen zum „östlichen Nachbarn“ schwächen könnte. Bei allen Differenzen mit Rußland müssen wir darauf rechnen, daß Deutschland bestimmt gegen uns sein wird.“

„Daily Telegraph“ und „Daily News“ schlagen ähnliche Töne an, „Daily Chronicle“ benutzt die Gelegenheit, um der englischen Regierung recht nachdrücklich die Torheit vorzuwerfen, die sie durch das mit uns gemeinsame Vorgehen gegen Venezuela begangen habe.

„Daily Expreß", der das Reuter-Telegramm ohne Kommentar wiedergibt, setzt ihm die Überschrift: „Giftige Alliierte" und „Deutschland ohne Maske" und so fort.

Nun wollen wir gleich vorausschicken, daß es sich nicht um Dinge handelt, die gestern geschehen sind, sondern daß jene Torpedozerstörer im September die Dardanellen passierten und jetzt im Piräus liegen. England hat ein Vierteljahr hingehen lassen, ehe es sich zu jenem Protest entschloß, und wir glauben auch nicht, daß er irgend welche praktische Folgen in absehbarer Zukunft haben wird. Er bedeutet wohl nicht mehr als die von Zeit zu Zeit wiederholte Mahnung eines Gläubigers, der eine Schuld nicht verjähren lassen will. Auch sieht es nicht darnach aus, daß irgend eine andere Macht sich diesem englischen Protest anschließen wird, und es kann als charakteristisch für die Bedeutung der ganzen Angelegenheit betrachtet werden, daß die Börsen, die doch sonst sehr feinfühlig zu sein pflegen, von ihr absolut keine Notiz genommen haben.

Trotzdem scheint es uns nützlich, die ganze Angelegenheit einer Prüfung zu unterziehen, wie sie an der Hand der allgemein zugänglichen Protokolle des Pariser Kongresses vom 30. März 1856, der Londoner Konferenz vom 13. März 1871 und des Berliner Kongresses vom 13. Juli 1878 sehr wohl zu gewinnen ist. Aber wer gibt sich die Mühe, Protokolle zu lesen? Die mit ihrem Urteil so schnell fertigen englischen Zeitungen gewiß nicht.

Wir greifen etwas zurück. Im 18. und im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts ist das Recht der Pforte, die beiden Meerengen fremden Kriegsschiffen zu schließen, unbestritten. In dem Friedensvertrage, den sie am 5. Januar 1809 mit England schloß, heißt es, um ein Beispiel anzuführen, im Art. 11: „Da es zu allen Zeiten Kriegsschiffen verboten gewesen ist in den Kanal von Konstantinopel, in die Dardanellen und in das Schwarze Meer zu fahren, und da dieser alte Grundsatz des Osmanischen Reiches auch in Friedenszeiten allen Mächten gegenüber beibehalten werden muß, so verspricht auch der britische Hof sich diesem Prinzip zu fügen."

Als Rußland zwanzig Jahre später der Pforte den Frieden von Adrianopel aufzwang, ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, russischen Kriegsschiffen die Meerengen zu erschließen, man begnügte sich, die freie Durchfahrt der Handelsfahrzeuge zu sichern. Erst 1833,

als der Schutz, den Rußland der Pforte gegen Mehmed Ali verlieh, eine unvergleichlich günstige Gelegenheit bot, schloß Kaiser Nikolaus den berühmten Vertrag von Hunkiar-Iskelessi ab, ein Schutz- und Trutzbündnis, in welchem die Leistung der Pforte darin bestand, daß sie auf russischen Wunsch fremden Kriegsschiffen die Dardanellen zu schließen verpflichtet war. Die Vorzugsstellung Rußlands hielt jedoch nur bis 1841 und am 13. Juli des Jahres verpflichteten sich die fünf großen Mächte auf den status der vor 1833 bestand. Bekanntlich ist damals Preußen durch die Teilnahme an einer Frage, die ganz außerhalb seiner Interessen lag, nahe daran gewesen, sich einen französischen Krieg aufzuladen. Daß die Gefahr vorüberzog, war nicht das Verdienst der Politik Friedrich Wilhelms IV.

Der Krimkrieg gab dann dem Problem eine neue Wendung. Auf der zweiten und vierten Sitzung des Pariser Kongresses wurden die entscheidenden Beschlüsse gefaßt, welche das Schwarze Meer neutralisierten, d. h. beiden Mächten, den Türken wie den Russen und auch allen übrigen Mächten untersagten, Kriegsschiffe im Schwarzen Meer zu unterhalten oder die Hafenstädte zu befestigen. Zugleich wurden Bosporus und Dardanellen wiederum geschlossen. Rußland und die Pforte sollten nicht mehr als je sechs Dampfer von 50 m Länge und höchstens 800 t Gehalt und je vier kleine Fahrzeuge von nicht über 200 t im Schwarzen Meere fahren lassen. Das ist dann von Rußland in zwei besonderen Konventionen noch ausdrücklich bekräftigt worden.

Eingehalten wurde diese Verpflichtung nicht. Die Dampfer wuchsen und vermehrten sich, aber man hielt allseitig für gut, es nicht zu bemerken. Die Fortschritte, die der Schiffsbau in den folgenden Jahren machte, die Bedürfnisse des Handels und die Notwendigkeit, stark zu sein, dienten als Entschuldigung, zumal sich nicht bestreiten ließ, daß die Bestimmungen des Pariser Kongresses auch sonst vielfach durchbrochen waren. Man wartete in Petersburg nur auf den geeigneten Augenblick, die lästige Fessel ganz abzuwerfen. Der deutsch-französische Krieg gab bekanntlich den Anlaß dazu, und durch Zirkular vom 19./31. Oktober 1870 kündigte Fürst Gortschakow der Welt an, daß Rußland sich durch die das Schwarze Meer betreffenden Klauseln des Vertrages vom 30. März 1856 nicht mehr für gebunden erachte. Es soll hier nicht wiedererzählt werden, wieviel Mühe

Bismarck hatte, diesen völkerrechtswidrigen Schritt Rußlands gutzumachen, den Verträgen ihre Anerkennung zu wahren und doch den Russen aus einer Lage zu helfen, die in der Tat einer Großmacht unwürdig war. Auf der Londoner Konferenz haben die Mächte vom 17. Januar bis zum 13. März darüber zu Rat gesessen, zuletzt auch Frankreich, das, wie Lord Granville treffend sagte, für diese große europäische Frage seiner Zeit so große Opfer gebracht hatte. Man erklärte zunächst nachdrücklich, daß keine Macht berechtigt sei, sich einseitig von den Verpflichtungen eines Vertrages frei zu machen, und erfüllte danach den Wunsch der Russen: die Spezialkonventionen, welche das Schwarze Meer neutralisiert hatten, wurden aufgehoben, Schiffsbau und Befestigungen an den Küsten des Schwarzen Meeres beiden Mächten freigegeben. Dagegen blieb die Durchfahrt durch Bosporus und Dardanellen den Kriegsschiffen aller Mächte verschlossen, es sei denn, daß die Pforte selbst, zur Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Pariser Friedens, sie einer befreundeten Macht öffnen sollte.

Das letzte Stadium in der Entwicklung dieser Frage datiert dann vom Berliner Kongreß, als die Revision des Friedens von San Stefano wiederum die alten Probleme zur Verhandlung stellte. In San Stefano war an der Dardanellenfrage nur insoweit gerührt worden, als der Artikel 24 auch für Kriegszeiten die freie Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen ausbedungen hatte. Auf dem Kongreß aber wurde die Frage wieder lebendig. In der Sitzung vom 6. Juli hatte Fürst Gortschakow angekündigt, daß Rußland aus Batum einen Freihafen machen werde, und damit schien England, dem eine Festung Batum bedenklich war, sich zufrieden geben zu wollen, aber Lord Salisbury erklärte, daß, wenn Batum in einem Zustande geblieben wäre, der die Freiheit des Meeres bedrohte, England sich den andern Mächten gegenüber nicht verpflichtet hätte, die Meerengen zu respektieren. Es kam darüber noch zu einer Debatte, aber Fürst Bismarck konnte schließlich konstatieren, daß die Mächte einstimmig den status quo ante in der Meerengenfrage aufrecht erhalten wollten.

Da hat das Ungeschick, vielleicht auch eine schlaue Berechnung des Fürsten Gortschakow, das bereits gewonnene Resultat wieder in Frage gestellt. Es handelte sich um die Formulierung einer feier-

lichen Verpflichtung der Mächte, alle getroffenen Vereinbarungen aufrecht zu erhalten und ihre Ausführung durchzusetzen. Gortschakows Fassung legte den Mächten Kontrolle und Aufsicht der Ausführung auf, aber es lag auf der Hand, daß dadurch der russischen Politik die Möglichkeit geboten werden sollte, in die inneren türkischen Angelegenheiten einzugreifen. Obgleich Gortschakow sich dazu bequemte, am 11. Juli an seiner Fassung einige formelle Änderungen vorzunehmen, lehnte der Kongreß sie ab. Ebensowenig wurde eine Formulierung des Grafen Andrassy angenommen, die sich dem russischen Entwurf näherte und den Mächten gleichfalls die Pflicht auflegte, die Ausführung der Stipulationen zu kontrollieren und zu beaufsichtigen, worauf Fürst Bismarck konstatierte, daß beide Anträge abgelehnt seien und der Kongreß sich damit begnügen müsse, die Erklärung der Pforte zu Protokoll zu nehmen, daß sie die übernommenen Verpflichtungen halten wolle. Es war also eine allgemeine Verpflichtung nicht zu Stande gekommen, was noch dadurch schärfer zu Tage trat, daß gegen Schluß dieser Sitzung Lord Salisbury im Gegensatz zu den russischen Vertretern die folgende Erklärung zu Protokoll gab: „Da der Vertrag von Berlin einen wichtigen Teil der durch den Pariser Traktat festgesetzten Abmachungen verändern wird, und da der Artikel 2 des Londoner Vertrages (die Meerengen betreffend) der vom Pariser Vertrag in Abhängigkeit steht, auch strittig werden kann, erkläre ich im Namen Englands, daß die Verpflichtungen Sr. britischen Majestät in betreff Schließung der Dardanellen sich beschränken auf eine Verpflichtung dem Sultan gegenüber, in dieser Hinsicht die von Sr. Majestät unabhängigen Entschlüsse, dem Geist der bestehenden Verträge entsprechend zu respektieren."

Die Gegenerklärung Rußlands ließ nicht auf sich warten. Am 12. Juli gab Graf Schuwalow zu Protokoll: „Da die Vollmächtigen Rußlands sich nicht ganz klar sind über die Proposition des zweiten Herrn Bevollmächtigten Großbritanniens in betreff der Meerengen, begnügen sie sich ihrerseits um die Eintragung folgender Bemerkungen in das Protokoll zu bitten: Daß ihrer Meinung nach das Prinzip der Schließung der Meerengen ein europäisches Prinzip ist, und daß die zu diesem Behuf getroffenen Abmachungen von 1841, 1856, 1871, die der Berliner Vertrag jetzt bestätigt, entsprechend dem Geist und dem Buchstaben der bestehenden Verträge, für alle Mächte verbind-

lich sind, nicht nur dem Sultan gegenüber, sondern auch gegen alle Mächte, die diese Vereinbarungen unterzeichnet haben."

Rußland hatte damit die allgemeine und allseitige Verbindlichkeit des Vertrages anerkannt, England erklärte sich nur dem Sultan gegenüber gebunden zu fühlen, Fürst Bismarck konstatierte, daß es in dieser Angelegenheit nicht möglich gewesen sei, einen Beschluß des Kongresses herbeizuführen. Es ist daher unentschieden geblieben, wie weit die Verpflichtung der einzelnen Mächte geht, die diesen Vertrag unterzeichnet haben. Gewiß geht sie dahin, daß sie ihn selbst nicht brechen wollen, die Verpflichtung, gegen die Verletzung des Vertrages durch eine oder die andere Macht aufzutreten, aber ist direkt abgelehnt worden. Mit welchem Recht also beansprucht England, oder in diesem Falle die englische Presse, daß Deutschland sich in der Frage der Durchfahrt nichtarmierter Torpedoboote dem englischen Proteste anschließt. Die Berliner Kongreßakte ist heute hundertfältig durchbrochen. Wäre Deutschland an diesen Fragen direkt interessiert, so hätte es den Anlaß zum Eingreifen oft genug finden können. Auch England hätte den Anlaß gehabt, so oft es ihm paßte. Wenn es ihn heute gefunden hat, so ist es seine Sache, und uns liegt fern, ihm dreinzureden. Aber wahrhaft abenteuerlich ist die Zumutung, daß wir dabei mitmachen sollen, nachdem England schon 1878 erklärt hat, daß es sich nur dem Sultan gegenüber gebunden fühlt. Da würden die „Times" und mit ihr die übrigen Schreier, die sich über uns entrüsten, doch gut tun, sich an Lord Salisbury zu halten.

---

15. Januar. Obstruktion der Tschechen im österreichischen Reichsrat.
17. Januar. Deutsch-englische Grenzkommission am Tschad.
19. Januar. Entstehung des Kettlerdenkmals in Peking.

21. Januar 1903.

Bekanntlich ist unserem Kaiser in den Jahren, da er noch Prinz war, der Wunsch nicht erfüllt worden, die außerdeutsche Welt aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Er hat als Kaiser nachholen müssen, soweit das überhaupt möglich war, was damals versäumt worden ist, und die Älteren unter uns werden sich noch lebhaft der Kritik erinnern, die jene ersten Reisen hervorriefen. Man war bei uns an die festen und regelmäßigen Reiseprogramme gewöhnt, die unser ehrwürdiger alter Kaiser einhielt und einhalten mußte, um die Bürden zu ertragen, die seine hohe Stellung ihm auferlegte. Es war, recht betrachtet, überaus kleinlich, zu erwarten,' daß der Großsohn die Lebensgewohnheiten des Großvaters, dem er fast unmittelbar folgte, einfach übernehmen werde. Daß man sich aber an dem selbstverständlichen Fehlschlagen dieser Erwartung ärgerte, das ist eine Tatsache, die dem Urteil und dem Gerechtigkeitssinn jener Kritiker nicht zur Ehre gereicht. Mit um so größerer Genugtuung begrüßen wir es, daß unser Kronprinz schon jetzt Gelegenheit findet, über die deutschen Grenzen hinauszublicken. Auf seinen Besuch in Wien ist die Petersburger Reise gefolgt und an diese soll sich ein Besuch des nahen Orient schließen: über Italien nach Egypten und Konstantinopel. Es wird sich ihm damit die Gelegenheit bieten, aus eigener Anschauung sich den Gesichtskreis zu erweitern, und von dem eigenen Wissenstrieb und der Umsicht seiner Begleiter wird es abhängen, wie weit es ihm möglich sein wird, über den glänzenden Schein, der sich überall vor ihm aufbauen wird, einen sicheren Blick in die Wirklichkeiten zu tun, die sich dahinter verbergen.

Der Petersburger Besuch fällt gerade in eine Zeit hinein, von welcher Rußland vielleicht einmal einen Wendepunkt in seiner

inneren Politik datieren wird. Die Leser werden sich jener Konferenzen in Livadia erinnern, zu denen Kaiser Nikolaus II. fast alle hervorragendsten Staatsmänner seines Reiches berief. Nach außen hin hatten sie die Reise des Grafen Lamsdorff an die beiden slavischen Balkanhöfe und nach Wien zur Folge, über welche wir eingehend, so weit die spärlich fließenden zuverlässigen Quellen es gestatteten, referiert haben. Daß es ein ungewöhnlicher, höchst auffallender Schritt war, darüber ist kein Zweifel. Ebensowenig darüber, daß der Zweck jener Besuche ein eminent friedlicher war. Es handelte sich nicht nur darum, einen gefürchteten Konflikt auf der Balkanhalbinsel hinauszuschieben, sondern er sollte womöglich durch einen moralischen Druck, den Rußland und Österreich-Ungarn gemeinsam ausübten, überhaupt unmöglich gemacht werden. Auch trat in Bulgarien eine nicht zu verkennende Ernüchterung ein, in der Türkei griff man zu Verwaltungsreformen für Macedonien und jetzt ist die weitere Durchführung derselben in die Hände eines neuen Großveziers, Ferid Pascha, gelegt worden, der, wie der „Standard" ihn charakterisiert, als Vali von Konia in Kleinasien sich den Ruf eines ehrlichen, energischen und humanen Beamten erworben hat. Der zurückgetretene Großvezier Said Pascha hielt das Reformprogramm nur unter Voraussetzungen für durchführbar, die dem Sultan unannehmbar erschienen, Ferid Pascha ist offenbar entschlossen, sich mit dem bekannten Programm des Sultans zu identifizieren, und die Erfahrung muß lehren, wie weit er damit zum Ziele kommt. Wir möchten in dieser Frage nicht zu optimistisch, aber auch nicht zu pessimistisch urteilen, verhehlen uns aber nicht, daß es in den Händen der bulgarischen Regierung liegt, auch die besten Intentionen zum Scheitern zu bringen, wenn sie nicht mit energischer Hand das macedonische Komitee und seine Banden niederhält. Wir haben aber Anzeichen dafür, daß nach dieser Richtung hin keineswegs genug geschieht. Die politische Seite des macedonischen Problems liegt aber für Rußland so, daß die Ruhe im kleinen Orient ihm freie Hand im großen Orient schaffen soll, aus welchem den Rückzug anzutreten auch nicht die allergeringste Neigung vorzuliegen scheint. Wir möchten als Beleg dafür einen am 11. Januar erschienenen Artikel der „Nowoje Wremja" anführen, der unter der Überschrift „England und der Zweibund" ausführt, daß der Burenkrieg England keineswegs geschwächt, vielmehr unternehmender und zuversichtlicher gemacht

habe. Es habe allerlei „dreiste" Schritte getan, neue Gebiete erworben, Proteste erhoben (sc. Dardanellenfrage), Unruhen erregt usw. Wahrscheinlich spiele auch in Macedonien englisches Geld mit; seit England sich mit Deutschland verständigt habe, fühle es sich freier. Dann fährt der Artikel wörtlich fort: Welches die englischen Ziele in Westasien sind, das ist uns wohlbekannt. Staatsmänner wie Lord Curzon sind der Meinung, daß im großen Orient für Rußland und Großbritannien nebeneinander kein Raum sei. Wenn wir, im Besitze von zwei Dritteln des asiatischen Kontinents, nach Süden vorrücken und einen brauchbaren Stützpunkt am offenen Meere gewinnen, so werde uns die Herrschaft über ganz Asien zufallen und England genötigt sein, die zweite Rolle zu spielen oder gar einem Teile seiner Besitzungen zu entsagen. Um diese Gefahr abzuwenden, ist ein bekannter Teil der englischen Politiker zu allem bereit. „Ich bin überzeugt", sagt Lord Curzon in einem seiner Werke, „daß England freudig alle Geschosse von Woolwich verschießen wird, daß jede englische Familie bereitwillig ihren letzten Sohn hergeben wird, wenn nur dadurch erreicht wird, daß Rußland nicht nach Süden, gegen Indien vorgeht."

„Mit diesen Absichten müssen wir durchaus rechnen und sie bei Feststellung unseres eigenen Planes in Betracht ziehen. Der Zweibund hat Kraft und Mittel genug, nicht nur um sich zu verteidigen, sondern auch um eine aktive Politik zu treiben. Leider ist die Sphäre seiner Tätigkeit nicht so weit, wie sie sein könnte. Sobald gewisse Fragen des nahen Ostens und des südöstlichen Asien aufkommen, handelt entweder Rußland allein, oder Frankreich allein. Der Bundesgenosse ist voller Sympathien, aber er hilft nicht. Die französische Diplomatie hat sogar in der Frage des Bosporus direkt den russischen Interessen entgegengearbeitet. Und doch hängt am Bosporus für uns die Lösung der wichtigsten historischen Aufgaben. Wir können das nicht ändern, und deshalb müßten am Hof des Sultans die Vertreter Rußlands und Frankreichs stets und in allem solidarisch sein, und es wäre wünschenswert, daß diese Solidarität in ebenso klaren Worten ausgesprochen wird, wie es inbetreff des fernen Ostens geschehen ist."

Daß dieser Artikel nicht offiziös ist, zeigt schon der Umstand,

daß er gleichzeitig auf eine Aktion in Ost- bezw. Mittelasien und gegen die Türkei ausgeht, während, wie wir sahen, das offizielle Rußland einen Balkankonflikt zu hindern bemüht ist. Offenbar haben die Politiker der „Nowoje Wremja" sich an dem englischen Protest in der Dardanellenfrage erhitzt und deshalb gleichzeitig nach zwei Seiten geschlagen. Wohl aber halten wir für richtig, daß man in Petersburg verstimmt ist durch die Haltung, die Herr Delcassé nach wie vor im nahen Orient zeigt und nach dieser Richtung hin könnte Herr Ssuworin wohl einen Wink erhalten haben. Wir haben aber nicht bemerkt, daß französische Blätter diesen Artikel reproduziert hätten, ebenso haben wir ihn in den englischen Zeitungen nicht wiedergefunden. Das eine wie das andere hat seine guten Gründe.

Wichtiger als die Fragen auswärtiger Politik scheinen uns jedoch die Symptome bevorstehender Wandlungen in der inneren Politik Rußlands.

Zunächst läßt sich jetzt mit Sicherheit sagen, daß die viel erörterten Gegensätze zwischen dem Finanzminister Witte und dem Minister des Innern Plehwe, wenn sie, wie allerdings wahrscheinlich ist, wirklich bestanden haben, heute beigelegt sind, wahrscheinlich in Livadia. Und zwar müßte in solchem Falle Herr Witte als der Sieger betrachtet werden. Plehwe vertrat die intransigente Autokratie quand même, der Finanzminister hielt es für notwendig, den Wünschen der Landschaftsvertretungen auf Mitarbeit an den drei Hauptfragen, die das heutige Rußland bewegen: Unterrichtsreform, Verwaltungsreform, Notstand der Landwirtschaft, speziell der Bauern, Rechnung zu tragen. Zu dieser letzteren Auffassung hat sich nunmehr in einer Rede, die er am 11. Januar hielt, auch Plehwe bekannt. Rußland, so führte er aus, bedürfe einer Dezentralisation der Verwaltung, es sei daher notwendig, den Gouverneuren größere Machtvollkommenheiten zu erteilen, um ihnen, unter tätiger Teilnahme und Mitarbeit der lokalen Selbstverwaltungsorgane, die Möglichkeit zu geben, den besonderen Bedürfnissen der ihnen anvertrauten Gouvernements Rechnung zu tragen. Ebenso sei ihm, dem Minister, klar, daß es leichtfertig wäre, wenn er glaubte, die schwierige Frage der Reform der bäuerlichen Verhältnisse und der Beseitigung des Notstandes der Landwirtschaft aus eigenen Kräften lösen zu können. Er rechne auf den guten Rat der „Kenner" dieser Verhältnisse. Die „Nowoje Wremja" nennt

diese Rede „ein politisches Ereignis ersten Ranges“ und spricht die Hoffnung aus, daß fortan die „Mitarbeit des russischen Gedankens“ an den großen Aufgaben des Staates nicht ohne Beachtung und Einfluß bleiben werde!

Wir sehen hier also die Wiederholung derselben Erscheinung, die wir an den Kommuniqués des russischen auswärtigen Amtes zu erkennen glaubten, daß man nämlich in Petersburg weit mehr als bisher den Strömungen der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen beginnt, und diese Strömung führt, wie wir wissen, nach links, zu einem liberalen Regiment.

Fast noch wichtiger erscheint uns jedoch das Kaiserliche Reskript an den Finanzminister Witte. Wir geben es daher in vollem Wortlaut wieder:

„Ssergei Julijewitsch! Vor 10 Jahren berief Sie mein Hochseliger Vater zur Verwaltung des Finanzministeriums. Nachdem Sie sich ohne der schweren Folgen der Mißernte des Jahres 1891 zu achten, in dem festen Glauben an die ökonomische Kraft des russischen Staates und mit beharrlicher Energie an die Ordnung der russischen Finanzen gemacht, die von Ihrem Vorgänger begonnen war, hatten Sie den Trost, das Vertrauen Kaiser Alexanders III. zu rechtfertigen und sich seinen Dank zu erwerben.

Gegenwärtig, nachdem zehn Jahre Ihrer Tätigkeit in der Verwaltung der Finanzen verflossen, ist es mir angenehm, Ihnen meine Erkenntlichkeit für alles zu äußern, womit Sie auch mein Vertrauen zu Ihnen im Laufe dieser letzten acht Jahre gerechtfertigt haben. Mit demselben Vertrauen in die Kraft des russischen Volkes und mit derselben Ergebenheit an den Thron haben Sie mir nicht nur die Mühe der Verwirklichung meiner Hauptsorgen um die Kräftigung der staatlichen Macht und Verteidigung und um die Wohlfahrt des mir von Gott anvertrauten Reiches erleichtert, sondern auch viele Zweige und die besten Kräfte der Volksindustrie zur Selbsttätigkeit erweckt, die Unabhängigkeit und Stabilität des Geldverkehrs gefestigt und die Ressourcen des Fiskus verstärkt, wodurch Sie es von Jahr zu Jahr unbehindert ermöglichten, die sich allmählich vergrößernden Staatsbudgets auszugleichen, ferner erfüllten Sie, abgesehen von Ihren komplizierten Dienstpflichten, zu meiner vollen Zufriedenheit die von mir Ihnen

auferlegte Mühe, den Thronfolger, meinen vielgeliebten Bruder Großfürsten Michael Alexandrowitsch, in der Staatsökonomie zu unterrichten.

In der Hoffnung, daß Sie Ihren dem Staate und mir so nützlichen Dienst an der Spitze des Ihnen anvertrauten Ministeriums ferner fortsetzen werden, verbleibe ich Ihr unabänderlich wohlgeneigter und dankbarer Nikolaus.

Petersburg, den 1. Januar 1903."

Der Schluß der aus diesem Reskript gezogen werden muß, kann nicht zweifelhaft sein. Der Finanzminister genießt nach wie vor das volle Vertrauen des Kaisers, und die Gerüchte, die von seinem bevorstehenden Rücktritt wissen wollten, sind absolut haltlos. Vielmehr identifiziert sich der Kaiser mit allem, was Witte während der zehn Jahre seines Ministeriums getan hat, also auch mit dem so hart angegriffenen fiskalischen Charakter seiner Politik. Offenbar erscheinen dem Kaiser die damit verbundenen Vorteile größer als die Schäden, die — vielleicht notwendigerweise — damit verbunden waren. Und wer sich in die gegenwärtige Lage Rußlands hineindenkt, wird wohl auch zugeben müssen, daß die Beseitigung des mit solcher Rücksichtslosigkeit durchgeführten Systems mit den allergrößten Gefahren verbunden wäre. Witte hat in diesen zehn Jahren allerdings außerordentlich viel erreicht und wenn Rußland unter seiner harten Hand seufzte, so hat er es doch möglich gemacht, daß trotz Mißernten, Hungersnot und Krieg nicht nur das Netz der asiatischen Bahnen ausgebaut, sondern auch das Fundament zu einer Emanzipation der russischen Industrie gelegt wurde. Allerdings sind Hunderttausende von Russen darüber zugrunde gegangen, allerdings hat die einseitige Begünstigung der Industrie die Landwirtschaft fast zur Verzweiflung gebracht, und allerdings sind ungeheure Kapitalien mit rasch aufblühenden und rasch welkenden Fabrikanlagen zugrunde gegangen, aber Rußland ist reich an Menschen, und es ist schließlich fraglich, ob nicht in England noch weit mehr Menschen verhungern, als in Rußland, jedenfalls werden die Lücken rasch ersetzt und die Toten klagen nicht; der Landwirtschaft verspricht man jetzt zu helfen, und was die verlorenen Kapitalien in verkrachten industriellen Unternehmungen betrifft, so läßt sich mit Befriedigung konstatieren, daß meist fremdes Geld, belgisches und französisches, dabei verloren ge-

gangen ist. Das Ausland aber hat kein Recht sich zu beklagen, da Rußland, wie es stets geschehen ist, seine Kupons rechtzeitig gezahlt hat. Die Goldvaluta aber hat die Krisis, die sie bedrohte, glücklich überstanden.

Das ist bei nüchterner Betrachtung die tatsächliche Lage, und unser Urteil darüber wird sich auch dann nicht ändern, wenn eine Prüfung des Budgets ergeben sollte, daß Herr Witte, der ja die Zahlen meisterhaft zu gruppieren versteht, bei anderer Anordnung, wie sie weniger befähigte Finanzmänner wahrscheinlich gewählt hätten, auch zu einem weniger günstigen Resultat gelangt wäre. Unsere Bedenken gehen nach anderer Richtung und treffen weit mehr Herrn v. Plehwe als ihn. Die Frage ist nämlich, ob eine Dezentralisation der Verwaltung in Rußland überhaupt möglich ist. Die ganze Geschichte der russischen Verwaltung gipfelt in dem Gedanken Zentralisation und als Alexander II. den Versuch machte, andere Wege einzuschlagen, ist man bald genug genötigt gewesen, wieder umzukehren. Zudem beruht in den Westprovinzen das auch von dem jetzigen Kaiser so erbarmungslos durchgeführte Russifikationssystem auf Zentralisation. Macht man aber wirklich die Gouverneure unabhänger von den Ministerien, so wird mit den größeren Machtbefugnissen, die man ihnen erteilt, auch die (menschlich verständliche) Neigung steigen, in dem engeren Kreise ihre gesteigerte Macht umsomehr zur Geltung zu bringen und das bedeutet wiederum Zentralisation, nicht Dezentralisation! Und endlich, wo Reformen durchgeführt werden sollen, kommt alles auf die Menschen an, in deren Hände sie gelegt werden. Woher aber soll in der russischen Beamtenschaft, die vom Wirklichen Geheimen Rat bis zum untersten Kanzlisten von einer ererbten, am Amt haftenden Routine lebt, der neue Geist kommen, ohne den die neuen Ordnungen nicht lebendige Wahrheit werden können? Man hofft auf die Mitarbeit der „Kenner“, man schwelgt in der Erwartung, daß „der russische Gedanke“ seine schöpferische Kraft zeigen werde, aber wie oft hat man so gehofft und wie endlos ist die Kette der Enttäuschungen!

So ist unser Facit dieses: Herr v. Witte wird seine großen Pläne zum Ausbau der russischen Machtstellung für die Möglichkeiten der Zukunft rücksichtslos fortführen und Herr v. Plehwe wird mit dem „russischen Gedanken“ einen wenig aussichtsvollen Kampf weiter

führen, in welchem aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Dezentralisation wieder Zentralisation wird, wenn der „russische Geist" nicht überhaupt die Fesseln sprengt und seinen alten Traum erfüllt, in einer Nationalversammlung aller Reußen seine Geschicke und die der Welt zu entscheiden.

De Maistre sagt einmal: „si l'on pouvait enfermer un désir russe sous une citadelle, il la ferait sauter. Il n'y a point d'homme qui veuille aussi passionnément que le Russe". Der russische „Wunsch" geht weit über die Schranken hinaus, die Herr v. Plehwe ihm stellen will: es kommt alles darauf an, ob „il fera sauter la citadelle".

Es bleibt nur wenig Raum für die anderen Tagesfragen, und im Grunde lassen sie sich auch rasch charakterisieren. In Venezuela ist noch keinerlei Entscheidung gefallen. Unser neuer Botschafter ist unterwegs von Europa nach Washington und ohne ihn können die Verhandlungen natürlich nicht beginnen. Inzwischen ist der „Panther" von einem beklagenswerten Unfall betroffen worden, der bei unseren Freunden viel Schadenfreude erregen wird, aber an der Gesamtlage in jenen Gewässern und an dem Ausgang des venezolanischen Handels nichts ändern kann. In Amerika haben die englischen Korrespondenten in Anlaß des Rücktritts Herrn v. Hollebens die alten Lügen über die angebliche Absicht Deutschlands, eine paneuropäische Aktion gegen Amerika zu organisieren, wieder vorgebracht. Es ist so kläglich, daß jede Antwort Verschwendung wäre.

Die Nachrichten aus Marokko sind und bleiben unsicher. Ein günstiges Symptom ist, daß die Europäer sich glücklich alle in die Hafenstädte gerettet haben, so daß die Notwendigkeit eines Eingreifens der Mächte erheblich abgenommen hat. Wenn die Marokkaner gegenseitig über einander herfallen, ohne europäische Interessen zu schädigen, läßt sich der Ausgang ruhig abwarten. Auch stürmische Wasser glätten sich schließlich.

In Südafrika wird bereits von der Heimreise Chamberlains geredet. Er bleibt bis zum 9. Februar in Bloemfontein, ist am 11. in Port Elisabeth, am 13. in Graaf Reinet, den 17. in Paarl und trifft in der Nacht auf den 18. in Kapstadt ein. Am 25. Februar dampft er nach England zurück. Von den Resultaten seiner Verhandlungen läßt sich mit Sicherheit noch nichts sagen. Von den Kriegs-

kosten übernimmt Transvaal 25 Millionen, Oranjekolonie 5 Millionen. Die anderen 30 Millionen Lstr. wird wahrscheinlich England garantieren, vielleicht bringt Oranje weitere 10 Millionen auf, so daß für produktive Arbeit (Eisenbahn, Bewässerung usw.) 40 Millionen zur Verfügung ständen. Das sind doch ungeheuere Lasten, die auf das erschöpfte Land fallen, aber es scheint, daß man sie wesentlich auf die Minen des Rand abzuwälzen denkt, deren Marktwert jetzt auf 200 Millionen Lstr. angegeben wird. Immer mehr Boden gewinnt der Gedanke der Einführung von Kulis, da, wie es scheint, die Schwarzen absolut nicht zum Arbeiten zu bewegen sind. Das Schwierigste bleiben aber doch die Verfassungsfragen, die in engem Zusammenhang mit der Frage der Nationalitäten stehen. Welchen Weg Chamberlain einschlagen wird, steht noch nicht fest, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Organisation von Transvaal und Oranje zu Kolonien mit eigener Verwaltung früher kommen wird, als ursprünglich beabsichtigt war.

22. Januar. Bombardement von St. Carlos durch Vineta und Gazelle.
24. Januar. Unterzeichnung des Panamakanalvertrages in Washington.
25. Januar. Alaska-Konvention.
28. Januar. Verurteilung des Col. Lynch.

28. Januar 1903.

Die Erscheinungsformen, die uns in der marokkanischen Krisis entgegentreten, beginnen den Charakter eines chronischen Leidens anzunehmen, und das erscheint uns, im Hinblick auf Möglichkeiten der Zukunft, weit bedenklicher, als eine rasche blutige Lösung, die darüber entscheidet, ob der Sultan oder der Prophet Herr in Marokko ist. Daß der von den jüngsten Depeschen als unmittelbar bevorstehend gemeldete Zusammenstoß zwischen den Truppen von Abdul Aziz und denen des Propheten die Entscheidung bringt, ist nur dann wahrscheinlich, wenn einer von beiden fällt, oder, was gleichbedeutend wäre, in die Hände des Gegners geriete. Im Orient pflegen viele Schlachten geschlagen zu werden, ehe ein endgültiger Sieg das Fundament zur Begründung neuer Verhältnisse legt. Geschlagene Haufen laufen auseinander, um sich wieder zusammenzufinden, und von Mohamed bis zu den Mahdis des Sudan, ist die höchste Tugend der Prätendenten und Staatengründer ihre Fähigkeit im Festhalten an einmal formulierten Ansprüchen und die Kraft gewesen, den Glauben ihrer Anhänger lebendig zu erhalten. Bisher hat nichts gezeigt, daß der „Vater der Eselin" diese Eigenschaften nicht besitzt und die eigentümliche staatliche Organisation Marokkos, welche das Bestehen halber Selbständigkeiten der Stämme und Häuptlingsschaften duldet, ist wie dazu geschaffen, einen Aufstand, der an einer Stelle niedergetreten ist, an einem anderen Ende des Reiches wieder aufflammen zu lassen. Je länger der Bürgerkrieg dauert, um so wahrscheinlicher und schließlich um so notwendiger wird das Eingreifen der europäischen Mächte; noch können sie warten und bisher zeigt keine von ihnen Neigung, Marokko zum Schauplatze zu machen, auf dem europäische Rivalitäten

ausgetragen werden sollen. Aber wenn die jetzigen Verhältnisse sich Jahr und Tag hinziehen, wird auch der Augenblick kommen, da eine von ihnen sich genötigt sieht, zur Wahrung realer oder vermeintlicher Interessen aus einer Passivität herauszutreten, die mehr als nur materielle Schädigung zur Folge haben kann. Da auch Deutschland nicht unwesentliche handelspolitische Interessen zu behaupten hat, wünschen wir natürlich einen solchen Ausgang nicht, aber es wird immerhin nützlich sein, auch diese Möglichkeit ins Auge zu fassen. Was wir als Ausgang mit aller Entschiedenheit ablehnen würden, wäre die bevorzugte Stellung anderer Nationen auf marokkanischem Boden, durch welche das Prinzip der Gleichberechtigung in Handel und Wandel uns gekürzt würde. Auch auf diesem Boden vertreten wir den Grundsatz, daß die Tür allen gleichmäßig offen stehen muß und damit meinen wir auf dem Boden zu stehen, der dem allgemeinen Interesse meist enspricht.

Ganz ebenso aber sind wir der Ansicht, daß Deutschland mit seinen ganzen und halben Bundesgenossen in Venezuela nicht nur ein deutsches und europäisches Interesse, sondern überhaupt die Sache der Kultur vertritt. Daß dabei Zwangsmittel haben zur Anwendung kommen müssen, mag bedauern, wer des naiven Glaubens ist, daß er durch eine Vorlesung über Moral und Völkerrecht den Präsidenten Castro und seine farbigen Hintermänner hätte auf die rechten Wege führen können. Die lächerliche Entrüstung, die man in England und Amerika darüber zu empfinden vorgibt, daß die deutschen Geschütze losgehen und nicht vorbeischießen, läßt uns sehr gleichgültig, zumal wir uns erinnern, daß die Amerikaner auf den Philippinen und die Engländer, wo immer ihre Kriegsschiffe eingreifen mußten, wie z. B. im Juli 1882 vor Alexandria, sich gleichfalls nicht damit begnügten, ein Feuerwerk mit Leuchtkörpern und Raketen abzubrennen. In dem vorliegenden Fall ist aber nach all den vorausgegangenen Lügen jetzt amtlich festgestellt, daß nicht der „Panther", sondern der Kommandant des Forts San Carlos der angreifende Teil gewesen ist. Die anfänglich so schadenfroh verbreitete Nachricht von einem Mißerfolg des „Panthers" hat sich gleichfalls als Lüge erwiesen, und da fragt man denn schließlich, was der Lärm, der von einem Ende der Welt zum anderen erhoben wurde, zu bedeuten hat. Es sind eitle und ohnmächtige Worte und wir wären Narren, uns von ihnen imponieren

zu lassen. Will die öffentliche Meinung Englands von einem Zusammengehen mit Deutschland nichts wissen, so läßt sich ja, nachdem die einmal begonnene Aktion in Ehren zu Ende geführt ist, von einer anderen Orientierung reden. Nicht wir sind es, die dabei in Verlegenheit kommen würden. Überhaupt ist man in Deutschland des Bramarbasierens herzlich müde geworden, das uns von allen Seiten entgegentönt.

In der französischen Kammer hat Herr Paul Deschanel für nützlich befunden, dem neuen Vizepräsidenten, dem Sozialisten Jaurès, ein Publikum über Patriotismus zu halten und dabei im Hinblick auf Elsaß-Lothringen die schöne Phrase gebraucht: „La France est toujours la justice vivante et armée et ne peut abandonner l'idéal qui a fait la grandeur de sa magnifique histoire.“ Bekanntlich hat diese ewig lebendige und bewaffnete Gerechtigkeit Frankreichs gegen alle Staaten der Welt Raubkriege geführt und uns in den Tagen unserer Schwäche und Zerrissenheit die heute wiedergewonnenen Provinzen entrissen. Wenn Frankreich diesem Ideale seiner immer „magnifiken“ Geschichte — wir wissen wirklich kein voll entsprechendes deutsches Wort an die Stelle zu setzen — noch weiter nachgeht, dann allerdings haben wir nur geringen Glauben an eine zukünftige Versöhnung beider Nationen auf dem Boden der Achtung berechtigter Interessen beider Teile, vielmehr werden wir uns dessen bewußt bleiben müssen, daß jederzeit ein französischer Angriff zu den Wahrscheinlichkeiten gehört, mit denen wir zu rechnen haben. Die wohlmeinenden Utopien und die unbezweifelte Friedensliebe der großen Mehrheit der Franzosen ändert daran nichts, und wir können den Beifall, den die Rede Jaurès' bei uns gefunden hat, nur mit der Einschränkung teilen, daß wir darin keinerlei Änderung der tatsächlich bestehenden Beziehungen von Staat zu Staat erwarten. Auch hat ja Jaurès seine sehr bestimmten, für uns auch in der Idee nicht annehmbaren Vorbehalte. Liest man seine Rede im Originaltext, so tritt die übertriebene Wirkung, welche die Wiedergabe durch den Telegraphen dadurch erzielte, daß sie die Schlagworte aneinander reihte, deutlich hervor. Im Grunde waren es Deklamationen, ganz wie seine Gegner deklamierten, der Unterschied lag im Parterre, für welches die Reden berechnet waren.

Weit größere Bedeutung legen wir einem merkwürdigen Artikel

bei, den der Fürst Uchtomski der „Woche“ zugeschickt hat; ob proprio motu oder auf geschehene Anfrage, wissen wir nicht, vermuten aber das erstere, da derselbe Artikel in russischer Sprache in der Sonntagsnummer der „Peterburgskija Wjedomosti“ erschienen ist. Den Anlaß scheint die Reise unseres Kronprinzen nach Petersburg gegeben zu haben, sowie der merklich günstige Eindruck, den seine liebenswürdige und frische Persönlichkeit gemacht hat. Fürst Uchtomski meint, der herzliche Empfang, den der Kronprinz gefunden, könne unmöglich ohne hervorragende Bedeutung bleiben. Es knüpft sich daran der Satz: „Die beiden mächtigsten Staaten der Welt, die das Schicksal prädestiniert hat, in unseren Tagen als Wächter der Ordnung wie der höchsten Gerechtigkeit dazustehen, grenzen nicht umsonst aneinander, sind nicht umsonst durch so hohe ökonomische wie kulturelle Interessen miteinander verknüpft.“ Das wird dann im einzelnen exemplifiziert und die Bedeutung deutscher Geistesarbeit für die Festigung der Zivilisation in Rußland rückhaltlos anerkannt. In der russischen Intelligenz könne ein organischer Haß gegen Deutschland als Vaterland großer Ideen, als unvergänglicher Lehrmeister nicht aufkommen. Auch würde ein blutiger Zusammenstoß beider Teile dem Sieger wie dem Besiegten zum Unheil gereichen. Dann folgt die Wendung auf die praktische Politik der Gegenwart, und dieser Abschnitt verdient wörtlich wiederholt zu werden. „In der historischen Vergangenheit — so sagt Fürst Uchtomski — erprobte das russische Volk seine Kräfte vornehmlich gegen die asiatischen Elemente, gegen die Welt des Islams. Das neu begonnene Jahr zwingt uns, dieser historisch bedingten Notwendigkeit wieder ins Antlitz zu schauen. Ebenso wie die russischen Fürsten im Mittelalter in die Steppe ziehen mußten, um die Christen aus der asiatischen Gefangenschaft zu befreien, ebenso kann das rechtgläubige Rußland in Zukunft die Beschimpfung und Vernichtung der christlichen Bevölkerung einiger türkischen Provinzen durch entmenschte Horden nicht zulassen. Wenn alle wohldenkenden Menschen in Deutschland das einsehen und uns in nächster Zukunft keine bittere Enttäuschung, ähnlich der des Berliner Vertrages bereiten — denn wir Russen hegen auch nicht den Schatten aggressiver Bestrebungen der Türkei gegenüber —, dann werden unsere Beziehungen mit unseren aufgeklärten Nachbarn zweifellos noch immer besser und besser sein.“ Der letztere Gedanke wird dann weiter ausgeführt und

namentlich darauf hingewiesen, daß es in Deutschlands Hand liege, gemeinschaftlich und im Einvernehmen mit Rußland an der Erschließung und Umwandlung des ostasiatischen Kontingents mit seiner ungezählten Bevölkerung teilzunehmen.

Wenn wir demnach den Fürsten Uchtomski recht verstehen, wünscht er zweierlei von uns, einmal Unterstützung Rußlands in den Bemühungen seiner Diplomatie zur Besserung der Verhältnisse in Macedonien, zweitens Nichtbehinderung Rußlands bei Durchführung seiner Kulturarbeit in Ostasien. Auf beides, meinen wir, würde jede deutsche Regierung, sobald die Frage tatsächlich an sie herantrete, mit einem rückhaltlosen „Ja" antworten. Die von Rußland gewünschten Reformen in Macedonien finden unsere volle Billigung und wir hoffen, daß es den Bemühungen Rußlands und Österreichs, die wir ja nachdrücklich unterstützt haben, gelingt, auch ihre Ausführung durchzusetzen. Nichts liegt uns ferner, als Metternichsche Politik zu treiben. Aber wir halten es nicht für unsere Aufgabe, die Last der Orientpolitik auf unsere Schultern zu nehmen. Unser Interesse geht dahin, soweit das möglich ist, den Ausbruch einer orientalischen Krisis zu verhindern, die leicht zu einer europäischen werden kann, und deshalb haben wir das Treiben der macedonischen Komitees laut gemißbilligt, ganz wie wir die Roheiten beklagen, die als Repression von türkischer Seite ohne Zweifel ausgegangen sind. Die Reise des Grafen Lamsdorff hat daher unsere vollen Sympathien gefunden, und aus demselben Grunde haben wir in der Dardanellen-Frage vermieden, über die Grenzen hinauszugehen, die der Berliner Vertrag gezogen hat. Diese Tatsachen liegen so klar zu Tage, daß wir nicht auf sie hingewiesen hätten, ohne dazu provoziert zu sein. Daß wir aber in Ostasien Rußland keine Steine in den Weg werfen wollen, sollte durch die Erfahrung der letzten Jahre einem Publizisten, der wie Fürst Uchtomski die Politik von Tag zu Tage verfolgt, doch nicht entgangen sein. Wir haben mit der Stellung in Kiautschu, die uns in Ostasien die unerläßliche Sicherheit gibt, die unser Handel braucht, und mit der Anerkennung des Prinzips der offenen Tür auch für China, erreicht, was wir haben wollen. Wie sich die Verhältnisse in der Mandschurei gestalten, überlassen wir der Zukunft zu entscheiden, es liegt uns fern, in dieser Frage Partei zu ergreifen, und wir halten für wahrschein-

lich, daß die natürliche Schwerkraft der russischen Machtstellung dahin führen muß, daß diese Gebiete sich ihr nicht entziehen können. An einem Versuch, Rußland aus dieser Stellung hinauszudrängen, wird Deutschland niemals teilnehmen. Es gibt, unserer Meinung nach, nur eine Möglichkeit eines deutsch-russischen Konflikts, wenn nämlich Rußland sich in den Dienst des französischen Revanchegedankens stellt, und daran glauben wir bis auf weiteres nicht. Kurz, wenn Fürst Uchtomski es mit der entgegengestreckten Hand ernst meint, soll es an uns nicht fehlen, nur darf er nicht erwarten, daß wir aktiv in Sphären eingreifen, die ganz außerhalb unserer historischen und politischen Interessen liegen.

Was aber die Verstimmung über die schließlichen Ergebnisse des Berliner Traktats betrifft, so weiß Fürst Uchtomski anscheinend nicht, daß die Vereinbarungen vom 13. Juli 1878 bestimmt worden sind durch die am 15. Januar 1877 abgeschlossene Geheimkonvention mit Österreich, sowie durch die Zugeständnisse, die Graf Schuwalow den Engländern vor Zusammentritt des Kongresses in London gemacht hatte. Das sind historische Tatsachen, über die heute nicht mehr gestritten werden sollte.

Die englischen und französischen Zeitungen sind jetzt voller Artikel, die den verstorbenen Pariser Korrespondenten der „Times", Herrn Oppert von Blowitz, feiern. Auch ist er ohne Zweifel ein geschickter Journalist gewesen. Der Typus eines Reporters in großem Stil. Das letzte Mal, da er von sich reden machte, warf er bekanntlich die Verleumdung in die Welt, daß Rußland den Boxeraufstand gegen die Fremden erregt habe. Er veröffentlichte Aktenstücke, die gerade den Fürsten Uchtomski zu kompromittieren bestimmt waren. Es erwies sich aber, daß Uchtomski in den Monaten, in denen seine Verhandlungen mit den Chinesen stattgefunden haben sollten, in Petersburg gewesen war, und so brach der ganze künstliche Bau in sich zusammen. Wie weit Blowitz dabei selbst Opfer einer Täuschung gewesen ist, läßt sich nicht feststellen, jedenfalls war der Abschluß nicht schön. Was Blowitz suchte, waren die großen Sensationen; in ihrer formellen Behandlung, der Kunst, sie aufzubauschen und zu drapieren, war er Meister, ein Meister auch in der Kunst, sich Nachrichten zu besorgen und von unwiderstehlicher Aufdringlichkeit. Von den berühmten politischen Zeitgenossen ist ihm

kaum einer entgangen. Kurz, wer diese Dinge bewundert, findet reichen Stoff, wer mehr erwartet: Wahrheitsliebe, Zuverlässigkeit, Gesinnung, wird sich enttäuscht wegwenden. Aber für die „Times" war er ein Schatz, und die „Times" ein Schatz für ihn.

In England haben die letzten acht Tage viel Aufregung gebracht. Am 23. eine Demonstration einiger tausend Arbeitsloser im Hyde-Park, deren Sprecher, ein Mr. Cunningham Graham, verlangte, daß der Staat die Arbeiter durch Anlage von Straßenbauten beschäftige. Einige Zeitungen, „Standard", „Daily Graphic", „Globe" wurden verbrannt und in den Vorstädten fanden gröbere Exzesse statt. Schließlich ward aber die Menge von den zahlreich aufgebotenen Polizisten auseinandergedrängt. Nun mußte man aus einer Rede, die der Schatzkanzler C. T. Ritchie in Dundee hielt, den Schluß ziehen, daß England allen Grund hat, mit den gegenwärtigen Konjunkturen zufrieden zu sein. Es komme nur darauf an, daß Regierung, Handelskammern, Kaufleute und Agenten zusammenstehen, dann sei auch für die Zukunft des englischen Handels nicht zu fürchten. Aber allerdings Flotte und Heer seien stark zu erhalten u. s. w. Woher also die Arbeitslosigkeit? Die Antwort darauf hat Mr. Ritchie nicht gegeben, aber wir gehen wohl in der Annahme nicht irre, daß der letzte Grund in den ungesunden städtischen Verhältnissen, in dem Schwinden des landwirtschaftlichen Betriebes und ähnlichen chronischen Krankheiten Englands zu suchen ist, über welche auch günstige Handelsergebnisse nicht hinweghelfen.

Der Prozeß gegen den „Col." Lynch, der bekanntlich während des Burenkrieges sich in Transvaal naturalisieren ließ und (mit wenig Ruhm) ein Kommando gegen die Engländer ins Feld führte, hat mit der Verurteilung Lynchs zum Tode durch den Strang geendigt. Man erwartet eine Begnadigung und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie wirklich erfolgt. Der harte Spruch entspricht jedoch durchaus den englischen Gesetzen, und die Tatsache, daß der Mann Ire von Geburt ist, darf vom englischen Standpunkte ebenso wenig als Milderungsgrund geltend gemacht werden, als wir es in analogen Fällen einem polnischen Preußen gegenüber tun dürften.

Am 24. ist endlich der Vertrag unterzeichnet worden, durch welchen die Vereinigten Staaten auf 100 Jahre das Eigentumsrecht

am Panamakanal von Kolumbien erwerben. Ganz perfekt ist die Sache übrigens damit noch nicht, da wahrscheinlich im kolumbischen Parlament, dessen Zustimmung noch aussteht, eine heftige Opposition zu erwarten ist. Aber wie weit liegen damit die Tage des ersten Hay-Pauncefotevertrages hinter uns?

Daß König Oskar II. die Regentschaft auf den Kronprinzen hat übertragen müssen, erweckt hoffentlich keine Befürchtungen inbetreff der Gesundheit dieses vortrefflichen Monarchen, dem in der Geschichte Schwedens für alle Zeiten ein guter Name gesichert ist.

29. Januar. Der italienische Ministerpräsident Prinetti erleidet einen Schlaganfall.
31. Januar. England verweigert dem Emir von Afghanistan die Einfuhr von Geschützen und Munition.

---

4. Februar 1903.

Lord Strangford, britischer Gesandter in Konstantinopel, hat in einer Konferenz, die er am 27. Juli 1822 mit dem Großvezier hatte, um in dem drohenden russisch-türkischen Konflikt eine nachgiebige Haltung der Pforte zu erreichen, Djanib Efendi (so hieß der Großvezier) eine Sentenz entgegengehalten, die aus einem türkischen Kommentar des Aristoteles genommen war und folgendermaßen lautete: „la logique est l'amie et la déclamation l'ennemie de la justice“. Der Satz ist uns in Erinnerung gekommen all der nachgerade unerträglich gewordenen unwahren Rhetorik gegenüber, mit der wir heute Tag für Tag zu kämpfen haben und die uns an keiner Stelle verwirrender entgegengetreten ist, als in einem Teil der amerikanischen Presse bei Behandlung der notwendig gewordenen englisch-deutsch-italienischen Exekution an Venezuela. Gleich zu Anfang wurde die Frage der Monroe-Doktrin von der Presse in ganz ungehöriger Weise mit dieser venezolanischen Angelegenheit in Verbindung gebracht. Aber ganz abgesehen davon, daß es sich bei der Monroe-Doktrin um eine amerikanische Doktrin, nicht um einen völkerrechtlichen Grundsatz handelt, war all der Lärm insofern völlig gegenstandslos, als England und Deutschland, bevor sie die bekannten Zwangsmaßregeln ergriffen, sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten über Ziel und Methode ihres Vorgehens bis in das Detail hinein verständigt hatten. Es handelte sich um die einfache Frage, ob es Venezuela freistehen solle, sich über Verpflichtungen hinwegzusetzen, die es den Untertanen beider Mächte gegenüber eingegangen war, und ob es ungestraft hingehen dürfe, wenn beide Regierungen von der Vertretung Venezuelas mißachtend behandelt wurden. Präsident Castro, der sich seiner tatsächlichen Ohnmacht wohl bewußt

war, drohte mit der Monroe-Doktrin und die amerikanische Presse war gefällig genug, ihm die Fanfare zu blasen auf die er spekuliert hatte. Unter ungeheurer künstlicher Aufregung begann so die Blockade; Italien, das ganz richtig erkannte, daß die Ansprüche derjenigen Mächte, die Opfer und Gefahr des Unternehmens auf sich zu nehmen bereit waren, naturgemäß vorgehen müßten, schloß sich als dritte Macht an, und Venezuela machte sehr bald die Erfahrung, daß es absolut unfähig war, aus eigener Kraft sein Unrecht zu verteidigen. Es suchte einen Ausweg aus dieser bald unerträglich gewordenen Lage, indem es die Vertretung seiner Interessen dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Mr. Bowen, in die Hände legte, und dieser nahm den Auftrag an. In Washington sollte zwischen ihm und den Botschaftern der drei Mächte die Lösung der schwebenden Schwierigkeiten gefunden werden. Inzwischen war aber der Lärm immer ärger geworden, die amerikanische Presse ließ sich von der englischen sekundieren — wenn nicht etwa die Bewegung in ihren Anfängen englischen Ursprungs ist und aus dem Feldlager der „National Revue“ sich die Losungsworte geholt hat. — Die neue Fabel von dem durch das perfide Deutschland in ein gefährliches Abenteuer verwickelten England wurde in Umlauf gesetzt, und hüben wie drüben beruhigte man sich erst einigermaßen, als die erwünschte Nachricht kam, daß der „Panther“ vor den Kanonen von San Carlos einen beschämenden Rückzug haben antreten müssen. Um so größer war freilich die Verstimmung, als sich herausstellte, daß auch das eine Fabel war, daß nicht der „Panther“, sondern das Fort angegriffen hatte, und daß die deutschen Kriegsschiffe nunmehr taten, was sich von selbst verstand, daß sie nämlich mit ihren wohlgezielten Schüssen das Fort zum Schweigen brachten. Wie man in London und New-York es fertig gebracht hat, sich darüber zu entrüsten, ist uns absolut unverständlich. Die englische Marine hat genau in derselben Weise in ihrem Blockaderayon keinen Augenblick gezögert, die Pflichten zu erfüllen, welche die Umstände ihr stellten, und die Vereinigten Staaten haben vor Kuba und vor den Philippinen gezeigt, daß ihnen nichts ferner liegt, als sentimentale Nervenschwäche, wo sie praktische Aufgaben zu lösen haben. Was aber die Ehre unserer Flagge verlangt, so gestehen wir niemandem das Recht zu, uns darüber einen neuen Ehrenkodex zu schreiben.

Nun hatten mittlerweile die Verhandlungen in Washington ihren Anfang genommen, und sie hätten schon ihr Ende erreichen können, wenn, wie die drei Mächte verlangten, ihnen Mr. Bowen im Namen des Präsidenten Castro die Garantien gesichert hätte, deren sie bedurften, um das Zwangsmittel der Blockade aufhören zu lassen. Auch schien das anfänglich der Ausgang zu sein, der bevorstand. Aber in dieser an Unwahrscheinlichkeiten überreichen Frage stand eine neue Verwicklung bevor. Präsident Castro, der, wie sich zu allgemeiner Überraschung herausstellt, ein sehr zartes Gewissen besitzt, fühlte sich durch das Bewußtsein gedrückt, daß er auch noch anderen Forderungen gerecht werden müsse: Alte Schulden, die den Franzosen, den Vereinigten Staaten, Belgien, den Schweden, Norwegern und Dänen zu entrichten sind. Er glaubt sich nicht berechtigt, Mr. Bowen zu bevollmächtigen, den drei Mächten die 30 Prozent der venezolanischen Zolleinkünfte zu sichern, die sie fordern. Frankreich habe eine Priorität, Belgien für den Bau des Kanals zwischen La Guayra und Caracas nicht weniger als 12 Millionen rückständiger Zahlungen zu fordern und so weiter mit Grazie ad infinitum. Es würde das zu dem angenehmen Resultat führen, daß die Exekutionsmächte schließlich das Nachsehen hätten und sich damit begnügen müßten, die Brosamen aufzulesen, welche die übrigen ihnen in freundlicher Rücksicht lassen, und Venezuela in die eigene Tasche zu stecken großmütig verschmäht.

Das ist die Lage des Augenblicks und alles wird davon abhängen, wie fest die drei Mächte zusammenhalten. Nun hat der Unterstaatssekretär Lord Cranborne am letzten Freitag in der Handelskammer in Sheffield eine Rede gehalten, in welcher er auch die venezolanische Frage berührte. Er stand dabei gleichsam in der Defensive und mußte vor seinen Hörern das Zusammengehen mit Deutschland rechtfertigen. Das hat er dann, unter nachdrücklicher Betonung der Tatsache, daß es sich um keine Allianz, sondern um ein Zusammenwirken ad hoc handele, getan, aber er betonte ebenso entschieden, und zwar zweimal, daß England unmöglich Deutschland im Stich lassen könne („But we could not leave in the lurch those who took common action with us" und „we should have be bound, having entered into common action in this small business, to stand by the Germans and not to leave them in the lurch"). Noch

schärfer hat sich am Sonntag der Generalpostmeister Austen Chamberlain in Birmingham ausgesprochen: Wenn wir — sagte er — niedrig genug wären, Deutschland jetzt im Stich zu lassen und zu versuchen, Abhülfe für unsere Beschwerden zu erlangen, wie angeregt worden ist, welche Wirkung würde dies auf unsere Beziehungen zu den fremden Mächten in Zukunft haben? Welche Nation würde England wieder trauen?" Das ist korrekt und, um den englischen Ausdruck zu brauchen, „gentlemanlike" gedacht, aber leugnen können wir nicht, daß es in Deutschland einen tiefen Eindruck gemacht hat, daß die Frage überhaupt aufgeworfen werden konnte.

Die optimistische Nachricht, die das „W. T. B." am 2. brachte und derzufolge ein Abschluß zu guter Verständigung unmittelbar bevorsteht, ist uns vorläufig noch nicht ausreichend bezeugt, auch können wir nicht übersehen, wie weit die Bowen zugeschriebenen Berechnungen der Wirklichkeit entsprechen. Darüber wird unser neuer Geschäftsträger in Washington im Zusammenhang mit dem Auswärtigen Amt zu entscheiden haben, und wir wollen gern das Beste hoffen.

Wir möchten uns aber inbetreff dieser venezolanischen Angelegenheit noch einmal resümieren. Wir geben nicht zu, daß irgend eine Macht der Welt das moralische Recht oder eine völkerrechtliche Grundlage hat, sich einer Exekution entgegenzustellen, wie wir sie notgedrungen, spät genug, an Venezuela soeben vollziehen müssen. Und ebensowenig geben wir zu, daß wir unsere Schiffe in Bewegung gesetzt haben, um für die Belgier oder wen sonst immer die goldenen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir stehen ein für die Ansprüche von England und von Italien, die mit uns zugegangen sind, ganz wie sie für uns einstehen, aber damit und mit der Warnung, welche die ganze venezolanische Aktion für Politiker à la Castro bedeutet, ist auch unser Interesse erschöpft, und es soll uns freuen, wenn wir nach acht Tagen von der Beilegung der ganzen höchst unerquicklichen Angelegenheit werden berichten können.

Mit am bedenklichsten erscheint uns dabei die Haltung der nach Sensationen suchenden deklamierenden Presse, und nicht vergessen wollen wir die feindselige Haltung, welche die offizielle und offiziöse französische Presse gegen uns eingenommen hat. Der „Temps" zumal, über dessen Beziehungen zu Herrn Delcassé kein Zweifel be-

steht, hatte in dieser Kampagne die Führung übernommen und sich schließlich so weit gesteigert, daß er heute hart an dem Gedanken eines frisch-froh-fröhlichen Koalitionskrieges gegen die Exkutionsmächte oder am liebsten wohl gegen Deutschland allein zu stehen gekommen ist! Aber wir meinen, auch das ist Deklamation, bestimmt, diejenigen zu schrecken, die sich vor Redaktionsgespenstern fürchten; sie entspringt dem Bedürfnis, mit der Schelle zu klingen, die Löwenhaut umzuwerfen und im Heldenschritt einherzugehen, lauter Dinge, die um so weniger imponieren, je deutlicher man unter der Maskerade einen alten, im Grunde harmlosen Bekannten wiedererkennt.

Mit besonderem Vergnügen haben wir die Reihe von Aktenstücken gelesen, die aus dem französischen Gelbbuch über die macedonische Frage durch die Zeitungen gegangen sind. Weniger wegen des Gegenstandes, denn der ist ernst genug, als weil auch hier das Bedürfnis sich geltend macht, recht deutlich zu zeigen, daß die großen Tage der gesta Dei per Francos noch nicht dahin sind. Wir hatten nämlich bisher geglaubt, und mit uns wohl noch andere Leute, daß die Initiative in der macedonischen Reformfrage den meistinteressierten Mächten, Rußland und Österreich, vielleicht auch England gehöre. Wußten wir doch, daß Frankreich sein Interesse im kleinen Orient wesentlich auf katholisch-kirchliche Fragen und auf seine merkantilen Interessen beschränkte. Das alles ist nun, wie sich an der Hand der publizierten französischen Aktenstücke herausstellt, ein Irrtum. Rußland stand ziemlich hülflos dem Problem gegenüber. Aber schon im Frühjahre 1902 sehen wir Herrn Delcassé, der die volle Tragweite der Dinge überschaut, am Werke, immer anspornend und auf den rechten, einzig heilsamen Weg hinweisend. Der große und entscheidende Zug war die Depesche, die er am 27. November 1902 nach Petersburg richtete, um den Grafen Lamsdorf darauf aufmerksam zu machen, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei. (L'essentiel est de ne pas laisser passer l'heure.) Und damit die russische Regierung auch wisse, welche Reformen sie für Macedonien von der Türkei fordern solle, schickt er ihr ein Reformschema, das der französische Konsul in Saloniki in genauer Sachkenntnis entworfen hat.

Die Wirkung dieser Depesche ist dann auch durchschlagend. Sie wird dem Kaiser Nikolaus vorgelegt, der sich in Danksagungen kaum

genug zu tun weiß und der arme Graf Lamsdorff tritt mit seinem genialen französischen Kollegen sofort in Verhandlung. Man spürt es in allen Fibern, wie in jenen großen Tagen der Entscheidung der elektrische Funke von Paris nach Petersburg spielt, und bald erfährt auch die Welt von den Resultaten der französischen Ratschläge. Mit den Ratschlägen des französischen Konsuls von Saloniki in der Tasche, macht Graf Lamsdorf sich auf die Reise nach Wien, wo er beim Grafen Goluchowski das gleiche Verständnis für die Delcasséschen Gedanken findet. Schon in der ersten Unterredung schlagen sie durch, und Graf Lamsdorf erfüllt nur eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn er ohne Zögern darüber in Paris Bericht erstattet. Das Erfreulichste aber ist, daß auch die Pforte sogleich erkannte, daß Frankreich die richtige Lösung gefunden habe. So und nicht anders konnte das Ei des neuen Kolumbus zum Stehen gebracht werden.

Aber wenn man bedenkt, daß Herr Delcassé schon zu Anfang des vorigen Jahres mit seinen Anträgen kam, kann man den schmerzlichen Gedanken nicht los werden, daß alles so ganz anders hätte kommen können, wenn man ihn nur früher gehört hätte. Auch hat George Villiers in einem vor einigen Tagen im „Figaro" erschienenen Leitartikel sich nicht enthalten können, darauf hinzuweisen. „Der Schluß, der sich aus alledem ergibt — so endet er seine Betrachtung — ist doch, daß seit Beginn der ersten kleinen Unordnungen in Mazedonien bis zu dem beängstigend nahe liegenden Tage, da in Ermangelung rascher und entscheidender Maßnahmen diese Unordnungen sich zu einer allgemeinen Rebellion konzentrierten, die französische Regierung die doppelte Pflicht erkannte und erfüllte, welche ihre Stellung in der Türkei ihr auflegte. Als uneigennütziger Freund der osmanischen Regierung, aber als Schutzherr der Christen im Orient von alters her, ist sie den damit verbundenen Verantwortlichkeiten nicht aus dem Wege gegangen.

„Noch größer war die Rolle Frankreichs in der Frage des kollektiven Vorgehens, denn Frankreich hat sich nicht damit begnügt, einen Anschluß zu suchen, sondern die Initiative ergriffen und seinerseits die Grundgedanken für die Aktion hergegeben (et a fourni son cadre à cette action). Die geflissentliche Zustimmung, die unsere Vorschläge fanden, hat, so weit es möglich war, die notwendige Verständigung beschleunigt. Und wenn dieses Mal die Mächte das

Glück haben sollten, nicht zu spät zu kommen, so danken sie es — wie sie selbst gestehen — zu nicht geringem Teil uns."

Wir verstehen den gerechten Stolz und hoffen, daß Herr Delcassé es uns nicht verdenkt, wenn wir Deutsche einen ganz geringen Teil des Ruhms, der ihm gebührt, auch für uns in Anspruch nehmen. Jener Konsul in Saloniki, dem der Plan der macedonischen Reformen zu danken ist, führt nämlich den Namen Steeg. Wir mutmaßen in ihm einen ehemaligen Landsmann und das möchten wir mit Stolz konstatieren.

Aber freilich ein Bedenken bleibt. Die Wirkung der Reformen steht noch aus, und gerade die letzte Zeit häuft die Nachrichten, die darauf hinweisen, daß trotz allem die kleinen und kleineren Balkanpotenzen sich mit sehr unfriedlichen Absichten tragen. Wir hören von Anleihen, Waffenankäufen, Rüstungen, von Zeit zu Zeit auch von Gefechten zwischen bulgarisch-mazedonischen Banden und türkischen Truppen. Dazu kommen die nicht enden wollenden Berichte der russischen Blätter über neue Greuel, die in Mazedonien verübt sein sollen, eine Audienz, die der Zar Herrn Bachmetiew gewährte, der, abgesehen vom französischen Konsul in Saloniki, für einen der besten Kenner Mazedoniens und Bulgariens gilt; das alles und noch andere ernste Symptome, die wir absichtlich übergehen, um nicht allzu schwarz zu malen, summiert sich zu einem wenig erfreulichen Ganzen. Es sind schwarze Wolken, die über dem Balkan hängen, und es wird eines frischen Windes bedürfen, um sie wegzufegen. Aber wer hat, nach all den wunderbaren Wendungen, welche die orientalische Frage seit über hundert Jahren genommen hat, das Recht, zu behaupten, daß die Lage verzweifelt wäre?

Ist doch auch die marokkanische Krisis mit dem, wie es scheint, wirklich erfolgten Siege Abdul Azizs über Bu Hamara und seine Anhänger in ein neues hoffnungsreiches Stadium getreten, obgleich alle Wahrscheinlichkeit dagegen sprach. Wir werden wohl erst durch das nächste französische Gelbbuch erfahren, wie sehr die Hand Frankreichs dabei mit im Spiele ist, aber es läßt sich schon jetzt behaupten, daß der Ausgang uns den französischen Einfluß als gesteigert, den englischen als gemindert zeigen wird. Namentlich wenn es sich bestätigen sollte, daß Frankreich es verstanden hat, den Sultan von Marokko zur Annahme eines Darlehns zu bewegen, das für ein

geldarmes Land sehr hoch ist, würden wir darin eine Revanche der französischen Politik erkennen, welche im Westen gut macht, was im Osten 1875 durch Disraelis Ankauf der Suezkanalaktien verspielt wurde. So viel wir wissen, ist zudem Frankreich die einzige europäische Macht, die zur Zeit eine Militärmission in Fez hat und wenn diese, wie nicht unmöglich ist, bei der Entscheidung mitgespielt haben sollte, könnte auch das ein Vorteil England gegenüber werden.

Unwillkürlich richtet sich bei solchen Erwägungen der Blick auf Chamberlain, der mehr als jeder andere in England allen afrikanischen Problemen seine Energie zu Dienst gestellt hat. Die letzten Berichte zeigen ihn uns in Kimberley, und die jüngste Rede, die von dorther zu uns herüberklingt, beweist wohl, daß er erst jetzt im Kaplande dem schwierigsten Teil seiner Aufgabe gegenübersteht. Was sich ihm in den Weg wirft, ist der alte selbstbewußte Partikularismus der Kapkolonie, der keinerlei Neigung hat, in der geplanten großen südafrikanischen Föderation gleichsam zu versinken. Namentlich der mächtige und geschlossene Kreis der Männer, die dem Bond angehören, wehrt sich gegen den Föderationsgedanken, so daß Chamberlain sich genötigt gesehen hat, einen Ton anzuschlagen, der sich nicht anders als drohend bezeichnen läßt. Er hat von Intriganten gesprochen, die es versuchen, auf Schleichwegen zu erringen, was sie gewaltsam zu erreichen nicht vermochten. Er werde denjenigen, die keinen Anteil am Kampfe gehabt hätten, nicht gestatten, die Früchte des Sieges zu zerstören, und niemand solle sich der Privilegien des Imperiums rühmen, der nicht bereit sei, auch Opfer dafür zu bringen.

Es ist der erste Mißton, der ihm auf seiner Triumphreise durch Südafrika entgegenklingt, und nichts ist charakteristischer, als daß er nicht von den Buren Transvaals oder Oranjes ausgeht, sondern von den Kapländern. Kein Zweifel, daß es noch schwere innere Gegensätze zu überwinden gibt. Auch von Cecil Rhodes hat Chamberlain gesprochen. Er war, sagte er, „a great Englishman", und das ist gewiß richtig, wenn auch unserer Meinung nach in anderem Sinne, als Chamberlain offenbar meint. Rhodes war in erster Linie englisch-südafrikanischer Patriot und seine Wege gingen mit denen des Chamberlainschen Imperialismus nur auf einer Strecke zusammen. Sein Tod war in diesem Sinne für England eher ein Glück, als ein Unglück.

Wir notieren zum Schluß, daß, nachdem schon im Lauf der letzten Woche Arbeiterdemonstrationen stattgefunden hatten, ein „Monster-Meeting“ auf Trafalgar-Square für den 1. Februar angekündigt war. Man sah ihm mit Sorgen entgegen, da die Masse aus erregten arbeitslosen Leuten bestand und traf in größtem Stil angelegte Vorsichtsmaßregeln. Da der Telegraph bisher nichts gemeldet hat, läßt sich hoffen, daß die Demonstranten sich eines besseren besonnen haben. Aber der Blick wird immer wieder auf die ungesunden Verhältnisse der englischen Arbeiterschaft gelenkt, und wer sich der Demonstrationen erinnert, die vor jetzt 17 Jahren ebenfalls am Trafalgar-Square stattfanden, wird bedauern, daß inzwischen so wenig geschehen ist, die zweifellos vorhandenen Notstände zu lindern.

7. Februar. Präsident Roosevelt lehnt zum zweitenmal ab, in der Venezuelafrage als Schiedsrichter zu fungieren.

10. Februar. Morin wird mit der zeitweiligen Führung des auswärtigen Amtes im italienischen Ministerium betraut.

11. Februar. König Alexander von Serbien und die Königin in Kruschedol am Grabe Milans.

---

11. Februar 1903.

Der bekannte amerikanische Marineschriftsteller Kapitän Mahan hat in der „National Review" einen historisch-didaktischen Artikel über die Monroedoktrin veröffentlicht, der unseres Wissens zum ersten Male die volle Entwicklungsfähigkeit dieses politischen Dogmas der Amerikaner zeigt und die Herausgeber der „National Review" offenbar in nicht geringe Verlegenheit gesetzt hat. Denn sobald man genauer zuschaut, ist die Geschichte der Monroedoktrin die Geschichte der politischen Niederlagen Englands und des Rückzugs, den es vor der so überraschend selbständig und anspruchsvoll gewordenen Tochter antritt. Die Monroedoktrin ist ihrem Wesen nach vor allem antienglisch, und wenn nicht alles täuscht, bestimmt, sich nach dieser Richtung hin noch weiter auszuwachsen. Auch hat England sich darüber von vornherein nicht getäuscht. Schon 1823 schrieb das „Annual Register": Der Anspruch, daß die amerikanischen Kontinente nicht mehr als Boden für eine europäische Kolonisation betrachtet werden dürften, sei ebenso extravagant wie der russische Ukas von 1821, der die Gewässer von Alaska auf 100 Meilen von den russischen Küsten fremden Fahrzeugen untersagte. Nach 1827 protestierte England in aller Form gegen die neue Lehre. Aber schon 1824 waren die Vereinigten Staaten noch einen Schritt weiter gegangen; sie erklärten jedes Eingreifen europäischer Mächte in den Krieg, den Spanien mit seinen Kolonien führte, für einen casus belli und bekanntlich hat eine europäische Intervention auch nicht stattgefunden. Spanien verlor alle seine Kolonien mit Ausnahme von Kuba und Portorico, und England blieb als einzige in Betracht kommende europäische

Macht in Amerika übrig. Da nun England zugleich den Handel beherrschte und ehrgeizig war, war es, wie Mahan sagt, nur natürlich, daß es zu Differenzen zwischen beiden Mächten kam (it was in the nature of things that with her successive contentions should arise) und zwar um so mehr, als die Macht Englands ihre Quelle in Europa, nicht in Amerika hatte. Das aber schien den Amerikanern unerträglich (unavoidably invidious to the sentiment breathed in the Monroe Doctrine), und die Präsidenten und Staatssekretäre begannen nun ex cathedra der Doktrin immer mehr eine gegen England gerichtete Spitze zu geben, wobei natürlich der erhobene Anspruch in richtigem Verhältnis zu den Machtmitteln stehen mußte, welche die Vereinigten Staaten zu entfalten willens und fähig waren. Am merkwürdigsten ist wohl, daß sie auch die Garantie des spanischen Besitzstandes durch England und die Garantie der Unabhängigkeit der ehemaligen spanischen Kolonien durch England und Frankreich ablehnten. Man wollte auch nicht indirekt europäischen Mächten einen Anteil an den politischen Interessen Amerikas zuerkennen, erklärte vielmehr in Anlaß dieses Anerbietens (1826), „daß die Vereinigten Staaten die Okkupation Kubas und Portoricos durch eine andere Macht als Spanien, unter welchem Vorwande immer es geschehen möge, nicht dulden würden. Und 1843 gab der Staatssekretär Webster den Spaniern die Versicherung, daß eventuell die gesamte See- und Landmacht der Vereinigten Staaten ihnen gegen englische Anschläge beistehen werde. Eine 1852 von Frankreich und England zum zweitenmal angetragene Garantie gegen jeden Versuch, Kuba den Spaniern zu entreißen, wurde wiederum abgelehnt „als im Widerspruch mit den Prinzipien, den Traditionen und der Politik der Vereinigten Staaten". Kein Zweifel, man wollte den europäischen Mächten keinen Anhalt geben, ihren Einfluß in Amerika zu erweitern. Kuba aber hielt man gleichsam in Reserve für die kommenden Zeiten. Inzwischen aber war in einem Punkte die Monroedoktrin durchbrochen worden. Am 19. April 1850 war zwischen England und den Vereinigten Staaten der Clayton-Bulwer-Vertrag abgeschlossen worden, durch welchen beide Mächte sich dahin verständigten, gemeinsam einen Nicaragua-Kanal zur Verbindung des Golfs von Mexiko mit dem großen Ozean zu bauen, und diesen Kanal nicht nur nicht zu befestigen, sondern ihn in Kriegs- und

Friedenszeiten offen zu halten. Damit hatten die Vereinigten Staaten zum erstenmal mit einer europäischen Macht einen, amerikanisches Gebiet betreffenden Garantievertrag geschlossen. Sie hatten darauf gerechnet, daß England dagegen seinen Ansprüchen auf die Mosquitoküste entsagen werde. Das aber geschah keineswegs, man stritt 10 Jahre lang und endlich — gab England nach. Aber 1850 und 1851 hatten England, Frankreich und die Vereinigten Staaten bei der Friedensstiftung zwischen Haiti und San Domingo kooperiert und so an einem zweiten Punkte der „Doktrin" entgegengehandelt. Erst Napoleons mexikanische Expedition und ihr klägliches Fiasko führte die Vereinigten Staaten wieder zu ihren ursprünglichen Ansprüchen zurück und bald auch weit darüber hinaus. 1869 erklärte Präsident Grant, wiederum ex cathedra, „daß amerikanische Dependenzen europäischer Mächte in Zukunft nicht mehr von einer europäischen Macht auf eine andere übertragen werden sollen", und 1870 kommentierte Staatssekretär Fisher diesen Satz folgendermaßen: Amerika sehe hoffnungsvoll den Zeiten entgegen, da die europäischen Mächte freiwillig diesen Kontinent und die anliegenden Inseln verlassen würden, damit Amerika ganz amerikanisch werde. Amerika wolle nicht Gewalt brauchen, um in legitime Streitigkeiten einzugreifen, aber es protestiere dagegen, daß sich aus solchen Streitigkeiten ein Anwachsen europäischer Macht und europäischen Einflusses ergebe. Dieser Hoffnung ist dann noch mehrfach Ausdruck gegeben worden und wenn Kapt. Mahan die „National Review" damit beruhigt, daß es sich dabei nicht um einen Teil der Monroedoktrin handle, so wird das in englischen und wohl auch in anderen Ohren ein schlechter Trost sein. Auch entwickelte sich die „Doktrin" immer mehr in einer den europäischen Interessen gegensätzlichen Richtung. 1881 erklärte Präsident Garfield, er müsse in aller Offenheit sagen, daß die Vereinigten Staaten jeden Versuch einer Verständigung anderer Mächte zu gemeinschaftlicher politischer Aktion in Amerika unfreundlich (with disfavour) ansehen würden. Das war ein Vorstoß gegen Möglichkeiten der Zukunft, zunächst aber kam es darauf an, England aus der Stellung hinaus zu manövrieren, die ihm der Clayton-Bulwer-Vertrag eingeräumt hatte, denn die Liquidation der französischen Panamagesellschaft und die Verhandlungen, welche nunmehr mit den Vereinigten Staaten angeknüpft wurden, mahnten zur Eile. Nun hat sich England, so lange es

irgend gehen wollte, nach Kräften gewehrt, der wohl unvermeidliche Rückzug vollzog sich in zwei Etappen. Am 5. Februar 1900 ward der Hay-Pauncefote-Vertrag unterzeichnet, durch den England auf sein Anrecht am Bau des Kanals verzichtete und sich damit begnügte, daß die Vereinigten Staaten die Neutralisierung des Kanals versprachen; im vorigen Jahre aber annullierte der Senat diesen Vertrag, und England verzichtete in einem zweiten Hay-Pauncefote-Vertrage auch auf den Punkt 7 des Vertrages vom 5. Februar, der jede Befestigung des Kanals untersagt und ihn dem Suez-Kanal gleichgestellt hatte. Heute steht fest, daß der künftige Panamakanal ausschließlich amerikanisch sein wird, und daß die Vereinigten Staaten ihn nach Belieben befestigen, öffnen und schließen werden. Gewiß ein Rückzug auf der einen und ein diplomatischer Sieg auf der anderen Seite, wie er vollständiger nicht gedacht werden kann. Ganz ähnlich aber hat sich die Differenz um die Alaskagrenze abgespielt und alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie in einen noch weiteren Rückzug auslaufen wird. Die diesen Dingen vorausgegangene Annexion von Kuba richtet nach allem, was wir an der Hand der Ausführungen des Amerikaners Mahan — der nur die Kanalfrage absichtlich schonend und weniger ausführlich behandelt — kennen gelernt haben, ihre letzte Spitze ebenfalls gegen England, und wenn man in London das nicht sehen will und entschlossen beide Augen zukneift, so ist das eben eine Sache der Engländer. Was uns heute speziell interessiert, ist die Schlußbetrachtung, die Mahan in Anlaß des Venezuela-Konflikts in Hinblick auf die Monroedoktrin anstellt. Er sagt wörtlich wie folgt:

„Nationale Rechte, die sich zu dem Begriffe Unabhängigkeit summieren, haben ihr Korrelativ in der Verantwortlichkeit der Nationen. Die Rechte amerikanischer Staaten nicht anzutasten, ist für die Vereinigten Staaten eine Verpflichtung, die Gesetzeskraft hat; nicht zu dulden, daß sie von europäischen Mächten gebrochen werden, ist eine Sache der Politik; aber wie die Vereinigten Staaten keinen Angriff auf die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität jener Staaten dulden werden, so werden sie durch ihr Verhalten auch nicht begünstigen, daß jene sich ihrer internationalen Verantwortlichkeit entziehen. Zwingen werden die Vereinigten Staaten sie nur, die Pflichten zu erfüllen, die sie ihnen (den Vereinigten Staaten), nicht anderen schuldig sind. Das Gegenteil zu fordern

(daß nämlich die Vereinigten Staaten auch die Erfüllung der von anderen amerikanischen Staaten europäischen Mächten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erzwingen), was man inkonsequenterweise als Revers der Monroedoktrin bezeichnete, würde in Wirklichkeit einen Eingriff in das Wesen dieser Doktrin bedeuten, welche die Unabhängigkeit verteidigt. Denn wer Verantwortlichkeiten übernimmt, die sich aus der Unabhängigkeit anderer ergeben, würde damit eine Quasi-Suzeränität ausüben. Die Vereinigten Staaten sind unvermeidlich die überwiegende (preponderant) amerikanische Macht; aber sie sind nicht gewillt, zur Obermacht (paramount) zu werden. Sie finden die wahre Ergänzung der Monroe-Doktrin nicht in einem undefinierbaren Kontrollieren der amerikanischen Staaten, das sie ausüben und Europa nicht anerkennt. Das Korrelativ, wie John Quincy Adams zur Zeit der Formulierung der Doktrin nachdrücklich betonte, und wie es die nationale Verantwortlichkeit seither auf sich genommen hat, ist Enthaltung von europäischen Territorialfragen. Diese umfassen, wie ich (Mahan) auslege, nicht nur Europa im engeren Sinne, sondern die Regionen, in denen durch Nachbarschaft, Kontinuität, lange anerkannte Okkupation, eine Priorität europäischen Einflusses und europäischer Interessen sich begründet hat, ganz wie die Monroe-Doktrin es für die amerikanischen Inseln und Kontinente in Anspruch nimmt. Nach meiner (Mahans) Meinung würde nach dieser Doktrin Europa in sich schließen: Afrika, die Levante, Indien, und die dazwischen liegenden Länder. Japan, China und überhaupt den pazifischen Ozean nicht. Die vereinigten Staaten mögen ausgezeichnete Gründe haben, um sich einer Aktion in den letztgenannten Gebieten zu enthalten, aber die Monroe-Doktrin in ihrer legitimen Auslegung könnte sie davon nicht abschrecken." Das ist gewiß sehr lehrreich und zeigt unter anderem, daß der eigentliche Grund für die Erregung, welche durch die Venezuela-Expediton in den Vereinigten Staaten hervorgerufen worden ist, darin liegt, daß drei europäische Mächte dabei kooperieren. Es liegt aber eine ungeheure Anmaßung darin, eine solche Kooperation verbieten zu wollen, wo die Gemeinsamkeit der Interessen europäische Mächte zur Zwangsexekution gegen einen gewissenlosen süd- oder mittelamerikanischen Schuldner führt. Wir wollen dabei auf die viel ventilierte Frage, wem die Initiative zum Vorschlag des Zusammenwirkens gehört, England oder Deutschland,

nicht näher eingehen. Hätten wir den Anstoß dazu gegeben, wir würden es nicht zu verdecken suchen; denn wir geben nicht zu, daß das einer Rechtfertigung bedürfte. Aber allerdings erstaunen wir von Tag zu Tage mehr über den gänzlichen Mangel an Würde und Selbstbewußtsein, den die englische Presse und ein Teil der Wortführer der Nation in dieser Angelegenheit zeigt. Von dem Detail der Verhandlungen wissen wir ja nicht mehr, als der offizielle Telegraph und die Zeitungskorrespondenten bringen, aber der Eindruck ist uns außerordentlich lebendig geworden, daß die hochfahrende Sprache des Mr. Bowen nachgerade unerträglich geworden ist.

Als Bowen von Castro nach Washington geschickt wurde, um mit den blockierenden Mächten zu verhandeln, erklärten die Vereinigten Staaten ausdrücklich, daß er nur im Namen Venezuelas, nicht in dem der Vereinigten Staaten reden und handeln solle. Präsident Roosevelt hatte die Vermittlung abgelehnt und hat sie jetzt zum zweiten Male abgelehnt, um aus dieser Angelegenheit fern zu bleiben. Wie aber tritt Mr. Bowen auf? Als wäre er ein Diktator an der Spitze eines siegreichen Heeres und als habe er mit seinem Stabe den Zirkel in den Sand gezogen, den die Vertreter Englands und Deutschlands nicht verlassen sollen, ehe sie ihm Rede und Antwort gestanden. Wir meinen, dem Vertreter des treulosen, unzuverlässigen und machtlosen Venezuela ziemt dieses Verhalten nicht. Nun heißt es allerdings, Deutschlands Haltung werde durch die Befürchtung bestimmt, daß England es im entscheidenden Augenblick, unter dem Druck der uns feindseligen öffentlichen Meinung des Landes, in Stich lassen werde. Wir glauben das nicht, denn wenn es der Fall wäre, hätte England in demselben Augenblick seinen Kredit als bündnisfähige Macht verloren; aber selbst das Unwahrscheinliche einer solchen Wendung angenommen, scheint uns die Notwendigkeit nicht vorzuliegen, dem Mr. Bowen seine anmaßende Haltung hingehen zu lassen. Immer noch besser, mit ihm zu brechen, die bisher gezeichneten Protokolle zu zerreißen und dem Haager Schiedshof die Entscheidung zuzuweisen, als der Willkür des einen Mannes preisgegeben zu sein.

Von der Presse hüben und drüben aber wollen wir uns nicht imponieren lassen. Das ist Sensationsmache und wer die realen Interessen aller Teile prüft, muß sich bei einigermaßen ruhiger Über-

legung sagen, daß die drei Exekutionsstaaten Venezuela gegenüber ein allgemeines, nicht nur europäisches Interesse vertreten. Es handelt sich doch darum, ob im großen Weltverkehr noch Treu und Glauben gelten soll, oder ob die halbblütigen Abenteurer, welche die Welle der südamerikanischen Revolutionen heute hebt, um sie morgen zu verschlingen, befugt sein sollen, ihr Raubhandwerk ungestraft zu führen.

Wenn die Monroedoktrin sich Leuten wie Castro zu Dienst stellt, so wird sie in sich zerbrechen, denn trotz aller europäischen Rivalitäten gibt es Fragen, in denen Europa sich selbst und die Grundlagen seiner zu einem Völkerrecht ausgelebten Geschichte nicht preisgeben kann.

Wer in diesen Wochen des werdenden und gewordenen Konflikts die Haltung der französischen Presse verfolgt, namentlich der vom „Quai d'Orsay" inspirierten, wird, soweit wir in Betracht kommen, den Schluß daraus ziehen, daß ihre hinterrückschen Feindseligkeiten und Insinuationen noch schlimmer sind, als die unverhüllte Feindseligkeit Englands, dessen Regierung sich durchaus loyal gezeigt hat. Das Ministerium des Herrn Delcassé kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß es die sich anbahnende Neigung zu freundnachbarlicher Entente, namentlich auch in kolonialen Fragen, gründlich zerstört hat. Jede Rücksicht nach dieser Seite hin wäre verschwendete Mühe, und wir denken, daß Herr Delcassé sich über kurz oder lang davon überzeugen wird, daß er mit seiner kurzsichtigen Politik niemanden mehr geschädigt hat als sich selber und Frankreich.

In der mazedonischen Frage überwiegen trotz einer Reihe von allarmierenden Meldungen, die aber durch ihre Quelle verdächtig sind, die günstigeren Anzeichen für eine Wendung zum besseren. Vor allem scheint Graf Lamsdorf wirklich bemüht, den russischen Einfluß an die Verwirklichung der geplanten Reformen zu setzen, und wenn unser Vertrauen zu den türkischen Beamten auch nicht hoch gegriffen ist, läßt sich doch nicht verkennen, daß sie einen Anfang gemacht haben. Auch die Rüstungen der Türkei müssen im günstigen Sinne ausgelegt werden. Je stärker sie sich in Bereitschaft gesetzt hat, um so unwahrscheinlicher wird das ungeheure Wagestück einer serbischen oder bulgarischen Herausforderung. Wenn trotzdem in russischen, französischen, italienischen und englischen Blättern ein düsterer Pessimismus überwiegt, so haben wir schon so oft gehört, wie diese Töne angeschlagen und wieder aufgegeben wurden, daß wir nachgerade nicht

mehr hinhören. Das Wesentliche hängt an der Reformfrage, und wenn auch zuzugeben ist, daß die Türkei die Wünsche der christlichen Mazedonier nicht ganz erfüllen kann, denn dann müßte sie einen Akt der Selbstvernichtung vollziehen, so liegt es doch in ihrer Hand, die Zustände wenigstens erträglich zu machen. Wir fragen aber, ob nicht das schlimmste Los, das Mazedonien treffen könnte, eintreten müßte, wenn einmal Bulgaren, Serben, Griechen und Albaner daran gehen, die frei gewordene Beute zu teilen?

Was aus Südafrika herüberklingt, macht entschieden einen schlechten Eindruck. Es stellt sich jetzt heraus, daß Chamberlain auf seinem Wege von Natal nach Pretoria und Johannisburg nur dem leichteren Teil seiner Aufgabe gegenüberstand. Je mehr er sich der Kapkolonie nähert, um so schwieriger wird sie. Schon in Johannisburg zeigten sich die Millionäre des Rand nichts weniger als gefügig oder gar aufopfernd patriotisch. Was sie haben wollen, ist Aufnahme der Arbeit in den Gruben, und da ohne Kaffernarbeit dies Ziel nicht zu erreichen ist, verlangen sie kurzweg die Einführung von Zwangsarbeitstagen für die Schwarzen, je 200 bis 300 Tage im Jahr auf den Mann, und das würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten als die Wiedereinführung der Sklaverei. Es läßt sich aber mit voller Bestimmtheit sagen, daß das ohne Krieg, und dann nur auf kurze Zeit, nicht zu erreichen ist. Südafrika zählt etwa 6 Millionen Schwarze, denen nur etwa 900000 Weiße gegenüberstehen. Im Rand sind etwa 200000 schwarze Arbeiter unentbehrlich, wenn die Werke in Bewegung gesetzt werden sollen, die Kaffern aber wollen nicht arbeiten, weil der Krieg sie reich gemacht hat, und der Ersatz, der aus Zentralafrika unter großen Kosten herbeigeführt wird, ist nicht annähernd ausreichend. Am 2. Februar berichtete eine Johannisburger Korrespondenz des „Standard“, daß zur Zeit im Rand 45068 Schwarze in den Goldminen und 7395 in den Kohlengruben arbeiten, das ist ziemlich genau ein Viertel des Bedarfs. Der Führer der „Rand Lords“, Mr. Lionel Phillipps, aber hat erklärt, der Rand werde die ihm auferlegten Zahlungen (30 Mill. Lstr.) nicht leisten, bevor die Arbeiterfrage in seinem Sinne gelöst sei. Eine noch größere Schwierigkeit aber ist Chamberlain in der Oranje River-Kolonie entgegengetreten. Christian Dewet, der so bereit war, bei allem mitzuwirken, was zur Versöhnung der Gegensätze beitragen könne, ist nach seiner

Rückkehr nach Südafrika anderen Sinnes geworden. Er findet, daß die Versprechungen von Vereinigung von England nicht gehalten werden und hat im Regierungsgebäude zu Bloemfontein Chamberlain gegenüber einen Ton angeschlagen, der sich nicht anders als drohend bezeichnen läßt. Er hat von einer moralischen Revolution gesprochen, die er organisieren werde, die schrecklicher sein werde als ein Krieg, denn sie werde ein Irland des Veldt ins Leben rufen.

Was die Buren erbittert, ist die Begünstigung der sogenannten Nationalschützen, d. h. der Buren, die zu den Engländern übergegangen sind, während ihr Volk noch im Kampfe stand; dann ist es der Stab von jungen englischen Beamten, mit dem Lord Milner sich umgeben hat, der „Kindergarten", wie man höhnisch sagt; endlich das Ausbleiben der erwarteten vollen Amnestie und die Unzulänglichkeit der Hülfsleistungen. Wie nahe liegt da die Möglichkeit, daß die Unzufriedenen unter den Buren und die Männer vom Bond sich die Hände reichen! Im Kap aber stehen die Verfassungsschwierigkeiten auf der Tagesordnung und Chamberlain wird dort noch manchen Tag heißen Kampfes durchkämpfen müssen.

Es wird wohl nicht mit Unrecht angenommen, daß der Plan, Südafrika zu einem großen Übungslager für die englische Armee zu machen, wirklich zur Ausführung kommt. Denn, wenn es auch eine ungeheure Belastung der englischen Steuerzahler wäre, die 200000 Mann, an die man dachte, würden doch gewiß genügen, Afrika in Ruhe zu halten und zugleich gleichsam ein Reservoir darstellen, aus dem sich, wenn es nötig werden sollte, auch für die militärischen Anforderungen, die Südasien alle Tage an England stellen kann, schöpfen ließe. Aber auch dann bleibt die eine ungeheure Schwierigkeit, daß England — wenn wir von Irland absehen — zum erstenmal im Verlaufe seiner Geschichte daran geht, weiße Männer wider ihren Willen sich zu unterwerfen. Der militärische Erfolg ist errungen, der schwierigere moralische Erfolg steht noch aus, und es fragt sich, ob er überhaupt zu erringen ist.

13. Februar. Vorläufige Annahme des Gesetzentwurfs über die zweijährige Dienstzeit in Frankreich.
14. Februar. Aufhebung der Blockade der venezolanischen Küsten.
16. Februar. Amerikanisch-kubanischer Vertrag.
17. Februar. Eröffnung des englischen Parlaments.

---

18. Februar 1903.

Seit der glücklich hinter uns liegenden Samoaaffäre hat keine Frage der auswärtigen Politik Deutschlands die öffentliche Meinung bei uns mehr erregt als der Streit mit Venezuela. Auch läßt sich eine Analogie zwischen beiden Problemen nicht verkennen. In beiden handelte es sich vor allem um eine Ehrenfrage, neben der die strittigen materiellen Werte nur wenig in Betracht kamen, sich aber von dem Ehrenpunkte nicht trennen ließen. In beiden Fällen hätte sich in Anbetracht der Schwierigkeiten, und man darf wohl hinzufügen der Gefahren der Lage, ein cachierter Rückzug, der den Schein wahrte, zur Not rechtfertigen lassen; aber da sich die Tatsächlichkeit einer erlittenen Niederlage niemals vor dem in dieser Hinsicht außerordentlich fein empfindenden nationalen Bewußtsein verdecken läßt, wäre die Rückwirkung ins Land hinein wie nach außen hin eine außerordentlich schwere gewesen. Wir danken es daher noch heute dem Grafen Bülow, daß er in jenen Samoatagen die Nerven nicht verloren hat, zumal uns wohlbekannt ist, daß man damals in sehr einflußreichen und patriotischen Kolonialkreisen ganz nahe daran war, Samoa verloren zu geben. Die ohne Zweifel vorhandene Möglichkeit eines Konfliktes mit England und den Vereinigten Staaten schien ein zu großes Risiko zu bedeuten. Daß Graf Bülow es trotzdem wagte, und uns Samoa rettete, hat das Fundament zu seiner Stellung gelegt und ihm das Vertrauen gesichert, das wir seiner Politik entgegenbringen. In bezug auf Venezuela aber lagen die Verhältnisse ähnlich, und wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß wir den Gang der auf die Blockadeoperationen folgenden Verhandlungen in Washington, namentlich in Anbetracht der Haltung, die Mr. Bowen einnahm,

höchst pessimistisch angesehen haben. Um so mehr freut es uns, anzuerkennen, daß der über Erwarten rasch gekommene Ausgang unsere Befürchtungen nicht gerechtfertigt hat. Und zwar nach drei Seiten hin: Unsere sogenannten erstklassigen Forderungen sind in ungekürztem Umfange, teils bar, teils in Wechseln befriedigt, sämtliche übrigen deutschen Forderungen im Prinzip anerkannt worden. Eine gemischte Kommission (ein Deutscher, ein Venezolaner und ein vom Präsidenten Roosevelt zu ernennender Obmann) wird sie im einzelnen feststellen. Als Garantie dienen 30 pCt. der Zolleinkünfte von La Guayra und Puerto Cabello. Ähnliche Sicherheiten haben auch England und Italien erhalten; was die Ansprüche der übrigen Gläubigermächte betrifft, so wird, falls keine direkte Verständigung erfolgt, das Haager Schiedsgericht darüber zu entscheiden haben, wie weit die von Venezuela gestellten Sicherheiten auch ihnen zu gute kommen können. Die von Venezuela übernommene Neuregelung seiner 5 prozentigen Anleihe und seiner auswärtigen Schuld endlich kommt den Ansprüchen der großen Venezuelagesellschaft zu gute, an der bekanntlich vorwiegend deutsches Kapital beteiligt ist. Dafür heben die Mächte die Blockade auf und geben den Venezolanern die ihnen abgenommenen Fahrzeuge in ihrem gegenwärtigen Zustande zurück. Damit ist im Prinzip diese erste wichtigste Frage erledigt. Venezuela hat sich fügen müssen, die Genugtuung und die Sicherheiten sind geboten, die wir von vornherein als conditio sine qua non stellten — immer noch milde genug, aber doch auf die merkwürdig komplizierten politischen Verhältnisse zugeschnitten, die sich nicht übersehen ließen — und damit kann sich jedermann bei uns zufrieden geben. Wer mehr erwartet hat, kannte die Wirklichkeit nicht.

Das Zweite, was in Betracht kam, war unser Verhältnis zu England, und auch hier wiederholen wir mit Genugtuung, was wir schon vor 8 Tagen ausführten, daß das Ministerium Balfour und sein Vertreter in Washington, Mr. Herbert, fest zu uns gestanden haben, trotz der leidenschaftlichen Agitation, an deren Spitze sich Lord Rosebery gestellt hatte und die auch von ministeriellen Organen, wie dem „Standard", energisch unterstützt wurde. Es schien alles darauf angelegt, ein „Umfallen" Mr. Balfours und Lord Landsdownes zu einer politischen Notwendigkeit zu machen. Beide sind trotzdem keinen Schritt von dem vereinbarten Wege abgewichen und Mr. Balfour

hat zudem am 13. in einer Rede, die er im konservativen Klub zu Liverpool hielt, die ganze Frage der Venezuelakrisis in einer für Deutschland sehr freundschaftlichen Weise behandelt, die ihm sowohl als Staatsmann wie als Gentleman alle Ehre macht. Wir wollen deshalb den Deutschland betreffenden Teil der Rede an der Hand des englischen Originaltextes etwas ausführlicher, als unsere Zeitungen ihn brachten, hier hersetzen. Mr. Balfour begann damit, daß man gegen die „deutsche Allianz" zwei Vorwürfe erhoben habe. Einmal, daß England sich die Vertretung von Forderungen auferlegt habe, von deren Ausdehnung es keinerlei Vorstellung hatte, und zweitens, daß man sich kriegerischen Verwicklungen ausgesetzt habe, deren Ende gar nicht abzusehen gewesen. Lord Rosebery habe sogar als Analogie die Kooperation Englands an der mexikanischen Expedition des dritten Napoleon herangezogen und behauptet, der schließliche Ausgang werde auch diesmal die Oktroyierung einer fremden Dynastie in Venezuela oder die Besetzung oder Anektierung venezolanischen Gebietes sein. Aber das alles sei nicht mehr als eine Lächerlichkeit. Es habe sich um 65000 Lstr. deutscher Forderungen gehandelt, die vorher vom deutschen Auswärtigen Amt und von deutschen Experten sorgfältig geprüft waren: Plünderungsschäden, erzwungene Requisitionen u. dergl. Alles weitere war man übereingekommen, einem Schiedsspruch zu überweisen. „Nun frage ich jeden ehrlichen Kritiker, ob er wohl meint, daß es weise gewesen wäre, wenn wir, da Deutschland im Begriff war, selbständig vorzugehen, keinerlei Verständigung mit ihm auf der angegebenen Grundlage gesucht hätten. Man erinnere sich doch, daß Deutschland vollberechtigt war, seine Forderungen durch eine Blockade zu erzwingen! Was wäre vom Standpunkte Venezuelas, oder vom Standpunkte deutscher Interessen oder von dem Englands besser gewesen, daß wir zu einer Verständigung zu gemeinsamem Vorgehen kamen, oder daß Deutschland blockierte und wir gleichzeitig oder auch später blockierten, um die gleichen Beschwerden bei Venezuela durchzusetzen. Wollen wir einmal diesen Fall annehmen: Wir sagen den Venezolanern: wir können euere Angriffe auf die britische Flagge und auf britische Untertanen nicht länger dulden und müssen eure Küsten blockieren, bis ihr uns Genugtuung gebt." Wir erhalten Genugtuung. Nun kommen die Deutschen, die so lange gewartet hatten, und sagen: „Auch wir haben

Beschwerden, die englische Blockade ist vorüber, jetzt muß unsere beginnen, und sie wird dauern, bis wir Satisfaktion erhalten haben." Dann aber wären die Italiener gekommen. Meint wohl jemand, das hätte im Interesse Venezuelas gelegen, in unserem Interesse oder in dem der Vereinigten Staaten? Ich meinerseits halte es für eine völlig unpraktische Operation und glaube nicht, daß jemand sie empfehlen kann, der die Frage zu Ende gedacht hat.

Schön, nun komme ich zu der größeren Frage der deutschen Allianz, welche diese Operation bedingten. Man hat mir persönlich vorgeworfen, ich hätte in diesem Punkt das Land irregeführt. Am 9. November hatte ich in Guildhall eine Rede zu halten. Das geschah zur Zeit, da der deutsche Kaiser in England war. Sein Besuch gab den Anlaß zu den wildesten Gerüchten in einem Teil der Presse, und ich nahm Gelegenheit, zu sagen, daß dieser Besuch keine politische Bedeutung habe, daß er nicht im Zusammenhang mit irgend einem Problem internationaler Politik stehe, daß es der freundschaftliche Besuch sei, den ein großer Herrscher seinem Verwandten, einem anderen großen Herrscher, mache. Da hat man denn gesagt, die Tatsachen hätten bewiesen, daß diese Behauptung unwahr gewesen sei, und daß der Kaiser in Sandringham mit den Ministern des Königs über eine deutsche Allianz im allgemeinen und über die deutsch-englische Allianz gegen Venezuela im besonderen verhandelt habe. Nun erlaube ich mir in aller Höflichkeit zu bemerken, daß, wenn ein Minister der Krone ungezwungen eine tatsächliche Angabe macht, die er unfreiwillig nicht zu machen brauchte, es, alles erwogen, ratsamer ist, ihm wenigstens in erster Instanz Glauben zu schenken. Sie sehen, ich drücke mich möglichst bescheiden aus. Was ich gesagt hatte, war absolut und textuell wahr. Wahr dem Buchstaben und wahr dem Geiste nach. Während des Besuches war, soviel ich weiß, und ich weiß doch mancherlei, keinerlei Verhandlung über Fragen internationaler Beziehungen, wurde keine Vereinbarung zwischen Deutschland und England getroffen, und, soweit ich mich erinnere, das Wort Venezuela überhaupt nicht gesprochen; sollte es aber doch erwähnt worden sein, so sage ich im vollen Gefühl meiner Verantwortlichkeit, daß eine Vereinbarung weder getroffen noch besprochen worden, auch nichts Geschäftliches in bezug auf Venezuela vorgenommen wurde. Das Ganze ist Unsinn (a mare's nest)." Mr. Balfour ging nun auf die

Verstimmungen zwischen der öffentlichen Meinung Englands und Deutschlands über. Was in Deutschland gegen England verstimmt habe, habe er nie begreifen können, während ihm Ursachen wohl verständlich seien, welche die Verstimmung in England hervorriefen. „Aber — fuhr er fort — ich möchte mit allem Ernst, dessen ich fähig bin, meine Landsleute daran erinnern, daß diese internationalen Animositäten eine große Quelle internationaler Schwäche sind. Wir gelten auf dem europäischen Kontinent für höchst unbeliebt. Ich weiß nicht, wie weit das geht, und ich besitze nicht das Mittel, die Tiefe einer Empfindung zu messen, von der ich weiß, daß sie in manchen Ländern verbreitet ist. Das bedeutet aber eine Schwächung für England und ich füge hinzu, für alle Länder, die so empfinden. Kein Land wird dadurch stärker, daß es England haßt, kein Land wird dadurch mächtiger, daß es seine Animosität gegen England zeigt, und die Maxime, die ich hier auf unsere Nachbarn auf dem Kontinent beziehe, gilt mir ebenso für uns selbst. Wenn sie nicht stärker werden durch ihre Abneigung gegen uns, so macht auch uns die Abneigung gegen sie nicht stärker.“ Er wolle dem Ursprung jener Leidenschaftlichkeiten nicht nachgehen, aber wie immer man über die Richtung der Geister in Deutschland urteilen möge, „für uns wäre es eine Quelle nationaler Schwäche, nicht nationaler Stärke, wenn wir die Richtung unserer Politik dadurch beeinflussen ließen. Ich füge dem noch hinzu, und zwar mit einer Überzeugung, die sich mir von Tag zu Tage festigt, daß, wenn der Friede in Europa erhalten und die Zivilisation weiter gefördert werden soll, ohne einen jener schweren Rückschläge, wie sie durch internationale Verwickelungen so häufig hervorgerufen werden, daß dann häufiger Gebrauch von dem zu machen sein wird, was man mitunter übertreibend das europäische Konzert genannt hat, was ich aber lieber die Kooperation der europäischen Mächte nennen möchte.“ Balfour führte weiter aus, daß die Gefahren für den europäischen Frieden jetzt und in Zukunft auf dem Boden minder kultivierter Völker liegen, bei denen zu nahe Nachbarschaft und Interessengegensätze europäische Völker zusammenführen. Vom pacifischen Ozean bis zu den Küsten Marokkos hin ließen sich diese Punkte möglicher Verwickelungen mit dem Finger bezeichnen, auch die Balkanstaaten seien ein Beispiel dafür; da möge man doch bedenken, welche Verantwortung derjenige auf sich

lade, der die Beziehungen zwischen zwei Mächten verbittere, während doch allezeit das Eingreifen des europäischen Konzerts oder besser einer Koalition von Mächten, zur Erhaltung des Friedens notwendig werden könne. Es sei eine üble Kritik, die stets bereit sei zu sagen: Oh! Ihr arbeitet für dieses oder jenes Land; sie haben von der Allianz mehr gewonnen, als ihr, euch ist der schlechteste Teil zugefallen! — Das könne man in der Presse jedes Landes lesen, sobald einmal eine Kooperation stattfinde. Wir wollen uns lieber eines alten Ideals erinnern, daß nämlich alle die Nationen, die in den vorderen Reihen der Zivilisation stehen, lernen sollten, zusammen zu arbeiten zum besten der Gesamtheit und daß nichts der Verwirklichung dieses hohen Ideals mehr im Wege steht, als jene nationalen Bitterkeiten, Eifersüchteleien und Feindseligkeiten. Von diesen weiteren Gesichtspunkten aus blicke ich mit Bedauern auf den Kritizismus, der in den letzten 2 Monaten der Regierung des Königs entgegengetreten ist. Was Venezuela betrifft, so geht das vorüber und unser Verhalten wird auch die schärfste Prüfung nicht fürchten. Aber im Hinblick auf die Zukunft bin ich voll Unruhe, wenn ich bedenke, wie leicht es ist, das Feuer internationaler Eifersucht zu schüren, und wie schwer es fällt, es wieder zu stillen."

Das alles ist vortrefflich, und wenn wir von einigen spezifisch englischen Sätzen absehen, in höchstem Grade auch für uns zu beherzigen. Es sollte speziell gleich jetzt in Beurteilung der nunmehr in der Hauptsache erledigten Venezuelafrage in der Presse, wie namentlich auch in Privatkreisen diese Seite der Beziehungen von Staat zu Staat und von Nation zu Nation ernstlich mit in Betracht gezogen werden. Hier liegen jene Imponderabilien, die schließlich den Ausschlag geben und unsere öffentliche Meinung, die heute weit mehr vom Redaktionsbureau ins Haus, als, wie es doch sein sollte, vom Haus ins Redaktionsbureau dringt, sollte sich zu ruhiger Würdigung der politischen Realitäten aufraffen. Im allgemeinen hört die ruhige Überlegung auf, wo der Brustton anfängt, und Politik verlangt klare Erwägung, nicht Deklamation, am wenigsten aber verträgt sie ein verbissenes Nörgeln, wie es hüben und drüben immer mehr um sich zu greifen beginnt.

Doch wir wollten in Anlaß der Venezuelafrage noch unser

amerikanisches Konto prüfen. Hier lag von vornherein die Schwierigkeit in der Person Mr. Bowens, der Wortführer der erregten amerikanischen Presse und zugleich durch Dick und Dünn der Advokat de Castros war. Das gab eine schiefe Position und hat im letzten Grunde alle Schwierigkeiten gebracht. Von dem übrigen wollen wir nicht reden. Die besonnenen amerikanischen Reviews haben von vornherein die Frage weit ruhiger behandelt, und im März werden wir wohl Gelegenheit finden, darauf zurückzukommen. Das Wesentliche war, daß unter voller prinzipieller Zustimmung der Vereinigten Staaten die Blockade begonnen und zu dem vorher vereinbarten Ergebnis geführt werden konnte. Ohne Zweifel wäre die Züchtigung Venezuelas schärfer gewesen, wenn man nicht Rücksicht auf die Vereinigten Staaten hätte nehmen wollen; immerhin ist der Präzedenzfall anderen süd- und mittelamerikanischen Staaten von propädeutischem Interesse gewesen, und das kann nur nützlich sein, denn die Unsicherheit und Mißregierung in einem nicht geringen Teil derselben wird nachgerade zu einer allgemein empfundenen Kalamität. Sie müssen wissen, daß es Grenzen gibt, die sie nicht überschreiten dürfen, ohne sich selbst zu strafen, und das ist vielleicht das einzige Mittel, das zu einer Selbsterziehung führen kann, von der wir heute nur wenige Anfänge sehen. Um das Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aber ist uns nicht bange, das geht einer sicheren Entwicklung zu gegenseitiger Würdigung entgegen und wir wissen, daß wir gerade unter den besten Männern Amerikas unsere besten Freunde haben.

Die schon oben bei Wiedergabe der Balfourschen Rede berührten Balkanangelegenheiten haben insofern eine günstigere Wendung genommen, als unter offenbar scharfem Druck von russischer Seite die bulgarische Regierung sich endlich entschlossen hat, die hauptsächlichsten Führer des mazedonischen Komitees zu verhaften. Leider scheint der gefährlichste von allen, Sarafow, von der ihm drohenden Gefahr rechtzeitig Wind bekommen zu haben. Jedenfalls ist er entflohen, mit ihm noch einige andere. Aber man darf doch hoffen, daß die hauptsächlichsten Urheber der geplanten Frühjahrserhebung vorläufig zur Untätigkeit verurteilt sind und dadurch wird die Aussicht, daß das russisch-österreichische Reformprojekt für Mazedonien, das nächstens der Pforte in seiner endgültigen Formulierung zugehen

wird, wenigstens von den Mazedoniern selbst nicht zu schanden gemacht wird. Die Russen weisen darauf hin, daß die Ernennung Ferids zum Großvezier dem türkischen Reformkomitee das Haupt genommen und den Albanern Mut zu neuen Unternehmungen gegen Altserbien gegeben habe. Das erstere halten wir für unwahrscheinlich, da Ferid jetzt mehr als je die Notwendigkeit der Reformarbeit übersehen und durch Personen seines Vertrauens fördern kann; was aber die Albaner betrifft, so heißt es allerdings, daß sie einen Zug gegen Mitrowitza planen, um den russischen Konsul zu vertreiben. Aber das sind „Balkannachrichten", die mit den Tatarenbotschaften des Krimkrieges ziemlich auf einer Linie stehen. Es ist übrigens nicht uninteressant gewesen, daß Graf Lamsdorff im Petersburger „Herold", der in bekannten Beziehungen zum russischen Auswärtigen Amt steht, Herrn Delcassé mit einer ganz unverblümten Deutlichkeit wegen seines Gelbbuches hat die Leviten lesen lassen, so deutlich, daß man am Quai d'Orsay wohl un mauvais quart d'heure beim Lesen zu überstehen haben wird.

Gerüchte von Rüstungen auf der Balkanhalbinsel tauchen mit großer Bestimmtheit in englischen und französischen Blättern auf und werden dann mit noch größerer Bestimmtheit dementiert. Die Wahrscheinlichkeit spricht für die Richtigkeit der Dementis. Auch haben alle diese Mächte kein Geld, nebenher wohl auch ein heimliches Grauen vor einem Kriege, in dem sie allein einem so starken Gegner, wie es die Türkei trotz allem heute ist, gegenüberstehen müßten. Die für die Reform kooperierenden Mächte werden Rußland und Österreich-Ungarn sein und sie haben beide weder zu einem Kriege, noch zur Herbeiziehung anderer Mächte die geringste Neigung. Täuschen wir uns nicht, so wird auch Herr Delcassé sich mit den Lorbeern begnügen müssen, die er zu schönem Strauß gebunden der Welt bereits in seinem Gelbbuch gezeigt hat.

In Frankreich geht es mittlerweile recht munter her. Der Ministerpräsident Combes ist in der Kammer damit geärgert worden, daß man ihn Chamäleon nannte, was er sich trotz alles Zuredens nicht gefallen lassen wollte. Nebenher geht unter ungeheurem Reporterlärm das Vorspiel zum Humbertprozesse. Es ist eine Wucheraffäre, in welcher der Kläger Cattaui eine äußerst bedenkliche Rolle spielt, und die ihre Nachklänge mit bösen Verdächtigungen bis in die Kammer

hinein findet. Dann sind es Schüler- und Soldatenrevolten, endlich das Gespenst des von Jaurès beschworenen Dreifusprozesses, der nun wirklich und wahrhaftig wieder lebendig wird und offenbar eine Reihe alter Sensationen auffrischen und neue ins Leben bringen wird. Zu alledem ist jetzt ein Konflikt mit Rom wegen der Bischofsernennungen gekommen, der eine neue, bösartige Auflage der Gegensätze verspricht, die in der Frage der Kongregationen noch keineswegs zur Ruhe gelangt sind. Man fragt wohl, wie lange das so weiter gehen kann.

In Marokko ist es nicht gerade still geworden und auch nicht alle Gefahr beseitigt, denn der totgesagte Bu Hamara ist nach wie vor am Leben; aber jeder Anlaß zu einem Eingreifen Europas ist vorläufig geschwunden und wir wollen hoffen, daß es dabei bleibt.

Dagegen geben die in letzter Zeit aus China eingelaufenen Nachrichten Anlaß zur Beunruhigung. Es heißt, daß in der Provinz Kansu Tung-Fu-Hsiang mit 10000 Mann stehen soll, um sich mit dem Prinzen Tuan zu verbinden. Ihr Ziel soll Siangfu sein und die Absicht bestehen, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und den Sohn Tuans, den als Thronfolger abgesetzten Puchan, zum Kaiser zu erheben. Auch in Sztschuan gärt es. Im Süden haben die Kaiserlichen Truppen bei Kweiling eine Niederlage erlitten und die Gouverneure der Nachbarprovinzen müssen in Eile Vorbereitungen treffen, um sich gegen Einfälle der Rebellen zu schützen. Endlich hat sich in Tschekiang eine Gesellschaft „der Religion des irdischen Herrn" (Tu-Chu-Chao) gebildet, welche sich gegen die katholischen Christen (französischer Provenienz) erhoben hat und aufs ärgste wüten soll, so daß Herr Combes hier wohl Gelegenheit finden wird, im fernen Osten gut zu machen, was er zu Hause gegen Rom gesündigt hat.

20. Februar. 25 jähriges Amtsjubiläum Papst Leo XIII.
20. Februar. Gesetz gegen anarchistische Propaganda in Washington angenommen.
23. Februar. Die Pforte nimmt das russisch-österreichische Reformprogramm an.

25. Februar 1903.

Wenn, wie wohl vorausgesetzt werden muß, der offiziöse Telegraph sich diplomatisch korrekt ausgedrückt hat, ist am 21. d. M. die russisch-österreichisch-ungarische Note, die von der Türkei bestimmte Reformen in Mazedonien verlangt, dem Großvezier in einer Form überreicht worden, welche das Zusammengehen beider Großmächte außerordentlich stark zur Geltung bringt. Denn eine „gemeinsame" Note ist mehr als „identische" Noten, die doch immerhin die Möglichkeit lassen, beiden Mächten gesonderte Antworten zu geben. Durch die gemeinsame Note erscheinen sie in der vorliegenden Frage als untrennbar miteinander verbunden, und es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß dies die Absicht gewesen ist. Hinter den Kabinetten von Wien und Petersburg aber stehen die übrigen Mächte, die sich schon vorher mit dem Prinzip der russisch-österreichisch-ungarischen Vorschläge einverstanden erklärt haben, und deren Vertreter das Ihrige tun werden, um die Pforte zur Annahme derselben zu bewegen. Geschieht daher nicht das völlig Unerwartete, so haben wir in nächster Zeit eine zustimmende Antwort des Sultans zu erwarten.

Es handelt sich dabei bekanntlich um drei Dinge: Einsetzung eines Generalinspektors für Mazedonien, Anstellung europäischer Gendarmerieoffiziere, regelmäßige Zahlung aller Gehälter in der Provinz durch die Banque Ottomane, an welche zu dem Behuf alle Zehnten und Steuern Mazedoniens abzuführen wären. Also kein kompliziertes schwer durchführbares System einer Reihe von Reformen, sondern im wesentlichen Aufrechterhaltung der geltenden Gesetze und Ordnungen, jedoch so, daß eine wirkliche Garantie für ihre Ausführung gewonnen wird. Der schwierigste Punkt für die Pforte liegt

wohl in den finanziellen Befugnissen, die der Banque Ottomane zu überweisen sind, und wir bestreiten nicht, daß es ein Akt der Entsagung ist, der damit der Pforte zugemutet wird. Wer sich aber der langen Reihe von Reformvorschlägen und Forderungen erinnert, die seit 1821 an die Türkei herangetreten sind, weiß auch, daß noch niemals ein einfacheres und klareres Programm ihr entgegengetragen worden ist. Man kann nur im Interesse aller Beteiligten wünschen, daß es baldige und rückhaltlose Annahme und Durchführung findet. Auch läßt sich nicht verkennen, daß das Zusammengehen von Wien und Petersburg in Sofia sehr ernüchternd gewirkt hat. Es wird an allen Glocken abgeläutet und die Verhaftung der Häuptlinge des mazedonischen Komitees beweist wenigstens, daß die Regierung des Fürsten Ferdinand es für notwendig hält, ein recht eklatantes Zeichen ihres guten Willens zu geben.

Als weiteres günstiges Symptom möchten wir das Verhalten der englischen Presse hervorheben. Eine Reihe großer englischer Blätter hatte ihre Spezialkorrespondenten nach Mazedonien und Bulgarien geschickt. Einige wie z. B. „Daily Mail" schrieben noch recht pessimistisch, dagegen behauptet der Korrespondent des „Standard" nach einer Erkundigungsreise, die er durch Mazedonien gemacht hat, daß die ungeheuere Überzahl der mazedonischen Bevölkerung durch Reformen voll zu befriedigen sei und einen Anschluß an Bulgarien eher fürchte, als wünsche. Auch läßt sich mit großer Sicherheit behaupten, daß für Mazedonien schwer ein schlimmerer Zustand zu denken ist, als der, welcher eintreten müßte, wenn die Provinz „frei" und zum Gegenstand der Rivalität zwischen Serben, Bulgaren und Griechen würde. Ebenso unglücklich wären die Folgen eines Aufstandes, dessen gewaltsame Niederdrückung durch die Türken gar nicht zweifelhaft sein kann.

Kurz, das alles spricht, trotz der alarmistischen Nachrichten, die von interessierter Seite in die Welt gesetzt werden, für Erhaltung des Friedens, und auch Herr Delcassé, von dem man glauben konnte, daß er im Begriff stehe, alle Schläuche des Äolus zu entfesseln, hat es jetzt in einem Interview, dem er sich vom „Matin" unterziehen ließ, für nützlich gehalten, sich weniger nervös zu zeigen. Freilich hat er dann, mit der ihm eigentümlichen Fähigkeit, überall die Punkte herauszufinden, die Gelegenheit zu einem großen politischen Geschäft

bieten, nach Marokko hin Front gemacht und dabei nichts Geringeres ins Auge gefaßt, als mit alleiniger Ausnahme eines schmalen Küstenstriches zwischen Ceuta und Tanger, den er den Spaniern zu überlassen nicht abgeneigt ist, sich den Rest von Marokko für Frankreich vorzubehalten. Dieser Antrag — wenn es denn wirklich ein ernst zu nehmender Gedanke sein sollte — ist durch den Pariser Korrespondenten des „Standard" nach London kolportiert worden und von der Redaktion des „Standard" nicht ungnädig aufgenommen worden. Das Blatt fragt nach möglichen Kompensationen und weist auf Neufundland und Afrika hin, wobei in betreff des letzteren wohl an die offizielle Anerkennung der englischen Stellung in Egypten gedacht wird. Jemehr man aber die so auftauchenden Möglichkeiten erwägt, um so unwahrscheinlicher erscheint es, nicht daß Herr Delcassé sich mit solchen Gedanken tragen sollte, denn er scheint doch in weit höherem Grade ehrgeizig als besonnen zu sein, sondern daß ihm jene Pariser Meldung des „Standard" bequem sein sollte. Unter dem Schein freundschaftlicher Empfehlung bedeutet sie doch für die öffentliche Meinung Englands ein nicht zu überhörendes: cave canem! und wir können uns keine englische Regierung denken, die auch nur bereit wäre, über ähnliche Anträge in Verhandlung zu treten. Denn in der Tat, die Ansprüche der französischen Fischerei auf Neufundland stellen kein Objekt dar, daß auch nur annähernd in Vergleich käme, die Stellung Englands in Egypten aber wird durch die Anerkennung von seiten Frankreichs keineswegs tatsächlich fester, als sie es bereits ist. Was aber sonst Frankreich den Engländern in Afrika zu bieten hätte, sehen wir nicht. England greift ohnehin, wo es ihm nützlich scheint, recht ungeniert zu, und wo die Regierung es nicht tun mag, sind ihre Organe nicht verlegen, zur Not auch gegen den Willen der Regierung den englischen Kolonialbesitz zu vergrößern; hat doch eben jetzt Frederick Luggard durch seine Eroberung und Annexion von Kano dafür ein geradezu klassisches Beispiel gegeben. Auf diesem Felde braucht England wahrhaftig keine Hülfe von freundlichen Nachbarn. Aber jenes vom „Standard" weitergetragene angebliche Projekt Delcassés scheint auch aus anderen Gründen recht leichtsinnig gedacht. Einmal haben die Verhältnisse in Marokko eine Wendung genommen, die trotz der überaus schwarz gefärbten Betrachtungen der französischen Blätter und Revues eine Beruhigung des Landes und die Her-

stellung der vollen Autorität des Sultans als das Wahrscheinlichste erscheinen läßt, dann aber sind England, Frankreich und Marokko nicht allein in der Welt. Am marokkanischen Handel sind fast alle Staaten lebhaft beteiligt und nichts würde dem allgemeinen Interesse Europas mehr widersprechen, als wenn das Land in die Hände einer europäischen Macht fiele, die je nach den wirklichen oder vermeintlichen Bedürfnissen ihres Handels die übrigen Nationen durch hohe Zölle abzusperren in der Lage wäre. Es läßt sich schon heute sagen, daß die Richtung der großen Politik dahin geht, die Annektierung moslemischer Staaten auszuschließen und sich als Maximum mit einem System der Kontrolle zu begnügen, welches Garantien für materielle Sicherheit im weitesten Sinne des Wortes bietet. Was aber all diesen Staaten fremder oder halber Zivilisation gegenüber durchzusetzen ist, ist das System der „offenen Tür", das abgesehen von allem anderen nebenher noch den Vorteil hat, daß die europäischen Nationen sich daran gewöhnen, in friedlicher Konkurrenz nebeneinander zu stehen. An der Durchführung des Prinzips der offenen Tür aber sind alle Mächte gleich interessiert, so weit sie nicht auf Begründung einer exklusiven Herrscherstellung ausgehen. Wir sind aber überzeugt, daß der Versuch, eine solche Stellung zu gewinnen, einen Krieg zwischen europäischen Großmächten in höchstem Grade wahrscheinlich macht, und das wird in vollem Ernst niemand, vielleicht nicht einmal Herr Delcassé, wünschen. Daß dagegen die französische Politik von heute nicht übel Neigung hat, uns einen Krieg auf den Hals zu hetzen und sich dann unserem Gegner anzuschließen, dafür bringt jeder Tag neue Belege. Wir erinnern uns nicht, von seiten der offiziellen und offiziösen Organe Frankreichs auf größere Feindseligkeit gestoßen zu sein, als sie sich geltend macht, seit Herr Delcassé die Selbstherrschaft am Quai d'Orsay ausübt. Das Neueste in diesem Stil ist die geflissentlich aus der gelben Presse Amerikas verbreitete Nachricht von der Aufregung, die sich der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Möglichkeit einer deutschen Unternehmung gegen Columbia bemächtigt hat. „A German raid on Colombia", wie die New-Yorker „Mail and Expreß" schreibt und wie wohlgefällig wiederholt wird. Nebenher geht dann das Bemühen, den Ausgang der Venezuela-Angelegenheit als eine deutsche Niederlage darzustellen, wir seien auf Wunsch der Vereinigten Staaten von England gleichsam

eskortiert worden — gewiß eine lustige Insinuation, wenn man den Zusammenhang der Ereignisse kennt. Kurz, es ist ein Treiben, das als gemeinschädlich bezeichnet werden kann, und das den aufkeimenden Glauben an die Möglichkeit eines politischen Zusammenwirkens mit Frankreich bei uns recht gründlich zerstört hat. Wenn das die letzte Absicht Herrn Delcassés gewesen ist, hat er sein Ziel erreicht.

Die Venezuela-Angelegenheit geht mittlerweile nach dem festgesetzten Programm ihrer weiteren Erledigung entgegen. Venezuela erhält seine Schiffe zurück und wird jetzt wohl zunächst den Bürgerkrieg zu Ende kämpfen, in den es verstrickt ist. Die Nachrichten über den Verlauf desselben sind widerspruchsvoll und unzuverlässig. Die Partei, die über das Kabel verfügen kann, benutzt die Gelegenheit, Siegesnachrichten zu verbreiten; den wirklichen Verlauf werden wir wohl erst kennen lernen, wenn eine endgültige Entscheidung gefallen ist.

Interessanter ist, was in den Vereinigten Staaten vorgeht. Zurzeit liegen dem Senate zwei wichtige Verträge zur Beschlußfassung vor: der Vertrag mit Columbia wegen des Panamakanals und der Reziprozitätsvertrag mit der Republik Kuba. Beide sind bereits vom Hause der Repräsentanten angenommen, aber im Senate wird die Annahme durch die Obstruktion des von dem Milliardär Morgan unterstützten Senators für Pennsylvanien, Quay, verhindert, obgleich der Präsident mit äußerstem Nachdrucke darauf hingewiesen hat, daß ein schleuniger Abschluß unerläßlich sei. Das Motiv Mr. Quays ist sein Wunsch, den Senat zu nötigen, vier Territorien als Staaten in die Union aufzunehmen, während Morgan, den die Kampagne des Präsidenten gegen die Trusts verdrießlich gemacht hat, wohl nur zeigen will, wie mächtig er ist. Die Gründe, die er vorbringt, erregen nur Spott. Er behauptet nämlich, die ganze Anlage des Panamakanals gehe auf eine Intrigue zurück, deren Leitung in den Händen Papst Leos XIII. und des Präsidenten der Republik Columbia liege. Gewiß ein Gedanke, der nur ihm gehört. Auch ist an einen Erfolg der Obstruktion nicht zu denken, wohl aber möglich, daß der Abschluß sich eventuell bis in den Sommer hineinzieht.

Um so rascher schreiten die Vereinigten Staaten an den Ausbau ihrer Marine. Drei Schlachtschiffe, ein Kreuzer, drei Schulschiffe sind bewilligt worden. Die Zahl der Seekadettenstellen in Annapolis

wird verdoppelt und die Marinemannschaft soll um 3550 Mann erhöht werden. Was das zu bedeuten hat, erklärte Präsident Roosevelt bei der Grundsteinlegung zur neuen Kriegsschule in Washington (21. Februar): die Nation sei in die Rolle einer Weltmacht gedrängt worden, sie müsse ihren Verpflichtungen in Ost und West nachkommen, um sich den Frieden im sicheren Selbstvertrauen eines starken Mannes zu gewährleisten. Nicht nur zur See, auch zu Lande gelte es, stark zu sein und wenn auch die Armee im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der Nation nicht groß sein solle, so müsse sie doch den höchsten Grad von Tüchtigkeit erreichen, den irgend eine Armee der zivilisierten Welt besitze.

Theoretisch wird jede Nation diese letzte Aufforderung an ihr Heer stellen, aber wir wollen nicht verkennen, daß die Vereinigten Staaten vielleicht in besonders günstiger Lage sind, eine Armee von Berufssoldaten zu erziehen. Auch läßt sich die Begrenzung „klein im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer“ schwer in Zahlen umsetzen. Nach der Zählung von 1892 rechnete man rund 76 Millionen Köpfe, heute könnten es 90 geworden sein. Was heißt da „nicht groß?“ Jedenfalls scheinen die Vereinigten Staaten den entscheidenden Schritt tun zu wollen, der sie dem von Europa vertretenen Prinzip des bewaffneten Friedens näher bringt, wobei an England als Muster gedacht werden kann. Auch läßt sich nicht übersehen, daß seit der Annektierung der Philippinen, die immer noch nicht pazifiziert sind, kaum etwas anderes übrig bleibt. Es fragt sich nur, wie der soziale Organismus der Vereinigten Staaten auf die Dauer jenes neue, nicht amerikanische Element des Staatslebens ertragen wird.

Die ebenfalls zum Gesetz erhobenen Bestimmungen gegen anarchistische Bestrebungen, die das Leben des Staatsoberhauptes und die völkerrechtlich geheiligten Personen der fremden Gesandten bedrohen, können auf allgemeine Billigung rechnen, vielleicht weniger allgemein die Maßregeln gegen bestimmte Kategorien von Einwanderern. Die Formulierung dieses Gesetzes ist in höchstem Grade merkwürdig, so daß man wohl gespannt sein kann, wie es z. B. unsere Sozialdemokraten kommentieren werden. Es heißt nämlich: „Die Einwanderung aller Personen, welche gegen die Regierung eine feindliche Gesinnung hegen, oder irgend einer Organisation angehören, welche eine solche Gesinnung bekundet, ist in Amerika verboten. Wenn solche Personen

nach Amerika einzuwandern versuchen, machen sie sich strafbar.“ Schließlich bestimmt der Gesetzentwurf, „daß keine Person, welche einer geordneten Regierung verneinend gegenübersteht oder irgend einer Organisation angehört, welche eine solche Verneinung lehrt, in Amerika naturalisiert werden kann“. Dies ist der Wortlaut, wie ihn, wohl stark abgekürzt, die Washingtoner Telegramme vom 21. Februar gebracht haben. Er ist außerordentlich dehnbar und würde z. B. aus dem Deutschen Reiche die Einwanderung nicht nur der Anarchisten, sondern der Sozialdemokraten und eines großen Teiles unserer Polen ausschließen. Ebenso wären die englischen Iren und die intransigenten unter den französischen Monarchisten ausgeschlossen, und das kann unmöglich die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein. Es wird daher der authentische Text abgewartet werden müssen.

Die Nachrichten, die wir vor 8 Tagen über Unruhen in China gebracht haben, werden jetzt sowohl aus russischer wie aus englischer Quelle bestätigt. Am beachtenswertesten ist uns die folgende über Paris aus New-York nach London gelangte Schilderung eines Dr. Coltman gewesen, der früher Leibarzt von Li-Hung-Tschang war und auf der Heimreise aus China in San Franzisko interviewt wurde. Er sagte, der Ausbruch einer neuen fremdenfeindlichen Bewegung stehe unmittelbar bevor und werde schrecklich sein. Wenn man vom Pekinger Hofe rede, sei nur an zwei Personen zu denken, an die Kaiserin-Witwe und an Jung-Lu. Diese leiten die Empörung, ganz wie sie mit der Boxererhebung getan hätten, und ihr Ziel sei, sich selbst zu retten (to save their faces). Um das zu erreichen, seien sie nicht nur bereit Menschenleben zu opfern, sondern auch das Reich zu verderben. Sie könnten sich aber nur retten, wenn sie die neu armierten Gesandtschaftsviertel vernichten. Dr. Coltman meint, es sei ein Fehler gewesen, daß die Mandschu-Dynastie nicht abgesetzt wurde, als es möglich war. Es sei zwar richtig, daß der gesamte Kaufmannsstand und viele junge Beamte einer Erhebung gegen die Fremden abgeneigt seien, aber die Kaiserin werde keinen Rat hören, der ihren Wünschen widerspreche. Sie habe die für den Fortschritt eintretenden Beamten des Tsungli Jamen, nämlich Su, Tsching-Tscheng, Liu-Hnan und Juan-Tschan i. J. 1900 köpfen lassen, weil sie gegen Jung-Lu opponierten, und das schrecke heute alle Gleichgesinnten ab. Das seien aber nicht Konjekturen, denn er, Dr. Coltman, kenne jeden

Prinzen und Großsekretär von Jung-Lu ab persönlich. Dulde man, daß es so wie bisher weitergehe, so seien schlimmere Schandtaten zu erwarten als 1900, denn die Bewegung umfasse ein weiteres Gebiet und kein Christ noch irgend ein Anhänger der Fremden werde am Leben bleiben.

Der Pariser Korrespondent des „Standard“, der dies New-Yorker Kabeltelegramm nach London depeschierte, hat den neuen chinesischen Gesandten in Paris, Sun-Pao-Tschi, daraufhin befragt und selbstverständlich die beruhigendsten Versicherungen erhalten. Trotzdem sollten die Coltmanschen Nachrichten in ernste Erwägung gezogen werden. Es liegt nichts in ihnen, was uns unwahrscheinlich scheint, und es wäre Verblendung zu glauben, daß ein Reich und ein Volk wie das chinesische durch die Erfahrung von 1900/1901 in seiner Willensrichtung gebrochen sein sollte.

Ein Pekinger Brief der „Nowoje Wremja“ (vom 17. Februar) bestätigt im wesentlichen die Nachrichten Coltmans. Er geht von der Panik aus, den der Sturz des Silberkurses in ganz China hervorgerufen habe und erzählt sodann von den außerordentlichen Anstrengungen Chinas, sich ein europäisch gedrilltes zahlreiches Heer zu erziehen. Die Garnison von Peking solle um 3000 Mann verstärkt werden, und das sei notwendig, da die Bewegung der Boxer sich stetig verstärke. In Sztschuan sei die Stellung der Regierungstruppen bereits sehr schwierig, da viele Städte von den Aufständischen belagert würden; gelinge es ihnen, sie einzunehmen, so werde der Aufstand den ganzen Süden ergreifen.

„Die Unzufriedenheit des Volkes, die Verarmung und die elementaren Notstände, die von Überschwemmungen, Sturm und Kälte herrühren, das alles steigert die Wendung zum Aufstande. In der Provinz Schantung, dieser Heimat der Boxer, in Tschili, wo sie sich 1900 in all ihrer blutigen Stärke zeigten, wächst die Boxerbewegung sichtlich. Die Tätigkeit der Boxergesellschaften zeigt sich in Aufrufen, durch welche die Häupter der Bewegung das Volk ermahnen, ihnen gegen den gemeinsamen Feind — den Europäer — zu Hilfe zu kommen, das Andenken der Brüder, welche die Europäer 1900 und 1901 zertreten und gequält hätten, nicht zu vergessen. Für das Leben jedes getöteten Boxers müsse das Leben eines Europäers als Opfer fallen. Die Aufrufe der Boxer wirken auf das Volk und

so wächst allmählich eine Bewegung heran, die jedenfalls ernst und blutig zu werden droht."

Man sieht, der Unterschied zwischen dem russischen und dem amerikanischen Beobachter liegt nur darin, daß der letztere die Kaiserin-Witwe als die leitende Kraft zeigt, während der Blick des russischen Korrespondenten nicht so hoch hinaufreicht. Auch legen wir dem Widerspruch des chinesischen Gesandten in Paris nicht die geringste Bedeutung bei. Der Mann durfte und konnte nicht anders reden, als er getan hat. Wohl aber scheint uns geboten, schon jetzt die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um einer Wiederholung der Überraschung vorzubeugen, die uns der Juni 1900 gebracht hat. Auch wird man es unter diesen Umständen nur billigen können, wenn die Russen ihre vorgeschobene Position in der Mandschurei nicht aufgeben wollen.

Bei der speziell gegen die Christen gerichteten Feindseligkeit des sich vorbereitenden Aufstandes wird es von Interesse sein, einige Daten über die unzweifelhaften Erfolge der Missionare verschiedener Konfessionen auf chinesischem Boden zu geben.

Am 1. Dezember vorigen Jahres haben alle englischen Missionare in Schanghai ein großes Fest begangen, an welchem der Archidiakonus Monle von der Church Missionary Association in East und West Equatorial Africa teilnahm. Der Bericht über die Tätigkeit der englischen Missionare ergibt, daß in den letzten 12 Jahren die Zahl der Christen in der Eparchie Schanghai von 300 auf 30000 gestiegen ist. Vor 10 Jahren gab es nur eine Kirche, jetzt zählt die Provinz gegen 700, die Zahl der Prediger ist von 28 auf über 2000 gestiegen, und insgesamt zählt die anglikanische Kirche gegen 90000 Bekenner.

Der russische Korrespondent, dem wir diese Daten entnehmen, bemerkt dazu: „Aber wie finster und drohend erscheint die Zukunft nicht nur für die Missionare, deren gegenwärtige Lage sich auch nicht als glänzend bezeichnen läßt, sondern auch für die Europäer, welche den Chinesen ihre Kultur aufgedrängt haben .... Das Beste, was man den europäischen Missionaren wünschen kann, ist, daß sie durch ihre Lehren nicht den Haß des chinesischen Volkes erregen." Eine Bemerkung, die wohl auch für die russischen Missionare in China bestimmt ist, oder doch bestimmt sein sollte.

In Südafrika naht Chamberlains Rekognoszierungsreise ihrem Abschluß. Die Eindrücke der letzten 8 Tage können ihm nicht erfreulich gewesen sein. Der Bond verlangt Entschädigung für alle, die durch den Krieg gelitten haben, allgemeine Amnestie, Entfernung von Lord Milner. Es ist aber kaum daran zu denken, daß auch nur einer dieser Wünsche Erfüllung findet, und so wird man auseinandergehen, ohne daß jene Versöhnung erreicht wäre, die Chamberlain sich zum Ziel gesetzt hatte. Die vom Kap zu übernehmende Kriegslast ist auf 10 Millionen Lstr. festgesetzt worden, man hatte gehofft, daß der Beitrag nicht 5 Millionen überschreiten werde. In der Arbeiterfrage ist eine befriedigende Lösung nicht gefunden, wenn auch allmählich eine steigende Zahl von Kaffern sich am Rand zusammenfindet. Was mit am schwersten empfunden wird, ist die Degradation von Kapstadt, das bisher der Mittelpunkt der Verwaltung war und jetzt vor dem Norden, Johannisburg oder Prätoria, wird zurücktreten müssen.

Sehr viel wird von den Wahlen zum Kapparlament abhängen. Gelingt es, eine englische Majorität zu finden, so mag es noch leidlich gehen. Eine Majorität des Bond bedeutet aller Wahrscheinlichkeit nach eine scharfe Zuspitzung der Gegensätze, und was dann in London beschlossen wird, läßt sich nicht absehen. Die Neigung zum Nachgeben scheint außerordentlich gering.

Erst ganz neuerdings ist dann unerwartet eine Wendung zum Besseren eingetreten. Am Sonnabend empfing Chamberlain eine von Merriman geführte Deputation des Bond, zu der auch Hofmeyr gehörte. Man war andererseits bemüht, einen versöhnlichen Ton anzuschlagen. Namentlich verurteilte Hofmeyr scharf das System der Boykottierung. Die Loyalität England gegenüber wurde nachdrücklich hervorgehoben. Dementsprechend war Chamberlains Antwort. Er schloß mit der Versicherung, daß er in der Hoffnung auf guten Frieden scheide. „I go away hopeful.“ Man kann nur wünschen, daß diese Hoffnung in Erfüllung geht.

26. Februar. „Mitteilung in Angelegenheiten Mazedoniens“ durch den russischen Regierungsanzeiger.
28. Februar. Kämpfe zwischen Türken und Comitadschis.
4. März. Festsetzung einer Kopfsteuer von zwei Dollar für ausländische Reisende und Einwanderer in den Vereinigten Staaten.

4. März 1903.

Die vom russischen auswärtigen Amte am 26. Februar im „Regierungsanzeiger in Petersburg veröffentlichte „Mitteilung in Angelegenheiten Mazedoniens“ kann als eine der bedeutendsten politischen Kundgebungen der Gegenwart bezeichnet werden. Sie hat aller Wahrscheinlichkeit nach die orientalische Frage für eine Reihe von Jahren zum Stehen gebracht und der Türkei die Möglichkeit geboten, in humaner Weise eine Provinz zur Ruhe zurückzuführen, die seit Jahr und Tag in fiebrischer Aufregung erhalten wurde. Es war keine Übertreibung, wenn infolge der mazedonischen Wirren in ganz Europa eine neue außerordentlich gefährliche orientalische Krisis gefürchtet wurde. Das Treiben der mazedonisch-bulgarischen Komitees, deren Agitationsplan durch das jüngste englische Blaubuch: „Korrespondenz, die Angelegenheiten des südöstlichen Europa betreffend“ bekannt geworden ist, ließ keinen Zweifel darüber, daß es sich darum handelte, einen Krieg zu entzünden, der das Einschreiten Europas zur Notwendigkeit machte und als dessen Ausgang man dann — leichtfertig genug — die Vereinigung Mazedoniens mit Bulgarien erwartete. Das alles ist nun durch das Eingreifen Rußlands und Österreichs und durch die Bereitwilligkeit des Sultans, ohne allen Zeitverlust den Reformplan auszuführen, den beide Mächte als den notwendigen bezeichnet hatten, glücklich abgewendet. Die „Mitteilung“ der russischen Regierung hat uns die Geschichte dieser Intervention zur Reform ausführlich erzählt, wobei dann freilich das phantastische Bild, das Herr Delcassé in majorem sui gloriam durch sein letztes Gelbbuch hatte entwerfen lassen, wie ein Nebel spurlos vergeht. Man

hat in Petersburg mit keiner Silbe der Verdienste des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu gedenken für notwendig gefunden. Rußland hat die Aktion eingeleitet, seine Agenten, nicht ein beliebiger französischer Konsul, haben rechtzeitig nach Petersburg von der wahren Sachlage Bericht gegeben, in Jalta ist dem Botschafter Sinowjew, bekanntlich einem der besten Kenner des Orients, der Auftrag gegeben worden, ein Reformprojekt auszuarbeiten, dann ist Turkhan Pascha als außerordentlicher türkischer Botschafter in Livadia erschienen, und die nächste Folge war das bekannte Reform-Jrade vom November 1902, dessen wir seinerzeit Erwähnung getan haben. Die fortdauernde agitatorische Tätigkeit des bulgarischen Revolutionskomitees und die Erkenntnis, daß mit den Novemberreformen nicht genug geschehen sei, veranlaßte in den Weihnachtstagen die Reise des Grafen Lamsdorff nach Serbien, Bulgarien und Wien. Den beiden kleinen slavischen Höfen überbrachte er ein Monitum von nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, das mit schuldiger Unterwürfigkeit entgegengenommen wurde, in Wien aber ist „auf Grund der Konvention von 1897“ zwischen dem Grafen Lamsdorff und Goluchowski festgestellt worden, welche Hauptprinzipien den geplanten Reformen „in den drei türkischen Vilajets“ zugrunde zu legen seien. Es folgte Anfang Januar der Auftrag an die Botschafter beider Mächte in Konstantinopel, ein detailliertes Projekt auszuarbeiten, und nachdem die Herren Sinowjew und Calice ihre Arbeiten erledigt hatten und ihr Projekt in Petersburg und Wien gebilligt war, ward es vertraulich am 4. Februar 1903 den Großmächten mitgeteilt, die den Berliner Vertrag von 1878 unterzeichnet hatten. Sie wurden zugleich gebeten, die Forderungen beider Mächte in Konstantinpel zu unterstützen und haben sich alle dazu bereit erklärt. Erst danach haben Rußland und Österreich-Ungarn gemeinsam dem Sultan das vielbesprochene Reformprojekt vorgelegt. Es sind im wesentlichen die Gedanken, die schon im Jrade vom November 1902, wenn auch weniger bestimmt und umfassend, zum Ausdruck gekommen waren.

Für die Vilajets Saloniki, Kossowo und Monastir wird ein Generalinspektor auf einen längeren Zeitraum ernannt und zwar so, daß er vor Ablauf des Termins nicht ohne Zustimmung beider Mächte verabschiedet werden darf.

Der Sultan, der ohne jeden Zeitverlust sich das russisch-österreichisch-ungarische Projekt zu eigen machte, hat bekanntlich Hassein Hilmi Pascha, den früheren Vali von Adana und Yemen, auf drei Jahre für diese Stellung ernannt.

Dem Generalinspektor werden die Generalgouverneure der drei Vilajets untergeordnet und auch die Truppen der Vilajets angewiesen, ihm, wo er es für nötig findet, zu gehorchen, ohne daß vorher eine Anfrage in Konstantinopel erforderlich wäre. Es folgen Bestimmungen über die Reorganisation von Gendarmerie, Polizei und Landpolizei, der ernste Hinweis auf die Notwendigkeit, den Ausschreitungen der Albaner zu wehren, die Forderung einer Amnestie für alle in politischen Angelegenheiten Verhafteten und Verurteilten, sowie für alle Ausgewanderten, endlich, und diese Maßregel ist eine der wichtigsten Bürgschaften für die Zukunft, eine Neuregelung des Finanzwesens der drei Vilajets. Für jedes Vilajet wird Einnahme- und Ausgabebudget festgestellt und die Banque Ottomane kontrolliert die Eingänge, die vor allem für die Bedürfnisse der örtlichen Zivil- und Militärverwaltung zu verwenden sind. Auch wird die Art der Erhebung des Zehnten geändert und das allgemeine Pachtsystem abgeschafft. Endlich sollen die Konsularagenten der Mächte über die Durchführung dieser Reformen regelmäßig Bericht erstatten.

Der Schluß der „Mitteilung“ ist so überaus charakteristisch, daß wir den vollen Wortlaut auch an dieser Stelle wiederholen.

„Um den Preis unzählbarer Opfer Rußlands zu einem selbständigen Leben berufen, können die Balkanstaaten auf die ständige Fürsorge der Kaiserlichen Regierung für ihre tatsächlichen Bedürfnisse und auf ihre kräftige Verteidigung der geistigen und Lebensinteressen der christlichen Bevölkerung der Türkei rechnen.

„Gleichzeitig hiermit aber müssen sie indessen nicht aus dem Auge verlieren, daß Rußland weder einen einzigen Blutstropfen seiner Söhne, noch den allerkleinsten Besitzteil des russischen Volkes opfern wird, falls die slavischen Staaten, den ihnen zeitig gegebenen einsichtsvollen Ratschlägen zuwider, den Entschluß fassen, durch revolutionäre und Gewaltmittel eine Veränderung des gegenwärtigen Regimes der Balkanhalbinsel anzustreben.“

Nun liegt wohl auf der Hand, daß nach dieser so bestimmten

Kundgebung Rußlands, hinter der, wie wir sahen, ebenso bestimmt Österreich-Ungarn steht, die bulgarischen oder serbischen Politiker geradezu mit Blindheit geschlagen sein müßten, wenn sie nicht alles, was an ihnen liegt, tun sollten, um jedes weitere Eingreifen der Agitatoren in den mazedonischen Angelegenheiten zu verhindern. Auch hat Bulgarien ja bereits einige Beweise seines guten Willens gegeben, während in Serbien das Verhalten der Regierung wie der öffentlichen Meinung schon an sich ruhiger war und man mehr nach Altserbien und Albanien als nach Mazedonien blickte. Was in Belgrad beunruhigte, war vornehmlich doch die Befürchtung, daß Mazedonien bulgarisch werden könnte, und das schien unerträglich. Da diese Möglichkeit heute nicht mehr vorliegt, regt man sich weiter über die mazedonischen Dinge nicht auf. Auch ist aufgefallen, daß für Rußland und Österreich-Ungarn der Begriff „Mazedonien" offenbar gar nicht existiert. Die „Mitteilung" kennt nur drei türkische Vilajets, nicht „Mazedonien" nur eine „christliche Bevölkerung der drei Vilajets", keineswegs eine mazedonische Nation, und sie gesteht den slavischen Staaten der Balkanhalbinsel durchaus nicht das Recht zu, am „gegenwärtigen Regime" der Balkanhalbinsel zu rütteln!

Wir verstehen nicht recht, wie solchen aus erster Quelle stammenden Äußerungen der russischen und österreichisch-ungarischen Politik gegenüber, sogar in Wiener Blättern der bisherige Pessimismus in Beurteilung der mazedonischen Frage sich behaupten kann, oder gar von kriegerischen Absichten Rußlands weiter phantasiert wird.

Rußland will den Frieden im kleinen Orient wahren, weil es ihn braucht und seines Friedens im großen Orient nicht sicher ist. Auch kann es keinerlei Interesse haben, ein Großbulgarien aufzubauen, das durch die Natur der Verhältnisse, sobald es sich stark genug glaubt, unter Benutzung immer vorhandener Rivalitäten der großen Politik dahin geführt werden könnte, die Erbschaft des russischen Einflusses unter den Balkanslaven anzutreten. Das ist auch der Standpunkt, von dem aus die griechischen Politiker, neuerdings z. B. Zaimis, mit höchstem Mißtrauen das warme Eintreten Frankreichs für Bulgariens mazedonische Hoffnungen verfolgten. Jetzt hat man sich einigermaßen beruhigt, denn die russisch-österreichische Reform läßt auch dem griechischen Element Raum zu freierer Entwicklung, und man hofft wieder den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Eine

nahe Gefahr ist gehoben und man rechnet auf die Möglichkeiten einer weiter abliegenden Zukunft. Verdrossen zeigen sich die englischen und französischen Preßstimmen, die allerlei Alarmnachrichten kolportieren, deren Quelle meist auf Odessa zurückgeht. Odessa ist aber nicht nur ein Getreidemarkt, sondern auch eine Nachrichtenbörse, deren orientalische Einbildungskraft schon die wunderlichsten Erfindungen in die Welt gesetzt hat. Für politisch leicht- und gutgläubige Reporter ein fruchtbarer, aber entschieden gefährlicher Boden. Wir haben, um ein Beispiel anzuführen, seit Jahren die Odessaer politische Berichterstattung des „Standard" verfolgt und sie allezeit ebenso sensationell wie unzuverlässig gefunden. Die russischen Korrespondenten aus Maskat und Aden bilden das Gegenstück dazu. Wäre es nach ihnen gegangen, so gäbe es schon heute keinen Punkt am persischen Golf, der nicht den Engländern gehörte und die „deutsche Bagdadbahn" hätte längst in Koweit ihren Mündungspunkt erreicht.

Kurz, das alles ist blinder Lärm und die russische Presse, die bisher ebenfalls höchst pessimistisch über die mazedonische Frage mit Korrespondenzen und Leitartikeln variierte, hat entschieden klüger gehandelt, indem sie sich entschlossen umdachte. Sie singt heute Friedenstöne und rät den „bratuschki" desgleichen zu tun. Um so eifriger geht man den Dingen nach, die sich im eigenen russischen Hause abspielen. Und da ist allerlei Beachtenswertes geschehen.

Vor allem die in allen russischen Gouvernements und Kreisen einberufenen Lokalkomitees, die der Regierung ihre Meinung über die Ursachen des Verfalls der Landwirtschaft sagen und Mittel zur Hebung der Notstände angeben sollten, haben ihre Arbeiten zu Ende geführt. Das ungeheuere Material, das sie gesammelt haben, ist nach Petersburg gewandert; dort wird man es durchsehen und dann soll reformiert werden! Wir fürchten aber, daß man in Petersburg mit einer Entscheidung nicht so schnell fertig werden wird, wie etwa die hohe Pforte Mazedonien gegenüber getan hat. Kommissionen pflegen in Rußland bedächtig zu arbeiten, und die russische Reformfrage ist noch älter als die türkische. Dazu kommt, daß jene „Lokalkomitees" recht verstimmt von ihren Beratungen heimgekehrt sind. Was ihnen meist am Herzen lag, haben sie nicht sagen dürfen, und die es trotzdem versuchten und den Niedergang der Landwirtschaft auf allgemeinere Ursachen zurückführen wollten, wie die Herren

Stachowitsch, Schipow, Fürst Dolgoruki, Jewreinow, oder wie der Tulasche Bauer Nowikow, haben teils Verweise erhalten oder sind gar zeitweilig arretiert worden. Der Moskauer Vizegouverneur Baratinsky und der Gouverneur von Woronesch Sljepzow aber, welche den Verhandlungen einen weiteren Spielraum gestatteten, hat man genötigt, ihren Abschied zu nehmen. Das ergab nur geringes Vertrauen auf die schließlichen Ergebnisse, und das Mißtrauen steigerte sich, als der Fürst Meschtscherski den besonderen Auftrag erhielt, das Land zu bereisen, um über seine persönlichen Eindrücke an allerhöchster Stelle zu referieren. Da nun der Mann entschlossener Absolutist ist, gibt es nicht wenige, die statt der erhofften Wendung zu einem liberalen Regiment eine weitere Steigerung der autoritativen Richtung fürchten. Die „Autorität" wird aber gelegentlich durch Vergehungen hochgestellter Beamten arg bloßgelegt. Noch ist die Goremykinsche Katastrophe nicht vergessen, die zum Rücktritt des Ministers führte und schon sieht die Regierung sich genötigt, einen Mann wie den Polizeimeister von Kronstadt Schapow wegen Diebstahls und Fälschung wie einen gemeinen Verbrecher zu bestrafen. Dann sind es die sich immer böser zuspitzenden finnländischen Angelegenheiten. Das in jeder Beziehung loyale und dem Reich so überaus nützliche Großfürstentum Finnland ist seit bald zehn Jahren, d. h. seit dem Bruch seiner Verfassung, in materiellem und politischem Niedergang begriffen, und namentlich seit dem oktroyierten Wehrgesetz von 1899 wollen die Konflikte nicht abbrechen. Das erste war die Auflösung von acht finnischen Schützenbataillonen, dann die Auflösung des finnländischen Dragoner-Regiments, weil alle Offiziere ihren Abschied nahmen, als der neue verfassungswidrige Diensteid von ihnen verlangt wurde. Jetzt spitzt sich der Kampf zu einem Ringen mit den Zivilbeamten zu. Ungezählte haben allmählich von ihren Stellen weichen müssen, und ganz neuerdings sind vier finnländische Gouverneure und 16 Beamte des Åboschen Hofgerichts ohne Pension gleichfalls entlassen worden. Man fragt sich, wo diese Verhältnisse hinausführen sollen? Finnen und Schweden zeigen eine erstaunliche Kraft passiven Widerstandes; hinter den Beamten, die für das Landesrecht ihre Existenz einsetzen, steht ein ganzes Volk, das des guten Glaubens ist, eine Gewissenspflicht zu erfüllen, wenn es sich den Russifizierungs- und Assimilierungsbestrebungen der Regierung widersetzt, und das sich

je länger je mehr in der Vorstellung festigt, daß ihm bitteres Unrecht geschieht, weil es mit Recht sich darauf berufen kann, in den 100 Jahren, die es bald mit Rußland verbunden ist, niemals den geringsten Anlaß gegeben zu haben, der einen Zweifel an seiner Treue und Ergebenheit rechtfertigte.

Auch empfindet man in Petersburg diese finnländischen Dinge als eine Verlegenheit. Aber man ist entschlossen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen und hat an den baltischen Provinzen die Erfahrung gemacht, daß eine konsequente Zerstörungsarbeit auch starke Fundamente niederlegen kann. Endlich kommt als weitere Verlegenheit die Ungeniertheit hinzu, mit der in der Presse die russische Finanzwirtschaft verurteilt wird. Möglich ist das, weil die verschiedenen Ministerien ihre besonderen Zensoren haben und die Ressorts allezeit Krieg mit einander führen, was im vorliegenden Falle vom Finanzministerium und Ministerium des Innern gilt. Ein klassisches Beispiel dafür liefert die in London erscheinende Finanzchronik, die in ihrer Nummer vom 6. Februar eine mit Erlaubnis der russischen Zensur in Petersburg gedruckte „Erläuterungsschrift zur alleruntertänigsten Berichterstattung des Finanzministers über das Reichsbudget für das Jahr 1902" in deutscher Übersetzung wiedergibt. Es ist eine in allen Punkten schlagende Kritik, die schließlich sich zu einer Tabelle kondensiert, welche die Resultate der Finanzpolitik für das Jahrzehnt 1892 bis 1902 zusammenfaßt.

Wir können diese Tabelle nur dem allerernstesten Studium aller interessierten Kreise empfehlen.

	Laut Daten der Alleruntertänigsten Berichterstattung:	Rubel
§ 1.	a) 1892 Zuschuß d. Reichsrentamts f. Expl. d. E.B. . .	40 000 000
	b) 1900 Resultat d. Bet. d. Staats am E.B.-Betriebe „gar. Nettogew."	
§ 2.	a) Einnahme a. d. staatlichen E.B.-Betriebe mit Ausschluß d. pCt. f. E.B.-Anleihen i. J. 1892.	56 400 000
	b) Einnahmen a. d. staatlichen E.B.-Betriebe mit Ausschluß d. pCt. f. E.B.-Anleihen i. J. 1900.	139 000 000
§ 3.	a) Vergrößerung d. Forsteinnahmen — ein Gradmesser d. Steigerung d. St. Vermögenswertes	
	b) Erleichterungen d. Zahlungen v. S. d. Volkes	85 600 000
§ 4.	Schätzung d. staatl. E.B.-Vermögens a. 1. Jan. 1902 gemäß d. gemachten Ausgaben	3 551 800 000
§ 5.	Schätzung d. staatl. E.B.-Vermögens am 1. Jan. 1892	950 500 000
§ 6.	Vergrößerung d. staatl. E.B.-Vermögens in 10 Jahren	2 601 300 000

		Rubel
§ 7.	D. Einnahmen d. staatl. E.B. decken d. Zinsen für die auf dieselben verw. Kapitalien	
§ 8.	Vergrößerung d. Staatsschuld in 10 Jahren um......	1 748 200 000
§ 9.	Bilanz d. Schulden an Instit. u. Pers.: Verringerung d. Schuld um............................	290 700 000
§ 10.	Verringerung der „Nettoschuld" um.................	1 143 800 000
§ 11.	Steigerung d. Fabrikation v. Baumwollprodukten von 1892 bis 1900 um mehr als.................	+ 50 %
	Zunahme d. Baumwollkonsums per Kopf v. 1893–1900 um	+ 18 %
§ 12.	Zunahme d. Zuckerkons. p. Kopf um 2,92 Pfd. oder...	+ 34 %
§ 13.	Zunahme d. Eisenkons. per Kopf um 10,1 Pfd. oder...	+ 35,8 %
§ 14.	Zunahme d. Petroleumkonsums per Kopf um 2,9 Pfd. oder	+ 28 %
§ 15.	Zunahme d. Teekons. per Kopf um 0,22 Pfd. oder....	+ 30 %
§ 16.	Zunahme d. Spirituskons. per Kopf.................	+ 0 %
§ 17.	Die Steigerung d. Warenkonsums u. d. Anwachsen der Staatseinnahmen beweisen eine Zunahme d. Volkswohlstandes.	
§ 18.	„Die ökonomische Lage des Landes verbessert sich."	

Laut Daten der Reichskontrolle und offiziellen Statistik:

		Rubel
§ 1.	a) Zuschuß des Reichsrentamts f. Expl. d. E.B.......	35 619 247
	b) 1900 Resultat d. Bet. d. Staats am E.B.-Betriebe	31 757 455
§ 2.	a) Einnahme a. d. staatl. E.B.-Betriebe mit Ausschluß d. pCt. f. E.B.-Anleihen i. J. 1892...........	47 699 250
	b) Einnahmen a. d. staatl. E.B.-Betriebe mit Ausschluß d. pCt. f. E.B.-Anleihen i. J. 1900...........	86 596 807
§ 3.	a) Vergrößerung d. Forsteinnahmen, verursacht d. forc. Abholzen, vergr. nicht d. Wert d. Waldes......	
	b) Vergrößerung d. Zahlungslast f. d. Bevölk.	43 200 000
§ 4.	Tatsächl. Wert d. staatl. E.B.-Vermögens i. J. 1902 ..	1 773 200 000
§ 5.	Tatsächl. Wert d. staatl. E.B.-Vermögens i. J. 1892..	475 250 000
§ 6.	Vergrößerung d. staatl. E.B.-Verm. in 10 Jahren	1 257 950 000
§ 7.	D. staatl. E.B. geben nur 2,4 pCt. auf d. für sie verw. Kap., decken nicht f. letzt. erford. Zinsen........	
§ 8.	Vergrößerung d. Staatsschuld in 10 Jahren um......	3 005 000 000
§ 9.	Bilanz d. Schulden an Instit. u. Pers. Vergrößerung d. Schuld um............................	346 000 000
§ 10.	Vergrößerung d. „Nettoschuld" um..................	2 053 005 000
§ 11.	Glaubw. festgest. Steigerung d. Fabrikation v. Baumwollprodukten von 1893 bis 1899 um..........	+ 0,4 %
	von 1893 (bis 1900 fragl. + 118 pCt.?) Verringerung des Baumwollkonsums per Kopf bis zum Jahre 1899 glaubwürdig....................	— 9 %
	(bis zum Jahre 1900 fragl. + 1 1/2 pCt.?)	

§ 12. Zunahme d. Zuckerkons. p. Kopf um 0,9 Pfd. oder.... + 9 %
§ 13. Zunahme des Eisenkons. keine Daten................ ?
§ 14. Verringerung d. Petroleumkons. per Kopf bis 1899 0,6 Pfd. glaubw........................... — 4,9 %
(bis 1900 fragl. + 1,5 Pfd., + 10 pCt.?)
§ 15. Teekons. ist richtig angegeben; hat aber keinen Zusammenhang mit dem Volkswohlstand.
§ 16. Steigerung d. Spirituskonsums p. K. um............ + 6 %
§ 17. Die Steigerung d. Konsums ist zweifelhaft; die Vergrößerung der Staatseinnahmen beweist nur eine Zunahme der Steuerlast.
§ 18. Der Ruin einer enormen Mehrzahl der Bevölkerung unterliegt keinem Zweifel.

Genehmigt von der Zensur,

Petersburg, am 25. Februar 1902.

Politisch ziehen wir daraus den Schluß, daß man mit solchen Finanzen keinen europäischen Krieg führt, daß man aber auch in solcher Lage über kurz oder lang genötigt sein wird, den Wünschen Rechnung zu tragen, die in der öffentlichen Meinung des Landes so leidenschaftlich zum Ausdruck kommen. Die Wendung zum Liberalismus, d. h. zu irgend einer Form der Heranziehung der bereits als Kadres organisierten Gouvernements und Kreislandschaftsvertretungen zur Teilnahme am Regiment, namentlich aber zur Kontrolle der Finanzpolitik läßt sich auf die Dauer nicht umgehen. Aber allerdings mit dem System Witte, das die russische Landwirtschaft einer noch nicht auf eigenen Füßen stehenden, durch schwer getragene Schutzzölle künstlich lebendig erhaltenen Industrie opfert, ist ein Mitregiment der Nation nicht vereinbar. Und zunächst ist Witte noch bei weitem der Stärkere.

Wir hätten noch viel zu sagen. In China nimmt die aufständische Bewegung zu, und zwar in den Provinzen Kwangsi und Kwantung, d. h. hart an den Grenzen Französisch-Hinterindiens. Aber auch in der Mandschurei regt es sich, und man fängt in Rußland an, sich mit ernsten Sorgen zu tragen. Auch die siamesischen Angelegenheiten führen zu einer Krisis. Herr Delcassé, der um Stellung und Prestige kämpft, ist von den Herren Donner, Etienne und Hanotaux so sehr in die Enge getrieben worden, daß er sich genötigt sieht, den mit Siam eben erst geschlossenen Vertrag zu modi-

fizieren, und es ist fraglich, wie Siam und wie England sich dazu verhalten werden. Auch die Lorando-Tubini-Affaire will wieder lebendig werden, wie denn die Politik in Frankreich einen merkwürdig nervösen Charakter annimmt. In England sieht das Ministerium mit Sehnsucht der etwa in 14 Tagen zu erwartenden Rückkehr ihres starken Mannes, Chamberlains, entgegen. Auch ist es die höchste Zeit, daß er kommt, denn die Verlegenheiten schießen auf wie die Pilze, und der Abfall im eigenen Lager hat begonnen. Aber wir zweifeln nicht daran, daß er sein ganzes Heer wieder um sich sammeln wird. Und wie die Dinge liegen, entspricht das auch am meisten unseren Wünschen.

7. März. Amnestierung der politischen Verbrecher in Mazedonien.
8. März. Rücknahme der Kanzelpublikation in Trier.
11. März. Homagialeid des Erzbischofs Dr. Fischer in Köln.

11. März 1903.

Der Rückzug, den der kriegerische Katholizismus in der Person seines Trierer Heißsporns, des Bischofs Korum, angetreten hat, ist uns nicht nur ein Erfolg innerer preußischer Politik, sondern ein Ereignis von weit größerer Tragweite. Und zwar aus doppeltem Grunde. Einmal, weil wir der Meinung sind, daß die Kurie eine Großmacht ist, der gegenüber Deutschland ebenso sehr die eigenen Rechte zu wahren hat, wie jeder anderen Großmacht gegenüber, dann aber, weil sich wieder einmal bewährt hat, daß wir auf das Wort des Reichskanzlers Grafen Bülow sicher bauen können. Es war eine ungemein schwierige Lage, der er gegenüberstand und die Erklärung, die er im Abgeordnetenhause abgab, kam eigentlich allen unerwartet. Daß der Bischof seinen Erlaß zurücknehmen müsse, wenn jeder Konflikt beseitigt werden sollte, war eine so einfache Lösung, wie etwa — das Aufstellen des Kolumbuseies. Jedermann aber meinte, daß in dieser Forderung des Reichskanzlers, geschickt verborgen, die Einleitung eines Feldzuges liege, von dem man nicht annahm, daß er zu einem baldigen Frieden führen werde. Graf Bülow wollte aber à la lettre verstanden sein und hat auch buchstäblich erreicht, was er sich vorgesetzt hatte. Es ist derselbe sicher gehende politische Verstand, der aus der Samoaklemme, den chinesischen Fährlichkeiten, dem Venezuelakonflikt den richtigen Ausweg fand, und wir meinen, das verdient Vertrauen. In dem vorliegenden Fall wurde aber die Lage noch dadurch erschwert, daß wir bekanntlich in dem Kardinalstaatssekretär Rampolla keinen Freund am Vatikan haben und eben jetzt, trotz der Jubiläumsfeierlichkeiten, von Rom aus Kriegsfanfaren tönen. Man hat dort die Vorstellung, sehr stark zu sein, und endlich sogar den Entschluß gefunden, dem ungeratenen ältesten Sohne, dem viel-

verwöhnten Frankreich, endlich einmal zu zeigen, daß es eine Grenze gibt, die Rom nicht überschreiten läßt. Kardinal Rampolla hat am 8. März der französischen Regierung eine „sehr lange" Note zugestellt, deren wesentlichen Inhalt französische Blätter folgendermaßen resümieren:

Der Staatssekretär erinnert daran, daß die Formel nobis nominavit sich schon im Konkordat Franz I. finde. Seit dem 1801 mit dem 1. Konsul geschlossenen Konkordat sind gegen 500 Bischöfe in Frankreich ernannt worden. Die Institutionsbullen all dieser Bischöfe, mit nur 16 Ausnahmen, brauchten die Formel nobis nominavit. In jenen 16 Bullen aber wurde die Formel entweder aus Versehen fortgelassen oder durch eine ganz gleichwertige Formel ersetzt.

Kardinal Rampolla zitiert eine Note des Kardinals Antonelli, Staatssekretärs Pius' IX., welche an Thiers gerichtet ist und die Legitimität der Formel nachweist. Darauf habe Thiers geantwortet, er billige durchaus das nobis nominavit.

Die Note des Kardinals Rampolla schließt mit einer Deklaration, der zufolge der heilige Stuhl, auf alles Vorhergesagte gestützt, eine Veränderung der Formel ablehnt.

Die Note spielt dann kurz auf die Ernennung der Bischöfe ohne vorausgegangene Verständigung an und erklärt a fortiori, der heilige Stuhl werde diese Ernennungen, die er mißbillige, nicht anerkennen.

Das gibt einen sicheren Konflikt, da nach der eben abgegebenen Erklärung die Kurie sich in ihrer Entscheidung gebunden hat, das Pariser Kabinett aber nicht nachgeben kann, ohne darüber zu Fall zu kommen. Da aber die Behauptung der eigenen Stellung, wie es scheint, das Leitmotiv des Kabinetts Combes, André, Delcassé geworden ist, muß der Streit um die Präsentation der Bischöfe die ohnehin wegen der Kongregationen eingetretene Spannung noch erheblich steigern. Auch ist es kein leerer Wortstreit, um den es sich handelt. Heißt es in der Institutionsbulle Aemilius Lubetus nobis nominavit . . . . so bedeutet das: Loubet nannte uns den oder den als Bischofskandidaten, während das Aem. Lubetus nominavit heißt: der Präsident Loubet ernannte zum Bischof . . . . und das ist ein wesentlicher Unterschied.

Wir zweifeln aber nicht daran, daß in dem vorliegenden Falle der Sieg der Kurie gehört. Ministerien in Frankreich pflegen noch kurzlebiger zu sein als in anderen Staaten; die Kurie kann ruhig warten, bis weniger intransigente Männer ans Ruder gelangen, dann wird sie ihr nobis und vielleicht noch mancherlei dazu erhalten. Denn man darf doch nicht vergessen, daß Frankreich trotz seines kirchlichen Radikalismus eines der allerkatholischsten Länder der Welt ist und durch seine Frauen die engste Fühlung mit geistlichen Einflüssen hat. Der Umschlag wird deshalb kommen und vielleicht tritt sogar der kleine Herr Combes in höchst eigener Person noch den Rückzug an. Es sind im Augenblick noch eine Reihe anderer Unannehmlichkeiten, die auf das Ministerium einstürmen.

Im Innern der doch sehr unbequeme Humbertprozeß, der seine Schatten vorauswirft und aller Wahrscheinlichkeit nach gute Freunde der regierenden Herren Minister kompromittieren wird, dann der böse Prozeß, den Herr Carmes gegen die Erben jenes Wucherers Lorando führt, für den Frankreich nach Mitylene ins Feld zog. Der Prozeß wird nicht nur das Treiben des Konsortiums Lorando-Tubini ins rechte Licht stellen, sondern auch zeigen, wie die Aktion des offiziellen Frankreich durch das Geschrei einer bestochenen Presse bestimmt worden ist. Für Herrn Delcassé, der seine Expedition mit so hohen Worten einleitetete und so triumphierend austönen ließ, gewiß keine Annehmlichkeit. Er muß sich jetzt nach allen Seiten hin verteidigen. In der Siamaffäre hat er sich schon genötigt gesehen, den Befehlen seines Rivalen Doumer zu gehorchen und den anfangs so gepriesenen Vertrag rückgängig zu machen, und in der macedonischen Streitfrage hat ihm sein ruhmrediges Gelbbuch nur Spott eingetragen. Österreich und Rußland beherrschen den Willen der Balkanstaaten, nicht die Kombination Rußland-Frankreich, wie man nach den Mitteilungen des Gelbbuches schließen müßte. In England, das zunächst mit Frankreich auf die Türkei im Sinne weiterer Ausdehnung der Reformen zu drücken schien, ist offenbar ein völliger Umschwung eingetreten. „Times“ und „Standard“ glauben heute sowohl an die Erhaltung des Friedens wie an die Durchführung der Reformen in Macedonien und in Serbien wie in Bulgarien weiß man jetzt ganz genau, daß man sich zu fügen hat. Allerdings, einige Desperados, die den Krieg um jeden Preis erzwingen wollen, gibt es noch: mace-

donische Emigranten und dergl. mehr. Diese Leute nun haben an Herrn Delcassé von Sofia aus das folgende Telegramm gerichtet:

„Durch die Geschichte davon überzeugt, daß die Türkei niemals ernste Reformen in Macedonien durchführen wird, wenn sie nicht unter tatkräftiger Aufsicht der großen Mächte durchgeführt werden, haben Sie, Herr Minister, die großen humanen Überlieferungen Frankreichs wieder in den Vordergrund treten lassen. In der Hoffnung, daß die Ereignisse, die in nächster Zukunft eintreten werden, triftigere Gründe zu dem energischen Vorgehen bieten werden, auf welches Sie hinweisen, haben wir, die Unterzeichneten, in Sofia lebenden Bevollmächtigten der mazedonischen Emigration, in Erwartung der wohltätigen Folgen der großmütigen Politik Frankreichs, Ihnen im Namen der ganzen Emigration das Gefühl unserer tiefen Dankbarkeit auszudrücken."

Wir haben in französischen Blättern dieses Telegramm nicht gefunden, wohl aber, nach dem in den Sofiaer Zeitungen veröffentlichten Text, in den russischen Blättern, die freilich keine Bemerkung daran knüpfen. Aber wir können uns wohl denken, daß es Herrn Delcassé lieber gewesen wäre, wenn die dankbaren Macedonier ihr Telegramm nicht gleich abgedruckt hätten. Sind es doch eben jene Leute, die den Bemühungen Österreichs und Rußlands, die Ruhe in den aufgeregten Vilajets zu erhalten, entgegenarbeiten und damit eine Politik zu lähmen versuchen, auf deren Durchführung namentlich die russische Regierung ganz außerordentlichen Wert legt. Wir gedachten der besonderen dabei mitspielenden Erwägungen Rußlands schon vor acht Tagen, sind aber neuerdings in unserer Meinung noch bestärkt worden durch ein soeben in zweiter Auflage erschienenes russisches Buch: Selbstherrschaft und Semstwo (Landschaftsvertretung). Vertrauliche Denkschrift des Finanzministers Ser. Juljewitsch Witte. Stuttgart, Dietz Nachfolger, 1903. 8°. 224 S.

Die Denkschrift entstand vor 3 Jahren im Kampf des Finanzministers Witte mit dem damaligen Minister des Innern, Goremykin. Der letztere wünschte eine weitere Entwicklung der Landschaftsinstitutionen und ihre Ausdehnung auf die Westprovinzen, Witte wollte sie um jeden Preis in ihrer bisherigen Gebundenheit erhalten wissen. Er verteidigte seine These, „daß die Ausbildung der Landschaftsinstitutionen mit Notwendigkeit zu einer Konstitution führe und daher mit der Selbstherrschaft des

Zaren unvereinbar sei", mit großem Scharfsinn; auch gelang es ihm, Goremykin zu beseitigen und seinen Plan, die Landschaftsinstitutionen auf die westlichen Grenzprovinzen auszudehnen, endgültig bei Seite zu schieben. Das Interessante der Witteschen Ausführungen liegt nun darin, daß er zeigt, wie zweimal, bei der Begründung der Landschafts-Institutionen 1864 und später in der Loris-Melikowschen Periode 1880, die aufrichtige Absicht in den Regierungskreisen bestand, allmählich aus den Gouvernementslandschaftsversammlungen Reichsstände zu entwickeln. Aber beide Male blieb es beim Anlaufe, und Witte spricht es mit entschlossenem Cynismus aus, daß beide Male die Regierung es war, die systematisch dahin arbeitete die bereits den Landschaften gewährten Rechte einzuschränken und mit Hilfe der Bureaukratie unwirksam zu machen. Der entscheidende Schritt war die Verordnung vom 12. Juli 1900, die, wie Witte ausführlich erzählt, bestimmt war, die Landschaftsinstitutionen zu fügsamen Werkzeugen der Regierung zu machen, aber, wie alle früheren Maßregeln, nur dahin führte, die gärende Unzufriedenheit zu steigern.

Witte untersucht nun die Frage, weshalb die Regierung auf Einschränkung der Befugnisse der Semstwos ausgegangen sei, und weshalb umgekehrt die Landschaftsvertretungen darauf hinarbeiten, sich zu einem Reichstage auszuwachsen; er kommt dabei zum Ergebnis, daß beide, die selbstherrliche Regierung wie die Semstwos, nicht anders können, als sich auf Tod und Leben zu bekämpfen, denn die Selbstherrschaft höre auf, sobald Volksvertretungen erst mitregieren und schließlich die Regierung an sich reißen, während andererseits die Vertretungskörperschaften der Gouvernements und Kreise nicht die Zwecke erfüllen könnten, zu denen man sie ins Leben gerufen habe, wenn ihnen überall das Organ der Selbstherrschaft, die Bureaukratie, als Aufseher und Hemmnis in den Weg trete.

Beides wird in sehr lehrreicher Weise an der Geschichte der Jahre 1864—99 gezeigt, alle Anläufe aufgezählt, welche die Semstwos nahmen, um durch Petitionen oder durch bald legale, bald illegale Agitation ihre Zuziehung zur Beratung der allgemeinen Reichsangelegenheiten zu erlangen, und ebenso gewissenhaft zählt die Denkschrift die Maßregeln auf, zu welchen die Regierung griff, um hemmend und lähmend solchen Bestrebungen entgegenzuwirken. Selbstverwaltung und absolute Gewalt sind unvereinbar, weil die Selbst-

verwaltung, wenn sie sich normal weiter entwickelt, notwendig zur Konstitution führt, das ist der Leitsatz; daß aber die Konstitution ein Übel und die unbeschränkte Monarchie eine heilsame Notwendigkeit sei, ist die Prämisse, auf die sich alles in dieser Denkschrift von 1899 aufbaut.

Nun sind inzwischen 3 Jahre hingegangen und nicht nur die Welt, auch Herr Witte hat sich verändert. Goremykin ist zurückgetreten, Ssipjägin ermordet und in Plehwe ein Faktor in den Vordergrund getreten, der mehr als irgend ein Minister des Innern vor ihm dem Finanzminister die Wage zu halten weiß. Dazu kommt, daß in diesen Jahren durch eine Reihe von demonstrativen Unruhen die politische und wirtschaftliche Krisis des Landes deutlicher als vorher zu Tage trat und die bald unverkennbare Gegnerschaft von Witte und Plehwe den Gegnern beider Männer Gelegenheit bot, sich mit größerer Freiheit, als früher möglich war, auszusprechen.

Im vorigen Jahre, als die Not der wirtschaftlichen Zustände Rußlands allzu schreiend wurde, entschloß man sich zur Einsetzung eines besonderen Komitees, das unter dem Vorsitze Wittes über die Bedürfnisse der Landwirtschaft beraten sollte. Das Material dazu sollte durch Lokalkomitees in den Kreisen und Gouvernements gesammelt werden (die ersteren unter dem Vorsitz des Adelsmarschalls, die letzteren unter dem des Gouverneurs). Was man vermeiden wollte, war, die Semstwos als solche zu befragen. Aber im Mai 1902 traten, ohne daß die Regierung es recht bemerkt hätte, die Vertreter von 25 Gouvernements in Moskau zu Beratungen zusammen, um ein Programm festzustellen, das einheitlich in allen Lokalkomitees zur Geltung gebracht werden sollte. Dies Programm, das im Wortlaut des Protokolls abgedruckt ist, darf wohl als eine der in der Form maßvollsten, inhaltlich schärfsten Kritiken des gegenwärtigen russischen Regiments, namentlich aber des Finanzsystems, bezeichnet werden. Die Resolution, welche die Vertreter der 25 Gouvernements faßten, würden, wenn die Regierung es auf sich nähme, sie durchzuführen, allerdings Rußland zu einem konstitutionellen Musterstaate machen, aber wohl auch von den jetzigen Ministern keinen einzigen am Platze lassen.

Das politisch Wichtigste aber ist, daß Witte durch den Gegensatz zu Plehwe von der Richtung, die er Goremykin gegenüber vertrat,

abgedrängt ist und mit der Begründung des „besonderen Komitees“ zur Beratung der Landesnöte einen Weg beschritten hat, der ihn den Bestrebungen der Semstwos entgegenführt.

In Rußland hält man dazu Witte für einen unechten Absolutisten; im Grunde sei er liberal, wie jeder gebildete Russe, und das wird wohl auch richtig sein; wie aber die Verhältnisse liegen, heißt es vorläufig noch: c'est son métier d'être absolutiste!

In der Witteschen Denkschrift fällt u. a. die Entschiedenheit auf, mit welcher er jede Ausdehnung der Semstwos auf die ehemals polnischen Gouvernements ablehnt. Sein Argument dabei ist die Unmöglichkeit, die Polen zu gewinnen und die Fortdauer ihrer separatistischen Tendenzen. Um so sonderbarer berührt es, wenn wir aus dem ungemein lehrreichen Buch des Ruthenen Roman Sembratowycz „Polonia irridenta“ erfahren, daß die neueste Schule der galizischen Politiker sich das Ziel steckt, Galizien von Österreich zu trennen, um es mit Rußland zu vereinigen, dem man dann die Aufgabe zuweist, das ganze alte Polen erst unter russischem Zepter zusammenzubringen, und wenn die Stunde gekommen ist, das von aller Welt selbständige Polen von Meer zu Meer aufzubauen. Das wäre der alte Plan des Fürsten Adam Czartoryski, der Plan, den die Verschworenen von 1830 vertraten und der in der Pariser Emigrantenkolonie Polens fortlebte, es war wohl auch der letzte Gedanke des Marquis Wielopolski, der freilich viel zu klug war, um von letzten Zielen zu sprechen. Aber die Stanczykenschule wächst sich zu diesem alten Programm aus, was um so abenteuerlicher erscheint, wenn man an der Hand des Buches von Sembratowycz die Ungeheuerlichkeiten der polnischen Verwaltung in Galizien kennen lernt.

Sembratowycz haßt die Polen, aber er ist entschieden bemüht, sachlich unparteiisch zu urteilen und deshalb seien alle auf sein Buch aufmerksam gemacht, die den polnischen Dingen nicht gleichgültig gegenüberstehen.

10. März. Russisches Reformmanifest.
10. März. Rücktritt des bulgarischen Ministers des Krieges Paprikow.
14. März. Rückkehr Chamberlains aus Süd-Afrika.

18. März 1903.

Als am 29. April 1881 Kaiser Alexander III. von Rußland das berühmte Manifest erließ, durch welches die große Frage entschieden wurde, ob Rußland ein Verfassungsstaat werden oder beim absolutistischen Regiment verharren solle, folgte bald danach, am 6./18. Mai, ein Zirkular, das bestimmt war, die öffentliche Meinung Rußlands über die Gründe aufzuklären, die den Zaren bestimmt hatten, im Gegensatz zu den bekannten Absichten seines Vaters das absolute Regiment quand même aufrecht zu erhalten. Verfasser dieses Kommentars wie des Manifestes war der damals in den Vordergrund drängende Oberprokurator des hl. Synod, Pobedonoszew, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß auch das neue Manifest, das Kaiser Nikolaus II. am 26. Februar/10. März erlassen hat, aus der Feder Pobedonoszews geflossen ist. Er wird die Form, der Minister des Innern, Plehwe, der auch in anderen Fragen neuerdings mit ihm Hand in Hand geht, die wenigen neuen politischen Gedanken gegeben haben. Die an die russische Kirchensprache erinnernde, feierlich getragene, etwas altertümelnde Form und gewisse, fast in wörtlicher Übereinstimmung wiederkehrende Anschauungen weisen wie mit beweisender Kraft darauf hin. Es ist daher, bevor wir, wie seine außerordentliche Wichtigkeit es verlangt, genauer auf das Manifest vom 26. Februar eingehen, unerläßlich, an den Inhalt dieses Zirkulars vom 6. Mai 1881 zu erinnern. Das Zirkular versprach dem Adel, den Semstwos und der städtischen Bevölkerung die volle Bewahrung ihrer Rechte, den Bauern eine Erleichterung der auf ihnen ruhenden Lasten, eine Verbesserung ihrer Gemeindeverfassung und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, und dem ganzen Rußland die tatsächliche Verwirklichung aller der Vorteile, welche die von Alexander II. ge-

schaffenen Institutionen verhießen. „Die Regierung — so sagte das Zirkular wörtlich — wird ohne jeden Zeitverlust Maßregeln ergreifen, um die lebendige Teilnahme der örtlichen Kräfte (d. h. der Vertreter der lokalen Selbstverwaltung, (russisch: mjestnych djejatelej) an der Erfüllung der allerhöchsten Absichten zu erreichen.“ Daß es sich um die Einführung in ein System der Reaktion handelte, erkannte man in Rußland erst allmählich an der Hand einer bitteren Erfahrung. Nur wenigen schärferen Beobachtern war von vornherein klar, daß die nach der Absicht des Zaren als Wohltat gedachten Verheißungen sich in ihr Gegenteil verkehren mußten.

Zu diesen wenigen gehörte auch der Graf Alexander Keyserling, der bekannte Freund Bismarcks, der am 10. Juni 1881 in Anlaß des Pobedonoszewschen Zirkulars die Frage aufwarf, ob, wenn es sich um wirkliches Wohl und nicht bloß um herrschsüchtige Parteibestrebungen handle, ohne eine agrarische Veränderung überhaupt etwas zu erreichen sei. „So lange jedem Leibeigenen früherer Zeit — schrieb er — eine Scholle Gemeindeland an den Fuß gekettet ist, il traîne son boulet! Welche Abhülfe wird vorgeschlagen? Macht die Kugel größer! ist das nicht verkehrt? Aber an der russischen Landgemeinde zu rühren, das ist gegen die heilige Eigentümlichkeit der Nation! — Wir sehen an den in Amerika entdeckten vorweltlichen, mit Zähnen versehenen Vögeln zweierlei Typen. Der eine Typus hat die Rückenwirbel unvollkommener Formen, Zähne aber und andere Teile viel fortgeschrittener als der andere Typus. Die gemeinschaftliche Agrarverfassung ist in Rußland der rückständige Wirbeltypus — so fortschrittlich auch die Eisenbahnen und anderen Einrichtungen sein mögen. An den schlechten Rückenwirbeln kann ein übrigens gesundes Wesen zugrunde gehen!“

Ist, wie wir fest glauben, der hier ausgeführte Gedanke richtig, so ist damit auch das Urteil über das Manifest Nikolaus' II. gesprochen, das mit denkbarstem Nachdruck auf „Unantastbarkeit des Gemeindeprinzips für den bäuerlichen Grundbesitz“ besteht.

Doch wir wollen nicht vorgreifen, sondern das Manifest Satz für Satz zu analysieren versuchen.

Die Einführung erinnert an den Todestag Alexanders III. Kaiser Nikolaus hat damals vor Gott und seinem Gewissen gelobt, „die Jahrhunderte alten Grundlagen des russischen Staates heilig zu be-

obachten“ und sich dem Dienste des Vaterlandes zu weihen im Geist der ewig denkwürdigen Taten . . . Alexanders III. Nur was jener durch einen vorzeitigen Tod verhindert wurde, „zur Festigung der Ordnung und des Rechts im russischen Lande“ auszuführen, will er vollenden.

Schon diese einleitenden Sätze zeigen, daß von einem Systemwechsel nicht die Rede sein kann, sondern daß es sich um einen Ausbau des Bestehenden handelt im Sinne Alexanders III., unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Volkslebens, die sich inzwischen geltend gemacht haben.

Das wäre, führt das Manifest aus, schon früher geschehen, wenn nicht „der Staatsordnung feindliche Prinzipien“ Wirren hervorgerufen und namentlich die Jugend irregeleitet hätten. Unerläßlich sei daher, daß von seiten aller Vollstrecker des Kaiserlichen Willens (d. h. wohl aller Beamten) jeder derartigen Störung fest entgegengetreten werde. In der Voraussetzung, daß das geschehen werde, habe er, der Zar, beschlossen, schon jetzt die dringend gewordenen staatlichen Bedürfnisse „ohne Aufschub“ zu befriedigen. Demnach werden „die Autoritäten, die mit Glaubensangelegenheiten in Berührung kommen“, angewiesen, „die in den Grundgesetzen des russischen Reiches“ bestimmten Toleranzgebote zu erfüllen, d. h. die orthodoxe Kirche soll nach wie vor als die erste und herrschende betrachtet werden, den andersgläubigen russischen Untertanen aber freie Ausübung ihres Glaubens und Gottesdienstes nach ihrem Ritus gestattet sein.

An diesem überaus wichtigen Punkte halten wir inne, um die Frage zu beantworten, ob das Manifest Gewissensfreiheit gewährt, und wenn nicht, wie weit es eine freiere Bewegung auf religiösem Gebiete gestattet.

In Deutschland ist man mit der Antwort rasch fertig gewesen. Sie geht dahin, daß nunmehr den russischen Sektierern freie Ausübung ihres abweichenden Kultus und ihrer besonderen religiösen Lebensformen gesichert sei. Das ist aber keineswegs im Manifest begründet. Es läßt ausdrücklich die Grundgesetze des Reiches, wie sie bis zur Stunde gelten, in Kraft (Artikel 40, 44, 45). Es ist daher nach wie vor ein Verbrechen, aus der herrschenden rechtgläubigen katholisch-orientalischen Kirche auszutreten, und das Statut über „Verhütung und Verhinderung von Verbrechen“ gibt die Strafen an,

welche den Zuwiderhandelnden treffen. Nach wie vor wird mit Gefängnis bestraft, wer dem beabsichtigten Übertritt eines Glaubensgenossen zur herrschenden Kirche „Hindernisse in den Weg legt", wer zum Übertritt von der russischen Kirche zu einer anderen „verführt", wird nach Sibirien verbannt, die Kinder einer Mischehe gehören dem Bekenntnis des orthodoxen Gatten und ebenso alle ihre Nachkommen u. s. w.

Interpretieren wir richtig, so ist das Äußerste, was sich von der angekündigten Ära der Toleranz erwarten läßt, daß der gegenwärtige Besitzstand der verschiedenen christlichen Bekenntnisse so weit respektiert zu werden Aussicht hat, wie die Grundgesetze gestatten, d. h. daß den willkürlichen Übergriffen des hlg. Synod und einzelner eifriger russischer Priester gewisse Schranken gesetzt werden sollen. Daß das Bekenntnis aller russischen Sekten freigegeben wird, muß schon deshalb für ausgeschlossen gelten, weil es unter ihnen viele gibt, die kein geordnetes Staatswesen dulden kann (Skopzen und die Verzweigungen der Duchoborzen). Es ist nicht daran zu denken, daß die Tausende durch Betrug zur russischen Kirche konvertierten Protestanten, oder die gewaltsam „wiedervereinigten" katholisch-unierten, wie sie es seit Jahrzehnten erflehen, wieder zum Glauben ihrer Väter werden zurückkehren dürfen, denn das ist mit den „Grundgesetzen", die bestehen bleiben, unvereinbar.

Auch hat man in Rußland, wo die Agitation für Gewissensfreiheit (ein Wort, das beiläufig bemerkt das Manifest nicht braucht, es sagt: Toleranz) äußerst lebendig ist, das sehr wohl empfunden. Ein Herr Miljutin hat in den „Pet. Wjedomosti" vom 28. Februar, also zwei Tage nach Erscheinen des Manifests, den hochachtbaren Mut gefunden, für wirkliche und volle Gewissensfreiheit einzutreten und zu verlangen, daß auch der Austritt aus der herrschenden Kirche gestattet sein solle. Seine Argumente sind unwiderleglich, aber eben deshalb haben sie für absehbare Zeit keine Aussicht, durchzudringen. Denn, um wiederum ein Wort von Keyserling zu zitieren: „Pascal sagt: für die menschliche Gesellschaft ist es erforderlich, daß die Stärke und das Recht vereint sind. Da man die Stärke nicht auf die Seite des Rechts zu verlegen imstande ist, so muß man das Recht auf die Seite der Stärke verlegen! — Sehr wohl; aber wenn die Stärke das Recht nicht hält, sondern immer bricht, so zerstört die Stärke

das Recht. Geht aber das Recht unter, so hört auch für die Stärke die Stabilität auf. Denn die Stärke verbraucht sich." In Rußland hat nun die Stärke allmählich das Recht in Gewissensfragen in sein Gegenteil verkehrt, und wenn nicht alles täuscht, beginnen wir in das Stadium zu treten, da die Stärke sich verbraucht. Wir brauchen den Satz nicht zu verallgemeinern, sondern beschränken ihn zunächst auf das, was das Manifest Toleranz nennt und was jedenfalls Gewissensfreiheit nicht ist.

Doch wir kehren zum weiteren Inhalt des Manifestes zurück. Daß es die materielle Lage der orthodoxen Landgeistlichkeit (also nicht auch die der sektiererischen Landgeistlichkeit, der Raskolniks) zu bessern verspricht, ist sehr erfreulich, denn die Lage der Popen in den Landgemeinden ist kurzweg unwürdig,*) in hohem Grade bedenklich erscheint dagegen die Absicht, den Adels- und Baueragrarbanken und anderen staatlichen Kreditinstitutionen ein noch weiteres Feld bei Unterstützung des grundbesitzenden Adels und der Bauern zu eröffnen. Auch hier stellt sich das Manifest ganz auf den Boden der Politik Alexanders III. Sie hat aber, wie sich heute mit aller Bestimmtheit sagen läßt, verderblich gewirkt, da Adel und Bauern den zu leicht gewährten Kredit verschwendet und keineswegs zur Aufbesserung ihres landwirtschaftlichen Betriebes genutzt haben. Die ungeheuere Zunahme der Bankerotte und der Zwangsverkäufe auf dem flachen Lande steht in direktem Zusammenhang mit der leichtsinnigen Wirtschaft jener Kreditinstitutionen, so daß uns jede Erweiterung ihrer Tätigkeit als ein rechtes Danaergeschenk erscheint.

Es folgt der schon berührte Punkt der Revision der Bauerngesetzgebung, unter Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des Gemeindeprinzips für den bäuerlichen Grundbesitz, auf dessen verhängnisvolle Bedeutung näher einzugehen wir nicht für notwendig halten. Dagegen ist es wichtig, zu unterstreichen, daß die endgültige Prüfung der bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete zwar in die Gouvernements verlegt wird, deren Verhältnisse in Betracht kommen, aber keineswegs, wie man in Rußland hoffte und mit Leiden-

*) Vergleiche Schiemann Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten. Bd. 5. Erinnerungen eines Dorfgeistlichen. Aus dem Russischen übertragen von M. v. Öningen. Stuttgart 1894. J. G. Cotta.

schaft verlangte, den Semstwos zugewiesen wird, sondern Gouvernementskommissionen (d. h. Regierungsorganen), zu denen einzelne vertrauenswürdige Personen hinzugezogen werden sollen. Das aber wird die schmerzlichste aller Enttäuschungen sein, die das Manifest bringt. Überhaupt tritt die Tendenz deutlich hervor, die Grenzen scharf zu ziehen, über welche die Semstwos nicht hinausgehen sollen, und zu verhindern, daß der Gedanke der russischen Liberalen, welche die Semstwos mit der Zeit zu Reichsständen zu entwickeln hoffen, an Boden gewinnt. Die Gouvernements- und Kreisverwaltungen sollen zwar so reorganisiert werden, daß es möglich wird, die lokalen Bedürfnisse unter Mitwirkung „örtlicher Kräfte" unmittelbar zu befriedigen, aber es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Leitung, das ist die bureaukratische Spitze, noch weiter in ihrer Macht zu stärken ist. Geschieht das aber, so sinkt in gleichem Verhältnis Macht und Einfluß der Selbstverwaltungskörperschaften, d. h. der Semstwos oder Gouvernements- und Kreislandschaftsversammlungen, und damit ist die hauptsächlichste Ursache der gegenwärtig bestehenden Unzufriedenheit nicht gemindert, sondern gesteigert. Prüft man den Unterschied, den die neue Formulierung des Verhältnisses zwischen Regierung und Selbstverwaltungsorganen begründet, so liegt er wohl darin, daß bisher diese Körperschaften in größerer Abhängigkeit von der Zentrale, speziell vom Minister des Innern standen, während fortan die nähere Obrigkeit, der Gouverneur, ihr Schicksal sein wird. Das kann unter Umständen nützlich sein, wenn der Gouverneur danach ist, und wenn ihm die nötige Freiheit der Bewegung gelassen wird. Das Manifest nennt ihn die „starke, gesetzmäßige und vor uns streng verantwortliche Autorität" und das bedeutet wohl, daß schließlich die letzte Entscheidung wieder an den Minister des Innern zurückfällt, da doch nur er das Organ ist, durch welches der Kaiser die Verantwortlichkeiten feststellen kann. Auf einem Umwege führt so die Dezentralisation wieder zur Zentralisation zurück und wir fürchten daher, daß auch hier der wohlmeinende Reformgedanke aller Wahrscheinlichkeit nach den Anlaß zu den unerquicklichsten Konflikten geben wird. Dagegen erkennen wir einen wirklichen Fortschritt in zwei Punkten des Manifests: erstens in der Bestimmung, daß Mittel zur Erleichterung des Austritts jedes einzelnen Bauern aus dem Gemeindeverbande gefunden werden sollen — das könnte aber, wenn es nicht

bei Worten bleibt, zur allmählichen Auflösung eben jenes Gemeindeprinzips führen, das oben für unantastbar erklärt wurde — und zweitens in dem Befehl, unverzüglich Maßregeln zur Aufhebung der für die Bauern drückenden solidarischen Haftung der Gemeinden zu ergreifen. Auch das muß aber zum gleichen Ziel führen und das Gemeindeprinzip im Fundament untergraben.

So stehen wir, wenn wir alles zusammenfassen, einem wunderlichen Gemisch edler Absichten, liberaler Wünsche und retrograder Maßnahmen gegenüber, einer Summe von Widersprüchen, mit denen die russische Welt sich abzufinden haben wird, so gut oder schlecht sie es vermag.

Uns sind dabei die Worte eingefallen, mit denen Herr Wolski eine Zuschrift an die „Nowoje Wremja" (Nr. 9681 15./28. Febr.) einleitet: „Daß Gesetze erlassen werden — so schreibt er — damit man sie nicht erfülle, sondern umgehe, das setzt bei uns keinen Menschen in Erstaunen. Der Kampf mit den Gesetzen, wenn es sich darum handelt, sie zu erfüllen, ist bei uns jedermann in Fleisch und Blut übergegangen."

Dieser Kampf gegen das Manifest vom 26. Februar aber hat bereits begonnen. Nachdem in den ersten Tagen nach dem Erscheinen allseitig Jubelhymnen angestimmt wurden, haben jetzt, wenn auch naturgemäß in vorsichtigen Ausdrücken, Kritik und Gegenvorschläge sich hervorgewagt. Weil man nicht direkt widersprechen darf, interpretiert man die eigenen Wünsche in das Manifest hinein und es sollte uns deshalb wundernehmen, wenn nicht auch diesmal, wie am 6. Mai 1881, ein Regierungszirkular erlassen wird, um eine authentische Interpretation zu geben und damit allen Kommentatoren den Mund zu schließen.

Es bleibt noch die Frage übrig, welche Bedeutung diese neueste Kundgebung des Kaiserlichen Willens für die Stellung der heute einflußreichsten Ratgeber: Pobedonoszew, Witte, Plehwe hat.

Wenn unsere Beurteilung der Geschichte und der Tendenz des Manifests die richtige ist, leuchtet sofort ein, daß die Stellung Pobedonoszews unter allen Umständen nichts an ihrer Bedeutung verliert. Er war früher der Bundesgenosse Wittes; wenn er heute mit Plehwe geht, so schließt das nicht aus, daß er auch dem Finanzminister in anderen als den vorliegenden Fragen seine gewichtige

Unterstützung gewährt. Die drei Männer bilden kein Triumvirat, sondern Kombinationen gegensätzlicher Elemente, die, je nachdem der Oberprokurator des hl. Synod dem einen oder dem anderen Teil sich anschließt, zu einem Bündnis von zweien gegen einen führen. Am 26. Februar hat die Kombination Pobedonoszew-Plehwe ihre Wirkung gezeigt, und das mag für Herrn Witte ärgerlich genug gewesen sein. An eine Erschütterung seiner Stellung glauben wir darum noch lange nicht. Der Mann ist zu stark und zur Zeit unentbehrlich. Rußland scheint wieder Geld zu brauchen, und schon das allein läßt einen Sturz des Finanzministers völlig unglaubhaft erscheinen. Sein Rücktritt würde eine Erschütterung des russischen Kredits bedeuten; so sehr hängt sein künstliches System — man mag darüber denken, wie man wolle — mit seiner Person zusammen. Irren wir nicht, so richtet Witte heute seine Blicke auf den englischen Geldmarkt, und es würde allerdings ein Meisterzug von ihm sein, wenn es ihm gelänge, nachdem er Frankreich und Deutschland ausgeschöpft hat, nunmehr den großen Rivalen Rußlands in Asien für seine finanziellen Zwecke heranzuziehen. Es ist aber notorisch, daß jenes russische Preßkonsortium, dessen Tätigkeit wir in der „National Review" und verwandten Organen oft genug gekennzeichnet haben, in Beziehungen zum russischen Finanzministerium steht, das daher in London einen bereits sorgfältig vorbereiteten Boden finden würde. Die alte Utopie von der Ausgleichung der durch die Geschichte beider Mächte begründeten Gegensätze hat ja in England entschieden an Boden gewonnen und noch jüngst in höchst optimistischer Behandlung der russisch-persischen Gegensätze durch den Unterstaatssekretär Cranborne vor dem Forum des Unterhauses erneuten Ausdruck gefunden. Aber weder „Times" noch „Standard" haben über die höhnische Abweisung berichtet, mit welcher die „Nowoje Wremja" in ihrer Nummer vom 24. Februar/9. März darauf antwortete: „Persien — sagte sie — braucht heute Landungstruppen der englischen Flotte im Persischen Meerbusen nicht mehr zu fürchten. Die politische Selbständigkeit Persiens ist erstarkt, dank der Freundschaft und Unterstützung Rußlands. Diese Unabhängigkeit durch Feststellung von Einflußsphären anzutasten, haben wir nicht die geringste Neigung, dazu werden uns auch die tönendsten Phrasen englischer Politiker nicht bringen, auch dann nicht, wenn sie ‚mit besonderen Maßregeln' für den Fall drohen,

daß wir harthörig sein sollten." Aber freilich, das ist die „Nowoje Wremja", nicht die Regierung, die so spricht. Die letztere ist, trotz ihres entschiedenen Vorgehens in Kabul, gerade jetzt besonders vorsichtig, wo es sich um englische Angelegenheiten handelt; dafür mag als Beleg ein in der letzten Nummer der „Oswoboschdenije" (17. Februar/1. März) veröffentlichtes Zirkular des Chefs der russischen Oberpreßverwaltung, Senator Swejerew, dienen. Es datiert sub Nr. 976 vom 30. Januar 1903 und lautet wörtlich: Konfidentiell.

„Die Hauptverwaltung der Preßangelegenheiten schreibt auf Befehl des Herrn Ministers des Innern (Artikel 140 des Zensurstatuts) den Herren Redakteuren unzensierter Zeitungen und Journale vor, die Korrespondenz aus Rescht nicht abzudrucken, die in Nr. 6271 der in Tiflis erscheinenden Zeitung „Neue Rundschau" (Nowoje Obosrjenije) publiziert ist, und über den Bau von chaussierten Straßen in Persien berichtet, und überhaupt in den von ihnen redigierten Blättern keinerlei Artikel und Nachrichten zu veröffentlichen, welche den Anteil der russischen Regierung und ihrer Agenten am Bau von Straßen in Persien erwähnen." (Konf. Zirkular vom 22. Juli 1902 Nr. 6359 § 5.)

Der Wunsch, in England keinen Anstoß zu erregen, tritt hier wohl in nicht mißzuverstehender Weise zu Tage. Andererseits finden wir, daß auch England bemüht ist, auf Rußland alle Rücksicht zu nehmen, wie noch neuerdings durch Freilassung des russischen Spions bewiesen wurde, der den naiven Versuch machte, die entscheidenden Stellungen der Befestigung von Aden recht eingehend zu studieren. Die Engländer begnügten sich damit, ihn auf das russische Kriegsschiff zurückzuführen, zu dem er gehörte.

Wir erwähnen diese Dinge nur, um zu zeigen, daß die Regierungen hüben und drüben sich gern gefällig zeigen wollen, und das mag auch den Finanz- und Anleiheplänen Wittes zu gute kommen.

Was aus der Balkanhalbinsel herüberklingt, läßt sich schwer zu einer Harmonie vereinigen. Die Anhänger Sarafows sind in Mazedonien an die Arbeit gegangen und machen den türkischen Truppen nicht wenig Not. Das aufgelöste mazedonische Komitee in Sofia hat seine von der Regierung beschlagnahmten Papiere und Gelder noch nachträglich in Sicherheit gebracht, obgleich die Siegel der Regierung die betreffenden Räume sperrten. Englische Blätter sind der Meinung, daß der Rücktritt des Kriegsministers Paprikow

mit dem Scheitern der mazedonischen Pläne Bulgariens in Zusammenhang stehe. Sie machen auch darauf aufmerksam, daß Fürst Ferdinand gerade von denjenigen Personen umgeben sei, die am 21. August 1886 den hochverräterischen Überfall auf den Fürsten Alexander Battenberg unternahmen. Der Fürst Ferdinand erhält dafür das etwas ironische Lob, er sei außerordentlich mutig! In der Tat ist der Chef des Generalstabes eben jener Radko Dimitrijew, der Alexander mit gezogenem Pistol nötigte, die Abdankungsurkunde zu unterschreiben, der Hausminister Tudschkanow, ein Schwiegersohn Zankows, den die Revolution zum Finanzminister machte, und in der militärischen Umgebung des Fürsten soll ebenfalls das Element der Verschworenen von 1866 überwiegen. Diese Leute sind durchweg Zankowisten, d. h. unbedingte Anhänger Rußlands. Für das Geschenk von 10 Millionen Berdan-Patronen, das Kaiser Nikolaus dem Könige Alexander von Serbien gemacht hat, bringt der Wiener Korrespondent des „Standard" die folgende amüsante Erklärung: „Die Wahrheit ist, daß die Berdanpatronen, die Rußland noch besitzt, ihm von keinerlei Nutzen sind, denn seit 1891 ist das Berdangewehr nicht mehr im Gebrauch und durch das 7,6 mm Magazingewehr ersetzt; da aber Serbien das Mausermagazingewehr eingeführt hat, ist es auch fraglich, ob es die Berdanpatronen überhaupt brauchen kann. Aber es ist Rußlands Gewohnheit, daß es von seinen Gaben viel Wesen macht." Ganz so liegen die Dinge gewiß nicht. Vielmehr spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß jene 10 Millionen Patronen ihren nutzbaren Wert haben, und daß dieser den Serben erwiesene Dienst bestimmt ist, die Bulgaren daran zu erinnern, daß sie im Fall des Ungehorsams gegen die russisch-österreichischen Gebote nicht nur die Türken, sondern auch ihre serbischen Nachbarn zu Gegnern haben könnten!

---

20. März. Staatssekretär v. Tirpitz trifft zur Beerdigung des Admirals Tyrtow in Petersburg ein.
22. März. Demission des Präsidenten Castro (am 26. März zurückgezogen).
23. März. Amnestieerlaß für die Kapkolonie.

---

25. März 1903.

Die letzten 8 Tage haben drei politische Kundgebungen von außerordentlichem Interesse gebracht. Am 18. März erschien in der Beilage zur Münchener „Allgemeinen Zeitung" ein Aufsatz über „die Monroelehre"; ein Abdruck aus dem Buche „Der Amerikanismus. Schriften und Reden von Theodor Roosevelt, von Paul Raché ins Deutsche übertragen und mit Einleitung herausgegeben. Leipzig bei H. Seemann Nachf."

Am 19. März sprach Graf Bülow über unsere auswärtige Politik im Reichstage, und am 20. hat Chamberlain in Guildhall und gleich danach in Mansionhouse eingehend sein Urteil über die südafrikanischen Angelegenheiten und den Imperialismus dargelegt. Da wir an jeder dieser Darlegungen Gelegenheit finden, unser politisches Urteil in wesentlichen Fragen zu klären, kann es nur förderlich sein, sie etwas eingehender zu analysieren. Wir beginnen mit den für uns wichtigsten Äußerungen des Reichskanzlers Grafen Bülow. Sie galten dem Venezuela-Konflikt, der Erneuerung des Dreibundes, dem Stande der Orientfrage und endlich unserm Verhältnis zu Ungarn. In keiner dieser Fragen hatte Graf Bülow dem Reichstage Neuigkeiten mitzuteilen, da wir ja gleichsam mit offenen Karten gespielt haben, und wer sich nicht absichtlich verstockte, sehr wohl in der Lage war, sich ein richtiges Urteil zu bilden. Auch hat, wenn wir zunächst von den ungarischen Dingen absehen, der Reichskanzler schon im vorigen Jahre in nicht mißverständlicher Weise eben diese Angelegenheiten behandelt, er brauchte nicht ein Wort von dem, was er damals gesagt hatte, zurückzunehmen. Aber die internationalen Beziehungen sind, eben weil sie auf Interessenfragen zurückgehen, in stetem Fluß be-

griffen, und es ist für den Außenstehenden immer von größter Wichtigkeit, sie für einen gegebenen Augenblick, gleichsam in einer Momentphotographie, vor sich fixiert zu sehen. In den Erklärungen zur Venezuela-Angelegenheit, auf deren sachlich befriedigende Erledigung wir nicht weiter eingehen, da wir die Frage oft genug traktiert haben, ist uns nun das Folgende besonders beachtungswert erschienen: Einmal, daß es sich für Deutschland nicht nur „um den gerade schwebenden Fall, sondern auch um eine in die Zukunft reichende Warnung" handelte. Die haltlose politische Parteiwirtschaft, die seit bald 100 Jahren in den meisten mittel- und südamerikanischen Staaten einen chronischen Charakter angenommen hat, war allgemach in ein Stadium getreten, welches Treu und Glauben im internationalen Verkehr überhaupt in Frage stellte, und Präsident Castro machte den Versuch, ob es möglich sei, europäischen Großmächten gegenüber dasselbe System rechtsweigernder Willkür ungestraft zu behaupten, unter welchem in Venezuela alles zu leiden hatte, was nicht zu seiner Gefolgschaft gehörte. Drang Castro, der offenbar der Hoffnung lebte, daß ihm im rechten Augenblick die künstlich erregte öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten beispringen und den Präsidenten zur Parteinahme für Venezuela nötigen werde, mit seinen Absichten durch, und gelang es, Deutschland und England von einer Intervention abzuhalten, so war nichts mehr zu erwarten, als daß das Beispiel Venezuelas Nachahmung fand und dadurch eine unabsehbare Reihe neuer Schädigungen und schließlich auch ernstere Verwicklungen heraufbeschworen wären. Das alles ist nun abgewehrt und die Warnung gehörigenorts wohlverstanden worden. Ob der heute, Montag, gemeldete Rücktritt Castros ernst zu nehmen ist, oder ob es sich für ihn nur darum handelt, ein Vertrauensvotum und eventuell eine Wiederwahl zu erreichen, läßt sich von hier aus nicht erkennen. Man sollte annehmen, daß die beleidigenden Äußerungen, die der rücktretende Präsident sich gegen Deutschland und England erlaubt hat, allerdings seine Stellung als Präsident unmöglich gemacht hätten. Wenigstens würde das für jedes andere Staatswesen gelten. Aber was ist nicht alles in Venezuela möglich, und so halten wir auch nicht für ausgeschlossen, daß gerade diese Insulten den Zweck verfolgen, seine Wiederwahl, oder die Ablehnung seines Rücktritts, um so sicherer zu stellen. Am besten wäre es für alle Teile, wenn die

Welt sich in Zukunft mit dem Manne nicht mehr zu beschäftigen brauchte. Der Reichskanzler hat es auch für notwendig befunden, auf die Preßtreibereien hinzuweisen, die dahin zielten, aus dieser venezolanischen Angelegenheit einen Konflikt zwischen Deutschland und Amerika aufzubauen. Er hat dabei den Berliner Korrespondenten des „New-York Herald" ausdrücklich genannt, und ihm den direkten Vorwurf der Lüge und der Perfidie gemacht. Das ist eine verstärkte Wiederholung der Vorwürfe, die der Staatssekretär v. Richthofen im Juni vorigen Jahres dem Korrespondenten der „Times", Saunders, zu machen genötigt war, und gewiß ein Zeichen dafür, wie schädigend diese gewissenlosen Journalisten auf das politische Leben einwirken. Aber die „Times" hat bekanntlich Herrn Saunders nach wie vor als Korrespondenten beibehalten, und ähnlich wird wohl auch der „New-York Herald" verfahren. Wir halten es trotzdem für richtig, daß unsere Regierung von ihrem guten Rechte, diese „lästigen Fremden" abzuschieben, keinen Gebrauch macht. Der Effekt ihrer Tätigkeit ist doch nur, daß das Ansehen der Zeitungen, die sie vertreten, bei allen Kundigen stetig sinkt und namentlich allen Kredit bei den betreffenden Regierungen verloren hat. Graf Bülow konnte mit Befriedigung feststellen, „daß unsere Beziehungen zu England und Amerika aus der Venezuela-Affaire ungeschädigt herausgegangen sind".

Es war nun außerordentlich interessant, daß der Reichskanzler ähnliche „Quertreibereien" auch in der Frage der Erneuerung des Dreibundes konstatierte. Die Gegner waren teils in Italien und Österreich-Ungarn, teils in Rußland und Frankreich zu finden. In Italien und Oesterreich-Ungarn in Kreisen, „die gleichzeitig Feinde der in jenen Ländern bestehenden verfassungsmäßigen Institutionen" sind, in Rußland und Frankreich unter unseren alten Gegnern in der Presse, denen sich dann der Ring anschloß, den Herr Maxse in London mit seinem Freunde Blennerhasset organisiert hat. Das alles wurde am 28. Juni vorigen Jahres mit der Erneuerung der Dreibundsakte ad absurdum geführt. Um die Niederlage zu verdecken, wurde nun von eben diesen Leuten, denen sich jetzt die offiziöse französische Presse und sogar, von der Tribüne her, der französische Minister des Auswärtigen Delcassé zugesellte, verbreitet, daß jene Erneuerungsakte den Dreibund in seiner Geltung abgeschwächt habe, und daß namentlich für Italien die Verpflichtung nicht bestehe, einem

eventuellen Angriffe Frankreichs, durch den der politische status quo Europas gefährdet werden könnte, entgegenzutreten. Demgegenüber hat der Reichskanzler nachdrücklich festgestellt, daß keinerlei Einschränkungen und Abschwächungen der Verträge bei der Erneuerung derselben stattgefunden hätten, und daß auch Bürgschaften für die gegenseitige Bundestreue vorhanden seien. So kann über den Inhalt des Bündnisvertrages heute kein Zweifel mehr sein. Es ist ein Defensivbündnis zur Aufrechterhaltung des territorialen status quo, von der heiligen Allianz dadurch unterschieden, daß es sich prinzipiell jeder Einmischung in das innere Leben der übrigen Staaten enthält, und so elastisch, daß es jeder der drei Mächte freie Hand läßt zur Verfolgung solcher besonderen Interessen, die nicht mit den Zwecken des Dreibundes zusammenfallen, aber auch nicht in Widerspruch zu ihm stehen. Namentlich gehören zoll- und handelspolitische Fragen nicht in den Zusammenhang der Bündnisverträge, und ebenso dehnt die Tripelallianz ihre Pflichten nicht auf den europäischen Orient aus. Deutschland treibt keine aktive Orientpolitik und hat im Orient kein direktes Interesse, aus diesen Sätzen heraus erklärte Graf Bülow unsere Stellung zur mazedonischen Frage; sie fördert die Reformbestrebungen, soweit sie nicht den europäischen Stand der Türkei gefährden und arbeitet dort wie überall auf Erhaltung des Friedens. Auch was der Reichskanzler über unser Verhältnis zu Ungarn sagte und durch den aktenmäßigen Nachweis bekräftigte, daß seine Politik auch in dieser Hinsicht ganz auf dem Boden Bismarckscher Staatskunst stehe, billigen wir durchaus. Wir möchten aber den Grundgedanken, daß nämlich eine gesunde ungarische Politik auf ein Bündnis mit den Deutsch-Ungarn, nicht auf Unterdrückung derselben ausgehen müßte, nachdrücklich unterstreichen. Wir wünschen es in unserem Interesse, in dem der ungarischen Deutschen und endlich im Interesse Ungarns selbst. Verfolgungen von Deutschen, wie sie in jüngster Zeit stattgefunden haben, und gewaltsame Assimilation unter Beschränkung des guten Rechts der deutschen Sprache in den Bildungsanstalten, deren Geist man dann in ungarischer Übersetzung also auf schlechtem Umwege, trotz allem sich anzueignen bemüht ist, das führt nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Schwächung der Kraft des Staates. Ungarn ist genötigt, sich gegen den slavischen und walachischen Untergrund des Landes, der, wie die Erfahrung bewiesen hat, nicht

zu staatlicher Selbständigkeit, ja kaum zu wirksamer Selbstverwaltung geeignet ist, in der Stellung eines regierenden Stammes zu behaupten. Aber gewiß haben die Deutschen einen Anspruch darauf, Mitregenten zu sein. So wie sie heute angefaßt werden, kann es auf die Dauer ohne eine tiefe Verfeindung beider Teile nicht gehen, und darunter werden nicht nur die Deutschen, sondern in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Ungarn, und zwar in noch weit höherem Grade, zu leiden haben. Schon jetzt hat diese übertrieben magyarische Politik zu einer politischen Verwilderung geführt, die wir nicht für unbedenklich halten. Die jüngsten Studentenexzesse in Pest können als Krankheitssymptome gelten, sie finden ihre Analoga in Galizien und in Rußland und werden gefährlich, sobald sie, wie jetzt in Ungarn geschieht, ihre Quelle in den politischen Verirrungen der Väter finden.

Des Präsidenten Roosevelts Betrachtungen über die Monroe Doktrin werden wir kürzer behandeln können, da sie sich im wesentlichen mit den unseren Lesern bekannten Ausführungen des Kapitän Mahan in der „National Review" decken. Der Hauptunterschied liegt darin, daß Roosevelt die Monroe Doktrin noch auf Amerika beschränkt, während Mahan bereits den Stillen Ozean in ihren Kreis hineinzuziehen beliebte. So weit also sind wir noch nicht, wenn der Präsident den Anschauungen treu bleibt, die er im „Amerikanismus" niedergelegt hat. Aber man wird in Betracht ziehen müssen, daß Roosevelts Essay zu einer Zeit entstand, da England wegen des venezolanischen Grenzstreites beinahe mit den Vereinigten Staaten in einen Krieg geraten wäre, und da, nach dem Jameson-Einfall, die Sympathien der öffentlichen Meinung Amerikas noch ganz auf Seiten der Buren waren. „Wir erwarteten nicht — sagt Roosevelt —, daß englische Abenteurer zum Nachteil Venezuelas dieselbe Taktik anwenden werden, die jüngst mit einem regulären Raubzug in Transvaal ein so schmähliches Ende gefunden hat." Stärker hat man sich auch auf dem europäischen Kontinent damals nicht ausgedrückt, und die auf diesen Satz folgenden Erwägungen schärfen diesen Eindruck noch. Wenn England in Venezuela nicht nachgebe, sei ein Krieg unvermeidlich. „Einen solchen Krieg würden wir bedauern, aber unendlich mehr Englands als unsertwegen. Wie die Kriegschancen auch laufen mögen, wie groß der Schaden und der augenblickliche Verlust für die Vereinigten Staaten auch sein

mag, schon die Tatsache, daß England schließlich notwendigerweise Kanada verlieren wird, macht diesen Krieg für England zu einem Unglück." Wir finden weiter den folgenden ominösen Satz: „Jeder rechtschaffene Patriot, jeder Politiker in unserem Lande sieht verlangend dem Tag entgegen, wo keine einzige europäische Macht mehr ein Stückchen amerikanischen Bodens in Besitz haben wird." Roosevelt entwickelt dabei die eigentümliche, für England doch höchst unbequeme Theorie, daß Kolonien überhaupt vom Übel seien. Auch unter den günstigsten Verhältnissen gerate der Einwohner einer Kolonie in eine schiefe und widernatürliche Lage, welche eine gesunde Entwicklung verhindere. Es sei ja denkbar, daß die Zukunft einmal alle englisch sprechenden Völker zu einem Staatenbunde vereinige. Für den Augenblick aber sei das eine Phantasie. „Die einzige Hoffnung, die es heute für eine Kolonie gibt . . . ist, daß sie unabhängig, oder Teil eines unabhängigen Staates wird. Solange ein Kanadier ein Kolonist ist, nimmt er einen niederen Rang ein, als sein Bruder in England und in den Vereinigten Staaten. Im Grunde seines Herzens sieht der Engländer auf den Kanadier als etwas Minderwertiges herab, während der Amerikaner den Kanadier mit der beschützenden Großmut betrachtet, mit welcher derjenige, der frei ist, auf den niedersieht, der es nicht ist."

Nun liegt auf der Hand, daß, was von Kanada gilt, ebenso von Australien und Südafrika gelten muß, so daß diese Rooseveltsche Theorie sich als der strikte Gegensatz des heute in England geltenden Imperalismus bezeichnen läßt. Er löst im voraus auf, was jener erreichen will, und zeigt das Grab des Imperalismus, während man in London eben beschäftigt ist, ihm die Wiege zu zimmern.

Als merkwürdig heben wir noch hervor, daß Roosevelt für die süd- und mittelamerikanischen Staaten eine starke europäische Einwanderung wünscht, nur will er nicht, daß sie unter europäischer Herrschaft stehen. Von der Einwanderung aber erwartet er eine Umbildung der einheimischen Rassen, die sie lebensfähig macht.

Kurz, das alles verdient beachtet zu werden, und steht keineswegs in Widerspruch mit der Botschaft des Präsidenten von 2. Dezember 1901, in welcher er seine Auffassung in der Monroe-Doktrin ex cathedra darlegte. Es ist ein vorausgeschickter Kommentar der-

selben und wir können uns wohl vorstellen, daß er in London ein Gefühl des Unbehagens erregte.

Im Augenblick aber herrscht dort eitel Jubel. Chamberlain ist zurückgekehrt und die Stadt London hat ihm — was ohne Präzedenz ist — „a great civic reception" zum zweitenmal dargeboten, in Anerkennung der großen Erfolge seiner afrikanischen Reise. Eine solche „civic reception" findet unter großen, althergebrachten Feierlichkeiten statt. Als Wirt fungiert der Lord-Mayor von London, jetzt Sir Joseph Dinsdale. In feierlichem Zuge versammelt sich zuerst die Londoner Guildhall Corporation mit Frauen und Töchtern, dann die Geistlichkeit, die Richter, die Beamten der Stadt u. s. w., Vertreter der Armee und Flotte, der Kolonien, und endlich was irgend an Notabilitäten — abgesehen vom Hof — in London vorhanden war. Natürlich auch alle Minister und die hervorragendsten Parlamentarier, soweit sie nicht zur Opposition gehören. Denn Campbell Bannerman und Lord Rosebery fehlten. Vom diplomatischen Korps war zu dem Luncheon in Mansion House, das auf die Hauptfeierlichkeit in Guildhall folgte, nur der Botschafter der Vereinigten Staaten, Mr. Choate, geladen.

Chamberlains Reden — er hat zweimal gesprochen — sind im wesentlichen durch den telegraphischen Auszug bekannt. Aber es lohnt doch, noch eine kleine Nachlese an der Hand des Stenogramms zu halten. Er begann mit einem kurzen Rückblick auf den Ursprung des Krieges, den er natürlich als Folge des durch nichts provozierten Angriffs der Buren darstellte. Das ist einmal die englische Legende, und es wäre töricht, sich darüber weiter aufzuhalten. Interessanter ist, daß er im Kriege das Ringen einer fortschreitenden Kultur mit einer retrograden erblickte, was in gewissem Sinne richtig ist. Da England und durch England die höhere Kultur gesiegt habe, sei nunmehr die Bahn frei und die Aufgabe jetzt, unter britischer Flagge, aus Siegern und Besiegten ein geeintes Volk zu machen. Sein „Freund" General Delarey habe ihn der Loyalität der Buren versichert, das britisch redende Volk hege keinen Groll mehr; nur der Gegensatz unter den Holländern selbst sei noch eine ernste Schwierigkeit. Fast ausschweifend war das Lob, das er Lord Milner zollte, an dessen Abberufung danach wohl nicht zu denken ist; für die Versammlung verlockend war der Hinweis auf die unerschöpflichen Mineral-

schätze des Landes: Gold, Kohle, Eisen, Kupfer; der Boden sei von 50 auf 300 pCt. im Werte gestiegen, und zwar, wie er aus dem Munde der Buren selbst gehört habe, weil man voller Vertrauen in die Zukunft blicke. Oranjefluß und Transvaal würden bald zu den blühendsten Ländern der Krone gehören. Auch inbetreff des Kaplandes habe er nach den Erklärungen Hofmeyers keine Sorgen mehr. Die Holländer des Kap seien gefährlich gewesen, solange es ein unabhängiges Transvaal gab, jetzt könne man von den Führern der Afrikander hören, daß sie wohl einsähen, wie ihre frühere Politik zu provinzial gewesen sei. Nur müsse in England selbst keine Politik des Schwankens und der Schwäche Platz greifen, dann blicke er, wenn nur England sich selbst treu bleibe, getrost in die Zukunft auf ein uniertes Südafrika und auf „a united empire".

Die zweite Rede war eine Verherrlichung des schon hier anklingenden imperialistischen Gedankens. Er gab dabei die folgende beachtenswerte Definition des Imperialismus: „Der neue Begriff des Imperiums bedeutet eine freiwillige Organisation, gegründet auf Gemeinsamkeit der Interessen und Gemeinsamkeit der Opfer, die jedermann für das allgemeine Beste auf sich nehmen soll." Aber die Apostel dieser Idee müßten in den Kolonien selbst erstehen. Rom sei nicht an einem Tage erbaut worden, und ein großes Imperium könne auch nicht an einem Tage, in einem Monat oder in einem Jahre erwachsen. Aber im Hinblick auf die Opfer, welche die Kolonien während des Krieges gebracht hätten, wachse ihm die Zuversicht. Wie er, würden dereinst noch andere Staatssekretäre über See geschickt werden (tramping over the globe), die Lehre von der Mission des Imperiums zu predigen (in order to preach the doctrine of the Imperial mission of the British Empire).

Gewiß hat Chamberlain hier nicht ohne Absicht den Ausdruck „Doktrin des Imperialismus" gewählt. Sie stellt sich der Monroe-Doktrin entgegen, und die Zukunftsfrage ist, welche von beiden die stärkere sein wird.

26. März. Rücktritt des bulgarischen Ministeriums.
28. März. Arbeiterunruhen in Ufa.
30. März. Prinetti macht dem Reichskanzler Grafen v. Bülow seinen Besuch in Neapel.

1. April 1903.

Die oft erwähnte russisch-radikale Zeitschrift „Oswoboshdenije" bringt in ihrer letzten Nummer die Nachricht von der Verhaftung zweier Artillerieoffiziere, Wassiljew von der 4. und Grigorjew von der 13. Artillerie-Brigade. Beide haben die Artillerie-Akademie in Petersburg absolviert; ihre Verhaftung und Überführung in die Peter-Paulsfestung und die damit verbundenen Haussuchungen sollen weitere Verhaftungen von Offizieren und Beamten im Kiewschen Militärbezirk zur Folge gehabt haben. Am 8. Februar seien in der Armee und in den Militärschulen zahlreiche Proklamationen verbreitet worden.

Sozialistische, von jüdischen Elementen geschürte Kundgebungen haben in Kowno und Wilna stattgefunden, in Tomsk haben die Studenten mit einer roten Fahne demonstriert, im Ufaschen ist es zu einem blutigen Kampf zwischen Arbeitern und den gegen sie requirierten Truppen gekommen, und endlich bringt heute der Telegraph Nachricht von ähnlichen Zusammenstößen im Kaukasus.

Fast noch bedenklicher erscheint uns eine andere Erscheinung. Wir erwähnten schon vor einiger Zeit, daß die revolutionäre Agitation im russischen Heer in höherem Grade als bisher an Boden gewonnen habe, und daß, wie in den Tagen Turgenews die Agitatoren „ins Volk" gingen, sie heute ins Heer dringen, um im Soldatenrock ihre Lehren zu verbreiten. Aber, obgleich gerade in einem Lande wie Rußland die allgemeine Wehrpflicht leicht zur Ausbreitung staatsfeindlicher Tendenzen gemißbraucht werden kann, legten wir diesen Nachrichten keine besondere Bedeutung bei. So lange das Offizierkorps zuverlässig ist, kann die Regierung auch auf die Soldaten rechnen. Nun hat aber bereits am 12. August vorigen Jahres der

Kriegsminister Kuropatkin durch ein Zirkular darauf aufmerksam gemacht, daß die revolutionäre Propaganda sich neuerdings mit außerordentlicher Nachhaltigkeit gerade den Kreisen der Offiziere zuzuwenden begonnen habe. Er führt dafür eine lange Reihe von Beispielen an. Proklamationen, die teils von der Wilnaer sozialdemokratischen Gruppe, teils von dem „Armee-Verbande" (ssojus armii) ausgingen, wurden in den Kasernen des 116. Malojaroslawschen und des 114. Moshaisker Infanterieregiments in Massen verbreitet. Allen Offizieren der 27. Infanteriedivision sowie der Moskauer Garnison und der Schützenschule daselbst ging ein „Aufruf an die Offiziere" zu; im 9. sibirischen Grenadierregiment, dem 65. Moskauer Infanterieregiment des Kaisers, und dem 66. Butyrschen Regiment sind sozialdemokratische Schriften verbreitet worden, im 21. weißrussischen Dragonerregiment das „Soldatenvaterunser". In Petersburg, Wilna, Krasnojarsk wurden Aufrufe an Offiziere und Gemeine verbreitet, endlich im März 1902 eine organisierte revolutionäre Propaganda unter den Gemeinen des Jekaterinoslawschen Leibgrenadierregiments entdeckt. Damit aber ist die Propaganda nicht zum Stehen gekommen, sie hat sich vielmehr im neuen Jahr verstärkt und die Tendenz angenommen, den Offizieren wie den Gemeinen klar zu machen, daß sie sich nicht zur Bekämpfung von Aufständen gebrauchen lassen dürfen. Die Aufgabe der Armee sei, das Land gegen äußere Feinde zu verteidigen, nicht gewaltsam die Rechte und Freiheiten des Volkes zu unterdrücken. Das herrschende System führe zum Verderben Rußlands, „wir können dieses Verderben nur abwenden, wenn wir uns im Namen der Freiheit und der Wohlfahrt des Landes vereinigen, und dazu helfen, daß der Zarismus beseitigt und eine Konstitution verlangt wird, die von den Vertretern aller Stände ausgearbeitet ist". (Vergl. Oswoboshdenije vom 15. März 1903.)

Aber man darf wohl erwarten, daß derartige von einem anonymen „Armee-Verband" ausgehende Aufrufe verhältnismäßig geringe werbende Kraft haben. Ganz anders aber liegt es, wenn eine Persönlichkeit von dem Gewicht des Grafen Leo Tolstoi für dieselben Ideen eintritt und sie gleichsam als letztes Vermächtnis seines Geistes dem russischen Offizierkorps ans Herz legt.

Wir glauben nicht, daß von den Lebenden irgend jemand mehr dazu getan ist, das politische Urteil der gegenwärtigen Generation in

Rußland irre zu führen, und damit auch eine Wendung zu ruhiger und zielbewußter Reformarbeit zu erschweren, als der vielgefeierte Dichter und Prophet von Jasnaja Poljana. Sein bewunderungswürdiges Formtalent und die subjektive Wahrhaftigkeit seiner ethischen und religiösen Bestrebungen haben dahin geführt, daß den Russen und auch vielen seiner Verehrer bei uns alle Kritik ihm gegenüber verloren gegangen ist. Tolstoi hat sich ganz außerhalb der Realität nicht nur der russischen, sondern überhaupt der menschlichen Verhältnisse gestellt, und wirkt deshalb destruktiv und zersetzend. Er negiert den Staat als solchen und kommt in den Konsequenzen seiner Weltanschauung auch zur Negation aller Kultur. Aber niemand hat mit glühenderen Farben als er die Schäden des heutigen Rußland geschildert und die Kombination von mystischem Pathos und logischer Zuspitzung mit Scheinwahrheiten, die seine Propaganda auszeichnet, muß in unklaren Köpfen die heilloseste Verwirrung anrichten.

Es scheint uns daher im höchsten Grade bedenklich, daß auch Tolstoi jetzt mit einem „Denkbüchlein für Offiziere" hervorgetreten ist, das in hektographierten Abschriften gewiß ungeheure Verbreitung gefunden haben wird, und dieselben Töne anschlägt, die wir in der Proklamation des „Armee-Vereins" kennen gelernt haben. Auch uns ist ein solches Exemplar zugegangen, und es wird nützlich sein, etwas eingehender bei ihm zu verweilen.

Als Motto schickt Tolstoi seinen Ausführungen die Worte Christi (Matth. XVIII, 6 u. 7) voraus: „Wer aber ärgert dieser Geringsten einen, die an mich glauben, dem wäre es besser, daß ein Mühlstein an seinen Hals gehängt würde, und er ersäufet würde im Meer, da es am tiefsten ist. Wehe der Welt der Ärgernisse halber! Es muß ja Ärgernis kommen; doch wehe dem Menschen, durch welchen Ärgernis kommt."

Hieran schließt sich der Hinweis auf eine Art Soldatenkatechismus, der in allen russischen Kasernen angeschlagen ist. Er zitiert daraus den Satz: „Zerbrach dein Bajonett, so schlage mit den Fäusten, und wenn die Fäuste versagen, so beiß mit den Zähnen zu." Das ist allerdings höchst barbarisch, und man wird den General Dragomirow, der den Katechismus verfaßt hat, zu seiner Formulierung nicht beglückwünschen können. Aber wie weit schießt Tolstoi über das Ziel hinaus, wenn er daran die folgende Philippika knüpft: „Nichts be-

weist deutlicher als dieser Katechismus die furchtbare Stufe der Roheit, der sklavischen Unterwürfigkeit und Vertierung, bis zu der die Russen unserer Tage gesunken sind," und wenn sich ihm daraus der Schluß ergibt, daß es unter solchen Verhältnissen Pflicht der Offiziere sei, den Dienst zu quittieren. Die Entwicklung der Welt habe dahin geführt, daß der Kampf mit auswärtigen Feinden das Unwahrscheinlichste geworden sei, heute sei der Gegner der Armee, was man die „inneren Feinde" nenne. Nun verstehe er wohl, wie man vor 100 oder 50 Jahren mit Stolz habe Offizier sein können. Jetzt aber würde auch jeder Krieg mit anderen Nationen den Charakter eines Bürgerkrieges tragen. Hunderte von Friedensgesellschaften und Tausende von Artikeln in Fachschriften und Zeitungen hätten den Unsinn des Militarismus gezeigt und bewiesen, daß es möglich sei, den Krieg abzuschaffen. In Wirklichkeit würden die Truppen nur noch gegen unbewaffnete Fabrikarbeiter oder Bauern verwendet, kein Monat gehe hin, ohne daß man die Truppen mit geladenem Gewehr aus den Kasernen führe und geschickt verteile, damit sie jeden Augenblick bereit seien, auf das Volk zu schießen. Man dressiere sie förmlich zu diesem Zwecke. In allen Staaten würden nur durch die bewaffnete Macht die geknechteten Arbeiter gezwungen, die ungerechten Verhältnisse zu ertragen, in denen sie leben. Auch die militärische Disziplin habe daher ihre Berechtigung verloren. In Kriegszeiten habe der Offizier sich ohne Scham mit ruhigem Gewissen auch einem sittenlosen, verachteten Chef unterwerfen können; denn daran hing der Erfolg und die Sicherheit des ganzen Truppenteils. „Aber mich einem Manne unterordnen, den ich nicht kenne, mitunter aber wohl kenne und verachte, nur um Soldat zu spielen und gefahrlos auf Unbewaffnete zu schießen, das um des persönlichen Vorteils und aus Genußsucht zu tun — ist eine kurzweg unehrenhafte Handlung!" Daher sollen die Offiziere in sich gehen und sich fragen, ob, was sie tun, gut oder schlecht ist. Die Phrasen von Verteidigung des Glaubens, der Selbstherrschaft, der Integrität des Reichs, der Unvermeidlichkeit des Krieges und von der Utopie sozialistischer Theorien u. s. w. hielten vor ihrem eigenen Denken nicht stand.

Es schließt sich daran ein abschreckendes Bild von der Nichtigkeit und Schädlichkeit des militärischen Berufs und der Niedertracht militärischer Gewaltsamkeiten, wobei, beiläufig bemerkt, an Frankreich

exemplifiziert wird, und recht sophistisch die Unterstellung, daß allen Truppenbesichtigungen und Manövern derartige Mißhandlungen vorausgegangen sein müßten. „Denn man kann nicht einen Menschen aus der Menschheit herausreißen und ihn zur Maschine machen, ohne ihn zu quälen, und zwar so raffiniert, daß man ihn zugleich quält und betrügt. Und das alles tut ihr, Offiziere! weil abgesehen von dem seltenen Fall eines wirklichen Krieges, darin euer ganzer Dienst besteht, von den höchsten bis zu den niedrigsten Graden hinab.“ Es sei eine Erziehung zum Morden, die man den jungen Leuten gebe, die ins Heer treten, indem man sie durch den vom Evangelium verbotenen Eid binde. „Selbst Mörder zu sein, ist schrecklich, aber durch List und Gewalt die euch anvertrauten Brüder zu Mördern zu erziehen, ist das schrecklichste aller Verbrechen. Das aber tut ihr, und darin besteht eure ganze Tätigkeit.“ Aber ihr Gewissen werde erwachen und ihnen zurufen: „Wehe dem Menschen, durch welchen Ärgernis kommt.“ Es gäbe keine Entschuldigung dafür, daß sie in gegenwärtiger Zeit noch weiterhin Menschen zu Mördern erziehen; auch ihr Eid dürfe sie nicht binden, denn sie hätten Gott mehr zu gehorchen als denMenschen. „Ihr braucht nur zu vergessen, daß ihr Offiziere, und euch zu erinnern, daß ihr Menschen seid — und der Ausweg aus eurer Lage ist gefunden. Tretet vor die Front eurer Abteilung, legt die Abzeichen eures Offizierranges ab, verneigt euch bis zur Erde vor den Soldaten, und bittet sie um Verzeihung für alles Übel, das ihr ihnen durch euren Betrug angetan habt — das ist der beste und ehrenhafteste Ausweg.“ Es gehöre nicht mehr Mut dazu, als zum Stürmen einer Festung oder zum Duell wegen Beleidigung der Uniform oder ähnlicher Dummheiten — und dazu seien sie doch alle Zeit bereit. Wer aber dazu den Entschluß nicht finden könne, der solle warten, bis er eines Tages einem unbewaffneten Haufen von Bauern oder Arbeitern gegenüberstehe, und sich dann weigern, den Befehl zum Schießen zu erteilen.

Er wisse wohl, daß es noch viele Offiziere gebe, die auch unter den gegewärtigen Verhältnissen ihren Dienst fortsetzen würden, aber zum Glück blicke die öffentliche Meinung mit immer steigendem Abscheu und mit Verachtung auf sie, und ihre Zahl nehme stetig ab. „Es kann daher in unseren Tagen, da die Bestimmung des Heeres zum Brudermord immer deutlicher und handgreiflicher wird, ein

Offizier nicht mehr an den selbstzufriedenen Traditionen alter Zeit festhalten, er kann nicht länger, ohne seine menschliche Erniedrigung zu fühlen und nicht ohne Scham das verbrecherische Werk der Erziehung einfacher, ihm anvertrauter Leute zum Morden fortsetzen, noch auch selbst an der Ermordung Waffenloser teilnehmen. Und das ist es, was jeder denkende und gewissenhafte Offizier unserer Zeit verstehen und im Sinn behalten soll. Lew Tolstoi."

Was die Argumentation Tolstois für russische Leser gefährlich macht, ist die Tatsache, daß allerdings mit dem Eingreifen der Truppen Mißbrauch getrieben wird. In Ssaratow, Charkow, Poltawa, Wjätka, Nischni-Nowgorod ist in den letzten zwei Jahren geschossen worden und wir haben gesehen, daß eben jetzt neue Opfer gefallen sind. Auch haben bereits Fälle der Insubordination von seiten der Offiziere wie der Gemeinen stattgefunden. Tritt nun die Autorität Tolstois für die Gehorsamsverweigerung der Offiziere ein, so läßt sich erwarten, daß solche Fälle häufiger eintreten werden, während andererseits nichts darauf hindeutet, daß die sozialistischen Strömungen und die revolutionären Tendenzen unter der russischen Landbevölkerung wie unter den Fabrikarbeitern in der Abnahme begriffen sind.

Vielleicht führt die großartige Freigebigkeit, mit der Kaiser Nikolaus den Bauerngemeinden die durch die Gesamtbürgschaft aufgelaufenen Schulden (113 Millionen Rubel) abgenommen hat, zu einer Wendung zum Bessern. Es bleibt aber auch dann ein Rest von Wünschen, welche die Regierung nicht erfüllen kann und damit, bei der zähen Nachhaltigkeit, mit der die revolutionäre Propaganda betrieben wird, auch die Wahrscheinlichkeit neuer Erhebungen und neuer Repressalien. Kurz, das alles ist wenig erfreulich und wir müssen fürchten, daß die Männer der „Oswoboshdenije" recht haben, wenn sie behaupten, daß von dem zarischen Manifest des 26. Februar, vor allem die smuta, d. h. die regierungsfeindliche Propaganda, Vorteil ziehen werde. Die Beobachtung, die wir bereits an den ersten Äußerungen der russischen Presse über das Manifest des Zaren machten, daß man nämlich bemüht ist, es so auszulegen, daß es weit über die Absichten der Regierung hinausführt, bestätigt sich immer mehr. Die „Nowoje Wremja" vom 27. März plädiert bereits für die Zusammenfassung der Gouvernements zu größeren Gruppen, die eine Interessengemeinschaft darstellen. Sie will ihnen eine Vertretung geben, die aus den

höchsten Beamten der verschiedenen Ressorts und aus den vorzüglichsten Mitgliedern der Semstwos aller Gouvernements bestehen soll, die zu dem betreffenden Rayon gehören, und an die Spitze eine Persönlichkeit stellen, die das volle Vertrauen des Kaisers genießt. Ihre Aufgabe aber soll sein, „selbständiger und kräftiger die lokalen Interessen und Bedürfnisse zu verteidigen". In diesen Rayons sollen dann Versammlungen von Vertretern der zugehörigen Gouvernementsverwaltungen und der Semstwos stattfinden und der Vorsteher des Rayons keine andere Aufgabe haben, als ihre Beschlüsse auszuführen. Man sieht, das gäbe kleine Staaten im Staat, mit eigener unabhängiger Vertretung, verbunden durch die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen und mit einer über den Gouverneuren stehenden Spitze, die im wesentlichen von jenen sonderbaren Rayonsversammlungen abhängen würde. Schwerlich würde eine solche Organisation der Regierung ihre Arbeit erleichtern, so lange sie das Regiment in eigenen Händen zu behalten entschlossen ist! So zeigen die inneren russischen Angelegenheiten ein höchst verworrenes und unklares Bild, und es läßt sich wohl verstehen, daß die Regierung keine Neigung hat, sich unter so kritischen Verhältnissen in auswärtige Verwicklungen einzulassen.

Um so großartiger freilich ist die auswärtige Politik der russischen Presse, die heute gegen England und morgen gegen Deutschland wettert und sogar Herrn Delcassé gelegentlich recht scharf ins Gebet nimmt. Was man ihm nicht verzeiht, ist sein Verhalten in der Angelegenheit der Bagdadbahn. „Wir sind weit entfernt — schrieb die „Nowoje Wremja" am 16. März — dem französischen Volk deshalb einen Vorwurf zu machen. Die Verantwortung fällt nur einigen Politikern zu, welche den Geist der alliance francorusse nicht erfassen. Indem diese Politiker in der Frage der Bagdadbahn Rußland geschädigt haben, haben sie, ohne es zu wissen, auch Frankreich ungeheuer geschädigt, indem sie einerseits den Zweibund schwächten, andererseits die Macht Deutschlands gesteigert haben."

Wenige Tage nach diesem Artikel erschien — ebenfalls in der „Nowoje Wremja" — ein Artikel: Die deutsche Politik im nahen Orient, der von einem Teil unserer Presse, in ganz erstaunlicher Urteilslosigkeit, als Beweis dafür wiedergegeben wurde, daß hier die volle Korrektheit und Loyalität unserer Orientpolitik anerkannt werde.

In Wirklichkeit war dieser Artikel nichts anderes als ein lauter Warnungsruf nach Rußland hinein, den das Blatt denn auch in seiner neuesten Nummer dahin erklärt, daß zur Bekämpfung des deutschen Einflusses ganz unerläßlich sei, die russische Diplomatie zu reorganisieren. Sie müsse sich entschließen, mit ihren alten Traditionen zu brechen und gegen unser ökonomisches Vordringen mit ökonomischen Mitteln kämpfen. Diesen Kampf müsse die Diplomatie organisieren und nicht dulden, daß Deutschland von dem Besitz ergreife, was Rußland brauche!

Bitterer sind Vorwürfe, die England gemacht werden. Die Besetzung des Hinterlandes von Aden sei ein weiterer Schritt zur Beherrschung des Roten und des Persischen Meeres, die Zurückdrängung des französischen Einflusses aus Abessinien auch eine Schädigung der russischen Interessen, endlich sei auf der letzten Sitzung der East India Association in London die Behauptung aufgestellt worden, daß das südliche Persien einen der vitalsten Teile der Grenzen Indiens darstelle. In Zurückweisung dieses Anspruches kommt es nun zu höchst lehrreichen Bekenntnissen. Im englischen Parlament habe man bereits von der Notwendigkeit gesprochen, die Verteidigungsmittel Indiens zu verstärken, in gleichem Sinn habe sich in einer höchst pessimistischen Rede Lord Curzon in Kalkutta ausgesprochen. Aber es sei töricht, wenn man von russischer Seite einen Angriff auf Indien fürchte. Nicht Indien, sondern das „warme Meer" sei das Ziel Rußlands, und dem werde man auch ferner nachstreben, und es wäre Torheit, zu glauben, daß Rußland seine Aufgabe in Mittelasien schon erfüllt habe, und nicht weiter vordringen werde. Wohl aber sei es denkbar, daß dieses Ziel ohne weiteres Blutvergießen erreicht werde, indem Rußland seinen Kultureinfluß in die benachbarten asiatischen Staaten eindringen lasse. Aber auch dann werde der Weg nicht durch Indien führen und England brauche deshalb keinerlei Anstalten zur Verteidigung Indiens zu treffen, jedenfalls aber brauche es sich damit nicht zu beeilen.

Wir halten das für ganz aufrichtig gemeint, zweifeln aber daran, daß solche Erklärungen in London sehr beruhigend wirken können.

Die zwischen England und Japan getroffene Vereinbarung über den Austausch von Offizieren, damit beide verbündeten Mächte sich genau mit ihren gegenseitigen militärischen Einrichtungen bekannt

machen können, stellt ein Unikum dar, das wohl als Zeichen dafür angesehen werden muß, daß jene englisch-japanische Allianz mehr bedeutet, als eine vorübergehende, durch augenblickliche Verlegenheit hervorgerufene Kombination. Es wird offenbar noch auf längere Zeit damit zu rechnen sein, daß beide Mächte im großen Orient zusammenstehen.

Immer bedenklicher gestalten sich seit den letzten 14 Tagen die Verhältnisse in Marokko. Neue Prätendenten und eine weitere Ausdehnung des Aufstandes gefährden ernstlich die Stellung des Sultans. Eine Nachricht der „Daily Mail“, die wir nicht kontrollieren können, behauptet, daß der Oberst Marchand nach Marokko oder an die marokkanische Grenze geschickt worden sei. Das würde auf Sturm deuten, wie denn jedenfalls aller Grund vorliegt, diese marokkanischen Bewegungen im Auge zu behalten.

Dasselbe gilt von den Balkanangelegenheiten, deren Hauptinteresse sich zurzeit auf die noch unerledigte bulgarische Ministerkrisis konzentriert. Es ist ein Kampf der Kriegs- und der Friedenspartei, und der Ausgang nicht vorherzusagen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß Fürst Ferdinand nicht wagen wird, die von Österreich und Rußland vorgezeichneten Bahnen zu verlassen. Auch die Revision des Prozesses Halju (des Mörders von Stambulow) vor dem Appellationshof in Sofia gewinnt jetzt einen politischen Charakter. Aber all diese Dinge werden sich erst nach Verlauf einiger Wochen mit Sicherheit in ihrer Bedeutung erkennen lassen.

2.—5. April. Kaiser Wilhelm in Kopenhagen.
2. April. König Eduard VII. in Lissabon.
2. April. Tödliche Verwundung des russischen Konsuls Schtscherbina in Mitrowiza. † 8. April.
6. April. Der General-Gouverneur von Finnland, Bobrikow, erhält diktatorische Befugnisse.
7. April. Suspendierung der serbischen Verfassung und Auflösung der Skuptschina.

8. April 1903.

Das russische auswärtige Amt hat sich durch einen von der „Nowoje Wremja" gedruckten, dann vom „Journal de St. Petersbourg" wiederholten Artikel mit ganz außerordentlicher Schärfe gegen die Politik gewandt, die Frankreich unter der Leitung des Herrn Delcassé in der orientalischen Frage eingenommen hat. Daß dabei sogar auf die Lorando Tubini-Affäre und die Mityleneexpedition Frankreichs zurückgegriffen wurde, war so boshaft, daß es sich durch die Taktlosigkeiten des letzten französischen Gelbbuches gewiß nicht erklären ließ. Man hätte dem französischen Kollegen in Petersburg den Eitelkeitserfolg, den er sich so hübsch komponiert hatte, wohl nachgesehen, wenn nicht tatsächlich die französische Politik auf der Balkanhalbinsel der russischen entgegenarbeitete und zwar Hand in Hand mit den Engländern. Daher jene Warnung von der Neva her, die entweder bestimmt war, Herrn Delcassés Stellung unhaltbar zu machen, oder aber ihn zu nötigen, entschlossen in die Bahnen der russischen Orientpolitik zurückzuschwenken. Bekanntlich ist inzwischen mit aller wünschenswerten Schnelligkeit das letztere geschehen, und man wird Herrn Delcassé nur zu der Grazie beglückwünschen können, mit der er den Kotau vollzogen hat, der nun einmal sich nicht umgehen ließ.

Ob er dabei innerlich ein anderer geworden und seine alten Neigungen zu einer Annäherung an England überwunden hat, das ist freilich eine andere Frage. Das Wesentliche ist, daß die gesamte französische Presse mit politisch bedeutungslosen Ausnahmen die Schwenkung mitgemacht hat: gewiß ein Zeichen von der außerordent-

lichen Disziplin, die der französische Patriotismus in allen Fragen auswärtiger Politik erzwingt. So heftig die Gegensätze der Parteien auch in allen inneren Angelegenheiten sich gegenüberstehen mögen, wo die Stellung Frankreichs nach außen hin in Frage kommt, hört die Zwietracht auf und alles ist bemüht, die Haltung zu fördern, welche dem nationalen Interesse meist entspricht. Die Einmütigkeit, mit welcher von allen Seiten in dieser verdrießlichen Differenz mit der nation amie et alliée das mot d'ordre wiederholt wurde, das vom Quai d'Orsay ausgegangen war, ist erstaunlich. Alles machte, als handle es sich nur um ein Mißverständnis. Jener drohende Leitartikel der „Nowoje Wremja“ sei nicht mehr als Privatarbeit, und seine Wiedergabe im „Journal“ wohl nur eine Zufälligkeit. Im übrigen beteuerte man, daß Frankreich allezeit aufrichtig die Orientpolitik Rußlands gefördert habe und daß man nach wie vor treu zur Allianz stehe. Der letzte Satz ist aber zweifellos als aufrichtig gemeint zu verstehen. Ein französisches Ministerium, das sich von dieser Allianz löst, würde vor dem Sturm der öffentlichen Meinung zusammenbrechen. Auch Herr Delcassé hat das gewußt und hat daher seine Opposition gegen die russische Orientpolitik unter dem Schein eifrigster Förderung der russischen Absichten betrieben — wobei sich dann freilich herausstellte, daß die Russen noch feiner waren als er, und ihm im entscheidenden Augenblick die Maske vom Gesicht zogen.

Wenn einmal das Detail der kleinen politischen Komödie, die sich hier abgespielt hat, aus den französischen und russischen Archiven bekannt sein wird, wird der Beifall der Zuschauer ohne allen Zweifel den Spielern an der Neva gehören, aber man wird den esprit bewundern, mit dem der andere Teil sich in seine ungünstige Rolle gefunden hat. Merkwürdigerweise scheint man sich in England noch nicht darin gefunden zu haben, daß Frankreich im Orient russische Politik zu machen hat. Eine Pariser Korrespondenz der „Times“ ist in dieser Hinsicht so lehrreich, daß wir für nützlich halten, sie in ihrem Hauptabschnitt wörtlich wiederzugeben. Sie geht von dem in Paris erwarteten Besuch König Eduards aus und betont dabei nachdrücklich, wie vortrefflich zurzeit die Beziehungen zwischen England und Frankreich seien. Die öffentliche Meinung sei im letzten Jahrzehnt noch nie gleich englisch gestimmt gewesen und das liege daran, daß Frankreich heute eine selbständige auswärtige Politik habe, ohne deshalb in Wider-

spruch zu den Verpflichtungen zu treten, die sie „anderen Großmächten" gegenüber eingegangen sei. Jene Verpflichtungen seien aber im Hinblick auf Ereignisse getroffen, die heute noch ferner lägen, als zur Zeit, da die russisch-französische Allianz geschlossen wurde.

„Es ist — so heißt es weiter — nicht wahrscheinlich, daß Frankreich den Spuren Rußlands folgen wird, wie Österreich-Ungarn so lange den Deutschen folgen mußte. Als Kaiser Franz Josef, um der unerträglichen Knechtschaft zu entgehen, 1897 seinen Besuch in Petersburg machte, und besonders nachdem der jüngste deutsche Zolltarif dem Kamel den letzten Strohhalm aufgeladen hatte, da machte die Doppelmonarchie sich frei. Die französisch-russische entente (so schreibt der Pariser Korrespondent der „Times" nicht ohne Absicht statt alliance) bleibt intakt, aber sie ist nur eine Konvention für das Zusammenwirken von Armee und Marine, keine diplomatische Allianz. Frankreich ist frei, in seiner auswärtigen Politik den Kurs zu nehmen, der ihm geeignet scheint und wird schwerlich in eine Zwangslage kommen, wenn nicht der Friede Europas unmittelbar bedroht erscheint. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß die französisch-russische Allianz dem Wiederaufleben der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich als Hindernis in den Weg treten könnte. In der gegenwärtigen orientalischen Krisis wenigstens haben England und Frankreich in der Frage der mazedonischen Reformen dieselbe Stellung eingenommen. . . . Es hat in der Tat sowohl in Wien wie in Petersburg verstimmt, daß der gemeinsam geübte diplomatische Druck nicht rascher gewirkt hat. Aber es war doch nicht zu erwarten, daß Staaten wie England und Frankreich, in denen die öffentliche Meinung einen beträchtlichen Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik ausübt und die stets an der Spitze aller internationalen Humanitätsaktionen gestanden haben, daß diese Staaten nicht regeren Anteil am Schicksal der christlichen Bevölkerungen nehmen sollten als Österreich-Ungarn und Rußland, deren öffentliche Meinung weit weniger in solcher Materie zu sagen hat. In Frankreich hat es öffentliche Volksversammlungen und parlamentarische Interpellationen zugunsten der Christen in der Türkei gegeben. . . . Es würde schwer sein, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß der Friede Europas nur zu erhalten ist, wenn man duldet, das Männer, Frauen und Kinder massakriert

werden, und das alles, weil irrtümlich die Erhaltung des abscheulichen türkischen Regiments durchaus notwendig sei, wenn ein allgemeiner Krieg in Europa vermieden werden solle!“

Diese englische Korrespondenz gibt so einen unerbetenen Kommentar zu den offiziösen Äußerungen des russischen auswärtigen Amtes über Herrn Delcassés Politik. In der Tat, was soll den Russen die im europäischen Orient, also an dem für Rußland interessantesten Punkt, versagende Hülfe Frankreichs, zumal wenn dieses sich der englischen Politik anschließt, die nun einmal den Russen verdächtig bleibt. Daß die Parteinahme für die Aktion des mazedonischen Komitees keine Vertretung humaner Interessen bedeutet, hat das ruchlose Verhalten der bulgarischen Banden gerade in den letzten 8 Tagen gezeigt. Eine Sache, die mit dem Dolch des Mörders und mit den Sprengmitteln des Nihilismus Propaganda macht, ist eine schlechte Sache, und die moralische und politische Unzurechnungsfähigkeit ihrer Führer ist ganz augenscheinlich. So denkt sich zum Beispiel Herr Michailovski, der ehemalige Hauptpräsident des mazedonischen Komitees, die Lage Europas folgendermaßen: „Rußland muß vor allem mit Deutschland abrechnen, dann wird die Entscheidung der orientalischen Frage ganz von selbst erfolgen. . . . Hierzu ist aber Rußland noch nicht bereit, und so lange es selbst auf der Balkaninsel nichts tun kann, erlaubt es auch niemand anderem, dort entscheidend einzugreifen. . . . Aus diesem Grunde geraten wir in einen Konflikt mit der russischen Politik. . . . Wir sagen den Russen . . . . da können ja 20 und mehr Jahre hingehen, ehe ihr zu dem Kampfe endgültig fertig seid, und inzwischen werden uns die Türken in Mazedonien vertilgen. . . . Wenn ihr uns nicht helfen könnt, so werden wir uns an England und an andere wenden, die uns helfen können!“ Also ein deutsch-russischer Krieg, die Vorbedingung zur Lösung der mazedonischen Frage! Und wenn Rußland den nicht bald fertig bringt, die Drohung mit England und „anderen“, unter denen wohl nur die Franzosen zu verstehen sind, das Problem zu lösen. — Es ist doch kein Wunder, wenn Rußland diesem Treiben gegenüber die Geduld verliert. Das mazedonische Komitee ist in voller Arbeit und terrorisiert ganz Altserbien und Mazedonien durch Erpressungen und Gewalttaten aller Art, und gleichzeitig ist ein Aufstand in Albanien ausgebrochen, der immer weitere Dimensionen anzunehmen droht.

Überließe man heute alle diese Balkanvölker und Völkchen sich selbst, so wäre es ein Krieg aller gegen alle, bei welchem der Untergrund von Barbarei, der hier lebendig geblieben ist, in ganz erstaunlicher Weise zu Tage treten würde. So beschämend es sein mag, es ist tatsächlich wahr, daß von dem Übergewicht der Türken die Erhaltung nicht nur einer erträglichen Existenz, sondern überhaupt die Existenz der völlig ratlosen, unter dem Dolch der bulgarischen Banden stehenden Bevölkerung Mazedoniens abhängt.

Die Russen erinnern heute an die armenischen Gemetzel der Jahre 1894 und 1895 und setzen sie in Parallele mit den mazedonischen Zuständen von heute. In Rußland aber glaubt jedermann, daß ohne eine vorausgegangene Agitation Englands die armenische Erhebung überhaupt nie stattgefunden hätte. Daher die tiefe Abneigung, mit der jedes Symptom einer politischen Annäherung Frankreichs an England verfolgt wird.

Bedeutsamer für uns, als diese orientalischen Fragen, die uns doch nur durch ihre Nachwirkung treffen, sind die Erörterungen, welche die Reise König Eduards nach Portugal hervorgerufen haben. Auch hier folgen wir einer „Times"-Korrespondenz, um den unverfälschten englischen Interessenstandpunkt kennen zu lernen, der so eingeführt wird, daß man „einen der bedeutendsten potugiesischen Staatsmänner" reden läßt.

Wir erfahren durch ihn, daß es sich zwischen England und Portugal um den vollendeten Abschluß einer Offensiv- und Defensivallianz handle (wobei uns unwillkürlich der russisch-türkische Vertrag von Hunkiar Skelessi einfiel, der auch ein Offensiv- und Defensivtraktat war, jedoch so, daß Rußland auf die türkische Hilfeleistung im voraus verzichtete), und zugleich um eine englische Garantie für die koloniale Integrität Portugals.

Diese Allianz werde ihre Hauptwirksamkeit sofort auf afrikanischem Boden zeigen. Um nur ein Beispiel anzuführen, würden in den nächsten 8 Jahren die 1400 km Eisenbahn der Lobito-Bai-Linie fertiggestellt werden, die nach Verlauf von 20 Jahren Portugal zufallen solle, außerdem sei ein günstiger Zollvertrag zwischen Transvaal und den portugiesisch-ostafrikanischen Territorien höchst wahrscheinlich. „Die Williams Konzession hat unzweifelhaft eine weltpolitische Bedeutung, denn es ist der härteste Schlag,

der je gegen die Ausbreitung des deutschen Handels in Südafrika geführt worden ist."

Frankreich werde sich nicht dazu bereitfinden, der Allianz Schwierigkeiten zu machen, auch nicht, wenn Deutschland dabei als Versucher auftreten sollte, denn England sei im Begriffe, alle zwischen ihm und Frankreich strittigen Fragen, Egypten und Marokko mit eingeschlossen, endgültig zu regeln. Auch werde das Beispiel, das England durch seine Allianz mit Portugal gegeben habe, wohl Nachahmung finden. Frankreich z. B. sei in ganz ähnlicher Weise daran interessiert, daß die Zukunft Belgiens und Hollands gesichert bleibe. Endlich führt dieser angebliche portugiesische Staatsmann aus, daß England durch seine portugiesische Allianz in den Azoren und den nächstliegenden Inseln eine höchst wichtige strategische Stellung gewonnen habe, zumal die ganze Küste Nordafrikas von Melilla bis Bizerta allmählich ein Glacis geworden sei, das nicht mit englischen Kanonen drohe. Die Azoren geben England eine Stellung, die es auch gegen eine Kombination europäischer Flotten behaupten könne, während Portugal unter englischem Schutz in aller Ruhe seine Finanzen ordnen und seine Hilfsquellen im Mutterlande wie in den Kolonien entwickeln könne.

Auch die Antwort, welche König Eduard auf die Adresse des portugiesischen Oberhauses erteilte, bestätigt den Abschluß einer Allianz, so daß man mit ihr als mit einem fait accompli zu rechnen hat. Die sehr merkliche Spitze, welche der Referent dem Vertrage gegen unsere Interessen in Afrika gibt, wird gleichfalls als Tatsache zu betrachten sein, und für uns stellt sich damit die Frage, wie wir der geplanten wirtschaftlichen Aushungerung unserer südwestafrikanischen Kolonie entgegenwirken können.

Es scheint darauf nur eine Antwort zu geben: eine energische und lebendige Kolonialpolitik innerhalb unserer bisherigen Schutzgebiete. Eine Reichsanleihe zu kolonialem Eisenbahnbau würde hierfür wohl in erster Linie in Betracht kommen, daran kann nicht oft genug erinnert werden.

Was aber die virtuelle Erwerbung der Azorenposition betrifft, so wird sie nach zwei Seiten hin unangenehm berühren. In Frankreich wegen der Flankenstellung, die England Marokko gegenüber gewinnt, dessen innere Verhältnisse immer kritischer werden, und in den Vereinigten Staaten, die sich bekanntlich mit der Hoffnung trugen,

von Portugal auf diesen Inseln eine Kohlenstation zu gewinnen Vielleicht ist es die Aufgabe König Eduards, den wir uns gleichsam als den hohen Interpreten des regierenden Ministeriums Chamberlain-Balfour vorstellen müssen, die französische Regierung für diese und andere politische Gedanken zu gewinnen.

Man hat bei uns und im Auslande geflissentlich verbreitet, daß die Reise Kaiser Wilhelms nach Kopenhagen keinerlei politischen Charakter trage. Das ist aber gewiß falsch. Das Resultat dieser Reise ist die Beseitigung der Wolke von Mißtrauen und Mißverständnissen, die seit 1864 über den deutsch-dänischen Beziehungen schwebte, wir können uns fortan als ehrliche politische Freunde die Hand reichen und ohne jedes Mißtrauen jeden Fortschritt des anderen Teiles an Ansehen und Macht freudig begrüßen. Auch daß die Kaiserinwitwe von Rußland an diesen Festtagen teilnahm, die einen durchaus intimen Charakter trugen, ist höchst erfreulich, weil die Wirkung der aufrichtig herzlichen Worte ihres ehrwürdigen Vaters und die warme Antwort Kaiser Wilhelms auch für sie nicht verloren sein kann. Kurz, wir denken gern an diese Kopenhagener Tage und hoffen, daß sie einen Markstein für die Beziehungen beider Völker bedeuten werden.

Präsident Roosevelt hat seine große auf 2 Monate berechnete Wahlagitationsreise angetreten. Das gehört nun einmal zu den Notwendigkeiten des politischen Lebens der Vereinigten Staaten. Die erste große Rede, die er hielt, hat hier durch die energische Zurückweisung der anmaßenden Ausfälle des Admirals Dewey einen angenehmen Eindruck gemacht. Die Ausführungen des Präsidenten über die Monroedoktrin deckten sich im wesentlichen mit dem, was wir durch ältere schriftliche und mündliche Äußerungen von ihm wissen. Auffallend war nur der Passus, der sich gegen die Kontrolle des Zollwesens verwehrte und die Exemplifikation der Theorie an Kolumbien und die Panamaabmachungen. Das eine wie das andere steht im Widerspruch mit früheren Sätzen und bestätigt im wesentlichen die Auffassung, die wir in einem vortrefflichen Aufsatz von Harry A. Fiedler, Deutschland und die Monroedoktrin (Preußische Jahrbücher April 1903) finden: „Die Monroedoktrin ist keine starre Doktrin, sondern ein Schlagwort mit leicht veränderlicher Bedeutung."

8. April. Arbeiterunruhen in Nishny-Nowgorod.
12. April. Abreise des Präsidenten Loubet nach Algier.
15. April. Dankschreiben des Fürsten Ferdinand an den Zaren, in Anlaß der Schipkafeier.

15. April 1903.

Das Wolffsche Telegraphenbureau, das von Petersburg aus entschieden schlecht bedient wird, hat sich jüngst als ein gewiß nicht erwarteter Helfer des von allen Seiten bedrängten armen Delcassé erwiesen. Das Bureau verbreitete nämlich die Nachricht, daß der vielbesprochene Artikel der „Nowoje Wremja" von dem Organ des russischen auswärtigen Amtes reproduziert worden sei. Das hätte, wenn es zutraf, jenem „Rüffel" allerdings noch eine weitere Spitze gegeben, und so wurde die Nachricht überall, und auch von uns interpretiert. Jetzt stellt sich heraus, daß Wolff falsch berichtet hat, nicht dieser, sondern ein anderer Artikel der „Nowoje Wremja" ist vom „Journal" wiedergegeben worden. Herr Delcassé, der einigermaßen bestürzt war, atmete erleichtert auf, und seine Presse führte nun mit Behagen aus, daß es sich um eine Privatarbeit der „Nowoje Wremja" handle, der die „deutsche" Telegraphenagentur künstlich jenen offiziösen Charakter gegeben habe. „Ce n'est pas la première fois que des manœuvres de ce genre se trament à Berlin!" ruft das „Journal des Débats" nicht ohne Entrüstung und geht dabei recht diskret über die Tatsache hinweg, daß die russisch-offiziöse Nordische Telegraphenagentur es war, die den Artikel der „Nowoje Wremja" in aller Welt verbreitete. Daß es sich aber in der Tat um eine wohlberechnete Kundgebung des Grafen Lambsdorff gehandelt hat, darüber kann keinerlei Zweifel sein, und auch in Paris wußte man das sehr wohl. Aber die Ungeschicklichkeit von Wolff bot eine erwünschte Waffe, um die Angriffe gegen den Minister abzuschlagen und um als Mißverständnis und als böswillige Fälschung darzustellen, was in der Tat eine sehr deutliche Warnung war, die nicht den Franzosen, sondern nur ihrem Minister der auswärtigen Angelegenheiten galt.

Denn um das oft Gesagte nochmals nachdrücklich zu wiederholen, Frankreichs und der „alliance“ weiß Rußland sich absolut sicher, trotz der anglisierenden Neigungen Delcassés und trotz der Opposition, die das russische Bündnis in der Theorie auch auf französischem Boden (Jaurès) gefunden hat. Diese Bündnisfrage brauchte nur einmal gestellt zu werden, und der Effekt würde sein, daß ganz Frankreich bis auf den letzten Mann für dasselbe eintreten würde! Das ist so absolut sicher, daß der Politiker blind sein müßte, der mit dieser Tatsache nicht rechnen wollte. Auch haben wir mit Interesse verfolgt, wie die „Nowoje Wremja“ nach dem „Kaltwasserstrahl“, den sie auf den Freund richten mußte, nunmehr eifrig bemüht ist, ihn recht sorgfältig wieder aufs Trockene zu setzen. Sie ist nie französischer gewesen als in den letzten acht Tagen und hat nie mit größerer Entrüstung gegen Engländer, „Schwaben“ und andere unsympathische Nationalitäten gewettert.

Wie lange das andauern wird, können wir freilich nicht recht vorhersehen, denn es geschehen jetzt doch allerlei Dinge, die einem russischen Durchschnittspolitiker die gute Laune verderben können. — Schon jetzt regen sich die „Peterburgskija Wjedomosti“ über gewisse Äußerungen der englischen Afrikapolitik auf, die ja allerdings mit erstaunlicher Energie daran geht, nach allen Richtungen hin die Konsequenzen der Erfolge zu ziehen, welche ihr durch Niederwerfung der Buren zugefallen sind. Der englischen Garantie des portugiesischen Territorialbestandes in Afrika haben wir schon vor acht Tagen gedacht. Sie hat in Rußland, wo man die gegen Deutschland gerichtete Spitze sofort instinktiv erkannte, nur Schadenfreude erregt, ganz anders aber beurteilt man die Schachzüge Englands, welche direkt oder indirekt sich gegen die Stellung Frankreichs in Afrika richten. Und das ist sehr verständlich. Der russische Einfluß in Abessinien findet an Frankreich eine Stütze, an England einen Gegner, so daß, wo die Stellung der Franzosen in diesen Gebieten gemindert wird, Rußland sich mitgetroffen fühlt. Daher die Bestürzung, welche seinerzeit die Demütigung Frankreichs bei Faschoda in Petersburg und Moskau hervorrief. Heute nun sind ähnliche Empfindungen dadurch lebendig geworden, daß England dem Kongostaate den Vertrag vom 12. Mai 1894 gekündigt hat.

Damit aber verhält es sich folgendermaßen: Durch einen Ver-

trag vom 23. April 1884 erhielt Frankreich von der damaligen Association internationale du Congo, an deren Spitze König Leopold von Belgien stand, ein Vorzugsrecht für Erwerbung der Territorien der Association für den Fall, daß sie genötigt sein sollte, sie aufzugeben, und dieses französische Vorzugsrecht ist auch vom Etat indépendant du Congo und von dem Berliner Kongokongreß im Februar 1885 anerkannt worden. Seither suchten nun Frankreich und England mit rivalisierender Eile die Grenzen ihrer afrikanischen Besitzungen so auszudehnen, daß sie den Kongostaat berührten. Sie sind darüber 1893 hart daran gewesen, im Gebiet des oberen Nil aufeinanderzuplatzen und, um einen Zusammenstoß, der den englischen Staatsmännern damals inopportun erschien, zu vermeiden, griff England zu einem originellen Schutzmittel. Es schloß am 12. Mai 1894 eine Konvention mit dem Kongostaate, die zwar infolge deutscher und französischer Proteste nicht in ihrem vollen Umfange zur Durchführung kam, aber die Gebiete Lado, Gondokoro und Wadelai nebst Dependenzen am Bahr el Ghazal dem Kongostaate in Pacht gab, und zwar für die Lebzeiten König Leopolds. Dieses Gebiet wurde gleichsam ein Puffer zwischen den englischen und französischen Gebieten, und die Belgier richteten sich mit Befestigungen und wirtschaftlichen Anlagen dort so häuslich ein, als werde ihre Pachtstellung nach berühmten Mustern dort ewig dauern. Diese Konvention hat England nun völlig unerwartet gekündigt und dem Kongostaat zugleich mitgeteilt, daß er all seine Zivilbeamten und Militärs aus diesem Gebiete entfernen solle, denn die egyptischen Truppen hätten Befehl bekommen, die Pfandgebiete zu besetzen.

Die „Pet. Wjedomosti“ suchen nun Frankreich durch das Gespenst einer bevorstehenden Teilung des Kongostaates zwischen England und Deutschland zu schrecken, und die Frage liegt nahe, was wohl der Zweck dieser politischen Abenteuerlichkeit sein kann. Denn daß im Ernst solche Pläne bestehen könnten, wird wohl auch Fürst Uchtomski nicht glauben. Die englische Politik in Afrika geht dahin, Deutschland so weit möglich zu schwächen, nicht es größer und stärker zu machen.

Irren wir nicht, so haben wir in diesen russischen Ausführungen den verdeckten Ausdruck der Beunruhigung zu sehen, welche das allerdings auffallend gewordene Liebeswerben Englands um Frankreich erregt. Die Bemühungen nach dieser Richtung hin datieren ja nicht

von gestern, und wären, wenn nicht die alliance franco-russe bestände, wohl schon längst Wirklichkeit geworden. Eine nicht einflußlose Schule englischer Politiker arbeitet mit Zähigkeit darauf hin und wird durch zwei der einflußreichsten englischen Blätter, die „Times" und den „Standard", unterstützt. In den beiden letzten Jahren, man könnte sagen mit dem neuen Jahrhundert, ist das Programm mit zynischer Offenheit verkündet worden, so weit es seine Spitze gegen Deutschland richtet. Mit uns soll zuerst abgerechnet werden, und wenn aus dieser Abrechnung, wie immer sie in ihrem Ausgang verlaufen mag, ein maritim geschwächtes Deutschland und ein als Landmacht geschwächtes Frankreich hervorgegangen ist, hofft man stark genug zu sein, mit Hülfe des japanischen Verbündeten auch mit Rußland abzurechnen. Wir sagen nicht, daß dies das Programm der englischen Regierung ist. Die wird sich dessen bewußt sein, daß das Risiko eines solchen Unternehmens außerordentlich groß ist, der Ausgang unberechenbar und das Eingreifen anderer hier nicht in Anschlag gebrachter politischer Faktoren als höchstwahrscheinlich angenommen werden muß — aber es ist das Programm der „National-Revue" und ihres Gefolges. Sie umschmeicheln Frankreich und suchen Rußland zu hypnotisieren durch ihre stets erneuten Freundschaftsversicherungen und Bündnisanträge und durch den Hinweis auf den gemeinsamen deutschen Feind.

Es war daher nicht unwichtig, daß diese Gruppe einen Bundesgenossen in dem französischen Minister des Auswärtigen, Herrn Delcassé, fand, der sich keine Gelegenheit entgehen ließ, den Engländern mit kleinen Gefälligkeiten entgegenzukommen, und namentlich im Orient unter der Hand, ohne es mit Rußland zu verderben, das Spiel Englands zu fördern. Daß Herr Delcassé auf der Balkanhalbinsel seinen politischen Rückzug hat antreten müssen, ist daher in England ebenso schmerzlich empfunden worden, wie in Paris. Der schwarze Pessimismus, mit dem die Lage im kleinen Orient betrachtet wird, geht wesentlich darauf zurück und hat kürzlich in der Insinuation des „Standard" Ausdruck gefunden, daß die Gefahr bestehe, Rußland und Österreich könnten übereingekommen sein, die Balkanhalbinsel unter sich zu verteilen (to divide the Peninsula between them — an attempt which would involve all Europe in warfare), wobei Frankreich offenbar nicht als der Bundeshelfer Rußlands gedacht ist!

Das sind die Strömungen, welche den bevorstehenden Besuch König Eduards VII. nach Paris begleiten werden. Auf den so sehr bedeutsamen Besuch in Portugal folgte ein kurzer Aufenthalt in Gibraltar, dann die Fahrt nach Italien, wo der König eines enthusiastischen Empfanges sicher sein kann. Die nächsten Tage werden uns die Schilderungen der Festtage und gewiß auch charakteristische Reden bringen. Denn das italienische Volk glaubt an eine englisch-italienische Interessengemeinschaft im Mittelmeer. Aber weit bedeutsamer erscheint uns doch die Reise des Königs nach Frankreich, der, wie schon jetzt feststeht, ein Besuch des Präsidenten Loubet in England auf dem Fuße folgen wird.

Wie man in England über die Bedeutung dieser Reise denkt, mag an einem Leitartikel des „Standard" vom 11. April demonstriert werden.

Er geht davon aus, daß es in England eine Freudenbotschaft wäre, wenn sich bestätigen sollte, daß Präsident Loubet wirklich bald nach London kommen werde. Zuletzt vor 48 Jahren sei ein Beherrscher von England zu offiziellem Besuch in Frankreich gewesen, dann sei drei Jahre später Napoleon in Cherbourg mit der Königin Viktoria zusammengetroffen. Dagegen ist noch niemals ein französischer Herrscher auf englischem Boden gewesen und von den Präsidenten der französischen Republik sind wohl Faure und Loubet nach Petersburg, bisher aber keiner nach England gereist.

Komme Loubet, so werde man in ihm den Repräsentanten der französischen Rasse begrüßen, die zwar in ihrem Temperament von der englischen verschieden sei, aber doch lange nicht so verschieden wie Franzosen und Russen, und die Differenz sei kaum vorhanden, wenn man etwa Deutsche und Italiener einander gegenüberstelle. Auch habe man in England keinerlei Vorurteil gegen republikanische Staatsformen. Die seit einem Jahrhundert ohne Unterbrechung zwischen beiden Nationen bestehenden Handelsbeziehungen seien durch zufällige diplomatische Irrungen nicht gestört worden, und es sei kein Grund denkbar, weshalb die vortrefflichen Beziehungen des Handels nicht auch auf die Sphäre der internationalen Politik übertragen werden sollten. In Afrika und Asien hätten beide Mächte, ohne nennenswerten Konflikt, zu beiderseitigem Vorteil ihre Herrschaft über wilde Völker ausgedehnt. Es sei England zu danken, wenn Frankreich

heute über Madagaskar herrsche, und dasselbe gelte von der Stellung Frankreichs in Algier und am Niger. „Eine solche Vorgeschichte weist doch darauf hin, daß beide Regierungen allen Grund haben, auf eine herzliche und dauernde Verständigung hinzuarbeiten und zwar um so mehr, als die Unbeständigkeit der europäischen Politik ihnen leicht einen gemeinsamen Feind erwecken kann“ (might easily create for them a common enemy).

Präsident Loubet werde, auch abgesehen von seiner hohen Stellung, in den Straßen Londons sehr herzlich begrüßt werden, wenn er komme. Er sei ein Mann, der alles sich selber zu danken habe und das wisse man in England ganz besonders zu schätzen. „Jeder Franzose ist, was man dem Sprachgebrauch nach einen gentleman nennt. M. Loubet übt die Gastfreundschaft im Elysée mit dem Anstand eines Purpurgeborenen, und tritt bei allen öffentlichen Gelegenheiten würdevoll auf. „Wie ist das distinguiert“, rief Talleyrand aus, als der Herzog von Wellington auf dem Wiener Kongreß nur mit dem Hosenbandorden geschmückt auftrat. Mit dem gleichen anspruchslosen gesunden Menschenverstand hat Präsident Loubet die französischen Ministerien durch die gewundenen und verwickelten Pfade der inneren Schwierigkeiten geführt. Monarchistische Reaktion, militärische Intriguen, klerikale Prahlereien und fanatische Widerharigkeit haben ihn nie, auch nur um Haaresbreite von seinem Kurs abgelenkt. Wenn unsere Nachbarn uns gestatten wollen, es auszusprechen, er hat viel englischen Kern (grit) in sich, und wir würden ihn gern als des Königs Gast in London sehen.“

Wir haben diesen Schlußpassus wörtlich hergesetzt, um eine Probe des Tons zu geben, in welchem das imperialistische England um Frankreich wirbt, und wir zweifeln nicht, daß man sich in Paris darüber freuen wird. Trotzdem glauben wir nicht an die Möglichkeit einer Abwendung der französischen Politik von der russischen Allianz, denn diese läßt sich nun einmal mit der englischen nicht so kombinieren, daß beide Teile gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten. In den schon gestreiften Balkanangelegenheiten tritt das mit aller Deutlichkeit hervor und da es ausgeschlossen ist, daß Rußland die sich gleich bleibende Richtung seiner Politik im europäischen Orient ändert, wird Frankreich ihm folgen, trotz England und trotz der Delcasséschen politischen Ketzereien.

Für uns liegt der Schwerpunkt der englischen Politik in der offenkundig feindseligen Tendenz, die sie uns gegenüber in Afrika festhält. Es wäre Torheit, sich darüber zu verblenden, daß jene societas leonina, die England mit Portugal abgeschlossen hat, sich dahin richtet, uns nicht nur völlig zu isolieren, sondern auch unsere wirtschaftliche Existenz zu unterbinden. Und dem gegenüber gibt es, wie wir schon vor acht Tagen bemerkten, nur ein Remedium: daß das Reich als solches sich dessen bewußt wird, daß es mit dem bisher eingehaltenen System unserer Kolonialpolitik nicht geht, und daß neue Wege eingeschlagen werden müssen.

Es ist gewiß in der Theorie richtig gedacht, daß die Kolonien die größte Zukunft haben, die durch eine kräftige und stetig wachsende Privatinitiative ins Leben gerufen und erhalten werden, während der Staat dann gleichsam die reife Frucht in Empfang zu nehmen und durch seinen Schutz das weitere Gedeihen zu sichern hat. Aber das gilt doch nur da, wo eine ruhige Entwicklung für lange Zeiträume gesichert ist, wo nicht eine stärkere fremde Konkurrenz die Handelswege ableitet, wo endlich die Aussicht auf einen günstigen Ertrag der Arbeit wie der angelegten Kapitalien so groß ist, daß nicht leichtere und lohnendere Unternehmungen beides, Kapital und Arbeit, auf andere lohnendere Gebiete ablenken. In unseren Kolonien liegen heute die Verhältnisse so, daß man vom Kapital patriotische Opfer und vom Kolonisten eine Selbstentäußerung erwartet, die immer nur wenige auf sich nehmen werden. Dazu kommt, daß dem einzelnen in den Kolonien der fremdem Nationen größere Vorteile bei geringeren Opfern geboten werden, und daß dort der Staat dem Kolonisten die Wege bahnt und Eisenbahnen anlegt, die ihm die Erschließung des Landes erst möglich machen. Der Vorsprung, den die anderen vor uns voraushaben, ist ein so ungeheurer, daß wir immer zurückbleiben werden, so lange wir nicht entschlossen den unbestreitbaren Satz zur Wahrheit machen, daß der Ausbau unserer Kolonien ebensosehr eine Pflicht des Reiches ist, wie die Erhaltung unseres Heeres und der Ausbau unserer Marine. Da in unserem Etat die Mittel dafür heute nicht zu finden sind, bleibt das rettende Mittel einer Reichsanleihe, und da es sich um eine Kapitalanlage handelt, die uns und unseren Kindern und Kindeskindern die Zukunft sichern soll, ist auch nichts billiger, als daß die Zukunft einen Teil der Last auf ihre Schultern zu nehmen hat.

Das russische Eisenbahnsystem in Sibirien und in der Mandschurei ist in Hinblick auf Vorteile, welche die Zukunft bringen soll, nur durch ad hoc aufgenommene Anleihen möglich geworden, dasselbe System haben Frankreich und England — wir erinnern an die Ugandabahn und an die neuen Eisenbahnpläne für Südafrika — mit dem glänzendsten Erfolge sich zu eigen gemacht, nur wir stehen untätig und ratlos beiseite. Nur bei uns gibt es Leute, die sich „Kolonialfeinde" nennen, nur bei uns verspottet man diejenigen, die, immer noch bescheiden genug, für die schreiendsten Bedürfnisse unserer Kolonien eintreten, als „Kolonialschwärmer", und nur wir haben ein Parlament, das beide Augen schließt, sobald es sich darum handelt, das Leben und die Zukunft der Stiefkinder des Reiches, unserer Kolonien, zu sichern.

Also eine Reichsanleihe für kolonialen Eisenbahnbau, nicht knapp bemessen, sondern im größten Umfange, nicht nur das Notwendige, sondern auch das Nützliche ins Auge fassend, das ist es, was wir jetzt zumeist brauchen. Die Eisenbahnen werden uns die Kolonisten, diese den Handel und das Kapital bringen, die heute in unsicheren süd- und mittelamerikanischen Unternehmungen einem politischen und finanziellen Hazardspiele geopfert werden, welches, wenn es zu einem Erfolge führt, schließlich dazu dient, unsere wirtschaftlichen und politischen Gegner durch deutsches Blut, deutsche Arbeit und deutsches Geld noch weiter zu stärken. Wir greifen dabei nicht in die Arbeits- und Interessensphären anderer ein. Es ist keine Kombination denkbar, die unseren politischen und wirtschaftlichen Gegnern ein Recht oder auch nur einen Anlaß geben könnte, uns darein zu reden, oder ihnen die Möglichkeit böte, uns den Weg zur endlichen Ausführung dieser Pläne zu verlegen. Vor allem aber unsere koloniale Politik hätte wieder ein Ziel, dem wir mit ruhiger Zuversicht und in dem Bewußtsein nachgeben könnten, zur rechten Zeit eine hohe und notwendige patriotische Pflicht zu erfüllen.

16. April. 10jähriges Regierungsjubiläum Alexanders von Serbien.
17. April. Kanada kündigt Zuschlagszölle für deutsche Waren an.
21. April. Rücktritt Prinettis als Minister des Auswärtigen.

22. April 1903.

Die öffentliche Meinung in Rußland, soweit sie in den Zeitungsredaktionen ihren Ausdruck findet, beschäftigt sich seit der Ermordung Schtscherbinas besonders intensiv mit den Balkanangelegenheiten. Wir haben dabei einen alten Bekannten wiedergefunden, Herrn Ssyromjätnikow, den Vizepräsidenten der „russischen Gesellschaft", die aus der „slavischen Wohltätigkeitsgesellschaft" hervorgegangen ist und das besondere Ziel verfolgt, unter den Süd- und Westslaven für Rußland Propaganda zu machen. Herr Ssyromjätnikow hat dabei die besondere Spezialität, die russische Bismarcklegende zu pflegen und das russische Publikum damit zu schrecken, daß Bismarcks Geist noch immer in der Wilhelmstraße umgehe. Wir hoffen, daß er darin Recht hat, und verzichten auf den Versuch, seinen Russen fressenden Bismarck zu dem historischen Bismarck zurecht zu stutzen. Was uns in den Ausführungen des Herrn Ssyromjätnikow interessiert hat, (Feuilleton der „Nowoje Wremja" vom 12. April) ist das equilibristische Kunststück, das er ausführt, indem er einerseits nachdrücklich die Friedenspolitik der russischen Regierung vertritt, andererseits aber mit noch größerem Nachdruck durchblicken läßt, daß ein kriegerisches Einschreiten Rußlands ihm das erwünschte wäre. Die Friedenspolitik rechtfertigte er damit, daß, nachdem einmal der Fehler gemacht sei, im großen Orient Fuß zu fassen, bevor das orientalisch-türkische Problem gelöst sei — in diesen Fehler aber habe die macchiavellistische Politik Deutschlands die Russen hineingedrängt — immer die Gefahr vorliege, daß ein Krieg auf dem Balkan zugleich zum Kriege in Ostasien werde. Aber, so schließt er, die Zeit, die wir heute durchleben, gleicht zwar in vielem der Zeit vor Ausbruch des Türkenkrieges. Es gibt aber auch große Unterschiede zwischen

damals und heute. Wir haben jetzt eine Flotte im Schwarzen Meer, die damals nicht existierte. Unsere Armee ist gewachsen. Unser Eisenbahnnetz hat sich entwickelt und unsere Küsten am Schwarzen Meer sind reicher und ausgedehnter geworden. Wir kennen die Macht der Nachbarstaaten auf das genaueste, und werden nicht mehr in ungenügender Zahl, ohne Karten und ohne Kenntnisse wie damals ausziehen. Und dann, wir haben noch etwas, was neu und köstlicher ist als alles übrige, was uns das letzte Vierteljahrhundert gebracht hat — wir haben die Interessen des russischen Volkes kennen gelernt und das wird uns viele politische Fehler ersparen. Dank sei unserem seligen Kaiser: „Die Nacht ist vergangen, der Tag aber herbeigekommen, so lasset uns ablegen die Werke der Finsternis und anlegen die Waffen des Lichts".

Das ist der Schluß, der Anfang aber lautet: „Das erste russische Blut hat schon die Befreiung Mazedoniens geweiht". Das klingt trotz des oben charakterisierten Mittelstücks sehr wenig friedlich und denselben Ton finden wir in einem Leitartikel des Uchtomskischen Blattes (ebenfalls vom 12. April), der den serbischen Staatsstreich behandelt und ihn den „endgültigen Bruch der Dynastie Obrenowitsch mit ihrem Volke" nennt. Das sei asiatische nicht europäische Politik, und diesen Bruch feierlicher Verpflichtungen verurteile in Rußland jedermann. Wenn auch für den Augenblick die Macht der serbischen Regierung wachse, so habe sie doch den ethischen Rückhalt beim Volke verloren und auch die gesamte zivilisierte Welt werde sich auf die Seite des guten Rechts stellen. Rußland könne nur wünschen, daß die weiteren inneren Kämpfe, die nicht ausbleiben würden, sich in den Bahnen der Loyalität bewegten. Auch würde es bei den ausgezeichneten Beziehungen des russischen Gesandten zum Belgrader Hofe gewiß gelingen, den König Alexander davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, den bevorstehenden Äußerungen der Unzufriedenheit des Volkes gegenüber Geduld zu zeigen und ihm die Zuversicht zu lassen, daß es aus jeder Lage einen Ausweg gebe. Aber immerhin, der letzte Trumpf sei bereits verspielt. „Man wird das Erscheinen Wladan Georgewitschs (des Prätendenten) abwarten müssen. Wann wird man ihn aus Wien hinüberschicken?"

Wir können die letzte Frage beantworten; niemals wird das geschehen. Denn in Wien, wo man den slavischen Parlamentaris-

mus kennt, versteht man auch die Notwendigkeit, ihn in Schranken zu halten. Aber nirgends in aller Welt wacht man so eifrig auf die konstitutionellen Freiheiten der kleinen Balkanstaaten wie in den russischen Zeitungsredaktionen, obgleich ein wenig Stolz den Herren sagen müßte, daß, wenn das große russische Volk noch nicht reif für Verfassungsreformen ist, die Serben und Bulgaren es noch weit weniger sein können. Interessiert hat uns aber dieses so unverhüllte Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn, weil es ebenfalls als allgemeine Signatur der russischen Preßstimmen bezeichnet werden kann.

Die Schärfe der gegen Österreich gerichteten Angriffe war so wenig zu übersehen und wurde auch jenseit der Grenzen so sehr bemerkt, daß das russische Auswärtige Amt für nötig befunden hat, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Es liegt ein gewisser Humor darin, daß das offizielle Rußland zu seiner Kundgebung gerade die „Nowoje Wremja" wählte, die wenige Tage vorher mit den heftigsten Verdächtigungen gegen die österreichische Politik hervorgetreten war und ihr direkt vorwarf, sie habe einerseits die russisch-österreichische Verständigung abgeschlossen, andererseits aber eine antislavische Liga gegründet, um, nach dem Rezept des „deutschen Übermenschen" zwei Eisen im Feuer zu haben.

Die „Nowoje Wremja" hatte zudem den Brief eines Grafen Paul Tolstoi abgedruckt, der sich ebenfalls mit besonderer Schärfe gegen Österreich wandte.

Eben diese „Nowoje Wremja" muß nun heute wie folgt schreiben:

„Es ist an der Zeit, daß dem Zweifel und dem Verdacht, die auf nichts beruhen, ein Ende gemacht würden. Unser Übereinkommen mit Österreich-Ungarn ist nicht so beschaffen, daß es das Licht schenen sollte. Ein geschriebener Text des Vertrages besteht bekanntlich nicht. Die Basis des Vertrages ist der Notenwechsel der im Jahre 1897 stattfand. In diesen Noten wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel, d. h. die Nichtzulassung einer willkürlichen Veränderung der durch Traktate festgesetzten Ordnung auf der Balkanhalbinsel und die zur Wahrung des allgemeinen Friedens notwendige Wahrung der Ruhe auf derselben, beiden Mächten erwünscht sei. Hieraus ergibt sich die Zweckmäßigkeit des Gedankenaustausches in ernsteren Fällen. Das ist das ganze Wesen des Übereinkommens. Irgend welche Verzichtleistungen auf unsere Rechte und historischen Aufgaben, irgend welche Einschränkungen unseres Einflusses, irgend welche Teilungen der Einflußsphären auf der Balkanhalbinsel, irgend welche Konzessionen Rußlands zu Gunsten Österreich-

Ungarns oder Österreich-Ungarns zu Gunsten Rußlands enthält das Übereinkommen nicht. Unter anderem ist das Geschick Bosniens und der Herzegowina mit keinem halben Worte in ihm erwähnt. In unserer Vereinbarung mit Österreich-Ungarn findet sich auch nicht der geringste Hinweis auf obligatorische gemeinsame Schritte, die bei einer normalen politischen Sachlage zu tun wären. Der Gedankenaustausch kann uns zu parallelem Vorgehen veranlassen, wenn es erforderlich erscheint, wie z. B. in dem jetzigen Augenblick in Anbetracht der mazedonischen und albanesischen Ereignisse, aber unser Vorgehen muß nicht unbedingt dasselbe sein. Unser Regierungscommuniqué über die Reformen war z. B. in anderen Ausdrücken abgefaßt als das österreichische, und in Wien hat man es durchaus natürlich und passend gefunden, daß wir der historischen Aufgaben Rußlands Erwähnung taten und das Versprechen abgaben, die slavischen Interessen nicht unbeschützt zu lassen. Überhaupt hat Rußland weder im Jahre 1897 noch später das geringste von seiner politischen Freiheit auf der Balkanhalbinsel preisgegeben, es hat die völlige Unabhängigkeit seiner Beziehungen zu den Regierungen der Balkanstaaten gewahrt und sich selbstverständlich nicht verpflichtet, irgend jemanden über seine Handlungsweise Rechenschaft abzulegen oder in jedem einzelnen Falle mit Österreich-Ungarn in Verhandlungen zu treten. Unsere Vereinbarung mit Österreich-Ungarn hört nicht dann auf, wenn wir oder die Österreicher in dem einen oder anderen Falle nicht bei einander Rat holen, sondern in dem Moment, wo der erste österreichische Soldat Altserbien betritt oder Rußland eine ähnliche Maßregel trifft, die mit der Wahrung des status quo auf der Balkanhalbinsel nicht übereinstimmt. Der Inhalt des russisch-österreichischen Abkommens ist also im höchsten Grade einfach und nicht einengend. Bedeutet das, daß es wenig Wert hat? Durchaus nicht. Im Gegenteil, es hat eine wichtige praktische Bedeutung, denn es gibt den Beziehungen der beiden Nachbarstaaten diejenige Grundlage, die ihnen die wertvollste sein muß — das Vertrauen zur beiderseitigen Friedensliebe. Auf beiden Seiten muß man sich jedoch auf der Höhe der Situation zeigen, und in dem gegebenen Augenblick ist es vielleicht am wünschenswertesten, daß sich die Agenten des österreichischen Ministeriums des Auswärtigen in Altserbien und den benachbarten Ländern genauer nach der offiziellen Wiener Politik richten und nicht überflüssiger Weise den Verdacht der russisch-slavischen Welt wachrufen."

Das ist zwar nicht die Politik der „Nowoje Wremja", aber außerordentlich interessant als erste authentische Darlegung des Inhalts der österreichisch-russischen Verständigung von 1897 und zugleich als nicht mißverständliche Weisung an die russische Presse, mit den Angriffen gegen Österreich-Ungarn einzuhalten. Uns erscheint nebenher aber die Tatsache wichtig, daß die Leitung der Auswärtigen Politik Rußlands sich immer häufiger in die Notwendigkeit versetzt sieht, ihr friedliches Verhalten nach außen hin vor dem eigenen Lande

zu verteidigen. Gewiß ein Zeichen, daß die Balkanangelegenheiten die Nation erregen und, wie man aus der Schlußbetrachtung folgern muß, zugleich ein Wink nach Österreich hin, damit es seine politischen Agenten unter schärfere Kontrolle nehme.

Wir haben aber aus dieser offiziösen Kundgebung noch einen Satz hervorzuheben, der an der Spitze des von uns wiedergegebenen Abschnittes stand und folgendermaßen lautet: „Uns ist eine normale Entwickelung der nachbarlichen Beziehungen zwischen Österreich und Rußland höchst erwünscht im Hinblick auf Möglichkeiten, die sich aus den bestehenden internationalen und anderen Interessen ergeben. Daß aber unsere Ansicht in der Tat auf ernster Grundlage ruht, wird am besten durch das Faktum bewiesen, daß die russisch-österreichische Verständigung die äußerste Unzufriedenheit des offiziellen Deutschland erregt, das gegen dasselbe schon gewisse Schritte getan, aber bisher noch keinen Erfolg gehabt hat."

Wir gestehen, diese Ausführungen nicht recht zu verstehen. Das russisch-österreichische Abkommen über die beiderseitige Balkanpolitik ist nicht nur mit unseren Interessen vereinbar, sondern entspricht ihnen im allerhöchsten Grade, da es an einem meistgefährdeten Punkte den Weltfrieden sichert. Jeder Schritt dagegen wäre also indirekt eine gegen uns selbst gerichtete Maßregel.

Dagegen würde der merkwürdige Schachzug des russischen Offiziosus sich aus der Erwägung erklären, daß vor der öffentlichen Meinung Rußlands, bei ihrer gegen uns verhetzten Stimmung, das Argument, daß Deutschland die österreichisch-russische Verständigung perhorresziere, von durchschlagender Wirkung sein muß. Und so werden sich die Dinge wohl auch verhalten.

Abgesehen von diesen polemischen Streifzügen im eigenen Lager und vor fremden Zelten erscheint uns die Haltung des offiziellen Rußland in der Balkanfrage höchst erfreulich. Auch ist Rußland in seinen Bemühungen, den Sultan zu energischem Vorgehen in Albanien und zu weiterer Entwickelung der Reformarbeit zu bewegen, wie aus den Zeitungen zu ersehen ist, von Deutschland lebhaft und erfolgreich unterstützt worden. Die Gefahr liegt in der Ruchlosigkeit der mazedonischen Komitees, aber schließlich läßt sich hoffen, daß auch sie den Boden verlieren werden.

Im Augenblick beschäftigen die marokkanischen Angelegen-

heiten das politische Interesse noch mehr als die mazedonischen. Die Stadt Udida ist von den Leuten Bu Hamaras eingenommen worden. Der Feldherr des Sultans und die Bevölkerung der Stadt sind auf französisches Territorium geflohen, auch soll ein Kampf in der Nähe von Tanger zwischen den Gharbiastämmen stattgefunden haben. Auch um Mequinez soll angeblich zwischen den Bewohnern der Stadt und einem revoltierenden Stamm, den Zemmur, gekämpft werden. Endlich wird einerseits behauptet, daß Bu Hamara Taza verlassen habe, um Fez anzugreifen, während es andererseits heißt, daß Abdul Azis in Begleitung seines Bruders Mulay Mohammed mit 8000 Mann gegen Taza anrücken. Da könnten die Gegner auf halbem Wege aufeinanderstoßen. Aber alle diese Nachrichten sind nicht unbedingt zuverlässig. Sicher ist nur, daß ein blutiger Bürgerkrieg durch ganz Marokko geht und daß alle am marokkanischen Handel interessierten Staaten darunter leiden. Schon jetzt haben alle Fremden das Innere des Landes verlassen, und es ist nicht anzunehmen, daß, wie immer der Ausgang des Kampfes fallen mag, die alte Freiheit des Verkehrs sobald im alten Umfange wird hergestellt werden können. Siegt der Prätendent, so kommt ein fanatisch fremdenfeindliches Regiment ans Ruder, siegt der Sultan, so wird er, um neue Erhebungen zu vermeiden, gleichfalls genötigt sein, den Europäern gegenüber größere Zurückhaltung zu zeigen. Die größte Gefahr aber liegt wohl in den Ansprüchen, die Frankreich verfolgt und die in der französischen Presse recht unverhüllt zum Ausdruck kommen. Man spricht geradezu von dem Recht Frankreichs auf eine Protektoratsstellung über Marokko. Wer die französische Politik auf diesem Boden verfolgt hat, weiß auch, daß solche Bekenntnisse ernst zu nehmen sind. Der eben jetzt gestürzte Gouverneur von Algier, Revoil, war so recht der Mann des Augenblicks, und wir verstehen daher den Sturm den seine Abberufung in den von Herrn Etienne geführten kolonialen Kreisen erregt hat. Aber Frankreich kann auf diesem Boden nichts tun ohne England, und es erscheint uns doch sehr zweifelhaft, ob das englische Kabinet zur Begründung eines Übergewichts der Franzosen die Hand bieten sollte. Das wäre ja ein zweites Tunis und könnte die Folge haben, daß die ganze mohammedanische Welt in Bewegung gerät. Vielleicht leben dann auch noch andere Ansprüche auf afrikanische Territorien auf, an denen

Krieg und Frieden des Orients hängt — so daß für jeden, der nicht darauf hinarbeitet, im Trüben zu fischen, die wünschenswerteste Wendung ein Sieg des Sultans ohne jedes Zutun europäischer Mächte sein muß.

Inzwischen weilt Präsident Loubet in Algier. Eine seiner Ansprachen, in welcher er an die von Napoleon nach Algier verschickten Republikaner erinnerte und dem Wunsche Ausdruck gab, daß Ähnliches sich in Frankreich nie wiederholen möge, hat in Paris unter den Anhängern des Ministeriums Combes böses Blut gemacht. Man glaubte in den Worten des Präsidenten eine Anspielung zu erkennen, durch welche er gegen die Ausweisung der Kongregationen Partei ergriff. Und das kann sehr wohl die Absicht gewesen sein. Frankreich ist nun einmal ein katholisches Land und hat den Katholizismus in allen seinen Erscheinungsformen hinzunehmen. „Es wird — soll Papst Leo XIII. kürzlich tränenden Auges gesagt haben — untergehen, wenn es fortfährt, die Kirche zu verfolgen.“ Nimmt man den Fall Revoil und die Angriffe von Jaurés, endlich den Lärm hinzu, den der Prozeß der Karthäuser notwendig machen muß, so ist es nicht undenkbar, daß Herr Combes und sein Ministerium darüber zu Fall kommen.

Jetzt scheint man von dem Besuch König Eduards VII., an den große Erwartungen geknüpft werden, eine Stärkung der Position des Ministeriums zu erwarten. König Eduard ist in Malta, wo ihn die Stürme der letzten Tage länger festgehalten haben, als er zu bleiben beabsichtigte. Dann geht er nach Italien und erst darauf nach Frankreich und bis dahin wird das Ministerium jedenfalls zusammenhalten. Man hofft zudem in Paris, daß der bevorstehende Rücktritt Prinettis Herrn Rattazzi zum Minister des Auswärtigen in Italien machen werde. Rattazzi aber gilt für einen Mann der union latine. Das „Journal des Débats“ wärmt dabei eine alte Geschichte auf, die ihrerzeit viel Lärm machte. „Bei einem der Besuche, die König Humbert am preußischen Hofe machte, hatten Crispi und Bismarck eine Kombination ausgeheckt, deren Folge der endgültige Bruch zwischen Italien und Frankreich, wahrscheinlich sogar ein Krieg sein sollte. Sie hatten nämlich abgemacht, daß der König von Italien den deutschen Kaiser nach Straßburg begleiten und dort eine Truppenrevue mitmachen solle. Alles war fertig, die Kaiserlichen Equipagen

für beide Herrscher waren schon unterwegs zur Hauptstadt des annektierten Landes, als Herr Rattazzi seinem Gebieter alle Folgen eines solchen Schrittes darlegte. Der gute König Humbert ließ sich durch seinen treuen Diener überzeugen, und Kaiser Wilhelm machte gute Miene zum bösen Spiel und hatte nichts gegen die Entscheidung seines Königlichen Gastes einzuwenden. So wurde der verhängnisvollen Einladung, die, auf Betreiben der beiden Frankreich feindlichen Minister, der König bereits angenommen hatte, nicht Folge geleistet. Damit leistete Herr Rattazzi an jenem Tage Italien, Frankreich, ja ganz Europa einen großen Dienst, denn Europa hätte bei einem Konflikt zwischen Frankreich und der Tripelallianz schwer gleichgültig bleiben können.“ Daher, so schließt das „Journal“, könnte König Victor Emanuel keine bessere Wahl treffen, als wenn er Herrn Rattazzi zum Nachfolger Prinettis mache.

Gemeint ist natürlich der Besuch, den König Humbert in Begleitung Crispis im Mai 1889 in Berlin machte, und wir erinnern uns wohl, daß nachträglich in französischen Blättern ähnliche Gerüchte auftauchten, wissen aber nicht, ob Rattazzi damals in dem allerdings zahlreichen Gefolge des Königs sich mitbefand. Sollte er dagewesen sein und wirklich durch seinen Einspruch einen geplanten Besuch des Königs in Straßburg verhindert haben, so ist er sehr kleinmütig gewesen. Die Franzosen hätten während des Aufenthalts des Königs in Straßburg wahrscheinlich in ihren Blättern tüchtigen Lärm gemacht, aber sie hätten sich wohl gehütet, auch nur einen Soldaten in Bewegung zu setzen, hätten sie aber — wider alle Wahrscheinlichkeit einen Angriff gewagt, so hätte wegen des frivolen Vorwandes zu dem sie griffen, gewiß keine andere Macht Europas ihnen zur Seite gestanden. Auch Kaiser Alexander III. nicht, denn er war ein rechtlicher Mann. Wir hätten die ganze aufgebauschte Angelegenheit nicht erwähnt, wenn es nicht Beachtung verdiente, daß ein ernstes Blatt wie das „Journal des Débats“, dessen Fühlung mit dem Quai d'Orsay wohl bekannt ist, noch heute mit solchen unklar gedachten chauvinistischen Torheiten auftreten kann und wenn nicht auch der Präsident Loubet in Algier Elsaß-Lothringen zum Gegenstande seiner Reden gewählt hätte. Man sucht sich heute in Frankreich an allem möglichen zu erhitzen und verfällt dabei in allerlei Illusionen, die den Anstrich des Lächerlichen haben. So hieß es, das

nach Kiel geladene amerikanische Geschwader werde in Marseille eintreffen, dagegen Deutschland nicht berühren. In Marseille wird aber das amerikanische Mittelmeergeschwader Anker werfen, nicht jenes für die Azorenreise bestimmte andere Geschwader, das wie neuerdings gemeldet wird, nun doch nach Kiel kommen soll. Wie dem auch sei, zu dem Jubel über die franzosenfreundliche und die andere angeblich deutschfeindliche Demonstration der Vereinigten Staaten war also geringer Anlaß. Daß die Franzosen sich die Dinge so zurecht gelegt haben, kann uns übrigens nicht Wunder nehmen, es paßt in das aufgeregte Treiben, in dem sie sich heute gefallen; wohl aber ist es beschämend, daß in unserer Presse die angebliche Niederlage, welche die abgelehnte Einladung für uns bedeuten sollte, in ganz ungehöriger Weise breitgetreten würde. Die Ablehnung wäre eine Unhöflichkeit gewesen, aber sie hätte nicht uns, sondern denjenigen, die sie sich zu schulden kommen ließen, zur Unehre gereicht. Ob nach den Unfreundlichkeiten, in denen sich die gelbe Presse Amerikas in letzter Zeit gegen uns gefallen hat, und nach der Rede des Generals Dewey es nicht besser gewesen wäre, minder entgegenkommend unsererseits zu sein, das ist eine andere Frage, die wir hier nicht erörtern wollen.

In England beginnt die Stellung des Ministeriums unsicher zu werden. Schon der Abfall der Jung Torys war nicht unbedenklich. Jetzt hat sich eine „unabhängige Arbeiterpartei" unter Führung von Keir Hardie konstituiert, die weder mit den Liberalen noch mit den Konservativen wählen will, sondern darauf ausgeht, nach irischem Muster zwischen den Parteien zu stehen, möglichst viele Arbeiter ins Parlament zu bringen (bisher sind es erst 4) und dann in den Parteikämpfen das Zünglein an der Wage zu bilden. Noch lassen sich die Konsequenzen dieser neuen Parteibildung nicht absehen. Es wird darauf ankommen, mit welchem Erfolge sie bei den Wahlen arbeitet, und es ist zunächst nicht günstig für sie, daß die große Gruppe der Bergwerksarbeiter sich ihr nicht angeschlossen hat. Aber verkennen läßt sich nicht, daß ein neues Element in das politische Leben Englands einzudringen bemüht ist.

Die Nationalkonvention von Irland hat sich für das Wyndhamsche Agrarprogramm (Auskauf der Landlords!) ausgesprochen, aber sie hat zugleich nachdrücklich auf Homerule bestanden und es ist ein merkwürdiges Zeichen der Zeit, daß Sir Wilfried Laurier, der

Ministerpräsident von Kanada, eben jetzt sehr nachdrücklich für die irischen Forderungen eingetreten ist. Er wünscht für Irland eine ähnliche Stellung, wie Kanada sie England gegenüber einnimmt. Aber das wäre nur möglich, wenn Irland von England ebenso weit weg läge wie Kanada, und so hat Balfour denn auch sehr entschieden erklärt, daß von der Annahme des Homerule keine Rede sein könne. Wir ziehen daraus den Schluß, daß auch, nachdem die irische Landbill Gesetz geworden sein wird, die Iren in der Opposition beharren werden.

23. April. König Eduard VII. in Neapel.
23. April. Das Judengemetzel in Kischinew.
24. April. Rußland macht die Räumung der Mandschurei von der Erfüllung neuer Forderungen abhängig.
26. April. König Eduard VII. in Rom.
28. April. Ablehnung der russischen Forderungen durch China.

29. April 1903.

Nur mit wenigen Worten wollen wir heute die Lage der internationalen Beziehungen berühren, um etwas eingehender bei der Frage der Reichseisenbahnanleihe für unsere afrikanischen Kolonien verweilen zu können.

Im europäischen Orient haben die Verhältnisse sich nur in soweit verändert, als über den guten Willen der Pforte, die Albaner zur Ruhe zu bringen, bei allen besonnenen Beobachtern kaum noch ein Zweifel besteht. Neben dem Aufwande an militärischen Kräften, durch den sie auf die Albaner drückt, sucht sie zugleich durch Verhandlungen mit den einzelnen Häuptlingen — so darf man wohl sagen — zur Herstellung geordneter Zustände zu wirken. Das aber ist gewiß der richtige Weg: Zuckerbrot und Peitsche, anders lassen diese schwer zu disziplinierenden Massen sich nicht in Ordnung halten. Das beunruhigende Element ist nächst Albanien immer noch die organisierte mazedonisch-bulgarische Verschwörung, die in stets erneuter Bandenbildung und blutigen Repressalien ihren Ausdruck findet, wenn es auch schon als ein günstiges Zeichen zu betrachten ist, daß die Ostertage ohne besondere Ereignisse hingegangen sind. Daß Fürst Ferdinand sich auf Reisen begeben hat, wird ebenfalls für ein Anzeichen von guter Vorbedeutung gehalten; aber wir müssen gestehen, daß wir diesem Omen gegenüber skeptisch sind. Der Fürst liebt es gerade fern zu sein, wenn Dinge vor sich gehen, für die er die Verantwortlichkeit abschütteln möchte, und das wäre immerhin auch jetzt möglich. Der fortgesetzten Preßkampagne zwischen Rußland und Österreich-Ungarn legen wir keine größere Bedeutung bei; beide

Mächte halten zum Programm von 1897 und solange das der Fall ist, wird auch der Friede erhalten bleiben. In England hat sich die Lage für das Ministerium wesentlich durch die Rede des Schatzkanzlers Mr. Ritchie gebessert, der seinen Bericht über das nächste Budget mit der Ankündigung eines Überschusses von 10816000 Lstr. schließen konnte. Er schlug unter lautem Beifall des Hauses vor, die Einkommensteuer um 4 Pence herabzusetzen und vom 1. Juli ab die Kornsteuer aufzuheben. Ein zweiter Schritt des Ministeriums, die Gunst der öffentlichen Meinung, die sich von ihm abzuwenden begann, wieder zurück zu gewinnen, war die ablehnende Haltung, die es den Verhandlungen gegenüber zeigte, die auf eine Beteiligung Englands an der Bagdadbahn hinzielten. Die russische Presse ist damit natürlich im höchsten Grade zufrieden, und die „Nowoje Wremja" schließt ihre Beobachtung über diese Dinge charakteristischer Weise folgendermaßen: „Wir wollen hoffen, daß das Beispiel Englands den nötigen Eindruck jenseits des Kanals macht, und daß unsere Bundesgenossin endlich einsehen wird, daß sie in ihrem eigensten Interesse sich ebenfalls von jeder Teilnahme am Bau der Bagdadbahn loszusagen hat". Es ist das wohl die schärfste Kritik, die an dem törichten Jubel geübt werden kann, den die englische Presse jetzt in der Bagdadangelegenheit angeschlagen hat.

Uns hat sich dabei eine Beobachtung aufgedrängt, die, wenn sie das richtige treffen sollte, politisch wichtig wäre. In der Bagdadeisenbahnfrage, wie in allen Fragen, wo das russische Interesse mitspielt, haben wiederum die Männer der „National Revue" und ihrer Ableger am lautesten die Stimme erhoben. Sie treten auch für möglichste Zurückhaltung in der Mandschureifrage ein, die jetzt infolge der Bedingungen, an welche die russische Regierung durch den Chargé d'Affaires Plankon die Räumung geknüpft hat, plötzlich akut geworden ist. Diese Bedingungen würden, wenn sie von China anerkannt werden, die Mandschurei tatsächlich zu einer russischen Provinz machen, wogegen wir unsererseits, beiläufig bemerkt, nichts einzuwenden hätten, da kein deutsches Interesse auf diesem Boden mitspielt. Bedenkt man nun, daß die Herren Wesselitzki, Tatischtschew und Genossen in der „National Revue" (von der ein so einsichtiger politischer Kopf wie Jacques Bardoux sagt: revue soutenue matériellement et inspirée intellectuellement par le Times) mit aller

Kraft für das Phantom der russisch-englischen Allianz, und für das andere Phantom der Weltallianz gegen Deutschland eintreten, so liegt der Schluß nahe, daß es sich um eine bewußte und wohlberechnete Aktion handelt, welche das englische Interesse von Asien abzulenken bemüht ist. Natürlich kann die russische Diplomatie sich einen solchen Bundesgenossen gefallen lassen, und das erklärt, daß diese Herren zugleich als Korrespondenten in den Spalten der „Nowoje Wremja" wiedererscheinen. Es ist eine Suggestion, die von ihnen ausgeht, und nach der asiatischen Seite hin hypnotisierend auf die Engländer wirkt. Wir erinnern uns eines Artikels, der im Januar 1902 in der „National Revue" erschien und „russian Diplomatist" unterzeichnet war, höchst wahrscheinlich aber von Herrn Tatischtschew herrührte, der ja ein vielgestaltiger Proteus ist. Hier trat diese hypnotisierende Absicht ganz deutlich hervor und das Schlagwort war einer Rede Palmerstons entnommen: „Sobald Rußland und England sich verständigen, ist der Friede in Asien gesichert!" Gewiß, das war damals richtig, und ist es zum Teil noch heute, wenngleich diese beiden Mächte nicht mehr die einzigen sind, die wichtige Interessen in Asien zu verfolgen haben. Nur hat sich bisher stets gezeigt, daß die Verständigung zu einem Vorschreiten Rußlands und zu einem Rückzuge Englands führte: Das ist die Geschichte Zentralasiens in den letzten 50 Jahren und scheint auch die Geschichte Ostasiens werden zu wollen.

Was uns an der gegenwärtigen Situation bedenklich scheint, ist die Rückwirkung der ostasiatischen Krisis auf den kleinen Orient. Trotz aller Neigung zu einer Verständigung mit Rußland, fühlt man sich in London bedrückt, und zudem durch die japanische Allianz an der eigenen freien Bewegung behindert, so daß zurzeit nichts erwünschter sein könnte, als eine Fesselung der russischen Macht durch die Ereignisse, die sich am Balkan abspielen. So erklärt sich uns der geflissentliche Pessimismus, mit dem die albanischen und mazedonischen Angelegenheiten beurteilt werden, und die hier und da auftauchende Erinnerung an die armenischen Greuel, an das Wort vom „unaussprechlichen Türken" und andere ähnliche Reminiszenzen und moralische Anwandlungen. Bei den Vereinigten Staaten, die gleichfalls den russischen „Bedingungen" ihre Aufmerksamkeit zuwenden, weil sie sich nicht von dem Anteil an Ausnutzung der mandschurischen

Reichtümer ausschließen lassen wollen, spielen weder die englischen, noch die japanischen Motive mit, sondern handelspolitische Interessen, so daß an einen gegen Rußland gerichteten Dreibund nicht gedacht werden darf. Nicht an der Räumung der Mandschurei, sondern an der Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür ist ihnen gelegen.

Wie weit die mit der Reise König Eduards nach Paris in Zusammenhang gebrachten Bemühungen Englands um eine volle Verständigung mit Frankreich durch die gegenwärtige Lage bedingt wurden, wollen wir heute nicht erörtern. Es ist ein kompliziertes und widerspruchsvolles Spiel, das gespielt wird, und wir werden ihm aufmerksam folgen, aber wenn wir nicht irren, ist die Spannung, mit der man ihm in Petersburg folgt, noch weit größer.

Was wir an England immer aufs neue bewundern, ist die Stetigkeit, mit der es trotz aller inneren und äußeren Schwierigkeiten seinen großen Kulturarbeiten auf kolonialem Boden nachgeht. Wer die Tätigkeit der Engländer auf diesem Gebiete verfolgt, versteht auch den Stolz, mit dem sie auf andere Nationen herabsehen. Sie fühlen sich mit Recht als Führer in dem großen Werk der Erschließung und Zivilisierung der Welt, und haben nach dieser Richtung hin mehr getan, als alle übrigen Nationen zusammengenommen. Eben jetzt haben sie der Welt wieder einen Beweis ihrer Energie gegeben durch die Rastlosigkeit, mit der sie den Ausbau ihrer afrikanischen Eisenbahnen selbst während der schweren Zeit des südafrikanischen Krieges fortgesetzt haben. Uns liegt der Bericht vor, den einer der Direktoren der British South Africa Company, J. F. Jones Esq., am 5. Februar 1903 zur Information der Aktionäre erstattet hat. Es handelt sich dabei speziell um Rhodesia, das über kurz oder lang wohl eine der allerwichtigsten und reichsten afrikanischen Kolonien Englands sein wird. Jones betont nachdrücklich, daß alles, was bisher geschehen sei und für die Zukunft geplant werde, bereits in festen Strichen von Cecil Rhodes vorgezeichnet und vorbereitet wurde. Im Jahre 1889 erhielt die B. S. Afr. C. die Genehmigung zum Bau einer Eisenbahn aus der Diamantenstadt Kimberley nach Vryburg. Jetzt sind bereits in Betrieb: die Linie Vryburg—Bulawayo, das ist 586 engl. Meilen, Bulawayo—Salisbury, 300 Meilen, Salisbury—Mutali, 170 Meilen, Mutali—Beira, 205, und die Zweigbahn Bulawayo—Wankie (NB. ein unerschöpfliches Lager edelster

Kohle), 161, weitere 554 Meilen Eisenbahn sind teils im Bau begriffen, teils projektiert und finanziell gesichert.

In Summa hat England in Südafrika bis zur Stunde die folgenden Eisenbahnstrecken fertig: in Rhodesia 2193 Meilen, in der Kapkolonie 2396, in Natal 612, in Oranjekolonie 442, endlich in Transvaal 895, das gibt zusammen 6538 Meilen und ist doch nur ein Teil, wenn auch der größere des für diese Gebiete geplanten und, daran ist kein Zweifel, auch in nicht ferner Zukunft durchgeführten Systems von Eisenbahnen.

Das weitere Ziel geht nämlich zunächst von den Wankie Kohlenfeldern zu den Viktoriafällen, deren elektrische Kraft man nach australischem Vorbilde in einem Umkreise von 300 Meilen nutzbar zu machen denkt. Von den Viktoriafällen geht die Linie nordöstlich bis zu den Silberwerken von Sitanda, und diese Linien sind bereits für den Bau in Angriff genommen. Nur projektiert, aber sicher auch noch von der heutigen Generation gebaut, ist die Fortsetzung von Sitanda bis zur Südgrenze des Kongostaates und von dort über Serenje an das südliche Ufer des Tanganyika-Sees bei Aberkorn und Kituta. Von dort aus aber will man in südöstlicher Richtung bei Karonga den nördlichen Nyassa-See erreichen, dessen Südende von Chiromo aus bei Port Johnston erreicht werden soll (diese Strecke ist in ihrem südlichen Teil bereits in Angriff genommen). Wir bitten den Leser, sich diese Linien auf der Karte anzusehen, und so eine Vorstellung von der Großartigkeit des Unternehmens zu gewinnen und bemerken dabei, daß die Engländer von diesen Hauptlinien überall sofort Nebenlinien abzweigen, wo eine Ausbeute an Mineralien oder anderen Naturschätzen es wünschenswert erscheinen läßt. Von Bulawayo führt so eine Zweigbahn zu den Goldwerken des Gwandadistrikts, von Gwelo nach Selukwe usw. Über alle diese Werke, ihren Ertrag und ihre Ertragsaussichten für die Zukunft, über die Arbeiterverhältnisse, die Aussichten der aufblühenden Landwirtschaft, über das bewundernswürdig geordnete Post-, Telegraphen- und Telephonwesen gibt der Jonessche Bericht eingehende Auskunft. Es fiel nicht in den Plan dieses vielleicht etwas sanguinisch gefärbten, in allem Tatsächlichen aber entschieden zuverlässigen Berichts, auch auf das neue große Projekt hinzuweisen, das bestimmt ist, vom portugiesischen Port Alexandre aus über Otavi erst durch unser Territorium, dann

durch Betschuanaland in Gaberones den Anschluß an die große Eisenbahnlinie zu finden, die Kapstadt mit Beira, in Zukunft mit dem Tanganyika und Nyassa und in weiterer Zukunft vielleicht auch mit Kairo und Alexandria verbinden wird. Aber wie großartig ist das alles gedacht, mit welcher Umsicht sind diese Schienenwege angelegt, und vor allem wie sehr hat die Initiative einzelner Menschen, die Teilnahme der öffentlichen Meinung des Landes, die nie versagende Hilfe des Parlaments, die Kühnheit und der Fernblick der englischen Kapitalisten dazu beigetragen, daß dieses Riesenwerk in wenigen Jahren zur Wirklichkeit werden konnte? Und doch ist das nur ein Teil dessen, was England in Afrika geleistet hat. Die ägyptische Bahn und ihre Fortsetzung nach Dongola, Chartum und Suakim, die Ugandabahn und endlich die zwar kleineren, doch auch bedeutsamen Bahnen des Westens zeigen uns denselben Geist der Tatkraft und dieselbe Einsicht in die Bedürfnisse der Gegenwart und die Möglichkeiten der Zukunft. Eine ähnliche Energie hat Frankreich mit seinen Eisenbahnen in Algier und Tunis und längs der Ostgrenze Marokkos am Senegal, am oberen Niger und so fort entfaltet, während der Kongostaat sich durch seine Bahn zur Umgehung der Kongofälle den ganzen ungeheueren Strom und seine Zuflüsse erschlossen hat.

Da fragt man wohl, was wir dagegen zu setzen haben? Schwerlich wird man unserer Kolonialpolitik vorwerfen können, daß sie allzu kühn und unternehmungslustig gewesen sei! Wir haben, seit die Umrisse unseres Kolonialbesitzes einmal gezogen waren, für die Aufschließung des Landes ganz erstaunlich wenig getan, und dieses Wenige und Unzulängliche einem Reichstage abringen zu müssen, dessen Majorität die Probleme der großen Weltpolitik von einem Standpunkte aus zu beurteilen scheint, der hinter 1870 zurückliegt. Wenn die kolonialen Fragen zur Beratung kommen, hat man häufig den Eindruck, als solle den Kolonien überhaupt der Prozeß gemacht werden, und als sei auch unserer Regierung dieser Haltung der Volksvertretung gegenüber, die Freudigkeit der Arbeit und der Glaube an große Erfolge verloren gegangen, sowie die Zuversicht, daß eine Arbeit in großem Stil auf diesem Felde überhaupt möglich sei. Jedenfalls ist es leichter, für alles andere Mittel bewilligt zu erhalten, als für die Kolonien, die, wie es scheint, bestimmt sind, unter all den kleinlichen und pedantischen Charaktereigenschaften zu leiden,

die uns im Blute liegen. Selbst das ausgezeichnete Buch von Professor Hans Meyer: „Die Eisenbahnen im tropischen Afrika" steht unter dem Drucke dieser entmutigenden Tatsachen, es ist in dem von ihm als wünschenswert bezeichneten Eisenbahnprogramm außerordentlich bescheiden. Wir wollen dieses Programm, soweit Togo und Kamerun in Betracht kommen, voll akzeptieren. Ist es auch ein Minimum, so wird man den Gründen zustimmen müssen, die ihn bewogen haben, sich damit zu bescheiden, und auch seinen Bedenken gegen die deutsch-ostafrikanische Zentralbahn wollen wir uns anschließen, wenn wir die Mrogorobahn und die Südbahn von Kilva an den Nyassasee erhalten. Keineswegs aber vermögen wir uns ihm da anzuschließen, wo er die zukunftsreichste unserer Kolonien, Südwestafrika, anfaßt. Wir sind mit ihm der Ansicht, daß ein Anschluß unseres Bahnsystems an die große Linie, die von Porto Alexandre nach Prätoria hinführen wird, ganz unerläßlich ist, und teilen die kleinmütigen Befürchtungen nicht, die daran geknüpft worden sind, aber die conditio sine qua non ist uns der weitere Ausbau eines umfassenden Systems von Eisenbahnen für unser Gebiet. Zweifellos wird zunächst die Linie Swakopmund—Windhoek besser gelegt und der Kapspur angepaßt werden müssen. Dann käme die Linie Ottavi—Karibib nach Norden und die Linie Windhoek—Keetmanshoop nach Süden, endlich die Verbindung der Lüderitzbucht mit Keetmanshoop. Das ist das mindeste und unerläßliche, wenn wir nicht die durch die ungeheure Konkurrenz Englands gefährdete Zukunft verspielen wollen. Wir meinen aber, daß mit dem bis heute befolgten System ängstlicher und kleiner Unternehmungen deutscher Kapitalisten sich nichts Wirksames erreichen läßt. Einmal stecken sie sich ihre Ziele nicht weit genug und zweitens drängt sich erfahrungsmäßig das englische Kapital in solche Unternehmungen hinein (conf die Otavi-Minen und Eisenbahngesellschaft)! Die Initiative und Führung muß dem Reich gehören und es muß endlich einmal mit wirklich reichen Mitteln an die dringendsten Vorbedingungen zur Kolonisierung des Landes geschritten werden. Daß es sich um eine Kapitalanlage handelt, die nicht von heute auf morgen rentieren kann, liegt ja auf der Hand; für eine nicht zu ferne Zukunft aber bietet sie die größten Aussichten und schon heute steht fest, daß sowohl der Minen-Industrie wie der Landwirtschaft (Ackerbau wie Viehzucht)

ungeheuere Gebiete erschlossen werden können. Nur so endlich können wir einen größeren Zuzug von Kolonisten gewinnen, durch den erst in Wirklichkeit ein deutsches Gegengewicht den von Osten her drängenden englischen Elementen entgegengehalten werden kann. Denn daß die Schwäche unserer Ansiedlungen, d. i. die geringe Zahl der Deutschen, eine Gefahr in sich schließt, darüber wird niemand in Zweifel sein, der über das Heute hinausdenkt. Bekanntlich danken wir die Existenz der Eisenbahn Swakopmund—Windhoek der Initiative des Reichs; Staatssekretär v. Richthofen hatte den Mut, die Verantwortung auf sich zu nehmen, und mit dem Material der Armee ist die Bahn dann auch fertiggestellt worden. Ohne das energische Eintreten des Reichs aber wird es auch in Zukunft nicht gehen, nur hoffen wir, daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung diesmal auch der Reichstag mitmachen wird. Eine große Anleihe, die uns die Möglichkeit bietet, die Südbahn zum Nyassa und die südwestafrikanischen Linien, so wie wir sie aufgeführt haben, auszubauen, das ist es, was uns jetzt zumeist not tut. Das Heranziehen von Einwanderern, wozu gerade die Verdrängung der deutschen Kolonisten aus Rußland eine unvergleichliche Gelegenheit bietet, wäre ein weiterer Schritt, den wir tun müssen. Und dabei sollten die Opfer nicht gespart werden. Nicht einzelne Abenteurer, sondern Ackerbauer und Arbeiterfamilien brauchen wir, und ist erst ein Stock von Ansiedlern untergebracht und eingewurzelt, so wird es ihnen an Nachzug nicht fehlen.

Es ließe sich noch vieles sagen, aber wir brechen ab und hoffen auf eine ernste patriotische Behandlung der Frage in unserer Presse. Wir müssen erst beweisen, daß wir auch ohne uns an Engländer oder Amerikaner zu lehnen, auf eigene Hand und zu eigenem Vorteil zu kolonisieren verstehen. Wir müssen erst beweisen, daß das Wort des Fürsten Bismarck: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!“ eine Wahrheit nicht nur für ihn, sondern auch für uns ist. Wir leben seit Jahrzehnten in stetem Kriegsgeschrei und haben Gewehr bei Fuß gestanden. Der Friede ist uns gewahrt geblieben und wir wissen, daß wir ihn zu verteidigen stark genug sind. Aber wir haben uns durch diesen Lärm von unseren Aufgaben in den Kolonien und damit auch von den Pflichten, die wir der Zukunft, unseren Kindern und Kindeskindern gegenüber haben, abziehen lassen.

Auch die anderen Nationen, namentlich England und Rußland, haben unter dem Kriegslärm, und was mehr ist, unter steten kriegerischen Unternehmungen zu leiden gehabt. Sie haben sich dadurch an ihren kolonisatorischen Pflichten und Zielen nicht irre machen lassen. Mit immer offenen Händen hat die Regierung sie unterstützt. Die Ugandabahn ist ganz auf Staatskosten gebaut worden, an anderen Bahnen hat sie einen reichen Anteil gehabt. Die sibirische und mandschurische Bahn sind ausschließlich aus der Initiative des Staats hervorgegangen und mit seinen Mitteln verwirklicht worden. Nur wir haben uns durch die tapferen Reden einer Opposition, die nur zu kritisieren und nicht zu bauen vermag, lähmen lassen, und wenn nicht der großartige Aufschwung unserer Handelsmarine wäre, hätte man allen Glauben an die Fähigkeit des deutschen Genius, sich den veränderten Weltverhältnissen anzupassen, verlieren müssen.

Ein Volk, das nicht herabgehen will, braucht Ziele fruchtbarer Arbeit. Wir suchen sie in der Fremde und stärken damit die Kraft unserer wirtschaftlichen Gegner. Sollte nicht endlich der Augenblick gekommen sein, das eigene Haus auszubauen und aus unseren Kolonien das zu machen, was sich England aus seinen Kolonien gemacht hat: Quellen des Reichtums und der Macht und eine erweiterte Heimat für diejenigen Volksgenossen, denen es auf deutschem Boden zu eng geworden ist?

1. Mai. König Eduard VII. in Paris.
1. Mai. Ein italienisches Geschwader trifft in Saloniki ein.
2. Mai. Kaiser Wilhelm in Rom.
3. Mai. Die Loreley vor Saloniki.
6. Mai. Kämpfe zwischen Türken und Comitadschis.

6. Mai 1903.

Die antienglischen Kundgebungen, mit denen ein Teil der nationalistischen Presse Frankreichs in den letzten 14 Tagen drohte, sind erfreulicherweise nicht Wirklichkeit geworden. König Eduard VII. ist in durchaus würdiger Weise in Paris empfangen worden, ohne alle chauvinistischen Zwischenfälle, und damit ist dem „höflichsten Volke der Welt", wie die Franzosen sich gern in früheren Jahren nennen ließen, eine peinliche Beschämung erspart worden. Aber ein Symptom der fortgeschrittenen Demokratisierung der dritten Republik ist es doch, daß die Frage der Insultierung des königlichen Gastes überhaupt diskutiert werden konnte und daß Déroulède, um den Haß seiner Gesinnungsgenossen von England abzulenken, den stärkeren und tiefer sitzenden Haß gegen uns ausspielen mußte. Auch läßt sich nicht übersehen, daß jene Deklamationen gegen England nicht ohne politische Nachwirkung geblieben sind. Drei hochpolitische Organe, der „Temps", das „Journal des Débats" und das „Memorial Diplomatique" haben es doch für nötig befunden, auf das bestimmteste zu erklären, daß der Besuch König Eduards keinerlei politische Bedeutung habe, und das fällt um so mehr auf, als die gesamte englische Presse bemüht ist, aus der Pariser Reise des Königs ein hochpolitisches Ereignis zu machen. Aber die Erklärung für dieses entgegengesetzte Verhalten der Politiker diesseits und jenseits des Kanals ist nicht schwer zu finden. Frankreich hat nach den Verstimmungen, welche die Orientpolitik Delcassés in Petersburg hervorgerufen hatte, das dringende Bedürfnis, alles zu vermeiden, was weiteren Anstoß erregen könnte, und ist entschlossen, sich unter keinen Umständen von der russischen

Allianz abdrängen zu lassen. In England hält man offenbar diese letzte Eventualität nicht für ausgeschlossen, und nachdem die Anläufe zu der russisch-englischen Allianz, auf welche die Männer der „National Review" hinarbeiten oder doch hinzuarbeiten vorgeben, immer wieder aufs neue durch die Ereignisse ad absurdum geführt worden sind, sucht man wenigstens in Petersburg die Vorstellung zu erwecken, daß es doch Kombinationen gebe, bei deren Eintreten jene alliance franco-russe sich als wenig haltbar erweisen könnte.

Dem Beobachter, der von außen her dieses Spiel verfolgt, kann der Humor, der in der Sache steckt, nicht entgehen, da er mit absoluter Sicherheit den jedesmaligen Ausgang vorhersagen kann. Selbst die französischen Sozialisten dürfen es nicht wagen, an der russischen Allianz zu rütteln, und sie wollen es auch nicht, denn sie sind im Gegensatz zu dem Kosmopolitismus, der unserer Sozialdemokratie von ihren Stiftern und Führern aufgedrängt worden ist, doch trotz allem eine französisch-patriotische Partei, und das achten wir an ihnen, obgleich dieser Patriotismus sich zumeist gegen uns richtet. Bei uns in Deutschland hat man sich mit Recht daran gewöhnt, mit der alliance franco-russe als mit einer feststehenden Tatsache zu rechnen und sich auch auf die Möglichkeiten, die aus der Tatsache dieser Allianz folgen, wohl vorbereitet. In England ist das letztere auch geschehen und man hätte, als auf die Veröffentlichung des englisch-japanischen Vertrages die Ausdehnung der russisch-französischen Allianz auf Ostasien erfolgte, annehmen müssen, daß nunmehr, wie bei uns, so auch in London mit dieser Allianz als mit einem Definitivum gerechnet werden würde. Das aber ist keineswegs der Fall gewesen. Vielleicht infolge der widerspruchsvollen Haltung Delcassés in allen den Orient betreffenden Fragen, vielleicht in Erinnerung an die Zeiten, da man von den Westmächten als von einer zusammenhängenden politischen Gruppe sprach, am wahrscheinlichsten, weil es nun einmal in der menschlichen Natur liegt, das zu glauben, was man wünscht. Wir meinen dabei freilich nur die englische Presse; die nüchtern denkenden und rechnenden Männer, welche die englische Politik leiten, werden sich schwerlich solche Illusionen machen, wohl aber bereit sein, die Illusionen der anderen gelegentlich auszuspielen, als sei es ein stechender Trumpf.

Wie dem auch sei, sowohl in der marokkanischen, wie in der

mazedonischen und endlich in der mandschurischen Frage ist Frankreich russische und nicht englische Wege gegangen, wenn wir auch nicht übersehen, daß es Momente gegeben hat, in denen die französische Politik merklich ins Schwanken geraten war.

Daß das heutige Rußland, im Gegensatz zu der Stellung, welche die politische Presse des Landes noch vor kurzem einnahm, nicht wünschen darf, daß die marokkanische Krisis ihren lokalen Charakter verliert, erklärt sich aus der Erwägung, daß die mohammedanische Welt doch einen Zusammenhang darstellt, der über Nordafrika und Vorderasien nach Konstantinopel hinüberreicht, und daß die Rivalitäten, die durch ein Einschreiten europäischer Mächte an den Pforten des Herkules wachgerufen werden, analoge Prozesse an anderen umworbenen Punkten, ja bis an Dardanellen und Bosporus wachrufen können. Die orientalische Frage ist ein großes, wenn auch locker zusammenhängendes Ganze, und eben deshalb ist auch Frankreich, so groß die Versuchung war, und so rege das Interesse des parti colonial mitspielte, gewiß nicht ohne Zutun Rußlands außerordentlich zurückhaltend und korrekt in seiner marokkanischen Politik gewesen. Man sieht dem Bürgerkriege zu und wird den schließlichen Sieger als Herrn von Marokko anerkennen, das wird der Ausgang sein, der zunächst zu erwarten ist. Erst wenn die Ruhe hergestellt ist und der Staat wieder ein allgemein anerkanntes Haupt hat, werden wahrscheinlich Reklamationen, Entschädigungsansprüche, Garantieforderungen und ähnliche Nachwehen gestörten Friedens eine neue Periode der Beziehungen Marokkos zu den europäischen Mächten einleiten. Heute ist die Parole: Warten! und dabei dürfte es noch geraume Zeit bleiben.

Als wir vor 8 Tagen die mazedonischen Angelegenheiten streiften, wiesen wir darauf hin, daß es ein Trugschluß sei, wenn aus der Tatsache, daß Fürst Ferdinand von Bulgarien sein Land verlasse, auf einen günstigen Stand der Balkanangelegenheiten geschlossen werde, Fürst Ferdinand pflege vielmehr kurz vor Ausbruch großer Krisen auf Reisen zu gehen. Gleichsam als handle es sich um Feststellung eines Alibi. Es liegt uns fern, daraus den weiteren Schluß auf eine Mitschuld des Fürsten an dem Treiben der Bulgaren in Mazedonien zu ziehen, wohl aber meinen wir darin eine klägliche Ohnmacht zu erkennen, die, weil sie der Geister im Hause nicht Herr

zu werden vermag, das Haus verläßt, bis sie sich ausgetobt haben. Was jetzt in Mazedonien vorgeht, die Dynamitattentate in Saloniki, der Terrorismus der Banden der mazedonischen Komitees und der faktische Kriegszustand, der in Mazedonien durch das ganze Land geht, wäre nicht denkbar ohne ein Mittun von Personen, für deren Handlungen schließlich doch die bulgarische Regierung vor allem verantwortlich ist. Es steht zweifellos fest, daß das Dynamit aus Bulgarien eingeschmuggelt worden ist, und es sind bulgarische Offiziere, die an der Spitze der Banden des mazedonischen Komitees gefallen sind. Niemand anders als die bulgarische Regierung trifft die Schuld, daß Sarafow entkommen konnte und daß tatsächlich die Organisation noch fortbesteht, welche die ganze Bewegung leitet. Den ernsten Mahnungen, welche durch den Grafen Lamsdorff nach Sofia gebracht wurden, hat man nur scheinbar Folge geleistet, in Wirklichkeit ist es nicht besser, sondern in jeder Hinsicht schlimmer geworden. Gewiß trifft auch die türkische Regierung eine schwere Schuld. Sie kannte die Gefahr und war in den Ostertagen auf das Schlimmste wohl vorbereitet. Aber mit echt orientalischer Indolenz hat man, nachdem die kritischen Tage vorüber waren, die Hände in den Schoß gelegt und sich völlig überrumpeln lassen.

Es ist schwer zu sagen, was nunmehr geschehen wird. Vor allem wohl ist ein noch wesentlich verstärkter Druck Rußlands und Österreichs auf Bulgarien zu erwarten und ebenso ein entschlossenes Vorgehen der Türken gegen die bulgarischen Banden, die bisher fast regelmäßig mit nur geringen Verlusten entkommen sind. Seit diese Leute zu Dynamitattentaten gegriffen haben, werden wohl auch ihre Patrone in Rußland und im Abendlande nicht weiter für sie einzutreten wagen. Es ist eine barbarische Rasse, von wilden Instinkten, die nicht anders als gewaltsam gebändigt werden kann. Bulgarien sowohl, wie die Männer des mazedonischen Komitees haben sich moralisch ganz isoliert, und die Aussichten, die sich für ihre Zukunftspläne boten, mehr geschädigt, als auf irgend welchem anderen Wege möglich gewesen wäre. Merkwürdigerweise liegt aber gerade in den wirren Verhältnissen der Balkanhalbinsel für sie eine Art Assekuranz, man mag die ohnehin verwickelte Lage nicht noch durch eine neue Form der bulgarischen Frage verschärfen.

Neben diesen bulgarischen Dingen macht auch Albanien immer

noch Sorgen, wenngleich eine Wendung zum Besseren nicht zu verkennen ist. Am 18. April ist es zur Emeute eines Redif-Bataillons in Janina gekommen, die nicht ohne Blutvergießen bezwungen werden konnte, was dem türkischen Ansehen gewiß nicht förderlich ist, andererseits aber scheint es, daß der Widerspruch gegen die Reformen unter den Albanern abzunehmen beginnt. Das alles aber ist noch widerspruchsvoll und unklar, und gibt den Pessimisten, die trotz allem eine politische Katastrophe ankündigen, Raum für ihre Zukunftsspekulationen.

Fast dasselbe läßt sich von der plötzlich wieder auf die Tagesordnung gesetzten mandschurischen Frage sagen. Die ersten allarmierenden Nachrichten kamen aus japanischer Quelle; am Jaluflusse, hart an der koreanischen Grenze, waren Besitzstreitigkeiten zwischen Russen und Japanern so weit aufgebauscht worden, daß es darüber zu gereizten Auseinandersetzungen kam, die jedoch bald wieder verstummten. Man schien beiderseitig erkannt zu haben, daß es wegen derartiger Kleinigkeiten unmöglich zu einem ernsteren Gegensatz kommen durfte. Es wurde daher wieder still, bis am 23. April die englische Telegraphenagentur in scheinbar unanfechtbarer Form die Bedingungen mitteilte, die der russische Geschäftsträger Plankon dem Prinzen Tsching als conditio sine qua non der Räumung der Mandschurei, zugestellt habe. Es waren 8 Punkte, deren Inhalt sich im wesentlichen dahin zusammenfassen läßt, daß die Mandschurei den übrigen Nationen verschlossen, den Russen dagegen zu allseitiger Ausbeutung überlassen werden sollte. Eine wie es schien ebenfalls unanfechtbare chinesische Mitteilung bestätigt die Meldung des „Bureau Reuter". Darüber gab es nun große Erregung in Japan vor allem, dann aber auch in England und in den Vereinigten Staaten. Es wurde bereits von einer englisch-japanisch-amerikanischen Tripelallianz zur Wahrung der Integrität Chinas gesprochen. Unsere oft genannten Freunde in der englischen Presse aber gerieten wieder einmal in ein Stadium höchster moralischer Entrüstung, als sie sich davon überzeugten, daß die öffentliche Meinung Deutschlands diesen mandschurischen Dingen mit völligem Gleichmut gegenüberstand. Es kam aber bald zu einer zweiten, weit peinlicheren Überraschung, über welche man jedoch für gut fand, seinen Ärger völlig zu verbeißen. Die Vereinigten Staaten erklärten nämlich von vornherein, sie würden unter keinen Umständen sich anderen

Mächten zu gemeinsamer Aktion anschließen, sondern ihre besonderen Interessen selbst zu vertreten wissen. Dann aber kam von bestwissender Seite, d. h. vom russischen Auswärtigen Amt, die bestimmte Erklärung, daß jene Mitteilung des „Reuterschen Telegraphenbureaus" falsch sei; der Staatssekretär Hay in Washington betonte nachdrücklich, wie vollständig ihn die russischen Auskünfte befriedigt hätten, und auch Lord Lansdowne im Hause der Lords und der Unterstaatssekretär Cranborne gaben in identischen Erklärungen beiden Häusern des Parlaments zu wissen, daß keinerlei Grund zu Befürchtungen wegen russischer Absichten auf die Mandschurei vorliege. Damit wäre also bis auf weiteres diese Sache abgetan, aber sie hat interessante Streiflichter in die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft geworfen, die alle Beachtung verdienen. Zunächst ist es eine Bestätigung in praxi des von den Theoretikern der Monroedoktrin vertretenen Satzes, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen einer Koalition beitreten. Sie operieren auf eigene Hand. Damit aber fällt das letzte Ziel des englischen Imperialismus, der bekanntlich von der amerikanischen Allianz gleichsam die Krönung seines Werkes verlangte.

Der zweite Eindruck, den wir aus jenem mandschurischen „Viel Lärm um nichts" gewonnen haben, läßt sich weniger sicher feststellen, und er soll deshalb auch nur als ein rein subjektiver Eindruck hergesetzt werden. Es scheint nämlich, daß die englisch-japanische Allianz weniger fest fundiert ist, als gerade an dieser Stelle angenommen wurde, da vor bald anderthalb Jahren jene Allianz abgeschlossen wurde. Damals war der Eindruck, daß es in der Hand Japans liege, in den fünf Jahren, die das Bündnis läuft, den geeigneten Augenblick zu wählen, um seine Rechnung mit Rußland in Ordnung zu bringen. Nach der Haltung der japanischen Presse und des japanischen Parlaments, in dem alle Parteizwistigkeiten plötzlich zum Schweigen kamen, mußte man annehmen, daß nun jener Augenblick gekommen sei — er kam aber nicht, und Rußland hat durch jene Depesche der „Associated Preß", die die erste Verleugnung der 8 Punkte brachte, dann durch Erklärungen des russischen Botschafters den Engländern die nicht unerwünschte Möglichkeit gegeben, sich wieder davon zu überzeugen, daß in der Mandschurei alles in bester Ordnung ist. Japan ist, wenn wir recht sehen, für England ein Werkzeug, um einen starken diplomatischen Druck auszuüben, nicht ein Werkzeug

zu wirklich aktiver Politik, und zwar wird der Druck um so wirksamer, je entschlossener in Japan die Geister auf aktive Politik gerichtet sind. In England wünscht niemand einen Krieg mit Rußland. Das wäre ein großer Krieg, den die Mandschurei, die schließlich doch mehr das chinesische als das englische Interesse angeht, nicht wert ist. Und deshalb meinen wir, wird trotz des japanischen Bündnisses England in Ostasien fein ruhig bleiben, wenn nicht etwa Rußland an anderer Stelle so gebunden sein sollte, daß es nur mit einer Hand die Verteidigung führen kann. Und auch dann wird man sich zehnmal bedenken.

Das soll keine Unterschätzung der Macht Englands sein, sondern nur die Anerkennung der Tatsache, wie außerordentlich fest Rußland im großen Orient steht. Man kann ihm einen Tempoverlust im Vordringen abnötigen, aber es ist unmöglich, es dauernd zurückzudrängen. Auch wenn Rußland die Mandschurei räumen sollte, kann das nur unter Vorbehalten geschehen, die das Übergewicht Rußlands, wie es durch den Bau der mandschurischen Bahn begründet wurde, aufrecht erhalten. Eine Politik, die damit nicht rechnet, legt sich selbst Fallen und deshalb sind wir durchaus zufrieden, daß wir uns von diesen mandschurischen Dingen fern gehalten haben.

Einen kleinen Krieg — der, nach unserer ängstlichen Weise koloniale Dinge zu beurteilen, ein großer Krieg wäre — haben die Engländer jetzt im Somaliland zu führen. Er ist bisher, trotz aller Tapferkeit des Oberst Plunkett, nur wenig glücklich gewesen, wird aber, wie alle englischen Unternehmungen auf afrikanischem Boden, mit einem durchschlagenden Erfolge enden. Es ist aber charakteristisch für das politische Denken der Engländer, daß die Angriffe, die gegen das Ministerium wegen dieses Krieges erhoben wurden, nicht dem Unternehmen als solchem, sondern nur der unzureichenden Ausrüstung galten. Wo ein wirklicher Erfolg errungen wird, wie jüngst von Luggard in Kano, verstummt alle Kritik, selbst wenn — wie es bei Luggard der Fall war — ein Akt entschiedener Unbotmäßigkeit vorlag. Das ist nun einmal englischer Volkscharakter.

Etwas Ähnliches wird man auch im russischen Volkscharakter finden, wenn auch aus anderer Wurzel entsprossen und naiver, nicht so bewußt, wie bei den Engländern. Mehr althergebrachte orientalische Tradition, die das Recht des Stärkeren auch Verträgen gegen-

über geltend macht, aber weniger Überhebung den niederen Rassen gegenüber. Überhebung und Unbarmherzigkeit zeigt Rußland nur den überwundenen gleichen oder denjenigen, die in ihrem Kulturstande höher stehen. Das müssen heute die armen Finnländer erfahren, nicht wegen irgend einer Schuld ihrerseits, sondern nur, weil sie einer anderen Rasse und höheren Kultur als der russischen angehören, was sich zumal in dem starken Rechtsgefühl äußert, das sie auszeichnet und das von den Russen nicht verstanden, sondern als Rebellion aufgefaßt wird. So wird auf dem Kulturboden, den die Finnländer den starren Felsen abgerungen haben, ein Kulturmord begangen, über den sich gar nicht hart genug urteilen läßt. Die neueste Maßregel des Diktators Bobrikow ist die Ausweisung von neun der allerhervorragendsten Männer Finnlands, darunter Männer wie der Senator Mechelin, dem seine rechtshistorischen Arbeiten im Kampf um Erhaltung des Landesrechts einen europäischen Namen geschafft haben, wie Jonas Castrén, wie Graf Mannerheim, und wie der vortreffliche Konsul Eugen Wolff. Und das, nachdem schon vorher Senatoren abgesetzt, Richter und Beamte ohne Pension entlassen, Geistliche gemaßregelt, die Presse völlig geknebelt und sogar die Privatwohltätigkeit gelähmt worden war. Es ist allerdings wie Tacitus sagt: solitudinem faciunt, pacem appellant!

Ein anderes Beispiel, wie in Rußland mit abendländischen Begriffen das Gegenteil dessen verbunden wird, was sie bedeuten, zeigt das Kapitel des neuen russischen Strafgesetzbuches, das „von der Verletzung der Bestimmungen zum Schutze des Glaubens" handelt.

Bekanntlich hatte das zarische Gnadenmanifest vom 26. Februar st. v. 1903 Gewissensfreiheit versprochen; wie das zu verstehen ist, mögen die folgenden Paragraphen zeigen:

90. Wer schuldig ist des öffentlichen Haltens oder Lesens einer Predigt, Rede oder eines Aufsatzes oder der Verbreitung einer öffentlichen Ausstellung einer Schrift oder einer bildlichen Darstellung, welche Rechtgläubige zum Übertritt zu einem anderen Glaubensbekenntnis oder zu einer Irrlehre oder Sekte anregt, wird, wenn diese Handlung zum Zweck Orthodoxe zum Abfall zu verleiten, verübt wurde, bestraft: mit Gefängnishaft bis zu einem Jahre oder mit Arrest.

91. Ein Raskolnik oder Sektierer, der wissentlich schuldig ist, die Taufe oder eine andere geistliche Handlung, die den Übertritt zum Raskol oder zur Sekte bezeichnet, nach seinem Ritual an einer Person verübt zu haben, welche zur orthodoxen Kirche gehört oder der Taufe nach den Gebräuchen der orthodoxen Kirche unterliegt, wird bestraft: mit Arrest. Derselben Strafe unterliegt ein Raskolnik oder Sektierer, der schuldig ist, wissentlich eine andere geistliche Hand-

lung an einer Person verübt zu haben, die während der Vollziehung der Handlung zur orthodoxen Kirche gehörte.

92. Wer schuldig ist, öffentlich seine Zugehörigkeit dem vom Gesetz verbotenen Raskol dokumentiert zu haben, wird bestraft: mit einer Pön bis zu 300 Rbl.

93. Der Geistliche eines fremden christlichen Glaubensbekenntnistes, welcher schuldig ist:

1) wissentlich nach seinen Riten an einem Orthodoxen die Konfirmation, Salbung oder eine andere heilige Handlung vollzogen zu haben, welche die Annahme des fremden christlichen Bekenntnisses bedeutet, oder der nach seinen Riten die Taufe an einem Kinde vollzieht oder zuläßt, welches nach den Gebräuchen der orthodoxen Kirche zu taufen ist;

2) wissentlich einen Orthodoxen zur Beichte oder zum Abendmahl oder zur Ölung nach den Gebräuchen seines Glaubensbekenntnisses zugelassen zu haben:

3) wissentlich Unterricht in der Katechese seines Glaubensbekenntnisses einer minderjährigen Person orthodoxen Bekenntnisses erteilt zu haben;

4) wissentlich die Ehe eines Fremdgläubigen mit einer Person orthodoxen Bekenntnisses vor der Trauung durch einen orthodoxen Geistlichen vollzogen zu haben, wird bestraft: mit einer Geldstrafe bis zu 300 Rbl. Außerdem wird der Schuldige für den Fall des im 1. Punkt dieses Artikels Gesagten von seinem kirchlichen Amte für die Zeit von drei Monaten bis zu einem Jahre entfernt, und bei einer Wiederholung auf ein bis drei Jahre oder für immer; für den Fall der Wiederholung der Verbrechen, die in den Punkten 2 und 3 dieses Artikels erwähnt sind — auf drei Monate bis zu einem Jahre, und bei Wiederholung des im Punkt 4 erwähnten Verbrechens, auf drei bis zu sechs Monaten.

94. Der Geistliche eines fremden christlichen Bekenntnisses, der schuldig ist:

1) der wissentlichen Vollziehung einer Ehe zwischen einem Fremdgläubigen und einer Person orthodoxen Bekenntnisses, wenn hernach die Ehe nicht nach orthodoxem Ritus vollzogen worden ist;

2) der wissentlichen Vollziehung der Ehe zwischen orthodoxen Personen wird bestraft: mit einer Pön bis zu 500 Rubel. Außerdem wird der Schuldige von seinem kirchlichen Amte auf drei Monate bis zu einem Jahre entfernt, und im Wiederholungsfalle — auf ein bis drei Jahre oder für immer.

95. Wer schuldig ist, durch Gewalt oder eine strafbare Drohung Personen am Übertritt zum orthodoxen Glauben zu verhindern, wird bestraft: mit Gefängnishaft auf nicht weniger als sechs Monate.

Der Glaube der 12 Millionen Raskolniks oder Altgläubigen ist also nach wie vor verboten, und ebenso sind, wie der § 93 zeigt, die protestantische wie die katholische Kirche in der unwürdigen Lage geblieben, welche ihr die „Toleranz" der herrschenden Kirche aufgezwungen hat.

Und das nennt man in Rußland: Gewissensfreiheit!

7. Mai. Unterzeichnung der Venezuela-Protokolle in Washington.
8. Mai. Die Russen besetzen Niutschwang.
9. Mai. Rückkehr des Fürsten Ferdinand nach Bulgarien.
13. Mai. Bu Hamara greift Tetuan an.

13. Mai 1903.

Parallel mit der plötzlichen Zuspitzung der Mandschureifrage ist im englischen Parlament auf eine Interpellation der Lords Lamington und Ellenborough auch die Bagdadbahn und überhaupt die Stellung Englands im Persischen Golf in sehr bedeutsamer Weise zur Verhandlung gelangt. Der Marquis of Lansdowne hat in seiner Antwort die englische Politik inbezug auf den Persischen Golf folgendermaßen definiert: Es scheint mir, daß unserere Politik an erster Stelle darauf gerichtet sein muß, den britischen Handel in diesen Gewässern zu schützen und zu fördern, zweitens meine ich, daß wir nicht die Absicht haben können, den legitimen Handel anderer Mächte auszuschließen, und drittens sage ich ohne Schwanken, daß wir die Anlage einer maritimen Basis oder eines befestigten Hafens im Persischen Golf durch eine andere Macht als eine sehr ernste Bedrohung britischer Interessen ansehen würden, und daß wir sicherlich mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dagegen Widerstand leisten würden. („in the third place, I say without hesitation that we should regard the establishment of a Naval base or a fortified port, in the Persian Golf by any other Power as a very grave menace to British interest, and we should certainly resist it with all the means at our disposal [cheers].“) Es kommt hier auf die richtige Interpretation der Worte an: Naval base ist ein maritimer Operationspunkt und wird durch das nachfolgende „oder einen befestigten Hafen" erklärt. Es ist also entschieden falsch ausgelegt, wenn nach Lansdownes Rede Lord Newton (von der Opposition) die Äußerung Lansdownes folgendermaßen resumiert, daß die Regierung die „Erwerbung eines Seehafens" am Persischen Golf durch andere Mächte

als eine schwere Bedrohung Englands und als einen Akt ansehen werde, dem sie mit allen Mitteln sich widersetzen werde. Lansdowne erklärte keine Operationsbasis oder keinen befestigten Hafen dulden zu wollen und das gibt doch einen wesentlichen Unterschied. Übrigens kann uns diese Erklärung gleichgültig sein. Deutschland verfolgt mit der Bagdadbahn rein wirtschaftliche Interessen und mit der Ausdehnung der Linie bis Koweit, woran offenbar gedacht wird, hat es noch gute Weile. Wir wollen uns freuen, wenn wir bis nach Bagdad gelangt sein werden, was, wie der Name der Bahn sagt, doch das nächste Ziel ist. Die politischen Verhältnisse verändern sich unserer Tage mit so überraschender Schnelligkeit, daß es lächerlich wäre, sich über Möglichkeiten der Zukunft aufzuregen.

Aber auffallend ist es doch, daß man in England sich mit keiner Silbe dessen erinnert, daß die Westküste des persischen Golfes türkisch und die Ostküste persisch ist. Jene beiden Mächte hätten wohl zunächst ein Recht, in diesen Fragen mitzureden — wenn sie sich, was aber nicht der Fall ist, stark genug dazu fühlten. Es gibt aber weder eine türkische noch eine persische Flotte in diesen Gewässern. Die englische Theorie trifft daher vor allem Rußland, daß nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß es durch den Persischen Golf als den nächsten Ausgang zum „warmen Meer“ zu gelangen denke. Wir erinnern uns noch eines bitterbösen Artikels der „Nowoje Wremja“ vom Juli 1901, in dem wir als die Helfershelfer Englands dargestellt wurden, eben wegen jener Bagdadbahn, die jetzt die Sorge Englands wachgerufen hat, sodaß inbetreff der Haltung Deutschlands die Engländer stets durch die Russen und die Russen stets durch die Engländer widerlegt werden.

Was auffällt, ist, daß allerdings die englisch-russische Konkurrenz auf persischem Boden in den letzten Jahren besonders deutlich hervorgetreten ist. Äußerlich machte sich das im Persischen Golf besonders fühlbar, seit im Jahre 1896 die Engländer sich einer neuen beherrschenden Position an der Straße von Ormuzd bemächtigt hatten. Von da ab fand alljährlich mehrmals der Besuch der Hafenplätze durch englische Kriegsschiffe statt, die Russen antworteten mit ähnlicher Inspizierung der Küsten, konnten es aber natürlich den Engländern nicht gleich machen. Dagegen gelang es ihnen, von Norden her auf dem Landwege ihren Einfluß immer fester zu begründen.

1899 schlossen sie einen Vertrag, der ihnen die reiche Provinz Aderbeidjan ganz erschloß, dann folgte am 25. März 1901 die Aufhebung der persischen Binnenzölle, die dem russischen Handel weit mehr zu gut kam als dem englischen und im April desselben Jahres jene Anleihe von 10 Millionen Rubel, mit denen Persien seine englischen Schulden bezahlte, so daß dem englischen Einflusse einer seiner mächtigsten Hebel entzogen wurde. Persien hat sich aber verpflichtet, bis 1912 eventuelle weitere Anleihen nur bei Rußland zu kontrahieren. Dann erwarb Rußland das wichtige Recht, eine Straße von Täbris nach Kaswin und von Kaschan über Jezd nach Seistan zu bauen. Endlich ist ihm der Bau einer Eisenbahn Aſhabad—Meſched gesichert. Auch darf man wohl in die Reihe dieser russischen Vorteile die durch Südpersien von einem Konsortium französischer Kapitalisten und Ingenieure geplante Eisenbahnlinie setzen.

Ob Lansdowne an diese französischen Pläne gedacht hat, als er vor den Lords die Erklärung abgab, daß, sobald in Persien Eisenbahnen entstehen sollten, England ein Recht habe, in Südpersien Eisenbahnen zu bauen, wird sich nicht ohne weiteres behaupten lassen, ist aber nicht unwahrscheinlich. Auf alle Fälle gehört auch das in das Revier der Zukunftspläne, während die englisch-persische Telegraphenkonvention eine sehr bedeutsame Realität ist. Der Telegraph wird von Teheran nach Indien führen und unter Direktion des indisch-europäischen Telegraphendepartements stehen, also vor allem englischen Zwecken dienen. In den Händen von Lord Curzon wird alles zur Waffe und die optimistische Zuversicht des Marquis of Lansdowne ruht gewiß nicht auf Fiktionen, sondern auf seiner Kenntnis von dem weiteren Programm der indisch-englischen Politik. Auch irren wir wohl nicht, wenn wir die Fortführung der Quettabahn mit dazu rechnen. Kurz, wenn wir diese Zusammenhänge überdenken, finden wir keinen Grund, uns der erregten Stimmung anzuschließen, die in einem Teil unserer Presse laut geworden ist. An unseren Eisenbahnplänen auf Bagdad hin etwas zu ändern oder etwas von ihnen aufzugeben, liegt nicht der geringste Grund vor. Die allerdings vorhandenen sehr scharfen englisch-russischen Interessengegensätze in Persien wie im Persischen Golf sind aber noch weit davon entfernt, aktuell zu werden. Dazu sind beide Mächte noch zu sehr in den vorbereitenden Stadien begriffen, und die Geschichte der russisch-eng-

lischen Beziehungen lehrt ja, daß im letzten Augenblick immer noch ein Kompromiß zum Frieden gefunden werden konnte.

Die englische „Monroedoktrin“, wie der „Standard“ die Erklärung Lansdownes nennt, hat die Bedeutung soweit, als sie sich durchzusetzen vermag. Vorläufig wird ihr alle Gelegenheit fehlen, sich zu betätigen.

Ob der Verlauf der Mandschureifrage ebenfalls zu einem Kompromiß führen wird, bleibt abzuwarten. Zunächst hat sich, nach einigen Tagen unsicheren Schwankens, bestätigt, was wir gleich annahmen, daß nämlich die Vereinigten Staaten für eine Kollektivaktion nicht zu haben sind. Staatssekretär Hay, der durchaus englisch gefärbt ist, hatte nicht übel Lust mitzumachen, aber Präsident Roosevelt scheint abgewinkt zu haben. Er ist zurzeit in Kalifornien, wo man den ostasiatischen Fragen näher steht und auch ihre Gefahren besser kennen mag als in Washington. Ein Zurückhalten Amerikas ist aber ein gutes Symptom im Sinne des Friedens, weil es die sehr geringe Neigung Englands, blutigen Ernst zu machen, noch weiter abschwächen muß. Wir möchten zudem auf das Widerspruchsvolle aller bisher eingelaufenen Nachrichten ausdrücklich hinweisen. Am Sonnabend und Sonntag war alles durch die Meldungen der Reuterschen Telegraphenagentur dahin gerichtet, einen Bruch als unvermeidlich erscheinen zu lassen, am Montag erfuhren wir, daß die russischen Truppen zwar in Niutschwang eingerückt waren, aber sich wieder zurückgezogen hätten. Ob die acht Punkte des angeblichen russischen Ultimatums den Chinesen wirklich zugegangen sind, wissen wir nicht. Reuter sagt: ja, der russische Telegraph aus scheinbar unanfechtbarer Quelle: nein! Was also soll man glauben? Daß Rußland seine Stellung in der Mandschurei nicht aufgeben wird und ohne einen ungeheuren Verlust an Macht und Prestige im Orient auch nicht aufgeben kann, ist uns ein Axiom, das sich aus vorurteilsloser Beurteilung der Lage ergibt. Aber es kann zeitweilig zurückgehen, wenn man es drängt, weil es stets wieder vorrücken kann, wenn die lästigen Mahner sich entfernt haben oder müde geworden sind. Rußland hat aber eine gesicherte Operationsbasis und eine unangreifbare Rückzugslinie, sodaß sich nur Japan annähernd in gleich günstiger Lage befindet. Japan ist aber durch sein Parlament und durch seine Allianz mit England gebunden und weit weniger in der Lage, nur den Erfordernissen der wechselnden

Konjunkturen zu folgen. Es muß nach allen Seiten hin Rücksichten nehmen und ermüdet rascher. Was aber das Prinzip der offenen Tür betrifft, so wird Rußland es in thesi nie verleugnen, soweit es sich um die Mandschurei handelt. Wie es sich in praxi gestaltet, wird aber von den Umständen abhängen und wahrscheinlich zu Verhältnissen führen, die uns die Öffnung der Tür allmählich immer kleiner erscheinen lassen, bis schließlich nicht viel mehr als das Schlüsselloch offen bleiben wird.

In Mazedonien und überhaupt auf der Balkanhalbinsel sind die Aussichten auf Erhaltung des Friedens günstiger geworden. Mit den Albanesen, die einen Augenblick die größte Not machten, scheint die Pforte in Güte fertig geworden zu sein, in Mazedonien ist — mitunter sehr scharf — aufgeräumt worden, und, wie im Orient stets, ist das Gewitter über Gerechte und Ungerechte niedergegangen. Die Dynamitattentate haben dem mazedonischen Komitee und seinen Banden die letzten Sympathien entzogen; mit Bulgarien sind scharfe Noten gewechselt worden, zu einem Kriege aber kommt es bestimmt nicht. Am meisten gewonnen hat das griechische Element, das überall vorrückt, wo die Slaven zurückweichen müssen. Auch erhebt die „Nowoje Wremja“ schon ihre Alarmrufe, wie denn der uralte Gegensatz der russischen und der griechischen Interessen, trotz aller Verwandtschaft des Königshauses mit den Romanows wieder scharf genug hervorgetreten ist. Man wird daher nur schwer daran glauben, daß den Griechen ihr Wunsch, Kreta nun endlich zu annektieren, gerade jetzt in Erfüllung gehen könnte. Die öffentliche Meinung Rußlands würde sich dagegen erheben; denn sie steht trotz allem doch zu den Brüdern in Bulgarien und Serbien.

Auch aus Marokko lauten jetzt die Nachrichten für den Sultan etwas günstiger, und Frankreich — von dem zurzeit allein ein Vorgehen gegen Marokko befürchtet wurde — hält, darin wohl russischen Einflüssen folgend, nach Möglichkeit an sich. Dagegen macht die gefährdete Stellung des Sultans sich dadurch fühlbar, daß zwischen den einzelnen Kabylenstämmen die Fehden und Raubzüge fortdauern, so daß, wenn einmal der Friede wieder hergestellt ist, das ganze Land die Nachwirkungen noch lange spüren wird. Die Verwilderung schlägt dazu von Marokko in die Oasen südlich von Algier über, namentlich in den Marokko zunächst gelegenen Gebieten. Die Plün-

derung einer großen französischen Karawane und die Ermordung der Deckungsmannschaften kann als böses Symptom dieser Verwilderung gelten, und wird die Franzosen zu einer Strafexpedition nötigen. Solche Expeditionen aber endigen stets mit einer territorialen Vergrößerung Frankreichs, und das wird auch diesmal der Ausgang sein.

Inzwischen sind die Venezuela-Angelegenheiten in das Vorstadium ihrer endgültigen Erledigung getreten. Nachdem unsere in der Form des Ultimatums gestellten Forderungen ohne jede Minderung tatsächlich befriedigt worden sind, kommen jetzt die weiteren Entschädigungsansprüche an die Reihe, über welche der Haager Schiedshof entscheiden wird. Für die finanzielle Sicherung seiner Sprüche garantieren die venezolanischen Zollämter, deren Einkünfte unter entsprechende Kontrolle gestellt worden sind!

Verklungen sind die Radomontaden von Castro, durch die Wirklichkeit widerlegt die finsteren Prophezeiungen, die an unsere Venezuelaaktion geknüpft wurden, und völlig ad absordum geführt die Kriegspolitiker der gelben Presse Amerikas und die gegen Deutschland hetzenden Journalisten der „Times".

Es ist wirklich schwer, nicht ironisch zu werden, wenn man an die Haltung denkt, die ein nicht geringer Teil unserer politischen Presse in diesen Venezuela-Angelegenheiten eingenommen hat, und noch schwerer ist es, den Spott zurückzuhalten, wenn man an die Aktion des Präsidenten Castro und des Mr. Bowen zurückdenkt. Es lag in ihrer Hand, die Ultimatumforderungen Englands und Deutschlands schnell zu befriedigen — es waren in Summa etwa zwei Millionen Mark —, dann waren sie aller Verlegenheiten ledig, und hätten nachträglich noch nach Herzenslust schelten können, ohne daß ein Hahn darum gekräht hätte.

Statt dessen haben sie protestiert, einen ungeheueren Lärm angeschlagen, die Vereinigten Staaten und alle Welt angerufen, die Unfähigkeit und Unbrauchbarkeit ihrer Kriegsflotte und die Schüchternheit ihrer Festungstruppen feststellen lassen, nur um als Endresultat zu erreichen, daß sie nunmehr alle ihre Schulden bezahlen müssen, und zwar neben den deutschen und englischen auch die französischen, italienischen und tutti quanti! Wahrhaftig, so erwünscht der borgenden Welt das Resultat sein mag, für die Politiker Bowen und Castro, die das Gegenteil erreichen wollten, ist der Ausgang kläglich.

Wir können den Herren, die in dieser Venezuela-Verlegenheit die Politik Deutschlands und Englands geleitet haben, nur unser Kompliment sagen und wollen dabei nochmals betonen, daß die bona fides des Marquis of Lansdowne ein Moment gewesen ist, das den durchschlagenden Erfolg dieser Exekutionsaktion — die doch schließlich ein wirklicher Krieg war — zu sichern wesentlich beigetragen hat.

Der Besuch Kaiser Wilhelms in Italien hat einen höchst erfreulichen Verlauf genommen. Daran ändern die böswilligen Kommentare der Franzosen und Engländer nichts. Sie zeigen nur, wie gewissenlos die Korrespondenten sich den Wünschen ihres Lesepublikums zu fügen wissen. Ähnlich tendenziös sind auch die Kommentare unserer Zentrumsblätter. Aber das ist uns eine bekannte Erscheinung; wir legen es zum übrigen und wundern uns nur, daß der Blick auf Frankreich diesen Organen der Parteipolitik quand même nicht den Gedanken aufdrängt, daß sie allen Grund haben, sich der Freiheit zu freuen, die sie unter dem Schutz des protestantischen Kaisertums genießen. Die Verfolgung der Kongregationen wird von Herrn Combes mit allem Fanatismus der Intoleranz weitergeführt und überschreitet so sehr das Maß des für ein katholisches Volk Erträglichen, daß man bereits die unvermeidlich bevorstehende Reaktion am Horizont auftauchen sieht. Auch das wird ein lehrreiches Schauspiel sein, aber gewiß kein erfreuliches. Wo Fanatismus dem Fanatismus entgegentritt, muß die Humanität ihr Haupt verhüllen.

Unsere Ausführungen über die Notwendigkeit einer Reichseisenbahnanleihe für koloniale Zwecke haben bisher so gut wie gar keinen Wiederhall gefunden. Vielleicht weil in den Tagen des Wahlkampfes die Perspektive neuer Aufwendungen kein werbendes Schlagwort ist. Sollte das der Fall sein, so läge darin eine Unterschätzung des trotz allem in unserem Volke noch lebendigen Idealismus. Wenn eine große positive Aufgabe gestellt wird, die der Nation den Weg zu sicherem Fortschritt zeigt, findet sie schließlich gewiß Verständnis und Förderung, vorausgesetzt, daß nicht wichtigere und näher liegende Aufgaben darüber vernachlässigt werden müßten. Das aber ist gerade jetzt bestimmt nicht der Fall. Wir stehen in all den oben vorgeführten Konfliktsproblemen frei und ungebunden da. Weder in Marokko noch in Mazedonien, noch im Persischen Golf oder im großen Orient haben wir einen Anlaß mitzutun. Wir können unsere Mittel

zusammenhalten und haben die volle Möglichkeit, unbehindert endlich lange versäumte Aufgaben nachzuholen. Wir bauen vor allem für die Zukunft, aber wir haben beste Aussicht, auch der Gegenwart zu dienen. Chamberlain erbittet gerade jetzt, wo England an allen Ecken und Enden der Welt mitengagiert ist, vom Parlament 35 Millionen Pfund Anleihe für Südafrika, das ist 700 Millionen M., und er wird das Geld bestimmt bewilligt erhalten. Das ist aber ein kleiner Teil dessen, was England seit 1884, d. i. seit dem Jahre, da unsere Kolonialpolitik ins Leben trat, aufgewandt hat! Ohne große Opfer sind eben keine großen Erfolge zu erreichen; die alte Wahrheit gilt nirgend mehr als in der Arbeit des Staates an seinem weiteren Ausbau, und wenn wir Deutsche uns nicht endlich entschließen, Ernst zu machen mit der Öffnung unserer Kolonien und mit der Ausbeutung der Schätze, die in ihrem Boden ruhen, wird die Rückständigkeit unserer Weltstellung auch dem Mutterlande immer fühlbarer zur Last werden. Denn wo wir die Hände im Schoß halten, rühren sich rastlos unsere wirtschaftlichen und politischen Nebenbuhler, und jeder unserer Rasttage ist ein Tag des Gewinnes und des Fortschrittes für sie. Bau von Eisenbahnen und Regelung der Einwanderung in die Kolonien, das ist für uns die nächste und wichtigste Arbeit an der Zukunft Deutschlands. Zu beiden ist heute die Möglichkeit geboten, und die Stunde ungenützt vorüberziehen zu lassen, wäre ein Verbrechen an unserer Zukunft.

15. Mai. Chamberlains Programmrede in Birmingham.
15. Mai. Jonnart wird Generalgouverneur von Algier.
16. Mai. Rücktritt des bulgarischen Ministeriums.
17. Mai. Konstituierung des Ministeriums Petrow, Petkow, Sawow.
18. Mai. Erklärung Chinas, daß Rußland die Erschließung der Mandschurei unmöglich mache.

20. Mai 1903.

Im „Westnik Jewropy" wird eingehend der Roman eines Herrn Scharapow analysiert, der unter dem Titel „Nach einem halben Jahrhundert" kürzlich in Moskau erschienen ist, uns aber im Original nicht zugänglich war. Der Mann ist einer der Führer der slavophilen Partei und noch vor kurzem viel genannt worden, weil er den Finanzminister Witte, erst in einer bald unterdrückten Zeitschrift, dann in Broschüren mit unerhörter Heftigkeit angriff. Man behauptete, daß die Minister des Inneren, Goremykin und danach Ssypjägin, ihre schützende Hand über ihm hielten. Plötzlich aber änderte sich die Lage. Herr Scharapow wurde vom Finanzminister empfangen, um mit ihm über einen neuen Pflug zu verhandeln, den er, Scharapow, erfunden hatte und mit dessen Vertrieb es nicht recht gehen wollte. Herr Witte interessierte sich für das Unternehmen und versprach seine mächtige Förderung, gleichzeitig aber verstand er es, Herrn Scharapow davon zu überzeugen, daß seine Angriffe höchst ungerecht gewesen seien. Scharapow erklärte öffentlich in der „Nowoje Wremja" am 17. Januar, daß er sich ganz umgedacht habe, und daß Herr Witte ihm gegenüber die „Geduld eines Engels" bewiesen habe. Die ganze Angelegenheit wird sehr boshaft in der Nr. 16 der „Oswoboschdenije" traktiert. Jedenfalls hat Herr Witte sich diesen unbequemen Gegner vom Halse geschafft und Herr Scharapow die Muße gefunden, an eine Gesamtausgabe seiner Werke zu schreiten, deren 8. Band den 1. Teil des oben aufgeführten Romans enthält.

In der Vorrede sagt Scharapow, er wolle in harmloser Form ein „heiliges, kirchlich-soziales Programm" darlegen, die Zusammen-

fassung der slavophilen Ideale, und im Bewußtsein, nicht allein zu stehen, zeigen, wie es gekommen wäre, wenn die leitenden Kreise nach seiner und seiner Freunde Ideen Politik gemacht hätten. Die Fiktion ist, daß der Autor einem Landsmann, der über 50 Jahre in einem totenähnlichen Schlaf gelegen hat, erzählt, was in dieser Zeit — die auf das Jahr 1952 fallen würde — alles geschehen ist. Die Entwicklung hat, wenn wir das Hauptresultat vorausschicken, zur Tilgung aller Schulden Rußlands und zu einer Vergrößerung des Reiches geführt, die den Russen als neue Provinzen Ostpreußen und Posen, Österreich-Ungarn mit Wien und Pest, Rumänien, die Balkanhalbinsel nebst einem Teil der adriatischen Küsten, Griechenland und in Asien Persien, Afghanistan, Buchara und die Mandschurei zuführt. Das kam aber folgendermaßen:

Die Chinesen erhoben sich wie anno 1900 gegen die Fremden, und da Rußland ihnen freundlich gesinnt blieb, auch russische Offiziere und Soldaten in die Reihen der chinesischen Armee traten, erlitten die Engländer und die Deutschen eine furchtbare Niederlage, die sie aus China hinauswarf, während die Chinesen aus Dankbarkeit den Russen die Mandschurei überließen. Da nun aber die Deutschen sich soweit vergaßen, einen russischen Obersten in chinesischen Diensten, der in ihre Hände gefallen war, zu erschießen, ging den Russen die Geduld aus. Sie erklärten Deutschland den Krieg und rückten zunächst in Österreich ein, das ihnen eine Armee von 800000 Mann entgegenstellte. Zu einem Kampfe aber kam es nicht. Das ganze Heer, in dem die slavischen Elemente überwogen, ergab sich den Russen und zog dann, mit der russischen Armee vereinigt und unter russischen Führern, gegen Deutschland. Natürlich war ihr siegreiches Einrücken in Berlin die Folge, und da inzwischen die Engländer neutral geblieben waren und die Zeit benutzt hatten, um die deutschen Kolonien wegzunehmen, die Franzosen aber nach Niederwerfung einer in Paris ausgebrochenen Emeute in Elsaß und Lothringen eingerückt waren, blieb Deutschland nichts übrig, als um Frieden zu bitten und den Nachbarn im Osten und Westen die Provinzen abzutreten, die sie nun einmal haben wollten. Noch schlimmer ging es der Türkei, die so töricht gewesen war, sich dem Dreibunde anzuschließen. Russen, Serben, Bulgaren und Griechen warfen sie in gemeinsamem Feldzug aus Europa hinaus, und zu Kiew, Moskau und Petersburg wird

jetzt Konstantinopel die vierte Hauptstadt des Reiches. Eine Wirkung dieser berauschenden Erfolge ist es, daß die Völker der habsburgischen Monarchie und des Balkans um Aufnahme in den russischen Staatsverband bitten, allerdings so, daß sie die Aufrechterhaltung einer autonomen Stellung in ihren besonderen inneren Angelegenheiten sich ausbedingen.

Nun hatten zurzeit, als der Krieg im Gange war, die Rothschilds von dem Londoner und Pariser Hause sich bereit gefunden, die gesamte russische Staatsschuld zu konvertieren und Rußland eine Goldanleihe zu gewähren, durch die der Staat vom Bankerott gerettet wurde. Ihr Motiv dabei war, die Stellung der Juden in Rußland zu bessern. Aber diese Rechnung erwies sich als trügerisch. Aus Ungarn, Galizien, Posen usw. waren die Juden in solchen Massen nach Rußland gedrungen, daß sie zu einer waren Kalamität wurden: Fabriken, Bergwerke, Zeitungen, Agenturen und Kontore fielen in ihre Hände, sie drangen als Offiziere in die Armee und in den Generalstab, und begannen bald Verrat zu üben. Ein jüdischer General, der russische Festungspläne nach Deutschland verkauft hatte, mußte sogar gehängt werden! Das aber gab den Anstoß zu einer ganz elementaren antijüdischen Bewegung, die furchtbar unter den Juden aufräumte. Im Zusammenhange damit erklärte Rußland den Staatsbankerott, den ihm niemand übel nimmt, da alle russischen Schulden in jüdischen Händen waren und so wird es mit einem Federstrich seiner sämtlichen Schulden ledig. Die Macht und das Ansehen Rußlands steigt infolgedessen so sehr, daß jeder Widerstand der anderen Nationen verstummt und Rußland nunmehr an den Ausbau der inneren Verhältnisse des Riesenreiches schreiten kann. Die Losung ist dabei: Rußland für die Russen, und da die Russen ja rechtgläubigen Bekenntnisses sind: Rußland für die Rechtgläubigen. Es liegt also auf der Hand, daß alle die in den Bereich der erweiterten Grenzen gezogenen nichtrussischen Völkerschaften national russifiziert und konfessionell umgemacht werden müssen.

Wir verzichten, auf die Wiedergabe des Details dieser nationalen und gottgefälligen Operation einzugehen und ebensowenig wollen wir die abenteuerliche Neubildung der Verwaltung und Verfassung Rußlands auf der Grundlage des Scharapowschen Slavophilismus erzählen. Das Wesentliche ist, daß er ohne in die abend-

ländischen Verirrungen (Konstitutionalismus und Parlamentarismus) zu verfallen, etwas besonderes russisch Nationales konstruiert, wobei die Pfarrgemeinden die untersten, und die Statthalterschaften die obersten Verwaltungseinheiten darstellen und ein erweiterter Reichsrat das Ganze krönt. Beiläufig erfahren wir, daß die Bureaukratie völlig beseitigt worden ist. Aber wir wollen nicht vergessen, es handelt sich um einen ersten Band und der eigentliche Held des Romans, Fedot Pantelejew, beginnt erst in die Handlung einzugreifen.

Aber wir können uns nicht vorstellen, daß die Träumereien des Herrn Scharapow eine sonderlich werbende Kraft den Slaven des Westens und Südens gegenüber erweisen werden. Wichtiger sind wohl zwei andere Betrachtungen, zu denen dieser Roman uns drängt. Steht die Judenhetze in Kischinew, deren Bestialität selbst aus dem verblaßten Berichte des russischen „Regierungsanzeigers" nackt zu Tage tritt, nicht in direktem Zusammenhang mit diesen slavophilen „Träumereien und Idealen"? Und ist zweitens dieses Verlangen nach Krieg und Eroberung, diese Mißachtung alles Rechts, des menschlichen wie des göttlichen, nicht wirklich eine Gefahr, wenn sie sich so ungeniert aus dem Munde eines angesehenen Mannes, der in den Residenzen, der alten wie der neuen, eine gewisse politische Rolle spielt, an die Öffentlichkeit wagt?

Das Programm der russischen Regierung ist wohlbekannt. Es ist unter Nikolaus II. ein eminent friedliches, und wir haben nicht den geringsten Anhalt dafür, daß Graf Lamsdorf gegen den Willen des Zaren auf Umwegen anderen Zielen nachgeht. Wohl aber hat sich uns die Beobachtung aufgedrängt, daß die öffentliche Meinung des Landes, so wie sie in den Zeitungen zum Ausdruck kommt, dieser Friedenspolitik entgegenarbeitet und namentlich in der Balkanfrage ganz andere Wege geht als das offizielle Rußland. Sogar der liberale „Westnik Jewropy", als das Organ, welches am maßvollsten und treuesten die Anschauungen des gebildeten Russen wiedergibt, hat in dem eben erschienenen Maiheft die Politik des russischen auswärtigen Amtes und die Berichte der russischen Konsuln, die der „Staatsanzeiger" publiziert hat, auf das schärfste angegriffen. Man treibe österreichische und nicht russische Politik, man sei türkisch und nicht slavisch! Die völlig charakterlose „Nowoje Wremja" aber bringt

neben hochoffiziösen Leitartikeln andere, die das Gegenteil sagen, und Korrespondenzen, die systematisch der Regierungspolitik entgegenarbeiten. Das aber haftet weit mehr als jene offiziösen Kundgebungen, deren Ursprung zudem jeder russische Leser sofort erkennt. Zum Glück läßt sich hoffen, daß schließlich für dieses Jahr wenigstens trotz allem der Friede auf der Balkanhalbinsel gewahrt bleibt. Die Pforte hat den Albanesen gegenüber Ernst gezeigt und ihre Unterwerfung erzwungen, Rußland hat mit nicht hoch genug anzuerkennender Mäßigung die Ermordung Schtscherbinas hingenommen als ein von der Pforte nicht verschuldetes Unglück, die Flottenkonzentration vor Saloniki hat wieder rückgängig gemacht werden können, endlich Fürst Ferdinand ist nach Sofia zurückgekehrt und hat durch Entlassung des Unterrichtsministers Radew und durch die Annahme der Demission des Kabinets Danew, sowie durch die Berufung Petrows zum Ministerpräsidenten gezeigt, daß er weder kriegerische Abenteuer noch weitere Unterstützung des mazedonischen Komitees zu dulden gesonnen ist. Seine Pariser Bekenntnisse, die namentlich hervorhoben, wie sehr er persönlich bedroht sei, wenn er der mazedonischen Bewegung entgegenarbeite, waren offenbar berechnet, die Bedeutung seiner gegenwärtigen Haltung nach der russischen Seite hin recht nachdrücklich hervorzuheben. Da Kaiser Franz Josef ihm nicht Gelegenheit geboten hatte, seine Sorgen in Wien zum Ausdruck zu bringen, hat er wohl nicht vergebens die französischen Hebel in Bewegung gesetzt, und da er wirklich den Worten Taten hat folgen lassen, wird man in Petersburg damit nicht unzufrieden sein. So läßt sich hoffen, daß wir in nächster Zeit etwas weniger von Mazedonien zu reden haben werden, das doch nur wegen der großen Politik, die nun einmal wach wird, sobald Schwüle in dem Wetterwinkel am Balkan eintritt, das Interesse ernstlich in Anspruch nimmt. Gerade jetzt drängen sich weit ernstere Probleme wieder in den Vordergrund. Wir denken dabei zunächst an Marokko, wo der Bürgerkrieg trotz der Einnahme von Taza durch die Truppen des Sultans noch unentschieden weitergeht und wohin Frankreich nun doch eine Strafexpedition zu richten genötigt ist, weil die Stämme aus dem östlichen Marokko Raubeinfälle in französisches Gebiet begehen, die allerdings nicht unvergolten bleiben dürfen, wenn Frankreich nicht sein ganzes Ansehen in Nordafrika aufs Spiel setzen will. Aber unbedenklich sind solche Unternehmungen nie, weil die

Versuchung, militärische Erfolge zu Erwerbungen an Land und Leuten auszunutzen, sehr groß ist.

Das zweite ist die große Rede, die Chamberlain am 15. d. zu Birmingham in der Town Hall gehalten hat. Sie mündete in das Schlagwort: Fort mit der Manchestertheorie! aus, und brachte eine scharfe Drohung gegen Deutschland, weil wir die Interessen unseres Handels verteidigen. Aber wir wollen nicht vergessen, daß es eine Kampf- und Wahlrede war, die zugleich den Liberalen den Handschuh hinwarf, und halten es für nützlicher, die Erwiderungen von der anderen Seite abzuwarten, ehe wir weiter auf diese ernste Frage eingehen. Auch finden wir nicht, daß Herr Chamberlain das Ministerium hinter sich hat, da Mr. Balfour ebenfalls am 15. einer Deputation von Freihändlern gegenüber ganz entgegengesetzte Ansichten mit großem Nachdruck zur Geltung brachte. Nach acht Tagen wird sich schon mit größerer Sicherheit ein Urteil abgeben lassen. Dagegen wird es lehrreich sein, die chinesischen Dinge etwas näher ins Auge zu fassen. Es liegen uns als Material zwei Denkschriften vor, die in dem Maiheft des „Westnik Jewropy", der diesmal ganz besonders interessant ist, veröffentlicht sind. Beide sind ursprünglich chinesisch geschrieben und von dem Sinologen Popow ins Russische übersetzt worden. Wie sie in die Hände Popows gelangt sind, wird nicht mitgeteilt, aber über ihre Echtheit kann kein Zweifel bestehen.

Die erste ist von dem englischen Missionar Richard Timothey, einem der besten Kenner Chinas, im Auftrage der chinesischen Regierung kurz nach dem Einzuge der Alliierten in Peking verfaßt, und bietet ein Reformprojekt, um China aus den damaligen chaotischen Zuständen zu retten und es wieder zu Macht und Reichtum zu führen; das zweite hat einen Chinesen zum Verfasser und will die Frage beantworten: „Wie kann man die Fremden loswerden?"

Timothey sagt, daß China an vier Punkten eine wesentliche Veränderung eintreten lassen müsse: im System der Volkserziehung, in der Volksernährung, in der Methode, das Volk ruhig zu halten und in den Mitteln, es innerlich zu erneuern.

Ad 1. müßte dafür gesorgt werden, daß der Herrscher und seine Beamten eine Vorstellung von der wahren Lage Chinas und der auswärtigen Mächte gewinnen und ebenso, daß sie genau China

selbst und die regierenden Sphären kennen lernen. Die dem Kaiser nächststehenden Räte wagten nicht ihm die Wahrheit zu sagen, man solle daher zehn Männer von kaiserlichem Geblüt auswählen und sie zwei Jahre lang fremde Länder bereisen lassen. Desgleichen sollte mit den Söhnen der höchsten Beamten der Residenz und der Provinzen geschehen, auf daß sie eine Reihe von Jahren darauf verwenden, die ausländischen Verhältnisse gründlich kennen zu lernen. Auch hundert hervorragende chinesische Gelehrte von weiterem Gesichtskreise sollten, um Fachstudien zu treiben, hinausgeschickt werden.

Um Volk und Regierung einander zu nähern, seien Zeitungen zu gründen, ausländische Bücher zu übersetzen, Schulen zu eröffnen, in denen Ausländer unterrichten, die Examen so zu erweitern, daß jährlich hundert Mann in jeder Provinz zum Studium „der chinesisch-ausländischen Wissenschaft“ herangezogen werden. Allmählich sollen dann regelmäßig Kandidaten, Magister und zehn Akademiker dieser Wissenschaft kreiert werden.

Ad 2. In China sterben jährlich 3—4 Millionen Menschen vor Hunger und Kälte. Kläglich sei auch die Lage der Hälfte aller Residenz- und Provinzialbeamten, und doch sei China ein unermeßlich reiches Land. Aber es fehle an Straßen und Eisenbahnen, die Korrespondenz gehe zu langsam, die Mineralschätze würden nicht ausgebeutet, das wüst liegende Land in der Mandschurei und im nordöstlichen China werde nicht unter den Pflug genommen, das Handwerk benutze keine Maschinen, Banken müßten eröffnet werden, denn das bare Geld nehme von Tag zu Tag ab, Papiergeld müsse daher in Umlauf kommen, es sei Geld zu prägen, und zwar nicht nur Kupfer, sondern auch Gold und Silber, die Kaufleute müßten begünstigt, endlich jeder Regierungsbefehl veröffentlicht werden, damit der Betrug ausgerottet und dem Eigennutz Schranken gesetzt würden.

Ad 3. Die Ursachen der Unruhen kämen von innen und von außen. Um mit dem Auslande in Frieden zu leben, müsse China sich den völkerrechtlichen Verkehrsformen anpassen (Verträge, Gesandtschaften) und ein heimliches Bündnis mit einer Großmacht (scl. England) schließen. Im Innern solle man keine bestimmte Lehre oder Schule begünstigen, sondern überall das Nützliche fördern. Völlig zu reformieren sei das Finanzsystem und zu dem Behufe erfahrene ausländische Finanzgrößen heranzuziehen. Endlich solle man sich durch

europäische Instruktoren militärisch organisieren lassen und zwar möglichst bald.

Ad 4. Man solle das Volk lehren, daß der Fremdenhaß den Gesetzen des Himmels (Gottes) widerspreche. Die chinesischen Kardinaltugenden entsprächen dem christlichen Gebot: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." Die Vereinigung aller Völker sei das Ziel jeder Religion.

Die Denkschrift begründet nun diese vier Punkte noch eingehend und kommt dann auf die Frage, wie das Unerläßliche möglichst bald durchgeführt werden könne. Dabei werden die folgenden Ratschläge vorgebracht:

1. Zwei Ausländer, denen man Vertrauen schenke, sollen den Plan zum Abschluß eines zehnjährigen Friedens entwerfen, danach aber sollen weitere Verträge geschlossen werden.

2. Ein höchstes Regierungsorgan ist zu schaffen, das aus vier Chinesen und je zwei Engländern und Amerikanern besteht, denn unter diesen finde man die hervorragendsten Staatsmänner. Die Geschäftsführung der einzelnen Verwaltungszweige sei gleichfalls ausländischen Spezialisten mit chinesischen Gehülfen zu übertragen.

3. Zum Ausbau der chinesischen Eisenbahnen würden etwa 20 Jahre erforderlich sein. Man solle zur Beratung der Pläne einen in voller Manneskraft stehenden Spezialisten und andere Ausländer heranziehen.

4. Diesen hervorragenden Spezialisten solle man zugleich zum Finanzminister machen.

5. China solle je einen Engländer und Amerikaner heranziehen, die direkten Zutritt zum Kaiser haben, um ihm in allen ausländischen Angelegenheiten Vortrag zu halten.

6. Zur Organisation der Presse sind wiederum ein Engländer und ein Amerikaner zu berufen, denen Chinesen als Redakteure beizuordnen sind.

7. Um ein Ministerium des Unterrichts zu begründen, wäre ein Deutscher (wie gütig!) und ein Amerikaner zu berufen.

8. In militärischen Angelegenheiten sei er nicht bewandert, da möge man einen Spezialisten fragen.

9. Endlich solle ein kaiserlicher Erlaß kundtun, daß alle diese Dinge notwendig seien und von den gelehrten und verständigen

Leuten gebilligt würden. „Nur unter dieser Voraussetzung ist ein Erfolg denkbar.“

Übrigens gebe es auch brauchbare Leute unter den Franzosen, Russen und Japanern, die man um des lieben Friedens willen heranziehen könne. Das ist in nuce der Inhalt der Denkschrift des Engländers, und seine Landsleute werden gewiß mit ihm zufriedener sein, als etwa Fürst Uchtomski, den wir gern bei Lektüre der Timotheyschen Ausführungen beobachtet hätten.

Der Inhalt der zweiten Denkschrift: „Mittel zur Verdrängung der Ausländer aus China“ ist der folgende.

Der chinesische Verfasser beginnt mit der Betrachtung, daß je energischer man an die Vertreibung der Ausländer schreite, um so schrecklicher die Folgen für China seien. Mit der physischen Kraft sei es daher nicht getan, man müsse vielmehr zu zivilisierten, geistigen Mitteln greifen, die Fremden mit ausgesuchter Höflichkeit behandeln, ihre Staatseinrichtungen studieren, sich ihre Zivilisation aneignen und die eigene Staatsordnung vervollkommnen. Jede Einmischung in die Selbständigkeit der inneren Verwaltung sei dagegen mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Geschehe das, so würden auch die Fremden nicht wagen, mit ihren bösen Anschlägen hervorzutreten.

Seit es in Beziehung zu den Ausländern stehe, habe China bald zu dem barbarischen Mittel der Gewalt, bald zu jener anderen humanen Methode gegriffen, um die Fremden fernzuhalten. Lange habe man ihnen jeden Zutritt versagt, sie dann zugelassen und bald gewaltsam wieder zu verdrängen gesucht, um sich zuletzt vor ihrer Übermacht zu beugen. Listige Leute hätten daraus ihren Vorteil zu ziehen verstanden; andere wirklichen Schutz bei ihnen gesucht und sie wie Geister und Götter verehrt, und so habe der Versuch, sie gewaltsam zu verdrängen, schließlich dahin geführt, daß die Chinesen die Knechte ihre Feinde wurden.

Es schließt sich hieran eine etwas weitläufige Betrachtung über Patriotismus und Fremdenhaß, die mit Beispielen aus der römischen Geschichte und dem römischen Recht belegt, und durch den Freiheitskampf der Vereinigten Staaten und der Italiener illustriert wird. Dann fährt der Verfasser fort: „Wenn die abendländischen Völker Fremde hinausdrängen, so wächst die Kraft des Staates, tun wir es, so geht unsere Macht zurück. Woher kommt das? Weil euch die

Freiheit fehlt, sagen die ausländischen Gelehrten. Da wir die Freiheit anderer zur Schranke unseres Tuns setzen, besteht unzweifelhaft beim Verdrängen der Fremden eine bestimmte Grenze. Wenn wir die Fremden mit Hülfe von staatlichen Verordnungen verdrängen, die zwar streng sind, aber nicht über die Grenzen des Gesetzes hinausgehen, so werden wir den Einfluß des Reiches erweitern und einen guten Ruf gewinnen; wenn wir sie aber im Gebiet der völkerrechtlichen Beziehungen bedrängen, so überschreiten wir sofort die Grenzen, geraten in wirkliches Elend und werden dazu noch geschmäht. Unser Volk versteht nicht richtig zu verdrängen, ihm fehlt die Kunst, mit Hülfe von Regierungsmaßregeln die Fremden zu verdrängen, und so greift es, statt eine geringe Unbequemlichkeit zu ertragen, unsinnig zu barbarischen Maßregeln; nach dem ersten mißglückten Versuch aber verlieren wir Kopf und Herz und flehen um Schonung."

Die Sätze sind nicht recht klar und wollen ihrem Sinn nach erraten werden. Offenbar meint der chinesische Verfasser, daß es möglich wäre, durch eine wohldurchdachte Kette chinesischer Gesetze die Fremden, wenn man ihnen nur die allgemein völkerrechtlich anerkannte Freiheit der Bewegung und des Verkehrs lasse, von Eingriffen in die inneren chinesischen Angelegenheiten fernzuhalten. Er beklagt die Ungeduld seiner Volksgenossen und ihre barbarischen Repressionen, weil die Folge stets Stärkung des fremden Einflusses gewesen ist, und meint, daß China am besten täte, die Freiheit und die Bräuche der eigenen Untertanen zu schützen, den Ausländern aber zu gewähren, was in allen zivilisierten Staaten, in denen Fremde sind, diesen gewährt wird — und das wäre allerdings eine Lösung des chinesischen Problems, mit der man sich zufrieden geben könnte.

Aber das alles ist schon überholt. Sehen wir recht, so geht heute die Entwicklung dahin, daß es Japan übernimmt, China den Formen moderner Zivilisation zuzuführen und, was sehr folgenreich werden kann, ihm eine Armee nach japanischem Muster zu organisieren. Die Frage ist nur, ob Japan Zeit haben wird, diese schwierige Arbeit zum Abschluß zu bringen.

20. Mai. Eröffnung des ersten Transvaalparlaments in Prätoria.
22. Mai. 200jähriges Jubiläum Petersburgs.

27. Mai 1903.

Das Urteil über die Schreckenstage von Kischinew muß insoweit modifiziert werden, als die Vorstellung, daß es sich um eine bloß antisemitische Bewegung gehandelt habe, nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Juden haben unter der Bestialität des Pöbels am meisten zu leiden gehabt, aber sie waren keineswegs die einzigen Opfer. Es war eine Erhebung, die sich gegen die Besitzenden richtete, sozialistisch in der allerrohesten Form der Doktrin, ein Raub, Mord und Plünderungszug, gegen den das Einschreiten der Organe staatlicher Ordnung Pflicht war, und im letzten Grunde doch die Konsequenz eben jener Lehren, die von den Führern der revolutionären Propaganda in Rußland neuerdings mit höchster Energie unter den auf der untersten Bildungsstufe stehenden Klassen der russischen Bevölkerung verbreitet werden. Die Leiter jener Propaganda aber sind zu nicht geringem Teil Juden, so daß sie selbst das zweischneidige Schwert geschmiedet und geschärft haben, dem so viele ihrer Glaubens- und Stammesgenossen in Kischinew zum Opfer gefallen sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die bevorstehenden Prozesse den Beweis dafür vor aller Welt erbringen. Es läßt sich aber nicht übersehen, daß die sozialistisch-revolutionäre Propaganda unter den russischen Arbeiterverbänden im Steigen begriffen ist, und daß die Arbeiter ihr immer mehr zufallen.

Der Aufstand der Arbeiter von Slatoust muß ganz direkt als die Folge eines ruchlosen Betruges bezeichnet werden. Man hatte diesen Minenarbeitern eingeredet, daß sie wieder zu Leibeigenen gemacht werden sollten, und die urteilslose Leichtgläubigkeit der Betörten führte zu Exzessen, die zunächst die Verhaftung ihrer Führer zur Folge hatten und schließlich in einen Aufstand ausmündeten. Aus

den Reihen der Aufständigen sind auch die ersten Schüsse gefallen und erst darnach hat der Gouverneur von Ufa, Bogdanowitsch, das Militär eingreifen lassen. Zwei Rotten genügten, um die Ruhe wieder herzustellen und am 14./27. März waren in allen Zechen die Leute wieder bei der Arbeit. Erst einen Monat darnach ist Bogdanowitsch am hellen Tage ermordet worden, nicht von den Arbeitern, sondern offenbar von eben jenen Revolutionären, welche die lügenhaften Gerüchte ausgesprengt hatten. Es handelt sich also nicht um eine Tat der Erregung, sondern um einen wohlüberlegten, kalten Blutes ausgeführten Mord, der ganz in die Reihe früherer nihilistischer Morde fällt.

Aber verkennen läßt sich nicht, daß in Rußland nebenher auch eine andere rein sozialistische Bewegung geht, deren Programm sich mit den überall hervortretenden Bestrebungen der Arbeiter deckt: „kürzere Arbeitszeit, höherer Lohn, Assoziationsrecht", und daß sie diese Forderungen auf dem Wege der Arbeitseinstellung zu erreichen sucht. Zurzeit müssen fast alle Fabriken und Hochöfen in Moskau feiern und in Petersburg haben 4000 Mann der baltischen Hüttenwerke die Arbeit eingestellt. Das „Journal des Debats" schreibt, man beginne in Petersburg Unruhen für den 28. Mai zu fürchten, an dem der 200jährige Jahrestag der Gründung Petersburgs begangen werden soll. Es ist eine unruhige und fiebrige Stimmung, die durch das Reich geht, und, wie einzelne Symptome zeigen, auch die militärischen Kreise zu ergreifen beginnt. Der Selbstmord eines Kronstadter Offiziers, der kürzlich großes Aufsehen machte, wird durch die Entdeckung seiner Zugehörigkeit zur revolutionären Organisation erklärt und soll zahlreiche weitere Verhaftungen zur Folge gehabt haben. Wir wissen aber, daß diese Propaganda in den Kreisen der Armee sich das Ziel setzt, Offiziere und Manschaften zu veranlassen, daß sie der Regierung den Gehorsam versagen, wo er zur Unterdrückung der Arbeiterbewegungen in Anspruch genommen wird. Nun darf man wohl annehmen, daß es sich nur um Ausnahmefälle handelt, ganz wie es Ausnahmefälle sind, wenn in Frankreich einzelne Offiziere sich weigern, der Regierung bei Unterdrückung der Kongregationen ihren Degen zu leihen. Das Bedenkliche liegt aber hier wie dort darin, daß jenes Durchbrechen der Gehorsamspflichten unter Berufung auf ein höheres Recht geschieht. Will der französische Offizier nicht

die Hand dazu bieten, daß den Dienern der Kirche, zu der er sich bekennt, Gewalt angetan werde, so will der russische die „Menschenrechte" nicht beugen helfen. Man weist in Rußland darauf hin, daß, was jene Arbeiter fordern, nicht unbillig und ihnen in Europa längst als ihr gutes Recht zuerkannt worden sei. Die Regierung aber wird durch die nihilistische Agitation, welche die Arbeiterausstände teils provoziert, teils ausnutzt, schließlich stets dahin gedrängt, sie als Revolte zu behandeln und als solche niederzuschmettern. An jeden unterdrückten Streik knüpft sich so die Erinnerung von Gewaltmaßregeln, welche weit mehr gutgläubige als bösartige Elemente treffen, und das Resultat ist eine Verschärfung der inneren Krisis, in welcher Rußland heute steht.

Wir sehen auch nicht, daß die vom Kaiser in Angriff genommenen Reformen befriedigt hätten. Es bleibt immer dasselbe Bild; was sich von dem gegenwärtigen Regiment abgewandt hat, ist ein großer Teil der durch die chronischen Notstände leidenden Bauernschaft, die sozialistisch durchwühlte Arbeiterbevölkerung, ein ungeheurer Prozentsatz der studierenden Jugend und fast die gesamte liberale Intelligenz.

Dagegen stehen Bureaukratie und Heer, sowie die Spitzen des Klerus, wohl auch der größte Teil der Pfarrgeistlichkeit, während die geistlichen Seminarien gleichfalls zu den Herden der Unzufriedenheit gerechnet werden müssen. Das gibt gewiß kein erfreuliches Bild, wenn es auch lange nicht an die Zustände heranreicht, mit denen Peter der Große abzurechnen hatte, als er vor 200 Jahren sich seine neue Hauptstadt an den Ufern der Newa errichtete.

Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, daß die Haltung der russischen Regierung in den Fragen der auswärtigen Politik eine der Ursachen jener tiefgehenden Mißstimmung sei. Abgesehen von den Zeitungsredaktionen und den wenig zahlreichen Kreisen, die sich für politische Fragen interessieren, kümmert man sich in Rußland sehr wenig um das, was jenseit der Grenzpfähle geschieht. Wo es der Fall zu sein scheint, ist es eine künstlich gemachte Bewegung, die ohne jeden Zusammenhang mit dem nationalen Empfinden steht. Der Lärm um die Bagdadbahn war eine Erfindung der Petersburger „Wjedomosti", der „Nowoje Wremja" und jener agents provocateurs, die ihr Lager in England aufgeschlagen haben; wir meinen

die Herren Calchas, Argus usw., die in der „National und Fortnightly Review" ihr Wesen treiben; ganz ebenso ist die Opposition, auf welche die Friedenspolitik Nikolaus' II. in der Balkanhalbinsel stößt, vor allem das Werk aufreizender Zeitungskorrespondenten. Uns wundert nur, daß das russische Auswärtige Amt neuerdings so häufig für notwendig gehalten hat, seine Politik vor diesen Organen zu verteidigen; es gibt ihnen dadurch im Auslande und im Innern des Reiches eine Bedeutung, die ihnen gewiß nicht zukommt. In Beurteilung der mazedonisch-albanisch-bulgarischen Krisis sind zurzeit nur noch die englischen Zeitungen pessimistisch. Die Franzosen haben die von ihnen erwartete Schwenkung jetzt glücklich vollzogen und prophezeien Frieden, während in Beurteilung des Ministerwechsels in Bulgarien die „Nowoje Wremja" sich noch höchst mißtrauisch und mißgünstig zeigt. Namentlich die Ernennung des Stambulowisten Petkow zum Minister des Innern beunruhigt sie und ebenso die Bemühungen des Fürsten Ferdinand, eine Verständigung mit dem Sultan zu finden. Aber man fragt diesen Lamentationen gegenüber, was denn sonst hätte geschehen sollen. Die Türkei hat zurzeit 140000 Mann in Europa mobil, der Aufstand der mazedonischen Banden ist nahezu gedämpft, einen albanesischen Krieg wird die Pforte nicht zu führen haben. Und zu alledem kommt noch, daß Rußland und Österreich-Ungarn in kategorischer Weise den Bulgaren den Krieg verboten haben. Herr Petkow, der sich durch den Chefredakteur der russischen „Petersburger Börsenzeitung", Herrn Propper, hat interviewen lassen, nannte sich gar selbst einen zu Rußland bekehrten ehemaligen Stambulowisten, so daß sich wirklich nicht absehen läßt, was noch fehlt, um die Politiker der „Nowoje Wremja" zu befriedigen. Vielleicht erfährt es die Welt aus dem Munde von Herrn Zankow, der im Begriff sein soll, nach Petersburg zu reisen. Gefallene Größen pflegen ja die Ideen ihrer aufrechtstehenden Rivalen am treffendsten zu interpretieren.

Es läßt sich, alles erwogen, wohl annehmen, daß für dieses Jahr die von Mazedonien ausgegangene Gefahr als gehoben betrachten werden darf und wenn nun, wie wir wünschen und hoffen, mit der Durchführung des der Pforte oktroyierten Reformprogramms wirklich Ernst gemacht wird, läßt sich für den europäischen Orient eine längere Ruhepause rechnen.

Weniger zuversichtlich lassen sich die Dinge im großen Orient ansehen. Die Erklärungen der russischen Regierung haben weder in England noch in Japan das tiefe Mißtrauen beseitigt, mit dem beide Staaten die Politik Rußlands verfolgen, seit seine Eisenbahnen den Golf von Petschili erreicht haben und seine Vorposten an der koreanischen Grenze stehen. In England zieht man vor, jetzt zu schweigen, aber in Japan wird offiziell von Gefahren gesprochen, welche den politischen Horizont verfinstern und eine sehr ansehnliche Flottenvermehrung für unerläßlich erklärt. Am unliebenswürdigsten behandelt ein Teil der amerikanischen Presse Rußland, namentlich seit den Metzeleien in Kischinew, obgleich ganz kürzlich im Staate New-York 200 streikende italienische Arbeiter rücksichtslos zusammengehauen worden sind und zuverlässig berichtet wird, daß von einer Beschränkung des amerikanischen Handels in der Mandschurei keine Rede sein könne, vielmehr die wenig zahlreichen russischen Kaufleute immer mehr von Amerikanern und Japanern verdrängt würden. Die russischen Korrespondenzen aus dem fernen Osten sind voller Klagen darüber; Amerikas Interesse auf diesem Boden aber ist ein ausschließlich wirtschaftliches, und wer damit rechnet, wird auch nicht erwarten, daß es andere als wirtschaftliche Interessen dort vertreten wird. So scheint uns auch in der Mandschurei keine Gefahr für die nächste Zukunft vorzuliegen. Eine Flottenvermehrung, wie sie Japan beabsichtigt, verlangt Zeit, und wenn sie einmal Wirklichkeit geworden ist, kann bereits das Bild im fernen Osten sich völlig gewandelt haben. Aber allerdings, man darf nicht erwarten, daß wirklich die Mandschurei ganz von Truppen entblößt wird, daran ist trotz aller entgegengesetzter Versicherungen nicht zu denken, und wer billig urteilt, wird das auch natürlich finden. Die mandschurische Eisenbahn ist doch ein russischer Gedanke und russische Arbeit. Dasselbe aber gilt von dem Hafen Dalny, den Rußland niemals freiwillig aufgeben kann.

Der zumeist Frankreich interessierende Aufstand in Jünnan greift allerdings weiter um sich. Li Nganfu ist in die Hände der Rebellen gefallen, aber noch läßt sich nicht erkennen, wie tief die Bewegung geht. Bisher sind solche Aufstände immer nach einiger Zeit in sich zusammengebrochen.

Bei Beurteilung aller dieser Fragen richtet sich heute der Blick immer wieder auf England, vielleicht weil sich so wenig vorher-

sehen läßt, welche Wege die englische Politik einschlagen wird. Jedenfalls hat sie zur Beruhigung der allgemeinen Weltlage nicht beigetragen. Sie ist eminent mißtrauisch, sieht überall Gefahren und scheint durch die lärmende Art und Weise, in der sie vor aller Welt erklärt, daß sie vor niemanden zurückweichen werde, sich gleichsam selbst die Zuversicht steigern zu wollen.

Kaum hatte man sich von dem Erstaunen erholt, das Balfours neue Doktrin über die Aufgaben Englands im Persischen Meer hervorrief, als Chamberlain mit seiner vielbesprochenen Rede hervortrat und jene neue Form der Imperial-Federation ankündigte, die aus dem freihändlerischen England und seinen Kolonien einen Verband von Schutzzollstaaten machen sollte. Die Überraschung war um so größer, als gleichzeitig der Ministerpräsident sich in durchaus entgegengesetztem Sinne ausgesprochen hatte. Die Oppositionsblätter glaubten, daß es sich um eine Art Staatsstreich gehandelt habe. Chamberlain sei mit seinen Ideen im Ministerrat offenbar unterlegen und habe sie deshalb in die große Öffentlichkeit getragen, um damit die Probe darauf zu machen, wer der stärkere sei, er oder alle seine anderen Kollegen zusammen genommen. Sollte das wirklich der Fall gewesen sein, so hat er im Ministerium sein Spiel gewonnen, denn Mr. Balfour hat nicht gezögert, sich nachträglich mit ihm zu identifizieren. Sehr fraglich ist es aber, ob er im eigenen Lande und in den Kolonien mit seinem Reziprozitätssystem durchdringen wird. In Australien scheint kein einziger Staat dafür zu sein, in Südafrika hat Natal sich mit aller Entschiedenheit dagegen erklärt und inbetreff der übrigen südafrikanischen Kolonien und Kanadas läßt sich nur sagen, daß sie bereit sind, sich die rein wirtschaftliche Seite gefallen zu lassen, aber die weiteren Konsequenzen, die Chamberlain aus ihrem engeren Anschluß an das Mutterland ziehen möchte, vorläufig wenigstens durchaus nicht auf sich nehmen wollen. Das alles sind gewiß ernst zu nehmende Hindernisse, aber vielleicht wird der Widerstand in England selbst noch schwerer zu überwinden sein. Unter den Liberalen schien anfangs Rosebery durch die Chamberlainschen Ideen geblendet zu sein, er hat aber nachträglich seine halbe Zustimmung in eine entschiedene Ablehnung umgedeutet, und noch schärfer haben Campbell Bannerman und der sonst doch entschieden imperialistisch orientierte Asquith sich ausgesprochen. Wenn

daher, wie es in Chamberlains Absicht zu liegen scheint, die Parole des doch nicht allzu fernen Wahlkampfes: Freihandel oder Schutzzoll, (sc. Reziprozitätssystem in den Kolonien) lauten sollte, ist der Ausgang keineswegs vorauszusehen. Chamberlain rechnet dabei auf die Landleute und auf die Industriellen, die sich durch die deutsche Konkurrenz bedroht fühlen, aber die Opposition hat die Tradition und die Gewohnheiten der Massen für sich und kann zugleich mit der Abneigung rechnen, welche die Politik der Regierung in der Schulfrage und die schwere Belastung der Steuerzahler erregt hat. Dazu kommt die Abneigung gegen eine Erweiterung des Parlaments durch Vertreter der Kolonien, während andererseits auch die Kolonien nur geringe Lust zeigen, ein Londoner Parlament zu beschicken, das aus ihrer Anwesenheit sich die Berechtigung holen könnte, sie in ihren besonderen Angelegenheiten zu majorisieren.

Aber allerdings, die persönliche Stellung Chamberlains ist außerordentlich stark. Man glaubt an ihn, und einen Mann gleichen Ansehens haben die Liberalen ihm nicht entgegenzustellen, am wenigsten aber wird man Chamberlain zu einer Zeit entbehren wollen, in welcher die allgemeine politische Lage sich kritisch gestaltet. Der französische Marineminister hat kürzlich mit hohem Stolz von der Leistungsfähigkeit der französischen Flotte gesprochen, die keinen Gegner zu fürchten brauche und dabei sehr deutlich auf den Freund jenseits des Kanals hingewiesen, was trotz aller nachträglich daran geknüpften Liebenswürdigkeiten in London gewiß nicht überhört worden ist und nur dazu beitragen kann, die Stellung Chamberlains zu stärken. Die natürlichen Gegensätze der englischen und französischen Interessen in Nordafrika, die sich auf das Schlagwort Tanger zuspitzen, über welches jede Verständigung ausgeschlossen ist, zeigen nur eine Seite der marokkanischen Frage, die andere liegt in dem Vordringen der Franzosen von Osten her, wie es die jetzt geplante Expedition gegen Figuig einen Schritt weiter führt, und wenn auch offiziell versichert wird, daß keinerlei Okkupation oder Annexion marokkanischen Gebiets beabsichtigt wird, so weiß die Kolonialgeschichte Frankreichs davon zu erzählen, daß solche Vorsätze sich häufig nicht ausführen lassen. Jede Okkupation marokkanischen Gebiets aber führt zu Verwicklungen, denen auch England sich nicht entziehen kann. Das mag noch weit liegen, ist aber ein Stück der Wahrscheinlichkeiten, mit denen die Politik rechnet,

und wenn wirklich Parlamentswahlen erfolgen sollten, läßt sich erwarten, daß die schwarzen Punkte am Horizont ganz besonders deutlich von den Imperialisten Chamberlainscher Observanz zur Geltung gebracht werden. Vielleicht findet dann auch eine Frage Beachtung, die in der vorigen Woche mit großer Schärfe im Parlament angefaßt wurde. Wir meinen die unerträglich gewordene Mißwirtschaft im Kongostaate, der namentlich seit 1891 systematisch die Verpflichtungen nicht erfüllt, die ihm die Generalakte der Berliner Konferenz auferlegte, ja sie geradezu in ihr Gegenteil verkehrt hat.

Wir haben darüber eine vortreffliche kleine Arbeit von Bornhaupt: „Die Kongoakte und der Freihandel", die schon 1902 den schlagenden Beweis für die Rechtsbrüche erbrachte, über welche jetzt im englischen Unterhause Klage geführt wird, und auf die für alles Detail verwiesen sein mag. Der Etat Souverain du Congo und seinem Beispiele folgend der französische Kongo hat sich allmählich zu einem Ausbeutungsgebiet für die Kongoregierung entwickelt, indem diese sich alles zueignete, was überhaupt Gegenstand des Handels sein kann und allen Nationen Europas gleichmäßig, trotz der ausbedungenen und völkerrechtlich gesicherten Handelsfreiheit, die Betätigung auf dem Handelsgebiet zur Unmöglichkeit machte. Nebenher besteht in diesem Staate eine grausame Mißwirtschaft den Eingeborenen gegenüber, die man in so unerhörter Weise ausnutzt, daß sich hier eine neue Art der Sklaverei und Menschenjagd ausgebildet hat, die man kurzweg als eine Schmach für Europa bezeichnen kann, und die durch ihre Folgen zu einer Gefahr für alle in Afrika kolonisierenden Nationen zu werden droht. Die unermeßlichen Reichtümer aber, die der Souverän des Kongostaates und die Monopolisten um ihn her gesammelt haben, wuchern dann in aller Welt weiter, während inzwischen auf belgischem Boden neben den finstersten Formen des Klerikalismus das Analphabetentum sich den Rekord für Europa errungen hat. Gewiß, die Gründung des Königreichs Belgien ist die unglücklichste Schöpfung europäischer Staatskunst gewesen, und die größte aller Torheiten, daß man durch die Neutralisierung Belgiens die Bevölkerung zu jenem Phäakentum erzogen hat, dessen faule Früchte im Kongostaate zu Tage treten. Zurzeit aber ist nichts notwendiger, als die Beseitigung der erschlichenen Rechte, die die Kongoregierung sich angemaßt hat. Wir verstehen die Langmut nicht, mit

der Europa sich diese Verhöhnung seiner Rechte gefallen läßt, und hoffen, daß der Tag bald kommen wird, da diese Nation, die keine Nation ist, aufhört, eine Ausnahmestellung einzunehmen, die sie bisher nur zu mißbrauchen verstanden hatte und deren Lasten andere für sie tragen.

Wir haben unsere Gedanken über diese Frage in einem sehr beachtenswerten Buche von Edmund D. Morel: „The british case in French Congo“ wiedergefunden und empfehlen es allen, die sich für diese Frage interessieren. Es behandelt das Problem vom allgemeinen, nicht nur vom englischen Standpunkte und zeigt so an einem Beispiel, daß beide Nationen trotz allem in großen politischen Fragen zusammengeführt werden.

Wir gedenken zum Schluß noch mit einem Wort der kroatischen Bewegung. Charakteristisch ist uns dabei die Sympathie, die ihr von Tschechen, Slovenen, Ruthenen entgegengetragen wird, und die tiefe Erbitterung gegen Ungarn, die dabei zum Ausdruck gekommen ist. Das klingt beinahe, als sollten die Tage des Banus Jellachich wiederkehren. Aber man fragt sich, ob solchen Erscheinungen gegenüber die Ungarn nicht endlich einsehen werden, welchen ungeheuren politischen Fehler sie dadurch begehen, daß sie ihre natürlichen Bundesgenossen, die Deutschen in Ungarn, durch ihre Nationalitätspolitik von sich abdrängen, statt sich an ihnen Halt und Stütze zu holen. Noch ist es nicht zu spät, diese Fehler gut zu machen. Man gebe der deutschen Sprache und Schule ihre Rechte zurück, und der Umschwung erfolgt morgen. Wer aber will für die Zukunft bürgen, wenn die systematische Verbitterung der Deutschen fortgeführt wird. Ungarn ist nicht bestimmt, einsprachig zu sein. Das hat es selbst in der Armee als unabweisliche Notwendigkeit anerkennen müssen. Es hat zudem den Deutschen keinen Ersatz für das zu bieten, was es ihnen zumutet, aufzugeben. Dagegen ist es natürlich und recht, daß beide Sprachen nebeneinander hergehen, nur so kann Ungarn sich auch sprachlich eine Stellung unter den großen Kulturvölkern sichern, neben die es sich nicht unrühmlich durch seine Geschichte gestellt hat. Aber allerdings, um diese einfachen Wahrheiten zu verstehen, muß man den Mut haben, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Und gerade diesen Mut haben wir unter den magyarischen Staatsmännern von heute nicht gefunden.

28. Mai. Balfour spricht sich für Chamberlains Zollpolitik aus.
30. Mai. Protestversammlung römischer Studenten gegen Österreich-Ungarn.
31. Mai. Eine französische Expedition wird in Figig von Marokkanern zur Umkehr gezwungen.
1. Juni. Die Wahlen für die serbische Skuptschina fallen ganz im Sinne der Regierung aus.

---

3. Juni 1903.

Die Symptome einer erstrebten Wandlung in dem heute geltenden Allianzsystem zu verfolgen ist außerordentlich lehrreich. Wir haben unsere Leser schon oft davon unterhalten, und sind dabei stets zum Resultat gekommen, daß die brutale Wirklichkeit sich nicht durch fromme Wünsche beiseite schieben läßt. Trotzdem werden diese vergeblichen Anläufe sich nicht als Nullitäten bezeichnen lassen. Non vi. sed saepe cadendo erschüttern sie zwar nicht die Fundamente jener Allianzen, wohl aber den Glauben an ihre Festigkeit, und auch das ist ein politischer Faktor, mit dem gerechnet werden muß.

Uns sind diese Gedanken durch eine merkwürdige Pariser Korrespondenz der „Times" vom 27. Mai wieder lebendig geworden. Der Nachfolger des Herrn von und aus Blowitz tritt nicht ungeschickt in die Fußtapfen des Meisters. Wir setzen seine Ausführungen in ihrem vollen Wortlaut her: „Es geschieht etwas, was mir von großer Wichtigkeit zu sein scheint und worauf ich gern die Aufmerksamkeit derjenigen Engländer leiten möchte, die dem Gange der internationalen Beziehungen folgen. Auch mag in Parenthese bemerkt werden, daß die allgemeine Lage derartig ist, daß sie gespannte Aufmerksamkeit verdient. Die Hauptsache, die mich speziell interessiert, ist die weitverbreitete Befriedigung, welche die kürzlich erfolgte Besserung der anglo-französischen Beziehungen außerhalb der beiden direkt in Betracht kommenden Länder hervorgerufen hat. An gewissen Stellen wird das offen ausgesprochen, an anderen hält man aus leicht verständlichen Gründen es für weiser, die sehr aufrichtige Genugtuung zu verbergen, welche die Aussicht erregt, daß England und Frankreich wieder die Stellung an der Spitze von Fortschritt und Zivilisation einnehmen,

die sie seit dem deutsch-französischen Kriege nicht mehr gemeinsam behauptet hatten.

Ich habe handgreifliche Beweise, daß das der Fall ist. Ich habe Briefe aus verschiedenen Teilen Europas bekommen, von alten Freunden, die der offiziellen Politik nahe stehen. Sie versichern, die wohltätigen Folgen eines englisch-französischen rapprochement wären unberechenbar. Andere meiner Freunde in Paris haben selbst aus dem Auslande Nachrichten über den vortrefflichen Eindruck bekommen, den der Besuch des Königs in Frankreich gemacht habe. Es sei das äußerliche und sichtbare Zeichen, ja die Weihe der Wandlung in den französisch-englischen Beziehungen gewesen. Dürfte ich einige der Quellen nennen, aus denen diese Versicherungen stammen, so würde man sehen, daß das Ereignis als eine wesentliche Erleichterung von dem drückenden Übergewicht gewisser großer Militärmächte betrachtet wird, da man diesen Druck so lange nur unter Protesten ertragen hat. Es ist bereits, als hätte die Anglophobie des Kontinents nie existiert, und ich bin um so glücklicher, die Tatsache zu melden, als ich gleich nach dem Kriege vorhersagte, die Anglophobie werde ebenso schnell zusammenbrechen, als sie sich entwickelte. Meine Prophezeiung gründete sich darauf, daß ich Ursprung und geheime Wege der (feindseligen) Propaganda kannte.

Es gibt Kontinentalmächte, die weit geringere Popularität und Prestige im Auslande haben, als England. So wie heute die Tatsachen klar vor uns liegen, kann es England nur geringe Mühe kosten, um die allgemeine Popularität zurückzugewinnen, deren es sich durch so lange Jahre erfreut hat, und die wesentlich beitrug zu der einzigartigen Stellung, die es im europäischen Konzert einnahm. Es wäre müßig, sich in Abhängigkeit von der Diplomatie zu stellen, um dieses höchst wünschenswerte Ziel zu erreichen. Es ist mir mitgeteilt worden — und zwar aus einer Quelle, die, wie ich aus Erfahrung weiß, gut ist — daß die englischen und französischen Staatsmänner gut täten, sich häufiger zu sehen und daß, wenn hervorragende britische Politiker hinausreisen, sie suchen sollten Fühlung mit den leitenden Persönlichkeiten der republikanischen Partei Frankreichs zu gewinnen; denn diese besorgen die großen Staatsaffären. Abgesehen von wenigen rühmlichen Ausnahmen steht das Faubourg St. Germain nicht mehr im politischen Leben Frankreichs. So groß unsere Achtung

und unsere Sympathien für die französische Aristokratie und ihre glänzende Vergangenheit auch sein mögen, für den Augenblick haben wir unser Geschäft mit der französischen Demokratie zu machen, also mit der republikanischen Majorität der beiden französischen Kammern. Natürlich gehört dazu die literarische, wissenschaftliche und künstlerische Welt Frankreichs, und das ist vielleicht die anziehendste nicht politische Gesellschaft der Gegenwart, so daß alle gebildeten Engländer froh sind, wenn sie persönliche Beziehungen zu ihr finden. Aber ich spreche ganz besonders vom politischen Standpunkt, denn durch ein gutes Einvernehmen zwischen den englischen und französischen Staatsmännern von heute (of the day) können beide Staaten am besten zu einem rapprochement gebracht werden. Das andere kommt dann von selbst, ich meine die innigere Verbindung zwischen dem geistigen Leben Frankreichs und Englands, und dabei können beide Teile nur gewinnen. Ich bitte, nicht zu glauben, daß ich diese Gedanken als mein ausschließliches Eigentum hervorkehre. Sie sind mir von hervorragenden Franzosen verschiedenen Berufes und verschiedener politischer Richtung zugetragen worden. Wenn die günstige Stimmung, die so viele Ausländer der Annäherung zwischen Frankreich und England entgegenbringen, von England benutzt wird, so kann dadurch der schließliche Erfolg einer Bewegung gesichert werden, die unter sehr günstigen Auspizien begonnen hat."

Das hier empfohlene „rapprochement“ ist als „alliance franco-anglaise“ zu verstehen und gewiß ebenso ernsthaft vom Vertreter der „Times“, wie von seinen französischen und nichtfranzösischen Gewährsmännern gemeint.

Auch ist es nicht zu bezweifeln, daß eine solche Politik vielleicht in Frankreich noch mehr Anhänger zählt als in England, wo man gewiß bereit wäre, große Zugeständnisse zu machen, wenn sich statt eines zu nichts verpflichtenden „rapprochement“ eine wirliche „alliance“ gewinnen ließe, aber den Gedanken mit mehr Berechnung und weniger Enthusiasmus anfaßt. Daß die Kombination England, Rußland, Frankreich — die in London naturgemäß die meist erwünschte wäre — vorläufig ganz aussichtslos ist, derüber macht sich wohl kein denkender Kopf in England mehr Illusionen. Wohl aber scheint man die Lösung Frankreichs von der russischen Verbindung nicht für ausgeschlossen zu halten, und jedenfalls weiß man aus Erfahrung, daß

es möglich ist, Frankreich zu politischen Schachzügen zu bewegen, die mehr dem englischen als dem russischen Interesse entsprechen. Wir haben dafür gerade in letzter Zeit eine ganze Reihe von Beispielen gehabt. So ist, um nur eins anzuführen, die „Nowoje Wremja“ vom 28. Mai geradezu außer sich wegen der nun zur Wirklichkeit gewordenen Unifikation der türkischen Staatsschuld. Der jetzige französische Finanzminister Rouvier aber hat den Plan jener Unifikation nicht nur gefaßt, sondern auch mit ganz hervorragender Geschicklichkeit, trotz der üblen Laune, auf die er in Petersburg stieß, durchzuführen verstanden. Daß diese Neuordnung des türkischen Finanzwesens die Pforte in ihrer gesamten Stellung stärkt, liegt auf der Hand und entspricht den alten Traditionen der französischen und den zu keiner Zeit aufgegebenen Grundprinzipien der englischen Politik, aber gewiß nicht dem uralten Leitmotiv russischen Orientpolitik. Dasselbe gilt von der Beteiligung Frankreichs an der Bagdadbahn, wenn auch hier infolge der jüngsten Erklärung Balfours die englische Interessenfrage weniger offen zutage tritt. Balfours Erklärung war ein Ausdruck des Mißtrauens im Hinblick auf die Möglichkeit, daß Koweit befestigter Hafen werden könne, und traf nicht den einen, für Rußland wesentlichen Punkt, daß die Erschließung eines reichen türkischen Gebietes das türkische Reich als solches stärken müsse. Das ist in London vielmehr erwünscht, und es wird nichts geschehen, um diese Wendung zu verhindern.

Aber noch weit bezeichnender ist eine dritte Tatsache: die von der französischen Regierung begünstigte Beteiligung des französischen Kapitals an der großen japanischen Anleihe, die England negoziiert hat. Diese Anleihe ist — wir wollen nicht sagen eine Kriegsanleihe — aber doch eine Anleihe zu Stärkung der Kriegsmittel Japans, die nur nach einer Richtung hin, sei es auch nur zur Abwehr, eine Verwendung finden können. Daß Japan der Alliierte Englands ist und Frankreich sich bereit gefunden hat, seine russische Allianz auch auf Ostasien auszudehnen, hat das große Finanzgeschäft nicht behindert. In London konnte man damit wohl zufrieden sein, aber wer wird annehmen, daß man sich in Petersburg darüber gefreut hätte? Nehmen wir noch die offenbare Gunst hinzu, die Frankreich der griechischen Politik schenkt, die Haltung der französischen Politik in der mazedonischen Angelegenheit, so wird wohl verständlich, daß nicht

zünftige Politiker wie die „Times“-Korrespondenten aller europäischen Residenzen, oder die Männer der „National“ und „Fortnightly Review“ sich zu der Hoffnung steigern konnten, daß die wirkliche in Artikel und Paragraphen gefaßte Allianz nunmehr unmittelbar bevorstehe.

In der oben wiedergegebenen Pariser Korrespondenz der „Times“ findet sich zudem noch eine höchst merkwürdige Ausführung. Der Hinweis auf die Einflußlosigkeit des „Faubourg St. Germain“. Die englische Diplomatie ist bekanntlich aristokratisch. Die Träger all der uralten Namen, die sich allmählich um Lord Salisbury gesammelt hatten, haben ihre gesellschaftlichen Beziehungen nicht in den Kreisen, die heute Frankreich regieren, ebenso aristokratisch ist aber die russische Diplomatie und diese hängt noch weit mehr an diesen gesellschaftlichen „Vorurteilen“. Nun soll England sich in Frankreich der regierenden Demokratie auch gesellschaftlich zuwenden, damit wäre Rußland aus dem Felde zu schlagen und ein direkter Einfluß zu gewinnen, wie ihn diplomatischer Notenwechsel niemals herstellen kann. Das ist gewiß richtig und fein gedacht. Aber wenn wir uns auch Herrn Chamberlain sehr wohl Arm in Arm mit Delcassé vorstellen können, den kleinen Combes am Arme Balfours oder Lansdownes können wir uns füglich nicht denken. Die Education Bill und die französische Kirchen- und Schulpolitik von heute — das sind zwei Weltanschauungen, die unvereinbar einander gegenüberstehen.

Trotz alledem würde uns die englisch-französische Allianz keineswegs als eine Unmöglichkeit erscheinen, wenn nicht das französische Volk in seiner überwältigenden Mehrzahl an der russischen Allianz als an der notwendigen unerschütterlichen Grundlage seines politischen Lebens festhielte. Man kann am Quai d'Orsay wohl unter der Hand, hinter schützenden Kulissen englische Politik treiben, aber die Lösung von der russischen Allianz bringt jede französische Regierung zu Fall. Das ist absolut sicher, und deshalb werden alle diese Bemühungen scheitern, sobald sie in der Praxis auf ihre Konsequenzen hin erprobt werden. Endlich können die Interessengegensätze Englands und Frankreichs in Marokko und in Hinterindien wohl für längere Zeit zurückgestellt werden, aber sie sind nicht zu beseitigen. Das Recht des Stärkeren wird einmal über sie entscheiden.

Diese Fragen stehen übrigens in einem engeren Zusammenhang mit den neuen Ideen, die Chamberlain in den künftigen Wahl-

kampf des englischen Volkes hineingeworfen hat, als auf den ersten Blick zu bemerken ist. Vor einigen Tagen hat die englische Handelskammer in Paris, wie sie jeden Monat zu tun pflegt, ein „dinner" veranstaltet. Der Ehrensekretär der Kammer, Mr. F. Longhurst, hat dabei Gelegenheit genommen, auf die Reden Balfours und Chamberlains einzugehen und dabei einige Bemerkungen von großem allgemeinen Interesse gemacht.

Er begann, wie billig, mit einigen lobenden Bemerkungen über Chamberlain und betonte, daß es in der Tat eine Lebensfrage für das Imperium sei, eine Harmonie in der fiskalischen Politik der einzelnen Teile des Imperiums herzustellen. Da Australien und Kanada zudem bereits einen Tarif hätten, bedeute es für sie ein geringes Opfer, wenn sie England noch einen besonderen Vorteil gewährten. Aber das Problem werde außerordentlich verwickelt, sobald man verlange, daß England seinerseits Reziprozität gewähre. Da sei die gründlichste Prüfung und Erwägung der Folgen geboten. Ein Beispiel werde das am besten zeigen. England importiere aus Frankreich und aus Australien Wein. Wein aber sei gewiß ein Luxusartikel und könne daher, ohne daß das Prinzip des Freihandels durchbrochen werde, besteuert werden. Begünstige man nun durch einen Vorzugstarif die australischen Weine vor dem Bordeaux, so werde allmählich die bessere Qualität durch die billigere, schlechtere verdrängt werden. Sobald diese Praxis auch auf Waren ausgedehnt werde, die unentbehrlich seien, stehe man vor einer wirklichen Gefahr. Erhebe man z. B. vom Quarter Weizen einen Shilling, so lasse sich das ertragen, wenn aber der Zoll von 1 Shilling nicht die Wirkung habe, den kanadischen Weizen auf Kosten des amerikanischen zum Siege zu führen, so werde England, nachdem es einmal den Weg beschritten, genötigt sein, die Weizenzölle noch weiter zu erhöhen, und so könne man schließlich zu einem System gelangen, welches die bisherige Handels- und Zollpolitik Englands in ihr Gegenteil verkehre!

Das ist gewiß richtig, interessiert uns aber noch aus dem besonderen Grunde, daß hier deutlich zutage tritt, daß es ein Gaukelspiel ist, wenn im englischen Parlament immer mit Deutschland und dem deutsch-kanadischen Konflikt operiert wird. Nicht um Deutschland und Kanada handelt es sich, sondern um eine völlig neue Entwicklung, in welche sämtliche anderen Nationen mit hineingezogen werden und

deren drohende Spitze sich ganz ebenso gegen das umworbene Frankreich und das umschmeichelte Amerika richtet, wie gegen uns. Es ist aber, wie doch nachdrücklich hervorzuheben ist, kein „fair play", wenn der künstlich und systematisch gegen uns geschürte Haß ausgespielt wird, um dadurch zu verdecken, daß ganz andere und viel weitere Ziele verfolgt werden, als Kanada in seinem Zollkrieg gegen uns beizuspringen. Natürlich wäre es Chamberlain bequemer, wenn er zunächst an einem Punkte — womöglich unter dem schadenfrohen Zuschauen der übrigen Mächte, denen man eine Gnadenfrist gewährt hat — seine Gewalttheorie durchzwingen könnte. Ihre Stunde käme dann später, denn er denkt es zu machen, wie Polyphem mit den Gefährten des Odysseus.

Wir haben aber den Eindruck gewonnen, daß man schon jetzt in Kanada stutzig geworden. Der Termin zur Ablieferung der vor Erlaß der neuen Retorsionszölle bestellten Waren ist bis auf den Oktober verlängert worden, und es scheint, daß man nicht ohne Sorge der weiteren Entwicklung des Kampfes entgegensieht.

Jedenfalls stehen wir einer ganz neuen Lage gegenüber, und da ist es gewiß am klügsten, zunächst in aller Ruhe abzuwarten, was England selbst und was die Kolonien aus Chamberlains Gedanken machen werden. Daß in England ein Wahlkampf von unerhörter Schärfe bevorsteht, ist sicher. Lord Tweetmouth (liberal) hat jüngst in York gesagt, Chamberlains Fiskalpolitik tue den Fundamentalsätzen des Freihandels Gewalt an, und werfe die Politik um, die in den letzten 60 Jahren so glänzende Erfolge gebracht habe. Eine solche Politik anzunehmen, sei Tollheit und Verrücktheit (would be folly and madness), er hoffe, die Wähler werden sie mit Verachtung zurückweisen. Sogar die Birminghamer Handelskammer zeigt sich teils scharf ablehnend, teils skeptisch, die Führer der Liberalen aber haben noch nicht gesprochen. Das Merkwürdige ist, daß beide Parteien das Chamberlainsche Schlagwort nicht ungern zur Wahlparole gemacht sehen und daß vollends absolut noch nicht feststeht, welches die Haltung der Kolonien sein wird. Es ist in unserer Presse wenig bemerkt worden, daß gerade jetzt ein K o n f l i k t von größter Tragweite zwischen dem Staate S ü d a u s t r a l i e n und der e n g l i s c h e n R e g i e r u n g schwebt, der darüber entscheiden muß, ob der Commonwealth von Australien dem britischen Reich gegenüber eine Einheit darstellt,

oder einen lockeren Bund von 6 souveränen Staaten. Was vorliegt, ist das folgende: Die Mannschaft eines holländischen Schiffes war 1902 in Port Adelaide arretiert worden. Die niederländische Regierung führte darauf Klage beim englischen Foreign Office und Chamberlain verlangte nun einen Bericht von der Zentralregierung des Commonwealth. Diese wiederum forderte die Regierung von Südaustralien auf, ihr Bericht zu erstatten. Aber Südaustralien antwortete, daß, wenn daß Foreign Office Auskünfte von ihm haben wolle, es direkt anfragen möge, und trotz aller Argumente, durch welche Chamberlain zu beweisen sucht, daß Australien einen Bundesstaat und nicht einen Staatenbund darstelle, besteht Südaustralien darauf, daß es verfassungsmäßig direkt in politischen Angelegenheiten mit England zu verkehren berechtigt sei und einer Vermittlung nicht bedürfe. Nun will das Unglück, daß aus dem unbestimmt gehaltenen Text der Commonwealthakte sich der Standpunkt Südaustraliens nicht widerlegen läßt. Der „Standard" kommt, da der Streit noch immer unentschieden ist, zu dem folgenden melancholischen Schluß: „Es ist eine unglückselige Kontroverse, weil an ihr die Bundesverfassung scheitern kann, wenn jeder einzelne Staat die neue Ordnung umstürzen darf; aber wir hoffen, daß diese Gefahr mehr eingebildet als real ist."

Man sieht daraus, wie wichtig die prinzipielle Seite der Frage ist. Sie wird aber von der tiefgreifendsten Bedeutung, sobald sich der Standpunkt Südaustraliens auf wirtschaftliche Probleme ausdehnt, wie sie der neue Chamberlainsche Imperialismus zur Entscheidung gestellt hat.

Aber, gesetzt den Fall, es gelingt Chamberlain wirklich, durch die Wählerschaft Englands die Vollmachten zu erhalten, deren er bedarf, um seine Ideen durchzuführen, und auch jene Kolonialkonferenz, die er danach berufen will, wird bestimmt sich ihm anzuschließen; das Parlament in beiden Häusern und die Parlamente der Kolonien tun wie er will, und das neue Imperium mit den Reziprozitätsverträgen als Schutzwall gegen die übrige Welt wird Wirklichkeit, — welches wird dann die allgemeine Weltlage sein, und welche Rückwirkung auf unser wirtschaftliches Leben ist davon zu erwarten?

Wir wollen zur Beantwortung dieser Frage keine Zukunftsphantasie konstruieren, sondern nur das hersetzen, was Chamberlain

selbst als notwendige Folge in seiner Rede bezeichnet hat. „Wenn wir den Kolonien eine Bevorzugung einräumen," so sagte er, „so müßte dies durch eine Steuer auf Nahrungsmittel geschehen. Ich bin gern bereit, die Angelegenheit den Arbeitern zu unterbreiten. Eine solche Steuer würde zür Verfügung der Regierung eine bedeutende Summe stellen, zu der drei Viertel durch die Arbeiter und ein Viertel durch die reicheren Klassen beigesteuert würden. Die ganze Summe müßte Verwendung finden für die soziale Gesetzgebung. Alterspensionen und andere Dinge würden verwirklicht werden können, wenn eine solche Politik befolgt würde."

Das gibt eine Aussicht, die man bei uns nur beifällig betrachten kann. Wir sind bisher der einzige Staat, der die ungeheure Last der sozialen Gesetzgebung auf sich genommen hat, um einer hochgedachten Pflicht des Staates gerecht zu werden. Chamberlain will dieser Pflicht gleichfalls gerecht werden, aber so, daß er dreiviertel der Lasten den Arbeitern auflegt. Die Folge davon muß in mindestens gleichem Verhältnis ein Steigen der Arbeitslöhne sein und dadurch dürfte sich der Vorsprung wieder ausgleichen, den Chamberlain wirtschaftlich über alle nicht zum britischen Imperium gehörenden Staaten zu gewinnen hofft!

Das gibt keinen übelen Zirkelschluß und auch wir kommen damit zu dem Gedanken zurück, von dem wir ausgingen: Es ist kein Grund, sich über diese unfertigen Zukunftsbauten aufzuregen; wir können zunächst abwarten, ob und wann sie Wirklichkeit werden; sind sie aber Wirklichkeit geworden, so dürften sie in sich selbst die Elemente tragen, welche sie, früher oder später, für uns und die anderen Konkurrenten Englands wieder unschädlich machen.

---

6. Juni. Campbell-Bannerman tritt in Perth gegen Chamberlain auf.
9. Juni. Beschießung der Oase Figig durch die Franzosen.

10. Juni 1903.

Zu den charakteristischen Erscheinungen der letzten Zeit gehört ein geflissentliches Bemühen der russischen Presse um die Gunst der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und, trotz des ungeheueren Lärms, den die Kischinewer Morde und Plünderungen jenseits des Ozeans hervorgerufen haben, ein ebenso geflissentliches Entgegenkommen von seiten angesehener amerikanischer Blätter. Die „American Monthly Review of Reviews" weist sehr nachdrücklich die Anläufe zurück, die gemacht worden sind, um die Regierung in Washington zu einem offiziellen Schritt zugunsten der russischen Juden zu veranlassen. Man solle sich daran erinnern, daß man sich vor ganz Europa lächerlich mache, wenn man fremden Regierungen Zensuren erteile wegen der Behandlung, die sie ihren eigenen Untertanen zuteil werden ließen. Ebenso töricht aber sei der Lärm, der wegen der mandschurischen Angelegenheit in Amerika erhoben werde. Ganz wie Amerika sich den Zeitpunkt vorbehalten habe, an dem es Kuba räumte, müsse man auch den Russen überlassen, den Zeitpunkt zu wählen, der ihnen der richtige scheine. Aber durch britische Agenturen sei ein ungeheurer Lärm gemacht worden, und die zufällige Ansammlung von russischen Truppen in Niutschwang sei durch die Presse Englands und Amerikas recht hysterisch als Wiederbesetzung der Mandschurei und als Vertragsbruch ausgeschrieen worden. „Die Mandschurei ist bestimmt, durch Rußland erschlossen zu werden, und Rußland ist ausdrücklich berechtigt, sein großes Eisenbahnsystem zu verteidigen und hat allein über die Zahl der Soldaten zu entscheiden, die ihm dazu notwendig erscheint. Wäre England an Rußlands Stelle, so würde es ihm nicht im Traume einfallen, die Mandschurei aufzugeben." Die Agitation, die von der britischen Regierung und

Presse ausgehe, müsse vielmehr Rußland zu rascher Annektierung des Landes drängen. Das bedeute aber, wenn nicht ein besonderer Handelsvertrag zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten geschlossen werde, den Verlust aller Vorteile, die Amerika jetzt in der Mandschurei genieße. Die Regierung in Washington werde daher gut tun, wenn sie es so klar als nur möglich ausspreche, daß sie kein geheimes Mitglied der antirussischen Allianz Englands und Japans sei. Hauptinteressenten seien Rußland und China, beide den Vereinigten Staaten befreundet, die daher in Behandlung dieser östlichen Fragen sich am besten vom Londoner Kurs ganz fern halten sollten. Noch könne eine weitblickende Politik die amerikanischen Handelsinteressen in der Mandschurei sichern, aber die Politik Rußlands zu brüskieren sei weder klug noch weitblickend.

Jene antirussische Kampagne der „britischen Agenturen" in Amerika hat aber in Rußland einen großen Eindruck gemacht und die „Nowoje Wremja" kommt jetzt mit allerlei Vorschlägen, wie dieser böse Eindruck wieder verwischt werden könnte. Sie spricht dabei viel von den alten freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten, erinnert an die Haltung Rußlands während des Sezessionskrieges und während des kubanischen Krieges. Als ebenfalls durch englische Intriguen Rußland damals beschuldigt wurde, eine europäische Koalition gegen Amerika zu organisieren, hätten aufklärende Artikel in den Zeitungen „New-York Sun" und „Washington Post" eine Wandlung herbeigeführt; es sei daher sehr erfreulich, daß in den großen amerikanischen Wochenschriften „Harpers Weekly" und „Colliers Weekly" Artikel erschienen seien, welche Rußlands mandschurische Politik rechtfertigten, und auf die kriegerischen Absichten Englands und Japans hinwiesen. „Aber, schließt das Blatt, leider sind solche Artikel in den amerikanischen Blättern selten. Das russische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten werde daher gut tun, in englischer Sprache eine Darstellung der Beziehungen Rußlands zu Amerika, von den Tagen Katharinas II. bis zum spanisch-amerikanischen Kriege, auf Grund der Akten des russischen auswärtigen Amtes und der für den Kongreß in Washington gedruckten amerikanischen Staatspapiere zu veröffentlichen. Diese Publikation wäre allen amerikanischen Zeitungen zuzuschicken, in Summa etwa 3000 Exemplare, dann würde im Lande eine uns günstige Bewegung entstehen.

Bei der ungeheuren Bedeutung, welche die Presse in Amerika hat, wäre es ein großer Fehler unserer auswärtigen Politik, diese Presse zu vernachlässigen."

Der Rat ist so übel nicht und verdiente auch an anderer Stelle Beachtung zu finden. Heute liegen im wesentlichen die Verhältnisse noch so, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten in allen nicht direkt Amerika betreffenden Angelegenheiten von England aus gemacht wird. Daß aber die englische Brille alle Dinge unter einem ganz besonderen Gesichtswinkel erscheinen läßt, darüber hat eine reiche Erfahrung keinen Zweifel gelassen.

Allerdings scheint es, als ob eine Verschiebung sich vorbereitet, seit Chamberlains Zollvereinspolitik zur großen Tagesfrage geworden ist. Man scheint in Amerika sich keine Illusionen darüber zu machen, daß, wenn die Chamberlainschen Ideen Wirklichkeit werden sollten, Amerika den stärksten Rückschlag spüren müßte, und ist offenbar nicht geneigt, solchen Möglichkeiten gegenüber die Hände in den Schoß zu legen. Schon heute liegen Anzeichen vor, daß in der von vielen unserer Zeitungen weit überschätzten kanadischen Angelegenheit, Amerika sich darauf einrichtet, den kanadischen Export nach Süden abzulenken und damit an einem der wesentlichsten Punkte der größerbritischen Zollunion all ihren Reiz zu nehmen. Unseren Standpunkt in dieser kanadischen Frage hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 2. Juni in zweifellos offiziöser Ausführung sehr treffend und zu unserer lebhaften Befriedigung sehr kühl und ruhig dargelegt. Wir stehen auf unanfechtbarem Boden und können zunächst das weitere abwarten. Sieht man genauer zu, so ist das auch die Haltung aller übrigen Mächte, aber jede von ihnen hält es für nützlich, an dem Nachbarn, nicht an sich selbst, gegen Chamberlain zu polemisieren. So spottet das „Journal des Débats" über den Vergleich zwischen dem deutschen Zollverein und Chamberlains Greater Britain. Seine Politik, sagt das Journal, hat mit der des preußischen Zollvereins nichts gemein. Indien liegt Tausende von Meilen von Großbritannien, Australien bei den Antipoden, und bis Kanada ist es sehr weit. Wie wolle man aus diesem Reich eine geographische Einheit machen. Die ökonomischen Beziehungen der Kolonien gingen in andere Länder als ins Mutterland hinein, und eben dadurch habe sich der Welthandel Englands begründet und sei London zum wichtigsten Handelsplatz

der Welt geworden. Schränke England diesen Handel ein, so beschneide es die eigene Macht. Denn die anderen Staaten, deren Schutzzollsystem man nicht gerade anzustacheln brauche, würden Zug auf Zug folgen lassen, um England mit gleicher Münze zu zahlen. Der schließliche Ausgang aber werde trotz aller Versicherungen Chamberlains der Krieg sein. Er schwöre zwar bei den großen Göttern, daß er nur friedliche Absichten verfolge. Aber das täusche keinen Menschen mehr, und diese Sprache stehe ihm „comme un grelot au cou d'un loup“. Das ist nicht sehr freundlich gedacht, scheint aber dafür aufrichtiger gemeint zu sein als die Verbrüderungspläne, welche dem Aufenthalt König Eduards VII. in Paris folgten. Man ist zurzeit etwas nervös in Paris, denn abgesehen von den nicht endenwollenden Ärgernissen, welche die unsterbliche Affaire und die neue Affaire Humbert bringt (fast hätte sie das Ministerium zu Fall gebracht, und es ist uns auch trotz aller Vertrauensvoten nicht sicher, ob Herr Pelletan zu retten sein wird —), liegt die Gefahr böser Verwickelungen in Marokko vor. Allerdings hat der neue Gouverneur von Algier, Herr Jonnart, durch seinen Besuch in der Oase Figig den religiös fanatisierten und durch die jetzigen Ereignisse in Marokko doppelt erregten Nomaden erst die Möglichkeit gegeben, ihm und den Seinigen einen Hinterhalt zu stellen, denn außerhalb ihrer Oase hätten sie die gefürchteten Franzosen gewiß nicht aufgesucht. Nun ziehen die „Daily News“ daraus den Schluß, daß die Franzosen selbst Schuld seien und vielleicht gar den Zug unternommen hätten, um eine Verwicklung mit Marokko herbeizuführen, die ihnen das Ausführen alter treu gehegter Pläne erst ermöglichen soll. Der „Figaro“ antwortet darauf mit der ganz unhaltbaren Behauptung, daß wahrscheinlich englische Agenten die Männer von Figig aufgestachelt hätten. Daran ist natürlich nicht zu denken, weil das dem englischen Interesse ganz direkt widerspräche, während die Richtung der französischen Politik seit 1845 notorisch dahin geht, alle Dependenzen Marokkos im Osten sich zu eigen zu machen. Herr Jean Heß hat uns das im „Magazin Colonial“ bis in das Detail hinein erzählt und aktenmäßig belegt, so daß daran kein Zweifel weiter sein kann. Überraschend ist nur der Zeitpunkt, der entschieden unglücklich gewählt ist. Rußland warnt mit größter Entschiedenheit vor jedem Eingreifen Frankreichs in Marokko. Es

fürchtet, so müßte man annehmen, die weitere Ausdehnung des Brandes, sobald diese islamitische Welt einmal in Bewegung gekommen ist. Die Flamme könnte nach Tripolis und von dort aus leicht in die Balkan-Halbinsel hinüberschlagen. Man kann nicht eindringlicher warnen als es Rußland durch die „Nowoje Wremja“ tun läßt, die, wie wir wissen, neuerdings zu Kundgebungen des Ministeriums des Äußeren wieder häufiger benutzt wird. So hat denn auch Frankreich erklärt, es wolle nicht mehr als eine Maßregel militärischer Polizei an den Bewohnern von Figig vornehmen und in keiner Weise an dem marokkanischen status quo rütteln.

Bleibt nur abzuwarten, ob das möglich sein wird. Die französische Strafexpedition liegt schon vor Zenaga und die Kanonen spielen bereits. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Figig, auch wenn die französischen Truppen wieder abgezogen sein werden, in der Stellung bleibt, die es vor dem Überfall der Expedition Jonnart eingenommen hat. Bisher gibt es auf dem Wege von Algier nach Südwesten keinen Punkt, den die Franzosen wieder freizugeben hätten, wenn sie ihn einmal in Händen hätten!

Welches der Ausgang der Verhandlungen sein wird, die, gerade da diese Zeilen gedruckt werden, in London über das Chamberlainsche Projekt im Unterhause stattfinden, läßt sich natürlich nicht vorhersehen. Auch hat in England niemand gewagt, den Ausgang vorauszusagen. Sicher ist nur das eine, daß Zustimmung wie Ablehnung des Parlaments eine neue Lage zur Folge haben müssen, und daß selbst der Ausweg eines Kompromisses von dem gegenwärtigen England zu einem neuen hinüberführt, das wir noch nicht kennen und auf das die übrige Welt sich einzurichten haben wird.

Vielleicht ist der erste Schritt zu einer Neuorientierung infolge der Chamberlainschen Politik eine merkwürdige Kundgebung russischerseits, die abermals ihren Platz in der „Nowoje Wremja“ gefunden hat und andere Töne anschlägt, als wir sie eben erst in Anlaß der marokkanischen Angelegenheiten hörten. Zu neuen Bildern gehören eben neue Texte. Unter der „Spitzmarke: „Resultate des Zweibundes“ werden uns jetzt die Grundgedanken zu einer Politik der Aktion vorgeführt, deren Schärfen sich direkt gegen England richten. Die gewiß nicht vom Redaktionstisch stammenden Ausführungen des russischen Blattes gehen davon aus, daß es höchst töricht sei, wenn

man das russisch-französische Bündnis bereits totsage. Der passive Charakter der Allianz erkläre sich aus der Aufgabe, den Frieden zu sichern, aber die positiven Früchte habe Frankreich in Afrika und Hinterindien, Rußland in Asien gepflückt. Allerdings seien andere näher liegende Aufgaben zurückgestellt worden. Frankreich habe das Bündnis nicht genutzt, um seine Macht in Europa zu steigern, z. B. nichts getan, um sein gleiches Anrecht auf Ägypten den Engländern gegenüber geltend zu machen, und ebenso wenig habe Rußland durch die Allianz auf den europäischen Orient gedrückt, obgleich dadurch das russische Prestige in der internationalen Politik sich sofort beträchtlich gesteigert hätte. Die sehr verwickelten Ursachen eines solchen Verhaltens der verbündeten Mächte aufzuzählen, solle nicht versucht werden. Der Verzicht auf eine gemeinsame Aktion habe aber, wie sicher sei, dahin geführt, daß man an der Festigkeit, ja an dem Nutzen der alliance franco russe zu zweifeln begonnen habe. „In der Tat, wenn, auf das Bündnis gestützt, Frankreich statt der Indo-Chine Ägypten — und Rußland statt Port Arthurs und Dalnis den Bosporus genommen hätte, so wäre Gedanke und Bedeutung des Bündnisses ganz klar, sowohl für das russische wie für das französische Volk, den tambowschen Bauer und den bretonischen Fischer mit eingeschlossen. Statt dessen haben, wie sich nicht übersehen läßt, die russische und die französische Diplomatie seit Abschluß der Allianz nicht zusammengewirkt, obgleich das in vielen Fällen sehr wohl möglich gewesen wäre.

„Aus den seltenen Fällen, da Rußland und Frankreich zusammenwirkten, zeigt sich, wie gewaltig der Eindruck eines solchen gemeinsamen Vorgehens ist. Aber seit der formellen Verkündigung der Allianz sind nach wie vor die russische und die französische Diplomatie ihre besonderen Wege gegangen, die sie dann gelegentlich zusammenführten und ebenfalls gelegentlich auseinanderbrachten. Hätten aber die Vertreter des Auslandes stets gewußt, daß das Wort „Rußland" zugleich „Frankreich bedeutet, und umgekehrt, so hätte das Resultat der meisten diplomatischen Schritte ein wesentlich anderes sein können.

„Übrigens, das läßt sich noch gut machen. Man darf hoffen, daß die koloniale Periode in der Politik der verbündeten Mächte, wenn auch nicht abgeschlossen, so doch dem Abschluß nahe ist, und

deshalb kann man in naher Zukunft von dem Zweibunde eine Politik erwarten, die fruchtbarer ist, den Interessen der Massen des Volkes näher liegt und von ihnen daher auch besser verstanden wird."

Man kann auf die Auslegung, welche diese russisch-französische Zukunftsmusik in Paris und London finden wird, gespannt sein. Ebenso auf die Rückwirkung nach Rußland hinein. Eben jetzt geht durch unsere Zeitungen die Wiedergabe eines in deutscher Sprache veröffentlichten Protokolls der Plenarsitzung des russischen Reichsrats vom 30. Dez. 1902 / 12. Jan. 1903 (Stuttgart bei Dietz). Es ist ein Referat des Finanzministers über die Lage der russischen Finanzen nebst den Betrachtungen und Schlüssen, die der Reichsrat daran knüpft. Das Resultat läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß das russische Budget von 1040,5 Millionen Rubel im Jahre 1893 auf 2071,7 Millionen Rubel im Jahre 1903 gestiegen ist und daß eine weitere Erhöhung der Steuern absolut unzulässig sei. Man hofft trotzdem durch Sparsamkeit und bei dauerndem Frieden allmählich zu geordneten, die Bevölkerung weniger drückenden Zuständen zu gelangen, hat aber vom Finanzminister eine genauere Auskunft über das Defizit in der Eisenbahnwirtschaft verlangt.

Der Eindruck, den man aus dieser Publikation gewinnt, ist zunächst der, daß das heutige Rußland überhaupt nicht imstande sei, einen Krieg zu führen. Es ist nun sehr wohl denkbar, daß namentlich nach den letzten Liebeswerbungen Englands um Frankreich in Petersburg gefürchtet wird, jenes Reichsratsprotokoll, über dessen Autentizität kein Zweifel besteht, könne in Frankreich das Prestige Rußlands empfindlich schädigen. Die Neigung Delcassés für eine englisch-französische Allianz mag auch in Rechnung gezogen worden sein, und alle diese Erwägungen sich schließlich zu jenem merkwürdigen Programm kondensiert haben, das in naher Zukunft für Rußland die freie Durchfahrt seiner Kriegsflotte durch die Dardanellen und für Frankreich die heißersehnte Position in Ägypten lockend in Aussicht stellt. Für die russischen Sorgen in Ostasien wäre es zugleich eine sofort wirksame Ablenkung, da die englisch-japanische Allianz nicht nach Afrika reicht und auch nicht reichen kann. Kurz, es läßt sich mancherlei anführen, was den Gedanken keineswegs so abenteuerlich erscheinen läßt, wie er beim ersten Anblick sich darstellt. Auch hat schon das bloße Aussprechen solcher Absichten oder Möglichkeiten ein

gewisses politisches Gewicht — unter allen Umständen will es zeigen, daß Rußland sich durch seine Finanzen nicht von einer aktiven Politik fernhalten lassen will. Dazu meldet eben jetzt die internationale Korrespondenz, daß die Banque de Paris die Emission von 150 Millionen russischer Prioritäten beabsichtige, und auch das konnte einen Zusammenhang geben. Wir warnen aber vor der Vorstellung, daß Rußland je aus pekuniären Gründen sich als gelähmt betrachten wird. Für einen Krieg wird allezeit Geld vorhanden sein.

Offenbar aber werden gerade die gegen die auswärtige Politik Rußlands gerichteten Angriffe besonders schwer empfunden. Noch jünst hat Fürst Grigori Wolkonski in seinem „Blick auf die gegenwärtige Lage Rußlands“ sie einer blutigen Kritik unterworfen, die namentlich die versäumten Jahre des Burenkrieges den Leitern der russischen Politik zum Vorwurf macht. Wenn, wie die „Nowoje Wremja“ in jenem merkwürdigen Artikel ankündigt, die Zeit der aktiven, wesentlich gegen England gerichteten Politik beginnen sollte, wird auch Wolkonski trotz seines eigenen wunderlichen Programms sich zufrieden geben, vor allem aber die Richtung der Geister in Rußland wird abgelenkt werden von den ewigen Reformfragen, von dem Schreien nach Konstitution und den übrigen der leitenden Bureaukratie unerträglichen und für sie unannehmbaren Wünschen, die sich heute so stürmisch in den Vordergrund drängen.

10./11. Juni. Ermordung des Königs und der Königin von Serbien. Proklamierung des Prinzen Peter Karageorgiewitsch.
13. Juni. General Matos unterwirft sich dem Präsidenten de Castro von Venezuela.
15. Juni. Die Skuptschina wählt Peter Karageorgiewitsch zum König von Serbien.
16. Juni. Kaiser Nikolaus I. beglückwünscht den neuen König von Serbien.
16. Juni. Zanardelli wird mit Neubildung des italienischen Kabinetts betraut.

17. Juni 1903.

Wer die Geschichte Serbiens im 19. Jahrhundert, das der Nation die politische Selbständigkeit brachte, genauer kennt, wird die furchtbare Katastrophe, in welcher das Geschlecht der Obrenowitsch vor wenigen Tagen untergegangen ist, so erstaunlich und unerhört nicht finden, als sie auf den ersten Blick erscheint. Es steckt in den slavischen Balkanvölkern ein Untergrund von Wildheit und Barbarei, den man bei den Bulgaren wohl durch den starken Zusatz mongolischen Blutes in ihren Adern hat erklären wollen, der aber ganz ebenso bei den rein slavischen Serben uns entgegentritt. Ranke in seinem berühmten Buche: „Serbien und die Türkei im 19. Jahrhundert" hält es für nötig, immer wieder auf diesen barbarischen Zug im Charakter der Nation und ihrer Führer hinzuweisen. Auch ist es im Grunde nicht wunderbar. Lange andauernde Knechtschaft demoralisiert, und ebenso demoralisierend wirkt ein fast ohne Vermittelung aufgenommener Firnis europäischer Kulturformen. Daher die Widersprüche im Seelenleben jener Völker; neben oft heroischer Vaterlandsliebe, Tücke, Eigennutz und wilde Instinkte, die zumal dann zügellos hervortreten, wenn scheinbar höhere Gesichtspunkte eine Gewalttat zu rechtfertigen scheinen. Es ist das Verhängnis Serbiens gewesen, daß die beiden Geschlechter, denen es seine Befreiung von der Türkenherrschaft dankt, die Karageorgiewitsch und Obrenowitsch, allezeit jene Mischung von roher Größe und moralischer Skrupellosigkeit gezeigt haben. Der schwarze Georg ist auf den Befehl Milosch Obrenowitschs 1817 ermordet worden, Milosch und sein Sohn Michael wurden durch Verschwörungen aus dem Lande gedrängt, der danach

folgende Sohn des schwarzen Georg Alexander genötigt, nach 16jähriger Regierung abzudanken, um dem alten Milosch Obrenowitsch wieder Platz zu machen, der nun als Fürst die Augen schließen durfte, während sein Sohn Michael, der ihm jetzt zum zweiten Male folgte, dann nach achtjähriger Regierung, der besten, die Serbien erlebt hat, von Anhängern der Karageorgiewitsch ermordet wurde (1868). Die Verschwörung, der er zum Opfer fiel, erinnert in manchen Zügen an die Katastrophe des Königs Alexander, nur daß Michael der unvergleichlich bessere Mann war. Er hatte sich von seiner kinderlosen Gemahlin scheiden lassen, um eine junge Verwandte, Anka Konstantinowitsch zu heiraten. Die Verschwörer haben die Unschuldige mit ihm getötet und wäre es nach ihnen gegangen, so hätten auch alle Oberhäupter der serbischen Regierung mit dem Fürsten fallen müssen.

Die Ermordung des Fürsten kam aber damals weder den Karageorgiewitsch noch den Verschworenen zu gute. Die letzteren wurden festgenommen und gebührend gestraft, die Karageorgiewitsche nicht auf den Thron berufen, sondern der vierzehnjährige Neffe Michaels, Milan, ward zum Fürsten proklamiert. Von ihm, namentlich seit er zu eigenem Recht zu regieren begann, datiert eine neue Periode der serbischen Geschichte, die infolge der persönlichen Eigenschaften des neuen Herrschers nicht erziehend, sondern politisch demoralisierend auf die Nation zurückgewirkt hat. König Milan war eine Abenteurernatur von nicht gewöhnlicher Begabung, aber mit den Anlagen zum Hochstapler. Die Geschichte seiner Regierung, seine Ehehändel, seine Abdankung und seine Erpressungen am serbischen Staatsschatz, seine Rückkehr nach Serbien und sein schließlicher Ausgang, das alles trägt, man könnte beinahe sagen einen possenhaften Charakter, nur daß er gelegentlich ins Tragische überschlägt. Die beste Seite des Königs war ohne Zweifel die väterliche Zuneigung, die er dem Sohne bewiesen hat, und die von diesem mit wahrhaft empörendem Undank erwidert wurde. Auch König Milan wäre im Jahre 1899 beinahe einem Mordanschlag zum Opfer gefallen; er hat ihn damals benutzt, um recht gründlich unter seinen Gegnern aufzuräumen, und stand um diese Zeit an der Seite seines Sohnes, des Königs Alexander, auf dem Höhepunkt seiner Machtstellung. Dann kam infolge der Heirat Alexanders mit Frau Draga der Bruch zwischen Vater und Sohn und die Gewaltherrschaft der ihrem jungen Gatten unendlich

überlegenen Frau. Die Energie, die Alexander gelegentlich entwickelte und die noch jüngst in dem Staatsstreich ihren Ausdruck fand, durch welchen er die Opposition mit einem Schlage beseitigte und eine Skuptschina zusammenbrachte, die nur aus Anhängern der Regierung bestand, gehörte nicht ihm, sondern der Königin Draga, die wie jetzt mit Bestimmtheit behauptet wird, ihr Werk dadurch zu gipfeln dachte, daß sie einen ihrer Brüder zum Nachfolger und Thronerben wollte proklamieren lassen. Jedenfalls hat sie alles getan, um das Königtum zu diskreditieren, und schon die Tatsache, daß ihr Rußland mit aller Entschiedenheit die Ehre versagte, sich dem Kaiserpaar vorstellen zu dürfen, zeigt, wie tief sie in der allgemeinen Achtung stand. Daß diese Regierung sich auf die Dauer nicht werde behaupten können, wurde schon lange von Kennern der serbischen Verhältnisse angenommen. Auch das war bekannt, daß die Karageorgiewitsch ihre Hoffnungen wieder aufleben ließen und zahlreiche Anhänger in Serbien hatten. Neuerdings hat nun der „Daily Expreß" die Mitteilung eines glaubwürdigen und wohlorientierten Serben gebracht, daß seit Februar 1902 noch zwei Komplotte dem Anschlage vorausgegangen seien, dem das serbische Königspaar schließlich zum Opfer gefallen ist. Das erste Komplott sei von Rußland organisiert worden, und habe die Entthronung des Königs zum Ziel gehabt. Das zweite, mit dem Rußland nichts zu schaffen gehabt, sei von Peter Karageorgewitsch und seinem Vetter Alexis geleitet worden. Man habe König und Königin festnehmen und über die Grenze schaffen wollen. Da das durchaus russisch gesinnte „Journal des Débats" diese Nachrichten als „tout à fait dignes de foi" wiederholt, wird man wohl annehmen müssen, daß die Quelle zuverlässig ist. Auch steht fest, daß König Alexander sich bedroht wußte, und umfassende Vorbereitungen zur Verteidigung im Notfalle getroffen hatte. Vielleicht ist gerade das Scheitern jener beiden ersten Anschläge sein Unglück gewesen. Denn nunmehr nahmen die serbischen Offiziere die Arbeit in ihre unbedenklichen Hände und König und Königin wurden in so bestialisch roher Weise ermordet, daß die Feder sich sträubt, den Hergang wiederzuerzählen. Jeder Tag bringt neues Detail und je mehr wir erfahren, desto blutiger und schmutziger wird das Bild. Immerhin, das Ziel ist erreicht, es gibt keine Obrenowitsch mehr, und heute, Montag, hat die ad hoc berufene Skuptschina, nicht die am 1. Juni neugewählte Kammer,

sondern die von König Alexander aufgelöste, einmütig das Haupt der Karageorgiewitsch, den Prinzen Peter zum Könige gewählt. Es ist kein Zweifel, daß er die Wahl annehmen wird, aber er scheint Bedingungen stellen zu wollen. Er soll verlangt haben, daß die am Morde beteiligten Personen die Hauptstadt verlassen, wohl weil er dadurch vor aller Welt zeigen will, daß er nichts mit ihnen zu schaffen hat, und das kann nur gebilligt werden. Ob er sie auch wird strafen können, ist freilich eine andere Frage. Der Freudentaumel in den ganz Belgrad bei der Nachricht von der Ermordung des Königs und der Königin verfallen ist, macht die Nation zur Mitschuldigen und nimmt ihr das Recht, zu richten und zu strafen. Das Bild am 11. Juni 1803 in Serbien muß ziemlich genau dem Anblick entsprechen, den Petersburg am 11. März 1801 zeigte. Auch dort wagte man nicht zu strafen, und auch dort suchte man den Frevel durch patriotische Motive zu verdecken.

Aber der Gedanke liegt doch nahe, daß vielleicht durch einen Druck der Großmächte auf Serbien, die von dem sittlichen Bewußtsein der gesamten Welt verlangte Bestrafung der ruchlosen Mörderbande in den Reihen der serbischen Armee erreicht werden könnte. Undenkbar ist jedenfalls, bevor Gerechtigkeit geübt worden ist, jede kameradschaftliche Beziehung europäischer Armeen zur serbischen, und ebensowenig können die mitschuldigen hohen Zivilbeamten darauf rechnen, an europäischen Höfen Zutritt und Duldung zu finden. Zunächst aber gilt es wohl abzuwarten, ob nicht in Serbien selbst die Erkenntnis durchdringt, daß eine Sühne unerläßlich ist. Wie sie zu finden ist, das ist zum Glück eine serbische Angelegenheit, und die Sache der Serben, sie zu verwinden so gut sie es vermögen. Wenn der neue König die Nation durch ernste Arbeit zur Läuterung führt, ist es nicht undenkbar, daß auch diese furchtbare Krisis zu neuen heilsamen Bahnen führt. Die völlige Zerrüttung der serbischen Finanzen, die Schäden der Verwaltung, die Überhitzung des Parteilebens, das alles stellt einem Herrscher große Aufgaben, die zur Sammlung der Kräfte und zu einer friedlichen auswärtigen Politik mahnen. Es kann als sicher gelten, daß sowohl Rußland wie Österreich den neuen König anerkennen werden; die anderen Mächte werden diesem Beispiel folgen. Was uns betrifft, so gilt auch noch heute von Serbien das Wort des Grafen Bülow: „Den verschiedenen Balkan-

völkern stehen wir freundlich und ohne parti pris gegenüber." Aber er fügte hinzu: „Wir wünschen, daß Ordnung im Orient herrsche, schon weil das Gegenteil seine Rückwirkung auf dem Occident nicht verfehlen würde." Diesen Wunsch teilen mit uns auch Österreich und Rußland und das sagt wohl, daß er auch in Erfüllung gehen wird.

Man könnte das völlig überraschende Hervortreten Chamberlains mit seinem neuen handelspolitischen und kolonialpolitischen Programm gleichfalls als ein Attentat bezeichnen, nur daß es sich nicht gegen Personen, sondern gegen politische Anschauungen richtet, die fast allen Engländern seit einem halben Jahrhundert in Fleisch und Blut übergegangen sind: daß nämlich Einfuhrzölle auf Lebensmittel, speziell auf Getreide für England vom Übel seien. In den Tagen, da die anti corn law-Liga mit ihrer Agitation vorging, schrieb Carlyle, er habe noch nie ein Argument für Aufrechterhaltung der Kornzölle gehört, „which might not make angels wheep". In den Geldnöten, die der Burenkrieg brachte, hatte man sich zu Getreidezöllen, als zu einer Ausnahmemaßregel, entschlossen, die man, ganz wie den Zoll auf Kohle, fallen lassen wollte, sobald sich die Möglichkeit dazu bot. Auch hat bekanntlich der Schatzsekretär Ritchie bei Vorlage seines neuen Budgets den Getreidezoll nicht aufgenommen. Man meinte damals, daß er in vollem Einverständnisse mit dem Gesamtministerium vorgehe und mußte daher aufs äußerste überrascht sein, als Chamberlain nun seine ihm strikt entgegengesetzte Theorie der Nation gleichsam an den Kopf warf. Es gab danach, wie wir uns erinnern, in England einen Augenblick völliger Betäubung! Die gesamte Presse, soweit sie nicht direkt der Opposition zu Dienst stand, folgte in alter Gewohnheit dem von dem mächtigsten Manne Englands ausgegebenen mot d'ordre, obgleich dieser Chamberlainschen Rede eine Rede parallel gegangen war, durch welche der Ministerpräsident Balfour sich völlig mit Ritschie identifiziert hatte. Aber Balfour ordnete sich dem stärkeren Kollegen unter und damit wäre der Schein der Eintracht im Ministerium gewahrt gewesen, wenn es auch gelungen wäre, Ritchie zum Nachgeben zu bewegen. Das aber ist nicht geschehen, vielmehr hat er Chamberlains Theorien fast ebenso rücksichtslos angegriffen, wie die Führer der Opposition, Campbell Bannermann, Rosebery und Asquith es getan haben. Namentlich der letztere hat nach allen Richtungen das Programm des Kolonial-

sekretärs zerpflückt und zwar nicht ohne Beifall im feindlichen Lager. Denn das tritt immer deutlicher zutage, daß über die Frage des Schutzzolles im Lager der Konservativen die Einigkeit zusammenzubrechen droht. Es gibt vielleicht mehr konservative Freihändler als Anhänger des Schutzzolls und steht noch keineswegs fest, wie das Verhältnis der Stimmen in dieser Frage im Schoß des Ministeriums ist. Als Balfour am 11. sich im Parlament erhob, um zu reden, wurde er zu Anfang von den Bänken der Ministeriellen mit lauten cheers begrüßt, aber seine Rede brachte eine große Enttäuschung. Sie zeigte deutlich, daß er nicht mehr zu bieten hatte, als einen Aufschub der Krisis, und damit waren die Freihändler des Ministeriums keineswegs zufrieden. Was sie fürchten, ist, daß Chamberlain gerade diese Zeit benutzt, um für seine Pläne zu agitieren. Nun soll er sich freilich verflichtet haben, bis zum Dezember zu schweigen, aber das gilt wohl nur für das Parlament und wird auch dort schwer durchzuführen sein, da seine Gegner bemüht sind, alles daran zu setzen, um eine Entscheidung herbeizuführen. Im Hause des Lords hat für Montag ein Antrag Goschens vorgelegen, durch den die Frage der Vorzugstarife in ihrem vollen Umfange zur Debatte gestellt wird. Die Führer der Liberalen wiederum beabsichtigen in nächster Zeit das Unterhaus vor die Frage zu stellen, ob es noch am Prinzip des Freihandels festhalte oder es aufzugeben gedenke. Der „Standard“, dem wir diese Nachricht entnehmen, sagt, die Erregung in der Partei sei so groß, daß die Führer, selbst wenn sie es wollten, nicht untätig bleiben können. Der Schwerpunkt falle aber auf die Freihändler in den Kreisen der Konservativen. Entschließen sie sich, dem Ministerium zu opponieren, so werde die Opposition ihnen ganz geschlossen zufallen, und das müsse dann zu einer kritischen parlamentarischen Situation führen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß irgend etwas geschieht, bevor die oben erwähnte Debatte im Hause des Lords erfolgt ist. Man nimmt an, daß dort der Herzog von Devonshire nach Goschen reden und Ritschies Ansichten unterstützen wird. Auch von den Lords Rosebery, Lansdowne und Spencer erwartet man, daß sie an der Debatte teilnehmen werden. Man wird daher mit Spannung den nächsten englischen Parlamentsberichten entgegensehen. Eine weitere Folge des Chamberlainschen Vorstoßes wird eine Verstärkung der Opposition gegen die Bill der Zuckerkonvention sein,

weil die Liberalen auch diese Frage jetzt vom prinzipiellen Standpunkte des Freihandels aus anzufassen sind und auf Unterstützung in den Reihen der Ministeriellen rechnen. Mr. Charles Wilson hat bereits angekündigt, daß er auf Ablehnung der Bill antragen wird. Die ministeriellen Freihändler haben beschlossen, sich zu organisieren, und das hat die Folge gehabt, daß die unbedingten Anhänger der Chamberlainschen Politik sich gleichfalls als parlamentarische Gruppe zusammentun wollen.

Schon das gibt in seiner Summe ein recht drastisches Bild von der Erregung, die durch Chamberlains Vorstoß ganz England ergriffen hat. Es scheint uns demnach zweifelhaft, ob es Balfour gelingen wird, die treuga Dei, auf die er auszugehen scheint, in Wirklichkeit durchzusetzen. Es kommt aber als weiteres erregendes Moment hinzu, daß Chamberlain die Arbeiterwelt für seine Ideen zu gewinnen bemüht ist. Die Verteuerung des Getreides werde eine Lohnerhöhung zur Folge haben, die größer sein werde, als die Steigerung ihrer Ausgaben, so daß für sie infolge jener Vorzugszölle sich im Effekt noch ein Vorteil ergeben werde.

Das Argument ist interessant und wenn es zutrifft, für alle diejenigen tröstlich, die durch die Verwirklichung der imperialistischen Handelspolitik sich bedroht glauben. Erhöhung der Löhne bedeutet Verteuerung der Arbeit und daher für die Konkurrenten Englands einen Vorteil. Es läßt sich mit großer Bestimmtheit darauf rechnen, daß er namentlich unserer Industrie zu gute kommen werde. In Amerika, wo die Löhne bereits sehr hoch sind, wäre die Wirkung naturgemäß geringer, aber immerhin der Vorteil auch noch fühlbar. Eines aber tritt immer deutlicher hervor, daß das Vorschieben Deutschlands nichts anderes war als eine Finte, die auf den sorgfältig genährten Glauben der kleinen Leute an die Feindseligkeit Deutschlands gegen England berechnet war. Die Vorzugstarife, wenn sie Wirklichkeit werden, treffen in erster Reihe die beiden großen Getreideexporteure Amerika und Rußland; daß auch Frankreich sich bedroht fühlt, zeigen die äußerst boshaften aber ebenso geistreichen Artikel von Pressensé im „Temps“ — man fürchtet zumeist für den Weinexport Frankreichs —, wir sind vielleicht diejenigen, welche die neue Wirtschaftspolitik noch am besten werden verwinden können.

Aber, wie gesagt, noch ist alles höchst unsicher und im Werden. Die für England nicht unbedenkliche Folge jener vorbereitenden Stadien ist aber eine Erschütterung des Ministeriums, das vor Beginn der Kampagne noch auf sicheren Füßen zu stehen schien. Vieles wird freilich von der Haltung der großen Kolonien abhängen. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie die Chamberlainschen Gedanken sich auch darin zu eigen machen, daß sie die von ihm erwarteten imperialistischen Pflichten, den Anteil an den Ausgaben für Heer und Marine auf sich nehmen, ist zur Zeit noch außerordentlich gering. Und doch ist gerade das die eigentliche pièce de resistance im Chamberlainschen Programm.

Die törichten irredentistischen Kundgebungen der italienischen Studenten und der Rücktritt des Ministeriums Zanardelli sind wenig erfreuliche Erscheinungen des italienischen Parteilebens. Es läßt sich jedoch hoffen, daß das Kabinet sich so rekonstituiert, daß die drei bedeutendsten Minister Zanardelli, Giolitti, Morin im Amt bleiben.

Das Gegenstück zum italienischen Nationalismus zeigen die kroatischen Wirren, und in gewissem Zusammenhang mit ihnen, sowie mit den serbischen Angelegenheiten, soweit sie von internationaler Bedeutung sind, scheint die Ministerkrisis in Ungarn zu stehen, die wie man annimmt, mit dem Rücktritt Szells und mit der Zurückziehung der Militärvorlage ihren Abschluß finden wird. Heute läßt sich die Tragweite dieser Dinge noch nicht übersehen.

18. Juni. Rußland sagt 14tägige Hoftrauer für König Alexander und Königin Draga an.
18. Juni. Akkreditierung eines russischen Gesandten in Serbien.
20. Juni. England und Holland rufen ihre Gesandten aus Serbien ab.
20. Juni. Bonus Khuen Hedervary wird mit Bildung eines ungarischen Ministeriums betraut.
22. Juni. Amerikanisches Geschwader in Kiel.

24. Juni 1903.

Ein Leitartikel der „Times“ vom 13. Juni zieht eine Parallele zwischen der auf russisches Anstiften erfolgten Entthronung Alexanders I. von Bulgarien und der Ermordung König Alexanders von Serbien. Der Unterschied liege nur in dem blutigen Ausgang, den das letzte Attentat genommen, nicht in Anlage und Leitung der Verschwörungen, die vielmehr eine auffallende Ähnlichkeit zeigten.

Die Bemerkung ist richtig, wenn auch nicht gerade von einer für Rußland freundlichen Gesinnung eingegeben. Kaiser Alexander III. hat gewiß von allem Detail der Verschwörung nichts gewußt, aber schwerlich ein Hehl daraus gemacht, daß er den Mann gestürzt wissen wollte, in dem er einen Verräter an den Interessen Rußlands auf dem Balkan erblickte und der ihm schon wegen seiner polnischen Mutter verdächtig war. Auch hat er, als Stambulow die Attentäter aus der Armee und aus dem Lande drängte, nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß diese flüchtigen Offiziere auf russischem Boden Unterkommen und Unterhalt fanden. Sie sind dann später von dem Fürsten Ferdinand unter Anrechnung ihrer militärischen Anciennität auf Rußlands Wunsch wieder in die bulgarische Armee aufgenommen worden, und es ist nicht undenkbar, daß im Hinblick darauf die Männer, an deren Händen das Blut König Alexanders, seiner Gemahlin und all der anderen Opfer ihrer Bestialität haftet, mit solcher Sicherheit darauf rechnen, ungestraft, vielleicht sogar belohnt, ihre Stellung im Heer und am Hofe behaupten zu können. Es spricht dafür auch der Umstand, daß Peter Karageorgiewitsch die

Absicht, Alexander I. zu stürzen, gekannt und gebilligt hat. Nur den blutigen Ausgang hat er nicht gewollt. Inzwischen aber haben die Dinge einen merkwürdigen Verlauf genommen: Die Skuptschina hat die Mörder nicht nur entschuldigt, sondern ausdrücklich ihr Tun als eine patriotische Tat gebilligt, der Metropolit hat ein Werk Gottes in dem Verbrechen erkennen wollen. „Gott hat dieses Geschlecht ausgerottet," so sagte er wörtlich in feierlichem Gottesdienst in der Kathedralkirche, von der die rot-blau-weiße serbische Trikolore triumphierend wehte. An diesem Gottesdienst aber nahmen alle Offiziere teil, die bei der blutigen Arbeit mit Hand angelegt haben! Und dieser Metropolit, Innokenti, dankt seine Stellung dem ermordeten Könige!

Ein Korrespondent der „Nowoje Wremja", der ad hoc nach Belgrad geschickt war, schreibt: „Am Tage vor meinem Eintreffen, also dem ersten Tage nach der Schreckensnacht, fanden Bacchanalien auf der Straße statt und schmetterte die Musik. Ich erwähnte schon, daß sie vor dem Palast gleich nach der Katastrophe spielte. Es wird erzählt — aber man möchte es nicht glauben —, daß, als die verstümmelten Leichname des Königs und der Königin zum Fenster hinausgeworfen wurden, die Offiziere im Kreise um sie herumtanzten! Wozu diese Bestialität, diese teuflische Freude am Blutvergießen? Man sagt, die Verschwörer seien nicht bei Sinnen gewesen, man weist darauf hin, daß furchtbare tierische Triebe in der Seele des Pöbels ruhen, daß die große französische Revolution voller Greuel und Fanatismus gewesen. . . . Aber wir leben doch nicht mehr am Ende des 18. Jahrhunderts. . . ." Es schließt sich daran eine entrüstete Betrachtung über die unwürdige Art und Weise, wie König und Königin unter dem Fußboden einer Kapelle des Kirchhofes verscharrt worden sind. Nestor — so zeichnet der Korrespondent — kommt gerade noch dazu, wie der Boden der Kapelle zugestampft und die Steinplatten wieder eingesetzt werden. Einige alte Weiber waren zugegen, aber keine weinte und keine schlug ein Kreuz. „Ich ging hinaus, als der letzte Stein das Grab der Obrenowitsch verdeckte. Auf dem Kirchhof spielte eine Harmonika und einige Knaben amüsierten sich Huckebock zu springen. So strich ich wie im Traum durch die belebten Straßen, in denen das Volk seinen gewohnten Geschäften in den offenen Werkstätten und Läden nachging. Vor dem Palast saß auf dem Trottoir eine

Rotte Soldaten, halbwüchsige Knaben dem Anschein nach, ohne jede Spur eines Gedankens oder Gefühls im Gesicht, stumpf und dumm. Sie sollen in der verhängnisvollen Nacht gar nicht gewußt haben, wohin ihre Offiziere sie führten, sie meinten, der König habe sie rufen lassen, um sich von seiner Frau zu scheiden. . . . Ich gehe zum Theater und sehe die Affichen an, denn ich erwarte etwas ungewöhnliches: heute wird nicht gespielt, denn der russische Gast Herr Dalmatow hat plötzlich „in persönlichen Angelegenheiten" abreisen müssen. Aber morgen wird Othello gegeben. Die Belgrader Schönen werden gewiß mehr über das Schicksal Desdemonas weinen als über den vorzeitigen Tod ihrer Königin Draga, die vielleicht wegen vieler eigener und fremder Schuld umgekommen ist, aber vornehmlich doch, weil sie keine ausländische Prinzessin war! Gott schütze Serbien." Wir haben diese journalistische Momentphotographie mit ihrem höchst charakteristischen Schlusse hergesetzt, weil sie uns ein echt russisches Stimmungsbild gibt. Was Herr Nestor zumeist vermißt, sind weiche Gemütsregungen, aber andererseits gibt er dem serbischen Volke das folgende Zeugnis: „Die Serben haben es verstanden, Europa zu zeigen, daß sie fähig sind, sich im kritischsten Augenblicke „auf der Höhe der Situation" zu behaupten, daß sie einen seltenen politischen Takt und gesellschaftliche Disziplin besitzen. Seit lange hat kein Ausländer sich in Belgrad und in ganz Serbien so frei von jedem Zwange gefühlt wie in diesen Tagen. Und augenscheinlich ist jeder Serbe ebenso frei. Die Freiheit der Presse ist hergestellt, die politischen Verbrecher sind entlassen und es ist, als hätte es nie Spione gegeben. Aber ich mußte mich leider überzeugen, daß diesem politischen Takt ein völliger Mangel moralischen Taktes zur Seite steht, so daß nicht nur jeder anreisende Russe, sondern jeder Wiener Jude sich dadurch beleidigt fühlt. Jene äußere gesellschaftliche Disziplin erweist sich als die Disziplin des Terrors, zu der das Volk . . . erzogen worden ist." Man sieht, es sind zwei Seelen, die aus Nestor sprechen, und so wie ihm wird es den meisten Russen gehen. Man ist froh, die Obrenowitsch los zu sein, bewundert gewisse Seiten der vollzogenen Revolution, ist aber empört über die mise en scène. Das hätte sich weit besser machen lassen ohne Blut, wie einst in Bulgarien, und da nun einmal Blut geflossen ist, nachträglich mit mehr Geschick, mit Tränen, Trauerfahnen, Grabgeläute und pomphafter Bestattung.

Inzwischen hat die einstimmige Wahl Peter Karageorgiewitschs durch die Skuptschina stattgefunden, jedoch so, daß man ihn auf die radikale Verfassung von 1888 verpflichtet hat und das Heer auf eben diese Verfassung vereidigen will. Und dazu hat jene Skuptschina den Mördern noch ihren Dank ausgesprochen und ihnen damit ihre persönliche Sicherheit verbürgt. Die Depeschen des Ministerpräsidenten, des Senats und der Skupschtina, die dem Prätendenten seine Wahl zum Könige anzeigen, erwähnen von diesen Bedingungen nichts, so daß man wohl annehmen muß, daß erst die von Belgrad am 16. d. abgegangene Abordnung sie überbracht haben wird. Aber schon am 17. d. erschien im „Journal de Genève" die Proklamation Karageorgiewitschs, durch welche er erklärte, daß er den ihm durch die Gnade Gottes und den Willen des Volkes zugefallenen Thron besteige. Er verspricht, dem Lande eine Aera der Ruhe, der Ordnung und der Wohlfahrt zu bringen, ein konstitutioneller König zu sein und erklärt, daß er alle persönlichen Vorkommnisse, welche in den letzten 40 Jahren unter außerordentlichen Verhältnissen einander folgten, der Vergessenheit übergebe (que j'oublie tous les faits personnels qui se sont succédé en des circonstances extraordinaires etc.). Ob in diesem Wortlaut auch die Zusicherung einer Amnestie für die Mörder liegt, bleibt zweifelhaft. Die vor Veröffentlichung dieses Manifestes von Peter erbetene Anerkennung durch den Kaiser Nikolaus ist rückhaltlos erfolgt. An Kaiser Franz Josef ist eine solche Bitte nicht gerichtet worden, sondern nur die Mitteilung der erfolgten Wahl durch Senat und Skuptschina und die Annahme derselben. Danach die Bitte um freundliche Gesinnung.

Die Antwort des Kaisers trägt daher auch nicht den Charakter einer formellen Anerkennung, aber die Anrede „Votre Majesté" zeigt, daß Österreich-Ungarn die Tatsache des perfekt gewordenen Königtums akzeptiert. Man wird diesen Unterschied beachten müssen, da er als Anzeichen der hauptsächlich nach Rußland gerichteten politischen Orientierung König Peter I. gelten muß. Ein Unterschied in der Haltung beider durch die serbische Revolution meist in Mitleidenschaften gezogenen Mächte schien auch darin zu liegen, daß Kaiser Franz Josef an die freundlichen Worte, die dem Könige gelten, in würdigster Form eine scharfe Verurteilung des „verabscheuungswürdigen und allgemein verdammten Verbrechens, das kürzlich be-

gangen wurde", knüpfte. Aber in Petersburg hat man sofort danach durch eine Kundgebung des „Regierungsanzeigers" noch schärfer Stellung genommen und die „feste Erwartung" ausgesprochen, „daß König Peter I. einen Beweis von Gerechtigkeit und Energie geben wird, indem er alle Maßregeln ergreift, um die abscheuliche Missetat gerichtlich zu untersuchen und die treulosen und verbrecherischen Männer strenge zu strafen, die sich durch einen Königsmord befleckt haben." Geschehe es nicht, so werde das bestimmt den schlimmsten Einfluß auf die Beziehungen aller Staaten zu Serbien haben und der Regierung Peters I., die eben entstehe, große Schwierigkeiten erregen.

Die serbischen Zeitungen haben diesen Passus in ihrer Wiedergabe unterdrückt, und das ist, da zurzeit gerade die bedrohten Persönlichkeiten am Ruder sind, sehr begreiflich. Es liegen aber noch weitere Kundgebungen vor. Vom Könige von Italien ein ganz familienhaftes Telegramm, das dem Verwandten der Königin gilt, von dem Fürsten von Montenegro eine sehr emphatische Begrüßung von zugleich stark politischer Färbung; in beiden Telegrammen aber wird der Mörder nicht gedacht.

Um so unzweideutiger ist die Haltung Englands, das seinen Gesandten abgerufen und durch den Mund Balfours der moralischen Entrüstung der Engländer so lauten Ausdruck gegeben hat, wie es die in solchen Fällen stets anspruchsvolle öffentliche Meinung des Landes irgend verlangen konnte. Der Haltung Englands aber haben sich die Niederlande angeschlossen.

Die Frage ist nun, was König Peter tun will und was er tun kann. Er wird am Mittwoch vormittags in Belgrad eintreffen und wahrscheinlich gleich in die Lage kommen, Stellung nehmen zu müssen. Die Männer, die ihn in Zivil und Militär umgeben werden, gehören zum Teil dem Kreise der Verschwörer an, da aber bisher keinerlei amtliche Feststellungen über den Verlauf der Mordnacht vorliegen, vielmehr alles auf Zeitungsnachrichten und mündliches Gerede zurückgeht, kann der König schwerlich von sich aus sofort irgend eine Entscheidung treffen. Er wird daher zunächst einen Unterschied zwischen reinen und blutigen Händen nicht machen können und wohl erst allmählich dahin gelangen, sich mit unverdächtigen Leuten zu umgeben. Man wird ihm Zeit lassen müssen und bei einiger Geschicklichkeit muß es ihm dann auch gelingen, die Mörder zu isolieren

und einer gerichtlichen Untersuchung, die nun einmal unerläßlich ist, wenn Serbien sich als gleichberechtigter Staat unter den Mächten behaupten soll, die Wege zu ebnen. Es kann sich in Summa um etwa dreißig Personen handeln, und die Annahme liegt nahe, daß die weit größere Zahl der Mitwissenden aber nicht physisch Beteiligten, bereit sein wird, jene fallen zu lassen, um selbst ohne weitere Sorgen der Zukunft entgegensehen zu können. Unmöglich ist das jedenfalls nicht, und von heute auf morgen eine durchschlagende Aktion gegen die Mörder nicht zu erwarten. Wer darauf dringt, beschwört eine gefährliche Krisis herauf und von diesem Gesichtspunkte aus erscheint uns das Vorgehen Englands nicht erfreulich zu sein; es verschärft eine ohnehin gespannte Lage. Zurzeit wäre ein Bürgerkrieg in Serbien, der immerhin nicht undenkbar ist, ein Unglück für die gesamte Balkanhalbinsel, schon wegen des unsicheren Zustandes in Bulgarien und Mazedonien, der immer Überraschungen möglich macht, da die Ruchlosigkeit der Männer des mazedonischen Komitees derjenigen der Belgrader Revolutionäre in nichts nachgibt. Aber wir glauben daran, daß die Nemesis die einen treffen wird, wie die anderen, wenn auch vielleicht später, als uns erwünscht wäre.

Nicht anders als mit Sorge und Beunruhigung lassen sich übrigens auch die russischen Verhältnisse verfolgen. Die letzten Nummern der „Oswoboshdenije" haben wieder ein reiches und, wie sich jetzt erwiesen hat, meist durchaus zuverlässiges Material zusammengetragen. Das interessanteste Stück ist dabei eine Denkschrift des in Petersburg sehr bekannten Meteorologen Demtschinski, der neuerdings zu denjenigen Personen gehört, denen Kaiser Nikolaus gestattet, ihm ihre politischen Ansichten zu entwickeln. Demtschinski beginnt nun, nach einer allerdings etwas stark aufgetragenen captatio benevolentiae, in einer dem Zaren vorliegenden Denkschrift, mit einer Kritik der bestehenden russischen Verhältnisse, die an drastischer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und in einer russischen Zeitung gedruckt, wohl unweigerlich das Verbot des Blattes zur Folge haben würde. Rußland stehe an der Schwelle eines zweiten Sewastopol, wenn es die Lehren des ersten vergesse. Die Semstwo sei den Gouverneuren ausgeliefert, denen man auch die Justiz untergeordnet habe, und so sei man vom Standpunkte des Rechts zu einem völligen Absurdum gekommen. Der Minister des Innern könne durch Verord-

nungen jeden Befehl des Zaren zunichte machen, und habe, seit die Maßregeln des verstärkten Schutzes beständen, Gewalt über Leben und Tod, und dieselbe Befugnis hätten die Generalgouverneure. Von einer russischen Presse zu reden, sei lächerlich; die geheimen Zirkulare der Oberpreßverwaltung lähmten die Gedanken und verböten sogar, bestimmte Worte zu brauchen. Nur wer das Band des Stanislausordens trage, könne bis an den Thron herankommen, wer aber so weit avanciert sei, habe bereits mit dem wirklichen Leben nichts zu tun, sondern sei ein Knecht der von ihm usurpierten Gewalt und habe den Ehrgeiz, selbst Geschichte zu machen. Solche Leute halten jeden freien Luftzug vom Throne fern und umgeben ihn mit einer toten, unbeweglichen Atmosphäre. Da sei es kein Wunder, wenn der russische Bauer schließlich versuche, eine Bresche durch die Mauer zu schlagen. Kanzelisten und Tschinowniks (Bureaukraten) kosten heute Rußland eine halbe Milliarde, die dem hungernden Bauer abgezwackt wird. Nur durch Bekämpfung des alles aufzehrenden Tschinowniktums sei es möglich, die chronischen Hungersnöte zu beseitigen. Die Bureaukratie verfolge die Freiheit des Denkens und Redens, als könne man mit Hülfe des Korps der Gendarmen alle Ansichten der Millionen selbständig denkender Russen nach einer Schablone nivellieren. Gebrauch von Gewalt mache die Idee verhaßt, in deren Namen sie gebraucht werde, und deshalb schädige jede Willkür im Namen der Monarchie die Monarchie selbst, und wenn man die Leute mit Hilfe der Polizei nötigen wolle, so und nicht anders zu denken, so treibe man sie auf die Barrikaden. Die Regierung müsse die wirkliche Gedankenwelt ihres Volkes kennen lernen, nicht jene Fälschungen, die als alleruntertänigste Berichte der Minister den Thron erreichen und aus denen man den Eindruck gewinne, daß von Persien oder der Türkei, nicht von Rußland die Rede sei. Wie aber sei die Rettung vor dieser alles verderbenden Bureaukratie zu finden? Herr Demtschinski sagt, durch die Semstwo, deren Organisation erweitert werden müsse. Er will immer 4 bis 5 Gouvernements, deren Interessen verwandt sind, zu je einer Semstwoverwaltung zusammenfassen, und das Ganze durch eine Zentralsemstwo in Moskau gleichsam krönen. Auf diesem Wege lasse sich Einheitlichkeit in die Arbeiten der Semstwos bringen. Als unterste Einheit denkt er sich das Kirchspiel, das einen, eventuell 2 Vertreter in die Kreissemstwos schickt, welcher er

ziemlich weite organisatorische Befugnisse zuweisen will (Medizinalwesen, Baupolizei, Schule, Landwirtschaft usw.). Die heute bestehenden Gouvernements-Landschaftsversammlungen (Semstwos) will er beseitigen. Die Kreissemstwos sollen 1 bis 2 Vertreter in die (aus 4 bis 5 Gouvernements bestehende) Provinzialsemstwo (Oblastnoje Semstwo) schicken, die noch größere Befugnisse erhält, z. B. das ganze landwirtschaftliche Kreditwesen. Überhaupt soll ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen Funktionen diesen Versammlungen abgegeben und dadurch der Staat entlastet werden. Handelt es sich aber um gesamtrussische Interessen, so soll die Zentrale Semstwo berufen werden, in welche jede Provinzialsemstwo 2 bis 3 Vertreter zu schicken hätte. Allgemeines Wahlrecht will er nur in der untersten Stufe, dem Kirchspiel, gelten lassen, in allen späteren Instanzen einen (steigenden?) Bildungszensus.

Aus der Zentrallandschaftsversammlung endlich werden ein Vertreter zu den Sitzungen des Ministerkomitees und zwei als dauernde Mitglieder zum Reichsrat hinzugezogen.

Das Hauptinteresse dieses in mancher Hinsicht wunderlich gedachten, aber gewiß nicht ganz unsinnigen Projektes liegt wohl darin, daß es dem Zaren über den Kopf seiner Minister vorgestellt werden konnte, und daß neuerdings die „Nowoje Wremja" mit ähnlichen Gedanken hervorzutreten beginnt. Die „Oswoboshdenije" zerpflückt das Demtschinskische Projekt von ihrem Standpunkte aus ganz unbarmherzig. Sie will ein Parlament auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, und jene Delegierten der Zentralsemstwo in Ministerkomitee und Reichsrat erscheinen ihr, nicht zu Unrecht, lächerlich! Aber wir meinen, daß eher noch eine Variante der Demtschinskischen Gedanken als die Struveschen Utopien Wirklichkeit werden könnte. Das russische Parlament wäre die organisierte Revolution für Rußland und nach der Affäre von Kischinew haben wir vor den politischen Instinkten der Nation doch einen außerordentlichen Respekt bekommen. Auch geht heute durch ganz Rußland die Furcht vor der drohenden Revolution. In Petersburg war das die Stimmung während der Säkularfeier, in zahlreichen Städten, namentlich an Fabrikorten, wie Rostow am Don, Nowotscherkask, Ssamara und vielen anderen, am 1. Mai. Sehr stark ist die sozialistisch-revolutionäre Gährung im Kaukasus, ebenso in Polen und Litauen, wo jetzt die

folgenden sozialistischen Organisationen bestehen: Polnisch-sozialistische Partei, Sozialdemokratie des Zartums Polen und Litauen und die polnisch-sozialistische Partei „Proletariat". Ihre Organe sind: „Arbeiter-Umschau" und Arbeiter-Kurier", „Sozialdemokratische Umschau" und die „Rote Standarte". Alle vier erscheinen in polnischer Sprache. Nebenher gehen die Publikationen der zahlreichen russischen Geheimtypographien, die jedoch meist Broschüren und Proklamationen, nicht Zeitschriften drucken. Solcher geheimer Typographien sind neuerdings mehrere in Petersburg entdeckt worden, und man sucht andere im ganzen weiten Reich. Die Verbreitung dieser Proklamationen scheint eine ganz außerordentliche zu sein unter Bauern und Fabrikarbeitern, wie in Schülerkreisen und unter den Soldaten. Der Gesamteindruck ist der einer unheimlichen Gährung auf der einen Seite und völliger Unsicherheit auf der andern. Daß allerlei Verfassungspläne erwogen werden, kann als sicher gelten. Ob man aber den Entschluß finden wird, sie anzugreifen, das ist eine ganz andere Frage.

Gegenüber dem Ton der Entrüstung, der sowohl durch Blätter wie die „Oswoboshdenije", wie durch Denkschriften in der Art der Demtschinskischen geht, drängt sich aber eine merkwürdige Betrachtung auf. Alles ist einstimmig in Verurteilung der russischen Bureaukratie. Man nennt die Tschinowniks Diebe, Schmeichler, Spione, ja es gibt kein Wort, das schlimm genug wäre, sie zu bezeichnen. Was aber sind denn diese Tschinowniks? Es ist im großen und ganzen die gesamte Intelligenz der Nation, und sie rekrutiert sich aus eben den Kreisen, die, so lange sie jung sind, als Studenten lärmen und demonstrieren. Mit dem Amt schwindet der Idealismus und Radikalismus, um höchstens gelegentlich in anonymen Mitteilungen an revolutionäre Organe lebendig zu werden. Selten wird man in Rußland einen Revolutionär über 30 Jahre alt finden. Herzen und Bakunin waren Ausnahmen. Die Nihilisten lauter junge Leute; nur in der Verbannung und in den Gefängnissen konserviert sich diese Gesinnung und wir sind überzeugt, daß, wenn einmal Rußland seine Verfassung bekommen sollte, die Form des Parlamentarismus, der sich allmählich ausbilden würde, eine ganz erstaunliche Familienähnlichkeit mit dem Tschinowniktum zeigen wird.

Wir müssen noch mit zwei Worten der letzten Verhandlungen des englischen Parlaments gedenken. Campbell

Bannermann hat Chamberlain die erwünschte Gelegenheit gegeben, nochmals für seine zollpolitischen Ideen einzutreten. Er hat dabei auch unserer gedacht und unserer Regierung das Zeugnis ausgestellt, daß sie korrekt gehandelt habe. Aber er sprach dabei nach dem berühmten Rezept des Antonius: „Denn Brutus ist ein ehrenwerter Mann“ und erreichte damit auch sein Ziel, nur daß es vom Forum zum Hause des Brutus näher ist, als von der Themse zur Spree. Aber das Feuer zündete im Oberhause und Lord Landsdowne, der den Ausfall des Earl of Camperdown gegen Deutschland zu beantworten hatte, handelte genau nach der Methode von Antonius Chamberlain. Der Trick, der dabei gebraucht wird ist, die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Gegner, Amerika, auf uns abzulenken, da doch auf der Hand liegt, daß Getreidezölle in England uns recht gleichgültig sein können, ganz abgesehen davon, daß die Zölle sehr hoch gegriffen sein müssen, wenn noch eine Differenzierung eintreten soll! Auch die scheinbare Einheit des Kabinetts, mit der jetzt vorgefahren wird, wirkt nur komisch. Wenn Chamberlain wirklich einen vom Kabinett gebilligten Gedanken vertrat, also keine Improvisation ins Volk hineinwarf, weshalb hat man da im Budget den Getreidezoll aufgehoben, statt ihn beizubehalten? Das ist eine Frage, die wir gern beantwortet sähen.

24. Juni. Eintreffen König Peters in Belgrad.
27. Juni. Dynamitattentat auf der Eisenbahnlinie Saloniki—Dedeagatsch.
27. Juni. Niederlage der Engländer im Somalilande.
30. Juni. Das Kapparlament nimmt mit Stimmengleichheit einen Gesetzentwurf über die Vorzugsbehandlung Englands an.

1. Juli 1903.

Der französische Ministerpräsident Combes, dessen Krieg mit den Kongregationen, und man darf wohl hinzufügen mit dem positiven Katholizismus überhaupt, eine so tiefgehende Erregung in Frankreich hervorgerufen hat, zählt unter seinen Gegnern einen Namensvetter, der Erzbischof von Karthago ist, und neuerdings sehr nachdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Unterdrückung der Kongregationen eine Gefährdung der politischen Machtstellung Frankreichs in Tunis bedeute. Diese These hat Anatole Leroy=Beaulieu in einem sehr lehrreichen Aufsatz im „Journal des Débats" sachlich begründet. Er geht davon aus, daß sowohl in der Provinz Oran wie in Tunis das französische Element Gefahr laufe, von den eingewanderten Spaniern, Maltesern und Italienern überwuchert zu werden. Diese Einwanderung zu verhindern gebe es kein Mittel, zumal Frankreich eines Zuflusses an Kolonisten nicht entbehren könne und die französische Zuwanderung nicht ausreiche, um dem Bedürfnis an zivilisierten christlichen Arbeitern in Stadt und Land zu genügen. Es gebe daher nur ein Mittel, um der französischen Bevölkerung jener Gebiete Zukunft und Sprache zu sichern, und das sei die Französierung der Fremden. Nur durch die französische Schule sei es möglich, aus den Sikulern, Neapolitanern, Andalusiern, Maltesern und woher sonst sie stammen, Franzosen zu machen. Da nun aber alle jene lateinischen Einwanderer streng katholisch seien, müsse hier die Kombination von Kirche und Schule die nationale Umschmelzung vollziehen. Das rechte Werkzeug dazu seien die Kongregationen, und schon hätten sie, wie Leroy Beaulieu in Bizerta und in Tunis per=

sönlich habe feststellen können, die glänzendsten Erfolge nach dieser Richtung erzielt. Der antiklerikale Fanatismus der französischen Regierung aber drohe alles zu verderben. Es sei dahin gekommen, daß, da die französischen Gesetze über die Kongregationen in Tunis nicht Rechtskraft haben, man bemüht sei, ein Dekret des Bey zu veranlassen, das den Kongregationen den tunesischen Boden untersagen solle.

Nun ist ein dahingehender Beschluß zwar noch nicht gefaßt worden, aber Leroy Beaulieu fürchtet ihn und appelliert an den Patriotismus Frankreichs gegen die nivellierende Tendenz des Ministeriums.

Uns ist diese Betrachtung in doppelter Hinsicht von Interesse gewesen. Einmal wegen der Naivetät, mit der die Französierung der lateinischen Brüder empfohlen wird, damit das Übergewicht Frankreichs gesichert bleibe, während unsere so überaus notwendigen Schutzmaßregeln gegen den Polonismus in Frankreich mit außerordentlicher Strenge beurteilt werden, dann aber, weil Leroy Beaulieus Ausführungen gleichsam einen Kommentar zu dem jüngsten französischen Gelbbuch: „Documents Diplomatiques. Saint Siège. 1899 bis 1903" liefern.

Es ist eine höchst lehrreiche Auswahl von Depeschen zwischen Herrn Delcassé und den französischen Vertretern am Vatikan, dem Botschafter Nisard und dem Geschäftsträger Dr. Navenne. Auch einige Stücke aus der offiziellen Korrespondenz Delcassés mit den Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau und Combes und als Annexe zwei Schreiben Rampollas und eine Note des päpstlichen Nuntius Lorenzelli an Delcassé. Die Schlußnummer datiert vom 24. Juli 1902, so daß man wohl annehmen muß, daß im letzten Augenblick ein oder mehrere Dokumente zurückgehalten worden sind. Sagt doch das Titelblatt ausdrücklich, daß die Dokumente bis 1903 reichen.

Diese Auffassung bestätigt offenbar ein Artikel des „Osservatore Romano" der sich mit großer Schärfe gegen die Verstümmelung des Zusammenhangs der Verhandlungen durch die Willkür, die bei Auswahl der veröffentlichten Depeschen gewaltet habe, wendet. Und in der Tat, wenn der Vatikan nicht mehr zu sagen gehabt hat, als in dem Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Rampolla vom 28. April

1899 und vom 6. Juli 1901, sowie in der Note des Nuntius Lorenzelli an Delcassé vom 26. Juli 1902 steht, so kann man sich nicht darüber wundern, wenn erst Waldeck-Rousseau und später Combes sich nicht durch die Einwände der Kurie in ihrer kirchenfeindlichen Politik irre machen ließen. Es geht ein elegischer Ton durch die schriftlichen wie durch die mündlichen Äußerungen der Kurie, wenn sie mit der französischen Regierung oder ihren Vertretern in Rom, den Herren de Navenne und Nisard verhandelt; nichts erinnert an die ecclesia militans, die sich ihrer Macht bewußt ist! Man hat eher den Eindruck, daß eine Mutter im Gefühl gänzlicher Hilflosigkeit einem ungeratenen Lieblingssohne gegenübersteht. Vielleicht ist das auch die wirkliche Lage, in der das Papsttum sich zurechtfinden muß, seit Pio IX. die ihm von Italien gebotene pekuniäre Unabhängigkeit zurückgewiesen und sein non possumus der verlangten Anerkennung des neuen Italien entgegengesetzt hat. Er und seine Nachfolger gerieten dadurch in peinliche Abhängigkeit von dem Ertrage des Peterspfennigs, dessen reichste Quelle in Frankreich floß. Man schätzt diesen französischen Beitrag auf 3 Millionen Francs, also genau so hoch als die Zivilliste, welche das italienische Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 der Kurie bot, wenn sie das Königreich anerkannte; drei weitere Millionen Francs fließen von den nichtfranzösischen Katholiken als Peterspfennig nach Rom, so daß, wenn einmal ein Papst sich bereit finden sollte, die ihm von Italien entgegengestreckte Hand zu ergreifen, er ohne Schädigung sich von dem französischen Druck emanzipieren könnte. Aber daran ist vorläufig noch nicht zu denken, wenn man es auch nicht als ausgeschlossen betrachten kann, daß eine weitere Steigerung der antikatholischen Politik des Ministeriums Combes und seiner vielleicht noch rücksichtsloseren Nachfolger die Kurie schließlich in die Armee Italiens treiben wird. Es mag das eine weit abliegende Entwicklung sein, aber sie ist immerhin denkbar, wenn auch selbstverständlich in dem uns vorliegenden Gelbbuch nicht die leiseste Andeutung auf die Möglichkeit einer solchen Wendung hinweist. Seit 1899 hat Kardinal Rampolla nichts getan, als von der steten Rücksicht des Vatikans auf die besonderen Interessen Frankreichs zu reden, und wo es von ihm verlangt wurde, dem französischen Klerus, der gegen die Politik des Ministeriums Waldeck-Rousseau Front zu machen begann, nachdrücklichst Ruhe und Füg-

samkeit zu empfehlen. Aber wenn Rampolla gehofft hatte, dadurch Gegenkonzessionen zu erreichen, sollte er bald schmerzlich enttäuscht werden. Im April 1890 begann die Kampagne gegen die Kongregationen und es zeigt, in welcher Verlegenheit sich der Kardinalstaatssekretär befand, wenn er, um die Kongregationen zu retten, sich darauf beruft, daß die Freiheit des Unterrichts eine unantastbare Form der Gewissensfreiheit sei! (les congrégations, ces organes essentiels de la vie religieuse, la liberté d'enseignement, cette forme sacrée entre toutes de la liberté de conscience!) Die Gewissensfreiheit, von der der Syllabus Pio IX. erklärt hatte, es sei ein Wahnsinn, zu behaupten, daß es ein Recht auf Freiheit des Gewissens gebe! Aber das alles prallte an der Entschlossenheit der französischen Radikalen ab. Am 1. Juli 1901 wurde das Gesetz gegen die Kongregationen perfekt und diesmal fand die Kurie den Entschluß zu einem Protest „gegen das ungerechte Ausnahmegesetz, das ehrbare und verdiente Bürger der Wohltaten des gemeinen Rechts beraubt, die Rechte der Kirche verletzt, im Widerspruch steht zu den Prinzipien des natürlichen Rechts und die bedauerlichsten Konsequenzen in seinem Schoße trägt". Aber schon am 19. August sucht die Kurie nur noch nach einer Formel, um ihren Rückzug mit Anstand antreten zu können, und Waldeck-Rousseau kommt auch so weit entgegen, daß er in einem Schreiben an den Minister des Auswärtigen Delcassé, das darnach dem päpstlichen Nuntius offiziell in Abschrift mitgeteilt wird, die Erklärung abgibt, daß in Anwendung des Gesetzes vom 1. Juli 1901 die Regierung mit weitester Toleranz und mit wohlwollendstem Liberalismus vorgehen werde. Am 31. Januar 1902 aber beschließt der Ministerrat, daß das Gesetz vom Juli 1901 keine rückwirkende Kraft haben und sich nicht auf Unterrichtsanstalten beziehen solle, die aufgrund des Gesetzes von 1886 eröffnet worden seien. Und damit gab man sich in Rom zufrieden. Man hatte die Empfindung, zwar nicht unverletzt, aber immerhin mit leidlich heiler Haut einer großen Gefahr entronnen zu sein. Aber die Freude war von kurzer Dauer. Waldeck-Rousseau trat zurück und am 7. Juni konstituierte sich das Ministerium Combes. Herr Combes fühlte sich durch die Beschlüsse jenes Ministerrats nicht gebunden und verlangte nun von allen Kongregationen, ganz abgesehen davon, ob sie vor oder nach dem 1. Juli 1901 ihre Anstalten eröffnet hatten, ein Gesuch um Bestätigung,

was in jedem einzelnen Fall bei der Stimmung des Ministeriums und der Kammermajorität die Gefahr einer Nichtbestätigung involvierte. Der päpstliche Nuntius Lorenzelli wandte sich sofort an Delcassé, durch den die Verhandlungen mit der Kurie gegangen waren, und dieser legte das Schreiben des Nuntius dem Ministerpräsidenten vor. Das geschah am 19. Juli, die Antwort Combes datiert vom 24., es muß aber noch ein Schriftstück dazwischen gelegen haben, da der Ministerpräsident Einwände, die Delcassé im Namen des Nuntius vorbringt, beantwortet, als habe sich Delcassé mit ihnen identifiziert. „Sie sind der Meinung, — schreibt Combes — daß die Erklärung des Ministerrats, welche sie offiziell der päpstlichen Regierung wiederholt haben, noch heute die Haltung des Kabinetts bestimmen muß, und sie bitten mich, ihnen das zu bestätigen". Aber — und nun folgt die nachdrückliche Ausführung, daß Herr Combes ganz anderer Ansicht sei, sich keineswegs gebunden fühle und von Herr Delcassé erwartet, daß er dem Nuntius recht eindringlich (je ne saurais trop le signaler à votre haute sollicitude!) den Standpunkt der Regierung klarmache.

Hier nun bricht das Gelbbuch mit seinen Dokumenten ab, so daß wir nicht erfahren, ob Herr Delcassé sich so ohne weiteres zu neuen Grundsätzen umgedacht hat. Wohl aber wissen wir, was seither geschehen ist. Der Krieg gegen die Kongregationen und ihre Lehr- und Wohltätigkeitsanstalten wurde mit einer Rücksichtslosigkeit geführt, die in dem katholischen Frankreich die größte Erbitterung erregte. Die Regierung sah sich genötigt, zu Gewaltmaßregeln zu greifen; sie stieß dabei auf den Widerstand der geistlichen Orden, den Protest des hohen Klerus, auf Volksaufläufe, die mit Steinen und Knüppeln die Kongregationen zu schützen suchten, auf zahlreiche Fälle von Ungehorsam in den Kreisen der Offiziere — aber sie ließ sich nicht irre machen, und damit die Maschine der parlamentarischen Majoritätsvoten rascher arbeite, entschloß sie sich, en bloc Abstimmungen herbeizuführen, durch welche gewisse Kategorien von Kongregationen und Kongregationsanstalten mit Hilfe *einer* Abstimmung aufgelöst wurden. So wurden am 18. März 54 Männerkongregationen vernichtet, jetzt hat Herr Combes 80 Frauenkongregationen mit in Summa 517 Lehr- und Wohltätigkeitsanstalten gleichfalls durch seine Majorität umbringen lassen. Aber diese Majorität ist bei der letzten

Abstimmung von 50 auf 16 Stimmen gefallen, oder wenn man die mitstimmenden Minister in Abzug bringt, auf 9. Der frühere Unterrichtsminister Leygues hat durch eine zwar ruhige, aber in der Sache außerordentlich scharfe Kritik dieses memento mori für das Ministerium herbeigeführt. Er schloß mit den folgenden Worten:

„Nun wohl, Herr Ministerpräsident, wenn Sie ihre Gewaltmaßregeln erschöpft und alle moralischen Kräfte des Landes gegen sich erregt haben werden, dann, sage ich, haben Sie der Rückkehr des empire die Wege bereitet. Ruht dann alle Gewalt in einer Hand, so braucht diese Hand nur etwas milder und eleganter dasselbe zu tun, was Sie machen, und wenn dann die Unterdrückten sich beklagen, wird der Kaiser ihnen antworten: worüber beschwert ihr euch? Ich habe von der dritten Republik und vom Jahre 1903 mir meine Vorbilder geholt!"

Das ist heute die Stimmung in Frankreich, und eben jetzt hat ihr im Senat, vielleicht als Bundesgenosse von Delcassé herbeigerufen, auch Waldeck-Rousseau Ausdruck gegeben. Wir bedauern, seine jetzt im vollen Wortlaut vorliegende Rede nicht wiedergeben zu können. Unter voller Aufrechterhaltung des Standpunktes, den er im Gesetz von 1901 in bezug auf die Kongregationen vertrat, hat der ehemalige Ministerpräsident gegen den jetzigen das scharfe Geschütz seiner überragenden Begabung, seiner besseren Sachkenntnis und man darf wohl hinzufügen, des guten Rechts auffahren lassen. Was er nachwies, war, daß das Gesetz von 1901 niemals votiert worden wäre, wenn man ihm damals die Auslegung gegeben hätte, die Combes und seine Majorität in der Kammer beliebt hatten. Namentlich widersprächen die Abstimmungen en bloc, ohne Prüfung des einzelnen Falles, aller Gerechtigkeit. Man habe das Gesetz entstellt, seine Grundgedanken verkehrt und schließlich nicht einmal den Zweck erreicht, den man verfolgte. Die wirklich schädlichen Kongregationen behaupteten sich, die harmlosen und nützlichen vernichtete man.

Die „Débats" bedauern, daß diese Rede keine Abstimmung zur unmittelbaren Folge haben konnte, aber wir meinen, daß sie in ihrer Nachwirkung für das Ministerium Combes noch gefährlicher sein wird. Es ist ein Keulenschlag, der ihm beigebracht wurde, und kaum wunderbar, daß Combes die Worte nicht fand, um sich zu verteidigen.

Irren wir nicht, so steht Frankreich vor einer Ministerkrisis, die zu einer Wendung in seiner Politik führen könnte.

Fast könnte man geneigt sein, in England eine ähnliche Wendung zu erwarten. Trotz der Entschiedenheit, mit der Balfour sich jüngst im „Constitutional Club" mit Chamberlains Politik identifizierte, und trotz der glänzenden Agitationsrede, die der Kolonialminister daran schloß, beginnt die Opposition sich immer mehr zusammenzuballen. Daß Asquith sich mit großer Entschiedenheit und nicht minderem Geschick gegen Chamberlain aussprach, indem er namentlich die Argumente zerpflückte, welche bestimmt sind, die kleinen Leute für die Zukunftsform des Imperialismus zu gewinnen, wollen wir nicht einmal besonders hoch in Anschlag bringen; schon mehr bedeutet es aber, daß der Cobdenklub in Osborne eine Versammlung von Delegierten der verschiedenen Arbeiterorganisationen vorbereitet, um gleichfalls gegen Chamberlains Gedanken zu protestieren, und ein für ihn entschieden ungünstiges Omen ist darin zu erkennen, daß der „Standard" sich jetzt völlig von ihm, oder besser von seinen Zollvereinsgedanken losgesagt hat. Er wirft ihm damit vor, daß es sich bei ihm nicht um einen wohlüberlegten Plan, sondern um einen Einfall handele, der, wenn man ihn durchzuführen suche, in einen Wirtschaftskrieg mit Europa und den Vereinigten Staaten ausmünden müsse. Denselben Gedanken, nur noch unverhüllter, hat Harcourt in Malvood ausgeführt. Er hat sogar den Mut gefunden, zu sagen, daß es ein unrühmliches Spiel sei, wenn man versuche, die Nation gegen Deutschland aufzuregen und dabei die Tatsache unterschlage, daß der bei Verwirklichung der Chamberlainschen Pläne bevorstehende Wirtschaftskrieg sich vornehmlich und am heftigsten gegen die Vereinigten Staaten richten müsse, die doch Englands größter Freund und wertvollster Käufer seien.

Es sind dieselben Gedanken, die wir vor acht Tagen an dieser Stelle entwickelt haben und deren Bestätigung aus englischem Munde wohl als Bekräftigung unserer Beurteilung der Lage gelten kann. Das aber glauben wir bestimmt, daß es unter allen Umständen zu einem heftigen Ringen der Parteien kommen wird, denn ein Mann wie Chamberlain streicht nicht die Segel vor dem ersten gefährlichen Windstoß.

Aber noch ein anderer Gedanke ist uns gekommen. Chamberlain zitiert: „In tausend Jahren kaum baut sich ein Staat — und

eine Stunde kann ihn niederwerfen!" Das klingt, als ob ihm wirklich bange sei um die Existenz des britischen Weltreichs. Welches sind denn die Gefahren, die ihm drohen? Fast sollte man meinen, daß der eigentliche bestimmende Gesichtspunkt nicht die angeblich bestehende wirtschaftliche Gefahr, sondern die Furcht ist, daß die koloniale Entwicklung eine Wendung nehmen könnte, die dem imperialistischen Gedanken nicht förderlich, sondern hinderlich sein kann, und daß er, um die Kolonien für einen engeren Bund zu gewinnen, der den Charakter eines Offensiv- und Defensivbündnisses tragen werde, dessen Leitung dem Mutterlande bliebe, bereit ist, dem Mutterlande die wirtschaftlichen Opfer aufzulegen, die er ihm jetzt als einen Gewinn darzustellen bemüht ist. Er muß die Gefahr für sehr groß halten, da er jenen Zollverein selbst in der sicheren Aussicht eines wirtschaftlichen Krieges mit den Vereinigten Staaten auf sich nehmen will. Wo also steckt sie? Fürchtet er Kanadas Übergang zur Union, oder eine neue Krisis in Transvaal, oder endlich eine von Australien her drohende Überraschung? Kein Mensch wird besser als er einen Einblick in die Möglichkeiten haben, welche in diesen autonomen Kolonien einem weitblickenden Staatsmanne als Zukunftsprobleme erscheinen, und so wird man schließen müssen, daß wirklich Gefahr im Verzuge ist. Denn von Europa her droht sie den Engländern bestimmt nicht, so lange sie die Interessen der anderen unangetastet lassen. Aber wundern darf man sich in England nicht, wenn auf dem Kontinent allmählich die Vorstellung Fuß faßt, daß die nach allen Seiten hin drohende und provozierende Haltung der englischen Regierung ein Krankheitssymptom ist, und daß man dem um sich schlagenden Kranken aus dem Wege geht, um abzuwarten, bis er sich ausgetobt hat.

Noch eine Reihe nicht unwichtiger politischer Ereignisse der letzten acht Tage müssen wenigstens kurz erwähnt werden. Die Ministerkrisis in Ungarn ist nun definitiv durch die Konstituierung des Ministeriums Khuen Hedervary erledigt worden, und zwar indem der neue Ministerpräsident in der Frage des Militärgesetzes vor der obstruktionistischen Minorität des ungarischen Parlaments von vornherein kapituliert hat. Das ist sehr zu bedauern und setzt wohl auch eine sehr kleinmütige Stimmung in Wien voraus.

In Rom ist bei der Rekonstruierung des Ministeriums

Zanardelli der Minister des Auswärtigen erfreulicherweise im Amt geblieben, in Athen ein Ministerium Theotokis an die Stelle des alten Delyannis getreten, der damit wohl ausgespielt hat, und mit den 97 Getreuen, die ihm geblieben sind, den Rest seiner Kraft daran setzen wird, seinen glücklichen Rivalen zu bekämpfen.

In Belgrad hat König Peter I. die Regierung nun tatsächlich angetreten und nunmehr auch überall hin seinen Regierungsantritt notifiziert. Die Anerkennung ist ihm an keiner Stelle versagt worden. Sehr herzlich ist sie, wie zu erwarten war, nirgends gewesen. Der König hat erklärt, er wolle die Minister regieren lassen und sich vornehmlich dem Heere widmen. Von einer Bestrafung der Mörder ist keine Rede, Herr Maschin ist sogar Minister geblieben und zum General befördert worden. Die „Nowoje Wremja“ läßt sich aus Belgrad schreiben, Alexander sei ermordet worden, weil er Serbien durch einen ungünstigen Handelsvertrag gleichsam an Österreich verkaufen wollte. Die Gegenleistung habe der offizielle Empfang der Königin Draga in der Hofburg sein sollen. Aber das ist wohl leeres Geschwätz und interessiert nur wegen der politischen Stimmung, die aus dem Gerücht spricht.

Daß irgend eine Macht einen direkten Druck auf Serbien ausüben wird, scheint jetzt ausgeschlossen. Ein demonstratives Eingreifen, wie es Amerika in der Kischenewer Angelegenheit getan, ist nach europäischen Usancen nicht zu erwarten. Aber, daß der politische Verkehr mit Serbien einen besonderen Charakter tragen wird, kann wohl als sicher gelten.

Der trotz der Mahnung des russischen Botschafters Cassini vom Präsidenten Roosevelt nach Rußland übersandte Protest gegen die Judenmorde in Kischinew zeigt wohl, wie mächtig das jüdische Element in den Vereinigten Staaten, speziell in New-York ist. Vor den Wahlen wäre es vielleicht nicht unbedenklich gewesen, die Führer der New-Yorker Judenschaft mit ihrem Gesuch zurückzuweisen.

2. Juli. Freiherr Speck v. Sternburg wird zum Botschafter in Washington ernannt.
3. Juli. Der russische Gesandte Tschorikow überreicht sein Beglaubigungsschreiben in Belgrad.
5. Juli. Präsident Loubet in Windsor.

8. Juli 1903.

Wenn man versucht, sich ein Augenblicksbild vom Stande der großen Schachpartie auf dem Felde der Weltpolitik zu machen, muß man sich bewußt bleiben, daß die etwa bevorstehenden Züge sich ebensowenig vorhersagen lassen, wie die eines wirklichen Schachspiels, das doch in der Möglichkeit der Varianten immer noch beschränkter ist, als jenes lebendige Spiel, in welchem jede Figur ihren eigenen Willen hat. Im Grunde spielt zunächst jeder Teil für sich und gegen alle — das verlangt der gesunde Trieb der Selbsterhaltung — aber eben dieser Trieb führt zu Kombinationen, die nicht, wie etwa im Vierschach, zwei Spieler dauernd aneinander binden, sondern stets neue Kombinationen nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich und notwendig machen. Der starke Spieler wird daher die Kombination des Augenblicks nützen, die seine Stärke steigert, und zugleich darauf gefaßt sein müssen, daß allezeit eine andere neue Gruppierung der Mitspieler denkbar ist. Am klügsten spielt wohl, wer so rechnet, daß er, wenn nicht anders, sich auch allein behaupten kann, und wo er Partner zu gemeinsamer Aktion wählt, sie so zu finden weiß, daß die Richtung ihrer Interessen in der Hauptsache mit den seinigen vereinbar ist. Gewiß hinkt der Vergleich, wie alle Gleichnisse. Im wesentlichen zeigt er aber richtig, wie ungeheuer schwierig das Vorgehen auf politischem Boden ist, sobald die Verhältnisse soweit gediehen sind, daß die Interessen aller Teile jeden Augenblick mit einander in Berührung kommen und einander den Weg zu versperren scheinen. Das aber ist das Bild, das die große Politik des Augenblicks bietet. Sie ist in ein Stadium geraten, das nach einer langen Periode des Friedens alle Merkmale bevorstehender Wandlungen zeigt. Ob sie auf friedlichem Wege oder in heftigem Ringen zu neuen

Kombinationen führen werde, das wissen wir nicht, eines aber ist wohl sicher, daß einige der politischen Gruppierungen, mit denen wir seit Jahren zu rechnen gewohnt sind, ihren früheren Inhalt nicht mehr haben und daß, wenn nicht alle Anzeichen trügen, an mehr als einer Stelle der Wunsch besteht, etwas Neues an die Stelle des Alten zu setzen.

Wir können, wenn wir daraufhin die gegenwärtige Weltlage prüfen, vorläufig vom Deutschen Reiche absehen. Es ist, so sehr das Gegenteil behauptet wird, von allen großen Mächten am wenigsten engagiert, und, wie nun einmal die Verhältnisse liegen, nicht einmal in der Lage, eine auf Mehrung des Reiches ausgehende Politik zu treiben. Seit wir uns durch die Okkupation von Kiautschu den festen Punkt gesichert haben, der es unmöglich macht, bei der Erschließung des großen Orients Deutschland zu übersehen, geht die deutsche Politik nicht auf Erweiterung, sondern auf die Sicherung und den inneren Ausbau dessen aus, was bereits unser ist, im übrigen unterstützen wir überall diejenigen, die für Erhaltung des Weltfriedens eintreten, und fassen unser positives Programm in das Schlagwort: Politik der offenen Tür. Auch wird sich ein besonnener Patriot schwerlich eine andere Politik wünschen dürfen. Was wir in der Praxis unserer Politik vermissen, ist eine größere Energie bei Erschließung unserer Kolonien, namentlich soweit es sich um den Bau von Eisenbahnen handelt. Es ist nicht richtig, daß die Regierung der Initiative des Privatkapitals zu folgen habe; diese Theorie hatte ihre Berechtigung im 17. und 18. Jahrhundert, und hielt auch da, zur Zeit des französisch-englischen Wettlaufes auf dem Felde der Kolonialpolitik, nicht stand. Im 20. Jahrhundert, da in dem atemlosen Konkurrenzkampfe das verlorene Tempo nur zu oft einen dauernden Verlust bedeutet, ist sie entschieden falsch. Und ebenso falsch ist es, wenn man die fast allgemeine Feindseligkeit, mit der wir rechnen müssen, mit unserer kolonialen Ausbreitung in Zusammenhang bringt. Wir glauben vielmehr, daß, wenn wir in unseren Kolonien wirtschaftlich stärker und zur See mächtiger gerüstet daständen, diese Feindseligkeit eher abnehmen als zunehmen würde. Der Starke, nicht der Schwache findet Freunde. Der andere Grund der gegen uns lebendigen Gegnerschaft liegt in der Tatkraft, die Handel und Industrie bei uns entfalten und dank dem wissenschaftlichen Untergrunde, auf dem sie ruhen, in

wachsender Kraft entfalten. Es hieße aber der fortschreitenden Humanisierung der Welt entgegenarbeiten, wollte man auf diesem Felde die freie Konkurrenz lähmen, und so dürfen wir wohl erwarten, daß die dahin gehenden Anschläge früher oder später in sich zusammenbrechen werden. Aber allerdings mehr als je muß Deutschland sich bereit halten, zu verteidigen, was es hat, und der Nation das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß jedes Stehenbleiben Rückschritt und schließlichen Niedergang bedeutet.

Denn darüber darf man sich nicht täuschen, es hat keine Zeit gegeben, in welcher der Expansionstrieb der anderen großen Nationen gleich lebendig gewesen ist, wie heute. England, Rußland, Frankreich, die Vereinigten Staaten — um nur die vier mächtigsten zu nennen —, sind gleich eifrig am Werk und es wird nützlich sein, sich zu vergegenwärtigen, welches die Strömungen sind, denen sie folgen, und die Ziele, denen sie nachgehen.

England sieht, darüber kann kein Zweifel sein, seinen gefährlichsten politischen Gegner in Rußland, die lästigsten wirtschaftlichen Konkurrenten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Deutschland. Dem russischen Gegner, den man 1878 recht gründlich zurückgeworfen zu haben meinte, sind seither die gestutzten Schwingen wieder gewachsen. Er ist stetig vorgerückt und allmählich überall in Asien den Engländern so nahe auf den Leib gerückt, daß beide Teile nicht weiter vorwärts können, ohne sich in die Augen zu blicken. Diese allgegenwärtige Nachbarschaft wurde nach Abschluß der französisch-russischen Allianz noch lästiger, da sich bald herausstellte, daß die ursprünglich gegen Deutschland gerichtete Kombination beider Mächte sich auch vortrefflich gegen England verwenden ließ und gerade nach dieser Seite hin praktisch verwertet wurde. Als gleich nach dem Tode Alexanders III. der damalige Prinz von Wales nach Petersburg zog, war der englische Gedanke, einen Ausgleich mit Rußland zu finden, der gewisse englische Interessensphären der Einwirkung Rußlands entziehen sollte.

Da aber der Prinz von Wales nichts anderes heimbrachte als leere Freundschaftsversicherungen und eben damals der französische Bundesgenosse Rußlands sich in Gebieten festzusetzen versuchte, die England sich reserviert hatte, folgte das indirekt auch Rußland treffende Olmütz Frankreichs, Faschoda und Maskat, und seither stand zwischen

Rußland und England die sich immer schärfende Frage des Persischen Meeres. Rußland aber vollendete das bewundernswürdige Werk der transkaspischen und sibirischen Bahn, setzte sich in der Mandschurei fest, schuf sich eine unvergleichlich feste Stellung am Golf von Petschili und versammelte in diesen Gewässern allmählich die stärkste Kriegsflotte, die sie je getragen hatten. Die Sorge darob wurde in London so drückend, daß man sich entschloß, in ein Bündnis mit Japan zu treten, um damit dem im Orient auf die eigenen Kräfte angewiesenen russischen Gegner eine Kombination von, wie man annehmen durfte, überlegener Stärke entgegenzustellen. Bekanntlich hat Rußland den Schachzug dadurch beantwortet, daß es die französische Allianz auch auf Ostasien ausdehnte und gleichsam zur Warnung der vollzogenen Tatsache sofort die weiteste Öffentlichkeit gab. Die Parade schien so stark, daß man vorzog, den Hieb, mit dem man gedroht hatte, nicht zu führen. Aber man war in London weit davon entfernt, darin eine endgültige Lösung zu sehen. Zweierlei ward in Angriff genommen. Man suchte, abgesehen von der ohne Unterlaß fortgesetzten Verstärkung der englischen Flotte, die Wehrkraft und Schlagfertigkeit des Reiches durch engeren Anschluß der großen autonomen Kolonien an das Mutterland zu steigern und war zweitens bemüht, die russisch-französische Allianz zu sprengen. Beides darf keineswegs als aussichtslos bezeichnet werden. Der seit dem 60. Regierungstag der Königin Viktoria gleichsam zum Staatsdogma erhobene Glaube an die Zukunft des imperialistischen Gedankens hatte während des Krieges gegen die südafrikanischen Republiken zum ersten Mal durch Stellung von freiwilligen Mitkämpfern aus den Kolonien einen für die Zwecke imperialistischer Kriegspolitik praktisch verwendbaren Ausdruck gefunden, wenn auch von englischer Seite trotz des emphatischen Dankes, der den Kolonien gespendet wurde, sehr nachdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die Hülfe umfangreicher hätte sein können. Man war aber entschlossen, dabei nicht stehen zu bleiben, und so entstand der schon mehrfach angedeutete Chamberlainsche Plan des imperialistischen Zollvereins, der für den Preis nicht geringer Opfer, die dem Mutterlande auferlegt werden, Gegenleistungen der Kolonien erwartet, denen man den Charakter bindender Verpflichtungen geben möchte.

Nun wird niemand verkennen, daß dies in der Tat ein groß-

gedachter, vom englischen Standpunkte aus höchst patriotischer Plan ist. Werden Südafrika, Australien, Neu-Seeland und Kanada auch nur in bescheidenem Maße militärisch zu Wasser und zu Lande organisiert, so bedeutet das eine ungeheure Stärkung Englands in dem Indischen und Großen Ozean, so daß es nicht nur Rußland, sondern auch dem in der Südsee immer weiter vordringenden Amerika in ganz anderer Stärke gegenübertreten könnte. Auch hat der Plan für einige dieser Kolonien, z. B. für Neuseeland, viel Verlockendes. Man schaut von Aukland aus sehr wenig freundlichen Auges auf die in französischen, deutschen, holländischen usw. Händen befindlichen Inseln und hat schon mehr als einmal Neigung gezeigt, in diesen Gewässern die annektierende Macht zu spielen. Aber mit solchen Ideen haben die imperialistischen Politiker in England bisher nicht hervorzutreten gewagt; man hat das wirtschaftliche Moment so gut wie ausschließlich in den Vordergrund gerückt, weil eher auf eine Opferwilligkeit Englands als der Kolonien zu rechnen ist. Hat England sich in die Notwendigkeit des Opfers gefunden, so läßt sich darauf rechnen, daß die geringen militärischen Gegenleistungen, welche die Kolonien anfangs aufzubringen haben würden, sich allmählich werden steigern lassen. So etwa legen wir uns Chamberlains Gedanken zurecht, und wenn wir sie nicht getroffen haben sollten, wird er uns doch zugeben müssen, daß wir nicht klein von ihm denken.

Was aber das andere betrifft, das allmähliche Abziehen Frankreichs von der russischen Allianz, so sind die Symptome dafür, daß eine solche Entwickelung sich vorbereitet, mit Händen zu greifen. In gewissem Sinne gehen sie darauf zurück, daß der alliance francorusse von französischer Seite ein Mißverständnis zu Grunde liegt. Gewiß bedeutet diese Allianz für beide Mächte einen außerordentlichen Vorteil. Frankreich fand durch die (im Grunde unnötige) russische Assekuranz die innere Zuversicht, um eine Kolonialpolitik in großem Stil zu treiben, und ihre Erfolge liegen vor aller Augen. Der eigentliche Wunsch der Franzosen aber ging immer noch auf die Revanche, und die wollte Rußland nur in dem Fall mit seiner Kriegsmacht unterstützen, wenn Frankreich von uns angegriffen werde. Da dieser Fall nicht eintrat, und wie sich mit aller Bestimmtheit sagen läßt, nie eintreten wird, da es nichts gibt, was uns von Frankreich wünschenswert erscheint und unsere historische Abrechnung endgültig

erledigt ist, erschien vielen und einflußreichen Franzosen die russische Allianz im Grunde leer. Was sie gebracht hatte, dankte man ihr nicht, und was sie nicht brachte, machte man ihr zum Vorwurf. Dazu kam, daß man je länger je mehr sich in Frankreich des Gegensatzes bewußt wurde, der zwischen französischer und russischer Orientpolitik bestanden hat und, wenngleich verleugnet, noch heute fortbesteht. Die Expedition nach Mitylene und neuerdings das Verhalten Frankreichs in der mazedonisch-bulgarischen Frage lassen sich nicht anders erklären. Hier decken englisches und französisches Interesse sich vollkommen. Auch ist man englischerseits bemüht gewesen, in jeder Weise den Franzosen entgegenzukommen, Herr Delcassé ist vielleicht der populärste der fremden Minister in London. Die französische Reise König Eduards VII. wurde fast wie ein nationales Ereignis kommentiert und der Aufenthalt des Präsidenten Loubet in London wird zum Gegenstand ganz ungewöhnlicher Demonstrationen werden. König Eduard soll, wie der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja" berichtet, gesagt haben: „Wir werden ihn aufnehmen, wie keinen vor ihm", und wir zweifeln nicht daran, daß das Wort Wahrheit wird. Nimmt man dazu, daß von beiden Seiten der Gedanke sehr ernsthaft behandelt wird, die noch zwischen England und Frankreich schwebenden Differenzen durch ein stehendes Schiedsgericht zu beseitigen, so kann an der Absicht kein Zweifel bestehen, daß man in London darauf ausgeht, die russisch-französische Kombination in ihrem Fundament zu untergraben. Endlich spielt bei alledem noch der Umstand mit, daß die künstliche Erregung der öffentlichen Meinung Englands gegen uns in Frankreich Hoffnungen und Erwartungen lebendig werden läßt, deren Verwirklichung man von der russischen Allianz nicht erwartet.

Nun hat das alles freilich seine zwei Seiten. Die französische Regierung ist noch nicht Frankreich, und die ungeheure Überzahl der Bevölkerung glaubt nun einmal an die russische Allianz als an das A und O der notwendigen und selbstverständlichen Politik Frankreichs. Und das weiß man in Petersburg so genau, daß man sich dort schwerlich über die Londoner Festtage aufregen wird. Frankreich ist zudem durch die in russischen Händen liegenden Milliarden an den nordischen Kaiserstaat gebunden, und auch damit muß gerechnet werden.

Kurz, wenn wir alles erwägen, glauben wir vorläufig an einen etwas anstößigen Flirt, der den Verdacht der Untreue erwecken könnte, nicht an eine Scheidung. Aber die Möglichkeit auch dieses Falles wird doch in Petersburg erwogen werden müssen.

Wir bemerken dabei, daß das Ministerium Combes in Petersburg sehr unpopulär ist. Man mag weder den Herrn Ministerpräsidenten noch die Herren Delcassé und Rouvier. Das Vorgehen gegen die Kongregationen findet sehr scharfe Beurteilung, und gewiß würde nichts größere Freude erregen, als wenn all diese Herren von der Bildfläche verschwänden. Daß aber das Ministerium nicht allmächtig ist, hat die gegen seinen Willen von Kammer und Senat angenommene Erhöhung der gegen Italien gerichteten Viehzölle bewiesen. Gewiß ein harter Schlag für Italien und wir sind neugierig, wie Herr Barrère, der ja bemüht ist, durch wirtschaftliche und politische Konzessionen Italien zu Frankreich hinüberzuziehen, die neue Situation rechtfertigen und plausibel machen wird. Suchen wir den Schlüssel zur heutigen Politik Frankreichs, so zeigt er jenen schon oben erwähnten Gegensatz zur orientalischen Politik Rußlands. Daß nämlich auf der Balkanhalbinsel alle Elemente vorhanden sind, die recht benutzt, zu einem Kriege führen können, dem die europäische Stellung der Türkei — aber gewiß erst nach furchtbar blutigen Kämpfen — zum Opfer fallen müßte, kann nicht übersehen werden. Nun verhindern Rußland und Österreich-Ungarn den Ausbruch dieses Krieges und damit nehmen sie dem Ministerium Combes-Delcassé die Aussicht auf Lorbeeren, die in Syrien und Nordafrika zu pflücken wären. Für England aber wäre ein Balkankrieg aus ebem dem Grunde vorteilhaft, der Rußland zwingt, ihn nicht aufkommen zu lassen. Die Lage im großen Orient dient dem kleinen Orient als Schild.

Die Lage in der Mandschurei und Korea aber ist in der Tat gefährlich. Wir haben sie mehr als einmal charakterisiert. Rußland kann die von ihm übernommene Verpflichtung, die Mandschurei zu räumen, nicht so erfüllen, daß England, Japan und China sich damit zufrieden geben. Es kann die mandschurische Eisenbahn nicht ohne militärischen Schutz lassen und ebensowenig kann es freiwillig dulden, daß China die Häfen und Binnenstädte der Manschurei und die reichen Bergwerke des Landes der englischen, amerikanischen oder

japanischen Konkurrenz öffnet. Denn die russischen Kaufleute sind dieser Konkurrenz in keiner Weise gewachsen. Sie würden allesamt aus dem Lande gedrängt werden, und an die Stelle des gegen Rußland ohnmächtigen chinesischen Nachbarn andere Nachbarn treten, denen es nicht gewachsen ist.

Neuerdings hat der „Swjet" aus der japanischen Zeitung „Nikorn Shimban" die folgende, angeblich von England und Japan der chinesischen Regierung überreichte Note veröffentlicht:

1. Der Aufschub der Räumung der Mandschurei von Rußland bedroht den Frieden im fernen Osten und schädigt die Interessen von Japan und England.

2. Wird der Abmarsch der russischen Truppen aus der Mandschurei ins Unbestimmte verschoben, so müssen England und Japan Maßnahmen ergreifen, um ihre vielseitigen Interessen zu schützen.

3. China muß von den Russen den sofortigen Abmarsch ihrer Truppen verlangen.

4. England und Japan erkennen keinen russisch-chinesischen Vertrag an, der Rußland nicht verpflichtet, die Mandschurei zu räumen.

5. Wenn nach Räumung der Mandschurei ein Vertrag zwischen Rußland und China nötig werden sollte, der die Zivilverwaltung der Mandschurei betrifft, so darf dieser Vertrag nur mit Billigung Englands und Japans geschlossen werden, die vorher zu befragen sind.

6. Eine Antwort auf diese Note habe binnen fünf Tagen zu erfolgen.

Prinz Ching soll nun, wie das japanische Blatt sagt, der Kaiserin Witwe geraten haben, die Forderungen der Note zu bewilligen und zugleich dem englischen und japanischen Minister für ihren Schutz gedankt und auch den Gesandten der Vereinigten Staaten gebeten haben, die Forderung beider Mächte zu unterstützen.

Der „Swjet", der die Mitteilung für echt hält, ist der Meinung, daß dadurch Rußland genötigt werde, sich auf alle Möglichkeiten vorzubereiten. Darin hat er gewiß recht, denn welche Macht, die auf ihre Würde hält, könnte unter solchen Umständen ihren Rückzug antreten. Auch die kühne Rekognoszierungsreise Kuropatkins spricht für die Möglichkeit ernster Konflikte, und man wird verstehen, mit wie gemischten Gefühlen unter solchen Verhältnissen in Petersburg und Moskau die französisch-englischen Verbrüderungen betrachtet werden.

In Beurteilung der Politik der **Vereinigten Staaten** werden wir uns kürzer fassen können. Das Wesentliche liegt darin, daß Amerika die Konsequenzen seiner neuen Stellung im Stillen Ozean zieht. Die Position auf den Fidschiinseln und den Philippinen bis hinunter an die Samoagruppe bietet allerdings die vorzüglichsten Stützpunkte für die Ausbreitung des amerikanischen Handels und Einflusses in der Südsee. Ein mächtiges eigenes Kabel ist eben hinzugekommen, und wenn erst der interozeanische Kanal, an beiden Mündungen von amerikanischen Kanonen geschützt, fertig gestellt sein wird, wenn, wie Roosevelt es ankündigt, eine Flotte ersten Ranges zur Verfügung der Republick steht, dann allerdings könnte es dank seiner geographischen Lage die stärkste Macht im großen Ozean werden. Daß ein solcher Ehrgeiz besteht, kann weder Wunder nehmen, noch hat man ein Recht darüber zu zetern. Aber es liegt nahe, anzunehmen, daß diejenigen, die von dieser Macht für die Zukunft fürchten, ihre Interessen in den Hauptpunkten zu regeln bemüht sind, ehe Kanal und Kriegsflotte fertiggestellt sind. Auch das spricht dafür, daß ein Zusammenstoß im großen Orient nicht ganz unwahrscheinlich ist.

Im übrigen sind in den Vereinigten Staaten die handelspolitischen Interessen das entscheidende Moment. Zur Zeit stehen sie im Gegensatz zu den englischen Plänen, die auf eine imperialistische Föderation hinarbeiten. Das läßt sich verschweigen, aber nicht beseitigen. Wenn ein wohlbekannter Kreis englischer Zeitungspolitiker auch hier mit Hülfe der gelben Presse die Amerikaner gegen Deutschland aufzureizen bemüht ist, so wird das ebensowenig von Dauer sein, wie die Kampagne, die 1901 darauf angelegt war, uns zu den Urhebern eines gegen Amerika gerichteten Allianzplanes der europäischen Mächte zu machen. Heute weiß jedermann, wer der Urheber des Gedankens war und daß gerade Deutschland ihn zu schanden gemacht hat. Wir wiederholen die Tatsache, weil gewisse englische Organe noch heute die Stirn haben, auf die Fabel zurückzukommen.

Es würde zu diesem raschen Überblick über die gegenseitigen Beziehungen der zur Zeit meist beweglichen großen Mächte noch ein Blick in die inneren Verhältnisse dieser Staaten gehören. Er führt zum Resultat, daß der Aktionsfreudigkeit doch überall Hemmungen entgegenstehen, die mindestens aufschiebend wirken mußten.

Fragen wir zum Schluß, wie Deutschland zu jenen Möglichkeiten steht, die auf Sturm deuten, so werden wir direkt von keiner derselben berührt. Sowohl auf der Balkanhalbinsel wie im fernen Osten spricht unser Interesse für Erhaltung des Friedens, und wenn es zum Bruch kommen sollte, nötigt uns kein eigenes Interesse einzugreifen. Aber allerdings würde dann höchste Wachsamkeit am Platz sein. An den Fortbestand und trotz aller Wirren auch an die Kraft des Dreibundes aber haben wir guten Grund fest zu glauben.

9. Juli. Konstituierung des Ministeriums Rhallis in Athen.
11. Juli. Verständigung zwischen Bulgarien und der Türkei.

---

15. Juli 1903.

Die schwere Krankheit Papst Leos XIII., von der man, trotz der falschen Diagnose seiner Leibärzte, doch annehmen muß, daß sie eine letzte Krankheit ist, hat die Frage in den Vordergrund der Diskussion gerückt, wer der nächste Nachfolger sein wird. Die abergläubischen Italiener, die sich an die alte Prophezeihung des Abbé Malachia halten, die zum Nachfolger ein ignis ardens ankündigt, haben dieses Feuerzeichen in den Wappenschilden der Kardinäle Oreglia, Gotti, Svampa erkennen wollen; und in der Tat gehören alle drei Prälaten zu den papabili. Im Augenblicke ruht aber die größte Machtfülle in den Händen des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla, der über zwei französische, fünf spanische und sieben italienische Stimmen verfügen soll. Wenn es ihm gelungen ist, wie aus nicht ganz unverdächtiger Quelle behauptet wird, ein Bündnis mit den Anhängern Gottis zu schließen, so könnte die Zahl der für ihn Stimmenden auf 25—30 steigen. Andererseits wiederum wird behauptet, daß die Majorität entschieden gegen Rampollas Wahl sei, und daß er deshalb, um sich die Zukunft zu sichern, die zu ihm stehenden Stimmen demjenigen Kardinal zuwenden werde, der sich verpflichte, als Papst ihm seine Stellung dauernd zu sichern. Doch das sind alles Kombinationen, die sehr wohl einer völligen Überraschung weichen können; was auffällt, ist nur, daß die Presse keiner einzigen Macht mit gleicher Energie für die Kandidatur Rampollas eintritt, wie die russische. Wer die russischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl verfolgt, weiß freilich, daß in der Tat Papst Leo XIII. und Rampolla in striktem Gegensatz zur Politik Pios IX. den Wünschen der russischen Regierung entgegengekommen sind. Das hat sich namentlich in der Haltung gezeigt, welche die Kurie der russischen Polen-

politik gegenüber einnahm. Die aus dem Vatikan nach Russisch-Polen zurückkehrenden Pilger, zumal aber die Geistlichen unter ihnen, sind allezeit in politischer Hinsicht mit dem Befehl strengster Unterwürfigkeit heimgekehrt. Papst Leo XIII., der sonst so sehr mit der Wirklichkeit zu rechnen verstand, knüpfte an diese russischen Beziehungen eine utopische Hoffnung; er dachte an die Vereinigung der orientalischen Kirche mit der römischen, und glaubte sie durch Rußland erreichen zu können. Bekanntlich hat noch vor wenigen Wochen der heil. Synod in Petersburg mit größter Entschiedenheit allen dahinzielenden Plänen sein veto entgegengehalten. Recht überlegt aber sind alle Kombinationen über den künftigen Papst haltlos; nur eines steht fest, daß es ein Lateiner und zwar ein Italiener sein wird. Aber selbst, wenn man den Namen des Mannes kennte, ließe sich nicht vorhersagen, welches seine Politik sein wird. Die Geschichte gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß mit dem hohen Amt auch ein neuer Geist über den Erwählten kam und ihn gerade in die von niemandem erwartete Richtung führte. Beachtung verdient noch die Tatsache, daß unter den wenigen nichtitalienischen Kardinälen und den noch weniger zahlreichen nichtlateinischen, auch die neuen Weltteile, Amerika und Australien, bei der Papstwahl vertreten sein werden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika aber sind, seit sie die Philippinen annektiert und Kuba in ihre schützenden Hände genommen haben, durch ihre katholische Geistlichkeit meist lateinisch vertreten, und zwar so, daß nächst Italien die Vereinigten Staaten die meisten römisch-katholischen Kleriker zählen. Es ist nicht undenkbar, daß diese Tatsache im Laufe der Zeit auch bei Verteilung der Kardinalshüte einen politisch nicht unwichtigen Ausdruck findet. Wir resümieren uns also dahin, daß das Ergebnis eines Konklave etwas Unberechenbares darstellt und mehr durch die persönlichen Neigungen und Abneigungen der wählenden Kardinäle, als durch den politischen Einfluß der großen Mächte bestimmt wird. Fürst Bismarck sah prinzipiell von einer Beeinflussung der Papstwahl ab. Daß er recht tat, hat der ganze Verlauf der Regierung Papst Leos XIII. bewiesen.

Merkwürdigerweise haben klerikale französische Blätter dem Präsidenten Loubet übel genommen, daß er seine Englandreise nicht in Anbetracht der Krankheit des Papstes verschoben hat. Aber ab-

gesehen davon, daß Loubet ja rechtzeitig zurückgekehrt ist, um, wenn es nötig sein sollte, von französischem Boden aus eine Kundgebung zu erlassen, die nach dem Sinn der gläubigen französischen Katholiken ist, läßt sich schwerlich ein stichhaltiger Grund anführen, der das gewählte Oberhaupt der dritten französischen Republik veranlassen sollte, eine demonstrative Haltung einzunehmen, die in schreiendem Gegensatz zu der von seinem Ministerium vertretenen Politik gestanden hätte. Das heutige Frankreich ist sehr weltlich, und für die ungeheure Masse der in den Städten lebenden Franzosen war die Reise des Präsidenten nach England weit interessanter als die Nachrichten von dem alten, kranken Kirchenfürsten in Rom. Auf dem flachen Lande mag das Verhältnis ziemlich umgekehrt gewesen sein; aber in Frankreich machen die Städte die Politik, nicht das flache Land.

Man kann nicht mit voller Sicherheit sagen, ob die Franzosen wirklich große politische Resultate von der englischen Reise erwartet haben. Jetzt, da sie ihren Abschluß gefunden hat, gehen in der Abschätzung gerade die größten französischen Blätter weit auseinander. Im Grunde finden wir nur, daß der „Temps“ von einer perfekt gewordenen französisch-englischen Annäherung spricht; aus dem „Temps“ aber redet Herr Delcassé, der naturgemäß mit einem Erfolge zurückkehren mußte. Die meisten der übrigen französischen Blätter bewegen sich in allgemein gehaltenen Aeußerungen, aus denen sich erkennen läßt, daß sie nichts Zuverlässiges zu berichten wissen. Andere, wie die „Dépèche Coloniale“, die zu den Wissenden gehört, spricht von der „habitude de rivalité“, die sich nicht leicht beseitigen lasse. Aus der „Patrie“ klingt ein sehr deutlicher Respekt vor der überlegenen englischen Seemacht; Mme. Adam schreibt direkt feindselig in der ihr allein eigentümlichen giftigen Bosheit. Am auffallendsten aber ist das Verhalten der „Revue russe“, die notorisch Organ der russischen Regierung ist, wenn sich auch nicht erkennen läßt, ob sie den Winken des Grafen Lambsdorff, des Finanzministers Witte oder des Ministers des Innern Herrn v. Plehwe gehorcht. Man kann sich aber nicht feindseliger gegen die angeblich perfekt gewordene französisch-englische Entente wenden, als diese „Revue“ in ihrem Leitartikel vom 9. Juli tut. Das Gesamtbild steht so in gewissem Widerspruch zum Eindruck, den man aus der englischen Presse gewinnt, die sich entschieden sanguinischer zeigt, und offenbar von der Zukunft eine günstige weitere

Entwickelung der Beziehungen erwartet, die sich in London angeknüpft haben. Die „Times" verweilt mit besonderem Wohlgefallen beim Telegramm, das Loubet nach seiner Rückkehr nach London schickte. Der Präsident hatte den Ausdruck gebraucht: la France, l'amie de l'Angleterre, und das große Citynblatt glaubt darin die Gewähr politisch fruchtbarer Beziehungen für die Zukunft zu erkennen. Noch positiver drückt sich die „Saturday review" aus, die von Delcassé sagt: „Wahrscheinlich hat nie ein Mann seinem Vaterlande und dem unsrigen, ja ganz Europa größere Dienste geleistet, als dieser Minister der auswärtigen Angelegenheiten (probably no man ever deserved better of his own country and ours and indeed of Europe at large than this Minister of Foreign Affairs). In der Tat ist Herr Delcassé bei weitem am meisten in England gefeiert worden; er ist, wie wir schon vor 8 Tagen sagten, der populärste fremde Minister in England.

Uns liegt auch eine Reihe russischer Preßäußerungen vor die jedenfalls mehr an die Stimme der „Revue russe", als an die des „Temps" anklingen. So meinen die „Nowosti", daß es vom Standpunkte der russischen Interessen nützlich sei, daß man jetzt durch das verbündete Frankreich die Möglichkeit gewonnen habe, die englische Politik zu neutralisieren, was namentlich im fernen Osten nur erwünscht sein könne. Die „Nowoje Wremja" führt in einem Leitartikel vom 11. Juli aus, daß die Äußerungen der englischen Presse in Summa den Eindruck erweckten, daß sich für England die Hoffnung auf die Möglichkeit einer engeren Freundschaft mit Frankreich nicht verwirklicht habe; doch gehe durch die französische Presse das Gerücht, daß Lord Lansdowne und Herr Delcassé sich über Egypten und Marokko verständigt hätten; England habe allen Ansprüchen auf Marokko, Frankreich seinen Anrechten auf Egypten entsagt. Die „Nowoje Wremja" glaubt aber nicht, daß dies wahr sein könne, ein solches Uebereinkommen würde allein den Engländern Vorteil bringen, da Frankreich in Marokko auch mit den spanischen, italienischen und deutschen Interessen werde rechnen müssen, also in Wirklichkeit nichts gewinne, während England in Egypten freie Hand bekomme, wo Frankreich ganz dieselben Rechte habe wie England. Gegen freundnachbarliche Beziehungen zwischen Frankreich und England könne man nichts einwenden; die alliance franco-russe werde sie dem allge-

meinen Frieden nutzbar machen. Man sieht, das ist derselbe Gedanke, dem auch die „Nowosti" Ausdruck gaben: England durch Frankreich zum Vorteil Rußlands in seiner ostasiatischen Politik gezügelt; dies Resultat will man sich gefallen lassen.

Aus alledem zu einem sicheren Schluß in Betreff der Ergebnisse zu gelangen, welche die französische Präsidentenreise gebracht hat, ist wohl nicht möglich. Auch erinnern wir uns, mutatis mutandis, ähnlichen Erörterungen begegnet zu sein, sobald Monarchenbesuche ausgetauscht wurden, die nicht den Charakter regelmäßig wiederholter Höflichkeitsbezeugungen trugen. Was vorliegt, ist ein Versuch, alle Interessengegensätze der beiden Westmächte auf den Boden der Verhandlungen und gegenseitiger Zugeständnisse zu führen. Auch kann an dem guten Willen beider Teile nicht gezweifelt werden. Anders liegt es mit der Frage der Möglichkeit des Ausgleiches ohne erhebliche Benachteiligung des einen Teils, und mit der anderen Frage, wie die Lebensinteressen Rußlands sich auf die Dauer mit einer englisch-französischen Freundschaft kombinieren lassen. In einer ohne Zweifel offiziösen Kundgebung, die am 7. Juli, also unmittelbar vor der Abreise Loubets, in der „Nowoje Wr." erschien, wurde das letzte Wort Rußlands inbezug auf die mögliche Verständigung mit England gesagt: „England braucht nur den Gedanken aufzugeben, die Grenzen Indiens bis zum Schat-el-Arab auszudehnen und seine Einflußsphäre nördlich vom Jangtsetal zu erweitern, so wird die russisch-englische Frage sofort ihren akuten Charakter verlieren, und sich beiden Mächten ein weites Feld der Verständigung erschließen." Das also wären die Zugeständnisse, die Herr Delcassé dem Foreign Office abzuringen hätte, wenn die neue englische Freundschaft harmonisch zur alten russischen stimmen soll. Die „Fortnightly Review" hat jüngst die Förderer der englisch-französischen Entente aufgezählt. Neben Herrn Delcassé, den sie an die Spitze stellt, nennt sie den französischen Botschafter in London, Cambon, den Gründer der franco-scottisch Society, Dr. Thomas Barclay, den Baron d'Estournelles, Constans und Leroy Beaulieu. Es muß wohl aber noch der Präsident der Londoner Handelskammer, Lord Brassey, hinzugerechnet werden, und das gibt allerdings ein starkes Konsortium hervorragender Männer; ob sie sich stärker zeigen, als die politischen Rivalitäten, die überwunden werden müssen, bleibt abzuwarten.

Man hat behauptet, daß Deutschland einer englisch-französischen Verständigung feindselig gegenüberstehe. Das ist, vom nüchternsten Interessenstandpunkt aus betrachtet, falsch gedacht. Selbst wenn man annimmt. daß ein engerer Anschluß Frankreichs an England die antideutsche Tendenz, die in beiden Staaten vorhanden ist, stärken sollte, müßte der notwendige Rückschlag, den diese Kombination bedingt, eine Entlastung nach der anderen Seite hin zur Folge haben. Gewisse Gleichgewichtsverhältnisse stellen sich mit Naturnotwendigkeit gleichsam von selbst her.

Mit wirklicher Unruhe beginnt man die Verhältnisse in Ostasien zu betrachten. Von russischer Seite wird schon lange die Nachricht verbreitet, daß eine neue fremdenfeindliche Bewegung sich in Peking vorbereite und wie 1900 in einen Angriff auf die fremden Gesandtschaften ausmünden werde. Amerikanische Blätter haben die Nachricht gebracht, daß man in Washington beabsichtige, eine weitere Befestigung des amerikanischen Gesandtschaftsgebäudes vorzunehmen. In europäischen Zeitungen haben wir eine Bestätigung dieser Gerüchte nicht gefunden. Dagegen ist es Tatsache, daß die Stimmung in Japan eine ungemein kriegerische ist, und daß Rußland seine Vorbereitungen trifft, allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Die politische Korrespondenz berechnete neuerdings die Stärke der im Amur-Militärdistrikt stehenden russischen Truppen auf 110 000 Mann; und zwar 80 000 Mann Infanterie, 14 000 Kavallerie, 4000 Feldartillerie mit 168 Geschützen, 4000 Festungsartillerie und ebensoviel Ingenieure. Diese Truppen stehen jetzt nordöstlich von Schanghaikwan und in der nördlichen Mandschurei; sie können aber schnell beträchtlich verstärkt werden, da im Militärdistrikt Sibirien das erste westsibirische Infanteriebataillon, das 3. sibirische Kosakenregiment und die sibirische Reserveartilleriedivision stehen. Dazu hat aber Rußland allmählich eine Flotte von 57 Kriegsschiffen modernster Konstruktion und trefflichster Ausrüstung hier konzentriert. General Kuropatkin, der sie revidiert hat, fand Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß alles in vortrefflichstem Stande ist. Nun hat General Lessar den russischen Zivilisten den Rat zugehen lassen, aus Nintschwang, Port Arthur und wo immer in Korea sie sein mögen, fortzuziehen. Wie weit die japanischen Rüstungen einer nahe bevorstehenden Aktion gelten, ist schwer zu sagen. Sie mögen ebensogut

bestimmt sein, durch eine imposante Entfaltung von Streitkräften Rußland zum Rückzug, namentlich soweit Korea in Betracht kommt, zu veranlassen; aber die Absichten Japans sind auch dahin gerichtet, auf die russische Stellung in der Mandschurei einen Druck auszuüben, und in diesem Bestreben steht ihm Amerika zur Seite, das zur Zeit im Golf von Petschili drei Geschwader von in Summa 15 Kriegsschiffen zusammengezogen hat.

Welches die Haltung Englands bei einem unter diesen Umständen immer möglichen Zusammenstoß zwischen Japan und Rußland sein wird, hängt davon ab, ob Rußland im Kampfe allein oder mit einem Bundesgenossen an seiner Seite auftreten wird. Das englisch-japanische Bündnis verpflichtet England nur für die letztere Eventualität. Es leuchtet sofort ein, welche Bedeutung eine englisch-französische Verständigung, die Frankreich vom großen Orient fernhält, unter solchen Umständen gewinnen kann. Vorläufig aber glauben wir noch nicht, daß der blutige Ernst eines Krieges bevorsteht; und auch von seiten der Vereinigten Staaten scheint es sich eher um eine Demonstration, als um kriegerisches Vorgehen zu handeln, zumal Amerika, sobald es allein steht, in keiner Weise den russischen Streitkräften gewachsen ist. Auch liegen ernste Kriegsgründe zwischen beiden Mächten nicht vor. Der Streit um die Juden von Kischinew, der von russischer Seite mit ebenso lauterer Entrüstung über das Lynchen der Neger und die Mißhandlung der Schwarzen in Alabama beantwortet wird, trägt den Charakter einer Preßfehde, nicht eines Regierungskonflikts, und dient in Amerika Wahlzwecken. In Rußland aber ist jedes Eintreten für die Juden unpopulär, wenn man auch bemüht ist, in der skandalösen Kischinewer Affäre nachträglich Gerechtigkeit walten zu lassen.

Die „Agence Havas" hat wieder einmal alarmierende Nachrichten über die Beziehungen Bulgariens zur Türkei in Umlauf gesetzt. Diese Nachrichten sind aber positiv falsch. Es ist vielmehr eine günstige Wendung eingetreten, welche die Erhaltung des Friedens sicherstellt und beide Staaten auf den Weg gegenseitiger Zugeständnisse geführt hat. Wenn noch weitere Unruhen in Mazedonien ausbrechen sollten, so wird die Schuld den mazedonischen Komités gehören, die sich weder durch Gründe der Menschlichkeit noch ruhiger Überlegung von ihrem aussichtslosen Treiben abbringen lassen. Viel-

leicht bändigt sie schließlich das Ausgehen ihrer pekuniären Mittel; daß Geldmangel eingetreten ist, scheinen vielfache Symptome zu beweisen. So läßt sich hoffen, daß eine Periode der Ruhe eintritt, die der Pforte die Möglichkeit gibt, nunmehr mit Durchführung der Reformen wirkliche Erfolge zu erreichen. So wie die Dinge bisher lagen, konnte keine Beruhigung und daher auch keine wirksame Reformarbeit Wurzel fassen.

In Serbien lebt sich die neue Regierung allmählich ein. Von außen her wird der König nicht gedrängt, aber es ist charakteristisch, daß sämtliche in Rußland sich aufhaltende Offiziere genötigt worden sind, nach Serbien zurückzukehren, da die russischen Kameraden ihnen den Umgang verweigern. Dagegen sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und den übrigen Staaten in vollem Umfang aufgenommen worden.

Die Eroberung von Taza durch den Kriegsminister des Sultans von Marokko ist ein erfreuliches Ereignis, da sich damit die Aussicht bietet, daß die marokkanischen Wirren, die einen chronischen Charakter anzunehmen schienen, eine bessere Lösung finden. Die Sorgfalt, mit der alle Mächte direkte Eingriffe in den Bürgerkrieg vermieden und sich auf den notwendigen Schutz ihrer Untertanen beschränkt haben, muß, ganz abgesehen von den Motiven, die hier oder dort dafür bestimmend gewesen sind, allgemeine Billigung finden. Das marokkanische Problem ist so ernst, daß es frevelhaft wäre, es vorzeitig einer Entscheidung entgegenzutreiben.

16. Juli. Kossuth legt das Präsidium der bulgarischen Unabhängigkeitspartei nieder.
16. Juli. Die Vereinigten Staaten annektieren die Cagayan-Inseln.
18. Juli. Rücktritt des spanischen Ministeriums (Silvela).
20. Juli. Tod Papst Leos XIII.

---

22. Juli 1903.

Der jetzt in vollem Umfang vorliegende Depeschenwechsel zwischen Deutschland und England in der *kanadischen Angelegenheit* wird schwerlich die Wirkung ausüben, die Chamberlain von seinem Blaubuch erwartete. Es ist ihm nicht möglich gewesen, die deutsche Depesche vom 27. Juni 1903, in welcher Frhr. v. Richthofen in meisterhaft klarer und ruhig versöhnlicher Weise den ganzen Zusammenhang des Streitfalls darlegt, wegzulassen, und dadurch wird auch allen Engländern, die sich nicht absichtlich verblenden wollen, die Möglichkeit geboten, sich davon zu überzeugen, daß Deutschland in seinem Bemühen, unnötigen Streit zu vermeiden, bis an die äußerste Grenze gegangen ist. Eine „Drohung“ gegen England hat ebenso wenig stattgefunden, wie eine „Züchtigung“ Kanadas. Wir haben in dem von Kanada begonnenen Streit schließlich notgedrungen die Maßnahmen ergriffen, die sich aus dem geltenden Zollgesetz ergeben, und trotz der von Kanada beliebten Bevorzugung Englands und der danach folgenden Erhöhung der Differenzierung deutscher Waren um $33\frac{1}{2}$ pCt. uns damit begnügt, auf Kanada unsern Generaltarif anzuwenden, Großbritannien und seinen anderen Kolonien aber nach der ad hoc eingeholten Zustimmung des Reichstages die niedrigeren Zollsätze unseres Konventionaltarifs gewährt. Das ist aber ein Entgegenkommen, für welches — wie die Depesche vom 27. Juni treffend hervorhebt — ein Präzedenzfall in der deutschen Gesetzgebung nicht zu finden ist. Allerdings liegt eine prinzipielle Differenz insofern zwischen uns und Großbritannien vor, als England und Kanada neuerdings behaupten, daß die autonomen Kolonien keine zollpolitischen Selbständigkeiten, sondern eine völlige Einheit mit dem Mutterlande darstellten. Bis-

her, und noch neuerdings bei Gelegenheit der Brüsseler Zuckerkonferenz, hatte England vor aller Welt den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, daß nämlich „seine Kolonien selbständige Zollgebiete bildeten und in ihren Entschließungen bezüglich der Regelung ihres Verhältnisses zum Auslande selbständig seien".

Wenn England sich heute auf den entgegengesetzten Standpunkt stellt und Kanada es nützlich findet, ihm darin zu folgen, so ist damit eine neue Lage geschaffen, deren Konsequenzen naturgemäß gezogen werden müssen. Wir dürfen wohl hoffen, daß der von unserer Seite angeregte Meinungsaustausch um so eher zum Ziele führen wird, als man in England sich allmählich davon zu überzeugen beginnt, daß jene neuen Grundsätze nicht nur inbetreff der Beziehungen zum Auslande, sondern auch durch die Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse Englands wie der Kolonien, keineswegs ungefährlich erscheinen. „Die ganze Sache", sagt die „Daily News", „ist sehr traurig, und Mr. Chamberlain erzäht uns, daß wir uns einmischen müssen, weil Kanada den Streit begann, um uns zu bevorzugen. Das ist aber lediglich sentimental gehandelt; wir können für Kanadas Maßnahmen nicht verantwortlich sein, wenn wir nicht gleichzeitig die Kontrolle über das kanadische Zollwesen ausüben. Eine solche Kontrolle aber wäre das letzte, was Kanada uns erlauben würde." Damit ist wohl der Nagel auf den Kopf getroffen und auch der wundeste Punkt in dem neuen Chamberlainschen Fiskalsystem berührt; es muß, wenn anders sein Gedanke zur vollen Durchführung kommen soll, in eine Bevormundung der Kolonien ausmünden.

Auch finden wir, daß in England selbst der Widerstand sich immer fester zu organisieren beginnt. Die neue Free Trade Union hat jetzt ihr Programm formuliert, und eine Womans Free Trade Union ist ihr zur Förderung der Agitation zur Seite getreten. In den Kreisen der Regierung selbst hat sich die Unionist Free Food League organisiert, überall im Lande aber finden Meetings statt, um für oder wider Propaganda zu machen. Man hat es Chamberlain namentlich übel genommen, daß die Regierung durch Flugschriften, die überall verteilt werden, für seine Ideen Propaganda macht, während im Unterhause jede Debatte unter dem Vorwande unmöglich gemacht wurde, daß man durch Anstellung einer handelspolitischen Enquete vorher ein sachlich unanfechtbares Material zur Verfügung

haben wolle. Da nun jene Broschüren schon jetzt verbreitet werden, sieht man darin in den Kreisen der Opposition einen Widerspruch, und es ist das böse Wortspiel gemacht worden: das sei vielleicht fair trade aber sicher nicht fair play! Daß endlich die Regierung das Zugeständnis machen mußte, daß unter keinen Umständen Indien in jenen Zollverein der Zukunft hineingezogen werden solle, hat eine weitere, empfindliche Lücke in den Chamberlainschen Gesamtplan offengelegt. Die größten Schwierigkeiten werden sich aber erst geltend machen, wenn einmal der Zollverein Wirklichkeit geworden sein sollte, da der besondere Egoismus der großen Kolonien schließlich die Fesseln durchbrechen wird, die ihrem Willen Schranken setzen. Was man bisher an zustimmenden Äußerungen erlangt hat, darf keineswegs als das letzte Wort der öffentlichen Meinung in den Kolonien angesehen werden; das gilt sowohl von Kanada, wie von Australien und Südafrika. In Neusüdwales ist erst jüngst mit nur 59 Stimmen gegen 42 ein Tadelsvotum abgewehrt worden, das dem Sir Harry Rawson zugedacht war, weil er sich telegraphisch für Chamberlain ausgesprochen hatte.

In Südafrika aber sehen die Verhältnisse außerordentlich trübe aus; ein Brief General Bothas vom 13. Juni, der in der „Times" veröffentlicht wurde, läßt keinen Zweifel darüber, daß man von der erhofften Versöhnung der Rassen weit genug entfernt ist. Botha sieht den Hauptschaden darin, daß die Minenmagnaten fast ausschließlich das Land regieren; er scheut sich nicht, an den Jamesoneinfall zu erinnern und gipfelt seinen Vorwurf darin, daß die ganze Politik der Regierung von Furcht und Mißtrauen eingegeben sei. Nun zeigt man sich in England über dieses Schreiben sehr entrüstet, aber die Tatsache bleibt, daß Holländer und Buren sich zusammenschließen, daß sie die zweifellose Majorität im Lande darstellen und daß ihre Beschwerden sich keineswegs als müßig beiseite schieben lassen. Der Beschluß, gelbe Arbeiter nach Afrika zu ziehen, wird direkt als Schädigung des Landes empfunden und die Zurückdrängung der holländischen Landessprache aus den Schulen mit begreiflicher Bitterkeit entgegengenommen. So steht man wie in zwei feindlichen Lagern einander gegenüber, und von der Chamberlainschen Versöhnungsära, von den hochfliegenden Hoffnungen, die seine Reise erweckte, ist kaum noch die Rede; dagegen macht man sich ans Werk, um den Brodrick-

schen Plan zu verwirklichen, der ein stehendes Übungslager auf dem Belt für einige 20000 stets schlagfertige Truppen organisieren will. Militärisch scheint das eine klug gedachte Maßnahme zu sein, aber sie bedeutet eine ungeheure finanzielle Last, die, wie es scheint, den ohnehin nicht leicht an den Wohltaten englischer Verwaltung tragenden Indern zugedacht ist.

Der ungeheure Kreis der Aufgaben eines englichen Ministeriums tritt schon an den hier berührten Problemen zutage; es müßten aber noch die Schwierigkeiten herangezogen werden, die gerade jetzt in der großen Politik vorliegen und an denen England mehr als die übrigen Mächte beteiligt ist. Daß die wirkliche oder vermeintliche Entente mit Frankreich eine praktisch wirksame Entlastung gebracht hat, glaubt eigentlich niemand mehr, und Frankreich hat das Seinige getan, um das in Rußland aufkeimende Mißtrauen durch die bündigsten Versicherungen unerschütterlicher Bundestreue zu beschwichtigen. Unter der Hand soll es sich in Marokko durch eine schärfer betonte Annäherung an Spanien gestärkt haben, und in der europäisch-orientalischen Frage ist es wieder näher an Rußland herangerückt; auch erscheint ausgeschlossen, daß, wie vermutet werden konnte, Frankreich in Bezug auf den großen Orient im Foreign office Verpflichtungen übernommen hat, die in Widerspruch zur Ausdehnung der Alliance franco-russe auf den fernen Osten stehen.

Zu merkwürdigen Betrachtungen gibt die Lage auf der Balkanhalbinsel Anlaß. Dank dem Zusammenwirken Österreichs und Rußlands mit der Türkei und dem Nachlassen der englisch-französischen Gegenwirkung kann der Höhepunkt der bulgarischen Krisis als überwunden betrachtet werden. Dieses Resultat war nur dadurch zu erreichen, daß Rußland sich in praxi von der großbulgarischen Politik des Friedens von San Stefano losgesagt hat, den es in der Theorie noch jüngst, bei Gelegenheit der Schipkafeierlichkeiten durch den Grafen Ignatjew verherrlichen ließ. Dem Vertrage von San Stefano lag der Glaube an ein dankbares, unter allen Umständen der russischen Politik gefügiges Bulgarien zu Grunde. Dieser Glaube aber ist heute so gründlich erschüttert, daß Rußlands Interesse dahin weist, die andern, mit Bulgarien konkurrierenden Nationalitäten soweit zu fördern, daß ein Großbulgarien zur Unmöglichkeit wird. Die Theorie von der historischen Dankbar-

keit ist eben nicht haltbar, sobald der Befreier sich den Dank in blanker politischer Münze auszahlen läßt. Der Kommissar der türkischen Regierung in Sofia, Fernsch Bey, hat einem Korrespondenten der „Now. Wremja“ gegenüber die Nationalitätenfrage folgendermaßen dargestellt: „Wir haben in unseren europäischen Besitzungen eine Bevölkerung von 7½ Mill. Köpfen; davon sind 4 Mill. Mohammedaner und dann folgen sie der Kopfzahl nach so: Griechen, Serben, albanesische Christen und ganz zuletzt Bulgaren, deren es nicht mehr als 650000 gibt. Die 650000 Bulgaren wollen nun über die 6 Mill. anderen Völkerschaften herrschen; diese Herren sind mit den bei uns bestehenden Ordnungen und den von uns verliehenen Reformen nicht zufrieden, während die übrigen 6 Millionen Muselmänner, Griechen, Serben und die anderen zufrieden sind.“ Wir wissen nicht, wie weit diese Statistik richtig ist, sie gründet sich auf die Zahlen, mit denen der Patriarch von Konstantinopel und der bulgarische Exarch rechnen. Man kann aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß diese Zahlen heute nicht nur der türkischen, sondern auch der russischen Politik bequem sind, und daß der so hartnäckig auftretende Zweifel an der Friedensliebe Rußlands im kleinen Orient keine raison d'être hat. Aber sicher wird es nicht an inneren Kämpfen in Bulgarien und wohl auch in Serbien fehlen. In Belgrad droht nämlich ein Kriminalprozeß, der von der allergrößten Tragweite werden kann. Zu den Opfern, die mit dem Könige Alexander und der Königin Draga fielen, gehörte auch der Minister des Inneren Todorowitsch; er wurde in seiner Wohnung überfallen und blieb für tot auf dem Platze liegen; er war jedoch nur schwer vewundet und es gelang, ihn zu retten. Heute ist er genesen und will gegen die ihm bekannten Mörder Klage anstellen. Da nun ein solcher Prozeß notwendig alles Detail des Königsmordes darlegen müßte, ist die ungeheure Verlegenheit verständlich, mit welcher Organisatoren und Werkzeuge der Verschwörung den kommenden Dingen entgegensehen. Wenn es nicht gelingt, Todorowitsch zum Schweigen zu veranlassen, bleibt, wenn man die Mörder retten will, nichts übrig, als vor voller Öffentlichkeit den Mord gutzuheißen, oder aber Herrn Todorowitsch nachträglich sterben zu lassen, was dann einen harmonischen Abschluß der Belgrader Trägödie gäbe und ihrer Helden nicht unwert erscheint.

Sehr interessante Kundgebungen der öffentlichen Meinung Chinas veröffentlicht der russische Orientalist Popow in den „Pet. Wjed." vom 16. Juli aus der Pekinger Zeitung „Schun Tjän Schibao" (hauptstädtische Zeitung). Es handelt sich um eine Petition von 67 Studenten des Lehrerpädagogiums und von 6 Studenten der Schule für Zivilbeamte. Sie protestieren in nachdrücklichster Form gegen die Okkupation der Mandschurei durch Rußland und bitten die höchste Verwaltung des Schulwesens, ihre Vorstellung dem Kaiser vorzulegen. Das ganze gipfelt in der Bitte, daß der Kaiser ein Bündnis mit England und Japan schließe, um Rußland zurückzuweisen. Eine zweite Petition, die von einem Gelehrten und seinen Freunden ausgeht und gleichfalls in der Pekinger Zeitung veröffentlicht worden ist, kommt zu dem trostlosen Resultat, daß es für Chinas Selbständigkeit gleich verhängnisvoll sei, ob es allein den Russen Widerstand leiste oder sich mit England und Japan verbünde. Im ersteren Falle würde Rußland, um einen Zusammenstoß mit Japan und England zu vermeiden, gegen das westliche China vorgehen und sich der Mongolei, Turkestans und Tibets bemächtigen; die Folge werde dann die Teilung Chinas sein. Die zweite Eventualität, das Bündnis mit England und Japan, setze eine gewisse militärische Macht Chinas voraus; das Reich habe aber nicht mehr als 50000 Mann geschulter Truppen. Komme es nicht zum Kriege und trete China dem Bündnis bei, so erniedrige es sich bei so geringen Machtmitteln in den Augen Englands und Japans; komme es aber zum Kriege, so würden England und Japan nicht den freiwilligen Beitritt Chinas abwarten, sondern ein Bündnis erzwingen. Was sie brauchten, sei eine Kontribution zur Deckung ihrer Kriegsausgaben. Da man nun bereits 600 Millionen alter Schulden zu tragen habe, so würden neue Anleihen das Volk vollends zu grunde richten, zumal wenn man bedenke, wie groß im Falle des Erfolges die Dankbarkeitsansprüche beider Mächte sein würden. Was aber solle aus China werden, wenn nicht die Verbündeten, sondern Rußland den Sieg davontrage? Den einzigen Ausweg aus dieser verzweifelten Lage bietet nach Ansicht der Petenten ein passiver Widerstand. China solle sich weigern, auch nur einen Fuß breit Landes abzutreten, denn das Völkerrecht erkenne nicht sanktionierte Landabtretungen nicht an. Möge die Regierung öffentlich kund tun, daß sie fortan keinen Zoll ihr gewaltsam ent-

rissenen Landes nachträglich abtreten werde. Den Russen aber sage man, China ist kraftlos und verzichtet auf jeden Widerstand; gewaltsam könnt ihr uns nehmen was ihr wollt, aber unsere Sanktion werdet ihr nie erhalten. Diesen Protest gegen russische Annexionen solle man sofort allen fremden Mächten mitteilen und ihrem gerechten Gericht unterstellen, auch sofort England und Japan bitten, die russische Okkupation der Mandschurei nicht zum Kriegsvorwande zu nehmen; danach aber möge man die gesamte Mandschurei und Mongolei dem auswärtigen Handel öffnen und so mit jedem Territorium verfahren, auf welches irgend jemand Ansprüche erhebt.

Aus derselben Zeitung ersieht Popow, daß kürzlich ein stark besuchtes Meeting im politischen chinesischen Klub in Schanghai stattfand, wo ebenfalls die mandschurische Frage verhandelt wurde. Auch die in Japan studierenden Chinesen petitionieren durch die Zeitung um eine Kriegserklärung an Rußland wegen der Mandschurei und erklären, daß sie ein Freiwilligenkorps zur Verteidigung des Vaterlandes bilden wollen — kurz, der Eindruck, den die chinesische Presse biete, beweise, daß in China die äußerste Feindseligkeit und das höchste Mißtrauen gegen Rußland herrsche. Es ist nun interessant, zu welchen Schlüssen ein Kenner, wie Popow, auf Grund dieses und anderen Materials gelangt. „Prüft man," so sagte er, „die Ergebnisse des letzten Jahrzehnts unserer Politik im fernen Osten, so finden wir nicht, daß die schweren Opfer und die ungeheuren Ausgaben, die wir daran gesetzt haben, positive Früchte gebracht hätten; vielmehr ergeben sich die folgenden, sehr beunruhigenden Resultate: Das von uns fortgestoßene China hat sich in tiefem Mißtrauen in die Arme seines stammverwandten historischen Feindes, Japan, geworfen, das im weitesten Sinne des Wortes die Erziehung Chinas auf sich genommen hat. Auf den Schultern Chinas sucht Japan eifrig und methodisch seine Hegemonie zu begründen, und zu eigenem Vorteil die Idee des Panmongolismus zu verwirklichen.

Gegen uns aber rückt die gelbe Gefahr an, nicht in Gestalt des wilden chinesischen Kriegers, sondern in der des friedlichen Arbeiters, der in Handel, Gewerbe, Handwerk und Ackerbau ein ihm bekanntes Arbeitsfeld sucht. Sie kommen zu uns in Gestalt des kühnen, verschlagenen und frechen Japaners, der heute Ostasien als sein Erbe ansieht und den eigenen Vorteil mit dem Nutzen seines Vaterlandes

zu verbinden weiß. Wie gefährlich diese gelben Pioniere friedlicher Arbeit sind, beweist die Tatsache, daß ein technisch und industriell so entwickeltes Land wie Amerika in der Einsicht, daß es unmöglich ist, mit der gelben Rasse auf dem Gebiet freier Arbeit zu konkurrieren, sich genötigt sah, auf dem Wege der Gesetzgebung sich ihres Zuzugs zu erwehren. Es haben sich aber noch viele andere ungebetene Gäste um den von uns gebackenen mandschurischen Kuchen gesammelt. Als er noch in rohem Zustand war, hielten wir ihn kraft unserer geographischen Lage für unser ausschließliches Eigentum. Die Mandschurei erschien uns als unser natürlicher Zukunftsmarkt. Korea aber ist in jeder Hinsicht dem schweren Joch Japans verfallen. Als unkontrollierter Herr hat Japan trotz aller Proteste zur Besserung seiner unverbesserlichen Finanzen in Korea seine unfundierten Papiernoten und seine kleinen Nickelmünzen eingeführt. Durch seine Kolonisten hat es schon heute Korea beinahe zur japanischen Kolonie gemacht. Es gab aber eine Zeit, da Korea hoffnungsvoll auf Rußland blickte und von ihm die Stütze für seine selbständige Zukunftsentwicklung erwartete."

Der pessimistische Untergrund dieser Betrachtungen steht in scharfem Gegensatz zu dem drohenden Ton, den am 17. Juli die „Nowoje Wremja" England sowohl wie Japan gegenüber anschlug; uns hat dabei die Unterschätzung der militärischen Leistungsfähigkeit Englands doch in Erstaunen gesetzt, ganz wie die geringschätzige Behandlung Japans Befremden erregt. „Ein Krieg Japans mit uns," schließt die „Nowoje Wremja", „wäre ein Selbstmord und würde das Scheitern all seiner Zukunftshoffnungen bedeuten; deshalb glauben wir fest, daß in Japan schließlich die friedfertigen Elemente durchdringen werden. An der Kraft des russischen Riesen sind die Wellen der napoleonischen Heere gebrochen und nach dieser Prüfung fürchtet Rußland andere nicht mehr. Rußland erstrebt die Erhaltung des Friedens nicht aus Furcht vor dem Ausgang eines Krieges, sondern aus Menschlichkeit und im Bewußtsein der eigenen Stärke. Wir schlagen allen vor, mit uns gemeinsam im Namen der Ideale, der Wahrheit und der Zivilisation zu arbeiten. Will aber irgend jemand mit uns nicht gleichen Weges gehen oder sich uns in den Weg werfen, so wird das keinen Augenblick uns von Erfüllung unserer historischen Aufgaben abdrängen."

Das klingt wohl zuversichtlicher, als es gedacht ist; in Wirklichkeit ist Rußland bemüht, sich einen Teil seiner Gegner durch Konzessionen fern zu halten und es scheint, daß dieses Ziel den Vereinigten Staaten gegenüber bereits erreicht ist. Das zweite wäre, Japan zu isolieren, und auch dieses Ziel kann nicht als aussichtslos bezeichnet werden, denn ohne jeden Zweifel würde England nach allen Vorwänden greifen, die ihm trotz seines japanischen Bündnisses eine neutrale Haltung im Fall eines russisch-japanischen Krieges möglich machen können. Da man in Japan von diesen politischen Wünschen Englands wohl unterrichtet sein muß, ist daher trotz aller Gegensätze die Wahrung des Friedens im fernen Osten keineswegs aussichtslos. Eine wirkliche Gefahr für Rußland würde in der Durchführung der Pläne jener chinesischen Patrioten liegen, die zum passiven Widerstande mahnen und in dem, wie es scheint, unabweisbar drohenden Vorrücken der Chinesen in die sich ihnen erschließenden russischen Gebiete.

Im Fall eines japanischen, ja selbst eines kombiniert japanisch-englischen Angriffes ist die defensive Stellung Rußlands außerordentlich stark, aber gegen die friedliche Invasion der Chinesen gibt es kein Mittel der Abwehr, wenn Rußland sich zu einer Annektierung der Mandschurei entschließen sollte. Und deshalb vornehmlich können wir an einen solchen Plan nicht glauben. Was Rußland braucht, ist weitere Festigung und Sicherung seiner strategischen Position und Zeit, um seinen wirtschaftlichen Vorsprung in der Mandschurei so gründlich zu fundieren, daß, was übrig bleibt, der Mühen nicht wert ist, welche die Ausbeutung der Bodenschätze verlangt. Es scheint aber, daß Rußland schon jetzt seine Hand auf die wichtigsten Minengebiete gelegt und sich dort seine Stellung durch Verträge gesichert hat.

Wir schließen mit dem Hinweis auf den außerordentlichen Pessimismus, mit dem in Rußland die österreichischen und ungarischen Verhältnisse beurteilt werden. Die allgemein das ganze Reich umfassende Krisis sei nur auf kurze Zeit vertagt und im Herbst werde die Frage des Dualismus in einer für die Dynastie verhängnisvollen Weise entschieden werden. Sicher sei nur das eine, daß die Tschechen im Herbst sich die ihnen günstige Lage zu nutze machen und zahlreiche Zugeständnisse in der Nationalitätenfrage erlangen

werden, da die Regierung den Mut zu einem Kampfe mit zwei Fronten nicht finden werde. Wir hoffen, daß die russischen Propheten falsch prophezeien, sind aber im übrigen der Meinung, daß sie alle Ursache haben, aus ihrem Glashause nicht mit Steinen auf den Nachbarn zu werfen.

Die eben eingelaufene Nachricht vom Tode Papst Leo XIII. hat überall die Verehrung zum Ausdrucke gebracht, die der ehrwürdige Greis ohne Zweifel verdiente. Sein Name wird in der Reihe der allerbesten Päpste fortleben.

24. Juli. Der heilige Synod nimmt die Verwaltung des armenischen Kirchenvermögens an sich.

26. Juli. Der österreichische Gesandte in Athen, Burian, wird an Kallays Stelle Verwalter von Bosnien und Herzegowina.

27. Juli. Rebellion von Panama.

---

29. Juli 1903.

Die radikale russische Zeitschrift „Befreiung" („Oswoboshdenije") hat kürzlich ihren zweiten Jahrgang begonnen. Sie ist, wie nicht anders zu erwarten war, immer mehr nach links gedrängt worden und kann heute wohl, ohne daß ihr auch im eigenen Bewußtsein Unrecht geschähe, als revolutionär bezeichnet werden. Wir wollen dabei keineswegs bestreiten, daß die Redaktion in ihrer Art patriotisch ist, nur daß sich ihr Ingrimm über die Realität der russischen Zustände soweit vergißt, daß sie von dem Reformprogramm, von dem sie ausging, zu einem Programm des Umsturzes gelangt ist. Was dabei auffällt, ist, daß sie offenbar aus Kreisen unterstützt wird, die zu den Stützen der gegenwärtigen Staatsordnung zählen, und ebenso läßt sich nicht verkennen, daß, von wenig zahlreichen Ausnahmen abgesehen, die tatsächlichen Nachrichten der „Befreiung" sich als zuverlässig erwiesen haben. Für den Beobachter, der von außen her die innere Entwickelung Rußlands verfolgt, bietet sie daher ein wertvolleres Material als die russischen Zeitungen, die uns stark appretierte Tatsachen und eine oft gefälschte öffentliche Meinung vorspiegeln.

Außerordentlich interessiert hat uns der erste Vorstoß der „Oswoboshdenije" in das Feld der großen Politik Rußlands. Er trifft die beiden brennenden Fragen des Augenblicks, die europäisch-orientalische und die asiatisch-orientalische und bei dem Einfluß, den direkt und indirekt die Revolutionspartei heute in Rußland einnimmt, ist es allerdings von Wichtigkeit, welchem Lager sie sich hüben und drüben anschließt.

Wir wollen Herrn Struwe selbst reden lassen:

„Immer häufiger und dringender rückt die Frage nach der internationalen Stellung des russischen Absolutismus in den Vordergrund. Die „glänzenden" Resultate, die fast gewaltsam errungen wurden, als in den 80er und 90er Jahren Europa in Verwirrung und Reaktion lag, sind heute teils durch den Verlauf der Ereignisse, teils infolge des russischen Regierungssystems zu nichts zusammengeschrumpft. Inzwischen aber spitzen die alten Probleme sich zu, und tauchen neue an allen Ecken und Enden der Welt auf. Rußland hat jetzt die Rolle des Verteidigers und Beschützers der von den Türken geknechteten Völkerschaften vertauscht gegen die eines Schirmherrn des türkischen status quo — an der Seite Österreichs und Deutschlands und in verstecktem Antagonismus zu England und mehr noch zu Frankreich. Rußland hat der säkularen Ehrenaufgabe entsagt, der Befreier im nahen Orient zu sein und sich dafür das höchst unansehnliche und ruhmlose Ziel gesetzt, im fernen Osten zu annektieren. Allezeit wird in der Geschichte der Weltkultur der Tag in traurigem Andenken bleiben, an dem es der Petersburger Regierung gelang, dem Wagen ihrer neidischen antijapanischen Politik Deutschland und Frankreich vorzuspannen, und die natürliche Heranziehung Chinas zur Kultur durch japanischen Einfluß zum Stehen zu bringen. Dieses kulturfeindliche Zusammenwirken von drei Großmächten ist die Wurzel der chinesischen Wirren und des habsüchtigen Anteils, den Europa unter Rußlands Führung daran genommen hat."

Wir halten hier zunächst inne, um eine historische Bemerkung dazwischen zu werfen. Die Rolle des Verteidigers des türkischen status quo hat Rußland mehr als einmal gespielt. Sie lag der Politik des Kaisers Paul zugrunde, wurde 1802 ausdrücklich von Alexander I. als Richtschnur seiner Orientpolitik anerkannt und erst im Gegensatz zur Orientpolitik Frankreichs 1806 aufgegeben. In der französischen Periode der Regierung Alexanders ist die aggressive Politik Rußlands nichts anderes gewesen, als eine Folge der Tücke Napoleons, der den Ehrgeiz des Kaisers aufstachelte, aber fest entschlossen war, ihn nicht zu befriedigen. Im Frieden von Bukarest kehrte Alexander zur Politik der Erhaltung des türkischen status quo zurück, und seine späteren Differenzen mit der Türkei sind trotz aller

Zwischenfälle nicht über das Ziel hinausgegangen, diesen status quo, den die Türken durchbrochen hatten, wiederherzustellen.

Unter Nikolaus I. ging der Kampf gleichfalls um den status quo des Bukarester Friedens, wie ihn der Vertrag von Akerman (allerdings zu russischem Vorteil) interpretierte, dessen Durchbrechung von seiten der Türken hat dann den Krieg von 1828/29 herbeigeführt. 1833 und 39 hat Rußland den türkischen status quo gerettet, der Krimkrieg aber galt gewiß nicht der Befreiung der slavischen Balkanvölker, sondern dem direkten Machtzuwachs Rußlands. Den türkischen status quo aber verteidigten damals England und Frankreich aus eben den eigennützigen Motiven, die sie heute mit Mazedoniern und Bulgaren sympathisieren lassen.

Ein Befreiungskrieg war nur der Krieg Alexanders II.; den aber hat bekanntlich nicht der Kaiser gemacht, sondern die ihn drängende Partei der halben und ganzen Revolutionäre, der er sich nicht gewachsen fühlte, und der er schließlich zum Opfer gefallen ist. Die befreiten Völker, die „Bratuschki", sind seither für Rußland eine Verlegenheit gewesen und waren allezeit weit unbequemer als die Türkei. Eine schwache Türkei — der bequemste Nachbar Rußlands! Das ist, seit Katharina in ihren Plänen gescheitert war, der Leitsatz der russischen Orientpolitik gewesen und muß es noch heute sein. Die russische Orientpolitik ist eine Politik der Abwehr gegen fremde Einflüsse auf der Balkanhalbinsel, und infolge dessen auch eine Politik der Abwehr gegen den großbulgarischen Gedanken, der in seinen Konsequenzen mit dem russischen Zukunftsideal nicht vereinbar ist. Es soll damit natürlich nicht gesagt werden, daß wir glauben, Rußland hätte das alte zündende Schlagwort seiner Politik, die Wiedererrichtung des Doppelkreuzes auf der Hagia Sophia aufgegeben. Davon kann natürlich keine Rede sein. Schon um des russischen Volkes willen, das seine historische Aufgabe in Erreichung dieses Zieles erblickt, kann die Vorstellung nicht aufgegeben werden, daß Konstantinopel einst russisch werden muß. Wohl aber ist die Erreichung dieses Zieles, an dem aller Wahrscheinlichkeit nach ein europäischer Krieg hängt, ins Unbestimmte verschoben worden, und nur wer durch einen solchen Krieg zu gewinnen meint, kann heute einen russisch-türkischen Konflikt wünschen. Wir finden es daher nicht wunderbar, daß diejenigen Elemente, die von einem europäischen

Kriege Rußlands, wie immer der Ausgang desselben sei, den Zusammenbruch der monarchischen Staatsform und des gegenwärtigen Systems der inneren Politik Rußlands erwarten, alles, was an ihnen liegt, tun, um Rußland durch den Druck der öffentlichen Meinung in einen solchen Krieg hineinzunötigen. Sie treffen in ihren Bemühungen mit den Staaten zusammen, die von einem Kriege am Balkan und am Bosporus eine Entlastung der höchst kritischen Lage im fernen Osten erwarten, (was etwa den Interessen Englands entspräche) oder aber darauf rechnen, daß im Zusammenhang der türkischen Frage auch die nordafrikanischen Probleme zur Entscheidung kommen könnten (was wiederum die Haltung erklären würde, die Herr Delcassé in der mazedonischen Frage und überhaupt der russischen Orientpolitik gegenüber eingenommen hat). Wenn es solchen Bestrebungen und Erwartungen gegenüber heute kein Geheimnis ist, daß Deutschland, so viel an ihm liegt, tut, um das russisch-österreichische Abkommen von 1897 zur Erhaltung des status quo und neuerdings zur Durchführung der Reformen in Mazedonien zu unterstützen, so tritt dabei deutlich zu tage, wie sonderbar in dieser Balkanfrage sich die offizielle Kombination der Bündnisse, auf denen das europäische System heute ruht, verschoben hat. Das isolierte England ist an Frankreich herangerückt, Rußland, das bei Frankreich in seiner Orientpolitik keine Stütze findet, hat diese bei Österreich-Ungarn gefunden und wird dabei durch die Haltung Deutschlands werktätig gefördert. Die Kombination dieser drei Mächte ist zugleich die der Gegner bulgarischer Großmachtsbestrebungen und fördert die Durchführung der für Mazedonien vorgesehenen Reformen; während England und Frankreich eine diametral entgegengesetzte Richtung verfolgen. Daß dabei ihre Politik von Herrn Struve verteidigt wird, wirft allerdings ein überraschendes Schlaglicht auf den Zusammenhang der großen Politik Rußlands mit seinen inneren Nöten. Genau dasselbe Bild zeigt sich uns bei Betrachtung der Lage im großen Orient. Wie England und seine ganzen und halben Bundesgenossen, wünscht auch die „Oswoboshdenije" den Rückzug Rußlands aus der Mandschurei: „Dank der „genialen" diplomatischen Aktion des Fürsten Labanow-Rostowski hat das arme Rußland ungeheure und offenkundig unsinnige Opfer an Geld und Menschen gebracht, um das verfluchte Gelbrußland zu schaffen." Von 1898 bis 1903

habe Rußland 550 Millionen Rubel im fernen Osten verschleudert, um japanischen, amerikanischen, englischen und anderen ausländischen Waren einen Markt zu öffnen und politisch einen Punkt zu schaffen, auf welchem jederzeit ein Casus belli erwachsen könne, der für Rußland zu einem zweiten Sewastopol führen müsse. Herr Struwe gelangt zum Schluß, daß Rußland gar nicht in der Lage sei, sich in der Mandschurei zu behaupten, weil Witte aus Geldmangel nachgeben müsse. Japaner, Engländer und Amerikaner wären daher Narren, wenn sie nicht die Stunde nutzten; der Absolutismus könne nicht auf Abenteuer ausgehen und müsse sich selber retten!

Höchst merkwürdig ist nun, daß das enfant terrible des russischen Ultrakonservatismus, Fürst Meschtscherski, gleichfalls rät, den fernen Osten preiszugeben, aber er will auch keinen Balkankrieg aufnehmen. Wir werden daraus wohl schließen dürfen, daß Lord Cranborne gut informiert gewesen ist, als er neulich im Parlament erklärte, es gebe in Petersburg in Regierungskreisen zwei Parteien; er sprach dabei von der Politik Rußlands im fernen Osten und meinte offenbar, daß jene Politik, die Herr Struwe vertritt, mächtige Anhänger in den Reihen des Ministeriums zählt. So läßt sich, wenn wir uns resümieren, nicht übersehen, daß zwei Kriegseventualitäten allerdings vorliegen: in Ostasien und im Balkan. Unvermeidlich ist keiner dieser Kriege, und man darf daher hoffen, daß beide vermieden werden. Käme es zu einem Balkankriege, so würde, abgesehen von den Kriegsgefahren, noch die revolutionäre Gefahr für Rußland hinzukommen, da die russische revolutionäre Strömung, deren Wachstum unbestreitbar ist, mit der bulgarischen Strömung zusammenschießen, und dann dem gleichen Ziel, dem Umsturz, zustreben müßte. Bei einem Balkankriege würde Rußland, es mag wollen oder nicht, zum Werkzeuge revolutionärer Elemente werden, deren ruchlose Rücksichtslosigkeit die jüngste Geschichte der Balkanstaaten deutlich genug gezeigt hat. Wie läßt sich da erwarten, daß die siegende Revolution an den russischen Grenzpfählen halt machen wird?

In Ostasien aber ist der Krieg vermieden, sobald sich Japan davon überzeugt haben wird, daß es auf die englische Bundesgenossenschaft nicht rechnen kann; es liegt aber auf der Hand, daß die englische Politik dahin arbeitet, eine Lage zu schaffen, die ihr ermöglicht, den Verpflichtungen des Offensiv- und Defensivbündnisses

vom 12. Februar vorigen Jahres aus dem Wege zu gehen. Die jüngsten Anläufe zu einer englisch-französischen Verbrüderung können ein anderes Ziel schwerlich verfolgen; und wenn wir auch nicht an Abmachungen glauben, die in Vertragsform schwarz auf weiß fixiert sind, so erscheinen uns mündliche Abmachungen um so wahrscheinlicher. Für Frankreich ist die mandschurisch-koreanische Frage so gut wie gleichgültig und jedenfalls das ungeheure Risiko nicht wert, das eine Gegnerschaft Englands unter allen Umständen bedeutet. Auch ist Frankreich mit ganz anderen Dingen beschäftigt; seine Augen sind auf Marokko gerichtet und die Wünsche gehen dahin, dort eine Art lockeren Protektorats zu schaffen, daß natürlich über kurz oder lang zu ähnlichen Verhältnissen führen müßte, wie sie in Tunis bestehen. Man ist bereit, die Mittelmeer- und atlantische Küste Marokkos zu neutralisieren, und wohl auch willig, den Engländern für ihre Zustimmung zu diesem Plane weitere Zugeständnisse zu machen. Ob diese in Egypten oder im fernen Osten oder wo sonst immer liegen, läßt sich nur mutmaßen. Daß aber Zugeständnisse von erheblicher Bedeutung unerläßlich wären, versteht sich von selbst. Uns ist in diesem Zusammenhange eine Notiz aufgefallen, die sich in der vom Historiker Charles Seignobos herausgegebenen Wochenschrift „l'Européen" findet. Dieses Blatt ist aus Haß gegen den Absolutismus antirussisch, so daß die Anschauungen, die es vertritt, zu denen der „Oswoboshdenije" stimmen; sowohl in der Judenfrage wie bei Behandlung armenischer Angelegenheiten und in der russischen Reformfrage stehen sie auf einem Boden. Die revolutionäre Propaganda wird naiv, gleichsam als das gute Recht Frankreichs, in Anspruch genommen. So meldet „l'Européen", daß in Paris sich ein spanisch-republikanisches Komitee von 50 Personen gebildet habe; „dieses Komitee ist natürlich mit dem dirigierenden Komitee in Madrid in voller Übereinstimmung und setzt sich zum Ziel, die öffentliche Meinung in Frankreich davon zu überzeugen, daß Spanien auf dem Wege ist, Republik zu werden, und daß davon die Verbrüderung Frankreichs und Spaniens in Abhängigkeit stehe". Offenbar meint die spanische Republik für die französische Verbrüderung einen höheren Preis zahlen zu können, als das monarchische Spanien; und insofern könnte, falls Frankreich in Marokko Ernst zu machen gedenkt, die Frage der Regierungsform Spaniens allerdings aktuell werden. Unmöglich aber kann Frankreich

daran denken, an diese Mittelmeerprobleme heranzutreten, wenn es in Ostasien an Rußland gebunden ist, während ein Krieg auf der Balkanhalbinsel alle die Mittelmeerprobleme mit einem Schlage in Fluß bringen muß.

England wiederum wünscht einer Verwickelung in der Mandschurei und auf Korea fern zu bleiben, weil es hoffen darf, daß die Haltung Japans und vielleicht Amerikas genügen werde, um Rußland aus der Mandschurei zurückzudrängen, während eine Teilnahme Englands am Kriege, auch abgesehen von der französischen Gegnerschaft, unter allen Umständen Indien bedroht. Die „Now. Wremja" hat es für ratsam befunden, zu bestätigen, daß in der Tat die Aussichten einer gegen Indien gerichteten Unternehmung sich in letzter Zeit weit günstiger gestaltet hätten; das, meint sie nicht ohne Ironie, werde dazu beitragen, die freundschaftlichen Beziehungen zu England wesentlich zu stärken. Endlich spricht gegen die Teilnahme Englands an einem ostasiatischen Kriege der wirtschaftliche Grund, daß England bei den 210 Köpfen, die es auf den Kilometer zu ernähren hat, trotz des unermeßlichen Reichtums seiner Hülfsquellen, nach den Erfahrungen des Burenkrieges, der sich mit einem russischen Kriege doch nicht vergleichen läßt, vor einer solchen Verwickelung zurückschrecken wird.

So stehen für und wider gegeneinander, und uns will scheinen, daß Rußland den richtigen Weg eingeschlagen hat, wenn es durch Vorbereitungen zum Kriege, die jetzt in großem Maßstabe betrieben werden, den Krieg unmöglich zu machen sucht. Aber vorhersehen läßt sich der Ausgang nicht, und am wenigsten zu berechnen dürfte dabei die Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sein. Es steht fest, daß sie entschlossen sind, sich die Mandschurei als Markt für ihren Handel zu eröffnen. Wohlverstanden unter der Voraussetzung, daß das Geschäft ein lohnendes ist.

Womöglich also ohne jedes Opfer, auf dem Wege durch Drohungen erzwungener Konzessionen. Ob im Falle der Weigerung von seiten Rußlands Amerika im Bündnis mit Japan gewaltsam vorgeht, wird wohl von dem Ergebnis einer nüchtern angestellten Berechnung abhängen: „Lohnt die Behauptung des Marktes der Mandschurei einen großen Krieg?", so wird die Frage lauten, die man sich in Washington stellt, und wir möchten annehmen, daß die Antwort dem Frieden günstig sein wird, glauben aber, daß nach all den ungeheueren Opfern,

die Rußland gebracht hat, um sich in Port Arthur und am Jalufluß festzusetzen, ein freiwilliger Rückzug nicht denkbar ist. Auch hat die Gefahr dieses ostasiatischen Krieges ihren Reiz, weil der Gewinn des Spieles so außerordentlich groß sein kann. Es gibt ein russisches Sprüchwort: „Risk blagorodnoje djelo“, d. h. „Riskieren soll der Edelmann“, etwa wie wir sagen: wer wagt, gewinnt!

Ein Rückzug aus der Mandschurei aber würde dem Zugeständnis gleichkommen, daß die Männer der „Oswoboshdenije“ Recht haben, wenn sie behaupten, daß die ganze auswärtige Politik Nikolai II. nichts anderes sei, als eine Kette von Fehlern.

Im englischen Parlament ist am 23. Juli wieder einmal gegen uns peroriert worden — wir sehen das Treiben ruhig an, weil es sich selbst immer mehr ad absurdum führt. Auch mehren sich die Stimmen, die vor dieser Politik des Hetzens gegen Deutschlands warnen. So hat J. L. Bashford in der „Empire Review“ (Juli) in einem vortrefflichen Artikel vor den European Bogeis „den europäischen Gespenstern“ gewarnt, mit denen das heutige England geschreckt wird. Und in der Tat, die „deutsche Gefahr“, die England bedroht, ist ein Gespenst, von der erhitzten Phantasie des oft charakterisierten Konsortiums der Männer um die „National Review“ den Engländern durch Suggestion vorgespiegelt, und heute von Chamberlain als Popanz benutzt, um die Nation zur Annahme seiner phantastischen Zukunftspläne zu drängen.

Was das schließliche Resultat sein wird, wenn sie einmal Wirklichkeit werden sollten, hat kürzlich ein australischer Politiker, Sir Henry Wrixon aus Melbourne, in seinem Roman „Jacob Shumate“ zu beantworten versucht: die völlige Demokratisierung des greater Britain, was ihm freilich als ein Glück erscheint, denn — so schließt er — es ist immer besser, von einer Demokratie schlecht regiert zu werden, als gut regiert zu werden, unter einer beliebigen anderen politischen Verfassung.“ („That it is better to be badly governed by a democracy, than well governed under any other political constitution.“) Aber was wird dabei von dem alten England übrig bleiben?

30. Juli. Unruhen in Tiflis.
4. August. Guiseppe Sarto zum Papst erwählt, nennt sich Pio X.

---

5. August 1903.

Während im Vatikan die stummen Kämpfe des Konklave weitergehen, richten sich auf den schließlichen Ausgang Hoffnungen und Befürchtungen, die uns gleich wenig innere Berechtigung zu haben scheinen. Ein neu gewählter Papst tritt in eine Stellung ein, die ihn aus dem engeren Kreise seiner früheren Anschauungsweise hinausruft. Es läßt sich durchaus nicht vorhersagen, wie das Bewußtsein der Macht und der Verantwortlichkeit auf ihn einwirken werden. Jedenfalls muß sich der Gesichtskreis erweitern und die spezifisch nationale Färbung, die als angeborenes und anerzogenes Erbe mitgebracht wurde, mehr universellen Anschauungen weichen. Ein Papst muß in gewissem Sinn ein Kosmopolit sein, ganz wie die katholische Kirche schon durch ihren Anspruch auf Universalität genötigt war, überall das ausschließlich Nationale zurückzudrängen. Wo uns, historisch betrachtet, Ausnahmen entgegentreten, sind sie der Kirche abgerungen worden, und auch da hat sie wenigstens ihre besondere Kirchensprache bis auf den heutigen Tag zu wahren verstanden. In dieser Hinsicht ist sie allerdings der einzige lebendige Erbe des alten römischen Imperiums.

Wohl aber drängt sich die Erwägung auf, daß auch das Papsttum neuen Zeiten entgegengeht und mit Verhältnissen zu rechnen haben wird, auf welche die alten Doktrinen nicht mehr passen werden. Wir denken dabei nicht an eine wesentliche Wandlung des Lehrinhalts der katholischen Kirche, davon kann keine Rede sein, weil er auf einer historischen Kontinuität ruht, die nur durch eine neue Reformation durchbrochen werden könnte, die auf romanischem Boden ihren Führer finden müßte. Daran aber ist, wie alle Kenner versichern, nicht zu denken. Das Äußerste, was sich erwarten läßt, ist, daß ein künftiger Papst das suaviter in modo noch stärker betont,

als Leo XIII. getan hat. Dagegen ist es nicht unwahrscheinlich, daß in der Verfassung der Kirche Änderungen eintreten, die dem neuen Element Rechnung tragen, das von Australien, namentlich aber von den Vereinigten Staaten her sich immer herrischer geltend macht. Die Zukunft des amerikanischen Katholizismus hängt daran, daß der vordringenden demokratischen Richtung der Geister Rechnung getragen wird und daß andererseits der Hierarchie der neuen Welt am Regiment der Kirche ein größerer Anteil gewährt wird, als bisher geschah. Das aber würde dann naturgemäß auch auf die alte Welt zurückwirken, so daß sich nach dieser Richtung hin wohl Wandlungen vorbereiten könnten, die umbildend auf das Ganze der Kirche wirken müssen.

Jedenfalls scheinen uns diese Zukunftsbilder mehr Wahrscheinlichkeit zu haben, als die Vorstellungen von einem künftigen Papste, der französische, spanische, deutsche oder italienische Interessen zum Mittelpunkte seiner Bestrebungen machen könnte. In Deutschland ist daher auch die Frage des Ausganges der Wahl weit ruhiger behandelt worden, als z. B. in Frankreich. Wir sehen dem Ausgang mit besserem Gewissen entgegen und spitzen unsere Wünsche dahin zu, daß der neue Papst ein ebenso guter Mensch sein möge, wie Leo XIII. es gewesen ist. Natürlich wird viel darauf ankommen, wie weit der kommende Papst mit der neuen Zeit, in der wir stehen, gelebt hat, und wie weit er ihren Bestrebungen eine, wenn auch bedingte Berechtigung zugesteht. Ein ganz moderner Mensch kann er schon deshalb nicht sein, weil er ein von zahlreichen Greisen gewählter Greis sein wird, so daß seine Wurzeln um mindestens zwei Menschenalter, wahrscheinlich aber noch weiter zurückliegen. Doch, wie immer der Ausgang sein mag, bestreiten läßt sich nicht, daß es ein folgenreicher und feierlicher Akt ist, der sich jetzt im Vatikan vollzieht, und daß alle Welt Grund hat, den Ausgang als ein wichtiges historisches Ereignis zu betrachten.

Man muß völlig verblendet sein, um, wie der „Swet“ es tut, die Sserafimsfeier mit der Papstwahl in Vergleich zu setzen.

„Das Leben“, sagt das Blatt, „bietet zuweilen Gegensätze, die lehrreicher sind, als die Reden der Weisen, und wie geschaffen scheinen, um die Wahrheit zu beleuchten und klarzulegen. An zwei Enden Europas gehen jetzt zwei große, aber unähnliche Ereignisse vor sich. In den einsamen Wäldern von Tambow, in einer weltfremden Einsiedelei, wird ein neuer Gottesmann, der ehrwürdige Sserafim, verherrlicht, und zwar von dem ganzen russischen Lande mit dem

Zaren an der Spitze, von der ganzen orthodoxen Kirche. In der „ewigen Stadt", in der Stille der vermauerten Gemächer des Vatikans, wählt ein Konklave von „Kirchenfürsten" aus seiner Mitte den „Statthalter Christi". Hier — ersteht unter dem freudigen Klang der Glocken von Ssarowo durch die unaussprechliche Gnade Gottes vor dem Throne des Höchsten ein neuer Fürbitter für das heimatliche Rußland, hier wird der Schaar der Heiligen ein demütiger Mönch in selbstverfertigten Lindenbastschuhen beigezählt, ein Mönch, der im Leben siech war, da er sich den Räubern, die ihn überfielen, nicht hatte wiedersetzen wollen, der nur stark war durch Glauben, Demut, Güte und Reinheit des Lebens. Einer „von den Geringsten" wird zu einem der Ersten und der russische Zar neigt sich in der andächtigen dankbaren Erkenntnis der überreichen Gnade Gottes vor dem Zar der Zaren. Hier — geschieht ein Werk Gottes. Dort — suchen sich Diener des Altars, die sich „Kirchenfürsten" nennen, unter dem leisen Getön der Intriguen und dem Zischen des Hasses einen Oberherrn, schicken sich an, ihn den Statthalter Christi zu nennen — als ob Gott der Herr Statthalter hätte — schicken sich an, Einen aus ihrer Mitte mit Byssus und Purpur zu bekleiden, ihn mit der Tiara zu schmücken, die eher den Kronen der assyrischen Despoten gleicht als der Dornenkrone des Erlösers, und ihm Pantoffel an die Füße zu ziehen, auf denen das lebenspendende Kreuz gestickt ist und die von den gläubigen römischen Katholiken werden geküßt werden. Dort — geschieht Menschenwerk. Hier — wird ein Gerechter kraft seines Glaubens den von der Sünde gereinigten Gottesmännern beigezählt, dort — wird kraft der Wahl der Kardinäle ein Mensch, der manchmal zu den sündigsten gehört, „unfehlbar". Hier — erhebt man die Demut, dort — wird die Demut der Vergessenheit übergeben. Ist dieser Vergleich nicht belehrend? Geht nicht aus ihm hervor, daß die orthodoxe Kirche in ihrer geistlichen Demut Gott näher steht als der römische Katholizismus in seinem Stolz?"

Wir meinen, alle Welt wird wohl einen ganz entgegengesetzten Schluß aus diesen Dingen ziehen. Die „Oswoboshdenije", die in diesem Falle wohl als die Stimme des nicht in finsterstem Aberglauben befangenen Rußland gelten darf, sagt darüber sehr treffend: „Die russische Presse schweigt sehr ausdrucksvoll von einem Kulturereignis ersten Ranges. (Inzwischen ist das Schweigen gebrochen worden, und Herr Pobedonoszew hat dafür gesorgt, daß die offizielle Verherrlichung des Wundertäters in allen großen und kleinen russischen und fremdsprachlichen Zeitungen des Reiches ihren Platz gefunden hat!). Wir meinen, die in der „Nowoje Wremja" veröffentlichte Darlegung des Petersburger Metropolitans Antonius über die „Gebeine" (Moschtschi), des allerhöchst bestätigten heiligen Sserafim von Ssarow. Diese Darlegung ist von den verschiedensten Gesichtspunkten ein Er-

eignis. Vor allem hat der führende Hierarch der russischen Kirche in einem Zeitungsartikel dem Publikum mitgeteilt, daß sich in Rußland ein Verein „zur Bekämpfung der Rechtgläubigkeit" gebildet habe, und daß dieser Verein sich zur Aufgabe stelle, vor der Wahrheit und vor dem russischen Volke die Frage der „Gebeine Sserafims von Ssarow" zu untersuchen, und „wenn nötig, auch vor der Öffnung des Grabes nicht zurückzuschrecken". Also in Rußland gibt es einen „Verein zur Bekämpfung der Rechtgläubigkeit" und dieser Verein spricht mit den Vertretern der herrschenden Kirche in einer Sprache, die so energisch ist, daß sie an Frechheit streift, und wie man sie noch niemals in Rußland gehört hat. Das ist eine neue, unerhörte Tatsache in der Geschichte der russischen „Wirren"! Aber das Wunderbarste und Köstlichste kommt noch. Das kühne Wort wurde zur Tat und die Wahrheit trat zu tage. Der Metropolit Antonius hat bekannt, daß es keinerlei unverweste Überreste des Sserafim von Ssarowo gibt — und daß nur Knochen und Haare übrig geblieben seien. Das war zwar für jedermann selbstverständlich, aber nicht für solche Leute und nicht für die Priester selbst werden „Gebeine" bestätigt und aufgedeckt. Es glaubt an sie mit seiner Kinderseele der arme Bauer."

Da wir gerade von der russischen Presse reden, mögen einige charakteristische Erscheinungen der letzten Wochen nachgeholt werden. Seit bald einem Monat geht durch alle russischen Blätter eine erbitterte Polemik gegen Amerika. Man antwortet auf die Angriffe, die das Judenmassacre in Kischinew zur Folge hatte, durch ausführliche Schilderung der Greuel, die auf den Philippinen verübt worden sind und durch entrüstete Darstellung der an den Negern vollzogenen Lynchmorde. In den Nummern 9825 und 9826 (26. und 27. Juli) der „Nowoje Wremja" schreibt ein Herr Wondam unter der Spitzmarke „Eine beispiellose Frechheit" über die Grausamkeiten der Amerikaner auf Manila. Was er anführt, ist allerdings haarsträubend und uns wundert nur, daß kein englisches oder amerikanisches Blatt von diesen Enthüllungen Notiz genommen hat. Es soll uns freuen, wenn unsere Bemerkung sie veranlassen sollte, eine unbedingt notwendige Widerlegung zu bringen. Noch charakteristischer ist übrigens, daß selbst ein so maßvolles und Amerika freundliches Organ, wie die Monatsschrift „Westnik Jewropy" eben-

falls mit höchster Schärfe gegen Amerika auftritt. Es ist das eine Tatsache, die in den russisch-amerikanischen Beziehungen ohne Präzedens dasteht, und nur durch die tiefgehende Erbitterung zu erklären ist, welche das Vorgehen des Staatssekretärs Hay in der Kischenewer Angelegenheit erregt hat. Der Versuch, in den inneren Angelegenheiten Rußlands den Richter zu spielen, wird allerdings nicht nur in den politischen Kreisen, sondern überhaupt, soweit es eine öffentliche Meinung in Rußland gibt, als Beleidigung empfunden. In diesem Punkt gehen Regierung und Nation Hand in Hand. Vielleicht spielt auch der Nachhall mit, den die Krisis in Ostasien hervorgerufen hat. Auch da fühlt man sich enttäuscht und beleidigt, aber eben so sehr in seinem guten Recht wie bei Zurückweisung der amerikanischen Judenadresse. Die diplomatischen Verhandlungen in Sachen der Räumung nimmt kein Russe ernst, aber jedermann findet es natürlich, daß jederzeit die Zusagen gegeben werden, die gerade für den Augenblick passend erscheinen. Die mandschurische Eisenbahn wird niemals in chinesische Hände kommen, und daraus folgt auch, da die Bahn sich ohne Stützpunkt nicht behaupten läßt, daß Rußland der Herr in der Mandschurei bleibt. Will man Rußland verdrängen, so mag man es versuchen, die Ausführung dürfte sich schwieriger zeigen, als auch vorsichtige Rechner annehmen, und wir unsererseits glauben nach den Eindrücken, die uns die letzten Wochen gebracht haben, überhaupt nicht, daß es zum Versuch kommen wird.

Inbetreff der Balkanangelegenheiten gibt uns die russische Presse gleichfalls Stoff zu interressanten Beobachtungen. Die beiden Strömungen für und wider eine Aktion lassen sich auch jetzt noch verfolgen, aber es scheint, daß die friedfertige Tendenz immer mehr an Boden gewinnt. Der mazedonische Hauptkorrespondent der „Nowoje Wremja“ (Nr. 9831 vom 1. August) ist zur Einsicht gekommen, daß den Nachrichten, die ihm von den Mitgliedern des mazedonischen Komitees zugehen, nicht recht zu trauen ist: „Man lügt hier en gros und en detail, selbst Leute, die sonst durchaus comme il faut sind und die crême der hiesigen Gesellschaft darstellen, pflegen zu lügen und sehen darin nichts Schlimmes. Die sonstigen europäischen Agenten sind daran so gewöhnt, daß sie dieses Gewohnheitslügen nicht als Grund zum Abbrechen des Verkehrs betrachten, denn dann müßte man allen Umgang aufgeben. Bemerkt

sei noch, daß die bewußte Lüge hier häufig zu „edlen Zwecken“ gebraucht wird, aus rein jesuitischer politischer Moral. So schreibt z. B. ein kürzlich erlassenes türkisches Reglement vor, daß, wenn Gewalttaten durch Türken geschehen, das ganze Dorf eine Massenklage beim Konsul oder sonst bei der Obrigkeit einreichen solle. Die Form der Klage wird dann so gefaßt, daß man dabei die Farben nicht spart und die Unterzeichner des Protestes werden darnach gedrillt, damit sie sich in ihren Aussagen nicht widersprechen. Wir möchten hier jedoch die Bemerkung anknüpfen, daß die Herren Korrespondenten es mit der Wahrheit wenig genauer nehmen. So setzt z. B. der Sophiaer Korrespondent der „Petersburgskije Wjedomosti“ (Nr. 194 August 1.) die folgende Ungeheuerlichkeit in Umlauf: „Einer meiner Freunde in Serbien teilt mir für sicher mit, daß in den Papieren des Königs Alexander sich urkundliche Belege dafür finden, daß die österreichische Regierung dem Könige Alexander das General-Gubernat über Bosnien und Herzegowina angeboten habe und zwar so, daß Österreich-Ungarn die Garantie für die Sicherheit der Dynastie Obrenowitsch übernimmt, während letztere folgende Kleinigkeit gewährt: sie gestattet, daß die serbische Armee dem Bestand der österreichisch-ungarischen Armee einverleibt wird.“

Das scheint uns doch gelogen, als ob ein mazedonischer Komitadschik es gesagt hätte.

Zum Schluß die Bemerkung, daß im russischen Weichselgebiet die Frage der Einführung chinesischer Kulis als Landarbeiter allen Ernstes erwogen wird. Damit würde die gelbe Gefahr bis hart an unsere Grenze rücken.

---

9. August. Krönung Pio X.
13. August. Alexejew zum Statthalter von Russisch-Ostasien ernannt.
14. August. Schließung des englischen Parlaments.
17. August. Ablehnung des modifizierten Panamavertrages durch den Senat von Kolumbien.
22. August. Tod von Lord Salisbury.
29. August. Ernennung Wittes zum russischen Ministerpräsidenten, Plesse wird Verweser des Finanzministeriums.
31. August. König Eduard in Wien.
4. September. Verhaftung der gegen die Mörder König Alexanders protestierenden serbischen Offiziere.
9. September. Auflösung des Kapparlaments.
16. September. Schwere Niederlage des Sultans von Marokko durch Bu Hamara.
18. September. Kaiser Wilhelm in Wien.
18. September. Weltfriedenskongreß in Rouen.
26. September. Absetzung Sobatows, des Chefs der Petersburger Staatspolizei.
30. September. Kaiser Nikolaus II. in Österreich.
2. Oktober. Konferenz in Mürzsteg.
2. Oktober. Lord Milner lehnt den Eintritt in das Ministerium Balfour ab.
3. Oktober. Merry de Val zum päpstlichen Staatssekretär ernannt.
5. Oktober. Attentat gegen den Präsidenten Roosevelt.
5. Oktober. Neubildung des englischen Kabinetts.

7. Oktober 1903.

Am 17. Dezember 1824, als Griechenland von Ibrahim Pascha schwer bedrängt nach Helfern ausschaute, wandte sich der damalige Präsident der griechischen Nationalversammlung Alexander Maurokordatos an Friedrich v. Gentz, um durch ihn auf die österreichische Regierung einzuwirken. Er suchte zu beweisen, daß Österreich ein politisches Interesse habe, ein unabhängiges und starkes Griechenland erstehen zu sehen. Österreich müsse wünschen, daß die Türkei fortbestehe, damit sie als Wall gegen ein weiteres Wachstum Rußlands diene. Jetzt werde die Pforte gelähmt durch die Notwendigkeit, ihre Kräfte gegen die Griechen zu verwenden. Im Frieden mit einem von ihr anerkannten unabhängigen Griechenland werde sie stärker dastehen. „Wir sind", schrieb er, „heute die bittersten Feinde der Türken, und wir haben Grund, es zu sein; sind aber unsere Grenzen festgesetzt, ist unsere Unabhängigkeit von der Türkei anerkannt, so wird unsere Politik genötigt sein, im Widerspruch zu

unserer nationalen Antipathie gegen die Türken, eine entgegengesetzte Richtung einzuschlagen. Wir werden gezwungen sein, die Erhaltung des Restes der europäischen Türkei zu wünschen und sie zu unterstützen, denn von ihr hätten wir nichts mehr zu fürchten, alles aber von einer Nachbarschaft Rußlands. Obgleich natürliche Feinde der Türken, werden wir ihre treuesten Verbündeten gegen die Russen sein, wenn sie darangehen, sie (die Türken) aus Europa zu vertreiben." („Ennemis naturels des Turcs, nous serons leurs alliés les plus fidèles contre les Russes, s'ils entreprennent de les expulser de l'Europe".

Als bekannt wurde, daß zahlreiche griechische Freiwillige sich der Pforte gestellt hatten, um für sie in Mazedonien zu kämpfen, ist uns dieser Brief von Maurokordatos wieder in Erinnerung gekommen. Er hat nicht nur die Bedeutung, daß er die Entwickelung des griechischen Nationalgedankens richtig voraussah, sondern er läßt sich dahin verallgemeinern, daß, so wie die Griechen, auch die übrigen von Rußland befreiten Nationen schließlich ihren besonderen nationalen Egoismus der Dankespflicht, die sie gegen Rußland haben, überordnen werden. Seit 1878 haben, mit alleiniger Ausnahme von Montenegro, alle Balkanstaaten längere oder kürzere Perioden der entschlossenen Abwendung von Rußland durchgemacht, und wenn heute die Pforte sich entschlösse, Mazedonien freiwillig den Bulgaren auszuliefern, könnte sie an ihnen einen Verbündeten auf Leben und Tod haben. Das Problem liegt für sie auf zwei Gebieten: dem religiösen, denn der Koran untersagt, türkisches Land anders als unter dem Zwang einer Niederlage abzutreten, und auf dem politischen, denn eine solche Abtretung würde im Gegensatz zu den Verpflichtungen stehen, welche der Berliner Kongreß ihr aufgelegt hat, und nebenher wahrscheinlich sofort den Widerspruch und vielleicht sogar den Widerstand Serbiens, eventuell Rumäniens hervorrufen, die sich durch den Machtzuwachs Bulgariens bedroht fühlen würden.

Es ist nun sehr merkwürdig, daß Rußland, dem die Aufhebung der Stipulationen von San Stephano als eine Schädigung seiner Interessen erschien und das nach der Ratifikation des Berliner Friedens im Prinzip an seinen Ansprüchen festhielt, sich allgemach umdachte. Noch 1870 erklärte das offizielle Organ der russischen Regierung, der „Prawitelstwenny Wjestnik", daß die schließliche

Lösung der orientalischen Frage nur noch eine Frage der Zeit sei, „denn trotz aller menschlichen Schwächen geht die Menschheit den von der Vorsehung gesteckten Zielen entgegen. Der Berliner Kongreß war nur eine Pause des Atemholens, des Haltens auf schwierigem Wege. Von diesem Gesichtspunkte aus findet Rußland in der Vergangenheit den Glauben an die Zukunft." Nun ging die Entwickelung aber so, daß den Bulgaren diese Pause im Atemholen allzulange dauerte. Die autonome Organisation von Ostrumelien genügte ihnen nicht, und die Revolution vom 18. September 1885 erzwang die schließlich auch von der Pforte, wenn nicht gutgeheißene, so doch geduldete Vereinigung von Ostrumelien mit dem eigentlichen Bulgarien. Und das war der entscheidende Wendepunkt in der russischen Balkanpolitik. Das offizielle Rußland hörte auf, die Rückkehr zum Programm von San Stephano als ein erstrebenswertes Ziel zu betrachten und war stark genug, den Fürsten Alexander zu stürzen und zur Abdankung zu nötigen. Von da ab gab es in Bulgarien eine antirussische Partei. Die Tage des Stambulowschen Regimes, d. h. der von Rußland abgewandten selbständigen Interessenpolitik Bulgariens begannen. Sie haben 8 Jahre lang gedauert und ein politisches Intrigenspiel und eine politische Verwilderung großgezogen, deren nur halb bekanntes Detail erstaunliche Züge von Undank, Treulosigkeit und Wildheit zeigt. Stambulow fand in diesen Parteigegensätzen auf schreckliche Weise seinen Untergang, und noch in demselben Jahre 1895 machte Fürst Ferdinand es möglich, erst einen modus vivendi und dann eine Versöhnung mit Rußland zu finden. Die Salbung seines Sohnes zum russisch-orthodoxen Ritus und die von Kaiser Nikolaus II. übernommene Patenschaft schien die Versöhnung um so mehr besiegelt zu haben, als Rußland auch die faktische Verbindung Ostrumeliens mit Bulgarien anerkannt hatte. Und gewiß hätte es dabei bleiben können, wenn nicht ein doppeltes Element der Dekomposition jener Beruhigung entgegengearbeitet hätte: der Ehrgeiz der Bulgaren, der den großbulgarischen Gedanken nach Mazedonien hineintrug und die slavophilen Agitatoren in Rußland, die eine der offiziellen Politik des Petersburger Kabinetts entgegengesetzte, auf einen neuen Türkenkrieg drängende Tätigkeit entfalteten. Die russische Regierung, die auch, abgesehen von ihrer nicht anzuzweifelnden Friedensliebe, durch ihre großartigen Unternehmungen

in Ostasien gebunden war, hat in dieser Kombination jenes Abkommen mit Österreich-Ungarn geschlossen (1897), das der Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel galt, und seit man sich in beiden Staaten öffentlich dazu bekannt hat, auch wesentlich dazu beitrug, den arg bedrohten Frieden auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten. Aber mit dem neuen Jahrhundert nahm die bulgarische Agitation einen immer gefährlicheren Charakter an. Der heute totgesagte Sarafow organisierte die sogenannten mazedonischen Komitees, die durch einen systematischen Terrorismus das ganze Mazedonien in einen Zustand aufgeregter Erwartung und geheimer Vorbereitung zu offenem Aufstande versetzte, der mit jedem neuen Frühjahr einen Krieg in Sicht zu stellen schien. Es war unter diesen Umständen sehr zu beklagen, daß die Feierlichkeiten, die zur Einweihung der Schipkakirche Ende September 1902 stattfanden, alle Leidenschaften der slavophilen und der großen russischen Presse entzündeten. Es wurden ganz direkt Kriegsdrohungen gegen die Pforte laut und der Mann von San Stephano, General Ignatiew, sprach sich in einer Rede, die durch alle russischen Blätter ging, in einer Weise aus, die über seine Sympathieen mit den großbulgarischen Plänen keinen Zweifel ließ. Von da ab wurde die aufständische Bewegung in Mazedonien immer gewaltsamer und die russische Regierung hielt es unter diesen Umständen für notwendig, ihren Minister des Auswärtigen, den Grafen Lamsdorff noch im Dezember 1902 nach Wien zu schicken, um jene erste österreichische Vereinbarung weiter auszudehnen und um ein der Pforte vorzuschreibendes Reformprogramm zu vereinbaren. Seither sind beide Mächte stetig Hand in Hand gegangen und es ist wohl sicher als ihr Verdienst zu bezeichnen, daß ein bulgarisch-türkischer Krieg bis zur Stunde vermieden worden ist. Ebenso unleugbar aber ist, daß die Durchführung dieses Programmes, welchem die Pforte (so weit sie überhaupt reformieren kann, ohne sich mit sich selber in Widerspruch zu setzen), sehr aufrichtig bemüht gewesen ist, gerecht zu werden, heute noch nicht erfolgt ist. Man kann von türkischen Truppen, speziell von den fanatisierten Albanesen, nicht mehr erwarten, als daß sie „moderiert verwüsten", wenn sie Krieg führen, zumal die aus Bulgarien sich immer aufs neue ergänzenden mazedonischen Komitatschis ihre Verteidigung mit den Schreckmitteln des Anarchismus und Nihilismus führen; Thomasuhren und Dynamitbomben, Gefährdung

allen Verkehrs, Attentate, welche islamische Fanatiker zu anderen Attentaten entflammten, das ergab in seiner Summe einen friedlosen und trostlosen Zustand, der allerdings das tiefste Mitgefühl mit dem unglücklichen Mazedonien erwecken muß. Dieser Zustand bedrohte aber zugleich in seinen möglichen Folgen den europäischen Frieden, und das scheint in Petersburg den Entschluß gereift zu haben, noch einmal im Verein mit Österreich einzugreifen.

Wir haben für nützlich gehalten, diesen Rückblick vorauszuschicken, um die Bedeutung der Kundgebungen von Schönbrunn und Mürzsteg recht zu verstehen. Beide Mächte wollen, wenn wir recht interpretieren, das gleiche Ziel erreichen, den Frieden zu erhalten und in Mazedonien geordnete, menschenwürdige Zustände herzustellen. Aber trotz der identischen Noten, die nach Konstantinopel gegangen sind und denen man ohne Zeitverlust die weiteste Öffentlichkeit gegeben hat, wird ein Unterschied sich nicht übersehen lassen. Österreich-Ungarn will den Frieden quand même, für Rußland knüpft sich daran das weitere Ziel, unter allen Umständen eine Vereinigung von Mazedonien mit Bulgarien zu verhindern. Die Motive liegen in jenem Brief von Maurokordatos ausgesprochen, den wir an die Spitze unserer Betrachtung stellten; sie sind mutalis mutandis auf Bulgarien zu übertragen. Die russische Presse, die diesen Zusammenhang nicht zu erkennen scheint, agitiert, wenn sie auch vor den letzten offiziellen Kundgebungen ihre pflichtschuldige Reverenz gemacht hat, systematisch gegen die Politik des Petersburger Kabinetts, die nirgends unpopulärer ist, als in Rußland. Alle ihre Sympathien sind auf Seiten der Bulgaren und Mazedonier, und die Berichte, die sie fortgesetzt, meist aus bulgarischer Quelle, über die türkischen Greuel bringt, sind allerdings dazu angetan, die öffentliche Meinung des Landes außer Rand und Band zu bringen. Wir wählen, um ein Beispiel zu geben, die „Petersburger Wjedomosti“ vom 3. Oktober: Leitartikel über die Toaste in Schönbrunn. Sie geben dem festen Willen der Monarchen Ausdruck, ihren Kampf gegen die prinzipielle Gewissenlosigkeit (der Pforte) fortzusetzen. Aber es sei ein ermüdender und selbst im Falle des Erfolges freudloser Kampf. Nur aus Barmherzigkeit gegen die Leidenden lasse sich erklären, daß man eine so undankbare Aufgabe auf sich nehme, statt Kräfte und Mittel zur Lösung der Aufgaben zu verwenden, welche die inneren Zustände

des Reiches, sowohl in Rußland wie in Österreich-Ungarn stellen. Besonders schwer müsse es Österreich-Ungarn fallen, das nicht wie Rußland durch historische Ideale begeistert werde, sondern sich sagen müsse, daß selbst wenn es materielle Erwerbungen machen sollte (!) damit nur ein neuer Köder den deutschen Appetititen zugeworfen werde. Die klügsten österreichischen Politiker wüßten bereits, daß ihre Bestimmung sei, die lebendige Brücke zu bilden, über welche die schweren Stiefel der preußischen Infanterie ihren Weg nehmen werden. Das wisse man und fürchte sich davor, und deshalb brauche Österreich Rußlands Bündnis und junge, kraftvolle Freundschaft. . . . „Es ist ein schrecklicher Traum, aber Gott ist gnädig, auch die Schrecknisse auf dem Balkan werden sich legen und den verwöhnten Bismarckleuten wird nicht immer der Lorbeer am Schluß ihrer Laufbahn blühen."

Artikel 2. Schilderung der politischen Lage im September 1853.

3. Leitartikel zur Ankunft des Kaisers in Wien.

Ursprünglich habe die Türkei darauf gerechnet, daß ihr auf Grund einer Initiative Deutschlands Europa seine Unterstützung nicht versagen werde, wenn sie nach Art der Armeniermorde ein großes Gemetzel in Mazedonien vornehme. Frhr. v. Marschall habe diese Politik ermutigen wollen, aber die von Kaiser Wilhelm bei seinem Aufenthalt in Wien eingeschlagene neue Politik habe alle Mißverständnisse zerstreut. Jetzt wisse die Pforte, daß die übrigen Mächte, und darunter auch Deutschland, sich dem österreichisch-ungarisch-russischen Programm anschließen würden. Der Punkt, um den es sich bei der Zusammenkunft der beiden Kaiser namentlich handeln werde, müsse offenbar die Vereinbarung über Mittel sein, durch welche ein realer Druck auf die Pforte ausgeübt werden könne.

„Vor dem heißen, pulsierenden Leben, vor dem nationalen Haß und der heroischen Liebe zum eigenen Volke, vor dem lockenden Traum nach nationaler Unabhängigkeit, nach Abwerfung des türkischen Joches und nach nationaler Wiedergeburt hat alle diplomatische Korrespondenz nicht mehr Bedeutung als Kanzlistenschreiberei."

4. Wiedergabe eines Artikels der „Narodni Listy", der sich nachzuweisen bemüht, daß Österreich den Slaven gegenüber im eigenen Lande wie auf der Balkanhalbinsel eine falsche Politik der Knechtung treibe, weil es im Bunde mit Deutschland stehe, das zum Dank

Österreich aus der Levante verdrängt und sich in Kleinasien festgesetzt habe.

5. Türkische Gewalttaten nach der „Awtonomija“, dem Hauptorgan der Aufständischen.

6. Aus demselben Blatt über türkische Greuel im Vilajet Adrianopel.

Das ist, wie gesagt, ein Beispiel von vielen, und die überall durchklingende Feindseligkeit gegen Deutschland verdient doch beachtet zu werden! Nun ist inzwischen auch die Antwort der Pforte auf die russisch-österreichische Mitteilung erfolgt, und sie klingt wenig tröstlich. Die Türkei dankt für die wohlwollenden Absichten der Mächte, erklärt aber trotz des besten Willens nichts tun zu können, solange Bulgarien in seiner Haltung beharre. Es folgt eine Reihe schwerer Vorwürfe gegen die bulgarische Regierung und die Bitte um neue Vorstellungen der Mächte in Sofia.

An letzteren wird es gewiß schon jetzt nicht gefehlt haben, wenn auch nicht für gut befunden wurde, sie zu veröffentlichen, und da, schon vor der Ankunft des Zaren in Schönbrunn, beide Mächte nachdrücklich erklärt haben, daß unter keinen Umständen ein türkisch-bulgarischer Krieg zu territorialen Veränderungen führen wird, sollte man wohl annehmen, daß die Bulgaren klug genug sein werden, an sich zu halten.

Unter diesen Umständen überrascht außerordentlich eine Ausführung von Alcide Ebray im „Journal des Débats“ vom 5. Oktober, die nach sympathischer Besprechung der Wiener Kaiserzusammenkunft wörtlich fortfährt: Man sollte doch, bevor man den Mißerfolg der österreichisch-russischen Aktion ankündigt, billig abwarten, welche Folgen die Kaiserzusammenkunft haben wird. Und doch kündigt man nicht nur diesen Mißerfolg in Betreff der Zeit, die hinter uns liegt, sondern auch für die Zukunft an. Aus dieser These gelangt man dann in gewissen Kreisen zum Schluß, eine englisch-französisch-italienische Aktion an Stelle der austro-russischen vorzuschlagen, da die letztere ihrer Ohnmacht überführt sei. Oder mit anderen Worten, da die Ostmächte nichts ausgerichtet hätten, sollten die Westmächte an ihre Stelle treten.“ Der weitere Verlauf dieses Artikels bekämpft nun nicht ohne gewisse Erregung diesen Plan als einen gegen die russisch-französische Allianz gerichteten Anschlag. Die Gründe im einzelnen herzuzählen, lohnt nicht, sie sind durchaus überzeugend.

Wichtiger ist, was die „Débats“ über die Urheber dieses Vorschlages sagen. „Wir bemerken — heißt es — daß dieser Vorschlag im Auslande, in Kreisen entstanden ist, in welchen man stets gegen die Alliance franco russe gearbeitet hat, sowie bei uns in den Kreisen der Sozialisten und ihrer Gefolgschaft, bei denen diese Allianz nicht beliebt ist. Man weiß sogar, daß man unsere Annäherung an England und Italien benutzt hat, um die Vorstellung von einer Allianz der Westmächte zu lancieren. Es könnte also sein, daß, indem man heute jenen Vorschlag macht, von dem wir reden, die Absicht besteht, die öffentliche Meinung an eine gemeinsame Aktion der drei Westmächte zu gewöhnen, um sie von der russisch-französischen Allianz abzulenken. Wenn man bedenkt, in welchem Lager die Urheber dieser Idee stehen, ist unsere Konjektur höchst wahrscheinlich.“

Es liegt hier ein nicht übles Parteistrategem vor. Bekanntlich sind die „Débats“ die leidenschaftlichen Gegner der gegenwärtigen französischen Regierung, die ihr als ein Kollegium von Sozialisten verhaßt ist, eben so bekannt ist, daß Herr Delcassé über die Aufgaben der französischen Orientpolitik sehr selbständig denkt und sowohl in einer französisch-englischen, wie in einer französisch-italienischen Annäherung ein Hauptziel seiner politischen Bestrebungen erblickt. Indem nun die Entstehung des Planes jener westmächtlichen Allianz zur Durchführung einer selbständigen Orientpolitik zwar als sozialistischer Gedanke anerkannt, aber zugleich ins Ausland hinüber eskamotiert und geschickt so formuliert wird, daß jeder französische Leser sofort an Deutschland als den Übeltäter denkt, wirft man den Schatten auf die Regierung, daß sie sich zum Werkzeug deutscher Anschläge mache! Und was gibt es Schrecklicheres?

Nur schade, daß der Bau ein so künstlicher ist. Überlegen wir, was das „Journal des Débats“ ausführt, so scheint uns diese westmächtliche Kombination in der Orientfrage allerdings nicht unmöglich, wir würden sogar sagen wahrscheinlich, wenn die Nachrichten von einer französisch-englischen Verständigung in der marokkanischen Frage, die eben jetzt durch die Presse gehen, sich bewahrheiten sollten. Denn umsonst wird doch England den Franzosen an der Straße von Gibraltar gewiß nicht den Weg freigelegt haben. Hilft dagegen Frankreich durch einen Konflikt auf der Balkanhalbinsel Rußland im nahen Orient festzuhalten, um es im fernen Orient zu lähmen, so könnte

das wohl ein Opfer wert sein. Ohnehin würde ein Vorgehen Frankreichs in Marokko, wie es Jaurès mit so erstaunlicher Bestimmtheit und Hartnäckigkeit denunziert, die orientalische Frage in Fluß bringen. Die Zündfäden reichen heute durch Afrika über Westasien bis in die Balkanhalbinsel hinein und es ist nicht vorherzusagen, wo überall der islamische Fanatismus explodieren wird, wenn er an einem Punkte den Brand anfacht. In solchen Situationen ist das cui prodest? eine wohlberechtigte Frage, und uns scheint, daß es nicht unschwer ist, sie zu beantworten.

So haben wir heute nur eine der großen Fragen, die sich von allen Seiten heraufdrängen, berühren können. Es gibt reichlichen Stoff zu weiterer Betrachtung. Die erste Enzyklika Papst Pius X., die Verlegenheiten Balfours, die venezolanische Frage vor dem Haager Schiedsgericht, die Krisis in Ungarn in ihrer trostlosen Ratlosigkeit, endlich die Zuspitzung der Gegensätze im fernen Osten, das alles verdient eingehende Betrachtung. Es gärt, wohin wir blicken, und wenn je gilt für uns das Wort, daß wir stark sein müssen, wachsam und einig!

8. Oktober. Boris Sarafow kündigt an, daß der Aufstand vorläufig beendet sei.
9. Oktober. Abrüstungsverhandlungen zwischen der Pforte und der Türkei.
12. Oktober. König Leopold von Belgien in Paris.
13. Oktober. Kaiser Nikolaus II. sagt seinen Besuch in Rom ab.

14. Oktober 1903.

Bevor wir den drei großen politischen Fragen des Augenblicks, der mazedonischen, japanisch-russischen und der marokkanischen, näher treten, wird es nützlich sein, auf diejenigen europäischen Staaten einen Blick zu werfen, die vornehmlich an ihnen interessiert sind. Wir denken dabei an Rußland, England und Frankreich, in zweiter Linie auch an Österreich-Ungarn.

Über die Richtung der offiziellen Politik Rußlands kann kein Zweifel herrschen: sie sucht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Ruhe im europäischen Orient aufrecht zu erhalten und trifft alle Vorbereitungen, um einen von Japan her erwarteten Angriff abzuwehren. Den Anlaß zu einer Aktion Japans aber könnte der Entschluß Rußlands geben, unter keinen Umständen die Räumung der Mandschurei, die am 8. Oktober fällig war, zu vollziehen und ebensowenig seine neue Position am Jalufluß aufzugeben.

So einig nun die leitenden Kreise über den ersten Teil dieses Programms waren, so scharf war der Widerspruch gegen eine Politik, die im fernen Osten einen Krieg herbeizuführen droht. Witte ist darüber gefallen und die Stellung von Kuropatkin wie von Lamsdorff gilt für erschüttert, weil sie mit dem gestürzten Finanzminister Hand in Hand gegangen waren.

Eine offenbar aus russischen Hofkreisen stammende Korrespondenz der „Oswoboshdenije" schildert die Intriguen, welche zu diesem Resultat geführt haben, folgendermaßen:

„In die Reihe der bureaukratischen Spitzen des Hofes . . . ist ein neuer Mann getreten. Sein Auftauchen ist nicht so abenteuerlich wie das der Klopow, Philippe und Demtschinski, aber es verspricht

einen länger währenden Einfluß. Dieser neue Mann, Herr Besobrasow, ist zum Erstaunen der Bureaukraten kürzlich vom wirklichen Staatsrat zum Staatssekretär des Kaisers avanciert worden.

Die Großfürsten lieben es nicht besonders, wenn ein neuer Mann bei Hofe auftaucht. Als Wladimir Alexandrowitsch den Zaren in wegwerfendem Tone fragte: „was ist das für ein Besobrasow" war dessen Stellung schon so gesichert, daß die Antwort lautete: „Du wirst ja sehen, ein Staatssetretär". Damals aber war Besobrasow noch nicht zum Staatssekretär ernannt und die Antwort sollte nur zeigen, was bevorstand.

Besobrasow hat früher in der Chevaliergarde gedient, die jetzt sein Bruder, der Generalmajor, kommandiert. Er hatte schon vor langer Zeit seinen Abschied genommen, trat aber zu Anfang der Regierung Alexanders dadurch in den Vordergrund, daß er das Haupt der sogenannten „heiligen Liga" (Ochrana) wurde, welche den persönlichen Schutz des Kaisers bilden wollte, aber auf Antrieb von Plehwe, der damals Polizeidirektor war, aufgelöst wurde. Man sieht, er hatte alte Beziehungen zum Hofe. In den letzten Jahren hatte er dem Zaren häufig Denkschriften zugestellt. Das machte anfänglich den Ministern wenig Sorge; sie ignorierten den neuen Günstling ohne Portefeuille, aber allmählich wuchs sein Einfluß und man bemerkte, daß seine Denkschriften nicht ohne Wirkung blieben. Sogar der allmächtige, obgleich bereits in seiner Stellung erschütterte Witte beklagte sich darüber, daß Besobrasow sich in Dinge mische, die ihn nichts angingen. Der unerhörten Ernennung des wirklichen Staatsrats zum Staatssekretär des Kaisers (ein Posten, den nur die höchsten Beamten und keineswegs alle Minister erlangen) ging, wie erzählt wird, die folgende pikante und providentielle Episode voraus: als Witte dem Kaiser über die vortreffliche Beschaffenheit der mandschurischen Bahn Vortrag hielt, bemerkte der Kaiser: „Da sagt mir aber Besobrasow, daß die Bahn schlecht sei!" Worauf Witte antwortete: „Glauben Ew. Majestät wirklich einer Privatperson mehr als Ihrem Staatssekretär und Minister?" Gleich darauf sei Besobrasow zum Staatssekretär ernannt worden.

Vor zwei oder drei Jahren hatte Besobrasow mit den Beamten der Kaiserlichen Kanzlei Swjäginzew und Wonljärski, sowie unter Teilnahme der Großfürsten, des Konsuls in Söul Matjunin, Abasas

und anderer eine Aktiengesellschaft gebildet und von der koreanischen Regierung eine Konzession zur Exploitation von Wäldern und Bergwerken in Korea erhalten. (Dies sind offenbar die vielbesprochenen Gebiete am Jalufluß!) Auch der Kaiser selbst wurde in das Unternehmen hineingezogen; er steuerte 500000 Rubel bei. . . .

Der Einfluß Besobrasows auf den Kaiser steigerte sich außerordentlich, nachdem er seine Denkschrift über die mandschurische Bahn eingereicht hatte. Er spezialisierte sich offenbar auf Politik des fernen Ostens, und auf seine Initiative geht wohl die Begründung der Statthalterschaft im fernen Osten mit all den ungeheuren Vollmachten zurück, die die Gesellschaft in Erstaunen gesetzt haben.

Den letzten Anlaß zur Entlassung Wittes und zu der, wie verlautet, bevorstehenden Verabschiedung von Kuropatkin und Lamsdorff hat gerade die Errichtung dieser Statthalterschaft gegeben, die gegen den Willen der meist interessierten Minister erfolgte. Witte sprach sich nachdrücklich dagegen aus, Kuropatkin und Lamsdorff gaben ihren Abschied ein, und wenn auch ein ablehnender Bescheid erfolgte, so soll der Rücktritt dieser Minister doch im Prinzip entschieden sein. . . . . .“

An anderer Stelle wird in derselben Nummer der „Oswoboshdenije“ behauptet, daß an dem Sturz Wittes auch der Großfürst Alexander Michailowitsch, die Großfürstin Xenia Alexandrowna (die Gemahlin des erstgenannten) und die Kaiserin Alexandra Fedorowna Anteil hätten.

Nun wollen wir uns nicht für alles Detail, das hier wiedergegeben ist, verbürgen, aber unsere Leser werden sich erinnern, daß wir schon vor acht Tagen auf den Zusammenhang zwischen der Ernennung Alexejews zum Statthalter in Ostasien und dem Sturze Wittes hinwiesen. Die auf den Grafen Lamsdorff bezüglichen Nachrichten scheinen erfreulicherweise falsch zu sein, was wenigstens die große Rolle, die er in Wien und Mürzsteg gespielt hat, höchst wahrscheinlich macht. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die öffentliche Meinung Rußlands sowohl der Friedenspolitik der Regierung auf der Balkanhalbinsel, wie ihrem entschlossenen Vorgehen im großen Orient feindselig gegenübersteht. Im Balkan hätte sie am liebsten ein einseitiges Vorgehen Rußlands zu Gunsten der Mazedonier gesehen, weil man davon den heißersehnten vollen Zusammen-

bruch der Türkei erwartet. Noch am 1. Oktober sprach das Organ des Fürsten Uchtomski davon, daß das mazedonische Lied der Schwanengesang der Türkei gewesen sein werde; so sicher hoffte man darauf, daß ein Krieg das schließliche Ergebnis sein müßte. Die „Nowoje Wremja" aber brachte nach serbischen Zeitungen die aufregende Nachricht, daß Österreich-Ungarn sich mit der Absicht trage, Serbien zu okkupieren und, nachdem Deutschland und England bereits zugestimmt hätten, nur an dem Widerspruch Rußlands, Frankreichs und Italiens gescheitert sei. — Nun ist die Nachricht sicher falsch, aber ihren Zweck, die ohnehin über das Zusammengehen mit Österreich verstimmte öffentliche Meinung weiter zu erregen, hat sie gewiß erreicht. Andererseits ist es politisches Schlagwort geworden, die Erfolge Rußlands im fernen Osten möglichst herabzusetzen. Noch am 7. Oktober schrieben die „Petersburgskija Wjedomosti" am Schluß eines Artikels über das Schicksal des russischen Handels im fernen Osten: „Daran, daß wir den chinesischen Markt behaupten, ist nicht zu denken. Mit anderen Worten, wir werden dorthin immer mehr Truppen und Geld importieren, unser Export aber wird nur in Chinesen bestehen, die zahllos wie der Sand am Meer zu uns dringen. Hat deshalb Rußland hinter Deutschland hermarschierend, 1897 die Aufteilung Chinas begonnen?" Wir können ähnliche Äußerungen in beliebiger Zahl aufführen, und auch die Seitenhiebe gegen uns wird man wiederfinden, denn eines Sündenbocks hat diese Presse stets bedurft, wenn etwas nicht nach ihren Wünschen ging. Wer politisch weiter zurückdenkt, wird sich freilich erinnern, daß eben der Fürst Uchtomski es war, der leidenschaftlicher als alle anderen für die große Mission der Russen im Reiche ihrer „chinesischen Brüder" eintrat. Aber freilich, andere Zeiten, andere Überzeugungen! Herr Uchtomski steht jetzt abseit und wir fürchten, daß er nicht einmal an den Waldkonzessionen am Jalufluß beteiligt ist. Nun bringt gar die russische Telegraphenagentur die Nachricht, daß der neue Staatssekretär Besobrasow zum politischen Minister für den fernen Osten ernannt werden soll und daß ihm als Adjunkten für die Marine der Admiral Abasa, für die militärischen Angelegenheiten der General Woshak beigeordnet werden, so daß der Statthalter Admiral Alexejew nur mit diesen drei zu verhandeln hätte!

Damit hätte Herr Besobrasow das Portefeuille, das die „Os-

woboshdenije" vermißte, und wir hätten einen weiteren Beweis dafür, daß Kaiser Nikolaus II. seinen Willen auch gegen starke Koalitionen durchzusetzen weiß. Was auffällt, ist, daß dadurch die Lage des Grafen Lamsdorff noch schwieriger wird und daß die ersten Vollmachten, die der Statthalter des Ostens erhielt, merklich zusammenschrumpfen. Denn was das erste betrifft, so liegt auf der Hand, daß es völlig unmöglich ist, die Politik des fernen Ostens von der Gesamtpolitik Rußlands zu trennen, und daß da dem Grafen Lamsdorff der ferne Orient verschlossen ist, Herr Besobrasow nicht anders können wird, als in das Ressort seines Ministerkollegen einzugreifen. Wird, nach der vorläufigen Beruhigung des kleinen Orients, Ostasien zum Punkt, auf den die aktive Politik Rußlands sich konzentriert, oder, anders gesagt, kommt es zu einem russisch-japanischen Kriege, oder auch nur zu einem länger andauernden Zustande der Kriegsgefahr, so müssen die anderen politischen Interessen vor diesem Hauptinteresse zurücktreten und Graf Lamsdorff wird in die Stellung eines premier commis des Staatssekretärs Besobrasow hinabgedrückt. Darüber wird auch der beste Wille beider Teile nicht hinweghelfen.

Man kann aber sehr wohl die Frage aufwerfen, ob nicht die Beziehungen zu den anderen Mächten, und die Beziehungen jener zu einander, sehr wesentlich durch diese neue Wendung im großen Orient beeinflußt werden müssen.

Blicken wir zunächst auf Frankreich, so erinnern wir uns, wie außerordentlich wenig populär das Ministerium Combes in den russischen Regierungskreisen ist. Richten sich die Angriffe der russischen Presse meist gegen den Ministerpräsidenten, so ist der eigentliche Gegner doch Herr Delcassé, dem man seine anglophile Tendenz und seinen Eigenwillen in der Balkanfrage nicht verzeihen kann.

Die „Nowoje Wremja" hat noch am 5. Oktober einen Leitartikel mit den Worten begonnen: „Das Ministerium Combes scheint zu fühlen, daß seine Tage gezählt sind, aber die Süßigkeit der Macht ist so groß, daß es zu den äußersten Mitteln greift, um sich zu behaupten." Was damals erbitterte, war, daß Frankreich den muselmanischen Bey von Tunis zu Hülfe rief, um die unter seiner Hoheit lebenden Kongregationen zu unterdrücken. Und doch ist das keine Frage, die das russische Interesse direkt tangiert; inzwischen sind

aber die Gerüchte von dem angeblichen englisch-französischen Schiedsvertrage durch die Welt gegangen, und daß ihnen ein, wenn auch geringer Kern von Wahrheit zu Grunde liegt, wird um so weniger bezweifelt, als eine englisch-französische Annäherung als offenkundige Tatsache feststeht. In Rußland aber täuscht man sich über die Realität der Interessengegensätze, welche die englische Politik in Asien von der russischen trennen, keineswegs. Es handelt sich dabei weniger um bestimmte Differenzpunkte, darüber ist eine Verständigung oder ein Kompromiß immer möglich, so sehen wir z. B. nicht, daß die englischen Interessen, soweit materielle Vorteile in Frage kommen, durch ein Vordringen Rußlands in Korea geschädigt werden könnten, aber die Schwierigkeit liegt darin, daß im Orient das Prestige der einen Macht immer nur auf Kosten der anderen steigen kann. Sie sitzen in verschiedenen Schalen einer Wage, steigt die eine, so muß die andere sinken. Nun bedeutet schon die bloße Tatsache, daß Frankreich so augenfällig eine Annäherung an England sucht, eine Minderung der ideellen Machtstellung Rußlands. Der ungeheure Eindruck, den die Ausdehnung der russisch-französischen Allianz auf den fernen Osten, in China wie in Japan machte, ist jetzt naturgemäß verblaßt und wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch schattenhafter werden, wenn Frankreich im Einvernehmen mit England sich in die marokkanischen Schwierigkeiten vertieft. „Um seine Ziele zu erreichen — schreibt die „Nowoje Wremja" am 1. Oktober — ist England bereit, vieles zu opfern, besonders was ihm nicht gehört, wie z. B. Marokko, und es wäre sehr traurig, wenn das uns verbündete Frankreich helfen sollte, die ehrgeizigen britischen Pläne zu verwirklichen." An sich ist diese marokkanische Frage vornehmlich interessant als Symptom der politischen Strömung in Westeuropa; wir glauben nicht, daß sie einer baldigen Lösung entgegengeht, und sehen in dem sehr merklichen Entgegenkommen, das die englische Presse den französischen, auf ein Protektorat über Marokko gerichteten Plänen zeigt, weniger den Ausdruck der Überzeugung, daß Marokko über kurz oder lang französisch werden muß, als den Wunsch, daß Frankreich den Mut finde, Farbe zu bekennen. Denn da nicht daran zu denken ist, daß Frankreich gegen Englands Willen auch nur ein Ar marokkanischen Bodens besetzt, werden die französischen Truppen, die in Marokko einrücken, den Beweis bringen, daß die englisch-französische

Verständigung ein fait accompli ist. Oder, wenn wir eine Formel zu finden suchen, die das Verhältnis Englands und Frankreichs zu Marokko bezeichnet: Für England ist Marokko Mittel zum Zweck, für Frankreich ein Ziel, für dessen Erreichung man große Opfer zu bringen bereit ist. Wir glauben aber nicht in der Annahme zu irren, daß die ungeheure Majorität des französischen Volkes einen marokkanischen Krieg — und die pénétration pacifique Delcassés muß in einen Krieg ausmünden — nicht will, sie steht in dieser Frage hinter Jaurès. Man sieht, wie sehr durch diese Momente die Frage verwickelt wird, und doch haben wir von der Stellung anderer Mächte zu diesem Problem noch garnicht gesprochen. Nach den Erfahrungen, welche die Welt mit dem französischen Protektorat in Tunis gemacht hat, dürfte bei allen am marokkanischen Handel interessierten Nationen die Neigung sehr gering sein, eine Entwickelung zu fördern, die in praxi gewiß nicht Handel und Wandel der freien Konkurrenz aller Teile öffnen würde. Aber, wie gesagt, wir meinen, das liegt noch in weitem Felde. Frankreich darf gerade jetzt, wo ein russisch-japanischer Krieg droht und England durch Verträge an Japan gebunden ist, keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es seinerseits den Pflichten nachkommen wird, die seine russische Allianz ihm auferlegt. Das Mißtrauen der russischen Presse ist daher nicht wunderbar, wenn sie auch an sich hält und nicht gegen Frankreich, sondern gegen England wettert. Gerade jetzt hat ein Schritt des englischen Botschafters in Konstantinopel, O'Connor, außerordentlich verstimmt. Er hat, fast in Form eines Ultimatums, die Ausführung des von der Pforte schon vor längerer Zeit gegebenen Versprechens verlangt, endlich einmal mit der Abgrenzung des Hinterlandes von Aden Ernst zu machen. Es handelt sich dabei um eine wesentliche Erweiterung des englischen Territoriums und die „Nowoje Wremja", die über diese Dinge einen recht ungehaltenen Leitartikel geschrieben hat, wirft die Frage auf, ob es nicht auch England sei, das die Schwierigkeiten in Ostasien erregt habe, um Ziele zu erreichen, die ihm bei gewöhnlichen politischen Verhältnissen unter keinen Umständen erreichbar wären.

Wir glauben nach allem, was bekannt geworden ist, diese Frage ganz entschieden mit „nein" beantworten zu können. Die Schwierigkeiten liegen in der Natur der politischen Verhältnisse und sind akut

geworden, weil Rußland den Räumungstermin in der Mandschurei nicht eingehalten hat, und wie wir von uns aus hinzufügen, nicht einhalten konnte, ohne die Frucht ungeheurer Opfer preiszugeben. Für England kommt die ostasiatische Krisis zu unbequemer Zeit. Jetzt, da das Ministerium seine starken Männer verloren hat und in der Hitze der Wahlkampagne steht, würde die Notwendigkeit, in einen asiatischen Krieg einzugreifen, höchst ungelegen sein. Auch führt England gern kleine Kriege, aber höchst ungern einen großen Krieg und zumal einen so undankbaren, wie es ein Krieg mit Rußland wäre, bei dem im günstigsten Falle nur ein Tempo und ein Prestige, nicht reale Vorteile zu gewinnen wären.

Inzwischen gehen bereits Alarmnachrichten durch die Blätter, die von der vollzogenen Landung der Japaner in Masampo und von einer bevorstehenden Seeschlacht zwischen Russen und Japanern wissen wollen. Was daran wahr ist, läßt sich nicht erraten. Für sicher gilt, daß der japanische Kriegsminister G.-L. Terantschi und der Minister des Auswärtigen Vicomte Komura für kriegslustig gehalten werden, aber ihnen stehen so einflußreiche Leute, wie Ito, Vicomte Tani und General Jtimato entgegen. Die japanischen Zeitungen haben dem russischen Gesandten in Korea Pawlow böse Vorwürfe gemacht, und die Stimmung des Landes schien kriegerisch zu sein. Die nächsten Tage werden wohl ein deutlicheres Bild zeigen.

Unter allen Umständen kann als sicher gelten, daß die Vereinigten Staaten nicht eingreifen werden, obgleich die Richtung der öffentlichen Meinung nicht russenfreundlich ist. Die „New-York Times" meint, der Staatssekretär Hay wolle Rußland in seinem Fett schmoren lassen. Räume es die Mandschurei nicht, so werde es vor der Welt des Treubruchs überführt sein, und das Kabinet von Washington werde wohl Gelegenheit finden, Rußland daran zu erinnern. (She (Russia) stands before the world convicted of shameless perfidy, and liable to be reminded of it from Washington whenever occasion requires.)

Es ist ersichtlich, daß diese osteuropäischen Dinge auf die Entwicklung der Balkanverhältnisse zurückwirken müssen, und das stimmt uns weniger optimistisch, als wir es nach den Entschlüssen von Mürzsteg und den ersten Nachrichten aus Bulgarien und Konstantinopel waren. Vorläufig hat sich an der Lage noch nichts geändert, die

Kämpfe dauern fort und die Abrüstung hat noch nicht begonnen. In Bulgarien ist die Stimmung antirussisch, in Serbien mit Sawa Gruitsch, Stojan Protisch und Andra Nikolitsch ein russophiles Ministerium ans Ruder gekommen. Oberst Maschin, der Führer der Königsmörder, ist als Kommandant der Donaudivision aus Belgrad abgeschoben worden. Was für Entschlüsse in Serbien und Bulgarien sowie unter den Aufständischen schließlich durchdringen, ist unberechenbar. Jedenfalls ist es falsch, wenn man annimmt, daß der Winter den Kämpfen ein Ende machen muß. Er ist den schlecht gekleideten und genährten türkischen Truppen gefährlicher als den Aufständischen.

Mit absoluter Sicherheit läßt sich nur sagen, daß Rußland und Österreich den Frieden am Balkan wollen. Österreich-Ungarn wohl auch aus Gründen der inneren Politik. Es ist noch immer nicht dahin gelangt, im eigenen Hause durch Konstituierung eines lebensfähigen ungarischen Ministeriums Ordnung zu machen. Jetzt endlich scheint sich die Aussicht dazu zu bieten, und wir hoffen das Beste. Aber auch wenn das geglückt sein sollte, wird der Wunsch, den Frieden zu erhalten, ebenso lebendig bleiben, wie heute.

14. Oktober. König und Königin von Italien in Paris.
15. Oktober. Englisch-französischer Schiedsvertrag.
20. Oktober. Veröffentlichung des russisch-chinesischen Vertrages über die Verwaltung der Mandschurei.

---

21. Oktober 1903.

Die Lage im fernen und im nahen Orient hat sich, trotz der Alarmnachrichten, die Mitte voriger Woche durch die Welt gingen, kaum verändert. Sollten wir eine Diagnose stellen, so ließe sich von einem chronischen Leiden auf der Balkanhalbinsel, und im asiatischen Osten von einem akuten Krankheitsfall reden, der sich augenblicklich in der Krisis befindet. Sie kann sowohl in eine volle Herstellung des Einvernehmens über die strittigen Interessen, wie zum blutigen Austrag derselben führen.

Es ist nun in der letzten Zeit so viel an tatsächlichem Material von russischen wie von englischen Blättern, die zum Teil auf japanische Quellen zurückgehen (wie der „Schanghai Mercury" und die „Japan Times"), veröffentlicht worden, daß sich der Versuch machen läßt, die inneren und äußeren Gründe der bestehenden Gegensätze darzulegen.

Man muß dabei freilich bis 1896 zurückgreifen. Damals, als die Feierlichkeiten der Krönung Kaisers Nikolaus II. stattfanden, die durch die entsetzliche Katastrophe auf dem Chodinskifelde in aller Gedächtnis geblieben sind, wurden am 14. Mai die in einem Memorandum zusammengefaßten Gesichtspunkte über die Herstellung eines modus vivendi in den zwischen Japan und Rußland strittigen Fragen von dem Fürsten Lobanow-Rostowski und dem zur Krönung erschienenen Vertreter Japans Jamagata als Grundlage für eine endgültige Verständigung angenommen. Die Verhandlungen dauerten aber noch zwei volle Jahre, bis sie endlich in das Protokoll vom 13./25. April 1898 ausmündeten. Man war schon in Moskau übereingekommen, die Berechtigung sowohl des russischen wie des japanischen Einflusses in Korea anzuerkennen (condominium), aber es wurde

ausdrücklich zugegeben, daß Japan besondere Interessen habe, die eines stärkeren Schutzes als der gewöhnlichen Konsularaufsicht bedürftig seien (§ 4). In dem Protokoll von 1898 erweiterte sich dieser Gedanke dahin, daß Rußland sich verpflichtete, „in Anbetracht der großen Entwickelung des Handels und der industriellen Unternehmungen Japans auf Korea, sowie der zahlreichen in Korea lebenden japanischen Untertanen, der weiteren Entwickelung dieser japanisch-koreanischen Beziehungen keine Hindernisse in den Weg zu legen, auch keine entsprechenden Vergünstigungen für sich zu verlangen" (Artikel 3).

Gleichzeitig mit der Bestätigung des Memorandums vom 14. Mai 1896 wurde aber der berühmte russisch-chinesische Bündnisvertrag geschlossen, der den Russen den Bau der mandschurischen Eisenbahn und den ersehnten eisfreien Hafen sicherte. Der alte Li-Hung-Tschang hatte den Vertrag unterzeichnet, weil er damit den Schutz Rußlands gegen jedermann erlangt zu haben meinte. Japan scheint nun direkt oder indirekt auch das Resultat der russisch-chinesischen Vereinbarungen anerkannt zu haben. Das ergab, wie die Petersburger „Wjedomosti" schließen, deren Chefredakteur Fürst Uchtomski damals auf der Höhe seines Einflusses in ostasiatischen Angelegenheiten stand, die folgende Situation: Rußland läßt seine früheren Ansprüche auf Korea fallen, erkennt, trotz des im Prinzip festgehaltenen Kondominiums, (?) das Übergewicht Japans auf Korea an, knüpft aber daran die Bedingung, daß Japan ihm seine Zirkel in der Mandschurei nicht störe. Die beiden gelben Mächte und Rußland hatten diese Dinge ohne Heranziehung anderer Mächte geregelt und wünschten, daß es dabei bleibe. Es ist die Zeit, in der Fürst Uchtomski seine Theorien von der Stammesverwandtschaft der Russen und Chinesen und von der Notwendigkeit der Bundesgenossenschaft beider Mächte gegen das räuberische Europa verkündigte. Er war ganz gelb in jenen Tagen. Da aber kam die auch heute noch in ihren Ursprüngen nicht klargelegte Boxerbewegung, der Pekinger Gesandtenmord und alles, was an weltkundigen Ereignissen sich weiter daran knüpfte. Die vielen Tausende im Amur ersäuften Chinesen von Blagoweschtschensk bildeten eine schlechte Brücke für die russisch-chinesische Freundschaft, aber als endlich der Friede hergestellt war, fand man auf beiden Seiten für nützlich, die Toten ruhen zu lassen, und es bildete sich bald wieder

ein äußerlich gutes, fast könnte man sagen herzliches Verhältnis zwischen Rußland und China aus. Notabene die russischen Truppen standen in der Mandschurei, um die Bahn vor den ewigen Chunchusen zu schützen, und die russische Flotte lag vor Port Arthur. Japan rührte sich nicht, es schien von dieser mandschurischen Angelegenheit nicht berührt zu werden. So sicher fühlte man sich in den leitenden russischen Kreisen, daß im Dezember 1901 zwei große Panzer und 3 Kreuzer nach Europa zurückgerufen wurden. Man war eifrig mit Beendigung der Bahn in der Mandschurei beschäftigt, und zeigte sich nicht in Korea. Dort aber waren die Japaner ebenso eifrig am Werk. Ihre Auswanderer fanden in Korea eine neue Heimat. Fusan, Tschemulpo, Tsinangpo, Masampo wurden immer japanischer, die Häfen dieser Städte werden völlig von ihnen beherrscht. Aber auch in der Hauptstadt Söul gab es ein japanisches Viertel, und in den Kasernen lagen 2—3000 Mann japanischer Truppen. Die Eisenbahn Tschemulpo-Söul war japanisches Werk und stand unter japanischem Einfluß und an der Linie Söul—Fusan wurde eifrig weiter gearbeitet. Endlich mußten die Koreaner, so sehr sie sich dagegen sträubten, die Kreditbillete der Ersten japanischen Bank in Handel und Wandel anerkennen. Es war ein vollwertiges Gegenstück zu der russischen Aktion in der Mandschurei.

Aber dieses politische Idyll wurde in diesem Frühjahr plötzlich gestört. Es bildete sich nämlich in Petersburg eine „russische Gesellschaft für Bergbau und Waldexploitation“, in welcher wir den vor 8 Tagen erwähnten Staatsrat Besobrasow, den jetzigen Staatssekretär, finden, und die, wie wir sahen, sehr einflußreiche Mitglieder zählte. Das Ziel war, die reichen mandschurischen Kohlenlager für die russische Kriegsflotte nutzbar zu machen und die jungfräulichen Wälder am Jalufluß auszubeuten. Die koreanische Regierung hatte sich bereitgefunden, die gewünschten Konzessionen zu erteilen, wahrscheinlich ohne daß die Japaner davon erfuhren. Russischerseits ging man gleich an die Arbeit, am chinesischen Ufer des Jalu war Tatukoi das Zentrum, am koreanischen Junanpo und Witsju; da auch hier die Chunchusengefahr bestand, organisierte die „russische Gesellschaft“ eine aus Kosaken und Chinesen bestehende Wache.

Das alles machte nun in Japan ungeheuren Lärm. Man sah bereits die Russen in Korea vordringen und fürchtete, daß, was in der Mandschurei geschehen war, sich auf koreanischem Boden wiederholen könne. Und nun regte sich auch von anderer Seite ein Widerspruch, der zwar nicht Korea betraf, aber weil diese koreanischen Dinge parallel liefen, bedeutsam werden mußte. Die chinesische Regierung hatte sich den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England gegenüber verpflichtet, dem Handel zwei Vertragshäfen in der Mandschurei zu öffnen. In Betracht kamen nur Nintschwang und Tatukoi, von denen der letztere keinen eigentlichen Hafen bildet, aber wohl bestimmt war, gleichsam als Gegenmine den russischen Konzessionen am Jalu entgegengestellt zu werden. Es würde wohl nicht schwer fallen, von Korea entsprechende Konzessionen zu erhalten. Schwieriger liegt aber die Sache in Betreff Nintschwangs. Dort haben bekanntlich die Russen während des Boxeraufstandes eine russische Verwaltung eingeführt. Ein russischer Bürgermeister steht an der Spitze und vom Zollamt wie vom Rathause weht die russische Flagge. Allerdings hatte der russisch-chinesische Vertrag die Räumung der Stadt auf den 8. April 1903 festgesetzt und dieser Termin ist ebenso vorübergezogen, wie der 8. Oktober, an dem die gesamte Mandschurei geräumt werden sollte. Aber man hatte für das eine wie für das andere triftige Gründe: Nintschwang ist ein reger Handelsplatz, man berechnet den jährlichen Umsatz auf 50 Millionen Rubel, wovon freilich nur sehr wenig auf den russischen Handel fällt, was aber zeigt, wie lebhaft der Verkehr ist. Die zahlreich eintreffenden fremden Schiffe haben schon mehrfach Krankheiten eingeschleppt, die Cholera, ja sogar die Pest, und es hat der ganzen Aufmerksamkeit der russischen Sanitätsbehörden bedurft, um die dadurch für Sibirien drohende Gefahr abzuwenden. Denn Nintschwang ist der Endpunkt der großen nach Sibirien führenden Handelsstraße. Diesen sanitären Wachtposten wollen nun die Russen nicht aufgeben, wenigstens nicht, bevor etwas Gleichwertiges an die Stelle gesetzt ist; aber sie werden bereit sein zu verhandeln. Was aber die Räumung der Mandschurei betrifft, so sind die bösen Chunchusen immer noch mit ihren Räubereien am Werk, und da Rußland sich nur verpflichtet hat, die Mandschurei zu räumen, wenn China die Ordnung ganz wiederhergestellt hat und keine anderen Verwickelungen

eintreten, fühlt es sich in seinem Recht, wenn die mandschurische Position nicht nur behauptet, sondern weiter verstärkt wird.

Das ist die Lage, die durch die Gründung der ostasiatischen Statthalterschaft, durch die fortdauernde Heranziehung neuer Truppen, durch Verstärkung der ohnehin starken Kriegsflotte Rußlands, (sechs Panzer und 8 Kreuzer erster Klasse), sowie durch Vollendung der Befestigungen Port Arthurs, auf der russischen Seite ein Bild entschlossener Kraft zeigt. Es ist an keiner Stelle ein Zweifel darüber, daß ein freiwilliger Rückzug Rußlands nicht zu erwarten ist — ob dagegen Japan der russischen Machtentfaltung auf die Dauer gleiche Werte wird entgegensetzen können, das erscheint doch zweifelhaft.

Ein Mitarbeiter der „Patrie" läßt einen japanischen Diplomaten, den er in Wiesbaden befragt hat, auf diese Frage folgende Antwort geben: „Wir denken gar nicht daran, mit Rußland allein zu kämpfen und bis zuletzt alle Lasten dieses Krieges allein zu tragen. Was wir brauchen, ist ein glänzender Erfolg am Anfang, danach werden wir ohne Zweifel Hülfe und Geld bekommen." Und auf die Frage, wer denn helfen werde? „Glauben Sie denn, daß England und die Vereinigten Staaten das Übergewicht Rußlands im fernen Osten ruhig ansehen werden?"

Nun haben inzwischen so ziemlich alle namhaften japanischen Diplomaten sich sehr besonnen und friedlich ausgesprochen, aber allerdings von einer greifbaren Wendung zum Frieden haben wir noch nichts bemerkt. Dagegen ist in Petersburg ein Spezialkomitee für ostasiatische Angelegenheiten unter dem Vorsitze des Kaisers gebildet worden, zu dem die Häupter der wichtigsten Ministerien, Admiral Alexejew und andere Personen nach Wahl des Kaisers gehören; aber es ist ohne Exekutivgewalt und die Vollmachten Alexejews sind nicht gemindert worden. Andererseits meldet der „World" aus Washington, daß das amerikanische Marinedepartement 49 Schiffe für den Stillen Ozean bestimmt habe, wenn ein japanisch-russischer Krieg ausbrechen sollte, und daß der Standort dieser Schiffe bereits bestimmt sei. Die Vereinigten Staaten wollten dadurch die Öffnung jener zwei Häfen in der Mandschurei erlangen.

Sucht man die Summe all dieser zum Teil widerspruchsvollen und tendenziösen Nachrichten zu ziehen, so gelangt man zu folgendem Resultat: Japan wäre befriedigt, sobald Rußland seine Position

am Jalufluß aufgiebt, die übrigen, sobald Rußland den Chinesen gestattet, die beiden mandschurischen Häfen zu öffnen. Daß der erstere Fall eintritt, erscheint aus Gründen, die wir schon vor 8 Tagen darlegten, unwahrscheinlich, der zweite Punkt aber wird gewiß keine ernsten Schwierigkeiten bieten, da Rußland von der Oeffnung der Häfen selbst Nutzen ziehen muß und ohnehin die gewünschte Stellung an der Bai von Korea und am Golf von Petschili besitzt. Hat es aber England und die Vereinigten Staaten inbetreff ihrer Handelsinteressen befriedigt, so ist es höchst unwahrscheinlich, daß diese um der Sägemühlen am Jalufluß auch nur einen Finger rühren. Und das sollte Japan bedenken, ehe es sich in ein gefährliches Abenteuer stürzt. Wir haben unserer Überzeugung, daß Rußland die Mandschurei nie räumen wird, längst entschiedenen Ausdruck gegeben, vermögen auch nicht einzusehen, welches Interesse die anderen Mächte veranlassen sollte, chinesischer zu sein, als die Chinesen. Ist die Mandschurei allgemein zugänglich, so wird die russische „Ordnung" für alle Teile immer noch einen Vorteil bedeuten. Wir meinen also, reale, materielle Gründe sprechen nicht für ein Eingreifen Englands oder der Vereinigten Staaten. Über Vertragsverpflichtungen aber entscheidet die Auslegung und über die Frage des Prestige das politische Gefühl, dessen Entscheidungen sich nicht vorhersehen lassen und mit dem sich nicht rechten läßt.

In Betreff der Balkankrisis bringt die Münchener „Allg. Zeitung" einen Wiener Brief vom 9. Oktober „von hochgeschätzter Seite", der, weil er auf einen aktiven österreichischen Diplomaten als Quelle zurückgeht, wohl besondere Beachtung verdient. Der Kern dieser Ausführungen liegt darin, daß Frankreich als das Zentrum aller gegen den Sultan gerichteten Bestrebungen betrachtet werden müsse. Der Verfasser des Briefes knüpft an diese Äußerung des Diplomaten seine eigenen Beobachtungen, die sich in vielen Stücken mit dem decken, was wir vor Jahr und Tag an dieser Stelle über das Konsortium der Herren Chéradame und Genossen ausgeführt haben: eine große Journalistenverschwörung, kombiniert mit der Tätigkeit tschechischer, polnischer, ungarischer, russischer und französischer Politiker zweiten und dritten Ranges, um den Dreibund zu sprengen. Nachdem seit der unveränderten Erneuerung des Dreibundes das Spiel in der Hauptsache verloren war, ist es jetzt auf den Balkan

gerichtet, um dort die Flamme nicht ausgehen zu lassen und das große Feuer zu entfachen, dessen diese Politiker bedürfen, um sich die Hände zu wärmen.

Nun sagt der Verfasser des Wiener Briefes, daß ein enges Verhältnis zwischen Bulgarien und der französischen Diplomatie sich in aller Stille herausgebildet habe. „Anfangs durch den Bund mit Rußland bei den Bulgaren gut eingeführt, arbeitet jetzt Frankreich dort auf eigene Faust; es spielt eigentlich ein verwegenes Spiel, indem es auf eine gewisse Gebundenheit Rußlands rechnet, welches letztere als Befreier und Schutzherr Bulgariens natürlich ungern zu scharfen Maßregeln gegen Bulgarien schreitet, so wenig auch jetzt der bulgarische Aufstand in Rußlands Politik hineinpaßt. Das Zwielicht, in welchem bis zu der weithin sichtbaren, entscheidenden Kaiserbegegnung in Wien die russische Politik erschien, ist rein durch Herrn Delcassé veranlaßt.“ Dazu komme nun die merkwürdige Nachsicht, welche die Kurie in der Sache der französischen Kongregationen entfaltet habe und hinter welcher offenbar ein Geheimnis steckte.

„Wir können — sagt der Wiener Brief — den Schleier lüften: Es war das Faktum, daß sich Herr Delcassé und Rampolla zu einem gemeinsamen Jagdausflug im europäischen Osten verbunden hatten. In der Nähe von Wien mögen sich beide Schützen begegnet haben. Die geographische Lage, besonders aber die herrschende Verwirrung, bestimmten die Wahl des Platzes. Es war dort gut im Trüben zu fischen. Das Objekt jedoch, gegen welches sich die Aktion wendete, war nicht eigentlich Österreich-Ungarn, sondern es war der Dreibund, dessen Erneuerung man — behufs Wiederherstellung des Kirchenstaates — hintertreiben sollte, es war besonders das Deutsche Reich, dessen ganze Ostgrenze man aufrollen wollte.

Ganz allein stehend wird die französische Diplomatie einen Angriff auf das Deutsche Reich nicht mehr leicht wagen. Sie braucht Allianzen. Theoretisch stehen ihr nun etwa folgende Bündnisse offen. Entweder sie versucht, die romanischen Staaten Italien und Spanien um sich zu scharen; nun, das könnte vielleicht ein wiedergekehrter Napoleon I., aber nicht Herr Delcassé. Oder sie verbündet sich mit Rußland; nun, das hat sie getan, aber Rußland hielt sich strenge an die Abmachung, ließ sich jedoch nicht in das Gebiet der französischen Hintergedanken hineinlocken. Oder sie bietet sich Österreich-Ungarn an; dafür aber war der Kaiser Franz Josef nicht zu haben. Da kam die tiefe Verstimmung Großbritanniens gegen Deutschland. Da war nun also für Frankreich ein möglicher Genosse gefunden, allein wie weit die gemeinsamen Pfade reichen, ist noch schwer abzusehen, und jedenfalls hat Frankreich bei solchem Bunde das sehr unangenehme Gefühl, daß es im Falle eines Krieges, dessen Entscheidungen ja doch zu Lande

fallen würden, die Hauptlast des Kampfes und schließlich auch die Verantwortlichkeit zu tragen hätte, während dem verbündeten Albion alle handelspolitischen und politischen Vorteile nebst voller Freiheit der Entschließung, den Krieg abzubrechen, zur Seite stünden. Dieser Übelstand, die mangelnde, von Großbritannien nur ungenügend zu erwartende Unterstützung zu Lande nämlich, konnte minder bedenklich sein, ja sie konnte ausgeglichen werden, wenn es gelang, das Deutsche Reich an seiner Ostgrenze zu beschäftigen, und einen entsprechenden Teil von dessen Streitkräften im gegebenen Falle durch Kämpfe mit den kleinen Völkern dort zu fesseln.

Daß Frankreich den letzteren Weg beschritt, und wir es seit zwei oder drei Jahren mit dem macchiavellistischen Vorhaben einer Aufwiegelung des Ostens zu tun haben, ist um so wahrscheinlicher, als ein solcher Plan nur eine den Verhältnissen angepaßte Erneuerung jener Machenschaften wäre, mit denen einst Richelieu, der Mordgeselle im Kardinalsgewande, den dreißigjährigen Krieg geleitet und bis zum völligen Ausbluten des armen römischen Reiches deutscher Nation verlängert hat. Auch damals war Wien die Operationsbasis. Dort saß als Spinne der angebliche Kapuzinerpater Josef, der eigentlich ein Chevalier de Tremblay war und dabei einer der sachkundigsten und scharfsinnigsten, aber auch verwerflichsten Männer jener an Intriganten so reichen Zeit. Vier andere Mönche, wahrscheinlich so wenig Kapuziner als Tremblay selbst, standen ihm zur Seite, um die verworrenen Verhältnisse des Ostens aufzurühren und im französischen Sinne zu lenken. An jene verhängnisvolle Zeit gemahnt es, wenn man das Zusammenwirken Frankreichs und der Kurie in Posen beobachtet hat; wenn man sieht, wie die Tschechenführer im Palais der französischen Botschaft in Wien aus und ein gehen, und wenn man die Bücher des Herrn Chéradame liest, die teilweise nur Übersetzungen aus tschechischen Darstellungen enthalten. Erwägt man nun noch die früher gekennzeichneten französischen Einflüsse in Bulgarien, so erblickt man ein ganzes Netz vor sich, und es bleibt nur noch die Frage übrig, ob nicht in jüngster Zeit, wie in den Tagen Bethlen Gabors und Rakoczys, französische Ratschläge auch in Ungarn tätig waren."

Man wird die vier Tage der italienisch-französischen Verbrüderung, soweit Frankreich dabei in Betracht kommt, wohl auch in diesen Zusammenhang hineinziehen müssen und das ostentative Fernbleiben des russischen Botschafters von Paris, sowie die Verschiebung des russischen Kaiserbesuches in Rom ad calendas graecas scheint dafür zu sprechen, daß man in Darmstadt und Petersburg diese Zusammenhänge zu durchschauen beginnt. Nicht das Verhalten Italiens, sondern die Art, wie man in Frankreich aus dem Besuch des Königs nicht nur politisches Kapital herauszuschlagen, sondern eine neue Weltlage

zu konstruieren bemüht war, das ist es, was nicht mit Unrecht verstimmt hat. Aber anders geworden ist nur der Schein, nicht das Wesen der gegenseitigen Beziehungen, und wenn morgen die französischen Truppen zum Angriff an den Rhein rücken wollten, würden sie ohne Zweifel unseren italienischen Bundesgenossen an unserer Seite finden. Der „Européen" hat eben jetzt Aufzeichnungen veröffentlicht, die der Neffe und Sekretär Crispis, Palamenghi, am 28. September 1887 über die Unterredungen Crispis mit Bismarck gemacht hat, welche die eine Seite zeigen, in welcher die heutige Politik Frankreichs mit den Mittelmeerinteressen Italiens zusammentrifft. „Wir können nicht erklären," sagte Crispi, „daß die orientalische Frage uns gleichgültig läßt. Wir dürfen Rußland nicht gestatten, nach Konstantinopel zu gehen. Rußland in Konstantinopel wäre der Herr des Mittelländischen Meeres, besonders auch durch die Seeleute Griechenlands ... Ich glaube nicht, daß die Eroberung Konstantinopels Rußland schwächen würde ... Deshalb hat Cavour 1854 am Krimkrieg teilgenommen. Auch heute könnte Italien gegebenen Falls nicht anders handeln." ... Heute, 1903, da Rußland bemüht ist, um jeden Preis den Frieden im Orient aufrecht zu erhalten und darin von Österreich-Ungarn und uns, und infolgedessen auch von den übrigen Mächten unterstützt wird, läßt sich eine Aktion im Orient, von der Herr Delcassé seinen Vorteil in Marokko erwartet, allerdings nur auf dem Wege der Verschwörung erreichen, aber es scheint uns wenig gastfreundlich, Scheinteilnehmer vor aller Welt mit zu kompromittieren.

Das tollste Stück an politischer Verhetzung hat sich in dieser Komödie der Irrungen übrigens der „Figaro" geleistet, der die Welt mit der Nachricht überrascht hat, daß Prinz Heinrich den Zaren veranlaßt habe, die geplante Reise nach Rom aufzugeben! Darüber lohnt es auch nicht ein Wort zu verlieren.

Zum Nachfolger Rompollas als Staatssekretär des päpstlichen Stuhles ist der Kardinal Merry del Val, ein Spanier, ernannt worden. Sein Name wurde dadurch bekannt, daß er in Wien als Nuntius abgelehnt wurde. Merry del Val gilt als ein Vertreter mehr der lateinischen als der universalen Tendenz des Katholizismus.

20. Oktober. Die Mürzsteger Reformnote wird in Konstantinopel überreicht.
23. Oktober. Konstituierung des Ministeriums Giolitti.
26. Oktober. Graf Stephan Tisza übernimmt die Bildung des ungarischen Ministeriums.

---

28. Oktober 1903.

Ein merkwürdiges Zeichen der Zeit ist, daß die auswärtige Politik des englischen Kabinetts in den letzten acht Tagen von Blättern wie „Standard" und „Times" scharf angegriffen wurde, und daß parallel damit die russische Presse nicht weniger nachdrücklich mit der französischen Politik ins Gericht gegangen ist.

Im „Standard" ist eine lange Korrespondenz veröffentlicht, welche die englische Politik in Marokko analysiert, und zum Schluß gelangt, daß die große Stellung, welche sich für England im nordwestlichen Afrika bot, einer altruistischen Donquichoterie geopfert worden sei. Man habe die eigene Stellung preisgegeben, um den Franzosen ein warmes Nest zu bauen, und den Sultan geradezu in die Arme Frankreichs getrieben, Eisenbahnbauten, die im Prinzip vom Sultan bereits gebilligt waren, nicht in Angriff genommen, und eine in elfter Stunde in Aussicht gestellte Anleihe verweigert, so daß der Sultan sich schließlich unter englischer Führung an Frankreich gewandt habe, das, ohne einen Augenblick zu schwanken, die gewünschte Anleihe garantierte. „Unser scharfsinniges Auswärtiges Amt aber war seelenfroh. Wenn Frankreich bereit war, eine Anleihe zu garantieren, brauchte England sich nicht in Unkosten zu setzen. Erst nach einigen Tagen erwachten die Clerks in Whitehall aus ihren Träumen und begannen zu begreifen, daß eine internationale Anleihe mehr bedeutet als ein bloßes Abrechnungsgeschäft. In aller Eile kamen sie nunmehr auch mit dem Angebot einer Anleihe und sie wurde auch angenommen. Inzwischen aber hatten die Franzosen ihr Pfund Fleisch gefordert und erhalten, und der einst so mächtige britische

Einfluß ist bleich geworden wie der Tod. Kann denn nichts geschehen, ihn wieder lebendig zu machen?" Jetzt aber trifft die Nachricht ein, daß die englische Regierung auch jene zweite Anleihe, die der Korrespondent des „Standard" als für England gesichert bezeichnete, mit Frankreich gemeinsam auslegen wird — eine „altruistische Donquichoterie", die ihn gewiß nicht milder stimmen wird.

Die „Times" wiederum spricht inbetreff der Lage im fernen Osten von zwei großen Lagern. Engländer, Japaner und Amerikaner auf der einen, Russen, Franzosen und Deutschen auf der anderen, so sagt sie, verfolgen entgegengesetzte Ziele. Die letzteren wollen China teilen, die ersteren die Integrität aufrecht erhalten.

Chinesisch-Turkestan, Tibet, die Mongolei und Mandschurei würden bald in die russische Einflußsphäre fallen, im Süden werde Frankreich einen alten Traum verwirklichen und ein gewaltiges indochinesisches Reich ins Leben rufen, Deutschland werde sich im Westen und südlich von Schantun ausbreiten. Schon sei der Einfluß Englands in China gesunken und die chinesische Regierung entschieden unfreundlich gesinnt, weil England die chinesischen Reformer und Revolutionäre begünstige. Man habe durch Beschützung des Führers der Reformer, Kau-je-wei, die Kaiserin-Mutter direkt beleidigt, und ganz dieselbe Wirkung hätte die regierungsfeindliche Erhebung in Schanghai gehabt, ohne daß England, oder auch nur die chinesische Reformpartei, davon den mindesten Nutzen gehabt habe. Es sei hohe Zeit, andere Wege einzuschlagen. Heute spiele Frankreich dank dem russischen Bündnis eine wichtige Rolle in Peking usw.

Interessant ist nun, daß beide von einander gänzlich unabhängige Äußerungen so bald nach den jüngsten Kundgebungen der durch den Schiedsvertrag gekrönten englisch-französischen Verbrüderung erschienen sind, und daß diese wiederum in der russischen Presse sehr merkliche Äußerungen übler Laune zur Folge hatte. So bringt die „Nowoje Wremja" aus der „Indépendance Belge" die Notiz, daß der Sultan beabsichtigte, die aus Frankreich vertriebenen Kongregationen nach Mazedonien und in das Vilajet Adrianopel zu ziehen. Munir Pascha, der türkische Gesandte in Paris, sei beauftragt, ihnen große Vorteile zu bieten, namentlich Landkonzessionen. Der Sultan hoffe, daß die

katholischen Kongregationen durch Gründung von Schulen und von Wohltätigskeitsanstalten einen großen Einfluß gewinnen, und den bulgarischen Exarchen wie den Patriarchen von Konstantinopel dadurch paralysieren würden. „Die Katholiken", bemerkt die „Nowoje Wremja" dazu, „erfreuen sich von alters her der besonderen Gunst des Sultans, sie sind wenig zahlreich und ungefährlich, daher würde die Türkei gern sehen, wenn der Katholizismus zunähme; sie könnte dann die altüberlieferte Politik des divide et impera im Innern leichter durchführen. Auch wäre eine Stärkung der katholischen Agitation nach Meinung der Türken deshalb ein großer politischer Erfolg, weil sich dann die Aussicht böte, das Zusammengehen von Rußland und Österreich-Ungarn zu sprengen, da Österreich in Fragen der katholischen Propaganda bekanntlich sehr empfindlich sei.

Wie die „Indépendance Belge" sagt — so schließt die „Nowoje Wremja" — protestiert Rußland energisch gegen die Verwirklichung des neuen türkischen Planes."

Es wäre nun wichtig, die Quelle dieses Artikels der „Indép. Belge" zu kennen. Wenn wir richtig vermuten, könnte er aus den Kreisen der klerikalen Gegner des Ministeriums Combes stammen, und durch die Tendenz zu wirken bestimmt sein, die in dem Hinweis auf die Gefahren liegt, welche die Vertreibung der Kongregationen für das russisch-französische Bündnis nach sich ziehen kann. Wichtiger vielleicht noch ist die Aufmerksamkeit, mit welcher alle Symptome, die auf eine den russischen Interessen widersprechende Haltung der Politik Frankreichs hinweisen, von der russischen Presse verfolgt werden. Es kommt dabei aber weniger eine Mißstimmung gegen Frankreich zum Ausdruck, als Unwillen gegen die jetzigen Leiter seiner Politik.

Auch der Aufenthalt des italienischen Königspaares in Paris ist in diesem Sinn kommentiert worden. Uns ist dabei namentlich ein Telegramm aufgefallen, das der Pariser Korrespondent der „Birschewyja Wjedomosti" („Börsen-Zeitung") am 21. über das Ergebnis der französisch-italienischen Verhandlungen abgesandt hat. Es sagt wörtlich: „Ich erfahre aus vollkommen autoritativer Quelle, daß während der Anwesenheit des italienischen Königspaares in Paris zwischen dem französischen Minister des Äußeren, Herrn Delcassé,

und seinem italienischen Kollegen, Herrn Morin, Verhandlungen stattgefunden haben, die zu einem Einverständnis in allen Fragen geführt haben, welche das Mittelmeer und das nördliche wie das nordwestliche Afrika betreffen. Italien hat sich verpflichtet, Frankreich in seinen Plänen bezüglich Marokkos zu unterstützen, wofür die Regierung der dritten Republik der Festsetzung des italienischen Einflusses in Tripolis kein Hindernis bereiten wird. Außerdem wird Frankreich dem Plane der italienischen Regierung inbetreff der Konversion der fünfproz. äußeren Rente, die hauptsächlich auf dem französischen Markte untergebracht ist, jede Förderung zu teil werden lassen.

„Das zustande gekommene Abkommen hat die Form eines sehr wichtigen internationalen Aktes erhalten, welchem das österreichisch-russische Abkommen von 1897 zum Muster gedient hat. Mit größter Vorsicht registriere ich ein Gerücht, das sich hartnäckig in den hiesigen politischen Kreisen erhält, wonach das franko-italienische Abkommen mannigfache Interessen nicht nur Frankreichs und Italiens, sondern gleichfalls auch Rußlands umfaßt.

Heute war hier die Nachricht verbreitet, daß der russische Minister des Äußern bald nach Paris kommen und daselbst einige Tage bleiben werde“.

Diese letztere Nachricht ist richtig, und man darf gewiß annehmen, daß Graf Lamsdorff nicht „ad audiendum verbum“ nach Paris gehen wird, sondern um Erläuterungen über die neuesten Wendungen der französischen Politik entgegenzunehmen. Es sind in letzter Zeit, auch abgesehen von der großen Politik, in Frankreich Dinge geschehen, welche die monarchisch gesinnten Elemente in Rußland beunruhigen, die anderen erfreuen. Der moderne französische Sozialismus hat im Unterschied zu der Haltung, die er bisher einhielt, nach der russischen Seite einen entschieden propagandistischen Charakter angenommen. Es gibt eine ganze Reihe von Zeitschriften, die in französischer Sprache in Paris erscheinen und die internen Verhältnisse Rußlands in einer ihre Parteigenossen jenseits der russischen Grenzpfähle ermunternden und anspornenden Weise traktieren. Wir haben des „Européen“, den Charles Seignobos redigiert, schon mehrfach gedacht, dazu kommt noch das „Mouvement Socialiste“ von Lagardelle, die „Revue Russe“ und der Georgien“, den Allemane redigiert, und der sich das spezielle Ziel stellt, für die

Unabhängigkeit von Russisch-Georgien zu agitieren. Auch Georg Brandes ist in diesem Blatt mit einem Artikel „La nation Georgienne" vertreten, und wir können wohl verstehen, wenn man russischerseits eine solche Agitation, die zu ihrem Ziel, Georgien zu einem selbständigen Staate zu machen, niemals führen, wohl aber Unheil über die Bevölkerung Georgiens bringen kann, mit Unwillen ansieht.

Auch über die Vorträge, die der Rektor der Universität Athen, Kasasis, jetzt in neugriechischer und französischer Sprache in Paris hält, um die Anrechte des griechischen Elements auf Mazedonien zu beweisen, wird man sich schwerlich freuen.

Das „Journal des Débats" vom 26. aber berichtet von einer Versammlung der armenischen Komitees, die zwar nur vorbereitend gewesen sei, deren Ziel aber eine kombiniert englisch-französische Aktion zugunsten der Armenier sein soll. Persönlichkeiten wie Pressensé, Jaurès, der Senator Delpech, Engländer, Amerikaner, Belgier, auch ein Russe gehören zum Komitee. Die Hauptsitzung fand am 25. im Theater Sarah Bernhardt statt und wurde bei Schluß des Blattes mit einer Rede von Pressensé eröffnet, die wir wohl morgen in den französischen Blättern lesen werden. Offenbar handelt es sich um die von der russischen Regierung angeordnete und nach heftigem Widerstande auch durchgeführte Einziehung des armenischen Kirchenvermögens, also gewiß um eine Gewalttat, die in einem Rechtsstaate undenkbar wäre, die aber doch eine innere russische Angelegenheit ist!

Das alles stört die russischen Zirkel, muß aber getragen werden, da Herr Combes und seine Freunde zwar ungestraft die konservativen Elemente Frankreichs verfolgen können, aber den extremen Parteien gegenüber, aus deren Schoß sie hervorgegangen sind, waffenlos dastehen, und weil es, wie wir schon bemerkten, ein Charakteristikum des neuen französischen Sozialismus und Radikalismus ist, daß er Propaganda macht, und daher auch eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Unzufriedenen in aller Welt ausübt, namentlich aber auf die kleinen Nationen. Wir erinnern an die große Komödie der Verbrüderung mit den Tschechen und an ähnliche Erscheinungen, über welche wir in den letzten Jahren referiert haben.

Jenes Telegramm der „Birschewyja Wjedomosti" aber ist offen-

bar gut orientiert. Das Blatt war bisher das Organ Wittes, und da Witte eben jetzt in Paris war, darf man wohl in ihm die „autoritative Quelle" erkennen, auf welche das Blatt sich beruft.

Kurz, wir meinen, Graf Lamsdorff wird allerlei einzurenken haben und wohl auch allerlei wichtige Auskünfte über die vielen und wichtigen Ereignisse einholen wollen, die sich in Frankreich abgespielt haben, während er in Darmstadt war.

Inzwischen ist die stets willkommene Nachricht eingelaufen, daß Anfang November Kaiser Nikolaus II. unserem Kaiser einen Besuch in Wiesbaden machen und daß Graf Lamsdorff an dieser Zusammenkunft teilnehmen werde. Sind doch die guten persönlichen Beziehungen der Herrscher zu einander heute eine wesentliche Grundlage des Weltfriedens. Aber infolge dieser Zusammenkunft auf eine Wandlung in den bestehenden Allianzsystemen zu schließen, wäre phantastisch. Offenbar handelt es sich um einen Höflichkeitsbesuch, denn so weit ein Uneingeweihter erkennen kann, liegt wenigstens für Deutschland ein greifbarer Anlaß zur Erörterung politischer Fragen nicht vor. Wir stehen in der ostasiatischen Frage den von der „Times" ausgemalten Zukunftsträumen sehr fern, und würden in einem russisch-japanischen Konflikt gewiß die allerstrikteste Neutralität einhalten. Unsere Stellung zur mandschurischen wie zur koreanischen Frage hat Graf Bülow mehrfach vor dem Reichstage, und das heißt doch vor dem Forum der Welt, so klar dargelegt, daß darüber keinerlei Zweifel aufkommen kann. „Wir haben", sagte der Reichskanzler am 3. März vorigen Jahres, „gar kein Interesse daran, uns in Streitigkeiten und Kämpfe um die politische Herrschaft über die Gebiete nördlich und östlich des Golfs von Petschili hineinziehen zu lassen". Über die mazedonische Frage aber sagte der Reichskanzler ziemlich genau ein Jahr darnach (19. März 1903) „daß wir gegenüber der Sachlage im Orient festhalten an den beiden bewährten Gesichtspunkten der deutschen Politik: einmal, daß wir an den Orientfragen und Balkanangelegenheiten kein direktes Interesse haben, dann aber, daß unsere Mitwirkung, die deutsche Mitwirkung, niemals fehlen soll, wo es sich um die Erhaltung des allgemeinen Friedens handelt". Daraus ergibt sich, daß in den beiden heute Rußland meist interessierenden Fragen völlige Klarheit über unsere Stellung besteht, und nichts weist, so viel wir sehen können, darauf hin, daß

die Absicht einer Wendung zu einer anders gerichteten Politik vorliegen könnte. Auf der Balkanhalbinsel unterstützen wir diplomatisch den von Österreich-Ungarn und Rußland vertretenen Standpunkt, der dahin geht, auf dem Wege der Reform in Mazedonien eine Ordnung herzustellen, bei der die Bevölkerung des unglücklichen Landes sich zu menschenwürdiger Existenz erheben kann. Im fernen Orient halten wir unser Haus in Ordnung und achten darauf, daß das Prinzip der offenen Tür, das heute nächst uns die Vereinigten Staaten mit größtem Nachdruck sich zu eigen gemacht haben, dort aufrecht erhalten werde, wo unsere Verträge uns einen Anspruch und ein Recht dazu geben.

Es läßt sich aber hoffen, daß im fernen Osten des Ausbruch eines russisch-japanischen Konflikts überhaupt vermieden wird. Die russische Politik ist auch dort dahin gerichtet, einen blutigen Zusammenstoß zu verhindern, wenn sie auch nachdrücklicher, als sonst zu geschehen pflegt, das „para bellum" in den Vordergrund rückt, um die pax zu erhalten. Aber daß Statthalter Alexejew, wie englische und französische Blätter mit gleicher Bestimmtheit versichern, alle Vorbereitungen trifft, um nach Petersburg zu reisen, spricht mindestens für eine Vertagung der Krisis, wenn wir auch andererseits in dieser Reise eine erste Wirkung des neugegründeten ostasiatischen Komitees erkennen dürfen, das sich fühlbar macht und naturgemäß beschränkend auf die Befugnisse des Statthalters wirken muß. In Japan kämpfen Kriegs- und Friedenspartei; die letztere unter Führung des Marquis Ito, und eine endgültige Entscheidung scheint noch nicht gefallen zu sein. Noch ist also alles in der Schwebe, und je nach ihren Wünschen räsonieren die Zeitungen hin und her. Im allgemeinen geht die Tendenz der Presse jetzt in Rußland sowohl wie in England und Japan auf Krieg, während in Frankreich auf die friedliche Lösung in Ostasien hingearbeitet, aber in der Balkanfrage eine zweideutige und unsichere Haltung eingenommen wird.

Ebenso zweideutig ist aber auch die Haltung der russischen Presse inbezug auf die mazedonische Angelegenheit. Es äußert sich das namentlich in den unbeschreiblichen Wutanfällen, mit denen das bulgarische Ministerium behandelt wird, das bekanntlich gegen die Strömung der öffentlichen Meinung des Landes sich dem auf Erhaltung des Friedens gerichteten Druck der beiden Vertragsmächte

von 1897 untergeordnet hat. Aber gerade sie werden beschimpft, als handele es sich darum, eine Bande von Mördern der Welt zu denunzieren. Sieht man genauer zu, so kommen diese Stimmen, die bulgarischen sowie namentlich die russischen, aus denjenigen Kreisen, welche im Gegensatz zum Petersburger Kabinett die Ansicht vertreten, daß es eine andere als eine gewaltsame Lösung des Balkanproblems nicht gebe. In Bulgarien sind es die mit den Slavophilen in engster Fühlung stehenden Zankowisten, in Rußland fast sämtliche Zeitungen, und unsere Leser werden sich erinnern, wie eben diese Blätter bis vor kurzem die Politik der russischen Regierung im fernen Osten angriffen, (soweit sich das irgend in Blättern tun läßt, über welchen das Damoklesschwert des „Verwarnungssystems" der russischen Zensur schwebt), um sie zu einer Aktion im nahen Orient zu drängen. Man kann daher im vollsten Sinne des Wortes von einer russischen Kriegspartei in den Redaktionsbureaus reden, und auch das wird unseren Lesern erinnerlich sein, wie systematisch aus eben diesen Kreisen gegen uns gehetzt und verdächtigt worden ist. Sucht man nach den Gründen dieser Haltung der Presse, so lassen sie sich jedenfalls leichter aus ihrer Stellung zur innern als aus einem wirklichen Gegensatz zur äußeren Politik Rußlands erklären. Es unterliegt keinem Zweifel, daß weite Kreise Rußlands einen Sieg der revolutionären Bewegung am Balkan wünschen, weil sie annehmen, daß die Rückwirkung auf die Geister in Rußland nicht ausbleiben werde.

Diesen Kontrast zwischen der Politik der Regierung und der Presse haben wir immer wieder hervorgehoben, um die allgemach stutzig gewordene öffentliche Meinung bei uns zu beruhigen. Denn in der Tat, wenn wir annehmen müßten, daß die russische Regierung, die ja Blätter, wie z. B. die „Nowoje Wremja", nicht eben selten zu offiziösen Kundgebungen benutzt, hinter jenen Angriffen stände, welche elf Monate im Jahre in russischer Sprache gegen uns gerichtet werden, so ließe der Schluß sich nicht abweisen, daß wir uns auf Feindseligkeiten von jener Seite gefaßt zu machen haben. Das ist nun in Wirklichkeit gewiß nicht zu erwarten, denn die russische Regierung wird wie in der mazedonischen Frage, so auch in ihren Beziehungen zu Deutschland ruhiger und anders erwogen haben, als das panslavistische Preßprogramm wahrscheinlich zu machen bemüht ist. Aber für bedeutungslos vermögen wir dieses unausgesetzte

Schüren gegen Deutschland trotzdem nicht zu halten. Steter Tropfen höhlt den Stein! Das ist der Weg, auf dem politische Dogmen sich im Volksbewußtsein festsetzen; gegen Glaubenssätze aber läßt sich bekanntlich mit Gründen nicht streiten und deshalb meinen wir, daß diese systematische Erziehung der öffentlichen Meinung Rußlands zum Haß gegen Deutschland nicht nur schädlich, sondern direkt gefährlich ist.

Die törichte Politik, welche heute der ungarische Liberalismus und Radikalismus dem Gesamtstaate gegenüber verfolgt, und der allen Interessen der habsburgischen Monarchie wie auch den etwas weiter gedachten Interessen des Magyarentums selbst ins Gesicht schlägt, könnte als weiterer Beweis für die Macht politischer Dogmen ins Feld geführt werden. Wenn der jetzt vom Kaiser Franz Josef mit einem Ministerium Tisza gemachte Versuch ebenfalls scheitern sollte, dürfte die schließliche Lösung durch die Konstruktion einer klerikalen Majorität notwendig werden, in welcher die von den Magyaren bekämpften slavischen Elemente zu einem sehr bedeutsamen Faktor heranwachsen können und der ungarische Liberalismus von Niederlage zu Niederlage zurückgeworfen, schließlich in völlige Ohnmacht verfallen müßte.

Wir schließen mit einem Blick auf die durch Chamberlain ins Leben gerufene englische Krisis. Daß auch das Feld der auswärtigen Politik in das immer weiter ausgedehnte politische Kriegsgebiet hineingezogen wird, sahen wir zu Anfang unserer Betrachtung. Das Ringen der beiden großen Parteien um Behauptung oder Eroberung der Regierungssitze führt eben naturgemäß dahin, daß alles in nähere oder weitere Beziehung zu den strittigen Fragen gesetzt wird. So hat der für Amerika günstige Schiedsspruch in der Alaskafrage dahin geführt, daß in Kanada allen Ernstes die Frage erwogen wird, ob nicht von England eine größere Selbständigkeit in den Angelegenheiten der großen Politik, die kanadische Interessen berühren, zu verlangen sei. Andererseits schärfen sich die Gegensätze zwischen Afrikanern und Engländern in Südafrika, und die wirtschaftlichen Notstände, die jetzt als natürliche Nachwirkungen des Krieges zutage treten und namentlich von den Buren schwer empfunden werden, halten die Wunden und die Erinnerungen des Krieges lebendig. Es sind die allerschärfsten und blutigsten Worte gefallen, und auf die

Periode der Hoffnungsseligkeit, welche die Chamberlainsche Reise hervorrief, ist eine trostlose, bittere Stimmung gefolgt. Auch das aber mindert den immer noch sehr großen Nimbus, der an dem Namen des weiland Kolonialsekretärs haftet. Vielleicht noch wichtiger ist, daß die großen Zeitungen „Standard“ und „Times“ sich von ihm abzuwenden beginnen. Das Lob wird lauer, der Widerspruch lauter. Auch hier könnte sich eine Wendung vorbereiten und das imperialistische Dogma in dem Augenblick zusammenbrechen, da sich zu seinen Hauptsätzen fast das ganze England bekannt hatte.

---

28. Oktober. Graf Lamsdorff in Paris.
30. Oktober. 40jähriges Jubiläum König Georgs von Griechenland.
2. November. Die Sobranije in Sofia zeigt eine Regierungsmajorität von 146 gegen 43 Oppos.
4. November. Zusammenkunft der Kaiser Nikolaus II. und Wilhelm II. in Wiesbaden.

---

4. November 1903.

In den Zusammenhängen der großen Politik hat sich in den letzten 8 Tagen trotz der fortdauernden Krisis nichts geändert.

Daß Graf Lamsdorff nach Paris reiste, war eine aus den russischen Interessen sich ergebende Notwendigkeit, sobald feststand, daß eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und unserem Kaiser stattfinden werde. Das liegt nun einmal in der Natur der Verhältnisse und bedarf weiter keines Kommentars. Auch was über den Inhalt der zwischen Herrn Delcassé und dem russischen Staatsmann getroffenen Vereinbarungen von der französischen und englischen Presse verbreitet wird, verdient nur geringe Beachtung. Wenn z. B. das „Echo de Paris" zu erzählen weiß, daß Herr Delcassé bemüht gewesen sei, den friedfertigen Charakter der russisch-französischen Allianz geltend zu machen, um den Grafen Lamsdorff zu veranlassen, das kriegerische Ungestüm des Statthalters Alexejew zu zügeln, oder wenn den Japanern die Absicht zugeschrieben wird, einen Schiedsspruch zur Lösung der koreanischen und mandschurischen Verwicklungen unter französischer Vermittlung herbeizuführen, so kann man über beides nur die Achseln zucken.

Mit Admiral Alexejew wird, sobald sie den Willen dazu hat, die russische Regierung allein fertig zu werden wissen, wir unsererseits aber glauben, daß all der kriegerische Aufwand im fernen Osten als vornehmsten Zweck eine Ernüchterung der Japaner ins Auge faßt und daß Rußland, wenn es irgend möglich ist, einen Krieg umgehen wird. Was aber einen Schiedsspruch betrifft, so scheint er in einer so komplizierten Frage, die nicht nur die Interessen Rußlands und Japans, sondern notwendigerweise auch die Chinas, Englands

und der Vereinigten Staaten, fast könnte man sagen der gesamten Welt, in Mitleidenschaft zieht, wohl ganz undenkbar. Das sind Utopien, deren Monopol man den Friedenskongressen und Frau Bertha Suttner neidlos überlassen kann. Auch müssen wir gestehen, daß uns die Möglichkeit unparteiischer Entscheidung überall da zweifelhaft erscheint, wo mehr als nebensächliche Interessen in Frage kommen. Lebensfragen der Nationen werden allezeit Machtfragen bleiben, und wo in Hoffnung auf einen günstigen Ausgang die Unvorsichtigkeit begangen wurde, solche Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, werden sich, wenn der Spruch ungünstig ausfällt, immer Mittel und Wege finden, ihn zu zerreißen.

Kurz, wir werden an die Ära der Schiedssprüche erst glauben, wenn wir gesehen haben, daß große politische Probleme auf diesem Wege gelöst worden sind. Man versuche z. B. sich ein Schiedsgericht zu denken, das die Aufgabe hätte, den Knoten der orientalischen Frage so zu lösen, daß alle Teile die Person der Schiedsrichter als unparteiisch und den Spruch, wie immer er ausfallen mag, als gerecht anerkennen und der Schluß wird sich ergeben, daß eine solche Kombination völlig undenkbar ist. Darüber hilft keine Philosophie hinweg. An ihre Stelle tritt die Staatsraison und die ist ihrer Natur nach parteiisch und egoistisch.

Von diesem Standpunkte aus beurteilen wir auch die jüngsten Vereinbarungen zwischen England und Frankreich, und wenn sie wirklich stattgehabt haben sollten, auch die französisch-italienischen. Sie berühren die wirklichen Gegensätze, die zwischen diesen Mächten bestehen, nicht, sondern betreffen Adiaphora, welche verschieden angefaßt werden können und über welche ein Kompromiß, bei welchem beide Teile ihren Vorteil finden, denkbar ist. Das viel mißbrauchte „do ut des!" hat auf diesem Boden seine volle Berechtigung, aber auch nur auf diesem Boden, und dabei wird es wohl bleiben, so lange die Natur der Menschen sich gleich bleibt.

Auch dem Personenwechsel im italienischen Ministerium und ebenso der jetzt vollzogenen Bildung des Ministeriums Tisza in Ungarn vermögen wir größere Bedeutung nicht beizumessen. In Italien machte sich das Temperament der Nation geltend, das stets dahin treibt, Erlebnisse, die auf dem Gebiet der auswärtigen Politik gemacht worden sind, zu Fragen der inneren Politik zu machen, in

Ungarn aber müssen wir nach den Erfahrungen der letzten Zeit doch abwarten, wie sich das Ministerium Tisza behauptet und wie weit es Kraft zeigt, die Aufgaben zu lösen, die ihm gestellt worden sind. Die Schwierigkeit liegt auch hier im Geist der Nation und es fällt schwer zu glauben, daß er über Nacht ein anderer geworden und an die Stelle des magyarischen Chauvinismus eine staatsmännische Einsicht getreten sein sollte, die nach den ruhig erwogenen Interessen Ungarns sich zu beherrschen und zu handeln weiß.

In England liegen im Augenblicke die Aussichten Chamberlains wieder etwas günstiger, aber doch mehr seine persönlichen Aussichten, als die der Sache, welche er vertritt. Der Mann nimmt nun einmal in der politischen Phantasie der Nation die erste Stelle ein; er versteht es in unübertrefflicher Weise, für sich Reklame zu machen, er ist unbedenklich in der Wahl seiner Mittel und, so sehr man über diesen letzten Punkt mit ihm zu rechten geneigt sein mag, doch vor allen Dingen englischer Patriot. Es kommt hinzu, daß seine Politik eine Politik der Tat ist, die seiner Gegner eine Politik der Abwehr. Schon das gibt ihm einen Vorsprung und es kann als sicher gelten, daß, wenn eine große politische Entscheidung an England herantreten sollte, etwa ein Krieg im nahen oder im fernen Orient, kein anderer als er an die politische Spitze des Staates treten wird. Aber das lag auch vor 8 Tagen so und wird voraussichtlich noch lange so bleiben. Wäre eine lange Periode politischen Friedens mit voller Sicherheit zu erwarten, dann freilich müßten seine Aussichten von Tag zu Tag sinken. Aber wer wagt heute gerade, auf diese Zeit der Windstillen zu hoffen?

Immerhin, für den Augenblick ist die Stille eingetreten, und wir wollen sie benutzen, um einen Blick auf Erscheinungen des politischen Lebens in Rußland zu werfen, die wir schon vor 8 Tagen gestreift haben, die aber einer eingehenderen Betrachtung nicht unwert sind.

Wir schicken voraus, daß wir uns in unserer Charakteristik der russischen Presse nicht getäuscht haben. Als die Nachricht von der Kaiserzusammenkunft in Wiesbaden laut wurde, ertönten in Petersburg und Moskau die süßesten Friedensschalmeien. Der Fürst Uchtomski wurde geradezu zärtlich gegen Deutschland. Aber wie sich voraussehen ließ, schon in vier Tagen war diese Anwandlung überwunden.

Am 26. Oktober erschien jener für Deutschland so herzlich gestimmte Artikel, am 30. druckte dasselbe Blatt an leitender Stelle eine Korrespondenz aus Konstantinopel, die an Gehässigkeit gegen uns, speziell aber gegen Kaiser Wilhelm, schwer zu übertreffen sein dürfte. Den Anfang bildet eine Schilderung der von den Türken an Bulgarien begangenen Greuel, die in der folgenden Ausführung gipfelt: „Die menschliche Seele erzittert beim Gedanken, was mit den Aufständischen geschieht, wenn sie in die Hände türkischer Soldaten fallen! So nahm einmal eine Schar Albaner und Baschibozuks nebst einer halben Rotte Nizams unerwartet 10 Bulgaren gefangen, nachdem sie sich mit ihrem Führer Petro verzweifelt gewehrt hatten. Ihr Martern anzusehen, ja auch nur zu beschreiben, ist für eine menschlich empfindende Seele unerträglich. Man band sie an Händen und Füßen und zündete vor ihren Augen ein Feuer an. Und es begann ein Gelage, ein blutiges Gelage, ohne Erbarmen und Barmherzigkeit. Man briet die Gefangenen buchstäblich bei langsamem Feuer. Vorher hatte man ihnen scharfe Nadeln unter die Nägel der Füße und Hände geschlagen, dann brach man sie ab und steckte die wunden Stellen in Salzwasser. Der Scheiterhaufen brannte. Das Stöhnen und Jammern wurde durch das Geschrei der Bösewichter übertönt. Von der Marter unerträglich leidend, zerriß der Wojewode Petro mit übermenschlicher Kraft die Stricke und stürzte sich selbst in den brennenden Scheiterhaufen. Die Bösewichter schrieen auf, diese Heldentat brachte sie ganz außer Fassung. Der Wojewode konnte noch rufen: es lebe die Freiheit! dann erstickte er in Rauch und Feuer. Diese heroische Handlung begeisterte die Aufständischen trotz ihrer Fesseln so sehr, daß sie die mazedonische Hymne sangen. Furchtbar war ihr Lied. Von diesem Liede stiegen die Haare zu Berge und ging ein kalter Schauer durch die Adern. Die lauten, mächtigen Stimmen drangen weit in die Ferne hinaus und erfüllten die Seele der Peiniger mit Trauer und Unruhe. Einer der Henker nach dem andern stand auf und entlief von Angst getrieben dem Ort der Marterung; die Aufständischen aber sangen ihr Lied zu Ende und starben dann mit einem Lächeln auf den Lippen! Nach 24 Stunden zog eine Abteilung des Wojewoden Pawlo vorüber, fand die Leichen und übergab sie der Erde.“ Man braucht diese Erzählung nur zu lesen, um die Lüge zu erkennen, die aus ihr spricht! Wer hat denn diese

Untat gesehen und wer hat sie weiter erzählt, von wem hat der ungenannte Korrespondent der „Petersburgskija Wjedomosti“ die Schilderung des ganzen unglaublichen Herganges? Und er spricht, als sei er Augen- und Ohrenzeuge gewesen!

Es ist eine recht niederträchtige Aufreizung urteilsloser Leser; wie der Mann aber zu lügen versteht und welche Stimmung gegen Deutschland der Fürst Uchtomski zu verbreiten bemüht ist, der noch vier Tage vorher so herzlich zu uns sprach, zeigt die Fortsetzung dieser Korrespondenz, die wir ebenfalls wortgetreu wiedergeben: „Die Abreise des deutschen Vertreters v. Bieberstein aus Konstantinopel und die gleichzeitige Abreise des türkischen Gesandten aus Berlin hat bei uns eine Menge Gerüchte hervorgerufen. Wie man sagt, hat der deutsche Botschafter dem Sultan die Einladung überbracht, nach Berlin zu kommen und Wilhelms Gast zu sein. Die fast unwahrscheinliche Tatsache ist trotzdem sehr gut möglich. Obgleich bisher, mit Ausnahme des so tragisch umgekommenen Abdul Aziz, kein Sultan sein Palais verlassen hat, ist es doch in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse nicht unmöglich, daß Sultan Hamid sich entschließt, „seinen Bruder“ in Berlin zu umarmen. Ganz sicher aber steht fest, daß Wilhelm II. etwas ganz Besonderes vorhat. So große Fortschritte die Germanen in der Türkei auch gemacht haben, geht ihr Einfluß doch über den Yildiz Kiosk nicht hinaus. Sowohl der Soldat, wie der gemeine Mann kann sie nicht verdauen, und wäre nicht der mächtige Schutz des Sultans, so würde es den Deutschen übel ergehen.“ ...

Die raffinierte Bosheit dieser Mitteilung, an welcher, wie wir wohl kaum zu sagen brauchen, nicht ein wahres Wort ist, liegt in der unmittelbaren Verbindung mit der vorher erzählten Foltergeschichte; das eine wie das andere ist die Ausgeburt einer perversen Phantasie, welcher die Zügel anzulegen wohl die höchste Zeit wäre. Der Mann verspricht aber in nächster Zeit eine Fortsetzung und unser Freund, der Fürst Uchtomski, wird ihm den Raum dazu gewiß nicht verweigern.

Wir kommen damit an eine Erscheinung, die in der russischen Presse noch weit mehr als in der anderer Länder zutage tritt, den völligen Mangel an Respekt vor der Wahrheit. Man hat mitunter den Eindruck, als ob das Organ ihr dafür fehlte, wie denn eine Differenz in Beurteilung ethischer Fragen zwischen Russen und West-

europäern sich nicht wird wegstreiten lassen. Neuerdings hat der russischste aller Russen, Graf Leo Tolstoi, dem man gewiß nicht absprechen kann, daß er in der Seele seines Volkes zu lesen verstehe, sich über diese grundlegende Differenz einem Engländer K. E. S. Long gegenüber drastisch genug ausgesprochen.

Er ging von dem Gedanken aus, daß es ein Unding sei, abendländische Reformen auf russischen Boden pfropfen zu wollen. Rußland brauche Reformen, aber weder orientalische noch abendländische, sondern russische. Jedes Volk, sagte er, hat seinen eigenen Geist, der ebenso fest bestimmt ist, wie der religiöse Geist, und alles Gerede von Verbesserungen und Veränderungen hat ebensowenig praktischen Wert, wie eine Umänderung der Lehre des Konfuzius nach dem Muster des Christentums. Und was sollten wir mit den europäischen Garantien für Beachtung der Gesetze anfangen? Ich beantworte diese Frage mit der Erklärung, daß für die Masse des russischen Volkes das Gesetz gar nicht existiert. Das Volk (en masse) betrachtet das Gesetz entweder gleich mir als etwas vollständig Äußerliches, mit dem es nichts anzufangen weiß, oder es verachtet es ganz bewußt als ein Hindernis und eine Fessel für das innere Leben. . . . Sie unterwerfen sich den Gesetzen, lassen sich aber von ihnen nicht leiten. Nicht die Unterwerfung unter das Gesetz, sondern dessen völlige Mißachtung hat unser Volk zu einem guten, friedlichen und langmütigen gemacht. Und eben diese Mißachtung macht unsere Beamten zu den größten Schurken der Welt. Die Volksmassen, die jede äußerliche Beschränkung verachten, lassen sich von ihrem Gewissen leiten. Die gebildeten Beamten aber haben sich, indem sie bei der nationalen Mißachtung des Gesetzes bleiben, gleichzeitig von dem Gewissen befreit." Das Gewissen, so führt er weiter aus, nehme in Rußland die Stelle ein, die im Abendlande dem Gesetz gehöre. Hier wie dort werden trotzdem viele Verbrechen verübt, aber der praktische Unterschied bestehe darin, daß der russische Bauer gar nicht imstande sei, Verachtung und Zorn gegen einen Verbrecher zu empfinden. Der Verbrecher sei ihm ein Mensch, der aus Mangel an Überlegung oder aus Leidenschaft ins Unglück geraten sei. Der Hauptunterschied zwischen Russen und Europäern liege aber darin, daß die Russen in höherem Maße Christen seien, weil sie Jahrhunderte lang in der Lehre Christi die einzige Führung

und den einzigen Schutz gefunden hätten. Dieses Bauen auf das Gewissen im Gegensatz zum Gesetz bedinge die Kluft zwischen Ost und West; in Rußland nehme das Gewissen und das Christentum dieselbe Stelle ein, wie im Westen materialistische Anschauungen und Gesetzesformen.

Wir wollen nun nicht weiter urgieren, daß Tolstoi für sein Volk das bessere Christentum und die wahre Sittlichkeit in Anspruch nimmt und uns kurzweg das Gewissen abspricht; auch nur beiläufig bemerken, daß diese neue Offenbarung des großen Ketzers in der streng kirchlichen „Missionerskoje Obosrenije“ und im hochkonservativen „Graschdanin“ abgedruckt ist, sondern an jener zweifellos bestehenden, von Tolstoi so nachdrücklich betonten Verachtung des Gesetzes in Rußland festhalten. Nur ist der Satz zu erweitern. Noch mehr als das Gesetz ist in Rußland das Recht verachtet. Auch dafür scheint das Organ, und zwar nicht nur in der Masse der Volkes, sondern namentlich in allen Kreisen der Verwaltungsbeamten zu fehlen.

Viktor Hehn, (de moribus Ruthenorum) sagt ähnlich wie Tolstoi: „Woher der Mangel an Rechtssinn? Er wird aufgesogen durch Religiosität. In der letzteren findet aller ideale Vorrat seinen Abfluß, sie nimmt den ganzen Raum ein. Rechtsverhandlungen der Bauernschaft unter sich sind ein merkwürdig weltliches, ganz profanes Geschäft, das nach Eingebungen des gemeinen, natürlich ganz unentwickelten Verstandes entschieden wird. In allen ähnlichen Verrichtungen auch der höheren Stände verrät sich die Gemeinheit als unvertilgbarer Zug. Aber Niederwerfung mit der Stirn, Fasten, Übung aller kirchlichen Gewohnheiten, unverbrüchlicher Glaube an die theoretischen und praktischen Satzungen usw. bildet den Hintergrund des Lebens, das Höhere, den Halt, die eine Hälfte der Existenz. Kein Wunder, wenn die andere ganz ausgeleert erscheint.“

Man lese die Abschnitte nach, in denen Hehn von dem Mangel an Wahrheitsliebe redet, Wahrheitsliebe und Rechtsbewußtsein sind aber ein Teil des abendländischen Gewissens und daher wird es verständlich sein, wenn Hehn, im Gegensatz zu Tolstoi dem gemeinen Manne in Rußland gerade das abspricht, was Tolstoi Gewissen nennt.

Die „Nowoje Wremja“ erzählt in ihrem Feuilleton vom 31. Oktober die Geschichte eines interessanten Prozesses, der sich kürzlich in Moskau abgespielt hat. Ein bankerotter Kaufmann hilft sich in der

Weise, daß er vor Erklärung des Bankerotts sein ganzes großes Warenlager auf seinen Schwager überträgt und, da er sonst nichts besitzt, von seinen Gläubigern die Genehmigung erhält, unbelästigt das Geschäft weiter zu führen, wogegen er verspricht, mit der Zeit das Geschäft wieder in Flor zu bringen und seine Schulden dann abzutragen. Man setzt eine Administration ein, die sich aber um die Art der Geschäftsführung nicht kümmert, auch die Bücher nicht revidiert, so daß Busch — so hieß der Kaufmann, der ein russifizierter Deutscher war — in der Tat sein Geschäft weiter führte. Er brachte es in Gang, indem er gefälschte Wechsel in Umlauf setzte. Erst 10000 Rubel, die er dann einlöste, um einen zweiten gefälschten Wechsel in höherem Betrage auszustellen. So hat er in Summa für 2½ Millionen Rubel falsche Wechsel ausgestellt, die unbeanstandet in Moskau von Hand zu Hand gingen. Schließlich aber versagte der Kredit und im Jahre 1899 erschoß sich Busch. Es wurde danach der jetzt zum Abschluß gebrachte Prozeß angestrengt, um die an den Fälschungen Mitschuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Man hat sie wegen Mangel an Beweisen sämtlich freigesprochen.

Ein Herr Jeschow, der über den Fall berichtet, knüpft daran die folgende beachtenswerte Betrachtung:

„In dem ohne Zweifel gerechten Urteil der Oberinstanz klingt eine Note durch, die eine furchtbare Anklage gegen die Gebräuche und Ordnungen erhebt, welche in unserer Kaufmannswelt herrschen. Dieser Prozeß Busch stellt uns vor die sehr interessante Frage, welche Stellung unser Kreditmarkt gefälschten Wechseln gegenüber einnimmt. Ein Finanzmann hat dem Verteidiger gesagt:

„Aber worüber wundern sie sich? Fast die Hälfte aller Wechsel ist von dieser Qualität. Sie müssen folgendes im Auge behalten: durch fünf ganze Jahre sind 2½ Millionen gefälschter Wechsel von Busch, mit erdachten Moskauer Kaufmannsnamen unterzeichnet, in Umlauf gewesen. Die Banken haben Geschäfte mit ganz Rußland und halten ihre Interessen scharf im Auge, sie haben Rechnungskontore und besondere Agenturen, um in allen Provinzen die Kreditfähigkeit der Kaufleute zu kontrollieren. Sollte es wirklich keiner von ihnen in den Sinn gekommen sein, ob solche Kaufleute, wie sie in den Wechseln genannt worden, existieren? Das ist der entscheidende Punkt. Keine Bank will aber nachforschen. Wird es aber bekannt,

daß der Wechsel falsch ist — um so besser! Solche Dokumente bezahlt man vor allen andern. Sie führen direkt nach Sibirien und man steht dafür mit seiner Seele ein. Der Schuldner muß sie bezahlen, so lange er überhaupt zahlen kann, oder . . .

„Ja, es ist richtig, was jener Finanzmann sagt, Busch hat die Wechsel ausgestellt und mit seiner Seele dafür gebürgt. Jetzt hat er mit ihr gezahlt (d. h. er erschoß sich). Er ist aber nicht nur das Opfer seiner eigenen Unvorsichtigkeit und seiner Bedürfnisse (er war nebenbei Verschwender), sondern auch das Opfer der entsetzlichen kaufmännischen Bräuche, und Gott gebe, daß es in diesem Reiche der Finsternis auch einmal hell wird. Eine Revision der Banken, eine Reform der Kreditinstitutionen . . . ja, das alles wäre gut, aber ist nicht auch eine Reform der Sitten notwendig, eine Reform der erbitterten menschlichen Herzen? Es wird sonst zu dumpf und schwer, in solcher Atmosphäre zu leben, und es ist schon schrecklich, Zeuge solcher sittlichen Katastrophen zu sein."

Damit schließt Herr Jeschow, und wir können ihm nur Recht geben. Aber wie läßt sich hoffen, daß diese Reform der Sitten Wirklichkeit wird, wenn ein Mann wie Tolstoi das ohne Rechtsbewußtsein und in Verachtung der Gesetze lebende „Gewissen" als die normale und ideell beste Äußerung der russischen Natur preist?

Uns ist als Gegenstück zu den in Moskau umlaufenden falschen Wechseln erzählt worden, daß in Sibirien unbeanstandet ungeheure Summen gefälschter Kreditbillette in Umlauf waren. Jedermann wußte es und jedermann nahm sie an wie echte, denn alle mußten verlieren, wenn es nicht geschah. Eine plötzliche Revision und das streng durchgeführte Verbot, falsches Geld zu verbreiten, hätte einer finanziellen Katastrophe gleichkommen müssen. So begnügte man sich damit, die falschen Scheine nicht über den Ural zu lassen.

Unser Gewährsmann ist vor einigen Jahren als Senator gestorben, seine Erzählung galt von der Zeit, da er in hoher Stellung in Sibirien war. Seither sind bald 30 Jahre hingegangen. Vielleicht ist das alles heute anders geworden. Aber wenn der Brauch des Kaufmannslebens noch heute den Umlauf falscher Wechsel duldet, weshalb sollte nicht das falsche Geld von 1880 her sich konserviert haben?

---

7. November. Rückreise Nikolaus II. nach Rußland.
9. November. Erste Nachricht vom Aufstande der Bondelswarts.
10. November. Die Vereinigten Staaten brechen die Beziehungen zu San Domingo ab.
11. November. Schluß der Revolution von San Domingo.

---

11. November 1903.

Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren in Wiesbaden und danach in Wolfsgarten hat den erfreulichen Verlauf genommen, der sich vorhersehen ließ. Beide Monarchen haben ihrer Zufriedenheit durch Verteilung ungemein vieler und hoher Auszeichnungen Ausdruck gegeben, und zur Zeit ist die Presse beschäftigt, ihren Lesern über den Inhalt der gepflogenen Verhandlungen mitzuteilen, was sie darüber mehr oder minder glücklich komponiert. Es läßt sich aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß alle sensationell gefärbten Berichte auf freie Erfindung zurückzuführen sind. Wir denken dabei namentlich an die stets mit dem Schein genauester Orientierung auftretenden Wiener Korrespondenzen der „Times", die in der Dreistigkeit, mit der sie Tatsachen komponieren, schwer zu übertreffen sein dürften. Dieses Mal wissen sie ganz genau, daß Deutschland Verpflichtungen übernommen hat, die dahin gehen, in Ostasien gleichsam den Sekundanten Rußlands zu spielen, um die von England und Japan drohenden Hiebe kunstgerecht auszuheben. Also, wenn man das Ding beim rechten Namen bezeichnet, Deutschland hätte demnach die Politik, die es in den ostasiatischen Fragen seit 1898 in immer gleichbleibender Konsequenz verfolgt hat, aufgegeben, und sich durch Einmischung in die mandschurisch-koreanischen Streitpunkte seiner sicheren Position begeben, um selbst zum Zielpunkt der Feindseligkeit aller Teile zu werden. Sollte es wirklich notwendig sein, nach den wiederholten Erklärungen, die Graf v. Bülow abgegeben hat, ausdrücklich zu sagen, daß an alledem nicht das geringste wahr ist und daß nach wie vor die Mandschurei und Korea die beiden ostasiatischen Gebiete sind, in deren Interessensphäre wir unter keinen Umständen eingreifen werden.

Der Wiener Korrespondent der „Times“ spricht von einem Verrat an Japan, den wir in Wiesbaden vorbereitet hätten, und scheint nicht zu bemerken, daß er uns einen Verrat an unseren eigensten Interessen zumutet.

Die russische Diplomatie kennt unsere Beurteilung der Pflichten, welche die eigenen Interessen uns in Ostasien auflegen, daß sie über unsere künftige Haltung ebenso wenig einer Beruhigung bedarf, wie etwa Japan und England, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die Frage der russisch-japanischen Differenzen in Wiesbaden überhaupt nicht Gegenstand von Verhandlungen gewesen ist.

Uns bestärkt in dieser Annahme die kurze Notiz, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Wiesbadener Tage gebracht hat und der Widerhall, den die Wiesbadener Tage in der „Nowoje Wremja“ gefunden haben. Das Blatt hat offenbar Direktiven erhalten, aber die Freiheit gehabt, sich den Wortlaut ihres Leiters selbst zu komponieren, was nicht immer der Fall zu sein pflegt. Das Blatt (vom 7. November) macht darauf aufmerksam, daß der Gegenbesuch Kaiser Wilhelms in Wolfshagen eine Überraschung gewesen sei, und knüpft daran die folgende Betrachtung: „Ist es denn notwendig, sich in Vermutungen zu verlieren und nach allen Himmelsgegenden auszuschauen, wenn eine normale Erscheinung des staatlichen und internationalen Verkehrs zu tage tritt, in welchem Rußland und Deutschland, Gott sei Dank, schon so viele Jahrzehnte stehen? Wer kann sich denn der Zeiten erinnern, da wir mit den Deutschen gekämpft haben? Oder sollte man sie für Feinde halten, weil unter den Völkern, die Napoleon gegen Rußland führte, sich auch Deutsche befanden?... Man muß daher jedenfalls in den Zusammenkünften von Wiesbaden und Wolfshagen nicht nur eine vereinbarte Äußerung politischer Höflichkeit erblicken, sondern auch den Ausdruck der von altersher bestehenden guten Beziehungen zwischen den regierenden Häusern von Rußland und Deutschland, sowie der friedfertigen Gesinnung, die zwischen Russen und Deutschen besteht. Gewiß sind auch Gegenstand des Gedankenaustausches nicht so sehr die Verwickelungen im fernen Osten gewesen, in welchem unsere Interessen sich mit den deutschen nicht berühren, als vielmehr die des nahen Orient, in welchem die deutschen Interessen schnell heran-

gewachsen und eine sehr wesentliche Bedeutung gewonnen haben. Und nicht nur deshalb mußte in Wiesbaden und Wolfshagen durchaus der nahe Orient zur Sprache kommen, zumal Deutschland in stolzer Verachtung des Sprichwortes „qui s'excuse — s'accuse" nachdrücklich und feierlich versichert hatte, daß es durch keinerlei Versprechungen und Verpflichtungen an die Türkei gebunden sei, sie auch nicht in ihrer Halsstarrigkeit gegen die Maßregeln bestärkt habe oder bestärke, welche bestimmt sind, dem blutigen Kampf mit den mazedonischen Christen ein Ende zu setzen. Es liegt kein Grund vor, den deutschen Versicherungen nicht zu glauben; schenkt man ihnen aber Glauben, so war es nur natürlich, die Frage zu erwägen, wie weit ein nicht gebundenes Deutschland sich dem Reformprogramm für die Türkei, das die beiden Mächte (Österreich und Rußland) ausgearbeitet haben, tatkräftig ... anschließen könne. Man hat umsomehr über den nahen Orient verhandelt, als aus Ostasien beruhigende Nachrichten einliefen, während der Telegraph aus Konstantinopel meldete, daß die Pforte die Beantwortung der Forderungen hinausschleppe, und später, daß die Pforte immer noch darauf rechne, ihr Spiel zu gewinnen und die Erfüllung der österreichisch-ungarischen und russischen Ratschläge ablehne, obgleich sie fast in Form eines Ultimatums gestellt waren ... Wie wir schon vor einigen Tagen sagten, daß, wenn Deutschland in diesem Falle mit Österreich-Ungarn und Rußland Hand in Hand geht, und sich ihnen so anschließt, wie es jetzt Frankreich getan hat, und besonders wenn es dieses Mal die so beliebte Rolle des „ehrlichen Maklers" aufgibt, die ihm Bismarck zugewiesen hat, es in der Tat der Sache des Friedens einen großen Dienst erweisen kann. Deutschland muß daran festhalten, daß die mazedonische Frage weit ernster ist, als die kretische, an deren Ordnung es teilzunehmen ablehnte, und die, wie zugegeben werden kann, noch den Charakter einer orientalischen Feerie trug. In der mazedonischen Frage eine vom übrigen Europa isolierte Stellung einzunehmen, wird schwerlich zu den Plänen Deutschlands gehören."

Indem wir die Reihe kleiner und großer Bosheiten, die in diesem Artikel stehen, auf Rechnung der Redaktion der „Nowoje Wremja" setzen, und sie daran erinnern, daß es nicht ihr Verdienst ist, wenn trotz ihrer stetig hetzenden und aufreizenden Artikel die Beziehungen von Regierung zu Regierung ungetrübt geblieben und

durch die Wiesbadener Tage noch weiter gefestigt worden sind, nehmen wir von der Tatsache Akt, daß hier ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die ostasiatische Frage nicht in den Verhandlungskreis gezogen wurde. Was aber die türkische Reformfrage betrifft, so erinnern wir daran, daß das russisch-österreichisch-ungarische Programm von vornherein die Unterstützung Deutschlands gefunden hat, was bekanntlich keineswegs von allen jetzt zusammenstehenden oder wenigstens scheinbar zusammenstehenden Mächten gesagt werden kann. Die Rolle, die Frankreich während des letzten Jahres gerade auf diesem Boden gespielt hat, hat ihre Geschichte, die von mancherlei merkwürdigen Wandlungen zu erzählen weiß.

Daß Deutschland im Interesse des europäischen Friedens und auch im wohlverstandenen Interesse der Türkei bemüht ist und auch ferner bemüht sein wird, das Reformprojekt zu unverkürzter Annahme zu empfehlen, kann als absolut sicher gelten. Es ist sogar höchst wahrscheinlich, daß infolge der Wiesbadener Besprechungen, die keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß Rußland keinen Krieg mit der Türkei führen will, Deutschland noch nachdrücklicher, als es bisher der Fall war, die Pforte auf die Gefahren aufmerksam machen wird, denen sie sich aussetzt, wenn sie nicht nachgibt. Denn darüber kann schon jetzt kein Zweifel sein, daß, was Österreich-Ungarn und Rußland fordern, ein Minimum darstellt, von dem kein Jota abgehandelt werden kann. Abgelehnte Forderungen würden vielmehr als gesteigerte wiederkehren, da ein entschiedener übeler Wille der Türkei verstärkte Kontrolle und weitere Bürgschaften notwendig machen könnte. Schon jetzt ist von einer eventuellen Demonstration der kombinierten Flotten Österreich-Ungarns und Rußlands vor Konstantinopel die Rede, und wir wissen aus der Geschichte der orientalischen Krisen des 19. Jahrhunderts, daß Flottendemonstrationen allezeit politische Stürme angezeigt haben.

Die aber wünschen wir nicht und da auch das offizielle Rußland und Österreich-Ungarn ihr orientalisches Barometer auf „gut Wetter" gerichtet sehen möchten, können wir alles, was an uns liegt, tun, um ihnen dazu zu verhelfen. Den Christen im Orient und auch der Türkei wird damit der bestmögliche Dienst erwiesen.

Die Politik Frankreichs ist heute offenbar bemüht, die Quadratur des Zirkels zu finden, aber es scheint nicht, daß sie damit

Glück haben wird. Uns ist dafür wiederum die russische Presse ein lehrreicher Wegweiser.

An dem Tage nämlich, da Graf Lamsdorff in Paris eintraf, trafen dort auch 200 Vertreter der englischen Industrie und Handelswelt auf Einladung des französischen Komitees für Handel und Industrie, ein. Man gab ihnen ein großes Bankett im Ministerium des Innern, wobei fast alle Minister, der Polizeipräfekt, der Präsident des Munizipalrats und andere, im ganzen gegen 700 Personen, erschienen waren, und König Eduard ein begeistertes Huldigungstelegramm erhielt. Die „Peterburgskija Wjedomosti“ (2. Nov.) stellen dazu die folgenden charakteristischen Betrachtungen an:

Zwischen Franzosen und Engländern ist jetzt die rührendste Freundschaft: „Les jours se suivent, mais ils ne se ressemblent pas“; noch sind nicht zwei Jahre hingegangen, da war der Präsident Krüger in Paris, und den Engländern wurden nicht eben freundliche Gesichter gezeigt. Überall hörte man rufen: „es leben die Buren! nieder mit den Engländern!“ mit nur wenigen Ausnahmen war den Zeitungen kein Ausdruck zu scharf, um die Verräterei der Engländer zu charakterisieren; überall in den café-concerts, in den Witzblättern wurde John Bull in den lächerlichsten Karikaturen dargestellt. Jetzt — ja jetzt ist das ein längst überwundenes Stadium. Es sind eben neue Zeiten gekommen. Man schließt einen Schiedsgerichtsvertrag, die Handelskammern beider Staaten legen den Grundstein zum Einigungsbau, und die Presse hat das übrige getan. Die Engländer tun, was sie irgend können, um diese französischen Beziehungen lebendig zu erhalten; sie sind sehr nachgiebig in der marokkanischen Frage, und Frankreich steht nicht zurück und ist ebenso liebenswürdig in der Frage des Roten Meeres.“

Den letzten Satz dieser übelgelaunten Ausführung verstehen wir nicht recht. Es wird wohl nicht das Rote, sondern das Persische Meer gemeint sein, welches gerade jetzt der Vizekönig von Indien, Lord Curzon, an der Spitze einer stattlichen Flotte mit seinem Besuche beehren will. In den französischen kolonialen Kreisen ist nun der Gedanke aufgetaucht, daß Frankreich die gute Gelegenheit benutzen solle, um zwischen den russischen und den englischen Interessengegensätzen im Persischen Golf zu vermitteln und sich zum Danke eine Besserung seiner Stellung in Maskat und eine Weiterführung des

französischen Eisenbahnprojekts in Kleinasien auszubedingen. Wenn das nicht eine politische Zirkelquadratur ist, gibt es überhaupt keine. Einmal werden die Engländer heute, da sie von Aden aus sich immer weiter ausbreiten, weniger als je daran denken, den Franzosen Maskat zu überlassen und zweitens dürfte man russischerseits sehr wenig Neigung zeigen, sich durch Frankreich zu Zugeständnissen an England bewegen zu lassen. Man hatte von Frankreich ganz andere Dienste erwartet, und selbst der Hinweis darauf, daß dadurch Deutschland empfindlich geschädigt werden könnte, wird schwerlich darüber trösten, daß mit französischer Hülfe England die Pforten nach Süden zu immer fester verschließt. Das wäre eine Aktion, die in die Tage des Krimkrieges gepaßt hätte, die aber zur Zeit der alliance franco-russe doch wie ein sonderbarer Anachronismus erscheint.

Man ist gerade jetzt in Rußland sehr mißtrauisch gegen alles, was Lord Curzon in seine geschickten und energischen Hände nimmt. Namentlich hat die Nachricht förmlich Sensation gemacht, daß er beabsichtige, 2 bis 3 Pionierregimenter und Sappeure nach Tibet zu schicken. Offenbar handelt es sich um eine Meldung der Agentur Laffan aus Kalkutta, den 4. November. Sie lautet: „Die nach Tibet bestimmten Truppen werden, wie man glaubt, aus 100 Mann berittener Infanterie, 2 Kanonen, 2 Pionierregimentern (Eingeborene) und einem Bataillon Gurkhas bestehen. Nepal, das einen alten Streit mit Tibet hat, hat sich bereit erklärt, den Transport zu besorgen."

Es scheint demnach, daß die russische Presse nicht ohne Grund zur Lärmtrommel gegriffen hat, denn man hatte sich in gewissen Kreisen bereits daran gewöhnt, Tibet in die Reihe derjenigen Gebiete zu rangieren, die man als russische Einflußsphäre betrachtet. „Die Mühen unserer todesmutigen Forscher, die das tibetanische Gebiet erkundet haben, die schweren Opfer, welche die Wandermönche der russischen Lamaiten gebracht haben, die Hoffnung der Tibetaner selbst, durch unser Veto einen moralischen Schutz gegen die Engländer zu erhalten — soll das alles verfliegen wie Rauch, oder soll alles nur dienen, um eine Basis neuer Intrigen gegen Rußland zu schaffen? So lautet einer der Schreckensrufe, welche die Expedition der Herren Junghusband und Macdonald wachgerufen hat. Auch an den hohen Beruf Rußlands, die Integrität der chinesischen Territorien zu erhalten, wird erinnert, und das macht allerdings fast einen komischen

Eindruck im Hinblick auf die Dinge, die sich eben jetzt in der Mandschurei abspielen. Aber wir meinen, es ist im Grunde wenig Anlaß, sich über die geplante englische Expedition aufzuregen; denn daß England dauernd in Tibet Fuß faßt, kann kurzer Hand als undenkbar bezeichnet werden. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Streifzug, durch welchen England Nepal einen Dienst erweist, den es sich später von Nepal wird bezahlen lassen, Lhassa wird gewiß nicht bedroht werden und die Wandermönche wie die russischen Forschungsreisenden werden nach wie vor von England unbehindert ihrer Wege gehen können. Uns interessiert diese Angelegenheit nur als weiterer Beleg dafür, daß die Franzosen sich ein etwas zu hoch gegriffenes Ziel setzen, wenn sie gerade Lord Curzon in die Arme Rußlands führen wollen.

Die Berichte, die aus der Mandschurei und aus Japan kommen, sowie die Nachrichten über die fortgesetzte Verstärkung der russischen Streitkräfte in Ostasien zu Wasser wie zu Lande lauten beunruhigend, aber geben noch keineswegs den Beweis, daß ein Bruch unvermeidlich ist. Marquis Ito hat bisher an Einfluß noch nichts verloren und es ist zudem aufgefallen, daß der japanische Gesandte in London, der anfänglich eine der Hauptquellen alarmistischer Nachrichten war, seinen Ton wesentlich herabgestimmt hat. So ist es immer noch möglich, daß wir mit unserer Vermutung recht behalten, daß gerade die Energie, mit welcher Rußland seine Macht nach Osten hin entfaltet, dahin führen kann, daß der Friede erhalten bleibt. Bedenklich ist, daß die Chinesen durch die Okkupation von Mukden sich in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlten. Mukden umschließt die Kaisergräber der Mandschu-Dynastie, und der Ahnenkultus der Chinesen würde die Preisgebung dieser heiligen Stätten als einen Frevel erkennen lassen. Aber andererseits läßt sich wohl annehmen, daß Rußland alles mögliche tun wird, um zu zeigen, daß diese Gräber Schutz und Achtung finden, und so konnte nach dem ersten Sturm der Erregung auch in dieser Frage eine Beruhigung eintreten. Überhaupt arbeitet die Zeit für Rußland. Jeder Tag, den Rußland gewinnt, bedeutet eine Stärkung seiner Stellung und eine Minderung der Aussichten Japans. Schon jetzt ist es in höchstem Grade fraglich, ob die Japaner es wagen dürfen, im Hinblick auf den mit Eilschritten nahenden Winter an einen Feldzug zu denken.

Inzwischen ist in Ungarn endlich die Ruhe eingetreten, auf welche wir hofften. Die Obstruktion hat vor dem Grafen Tisza kapituliert und Kaiser Franz Josef hat in der Militärfrage seinen Willen durchgesetzt. Wir haben die Besorgnis, mit der wir namentlich in den letzten Monaten die ungarische Krisis verfolgt haben, absichtlich nicht zum Ausdruck gebracht. Den „Teufel an die Wand malen", wie das Sprichwort sagt, ist nicht unbedenklich, denn Befürchtungen werden nur allzuleicht zu Wirklichkeiten. Es hat aber einen Augenblick gegeben, da es wirklich scheinen konnte, als werde der Kaiser genötigt werden, seine Regierung zu schließen, wie er sie begonnen hatte: mit einem Feldzuge gegen Ungarn. Wahrscheinlich hätte sich dann erwiesen, daß der Chauvinismus in Ungarn weit weniger Anhänger zählt, als man nach dem ungeheuren Lärm, den immer dieselben Leute machten, glauben konnte. Wir freuen uns aufrichtig, daß es nicht notwendig geworden ist, die Probe darauf zu machen, und wollen hoffen, daß eine Ära der gesunden Vernunft in der ungarischen Politik mit dem neuen Ministerpräsidenten begonnen hat. Aber mit voller Zuversicht werden wir erst dann in die Zukunft blicken, wenn das unerläßliche politische Bündnis zwischen Deutschen und Ungarn Wirklichkeit geworden ist und die letzten Spuren des törichten Sprachenkampfs geschwunden sind.

Daß die Vereinigten Staaten in dem Streit mit Kolumbien die stärkeren bleiben würden, war vorauszusehen. Aber überraschend ist die Lösung des Problems, daß im wesentlichen eine Dollarfrage war, doch in hohem Grade. Mittelamerika ist um eine Republik, Panama, reicher geworden, und das hat sich mit so erstaunlicher Schnelligkeit abgespielt, daß der Gesandte Panamas Bunan-Varilla bereits in Washington akkreditiert und von den Vereinigten Staaten anerkannt worden ist. Staatssekretär Hay hat danach in einer längeren Denkschrift dargelegt, wie langmütig die Vereinigten Staaten gewesen sind und wie ganz sie Kolumbien gegenüber in ihrem guten Recht sind. Er greift dabei auf einen Vertrag zurück, durch den die Republik Neu-Granada im Jahre 1846 den Vereinigten Staaten volle Arbeitsfreiheit auf allen Straßen der Republick zusicherte und diese dagegen die Neutralität des Isthmus garantierte. Darüber ist freilich viel über ein halbes Jahrhundert hingegangen, aber nicht zum Schaden der Vereinigten Staaten. Sie wurden stärker und die

Isthmusstaaten schwächer, und in gleichem Grade erstarkte auch das Recht der Vereinigten Staaten. Heute ist es offenbar sehr stark, zumal England all seine Isthmusverträge abgeschworen hat. So wird sich denn auch kein Finger in aller Welt zu Gunsten Kolumbiens heben, und da Panama keinen lebhafteren Wunsch hat, als den Kanal bald fertig zu sehen, wird er ohne Zweifel früher, als erwartet werden konnte, der Flotte der Vereinigten Staaten den kürzesten Weg in den Großen Ozean eröffnen. Und das allerdings könnte leicht eine neue Geschichtsperiode für die ost- und südasiatischen Staaten einleiten. Qui vivra verra!

13. November. Kämpfe zwischen Chinesen und Russen in Schanhaikwan.
14. November. Boris Sarafow in Sofia.
15. November. 40jähriges Regierungsjubiläum König Christian IX. von Dänemark.
15. November. Reise des Königs und der Königin von Italien nach England.
18. November. Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Republik Panama und den Vereinigten Staaten.

---

18. November 1903.

Am 6. November endlich ist die Antwortnote der Pforte auf die ihr von Mürzsteg aus zugegangenen Vorschläge eingelaufen, und aus dem bekannt gewordenen Wortlaut ist es möglich, sich ein selbständiges Urteil über die Haltung der Türkei zu bilden. Wir bedauern nun, feststellen zu müssen, daß die Türkei, indem sie sich ganz auf den Boden der ersten russisch-österreichischen Forderungen vom Februar dieses Jahres stellt und die Mürzsteger Vorschläge — die sich sehr wohl ebenfalls als Forderungen bezeichnen lassen — gleichfalls als non avenues zu betrachten scheint und inhaltlich in ihrer Antwort übergeht, die politische Lage offenbar verkennt. Sie ist nicht mehr dieselbe, wie sie zur Zeit der ersten Reise des Grafen Lamsdorff nach Wien war. Was sich zwischen Februar und Oktober auf der Balkanhalbinsel abgespielt hat, hat sie verändert, und wenn im Augenblick in Mazedonien die Kämpfe aufgehört haben, ist die Krisis, in welcher die Türkei selbst sich befindet, im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft weit ernster geworden. Schon die Tatsache, daß Deutschland so überaus nachdrücklich die Wünsche der Ententemächte unterstützt, hätte in Konstantinopel zur Einsicht führen müssen, daß es für sie einen anderen Ausweg nicht gibt als den, sich rückhaltlos zu fügen und zu erfüllen, was sie doch nicht wird verweigern können. Wir wiesen schon vor 8 Tagen darauf hin, daß in Mürzsteg ein Minimalprogramm formuliert worden ist. In England, das allezeit anderen Mächten gegenüber als Hüter der politischen Moral und als Verteidiger der Menschenrechte aufzutreten pflegt, verlangt die öffentliche Meinung weit mehr, und neuerdings

hat das offizielle Organ des französischen auswärtigen Amtes „Le Temps“ (14. November), von ähnlichen Erwägungen ausgehend, sich sogar in strikten Gegensatz zur Politik der Kabinette von Wien und Petersburg gestellt. Die Politik, die man seit einem Jahre der Pforte gegenüber verfolge, sei nichts anderes als eine lange Kette von Fehlgriffen. Statt sich auf den sicheren und breiten Boden des Berliner Kongresses zu stellen und den Fortbestand der Türkei von der strikten Erfüllung aller damals gefaßten Beschlüsse in Abhängigkeit zu stellen, hätten die Mächte der Hartnäckigkeit des Sultans ein Opfer nach dem anderen gebracht und so sei der Berliner Traktat ein toter Buchstabe geworden. „Aber“ — so fährt der „Temps“ fort — „das ist noch nicht alles. Jedermann weiß, daß die Voraussetzung eines nützlichen und wirksamen Druckes auf die Türkei das Einvernehmen aller Mächte ist. Sobald der geringste Riß sich in dieser moralischen Einheit zeigt, versteht die türkische Diplomatie es vortrefflich, ihn zu erweitern, bis ein klaffender Abgrund entstanden ist und inzwischen ihr Widerstand, ihr non possumus und ihr böser Wille ungestraft hingenommen wird.

„Ohne auf das klägliche Fiasko des europäischen Konzerts zurückzugreifen, darf man wohl fragen, welches Bild seit einiger Zeit die Mächte bieten, die einst den Berliner Vertrag unterzeichnet haben? Während Deutschland beiseite getreten ist, haben zwei sehr verschiedene Gruppen sich unter den fünf Mächten gebildet.

„Einerseits sind es Österreich und Rußland, die ein Prioritätsrecht und eine Art Monopol beanspruchen. Sie sagen aber nicht und wissen vielleicht auch nicht, ob es eine Priorität und ein Monopol zum Handeln oder zur Untätigkeit ist, ob sie als Mandatare oder auf Grund eines eigenen und persönlichen Rechtes diese Stellung in Anspruch nehmen. Und dabei versagen sie sich sowohl einer gemeinsamen Intervention wie einer wirksamen Reform. Dann sind es Frankreich, England, Italien, die in zweiter Linie stehen.

„Man braucht kein Macchiavel zu sein, um die Fuge einer solchen Lage zu finden, den heimlichen Antagonismus auszuspielen und in der Tangente den Ausweg zu finden. Das tut oder versucht Abdul Hamid zu tun. Es gibt nur ein Mittel, diesen Widerstand zu brechen: man nehme ihm die Vorwände, die er mit so unbestreitbarem Geschick nützt. Die ablehnende Note vom 6. November

bietet glücklicherweise der Diplomatie eine vortreffliche Gelegenheit, ihre Fehler gutzumachen. Man greife auf den Artikel 25 des Berliner Traktats zurück und bestehe darauf, daß auf 5 Jahre ein Gouverneur ernannt werde, der von der ewigen Intervention des Yildiz-Kiosk befreit wird, und auf die dauernde Kontrolle durch Delegierte, welche alle Mächte, die den Berliner Traktat unterzeichnet haben, ad hoc hinschicken.

„Wenn Europa sich auf den engen und schwankenden Boden der russisch-österreichischen Note beschränkt, verspielt es einen großen Teil der moralischen Autorität, die ihm noch geblieben ist. Europa hat kein Recht, die unverdiente Aussicht ungenutzt zu lassen, die sich infolge der tollen Hartnäckigkeit des Sultans geboten hat, und ebensowenig wird es seine Hände in Unschuld waschen dürfen, wenn infolge des Scheiterns der Reformen als unheilvolles Ergebnis Mazedonien ruiniert wird und im Frühjahr ein Krieg entbrennt."

Dieser Artikel des „Temps", den die türkischen Staatsmänner sorgfältig zu erwägen haben werden, zeigt deutlich, daß die stille Opposition Frankreichs gegen die russische Orientpolitik in eine Revolte auszumünden droht, und daß man am Quay d'Orsay dabei auf die Unterstützung Englands und Italiens, vielleicht auch der kleinen Balkanstaaten rechnet. An die Aufrichtigkeit der Absicht, durch eine Kooperation aller Mächte den Frieden im Orient zu sichern, aber glauben wir nicht. Eine solche Aktion würde bei den bestehenden Interessengegensätzen erst recht in einen Krieg ausmünden und aller Wahrscheinlichkeit nach die Teilung der Türkei zur Folge haben. Die Ausführungen des „Temps" greifen den Gedanken auf, den Kaiser Alexander I. in einer berühmten Depesche vom 16./28. Juni 1821 ausführen ließ: ob nämlich die „Koexistenz" der Pforte neben christlichen Staaten möglich sei? — denn wie anders läßt sich der gewiß sorgfältig erwogene Ausdruck des „Temps" verstehen, daß die strikte Erfüllung des Berliner Traktats die „conditio sine qua non du maintien de l'empire ottoman" sei? Was aber die Berufung auf den Artikel 25 des Berliner Traktats betrifft, so hat der Informator des „Temps" offenbar aus dem Gedächtnis falsch zitiert und die Redaktion sich nicht die Mühe gegeben, den Text des Vertrages zur Kontrolle heranzuziehen. Art. 25 betrifft die Stellung Österreichs in Bosnien und der Herzegowina, hat also mit der aufgeworfenen Frage

nichts zu tun. Es gibt aber einen solchen Artikel, wie ihn der „Temps“ inhaltlich zitiert, im Berliner Traktat überhaupt nicht. In Frage kamen nur die Artikel 17—21, die von der Organisation Ostrumeliens reden. Art. 17: Der General-Gouverneur von Ostrumelien wird auf die Dauer von 5 Jahren von der hohen Pforte mit Zustimmung der Mächte ernannt werden. Art. 18: Unmittelbar nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zu gegenwärtigem Vertrage soll eine europäische Kommission gebildet werden, um in Übereinstimmung mit der ottomanischen Pforte die Organisation von Ostrumelien auszuarbeiten.“ Das weitere sind Detailbestimmungen. Die Ostrumelien betreffenden Anordnungen des Berliner Kongresses aber sind durch die Revolution vom 18. September 1885, durch das von den Großmächten bestätigte Konstantinopeler Protokoll vom 5. April 1886 und endlich durch die Ernennung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien zum Generalgouverneur von Ostrumelien im Jahre 1896 null und nichtig geworden!

Und nun vergleiche man damit jenen angeblichen Artikel 25 des „Temps“. Kann man leichtsinniger mit den Tatsachen umspringen?

Aber nicht darin liegt die Bedeutung der Ausführungen des „Temps“. Das Wesentliche bleibt das entschlossene Abrücken von der russischen Politik in den orientalischen Angelegenheiten und der Hinweis auf die Möglichkeit eines englisch-französisch-italienischen Einvernehmens, wobei die italienische Kombination wohl auf fromme Wünsche zurückzuführen sein dürfte.

Ernster glauben wir die Möglichkeit eines englisch-französischen Zusammengehens in Erwägung nehmen zu müssen, zumal alle bisherigen Versuche, eine Verständigung in den akuten Fragen der großen Politik zu finden, bisher an den nun einmal vorhandenen Gegensätzen der beiderseitigen Interessen gescheitert sind. Die Frage der gemeinsamen Anleihe, die Marokko geboten werden sollte, ist das letzte eklatante Beispiel dafür. Auf Kosten der Türkei aber glaubt man sich verständigen zu können, und England hat eben jetzt eine Probe seiner politischen Methode dem Sultan gegenüber gegeben, auf die Herr Delcassé nicht ohne Bewunderung, aber wohl auch nicht ohne ein Gefühl des Neides zu blicken scheint. Die „Peterburgskija Wjedomosti“ bringen ein ohne Widerspruch vom „Standard“ wiederholtes Telegramm, das wörtlich folgendermaßen

lautet: „Der englische Botschafter, Sir Nikolas O'Conor, hat kategorisch dem Sultan erklärt, daß, wenn die Schwierigkeiten im Hinterland von Aden nicht innerhalb eines Monats gehoben sein sollten, England 10000 Mann hinsenden und das Hinterland annektieren werde. Sollten inzwischen britische Untertanen unter einem neuen Ausbruch des islamitischen Fanatismus zu leiden haben, so werde ein englisches Geschwader die Dardanellen forcieren und im Bosporus erscheinen. Diese Erklärung des englischen Botschafters ist um so ernster zu nehmen, als, wie man sich erinnern wird, England zwischen Warnung und Schlag nur kurze Zeit vergehen läßt."

Ernst nehmen wir gerade die Schlußdrohung nicht; sollte sie wirklich erfolgt sein, so würde sie doch nicht mehr als eine Drohung bedeuten, denn ihre Ausführung müßte unabsehbare Verwicklungen zur Folge haben, die der englischen Politik höchst unbequem wären. Dagegen ist nichts wahrscheinlicher als eine Annektierung des Hinterlandes von Aden, wenn auch zwischen Drohung und Schlag noch geraume Zeit vergehen kann.

Arabien ist seit 1890 fast ununterbrochen bald hier, bald dort in einem Zustande der Rebellion der Pforte gegenüber, und ganz kürzlich erst ist der türkische Generalgouverneur von Yemen von Arabern ermordet worden. Die Scheichs und Emirs der Küstenlandschaften, sowie das Innere sind teils unabhängig, teils stehen sie in nur formaler Abhängigkeit von der Pforte. England hat davon nicht unwesentliche Vorteile gehabt und dankt diesen Verhältnissen namentlich seine dominierende Stellung im Persischen Golf. Aber unzweifelhaft bedingen die Fehden der Stämme untereinander und die Aufstände gegen die Pforte auch Störungen, und diese werden von England benutzt, um sich dort festzusetzen, wo seine Interessen es verlangen. Während nun die Pforte sich im wesentlichen darauf beschränkt, die großen Straßen nach Mekka und Medina freizuhalten, verfolgt Rußland die sich aus diesen Verhältnissen ergebende Ausdehnung des englischen Einflusses mit um so größerer Sorge, als sich damit die Frage kombiniert, wer Herr im Persischen Golf werden und wer den persischen Handel beherrschen soll. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß die Revisionsreise, die der Vizekönig von Indien, Lord Curzon, eben jetzt, von einigen Kriegsschiffen geleitet, in den Persischen Golf hinein unternimmt,

um so unliebsameres Aufsehen erregt, als gleichzeitig der englische Gesandte in Persien von Teheran aus an die Küste gezogen ist, um Lord Curzon zu begrüßen. Die „Nowoje Wremja" zählt in einem erregten Artikel (14. November) alle Vorteile auf, die England bereits errungen habe. In allen größeren Städten des südlichen und südwestlichen Persien hätten englische Konsuln ihren Sitz. Ein Netz den Engländern dienender Telegraphenlinien sei entstanden, der Karun (der große Zufluß des Schat el Arab aus Persien) werde von englischen Dampfern befahren, sogar in Seistan hätten sie sich eingenistet. Lange habe Rußland, erst durch den Türkenkrieg, dann durch den Bau der sibirischen Bahn voll in Anspruch genommen, das ruhig mit angesehen. Jetzt zum Glück habe man dem unkontrollierten Hausen der Herren Engländer ein Ende gemacht. Seit russische Konsuln in Ispahan und Bender Buschir eingesetzt seien, habe man auch das mittlere und südliche Persien, das einen reichen Markt für russische Waren biete, Bender Buschir und die übrigen persischen Häfen erschlossen, durch eine Dampferlinie mit Odessa verbunden, und da Rußland an der Integrität Persiens aufs lebhafteste interessiert sei, werde es auch keinerlei Annexionen, welcher Art sie immer sein mögen, dulden.

Dieser „avis au lecteur" wird nicht weiter ausgeführt, dürfte aber an Lord Curzons Adresse gerichtet sein. Wir glauben aber nicht, daß es dieser Warnung bedurft hätte. England erreicht seine Ziele ebenso sicher, wenn es seine Stützpunkte an der Ostküste Arabiens sucht — und findet.

Während wir die noch in völligster Unklarheit beharrenden ostasiatischen Verhältnisse nicht berühren wollen, wird es nützlich sein, auf eine merkwürdige „Enthüllung" einzugehen, die in dem bulgarischen Journal „Otsiv" erschienen ist und von der „Times" (14. November) reproduziert wird. Wir schicken voraus, daß wir für den Inhalt keinerlei Wahrheitsbürgschaft übernehmen, gewisse Teile (z. B. die den Grafen Lamsdorff betreffenden) entschieden für falsch halten, aber selbst in dem karikierten Gesamtbilde ein Stück lehrreicher Orientpolitik zu erkennen meinen, das uns den bisher nicht zu erklärenden Widerspruch verständlich macht, der zwischen der offiziellen Politik Rußlands in der bulgarischen Frage und der Haltung der russischen Presse bestand. Unsere Leser erinnern sich, daß diese Presse die

Zankowistenpartei leidenschaftlich begünstigt und die jetzt aus den Wahlen siegreich hervorgegangene Partei der Stambulowisten ebenso leidenschaftlich bekämpft, obgleich gerade diese Partei es ist, welche durch den Ministerpräsidenten Petroff das russisch-österreichische Programm mit großer Energie unterstützt hat. Da uns der „Otsiv" nicht zugänglich ist, müssen wir uns an das Referat der „Times" halten. Sie schreibt: „Das Journal „Otsiv" veröffentlicht einige sonderbare Enthüllungen, welche die Beziehungen zwischen dem letzten Zankowistischen Ministerium und der russischen Regierung betreffen. Ohne über die Tatsachen selbst zu entscheiden, hat man doch guten Grund zu glauben, daß dem Verfasser ungewöhnliche Quellen zur Verfügung standen. Er behauptet, daß, um den Russen den Marsch nach Konstantinopel zu erleichtern, das Zankowistische Ministerium in ein geheimes Einvernehmen mit Rußland getreten sei, um ihm die Häfen von Varna und Burgas zu verpachten, die dann russische Marinestationen geworden wären. Um deutsche Empfindlichkeiten zu schonen, habe Rußland jeden Gedanken an einen Durchmarsch durch Rumänien aufgegeben.

„Damit nun die Überlassung der beiden Häfen ohne Widerspruch erfolge, war es wesentlich, daß Rußland volle Autorität über die bulgarische Armee gewinne. Zu diesem Behuf hat, wie der „Otsiv" behauptet, Dr. Daneff im vorigen Jahre, als er Petersburg besuchte, dem Grafen Lamsdorff versprochen, einen russischen General als bulgarischen Kriegsminister zu akzeptieren. Als Vorbereitung dazu sollte die Ernennung von zweien, an der Verschwörung gegen den Fürsten Alexander beteiligten Offizieren zum Kriegsminister bez. Chef des Generalstabes dienen. Als Dr. Daneff nach seiner Rückkehr dem Fürsten Ferdinand von diesem Pakt Mitteilung machte, soll dieser seiner Unzufriedenheit so Ausdruck gegeben haben: „Sie sind zu weit gegangen." Man hatte außerdem abgemacht, daß eine russische Armee in den Distrikten Burgas und Jamboli unter dem Vorwande untergebracht werden solle, Bulgarien gegen eine türkische Invasion zu schützen. Rußland seinerseits bot einen Vorschuß von 10 Millionen zu Kriegszwecken (Bulgarien war damals in finanziellen Schwierigkeiten) und Schutz gegen Rumänien. Infolge dieser Vereinbarung hatte Dr. Daneff den diplomatischen Agenten Bulgariens durch ein Zirkular vorgeschrieben, ihr Verhalten dem der russischen Gesandten anzupassen.

„Das Journal erzählt weiter, daß Graf Lamsdorff im Januar dieses Jahres, als er in Sofia war, erklärte, daß die mazedonische Frage Rußland allein angehe, und daß die bulgarische Regierung sich aller diplomatischen Schritte in dieser Sache enthalten solle; sie solle ihre Energie darauf beschränken, die Komitees aufzulösen und Einfälle der Banden zu verhindern. Da man fürchtete, daß Fürst Ferdinand von dem Programm zurücktreten könnte, entschloß man sich, ihn durch eine antidynastische Agitation zu schrecken. Kurz vorher war, nach dem „Otsiv", eine Verschwörung zu dem Zweck geschlossen worden, den Fürsten während der Schipkafestlichkeiten zu ermorden und während der Minderjährigkeit seines Sohnes eine Zankowistische Regentschaft einzusetzen.

„Alle Berechnungen der Zankowisten und ihrer russischen Patrone wurden aber über den Haufen geworfen, als der Fürst nach der langen Krisis dieses Frühjahres den General Petroff und die Stambulow-Partei ans Ruder brachte. Graf Lamsdorff wurde unruhig. General Petroff telegraphierte nach Petersburg, daß die neue Regierung sich durch die ungesetzlichen Verpflichtungen ihrer Vorgänger nicht gebunden fühle; aber Graf Lamsdorff machte trotzdem dem diplomatischen Agenten Bulgariens, Dr. Stancioff, darüber Vorstellungen, daß Bulgarien seine auswärtige Politik nicht, wie es zu tun verpflichtet sei, der russischen unterordne. Dr. Stancioff unterstützte diese Vorstellungen in einer langen Depesche, und die Antwort war, daß er aus Petersburg abberufen wurde." Dazu bemerkt nun der Gewährsmann der „Times": „Als Kommentar dazu mag die Tatsache erwähnt werden, daß mehr als einmal von der Petersburger Presse als ballon d'essai die Frage der Abtretung von Burgas als russische Marinestation angeregt worden ist. (Wir erinnern uns nicht, in den uns zugänglichen russischen Blättern jemals davon gelesen zu haben!) Der Hafen würde als tête du pont beim Marsch einer russischen Armee auf Konstantinopel oder auf Dedeagatsch am Aegeischen Meere dienen. Daß das Vilajet Adrianopel, in das von Herrn Hartvig, dem Chef des asiatischen Departements ausgearbeitete Reformschema nicht mit hineingezogen wurde, könnte insofern damit in Zusammenhang stehen, als Rußland interessiert war, Österreich vom Schauplatze seiner künftigen Operationen auszuschließen. Die Zumutungen der russischen Presse erregten die

größte Entrüstung der bulgarischen Zeitungen, aber die Zankowisten entgegneten, daß Rußland, wenn es wolle, sowohl Burgas, wie die bulgarische Armee nehmen könnte.

„Der Entschluß der Zankowisten, die Kontrolle der Armee zu erlangen, war der eigentliche Grund der Ministerkrisis dieses Frühjahrs, die zum Sturz des Kabinetts Daneff führte. Prinz Ferdinand fand es nötig, den General Paprikoff, den Kriegsminister, zu opfern, aber er ernannte zu seinem Nachfolger den Oberst Savoff, dessen Ansichten mit denen seines Vorgängers identisch waren, während die Versuche der Zankowisten, den Emigranten Oberst Dimitroff zum Stabschef zu machen, scheiterten.

Das Resultat der letzten Wahlen hat scheinbar den Kurs der bulgarischen Politik für die nächsten Jahre bestimmt. Die Verzweiflung der Zankowisten kennt keine Grenzen. Die letzten „Sophianer Wjedomosti“, die russophil sind, bringen einen heftigen Ausfall gegen den Fürsten, nennen ihn einen Parteiführer und Nachfolger Stambulows, sie warnen ihn, seine Stellung sei unterminiert und erklären, daß die Nation es nicht dulden werde, wenn er sie auf dem Altar des Pangermanismus opfern wolle.“

Hiermit schließt die gewiß interessante Darlegung, und wir meinen, daß, wenn statt „Graf Lamsdorff“ „slavisches Wohltätigkeitskomitee“ gesetzt wird, man vielleicht dem wahren Kern einer bösartigen Intrigue recht nahe käme. Auch das Verhalten der russischen Presse fände dann eine plausible Erklärung. Wir haben oft genug Gelegenheit gehabt zu zeigen, wie entschieden sie für eine Aktion auf der Balkanhalbinsel eintrat. Als Freund dieser Kreise gilt Herr Bachmetjew, der alte Beziehungen zu den Panslavisten hat. Der erste Vorsitzende des 1858 gegründeten slavischen Wohltätigkeitskomitees war ein Herr A. Bachmetjew, wohl sein Vater, und Frau Bachmetjew, die Gemahlin des Gesandten in Sofia, hat, wie unsere Leser sich erinnern werden, eine hervorragende Rolle in der mazedonischen Agitation gespielt. Der Gesandte selbst aber ist als Freund der Zankowisten bekannt.

19. November. Neuseeland beschließt, den Engländern eine Vorzugsstellung in zollpolitischer Hinsicht zu gewähren.

20. November. Fürst Urussow wird aus Rom nach Paris, Nelidow aus Paris nach Rom als Botschafter versetzt.

23. November. Sieg des amerikanischen Generals Wood über die Moros.

---

25. November 1903.

Es wird sich nicht mehr übersehen lassen, daß die französische Politik nach einer neuen Orientierung sucht. Seit dem formellen Abschluß der alliance franco-russe sind zwölf Jahre hingegangen, in welchen so ziemlich alles ausgegeben worden ist, was man an Enthusiasmus und Begeisterung für Rußland auf Lager hatte. Wohlverstanden für das offizielle Rußland, dessen große Politik wohl Vorteile bot, aber doch die besonderen Erwartungen der Franzosen nicht erfüllte und andererseits mit großer Zähigkeit seinen eigenen Interessen nachging, die sich nun einmal mit den französischen nicht identifizieren lassen. Hatte man zunächst über diese Gegensätze einen dichten Schleier gedeckt, so begann man ihn, seit die Sozialisten das Regiment in ihre Hände genommen hatten, allmählich zu lüften, und heute liegen bereits die alten Grundlagen der französischen Politik unverhüllt vor aller Augen. Man betont zwar noch allseitig, daß nach wie vor das Bündnis beider Nationen die Grundlage aller französischen Politik bleiben müsse, aber je lauter und allgemeiner der Satz verkündigt wird, um so entschiedener gibt man dem Staatssteuer die Richtung, die vom russischen Kurs abführt. Die wirklichen Sympathien gehören nicht dem offiziellen, sondern dem liberalen und radikalen Rußland, dessen glänzendste Vertreter in Paris an der „Ecole russe des hautes études sociales" zu finden sind: die Herren Kovalewski, Tratschewski, Winogradow, Bernatzki, Tugan-Baranowski, Issajew, Wolkow usw., lauter Elemente, denen es aus einem oder dem anderem Grunde in Rußland nicht mehr geheuer ist und die politische und wissenschaftliche Überzeugungen vertreten,

die in ihrem Vaterlande streng verpönt sind. Die in Frankreich studierende russische Jugend, die naturgemäß noch weit radikaler ist, erfreut sich gleicher Sympathien, und zwischen diesem Rußland und den Franzosen besteht allerdings eine Allianz, die fester begründet ist und ohne Zweifel von Dauer sein wird. In der großen Politik aber ist die Allianz zur Kulisse geworden, die nur schlecht die bestehenden Gegensätze verdeckt, ein Schirm durchsichtiger Phrasen, die der Realität nicht mehr entsprechen und eine Glaubensnaivität voraussetzen, die weder hüben noch drüben mehr zu finden ist. In der Tat hört für Rußland, als autokratischen Staat, der heute alle seine Kräfte daran setzt, die in seinem Schoß aufgekeimten sozialistischen und radikalen, revolutionären und anarchischen Strömungen zu bekämpfen, die bisher geflissentlich zur Schau getragene Gleichgültigkeit gegen die Umbildung der französischen Staatsform von der liberalen zur sozialistischen Republik mit absoluter Notwendigkeit auf, seit Frankreich die Bildungsschule geworden ist, aus der die fähigsten Köpfe des jungen Rußland sich den Grundstock ihrer Überzeugungen holen. Die sozialistische Doktrin ist ihrer Natur nach propagandistisch und gewaltsam, weil sie den Stein der Weisen zu besitzen meint. Sie kann nicht tolerant sein und ist es nie gewesen und führt endlich mit zwingender Notwendigkeit von der nationalen Basis zur kosmopolitischen hinüber. Nehmen wir hinzu, daß die Doktrin zugleich kirchenfeindlich ist, so ergibt sich der Schluß, daß sie alles negiert, was das offizielle Rußland von heute zu erhalten bemüht ist, und daß sie alles fordert, was der Zar und die Männer seines Vertrauens zu vernichten bemüht sind.

Man kann diesen Tatsachen gegenüber wohl beide Augen schließen, aber man kann sie nicht wegschaffen, es sei denn, daß Rußland sozialistische Republik oder Frankreich absolute Monarchie werden wollte. Das eine wie das andere Ziel hat seine Vertreter in Rußland und Frankreich, aber gar nichts weist darauf hin, daß sie Aussicht hätten, ihre Utopien zu verwirklichen.

Nicht übersehen läßt sich dagegen die Schwenkung, welche Frankreich in seiner auswärtigen Politik vorbereitet. Es handelt sich — um ein Bild des Grafen Bülow zu brauchen — nicht mehr um eine „Extratour", sondern um einen langen Tanz mit einer anderen Dame als derjenigen, die zuerst zum Tanz gebeten wurde. Oder, um auf

die politischen Tatsachen überzugehen, Frankreich macht kein Hehl daraus, daß es in seiner Orientpolitik mit England zu gehen entschlossen ist und auch Italien zu sich herüberzuziehen hofft, während es, so weit der ferne Osten in Betracht kommt, alle Vorbereitungen trifft, um sich den Verpflichtungen zu entziehen, die es durch die Ausdehnung der Alliance franco-russe auf sich genommen hat. Denn englische Freundschaft, kombiniert mit Unterstützung der russischen Politik in Asien, das sind nun einmal Gegensätze, die selbst ein größerer Prestidigitateur, als Herr Delcassé es ist, wird nicht wegzaubern können. In den jüngsten Verhandlungen der französischen Kammer ist von dem Referenten über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn de Pressensé, dieser Gegensatz in schärfster Weise zum Ausdruck gekommen: eine englisch-französisch-italienische Kooperation in den Balkanangelegenheiten, um die russisch-österreichische Aktion zu nichte zu machen, das war der Kern seiner Ausführungen in der mazedonischen Frage. Herrn Delcassés Erwiderung darauf war mehr als lahm, und darüber wird man sich nicht wundern, wenn man das Programm kennt, das er nach wie vor im „Temps" wiederholen läßt. Es deckt sich inhaltlich vollkommen mit den Pressenséschen Ausführungen, und es mag dabei ein Gedanke mitspielen, der nach einer gut informierten Londoner Korrespondenz des „Berliner Tageblattes" von jungtürkischer Seite (die Jungtürken haben bekanntlich in Paris ihr europäisches Zentrum) den Franzosen zugeworfen worden ist, daß nämlich die Abtretung Syriens an Frankreich eine Kombination sei, mit welcher der Islam sich befreunden könnte! Das wäre allerdings die Erfüllung eines der säkularen Wünsche des französischen Ehrgeizes — aber jedenfalls nicht ein neues Band für die russisch-französische Bundesgenossenschaft. Die Frage der heiligen Stätten, über welche der Krimkrieg entbrannte, müßte im Vergleich zu den durch eine Annektierung Syriens hervorgerufenen Gegensätzen als geringfügig bezeichnet werden.

Wie aber die Gesinnungsgenossen der Herren Combes und Delcassé über die ostasiatischen Angelegenheiten denken, daß zeigt uns die jüngste Nummer des „Européen" in einem Artikel China, Japan und die Mandschurei, als dessen Verfasser Henri Renou zeichnet. Er geht von der, noch nicht feststehenden, Nachricht aus, daß China sich zum Kampf gegen Rußland vorbereite, und hält es

nicht für unwahrscheinlich, daß es Japan sei, das die Chinesen dazu antreibe.

„Japan" — heißt es weiter — „kann sich sagen, daß, wenn China sich zum Kampf entschließt, der Konflikt sich ausbreiten wird; denn die Mächte werden notgedrungen schließlich den Vormarsch der russischen Armeen zum Stehen bringen müssen. Unter diesen Mächten ist aber eine, die ohne viel Worte, und ohne die Schranken internationaler Höflichkeit zu verletzen, merken ließ, daß sie ein Absorbieren Nord-Chinas nicht dulden werde. Wir sprechen von den Vereinigten Staaten, deren jüngster Handelsvertrag mit China zum Teil aufgehoben wäre, wenn die Moskowiter im Besitz der Mandschurei bleiben sollten. Man weiß, und den Japanern ist es wohl bekannt, welche unerwarteten Hülfsmittel die Vereinigten Staaten aufbringen, wenn ihre Flagge engagiert ist. Ein vortrefflich ausgerüstetes Kriegsgeschwader und eine Landungstruppe, die sich der chinesisch-japanischen Armee anschlösse, würden Flotte und Heer des Zaren im fernen Osten in eine gefährliche Lage setzen. Sollte das aber eintreten, so läßt sich die Ausdehnung des Konflikts nicht mehr absehen, da Frankreich, durch geheime Abmachungen gebunden, zur Teilnahme genötigt und durch seinen tollköpfigen Rittergeist fortgerissen werden könnte. Dann werden England und Deutschland die Herren der Lage werden, und alle die Kombinationen, welche die Diplomatie der letzten fünfzehn Jahre mühselig ausgearbeitet hat, müßten zu Wasser werden! Diese unsichere und drohende Zukunft ist das Werk Rußlands, das unter Mißachtung des Völkerrechts, mordicus die Eroberung der Mandschurei zur Tatsache machen will. Solange Rußland seine Ansprüche aufrecht erhält, die durch zweideutige Erklärungen nur schlecht verdeckt werden, bleibt der ferne Orient als Ausgangspunkt eines allgemeinen Krieges zu fürchten ... Gewiß, der organisierte Raub der mandschurischen Provinzen war eine Unredlichkeit und eine schreiende Verletzung des Völkerrechts, und wir zweifeln nicht daran, daß die Mächte, welche im 20. Jahrhundert die Zivilisation vertreten, schließlich auch die Durchführung dieses Raubes dulden würden. Aber da es zugleich eine Frage der Interessen, des Handels, der Busineß, der Dollars, Piaster, Taels und Pfund Sterling ist, werden die europäischen Kabinette eine Energie wiederfinden, die schon längst durch Fragen der Humanität und des Rechts sich nicht mehr erregen läßt."

Ohne auf eine Prüfung der sachlichen Richtigkeit der hier dargelegten politischen Kombinationen einzugehen, die sich keineswegs ganz übersehen lassen, betonen wir nochmals den tiefen Gegensatz, der zwischen dieser Auffassung und der russischen besteht. Sie ist aber ebenso tief in der mazedonischen Frage, und sobald man die Reden der Herren Pressensé und Delcassé ihrer Hüllen entkleidet, zeigt sich, daß ihr Standpunkt von dem Henri Renous nur formell, nicht inhaltlich verschieden ist. Wir unsererseits halten immer noch an der Hoffnung fest, daß sowohl im fernen wie im nahen Orient ein Konflikt sich wird vermeiden lassen. Daß die Okkupation von Mukden und die Nichteinhaltung des 8. Oktober als Räumungstermin in China eine tiefe Erregung hervorgerufen hat, ist sicher. Es ist auch keineswegs unmöglich, daß sie nicht nur gegen die Russen ihre Spitze wendet, sondern, wie vor drei Jahren, in allen Europäern Feinde zu erblicken meint. Schon seit Monaten sind, namentlich durch die russischen Zeitungen, Berichte gegangen, die von einer unheimlichen Erregung im Schoß der geheimen Gesellschaften erzählen, die, wie bekannt ist, ganz China umfassen. Ein Ausbruch des Fremdenhasses gehört daher keineswegs zu den Unmöglichkeiten. Aber zum Glück liegen die Verhältnisse in Peking anders als Anno 1900. Das Gesandtschaftsviertel ist heute eine Art Festung geworden. Die Zahl der Verteidiger ist größer, und nicht unbeträchtliche europäische Streitkräfte sind in erreichbarer Nähe. Schon deshalb halten wir eine Wiederholung der Ereignisse von 1900 nicht für wahrscheinlich und, wenn sie trotz allem eintreten sollten, für weniger bedenklich. Ganz aus aller politischen Berechnung sind aber auch solche Eventualitäten nicht zu stellen. In der mandschurischen Frage würde allerdings jedes Eingreifen der Vereinigten Staaten als Feuersignal dienen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß Staatssekretär Hay zu extremen Maßregeln schreitet; er operiert nicht gern gegen den Starken und hat zudem gerade jetzt mit den amerikanischen Angelegenheiten vollauf zu tun, ganz abgesehen davon, daß die Anerkennung der Republik Panama nach allem, was vorausgegangen ist, auch nicht zu den politischen Ereignissen gehört, aus welchen das Völkerrecht sich ein Musterbeispiel politischer Loyalität holen könnte. In der Türkei aber ist eine Entscheidung noch nicht gefallen, und wenn die Pforte ihren Vorteil richtig erwägt, wird sie die austro-russischen Forderungen

annehmen und sich damit ihre Ruhe sichern. Daß die russische Regierung es aber mit ihrem Programm ernstlich meint, zeigt wohl am besten ein von der „Oswoboshdenije“ veröffentlichtes Zirkular der Oberpreßverwaltung vom 23. Sept. 6. Oktober 1903 Nr. 8928.

„Die Redaktionen der periodischen Presse sind schon darüber unterwiesen worden, daß es notwendig ist, die Angelegenheiten, die sich auf der Balkanhalbinsel vollziehen, in dem Sinn zu behandeln, der in den Kundgebungen der Regierung zum Ausdruck kommt. Statt dessen haben bis in die letzte Zeit hinein die Organe unserer periodischen Presse in ihren Spalten Artikeln Raum gewährt, die keineswegs der friedlichen Politik unserer Regierung entsprechen, und zugleich dazu angetan sind, die öffentliche Meinung Rußlands in unliebsamer Weise zu erregen. Außerdem erscheinen in einzelnen Zeitungen scharfe Ausfälle gegen die jetzige serbische Regierung.

In Anbetracht dessen macht die Oberpreßverwaltung, auf Befehl des Ministers des Innern, die Herren Redakteure periodisch erscheinender Preßorgane darauf aufmerksam, daß, wenn in ihren Spalten wiederum Artikel erscheinen sollten, die in Widerspruch zu den über die Balkanpolitik erteilten Anweisungen stehen oder in unpassender Weise über die serbische Regierung herfallen, die Schuldigen der gebührenden Strafe verfallen werden.“ Unterzeichnet Adikajewski.

Dieses Zirkular, das vor allem dadurch wichtig ist, daß es in ganz unverdächtiger Weise die friedliche Richtung der heutigen russischen Balkanpolitik beweist, ist noch in anderer Hinsicht interessant. Einmal steigert es die Bedeutung, welche denjenigen Artikeln der russischen Presse beizulegen ist, welche Fragen auswärtiger Politik behandeln, da diese Blätter, wie das Zirkular zeigt, Instruktionen über die von ihnen einzuhaltenden Richtungen bekommen, zweitens aber werden wir Zeugen einer Art Rebellion dieser Blätter in der mazedonischen Frage. Unsere Leser werden sich erinnern, wie häufig sogar Blätter wie die „Nowoje Wremja“ leidenschaftlich für eine Aktion Rußlands auf der Balkanhalbinsel eingetreten sind. Wir sehen auch darin ein Symptom der stetig anwachsenden Opposition gegen das Plehwe-Pobedonoszewsche System. Dann aber fällt auf, daß in diesem Zirkular mit keiner Silbe der weit leidenschaftlicheren Ausfälle gegen den Fürsten Ferdinand von Bulgarien gedacht wird, was wohl zum Schluß nötigt, daß Serbien heute in Gnaden, Bulgarien aber in Ungnaden steht.

Übrigens ist die Erregung in Konstantinopel groß. Nicht nur im Yildiz-Kiosk, sondern auch in den Volksmassen. Dazu kommt, daß finanzielle Nöte sich geltend machen, was immer zunächst denen fühlbar wird, die ihrer Gehälter und Löhnungen warten. Die Engländer hat man durch Abtretung der an Aden stoßenden Gebiete zu beruhigen gesucht, die Reformen scheint man zumeist wegen ihrer Rückwirkung auf die Albaner zu fürchten. Die Haltung Deutschlands wird als eine Enttäuschung empfunden, obgleich völlig feststeht, daß wir allezeit die russisch-österreichischen Vorschläge mit unserem Einfluß unterstützt haben. Bulgaren und Mazedonier kündigen für das Frühjahr einen neuen Aufstand an, und wenn sie nicht fest am Zügel gehalten werden, dürfte ihre Vorhersagung wohl eintreffen. Kurz, das alles sieht unklar und unsicher aus, und es läßt sich nicht verkennen, daß der Gegensatz, in den die Westmächte sich zu Österreich-Ungarn und Rußland in der Orientfrage gestellt haben, die Hauptschuld daran trägt. Aber so ist es seit 1821 allezeit gewesen, wenn die orientalische Frage auftauchte: wo bleibende Interessen mitspielen, fallen künstlich geschaffene Kombinationen in sich zusammen.

Außerordentliche Aufmerksamkeit hat in England Lord Curzons Expedition in den Persischen Golf und noch mehr sein Unternehmen gegen Tibet hervorgerufen. Beides erfreut sich der vollen Sympathien der Engländer. Das eine ist eine Demonstration zur See, die immer Freude macht, das andere ein kleiner Krieg, wie man ihn zu führen liebt und der nebenbei den angenehmen Kitzel trägt, daß man Rußland an einem empfindlichen Punkte trifft, ohne daß dieses in der Lage wäre, dem englischen Unternehmen entgegenzuwirken. „Von Taschkent" und sogar vom Pamir aus bis nach dem Saupotal ist es sehr weit — schreibt der „Standard" behaglich — und daß Truppen vom Oxus über die Schneeberge den Tibetanern zu Hülfe kommen, gehört zu den unmöglichen Dingen." Aber mißtrauisch ist das Blatt trotzdem, und darin hat es gewiß nicht unrecht. Rußland kann England in Asien in vielen Punkten treffen, ohne sich Blößen zu geben, dort aber, wo England die russische Macht schädigen konnte, im Golf von Petschili, mag es sich nicht hinwagen, das würde einen großen Krieg geben, wie man ihn nicht liebt.

Die marokkanische Frage hat ihren Charakter nicht geändert. Nur das eine steht fest, daß England und Frankreich sich nicht haben

verständigen können und daß in Paris die Meinungen darüber auseinander gehen, auf welchem Wege man sich den Einfluß in Fez sichern soll, den man zu gewinnen entschlossen scheint. Es sind sehr kriegerische Wünsche laut geworden, aber auch sehr friedliche. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß, so lange die Krisis der beiden Oriente fortwährt, die Friedenspartei die Oberhand behält, aber als sicher läßt sich annehmen, daß dieses marokkanische Problem auf lange hinaus nicht mehr von der politischen Tagesordnung schwinden wird.

In England haben die italienischen Herrschaften, die von dem neuen Minister des Auswärtigen Tittoni begleitet waren, überaus herzlichen Empfang gefunden. Man hat alle alten politischen Freundschaftserinnerungen hervorgeholt und über unbequeme Zwischenfälle, wie billig ist, geschwiegen. Es wird behauptet, daß positive politische Abmachungen getroffen worden seien, aber sichere Nachrichten darüber liegen nicht vor. An sich könnte es insofern nur erwünscht sein, als Italien als Mitglied des Dreibundes eine indirekte Verbindung mit England vermitteln würde, die unter Umständen von Wert sein kann, weil sie immerhin möglichen Kombinationen die Spitze abbrechen würde. Es heißt, daß König Eduard VII. persönlich viel dazu beitrage, die politische Annäherung beider Staaten zu fördern, ganz wie die englisch-französischen Liebenswürdigkeiten auf ihn zurückgeführt werden. Am 25. November werden die Mitglieder des Commercial Comittee des Unterhauses in Paris eintreffen und von der parlamentarischen Gruppe Frankreichs des arbitrage universel empfangen werden. Die Festlichkeiten werden bis Sonntag, den 29., dauern. Herr Berthelot, Baron Courcel, Labiche und Waldeck-Rousseau werden Ehrenpräsidenten sein, d'Estournel de Constant Präsident. Man wird viel und schön reden, vielleicht noch besser dejeunieren und dinieren, danach aber wird in alter Weise die Welt ihren Lauf fortsetzen.

---

27. November. Irredentische Kundgebungen italienischer Studenten.
28. November. Rumänien feiert den 25jährigen Besitz der Dobrüdscha.

---

2. Dezember 1903.

Auf die Debatten in der französischen Kammer, die das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßte und die durch den völlig aussichtslosen Antrag der Sozialisten auf Abrüstung in ihrer Temperatur erheblich gesteigert wurden, sind die Verbrüderungsfestlichkeiten mit den englischen Parlamentariern gefolgt, bei denen nicht weniger, und man nehme uns das Wort nicht übel, nicht weniger töricht geredet worden ist. Es war ein Umsichwerfen mit großen Worten auf beiden Seiten, ein gegenseitiges Komplimentieren und Verbeugen, das dem naiven Zuhörer die Vorstellung erwecken mußte, daß sich hier allerdings ein noch nicht Dagewesenes vollziehe: eine Völkerverbrüderung, wie sie selbst in den Honigmonden der alliance franco-russe, in Kronstadt und Toulon, nicht inniger gewesen ist. Der wesentliche Unterschied zwischen den englisch-französischen und den französisch-russischen Festen aber lag darin, daß es diesmal nicht die ausgewählte Besatzung einiger Schiffe oder die unverantwortliche Bevölkerung einer gierig nach allem Neuem greifenden städtischen Gemeinschaft war, die sich gerührt in die Arme sank, sondern die berufenen und verantwortlichen Träger der Politik beider Reiche. Balfour ist nur durch einen unglücklichen Zufall — wie er bedauernd telegraphierte — verhindert worden, mit hinüber zu kommen, aber dafür ist das ganze offizielle Frankreich am Platz gewesen und was an politischen Notabilitäten irgend herangezogen werden konnte. Aber freilich, eine nüchterne Analyse vertragen diese rauschenden und begeisternden Reden nicht. Wenn Lanessan seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die englische und die französische Flotte vereint stark genug seien, um Verbrechen gegen das Völkerrecht zu verhindern, mochte bei ihm, nach

all den Huldigungen, die man dem großen Sinn, der Kulturmission und der sich stets gleichbleibenden politischen Gerechtigkeit, von seiten der Franzosen den Engländern und von seiten der Engländer den Franzosen dargebracht hatte, im Nebel der Begeisterung die Erinnerung an politische Wirklichkeiten, die nicht eben weit zurückliegen, in der Tat ganz verloren gegangen sein. Er hat wirklich die beiden vereinigten Geschwader auf der Jagd gegen die Ungerechtigkeit der Welt, vielleicht im Golf von Mazedonien oder im Golf von Petschili, im Geist verbunden gesehen und dabei Faschoda und Maskat, den Burenkrieg und Marokko, vor allem aber die alliance franco-russe, nicht im Auge behalten können. Und ebenso wird es dem Ministerpräsidenten Combes ergangen sein, der der Hoffnung sehr bestimmt Ausdruck gab, daß in Zukunft beide Nationen, statt Hekatomben blutiger Menschenopfer zu bringen, einander nur noch in den harmlosen Schlachten des Wettbewerbes auf den Märkten des Welthandels begegnen würden, und daß dann Europa, die Richtung des Windes erkennend, sich ihrem Beispiele anschließen werde.

Es ist wirklich schwer, naiver zu reden und wahrhaft rührend, daß der Ministerpräsident einer sozialistischen Republik sich sein Kindergemüt so rein erhalten hat. Wir minderen Sterblichen sind bisher der Meinung gewesen, daß es der Wettbewerb auf den Märkten des Welthandels ist, der mehr als alles übrige als das punctum saliens der politischen Schwierigkeiten des Augenblicks betrachtet werden muß, und daß die gesamte Politik Englands, die gegenwärtige deutsch-feindliche Richtung der englischen Nation mit eingeschlossen, gerade durch den Kampf um die Vorherrschaft auf den Weltmärkten ihre Erklärung findet. Wer politisch denkt, wird daher, in richtiger Würdigung der allezeit nüchtern gedachten englischen Politik, zum Schluß gedrängt, daß man in London sehr wohl wußte, weshalb es nützlich sei, jene große Demonstration zu inszenieren. Sie bedeutet zweifellos eine weitere Lockerung der russisch-französischen Beziehungen — wie u. a. auch die sehr übel gelaunten Kommentare russischer Zeitungen zeigen — und zeigt andererseits, daß die französische Konkurrenz auf dem Weltmarkte sehr wenig gefürchtet wird. Frankreich kolonisiert hauptsächlich zum Vorteil anderer Nationen, wie jeder Blick in die französisch-hinterindischen Häfen oder nach Algier und Tunis hineinzeigt. Es stellt

die Forschungsreisenden, die Beamten, Garnisonen, Kellner, nicht die Kaufleute jener Exploitationsgebiete, und der Vorteil davon fällt niemandem mehr zu, als England. Das alles sind Tatsachen, über welche unter ernsten Männern nicht mehr gestritten wird. Dem politischen Ehrgeiz der Franzosen aber kann England doch nur bis zu einer sehr scharf gezogenen Grenze Rechnung tragen: wie es Frankreich den Suezkanal aus den Händen genommen und ihm die Tür von Maskat geschlossen hat, kann es auch heute ein französisches Marokko, speziell ein französisches Tanger nicht dulden, ganz ebenso wenig, wie es je einen französischen Einfluß im Persischen Golf zulassen wird. Schiedsgerichte in Bagatellsachen und nicht verpflichtende Aussichten für die Zukunft, wo es sich um größere Dinge handelt, sind ein billiger Köder, wenn dafür erreicht wird, daß Frankreich in seiner Politik im nahen Orient mit England geht, und daß es im fernen Osten nicht mitmacht. Geht Frankreich morgen wieder hier oder dort in die Bahnen der russischen Interessenpolitik zurück, so sind übermorgen jene Pariser Verbrüderungsreden von den Engländern vergessen, als wären sie nie gehalten worden.

Doch kehren wir zur französischen Budgetdebatte zurück, die uns näher angeht. Herr Delcassé hat es für nützlich gehalten, wieder einmal die alte Revanchepolitik, oder, wie das „Journal des Débats" in eleganter Umschreibung sagt: „un de ces problèmes où la conscience nationale n'admet pas d'hésitation" zu proklamieren. Wir sind dieser Erklärungen nachgerade recht überdrüssig geworden: man hat sie uns jetzt länger als ein Menschenalter hindurch in allen Tonarten vorgehalten, aber stets mit der typisch gewordenen Nuance: „haltet mich recht fest, sonst könnte ich um mich schlagen". Das wirkt heute nur noch lächerlich, und wir sind überzeugt, daß Pressensé der wahren Ansicht der ungeheuren Mehrzahl Ausdruck gab, als er von einer „revanche dont personne ne veut" unter dem stürmischen Widerspruch der Kammer sprach. Vielleicht ist aber eben jenes „Festhalten" das stärkste Band der heutigen alliance franco-russe; es gibt den heroischen Posen, mit welchen man in der Kammer, sobald die Rede auf Deutschland kommt, eine Träne zerdrückt und mit dumpfer Stimme sein „jamais, jamais!" deklamiert, wenigstens eine Art politischen Stützpunktes. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber würde jede Regierung, die den Versuch machen wollte, von den

großen Worten zur Tat überzugehen, über Nacht zusammenbrechen und eben deshalb läßt sich annehmen, daß es nach wie vor bei den Deklamationen bleiben wird. Denn das alles hängt an Amt und Mandat und hat keinerlei Neigung, für neue Männer die kurulischen Sessel frei zu geben. Sollen wir das heutige politische System Frankreichs charakterisieren, so zeigt es uns alle Merkmale innerer Unwahrhaftigkeit: Unwahr ist das Verhältnis zu Rußland, voller Vorbehalte die englische Freundschaft, unwahr das Revanchegeschrei, und für im Kern unwahr halten wir auch die neu gepflegte Freundschaft zu Italien. Denn, um bei dieser letzten Frage stehen zu bleiben, zwischen Frankreich und Italien steht der Punkt des Dreibund-Vertrages, der Italien verpflichtet, im Fall eines französischen Angriffes mit uns ins Feld zu ziehen. Wenn Frankreich im Hinblick auf seine Interessen im Mittelmeer darüber meint hinwegsehen zu können, ist es ein weiterer Beleg für unsere These, daß für die französische Revanche trotz der Affichierung des Gallischen Protestes gegen den Frankfurter Frieden die deutsche Redensart gilt: „viel Geschrei und wenig Wolle." Vielleicht aber hofft man in Frankreich, daß Italiens Verbleiben beim Dreibunde nicht mehr von langer Dauer sein kann. Wenn das der Fall sein sollte, so läßt sich nicht bestreiten, daß Italien selbst den Anlaß dazu geboten hat, daß solche Meinungen sich festsetzen konnten. Das ungenierte Wiederauftauchen der irredentistischen Bewegung, und zwar in einem so kernösterreichischen Lande wie Tirol, der Widerhall, den die Innsbrucker Ereignisse in Turin, Bologna, Pavia, Padua gefunden haben, die Tatsache, daß ein Mann vom Gewicht de Gubernatis die Irredentisten stützt, fast könnte man sagen anspornt, das alles zeugt von einer völligen Unsicherheit der Nation in ihrer politischen Orientierung. Es liegen dafür freilich noch andere Symptome vor, zu denen wir die besondere Haltung rechnen, die Italien in bezug auf die Balkanangelegenheiten einnimmt. In dieser Hinsicht macht sich die angebahnte Abhängigkeit von der französischen Politik entschieden geltend; es ist aber auch möglich, daß die Enttäuschungen mitwirken, die Montenegro empfindet, das heute näher zu Italien als zu Rußland zu stehen scheint. Kurz, das alles gibt eine außerordentlich verwickelte Lage, wie, um ein Symptom anzuführen, die Verstimmung Spaniens über die neue französisch-englisch-italienische Freundschaft

zeigt. Es ist noch gar nicht lange her, daß, wer Paris sagte, damit zugleich Spanien meinte; das aber ist heute ebenso wenig der Fall, wie die früher selbstverständliche Identifizierung der montenegrinischen Politik mit der russischen.

Immerhin glauben wir uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß das Ministerium Tittoni der irredentistischen Schwierigkeiten Herr werden und damit einem in der Tat bedenklichen, mit dem intimen Einverständnis der Dreibundmächte schwer zu vereinigenden Mißverständnis ein Ende setzen wird.

Mit unseren Befürchtungen, daß das Ministerium Tisza die in Ungarn um sich greifende politische Anarchie nicht ohne weiteres werde beseitigen können, haben wir leider recht behalten. Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten gegen Herrn v. Körber, die unserer Überzeugung nach ein Fehler im Hinblick auf die Interessen der Gesamtmonarchie war, hat auch ihren Zweck, die Opposition, durch zeitweiliges Eintreten in die Arena ihrer Gedankenkreise, zu kirren, keineswegs erreicht. Sie ist heute so verstockt wie je vorher, und hat, von den Kramarz und Klofacz geführt, sogar den selbstmörderischen Plan einer Allianz der ungarischen Opposition mit den Slaven und Rumänen Ungarns entwickeln können. Das würde direkt zu einem reaktionär-klerikalen Regiment führen, wie es bereits als Möglichkeit sich mehr als einmal am Horizont gezeigt hat. Die „Neue Freie Presse" fürchtet schon, daß der österreichische Konflikt mit Ungarn von der Armeefrage auch auf das ökonomische Gebiet übergehen könnte. Und in diesen schwierigen Verhältnissen findet sich noch immer nicht der Mann, der Österreich zu einmütigem politischen Willen um sich zu scharen vermöchte, weil die Tschechen nach wie vor jede Einigung unmöglich machen. Sie haben ihr Programm neuerdings folgendermaßen formuliert: „Durchführung des föderativen Prinzips für die ganze Monarchie, Anerkennung der tschechischen Sprache als gleichberechtigt mit der deutschen in Verwaltung und Verkehr; Gründung zweier tschechischer Universitäten sowie tschechischer Fachschulen und Sekundärschulen, Unterrichtsreform; Schutz der nationalen Minderheiten in allem, was die Entwickelung ihrer Kultur, ihres Wirtschaftslebens, ihrer nationalen und bürgerlichen Rechte betrifft, endlich und vornehmlich Einführung des Tschechischen in die Sprache der Armee und die Militärverwaltung Böhmens!" Daß alle diese Herrlich-

keiten einer völligen Tschechisierung Böhmens dienen sollen und einen entschlossen deutschfeindlichen Charakter tragen, ist unzweifelhaft. Man fragt sich demgegenüber, ob nicht auch in Pest schließlich die Einsicht zum Durchbruch kommen wird, daß der unnötig heraufbeschworene Streit mit Österreich Ungarn im Effekt nicht nur isoliert und schwächt, sondern ihm noch dazu Feinde organisieren hilft, die auf ungarischem Boden ihre natürlichen Verbündeten finden und dann einmal zu einer wirklichen Gefahr für die magyarische Nationalität werden müssen. So ist unser ceterum censeo, daß die Streitaxt zwischen Deutschen und Magyaren begraben und ein festes Bündnis zwischen diesen beiden Nationalitäten Österreich-Ungarns geschlossen werden muß. Der Staatsmann, der stark und einsichtig genug ist, dieses Bündnis perfekt zu machen, wäre der größte Wohltäter beider Reichshälften. Aber freilich, die Voraussetzung ist, daß die Ungarn mit dem Verfolgungssystem ein für allemal brechen, unter dem die Deutschen Ungarns zu leiden haben; das ist unerläßlich und ein Zugeständnis, das auch der heißblütigste Magyar um so mehr machen kann, als von einer Überflutung des magyarischen Elements durch das deutsche weder jetzt, noch in Zukunft die Rede sein kann.

Die wenn auch etwas verklausulierte Annahme der von Rußland und Österreich-Ungarn der Pforte gestellten Bedingungen kann als sicheres Zeichen dafür gelten, daß die akute Krisis im nahen Orient nunmehr überwunden ist. Es wird sich jetzt darum handeln, wie beide Mächte die ihnen gemachten Zugeständnisse nützen werden. Da ein volles Einvernehmen zwischen ihnen besteht, läßt sich auf ein rasches und entschiedenes Handeln ihrerseits rechnen. Je mehr die Pforte den Reformen, die, wie ausdrücklich zugestanden wurde, ihre Souveränitätsrechte nicht antasten werden, Förderung angedeihen läßt, um so klüger wird sie handeln und um so kürzere Zeit wird auch die Tätigkeit der ihr lästigen Kommission dauern. Es läßt sich auch hoffen, daß, wenn erst die Kommissare am Werk sind, die mazedonischen Komitees nicht wagen werden, mit ihrer Agitation und mit ihren Banden wieder aufzutreten, so daß wir beginnen, auf ein friedliches Frühjahr für die Balkanhalbinsel zu rechnen.

Die von uns vor 8 Tagen an der Hand eines Rundschreibens der russischen Zensur gemutmaßte Verstimmung zwischen Rußland und Bulgarien hat inzwischen dadurch ihre Bestätigung gefunden,

daß Rußland auf Bulgarien wegen der noch nicht getilgten auf Ostrumelien lastenden Schuld zu drücken beginnt. Das ist ein böses Symptom und Bulgarien täte gut, ohne jede Zögerung zu zahlen — wenn es zahlen kann. Die Regierung von Sofia hat ein so großes politisches Schuldkonto abzutragen, daß der Kredit für die klingenden Schulden bei Rußland nur sehr schwer zu finden sein dürfte.

Im fernen Orient dauert die Krisis unentschieden fort, aber sie hat eher an Schärfe gewonnen als verloren. Nur ist es nicht möglich, mit Sicherheit zu urteilen, da wir es mehr mit Gerüchten als mit Tatsachen zu tun haben. Was am meisten ins Gewicht fällt, ist die mit großer Bestimmtheit auftretende Nachricht von der bevorstehenden Reise der Kaiserin-Witwe von Peking nach einer der westlichen Residenzstädte. Offenbar hat die Okkupation von Muckden erschreckt. Für die Chinesen aber könnte die „Flucht", denn das wäre es doch, recht betrachtet, zum Signal einer Erhebung werden, deren Spitze sich gegen Rußland wenden würde. Tritt China an Japans Seite, so wäre damit der Fall gegeben, der Frankreich zur bewaffneten Unterstützung Rußlands verpflichtet. Greift aber Frankreich ein, so ist England gebunden, zu Japan zu stehen, und wir hätten damit die Lage, welche die englisch-französische entente ad absurdum führen müßte. Aber vielleicht ist diese Reise der Kaiserin-Witwe nicht mehr als ein Gerücht und auch diese Gefahr zieht vorüber. Wir wiesen schon einmal darauf hin, daß der jetzt eingetretene Winter für Japan eine ungünstige Chance bringt. Es fragt sich, ob sie durch den Gewinn an Zeit aufgewogen wird.

Die Reise Lord Curzons hat in Rußland noch mehr Lärm gemacht, als wir voraussahen. Besondere Beachtung verdient ein ruhig gehaltener Artikel der „Nowoje Wremja" und parallel laufende Ausführungen der „Birshewija Wjedomosti". Sie münden in die Forderung von Kompensationen für Rußland aus, falls England seine Stellung am Persischen Golf territorial erweitern sollte. Auch die tibetanische Expedition hat Anlaß zu wenig freundlichen Bemerkungen gegeben. Der Eindruck ist unverkennbar, daß man in Petersburg die englische Politik als die eigentlich feindselige ansieht.

Wir glauben nicht, daß die Rede, die Balfour am 27. November im Unionklub zu London gehalten hat, diese Stimmung ändern wird. Die englischen Rüstungen, das war der Sinn seiner

Ausführungen, seien bestimmt, die lange russisch-englische Grenze in Indien und Zentralasien zu verteidigen. Er sagte das sehr freundlich, ohne jede Spitze gegen die russische Politik, aber doch in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit. Man habe nicht umsonst in einer Zeit, da England an den schwierigsten militärischen Organisationsproblemen arbeite, Lord Kitchener an den Himalaya geschickt! Komme einmal England selbst in Gefahr, so werde es Hülfe finden im Patriotismus und Enthusiasmus der Nation. Die organisierte Armee aber sei da, um dorthin geschickt zu werden, wo sie im englischen Kolonialreiche notwendig sei. Mit großer Bestimmtheit sprach er sich gegen die Einführung jeder Art von Konskription aus, und seine Zuhörer schienen mit all seinen Argumenten voll einverstanden.

Uns erscheinen sie weniger plausibel. Aber das ist Sache der Engländer, und der nicht ausgesprochene Gedanke, daß niemand sie auf ihrer glücklichen Insel aufsuchen werde, um sie zu bekämpfen, mag der berechtigte Untergrund dieser Zuversicht sein.

2. Dezember.	Zusammenstoß zwischen Russen und Chunchusen.
3. Dezember.	Das Ministerium Giolitti erhält ein Vertrauensvotum.
3. Dezember.	Rücktritt des Ministeriums Villeverde in Spanien.
4. Dezember.	Beurlaubung des russischen Finanzministers Pleske auf zwölf Monate.
5. Dezember.	Konstituierung des Ministeriums Maura in Spanien.
5. Dezember.	Die ungarische Unabhängigkeitspartei (Kossuth) verspricht die Obstruktion aufzugeben.
7. Dezember.	Eröffnung des Kongresses in Washington.
7. Dezember.	Albori wird an Kallays Stelle Oberkommandierender in Bosnien und Herzegowina.

---

9. Dezember 1903.

Mit außerordentlicher Befriedigung haben wir den Wiedereintritt der 10 Abgeordneten der Siebenbürger Sachsen in die Regierungspartei des ungarischen Abgeordnetenhauses begrüßt. Es ist ein patriotischer und ein kluger Schritt und im Hinblick auf das ungesühnte Unrecht, daß die Magyaren dem siebenbürgischen Deutschtum angetan haben, ein Akt der Selbstverleugnung, der, wie sich von dem politischen Sinn der Magyaren hoffen läßt, nicht ohne entsprechende Gegenleistung bleiben wird. Scheint es doch, als habe die separatistische Fraktion der obstruierenden Unabhängigkeitspartei den Bogen überspannt und sich selbst in eine Stellung politischer Ohnmacht versetzt. So liegen die Aussichten Tiszas günstiger, als sich erwarten ließ und er könnte sich ein bleibendes staatsmännisches Verdienst erwerben, wenn es ihm gelänge, die unerläßliche volle Versöhnung zwischen Deutschen und Magyaren herbeizuführen. Die Nachgiebigkeit, die er dem ungarischen Chauvinismus in der Armeefrage gezeigt hat, beunruhigt uns weniger als die österreichischen Blätter. Es handelt sich nicht um praktische Maßnahmen, welche die Einheit der Armeesprache und damit die Einheit jeder militärischen Aktion schließlich erschüttern müßten, sondern um theoretische Ansprüche, vor deren praktischer Durchführung man sich in Ungarn umsomehr hüten wird, als sie sofort den Anspruch der slavischen Bevölkerung beider Reichshälften auf gleiche Geltung ihrer Sprachen und Dialekte zur Folge haben würde.

Es liegen aber alle Anzeichen dafür vor, daß wir vor einer südslavischen Bewegung stehen, die, wenn die Weltlage ihr günstig werden sollte, über Nacht zu ungeahnter Bedeutung gelangen und ihre Spitze naturgemäß gegen Ungarn richten würde. Wir verfolgen die Keime dieser Bewegung schon seit geraumer Zeit, haben sie aber noch niemals mit so unverhüllter Deutlichkeit aussprechen hören, wie neuerdings in einer Belgrader Korrespondenz der „Petersburgskija Wjedomosti" vom 2. Dezember Nr. 317). Die Frage scheint uns wichtig genug, um die Wiedergabe dieser Korrespondenz in ihrem vollen Umfange zu rechtfertigen.

„Trotz des Stambulowschen Regimes in Bulgarien (gemeint ist damit der Sieg der bulgarischen Regierungspartei bei den letzten Wahlen) fühlt man in Serbien, seit dort das normale staatliche Leben hergestellt ist, eine stärkere Neigung, sich Bulgarien zu nähern. Man sieht immer häufiger in Belgrad bulgarische Patrioten, Publizisten, Leiter der mazedonischen Bewegung und sie alle finden in der serbischen Hauptstadt freudige Aufnahme. Diese vom slavischen Standpunkte aus erfreuliche Bewegung gab mir den Anlaß, wenigstens theoretisch festzustellen, ob in jetziger Zeit eine Personalunion zwischen Serbien und Bulgarien möglich ist. Ich sprach darüber mit einem hervorragenden serbischen Publizisten. — Bitte, sagen Sie mir, ist eine Personalunion zwischen Bulgarien und Serbien möglich? — Leider waren bisher die serbisch-bulgarischen Beziehungen nicht geeignet, engere politische Bande zu knüpfen, aber es scheint, daß ein Umschwung zum besseren sich vorbereitet. Die Gebildeten beider Länder beginnen zu verstehen, wie ernst die Lage der slavischen Stämme auf der Balkanhalbinsel ist, und wie töricht die Feindschaft war, welche die Gegner der Slaven durch die Anhänger Milans in Serbien und durch die Leute Stambulows in Bulgarien aufrecht erhalten. Bei uns mußte man stets damit rechnen, daß die Anhänger Milans uns den Feinden der Slaven verrieten; in Bulgarien aber ist durch den Terror der letzten Wahlen das System Stambulows wieder erstarkt, aber ihm steht dasselbe Schicksal bevor, wie unseren Milanisten (d. h. wohl, sie werden ermordet werden!!). Obgleich bei den Bulgaren die guten slavischen Eigenschaften ebenso lebendig sind, wie bei den Serben, und obgleich das bulgarische Volk schon aus Dankbarkeit den Verlockungen der Slavenfeinde nicht folgen wird,

die ihre Pfeile schließlich gegen Rußland richten, kann ich auf Grund meiner Beobachtungen in Serbien und Bulgarien fast mit Bestimmtheit sagen, daß die Bulgaren mit ihren Stambulowisten bald abrechnen werden . . ., ist das aber geschehen, so können die allerengsten politischen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien geknüpft werden. — Aber, Sie haben mir nicht auf meine Frage geantwortet: ist eine Personalunion zwischen Serbien und Bulgarien möglich? — Die Antwort hängt von der Forteristenz der ihrer Herkunft nach den Bulgaren fremden Dynastie ab: wenn es zur Wahl eines neuen Fürsten in Bulgarien käme, bin ich überzeugt, daß König Peter gewählt wird. Das ist meine persönliche Überzeugung. Auch abgesehen davon, daß die bulgarische Gesellschaft und die bulgarische Presse voller Sympathie für das streng konstitutionelle Regiment unseres Königs sind und abgesehen von unserer nahen Blutsverwandtschaft, die freilich im Lauf von mehr als 6 Jahrhunderten durch Bruderkriege befleckt wurde, müßte die politische Berechnung den Bulgaren eine solche Wahl vorschreiben. Sie erwarten Beweise von mir. Die Vorteile, welche eine Personalunion beiden bringt, sind an sich einleuchtend: ein Krieg zwischen Serbien und Bulgarien wird unmöglich, in der auswärtigen Politik beider Staaten wird die wünschenswerte Solidarität hergestellt, und die beiden kleinen, unter russischem Schutz stehenden slavischen Reiche werden, kraft der Lage, in der sie sich befinden, eine beachtenswerte politische Macht. Gewiß denken Sie an die böse mazedonische Frage? Aber gerade in dieser Frage würde Bulgarien seinen Vorteil bei einer Union finden. In Mazedonien gibt es außer den rein serbischen und den rein bulgarischen Elementen, auch gemischt serbisch-bulgarische. Auch kommt die nahe Verwandtschaft beider Sprachen hinzu, die vielleicht Zweige eines südslavischen Idioms sind, deren Grenze sich aber schwer ziehen läßt, und das ist bei den mazedonischen Dialekten noch weniger möglich. Ich mußte diese Ausführungen machen, um zum Schluß zu gelangen, daß die mazedonische Frage, wenn sie zwischen Serbien und Bulgarien entschieden werden soll, nur politisch entschieden werden kann; besteht aber eine Personalunion zwischen Bulgaren und Serben, so wäre es von den letzteren absurd, sie zu zerreißen, weil Bulgarien etwa 100 000 Serben zu sich ziehen würde. Und deshalb ist der beste Trumpf nicht in unseren

Händen, sondern im bulgarischen Spiel. Eine engere Verbindung zwischen Bulgarien und Serbien würde bald nicht nur auf diese beiden Völker und ihre nationalen Interessen eine günstige Wirkung ausüben. Der südslavische Stamm, mit seinen serbischen, bulgarischen, chorvatischen und slowenischen Verzweigungen ist von den übrigen Slaven durch deutsche, ungarische und rumänische Volkselemente getrennt, er muß daher entweder sich zu gemeinsamer Verteidigung zusammentun oder politisch untergehen. Um nicht mißverstanden zu werden, bemerke ich, daß Rußland nicht ewig der allslavische Vormund und Wohltäter bleiben kann und soll; es hat ohnehin genug eigene Aufgaben, eigene Nöte, schwache und starke Feinde im Innern und an seinen weiten Grenzen. Also uns Südslaven steht eines von beiden bevor — entweder gemeinsame Selbstverteidigung oder politischer Untergang. Aber ich glaube zu fest an das slavische Gesamtbewußtsein der Südslaven, um anzunehmen, daß ihr Hader sie allezeit ihres politischen Verstandes und der natürlichen verwandtschaftlichen Gefühle zugunsten ihrer gemeinsamen Feinde berauben wird. Glauben Sie nicht, daß ich ein Träumer bin; wir haben eine historische Grundlage nicht nur für unsere politische Solidarität, sondern auch für eine völlige Vereinigung. Aber ohne so weit in unsere Zukunft vorzugreifen oder so tief in unsere Vergangenheit zurückzugehen, kann ich auf die jüngsten Tatsachen verweisen. Wir Serben waren ganz bereit, die große Idee des Nationalismus aufzunehmen, welche das revolutionäre 19. Jahrhundert so herrlich entwickelt hat. Auch hat sich gezeigt, daß unser steter Kampf mit dem Islam und mit den Türken auf das Nationalgefühl der Bulgaren und Chorvaten erziehend gewirkt hat: auch sie haben in den Gedanken des heroischen serbischen Dichters gelebt, der durch seine Tränen über das gestürzte Kreuz und das untergegangene serbische Reich zum Kampf „für Kreuz und Freiheit" entflammte. Als die Chorvaten unter dem allzu selbstsüchtigen Druck des ungarischen Nationalismus national erwachten, fanden sie den einzigen Ausweg zur Rettung ihrer Nationalität in voller Verschmelzung mit den übrigen südslavischen Stämmen, und das fand praktisch darin seinen Ausdruck, daß die Chorvaten die serbische Sprache als Literatursprache annahmen. Damals reifte im Haupte des Führers der chorvatischen nationalen Bewegung, Ljudewit Gaj, ein poetisches südslavisches Reich, das als Einheitsstaat

das ganze südliche Slaventum umfassen sollte: Serben, Chorvaten, Slovinzen und Bulgaren. Daß aber die Bulgaren die Notwendigkeit, wenn auch nicht voller Einheit, so engsten Anschlusses empfanden, hat in einem formellen Vertrag Ausdruck gefunden, den die Führer der bulgarischen nationalen Bewegung mit Michael Obrenowitsch über eine Personalunion zwischen Serbien und Bulgarien abschlossen. Leider waren die Serben damals zu schwach und politisch zu unreif, um der südslavischen Geschichte eine neue Wendung zu geben. Sie waren sogar den katholischen Chorvaten feindlich gesinnt. Statt in richtigem nationalen Instinkt die Wiedergeburt der Südslaven zum Ziel zu nehmen, begannen die schmutzigen Feindseligkeiten der Südslaven untereinander, welche unsere Feinde zu nutzen verstanden. Aber man kann 14 Millionen Slaven nicht ewig in Blindheit erhalten, sie wünschen für sich zu leben und nicht für ihre Feinde. Daß wir in eine Periode der Ernüchterung des Südslaventums getreten sind, zeigen die auf eine Annäherung gerichteten Bestrebungen der besten Männer Bulgariens und Serbiens und ein so erfreuliches Ereignis wie der Beschluß der serbischen und chorvatischen Deputierten im Wiener Parlament zusammenzuwirken. Mit einem Wort, in unserem slavischen Süden fühlt man allgemein das Bedürfnis nach einer Annäherung, und die Idee der südslavischen Solidarität wartet ihrer Apostel. Sie werden Erfolg und die Dankbarkeit der slavischen Welt finden. Es ist kein Zweifel, sobald die südslavische Solidarität erreicht ist, wird das österreichische Problem und die türkisch-orientalische Frage zum Nutzen des Slaventums entschieden werden."

Damit schließt diese etwas langatmige Darlegung der südslavischen Zukunftspläne, die als Symptom starker Strömungen in der serbisch-bulgarischen Welt wohl die Bedeutung eines wichtigen historischen Zeugnisses beanspruchen darf. Denn daß diese Zukunftsträumereien ernst zu nehmen sind, darüber kann kein Zweifel sein. Auch liegt die Vermutung nahe, daß der „hervorragende" serbische Publizist, dem wir diese Bekenntnisse danken, einer der Männer ist, die der Dynastie Obrenowitsch ihr blutiges Ende bereitet haben. Sind sie doch immer noch in Belgrad die eigentlichen Regenten. Aber merkwürdig ist es, daß ein russischer Publizist derartige Bekenntnisse nach Petersburg zu schicken wagt und daß ein Organ von der Bedeutung der „Petersburgskija Wjedomosti" sie ohne Vorbehalt

abdruckt. Denn es handelt sich doch um nicht mehr und nicht weniger, als um die unverhüllte Ankündigung, daß dem Fürsten Ferdinand das Schicksal des Königs Alexander bevorstehe! Und all diesen Zynismus in majorem gloriam einer südslavischen Utopie, die vor dem Zerfall der habsburgischen Monarchie und des Zarenreichs unausführbar ist, weil sie den Interessen beider Mächte gleich widerspricht! Man wird daher wohl annehmen müssen, daß wenigstens in den nächsten Menschenaltern Bulgarien Bulgarien bleiben und Serbien auch weiterhin Serbien sein wird. Daß jedoch die ernst gemeinte Absicht, die Pläne des „hervorragenden" serbischen Publizisten und des gleich „hervorragenden" russischen Korrespondenten zu verwirklichen, die ohnehin schwer genug heimgesuchten Balkanslaven in neues Unglück stürzen müßte, ist so durchaus sicher, daß es keiner Ausführungen bedarf. Wir finden aber, daß es sich um eine systematische gegen Österreich gerichtete Agitation des Uchtomskischen Blattes handelt, das, um ein Beispiel anzuführen, vor einigen Tagen in Anlaß der in Bosnien eingetretenen Veränderungen im Personal der Verwaltung bemerkte: „Das alles steht in Zusammenhang mit den in nächstem Frühjahr bevorstehenden kriegerischen Operationen, denen Bosnien und Herzegowina als Basis dienen werden. Der Marsch der Österreicher wird natürlich über Alt-Serbien und Mazedonien nach Saloniki gehen. Tag und Nacht werden Schienen zur türkischen und serbischen Grenze gelegt. Truppen werden herangeführt, Proviant und Kriegsmaterial fertiggestellt!"

Man fragt wohl, welche Stirn dazu gehört, sich solche Nachrichten zu einer Zeit aus den Fingern zu saugen, in welcher die unzweideutigsten Beweise dafür vorliegen, daß sowohl Österreich-Ungarn wie Rußland alles tun, was an ihnen liegt, um den Frieden auf der Balkanhalbinsel zu einem dauernden zu machen und wo ebenso sicher feststeht, daß nicht der Schatten eines Gegensatzes in den Balkanfragen zwischen den beiden Regierungen vorhanden ist? Die Absicht kann nur sein, die Balkanslaven weiter aufzuregen und der öffentlichen Meinung in Rußland eine Richtung zu geben, welche die Regierung schließlich zu einer Balkanpolitik nötigt, wie sie den panslavistischen Bestrebungen entspricht.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, wie unzufrieden man in diesen Kreisen mit der Politik der Regierung in Ostasien

ist, von der sie nicht mit Unrecht einen Krieg fürchten, der den Charakter eines Nationalkrieges nie gewinnen kann, weil er direkt nur einen unmerklichen Teil des russischen Volkes in Mitleidenschaft zieht. Ein Krieg auf der Balkanhalbinsel aber hat seit dem neunzehnten Jahrhundert nicht nur allezeit die gesamte Nation erregt, sondern auch stets eine Reformära nach sich gezogen. Der erste Türkenkrieg Nikolaus' I. hat nur eine scheinbare Ausnahme von dieser Regel gemacht. Der Kaiser hat 1829 sehr ernstlich daran gedacht, zurückgestellte Reformpläne Alexanders I. wieder aufzunehmen und ist erst durch die Julirevolution und die danach folgende polnische Revolution zu dem starren Reaktionär geworden, als dessen Typus er in der Geschichte gilt. Auf den Krimkrieg folgte die große Reformperiode der 60er Jahre, der Krieg von 77/78 mündete in die sogenannte Loris Melikowsche Verfassung aus, die durch den 13. März 1881 zu schanden gemacht wurde. Diese Analogien haben sehr weitgehende Hoffnungen wachgerufen, deshalb drängt man zum Kriege und eben deshalb sträuben sich die Ratgeber Nikolaus' II. mit Hand und Fuß gegen den Druck, den man nach dieser Richtung auf den Kaiser auszuüben bemüht ist. Von einem japanischen und auch von einem chinesisch-japanischen Kriege aber ist eine Rückwirkung auf innerrussische Verhältnisse nicht zu erwarten.

Übrigens muß eine Entscheidung in der russisch-japanischen Streitfrage bald erfolgen. In den Händen des am nächsten Donnerstag zusammentretenden japanischen Reichstages ruht die Entscheidung. Münden die Debatten nicht in ein für Rußland unannehmbares Ultimatum aus, so kann die Kriegsgefahr als beseitigt betrachtet werden, denn im nächsten Frühjahr wird Rußland auch zur See der stärkere Teil sein. Es ist uns in den Betrachtungen speziell der englischen Blätter aufgefallen, daß stets von dem Unrecht gesprochen wird, das Rußland durch sein vertragswidriges Beharren auf mandschurischem Boden begeht, daß aber nirgends die Frage aufgeworfen wird, ob denn die Stellung, die Japan sich in Korea geschaffen hat, rechtlich besser begründet ist? Bis auf bessere Belehrung können wir diese Frage nur verneinen. Unrecht steht gegen Unrecht und dem Kaiser von Korea wird nicht minder Gewalt angetan wie dem Kaiser und der Kaiserin-Witwe von China. Was die Japaner treibt, ist aber die Furcht, daß Rußland, von der Mandschurei aus-

gehend, sich schließlich zum Herrn von Korea machen werde und damit in die allergefährlichste Nachbarschaft Japans käme; die Russen wiederum fürchten die militärische und politische Reorganisation Chinas durch die Japaner. Hier wie dort ist die gegenwärtige Generation bereit, Gefahren zu bekämpfen, die nachfolgenden Geschlechtern gefährlich werden könnten. Das ist die ideelle Seite dieser Politik.

Nächst diesen orientalischen Dingen erregt das meiste Interisse, daß nunmehr doch zu Tage tritt, daß über Marokko eine englisch-französische Vereinbarung stattgefunden hat, derzufolge England den Franzosen freie Hand läßt, nicht nur zur Regelung ihrer Grenzansprüche, sondern auch zur Begründung ihres dominierenden Einflusses im Innern. Es ist sogar nicht unmöglich, daß selbst Tanger diesem Einfluß verfallen wird. Gewiß hat England solche Zugeständnisse, die dem Verzicht auf eine lange und energisch verfolgte Politik gleichkommen, nicht umsonst getan. Man vermutet, daß Frankreich dafür die englische Stellung in Ägypten anerkannt habe, aber dessen bedurften die Engländer nicht, sie saßen dort ohnehin fest. Dann bliebe nur übrig, daß Frankreich eine Haltung im fernen Osten in sichere Aussicht gestellt hätte, die den englischen Interessen förderlich ist, also — ein Fernbleiben für den Fall eines russisch-japanischen Konflikts, damit auch England aus dem Spiel bleiben könne, und das ist schon wahrscheinlicher. In einem russischem Blatt haben wir über diese englisch-französische Annäherung die folgende Betrachtung gefunden: „Die gegenseitigen Sympathien Frankreichs und Englands mögen ja wachsen und stärker werden, aber inmitten des bewaffneten Europa kann weder die eine Macht noch die andere, und überhaupt keine einzige zuerst abrüsten. Wir meinen deshalb, daß die jetzige Annäherung in der Sphäre der Verträge zu keinen bindenden Resultaten führen kann. Der auf dem Bankett vom Ministerpräsidenten Combes ausgesprochene Wunsch, daß der Schiedsgerichtsvertrag erweitert werde und alle möglichen casus belli zwischen Frankreich und England umfassen möge, darf wohl als eine Illusion bezeichnet werden. In der Epoche des bewaffneten Friedens, inmitten kriegerischer Nachbarn, wird ein solcher Vertrag kraftlos sein." Das ist gewiß richtig, schließt aber nicht aus, daß eine anderen Verträgen widersprechende Vereinbarung ad hoc stattgefunden hätte, durch welche lästige Verpflichtungen abgeschüttelt werden. Sobald der Entschluß

dazu da ist, fehlt es auch nie an korrekten Vorwänden, und so wird es auch diesmal sein.

Am 8. Dezember 1728, das ist heute (Dienstag) vor 175 Jahren, hat Friedrich Wilhelm I. das „Auswärtige Amt“ für Preußen ins Leben gerufen. Es hat stolze, aber auch traurige Zeiten durchlebt; heute steht es unter der Nachwirkung der großen Traditionen, die an den Namen des Fürsten Bismarck anknüpfen. Wir wünschen und vertrauen, daß es in Haupt und Gliedern diesem Geiste treu bleibt; stark und klug, friedfertig, wo Friede möglich ist unter Wahrung der Ehre, wo nicht, auch fähig, zur rechten Zeit einem ernsten Entschluß den diplomatischen Boden zu bereiten. Ruht die endliche Entscheidung bei unserem Herrn und Kaiser, so bedarf er treuer und kundiger Räte, den rechten Entschluß zu fassen. Intuition allein macht es nicht. Es ist alte gute preußische Tradition, daß die sorgfältige Erwägung vorhergeht und dazu vornehmlich ist von Friedrich Wilhelm I. das Auswärtige Amt begründet worden.

10. Dezember. Eröffnung des Parlaments in Tokio.
12. Dezember. Auflösung des japanischen Parlaments.

---

16. Dezember 1903.

Wer kein allzu kurzes politisches Gedächtnis hat und sich der Agitation erinnert, die, von England ausgehend, sich gegen Deutschland richtete und als Mittel zur Unterdrückung des Deutschen Reiches eine englisch-russische Allianz ins Auge faßte, wird nicht ohne ironisches Lächeln den völligen Umschwung verfolgen können, der sich langsam aber stetig nach dieser Richtung vollzogen hat. Zwar das englische Organ unserer prinzipiellen Feinde unter den Herren angelsächsischen Vettern, die „National Revue", hält unter dem zusammenschmelzenden Häuflein ihrer Anhänger immer noch die alte Fahne mit dem Kampfesruf: nieder mit Deutschland! aufrecht, aber in Hinblick darauf, daß die englische Regierung bisher weder die russische Allianz zum Abschluß gebracht, noch uns den Krieg erklärt hat, geht ihr die Galle über. „Was die Lage vom britischen Gesichtspunkt aus besonders schwierig macht — so schreibt Herr L. J. Maxse im Dezemberheft seiner Monatsschrift — ist die durch Äußerungen der Minister offenkundig gewordene Tatsache, daß kein Mitglied der gegenwärtigen Regierung eine Ahnung von der europäischen Lage hat. Man kann sogar ohne Übertreibung sagen, daß kaum einer von ihnen ein verständiges Interesse an den auswärtigen Angelegenheiten nimmt. Daß aber die Redner der Opposition in dieser Hinsicht keine Überlegenheit zeigen, braucht nicht erst gesagt zu werden." Das Urteil scheint uns einigermaßen hart zu sein, zumal wenn man bedenkt, daß in England jeder politisch denkende Mensch entweder in die Reihen der Parteigänger der Regierung oder in die der Opposition tritt. Man käme zu dem traurigen Schluß, daß mit Ausnahme der Herren Maxse, Blennerhasset und ihrer russischen Schwurbrüder, der Herren Wesselitzki und Tatischtschew, niemand mehr in England die nationalen Interessen zu begreifen fähig ist.

Da bliebe nur übrig, einen der beiden erstgenannten zum Führer der Nation zu machen, denn die beiden Russen dürften, trotz aller sonstigen Qualifikationen, die sie besitzen mögen, nicht die geeigneten Persönlichkeiten sein. Aber vielleicht ist es auch denkbar, daß die „National Revue" einen falschen Weg gegangen ist, und daß die Politik einer großen Macht sich nicht durch künstlich aufgebauschte politische Verstimmungen und noch künstlicher konstruierte Utopien bestimmen läßt, sondern den Weg historisch herangewachsener Interessen geht. Wir vertreten nach wie vor die Meinung, daß zwischen uns und England nichts steht, was ein friedliches Nebeneinander unmöglich machen sollte, ganz wie auch unsere Beziehungen zu Rußland nicht die geringste Notwendigkeit eines Konfliktes der beiderseitigen Interessen in sich tragen. Was in den deutsch-russischen, wie in den deutsch-englischen Beziehungen für uns gleich ausgeschlossen ist und ausgeschlossen bleiben wird, ist, daß wir uns zu Werkzeugen der einen oder der anderen Macht hergeben könnten. Wir haben weder im nahen noch im fernen Orient Kampfesfelder, sondern erwarten von einer friedlichen Erschließung der Welt für die Ideen der Humanität und des freien Wettbewerbes in ehrlicher Arbeit die Stellung, die uns zukommt. Unsere Waffen werden der Verteidigung der errungenen Weltstellung dienen, der Aufrechterhaltung unserer nationalen Ehre, nicht fremdem Ehrgeiz und fremdem Vorteil. Man entschuldige die Wiederholung dieser selbstverständlichen Sätze, aber wir legen Wert darauf, daß wir nicht als Rechnungsfaktor in einem politischen Spiel mitgezählt werden, von dem wir fern zu bleiben fest entschlossen sind. Das führt nur zu Enttäuschungen, die einen Niederschlag von Verstimmungen zurücklassen, und zu unsinnigen Kombinationen, wie etwa die „Peterburgskija Wjedomosti" sie anstellten, als sie am 11. Dezember die große Neuigkeit brachten, daß Deutschland im Begriffe sei, Kolumbien gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu unterstützen. So wenig wir uns für die Mittel begeistern können, durch welche die neue Republik Panama ins Leben geführt worden ist, so erfreulich erscheint uns die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten den Bau des Kanals in ihre Hände genommen haben und die Aufrechterhaltung der Ordnung an dieser wichtigsten Wasserstraße der Zukunft garantieren. Man kann jetzt ein Ende absehen und darauf rechnen, daß nach etwa 5 Jahren der nächste

Weg vom Atlantischen Ozean in die Südsee dem friedlichen Verkehr offenstehen wird. Daß auch uns eine Neutralisierung des Kanals das liebste gewesen wäre, wollen wir keineswegs bestreiten. Ein Abhängigkeitsverhältnis ist immer lästig und daß die Vereinigten Staaten, wenn ihr Interesse es einmal erfordern sollte, nicht davor zurückschrecken werden, den Kanal zu schließen, läßt sich mit aller Bestimmtheit vorhersehen. Daß die Neutralisierung heute ausgeschlossen ist, erklärt sich aus dem halb freiwilligen, halb erzwungenen Verzicht Englands auf wohlerworbene Rechte und entzieht sich damit jeder Diskussion; da nun aber die Neutralisierung nicht möglich war, wüßten wir nicht, in wessen Händen wir die Schlüssel zum Panamakanal lieber sehen könnten, als in denen Amerikas, das auch geographisch dazu meist berufen ist. Aber verkennen läßt sich nicht, daß schon die bloße Tatsache, daß die jetzt so rüstig anwachsende Kriegsflotte Amerikas in wenigen Jahren den kürzesten Weg in den Stillen Ozean allezeit offen haben wird, beginnt, ihre Wirkung auf die ostasiatische Politik auszuüben. Die amerikanischen Wünsche haben an Gewicht gewonnen, und wenn das auch nicht direkt ausgesprochen wird, läßt es sich doch nicht übersehen: die amerikanische Tendenz, die sich gegen die handelspolitisch privilegierte Stellung jetziger oder zukünftiger Konkurrenten richtet, hat Aussicht durchzudringen. Auch das ist ein Gesichtspunkt, der sich ganz mit der Politik deckt, die Deutschland in jenen Gewässern und in Ostasien verfolgt.

Überlegt man den politischen Inhalt der heutigen Krisis, so zeigt sich bald, daß sie sich durch die Schlagworte Mandschurei und Korea, Rußland und Japan keineswegs erschöpft. Es handelt sich im letzten Grunde doch darum, ob das maritime Übergewicht einer Macht im Großen Ozean sich begründen läßt oder nicht. Die mandschurische wie die koreanische Frage sind nur Begleiterscheinungen dieses wichtigeren Problems, und auch der Bau des Panamakanals zeigt uns eine Seite derselben. Als Beleg dafür mag der Alarmruf dienen, den kürzlich der Moskauer Korrespondent des „Standard“ erhoben hat, und den die Redaktion des Blattes in einem erläuternden Leitartikel sehr ernst zu nehmen scheint.

„Wenn ich nicht irre“ — schreibt jener Korrespondent — „scheint man in England und anderweitig nicht zu verstehen, daß für Rußland die Frage des fernen Ostens keine Frage territorialer Aus-

breitung oder der Interessen seines Handels ist ... vielmehr ist es der gefährliche Ehrgeiz, eine große und vielleicht die größte Seemacht der Welt zu werden. Wir sind gewohnt, in Rußland die Nation mit den unerschöpflichen Heeren zu sehen ... und es ist uns dabei entgangen, wie kräftig der Gedanke der Seemacht in den letzten Jahren propagiert worden ist. ... Die ungeheure Kraft des russischen Patriotismus ist von oben her, wie üblich, bei jeder denkbaren Gelegenheit auf die Entwickelung der russischen Seemacht gerichtet worden. ... Es ist daher Zeit, daß das Ausland sich an den Gedanken gewöhnt, daß Rußland heute nicht nur der „Bär“ ist, sondern sich viele Eigenschaften des Walfisches anzueignen beginnt. Die Erkenntnis dieser Tatsache durch die verantwortlichen Minister einiger Staaten erklärt das sehr beachtenswerte rapprochement eben derjenigen Mächte, welche am wenigsten Neigung haben, ihre ohnehin bedeutende Verantwortlichkeit zur See dadurch gesteigert zu sehen, daß eine neue Seemacht mit gleichen Ansprüchen ihnen an die Seite tritt. Was von Rußland im fernen Osten droht, ist die Begründung einer Seemacht ersten Ranges (an Imperial Navy). ... Diese drohende Umwandlung Rußlands zu einer amphibischen Macht ist das eigentliche Problem unseres Jahrhunderts. Wenn Rußland Port Arthur behaupten kann, wird es im Laufe der Zeit Korea zwischen zwei rein strategischen Militärbahnen einschließen, wie eine Nuß in einen Nußknacker. Nur wenn Rußland durch diplomatische Mittel oder durch Gewalt aus der südlichen Mandschurei vertrieben wird, so daß es nur die Straße nach Wladiwostok behält, den Südstrang von Charbin nach Port Arthur dagegen verliert, dann könnte auf geraume Zeit dieser Ehrgeiz gezügelt werden. Inzwischen werden die Amerikaner den Panamakanal beendigt und damit in den maritimen Verhältnissen des Großen Ozeans eine förmliche Revolution hervorgerufen haben. Dann wäre, wie in der Ostsee und im Mittelmeer, der günstige Augenblick für Rußland vorüber gegangen. ... Es ist daher weit mehr die Aufgabe der Vereinigten Staaten als Englands, die Russen von den offenen Küsten der Südsee zurückzudrängen. Denn sobald Rußland eine starke Seemacht in den pacifischen Gewässern ist, wird es wegen seiner Küsten in ähnlicher anhaltender Sorge stehen, wie England an seinen indischen Grenzen. Die Vereinigten Staaten haben bereits den Grund zu einer formidabelen Marine gelegt. Der

Panamakanal wird in wenigen Jahren ihre Stärke steigern.... In der Vergangenheit war die Erhaltung des Gleichgewichts zu Lande das Problem. Für die Zukunft wird es, wenn es Rußland gelingt, sich den Weg durch den fernen Osten zu bahnen, die Erhaltung des Gleichgewichts zur See sein.... Aber es gibt noch einen anderen positiven Grund, der es nötig macht, Rußland auf sich selbst zurückzuwerfen. Es glaubt bereits an den von anderer Seite her so kühn verkündeten Satz: „Unsere Zukunft liegt auf dem Meer." Für die nichtrussische Welt wäre es weit besser, Rußlands Zukunft in einer anderen Richtung zu leiten. Aller Grund zur Annahme liegt vor, daß der „gelbe Mann" nur noch unruhig schläft, sein Erwachen kann von keiner Rasse weißer Männer mit Gleichmut angesehen werden. Rußland wird seine Bestimmung im 20. Jahrhundert am besten erfüllen ... wenn es die Gelben von der christlichen Kultur des Westens fernhält.... Die leitenden russischen Zeitungen haben aber mehr als einmal Japan den Rat gegeben, sich Rußland anzuschließen, das ihm dann helfen werde, seinen kontinentalen Ehrgeiz auf Kosten Englands in Gegenden zu verwirklichen, die weit anziehender sind, als der unwirtliche Norden. Man hat den Japanern gesagt, daß Formosa eine ausgezeichnete Basis sowohl für einen kommerziellen als für einen militärischen Angriff auf die englische Stellung in China sei, und die russische Unterstützung in Aussicht gestellt, wenn es diesen Kurs nähme. Rußland wird gelegentlich bezaubernd naiv, aber hinter dieser gemachten Unschuld stecken stets tiefe Pläne."

Zu diesem in wörtlichem Auszuge der Hauptgedanken von uns wiedergegebenen Artikel bemerkt der Leitartikel des „Standard": „Es liegt eine beruhigende Beweiskraft in dem von unserem Korrespondenten entwickelten Motiv. Aber wenn der Panamakanal vollendet wird und Japan als Großmacht zur See in Ostasien dasteht, dann müßte der lang gehegte Plan der Moskauer Herrscher und ihrer Diener, sich zu Gebietern der westlichen Südsee zu machen, aufgegeben werden."

Gewiß geben diese Ausführungen zu denken, und ein Kommentar der „National Rewiew" dazu wäre außerordentlich interessant. Die Feindseligkeit und das Mißtrauen Englands gegen die russische Politik ist offenbar dadurch so plötzlich wieder lebendig geworden, daß man der Entscheidung einer großen Frage gegenübersteht, die man noch lange hinzuziehen und womöglich versumpfen zu lassen bemüht war.

England hat alles, was an ihm lag, getan, um eine Situation zu schaffen, bei welcher es den Zuschauer spielen konnte. Die jüngsten englisch-französischen Verbrüderungen haben vornehmlich diesem Zwecke gedient und insofern, wie es scheint, auch zum Ziele geführt, als die den Franzosen gewährten Vorteile in Marokko auf eine Gegenleistung Frankreichs schließen lassen, die kaum in etwas anderem bestehen konnte, als in der Zusage, daß Frankreich dem drohenden Konflikt in den ostasiatischen Gewässern fernbleiben werde, um dadurch auch England von lästigen Verpflichtungen Japan gegenüber freizumachen. An guten Vorwänden dazu kann es ja beiden in ganz ähnlicher Lage befindlichen Mächten nicht fehlen. Nun tauchen mit einem Male der arbeitenden politischen Phantasie andere politische Möglichkeiten auf: ein russisch-japanischer Krieg, in welchem am Ende doch die russische Seemacht sich als die stärkere erweisen könnte, ein dann wahrscheinliches Herabsinken Japans zu einer Macht dritten Ranges, deren wirtschaftliche und politische Kraft mit den gescheiterten Hoffnungen zusammenbrechen müßte, um der unbehindert aufsteigenden russischen Seemacht Platz zu machen. Denn ein wenngleich verlustreicher Krieg bedeutet, wenn er zum Siege führt, nicht eine Schwächung, sondern eine Steigerung der Macht. Das weiß England aus eigener Erfahrung. Oder aber die noch weit unbehaglichere Möglichkeit könnte eintreten, daß Rußland und Japan sich verständigen zu gemeinsamer Zurückdrängung Englands aus den ostasiatischen Gewässern. Der Gedanke ist auch vom japanischen Standpunkte aus keineswegs so einfältig, wie der Moskauer Korrespondent des „Standard" ihn darstellt. Es wäre ein Frontwechsel, kein kampfloses Zurückweichen vor russischen Drohungen, das allerdings der politischen Abdankung Japans gleichkäme. Denkt man sich aber diese russisch-japanische Kombination noch durch den Zutritt Frankreichs verstärkt, so bleibt für England nur der Rückzug auf der ganzen Linie übrig.

Doch das alles sind Möglichkeiten, die beinahe den Charakter von Phantastereien tragen, und zunächst geht das Spiel der Verhandlungen nur zwischen Japan und Rußland. Rußland aber sucht um einen Krieg herumzukommen. Dafür sprechen viele Anzeichen: der sinkende Stern von Besobrasow, die neu gefestigte Stellung des Grafen Lamsdorff, das mit großer Hartnäckigkeit sich behauptende Gerücht, daß Witte wieder zu Ansehen und Einfluß gelange. Sein

siegreicher Gegner, Herr v. Plehwe, hat durch die sehr unangenehmen Enthüllungen der Kischinewer Prozeßverhandlungen an Ansehen eingebüßt, endlich und vor allem Kaiser Nikolaus II. möchte den Frieden gewahrt wissen. In Japan aber ist die höchst kriegerische Adresse des Unterhauses mit der Auflösung desselben beantwortet worden, und die japanische Regierung ist sich des ungeheueren Risikos wohl bewußt, den ein Krieg mit Rußland bedeutet, das günstigsten Falles zeitweilig zurückgedrängt, nicht besiegt werden kann. Hätte man diesen Krieg trotzdem in englischer Bundesgenossenschaft auf sich genommen, so ist man namentlich nach den letzten französisch-englischen Vereinbarungen in höchstem Grade mißtrauisch geworden. Es wird also darauf ankommen, was Rußland tut, um das politische Ehrgefühl Japans zu befriedigen, und da wäre vielleicht jenes russisch-japanische Bündnis des „Standard" noch immer die vorteilhafteste aller Kombinationen.

Aber selbstverständlich bereitet man sich hüben und drüben auch mit vollem Ernst auf den Krieg vor, und es wäre ja von beiden Teilen unverantwortlich, wenn sie es nicht täten. In dieser Hinsicht ist nun ein eben erschienener Artikel der „Birshewyja Wjedomosti" von ganz außerordentlichem Interesse. Er greift auf Pläne zurück, mit denen schon Katharina II. und Alexander I. sich getragen haben. Ihnen galt es, einen Stützpunkt für die russische Marine im Mittelmeer zu erwerben und Alexander I. hat dabei an die Balearen gedacht. Aber was damals nur wünschenswert war, ist heute nicht mehr zu entbehren, und man kann den „Birshewyja Wjedomosti" nur recht geben, wenn sie die Erwerbung einer Kohlenstation im Mittelmeere für Rußland als unerläßliche und unumgängliche Notwendigkeit bezeichnen. Denn, sollte der Krieg mit Japan wirklich unvermeidlich werden, so hängt davon der Erfolg der ostasiatischen Politik Rußlands ab.

Schwerlich wird sich diese Konsequenz des in immer neuen Formen fortwirkenden Orientproblems durch diplomatische Einwände aus der Welt schaffen lassen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die ostasiatische Krisis in ihrer jetzigen Phase den Beweis dafür erbracht hat, daß den russischen Schiffen im Mittelmeer eine Station gesichert werden muß. Es wäre andernfalls eine Abwendung von den Forderungen, die das lebendige und wirkliche Leben, die fortschreitende Entwickelung der großen Weltverhältnisse stellt. Keine Seemacht wird auf die Dauer darauf verzichten dürfen, in Hinsicht

auf ihre Versorgung mit Kohle an den großen Wasserstraßen des Weltverkehrs auf eigenen Füßen zu stehen. Man braucht nur an die Erfahrungen Spaniens im kubanischen Kriege zu denken, um die zwingende Kraft dieses Satzes zu verstehen. Es bereiten sich aber in allen Breiten und Längen des Erdballs Entscheidungen von unberechenbarer Tragweite vor, in welchen die Flotten berufen sind, eine ebenso wichtige und entscheidende Rolle zu spielen. Das Monopol einer Macht auf alle Kohlenstationen der Welt ist damit zum politischen Nonsens geworden, der sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt.

Zum Schluß noch der Hinweis auf eine politische Rede, die kürzlich der Professor Kanai in Tokio gehalten hat. Er gehört der Aktionspartei an und vertrat den Standpunkt, daß Rußlands Ziel dahin gehe, Japan auf die Stufe einer Macht dritten Ranges herabzudrücken. Um dieses Ziel zu erreichen, suche die russische Politik die Aufmerksamkeit Japans von der Mandschurei abzulenken und auf Korea zu konzentrieren. Aber Japan solle sich nicht irreführen lassen; beide Fragen seien zu trennen, und der mandschurischen komme die größere Wichtigkeit zu. Die Kosten eines Krieges aber brauche man nicht zu fürchten. Der chinesische Krieg habe 2,2 Mill. Yen für die Division monatlich gekostet. Bei einiger Sparsamkeit werde man mit 2 Mill. auskommen. Acht Divisionen würden ausreichen, die Russen aus der Mandschurei zu verdrängen, das mache 16 Mill. Yen im Monat oder 192 Mill. im Jahre. Die japanische Flotte mit ihren 250000 Tonnen Gehalt koste im Jahre 280 Mill., das mache in Summa 472 Mill. Yen. Die aber könne Japan wohl aufbringen bei gerechterer Verteilung der Abgaben. Der Reichtum des Landes sei mächtig angewachsen usw. Wir bemerken dazu, daß 1 Yen jetzt 2½ Schilling beträgt, und daß nach dem Budget des am 31. März 1903 abgeschlossenen Finanzjahres die Einnahmen 282,4 Mill. Yen, die Ausgaben 281,7 Mill. betrugen, die Staatsschuld 525,8 Mill. Die Zählung vom 1. Januar 1899 ergab eine Bevölkerung von 41,6 Mill. Köpfen, die Friedensstärke der Armee (31. Dezember 1900) 640701 Mann. So zuversichtlich die Erwägungen Kanais klingen und so günstig die angeführten Zahlen aussehen, wird bei alledem doch immer in Betracht gezogen werden müssen, daß die Japaner noch niemals Europäern im Kampfe gegenübergestanden haben. Dieser Faktor aber ist in seiner Bedeutung noch gar nicht abzuschätzen.

16. Dezember. König Christian von Dänemark in Berlin.
18. Dezember. Konstituierung des Ministeriums Theotokis in Athen.
22. Dezember. Der deutsche Gesandte in Belgrad entfernt sich auf Urlaub.

---

23. Dezember 1903.

Mehr als je nehmen die ostasiatischen Angelegenheiten und die fortdauernde Krisis auf der Balkanhalbinsel die Aufmerksamkeit in Anspruch. Auch läßt sich nicht übersehen, daß ein gewisser Zusammenhang, wenn auch nicht zwischen beiden Problemen, so doch zwischen den Interessen, die sich mit ihnen verknüpfen, besteht. In Tokio müßte ein Krieg auf der Balkanhalbinsel als eine teilweise Entlastung erscheinen; in den Kreisen der Männer des mazedonischen Komitees ein japanischer Krieg die Vorstellung erwecken, daß Rußland zur Durchführung seines als lästig und unbequem empfundenen Reformprogramms in Mazedonien die äußersten Mittel nicht anwenden werde.

Es wird daher nützlich sein, zunächst die Balkanangelegenheiten ins Auge zu fassen. Das Charakteristische der gegenwärtigen Lage springt sofort in die Augen. Die Pforte, die sich nach längerem Zögern, nicht eben leichten Herzens, dazu bequemte, das Mürzsteger Programm anzunehmen, so daß die Kommissare Österreich-Ungarns und Rußlands bereits ernannt werden konnten, hatte gleichsam als Gegenleistung eine sofort eintretende Beruhigung der immer noch fortdauernden Agitation zu Gunsten der Mazedonier erwartet. Namentlich lag ihr daran, moralische Garantien gegen die Wahrscheinlichkeit einer von den halben und ganzen slavischen Selbständigkeiten südlich der Donau drohenden Aggression zu erlangen. Dazu kamen noch gewisse Vorbehalte, die Punkte von minderer Wichtigkeit betrafen, welche gleichfalls einen Teil der Mürzsteger Forderungen bilden. Die Verhandlungen darüber sind durch den Rhamadan unterbrochen worden, und der „Figaro", der sehr mazedonisch empfindet, sieht

darin — man darf hoffen mit Unrecht — die Wiederaufnahme einer Verschleppungspolitik, die mit Hilfe erst der abendländischen, dann der russischen Weihnachtsfeiertage noch geraume Zeit werde fortgehen können. Nehme man endlich die Verhandlungen wieder auf, so sei der Abschluß schwerlich vor dem Frühjahr zu erwarten. Das aber sei der Zeitpunkt, den sich die slavisch-mazedonischen Komitees zu erneutem Beginn ihrer Tätigkeit gewählt hätten. Wenn sie nun wirklich wie in diesem Jahre mit allen Mitteln der Gewalt vorgehen sollten, gewinne die Pforte das ihr nicht mehr abzustreitende Recht, ihre Macht zu brauchen und ein für allemal dem Treiben ein Ende zu machen. Aber, wie gesagt, das ist eine Wahrscheinlichkeitsrechnung und Zukunftsphantasie des „Figaro", von der sich hoffen läßt, daß sie sich nicht verwirklicht, andernfalls müßten unabsehbare Verwickelungen die Folge sein. Den Anhalt für das französische Boulevardblatt hat aller Wahrscheinlichkeit nach die Rundreise gegeben, welche eben jetzt von den Führern der mazedonischen Bewegung unternommen worden ist. Der „General" Zontschew und Boris Sarafow nebst einigen Freunden von gleicher Gesinnung sind erst in Belgrad, dann in Wien gewesen, jetzt weilen sie in Paris, wo sie sich fleißig ausfragen lassen und für den Frühling den bevorstehenden Aufstand mit verblüffender Unverschämtheit ankündigen. Der „Matin", dessen Beziehungen wohlbekannt sind, könnte beinahe als ihr Organ bezeichnet werden. Von Paris aber gedenken die Herren nach London zu gehen, wo die Presse ihnen bereits den Boden bereitet hat, und die Regierung angeblich beabsichtigen soll, offiziell in Konstantinopel auf Herstellung einer vollen Autonomie für Mazedonien anzutragen. Das Endziel der Reise soll Petersburg sein. Man kann aber mit großer Bestimmtheit sagen, daß in Petersburg ihnen kein Mann von politischem Gewicht die Tür öffnen wird. Sie werden, wie in Wien, sich damit begnügen müssen, ihr Herz Journalisten dritten und vierten Ranges auszuschütten, wenn ihnen nicht Petersburg überhaupt verschlossen bleiben sollte, wie sehr wahrscheinlich ist. Daß aber diese offenkundige Agitation in Konstantinopel verstimmt, ist nicht wunderbar, ganz ebenso wie sich die übele Laune der russischen Zeitungen über die Haltung ihrer englischen Kollegen wohl verstehen läßt. „Sollte dieses Gerücht (Forderung der Autonomie für Mazedonien) auch nur einen Kern von Wahrheit in sich schließen — schreibt die

„Nowoje Wremja" — so haben wir es mit einem weiteren Schachzug des Londoner Kabinetts zu tun, bestimmt, Rußland von seiner ost- und mittelasiatischen Politik abzuziehen. Die Frage ist nun, ob die Pforte infolge der höchst kategorischen Rede des Grafen Goluchowski in den Delegationen sich von der Notwendigkeit überzeugt, die im Herbst in Mürzsteg ausgearbeiteten Reformen schnell und energisch auszuführen. Gehen die Reformen bis zum Frühjahre durch, so werden die Bemühungen des Generals Zontschew, Sarafows und der anderen sogar dann vergeblich bleiben, wenn England sie unterstützen sollte." In dieser Ausführung fällt zweierlei auf, einmal, daß der Franzosen nicht gedacht wird, dann aber, daß die Ruhe im Balkan ganz direkt in Abhängigkeit von der Durchführung der Reformen bis zu dem gefürchteten kritischen Zeitpunkt gestellt wird. Man hört einen Ton nicht unberechtigter Sorge durchklingen, denn in der Tat, wie läßt sich für den Erfolg bürgen, wenn weder die Türkei, welche die Reformen durchführen soll, noch die Mazedonier, denen sie gelten, noch endlich Bulgaren und Serben, die den Umstand bilden und die Westmächte, die die Rolle des Kritikers auf sich genommen haben, das Werk freundlichen Auges anschauen?

Es kommt aber noch ein weiteres erschwerendes Moment hinzu. In der, stetem Wechsel unterliegenden, Politik Serbiens und Bulgariens ist eine Wandlung eingetreten, die beide Mächte von Rußland und Österreich-Ungarn entfernt hat. Das heutige bulgarische Ministerium und die Kammermajorität stehen in Petersburg keineswegs in Gnaden und die Stimmung hat sich noch weiter verschlechtert, seit Fürst Ferdinand einen russischen Spion, Weißmann, ausgewiesen hat. An diese Ausweisung knüpft sich aber ein ähnlicher diplomatischer Skandal, wie einst die Publikation der Jacobsohnschen Papiere durch Leonow ihn erregte. Damals handelte es sich um die von Chitrowo geleiteten Intrigen, die den Sturz des Fürsten Alexander Battenberg zur Folge hatten; und die von Jacobsohn publizierten Papiere konnten bis auf den heutigen Tag nicht als unecht erwiesen werden. Was jetzt die bulgarischen Zeitungen von den Weißmannschen Papieren veröffentlichen und der „Européen" in seiner Nummer vom 19. Dezember wiederholt, ist allerdings im höchsten Grade kompromittierend, weil der Mann in direkten Beziehungen zum Kammer-

herrn und wirklichen Staatsrat Georg Petrowitsch Bachmatiew, derzeitigem diplomatischen Agenten Rußlands in Sofia, und zu Herrn Nikolai Waleriewitsch Tscharikow, der den gleichen Rang und die gleiche Stellung in Serbien einnimmt, gestanden hat. Er war das Werkzeug der russophilen Zankowisten und agitierte seit dem Fall des Ministeriums Danew gegen den Fürsten Ferdinand. Wir können die Richtigkeit der weiteren Behauptungen des „Européen" nicht kontrollieren, Weißmann sei auch im Solde König Alexanders von Serbien, der Türkei und sogar Österreichs gewesen, halten aber die letztere Nachricht für sicher falsch, während nichts dagegen spricht, daß der Mann auch für andere Mächte käuflich gewesen sein sollte. Die Tatsache, daß er ausgewiesen und ein großer Teil seiner Papiere in die Hände der bulgarischen Regierung gefallen ist, wird aber auch aus russischer Quelle („Nowoje Wremja") bestätigt. Jedenfalls hat er ausgespielt, es bleibt aber als Fazit seiner Tätigkeit der erneute Beleg dafür, wie schädlich es ist, moralisch bescholtene und unzuverlässige Persönlichkeiten, wenn auch in inferioren Stellungen, politisch zu gebrauchen! Die praktische Folge dieses Treibens ist, daß heute Bulgarien und Serbien sich einander nähern und, wenn nicht alle Anzeichen trügen, auch Montenegro dieser werdenden südslavischen Allianz nicht fern steht.

Zu alledem kommt, daß König Peter Karageorgiewitsch es hat hinnehmen müssen, daß das diplomatische Korps Belgrad gerade in dem Augenblick verlassen hat, wo die Neujahrsgratulation bevorsteht. Wie aber soll unter solchen Verhältnissen gerade von Rußland auf die Politik Bulgariens und Serbiens ein Druck ausgeübt werden, damit sie ihrerseits das Mürzsteger Programm fördere? Auch gibt es in Serbien wie in Bulgarien bereits starke antimonarchische Gruppen, in der serbischen Skuptschina soll fast die Hälfte der Volksvertretung zu ihnen gehören, in Bulgarien sind es alle Zankowisten. Als ihr Ziel ist neuerdings die Proklamierung einer föderativen Balkanrepublik angekündigt worden, also ein Gegenstück zu der nach den letzten Ereignissen als undenkbar erwiesenen serbisch-bulgarischen Personalunion mit König Peter als gemeinsames Oberhaupt, auf welche wir am 9. Dezember an der Hand einer Korrespondenz der „Petersburgskija Wjedomosti" hinwiesen. Schwerlich wird sich danach die Lage im nahen Orient soweit als gesichert bezeichnen lassen,

daß eine besonnene Politik von ihnen bis auf weiteres absehen dürfte.

Wir haben dieser Dinge so ausführlich gedacht, weil sie uns ein Beweisstück für unsere oft wiederholte These bieten, daß die russische Politik einen kriegerischen Zusammenstoß mit Japan vermeiden möchte, und daß daher trotz der überaus bedenklichen Nachrichten, die aus dem fernen Osten einlaufen, im letzten Augenblick immer noch ein Ausgleich durch Zugeständnisse Rußlands an Japan gefunden werden könnte. Über die zur Zeit in Petersburg vorherrschende Stimmung und über den Stand der russisch-japanischen Unterhandlungen hat die „Kölnische Zeitung" am 19. Dezember aus „gut unterrichteter" russischer Quelle die folgenden Nachrichten gebracht: Rußland sei zwar geneigt, das Protektorat Japans über Korea anzuerkennen und ihm für die Zukunft den Haupteinfluß auf die Politik Koreas zuzugestehen, doch verlange es seinerseits uneingeschränkte Handelsfreiheit in Korea, sowie das Zugeständnis der Errichtung zweier befestigter militärischer Stützpunkte in Masampho zum Schutze seiner Verbindungslinie Wladiwostok-Port Arthur. Japan habe ein Eingehen auf die Frage der militärischen Stützpunkte glatt abgelehnt, zur Frage der Handelsfreiheit aber Gegenvorschläge gemacht, die sie illusorisch machen würden. Der russische Statthalter im fernen Osten, Alexejew, haben inzwischen sich energisch gegen die Anerkennung des japanischen Protektorates in Korea ausgesprochen, während andererseits Großfürst Alexander Michailowitsch wegen des Fehlens geeigneter Docks zu Schiffsreparaturen in Ostasien gegen einen Krieg sei. Staatssekretär Besobrasow befürwortet dagegen den Appell an die Waffen. Der Kaiser selbst sei gegen den Krieg, so lange die Erhaltung des Friedens mit der Ehre und dem Ansehen Rußlands vereinbar sei. Auch Graf Lamsdorff hoffe noch auf eine Verständigung. Es sei anzunehmen, daß die Verhandlungen in der Hoffnung weitergeführt werden, einen beiderseits befriedigenden Ausgleich herbeizuführen.

Dagegen ist dann von englischer Seite ein sehr pessimistischer Ton angeschlagen worden, und auch was direkt und indirekt aus Japan herüberklingt, ist wenig beruhigend. Die Frage der Pflichten, die sich für England aus seinem Bündnis mit Japan ergeben, wird jetzt auch von den englischen Blättern ernstlich erwogen, und völlig

sicher steht, daß beide Teile, Russen wie Japaner, mit äußerster Energie ihre kriegerischen Vorbereitungen treffen. Welches die Ergebnisse der Beratung der „alten Staatsmänner“ in Tokio gewesen sind, steht nicht fest, aber gerade das Schweigen der letzten Tage hat in London besonders beunruhigend gewirkt. Unzweifelhaft wäre auch in London eine friedliche Lösung den verantwortlichen Politikern meist erwünscht — wenn sich dieses Ziel ohne eine allzu große Stärkung des russischen Einflusses in Ostasien erreichen ließe. Was sie fürchten, ist weniger Rußland, als die trotz allem naheliegende Notwendigkeit, eventuell auch Frankreich als russischen Bundesgenossen bekämpfen zu müssen. Es ist unter diesen Verhältnissen nützlich, sich den Wortlaut der identischen russisch-französischen Deklaration vom 3./16. März 1902 wieder ins Gedächtnis zu rufen. Sie lautet: „Die verbündeten Regierungen von Rußland und Frankreich haben Mitteilung vom englisch-japanischen Vertrage vom 17./30. Januar 1902 erhalten, der geschlossen ist sowohl zur Sicherung des status quo und des allgemeinen Friedens im fernen Osten, wie auch zur Erhaltung der Unabhängigkeit Chinas und Koreas, die dem Handel und der Industrie aller Nationen offen bleiben sollen. Sie sehen darin zu ihrer vollen Befriedigung eine Bestätigung der bestehenden Verhältnisse, welche, wie beide Mächte stets erklärt haben, auch ihrer Politik zur Grundlage gedient haben und noch dienen.

Beide Mächte glauben, daß die Erhaltung dieser Verhältnisse zugleich ihre Interessen im fernen Osten sichert.

Da sie jedoch ihrerseits genötigt worden sind, sowohl die Möglichkeit feindseliger Handlungen anderer Mächte als auch die Wiederholung von Unordnungen in China ins Auge zu fassen, welche die Integrität und die freie Entwickelung des chinesischen Reiches zum Nachteil ihrer beiderseitigen Interessen verletzen könnten, so behalten beide verbündeten Regierungen sich vor, in solchem Falle dafür Sorge zu tragen, daß zur Wahrung dieser Interessen entsprechende Maßregeln ergriffen werden.“ Petersburg, 3. (16.) März des Jahres 1902. (Nach dem russischen Text.)

Wenn man den Inhalt dieser Deklaration überall in die Worte zusammengefaßt hat: „Ausdehnung der russisch-französischen Allianz auf Ostasien“, so ist damit offenbar zu viel gesagt worden. Vielmehr ist eine Vereinbarung ad hoc erst zu treffen und es ist keines-

wegs gesagt, daß Frankreich verpflichtet wäre, unter allen Umständen für gefährdete russische Interessen mit den Waffen einzutreten. Es scheint uns vielmehr nicht unmöglich, daß, speziell wenn England in den Krieg hineingezogen werden sollte, Frankreich sich auch mit der Zahlung von Subsidien an Rußland abfinden könnte, ja das ist die Kombination, die uns bei den gegenwärtigen Beziehungen Frankreichs zu England als die wahrscheinlichere erscheint. Wir stützen uns dabei auf denjenigen Punkt des englisch-japanischen Vertrages vom 30. Januar 1902, in dem es heißt: „Gerät eine beider Mächte in Wahrung dieser (der bekannten, auch im russisch-französischen Vertrage aufgezählten) Interessen in Krieg mit einer dritten Macht, so wird die zweite Vertragsmacht strikte Neutralität einhalten und sich bemühen, andere Mächte von Angriffen auf ihren Alliierten abzuhalten; falls aber eine oder mehrere Mächte sich dem Gegner der alliierten Macht dennoch anschließen sollten, der letzteren zu Hilfe kommen und mit ihr gemeinsam Krieg führen und Frieden schließen." Wir wiesen schon gleich bei der Veröffentlichung der Bündnisakte darauf hin, daß der Vertrag Geheimartikel enthalten müsse, da der Mandschurei keine Erwähnung im Text geschieht, während doch Lord Cranborne im Unterhause erklärte, daß die Mandschurei als integrierender Teil Chinas unter die gemeinsame Garantie beider Mächte gestellt worden sei.

Jedenfalls bieten sich hier Pforten, aus welchen sich der Weg zu einer Vereinbarung mit Frankreich finden ließe, die beide Mächte von der Teilnahme an einem russisch-japanischen Krieg befreien könnte. Die englisch-französischen Abmachungen in betreff Marokkos machen es sogar nicht unwahrscheinlich, daß nach dieser Richtung schon wichtige Verhandlungen stattgefunden haben. Der Schluß scheint uns mithin nicht unberechtigt, daß aus den beiden Verträgen eine sichere Folgerung auf die bevorstehende Politik beider Mächte in einem russisch-japanischen Kriege nicht gezogen werden kann.

Zu eigentümlichen Erwägungen nötigt auch das Vorgehen Englands gegen Tibet. Es verletzt nicht die russischen, sondern die chinesischen Interessen, und zwar sowohl direkt als indirekt. China nimmt Tibet gegenüber die Stellung einer suzeränen Macht ein, was bekanntlich auch darin seinen Ausdruck findet, daß alljährlich nach Peking ein von chinesischen Beamten erhobener Tribut geht. Die

Festsetzung der Engländer auf tibetanischem Boden wäre demnach eine Verletzung der Integrität Chinas und zugleich die Sicherung einer Stellung, von welcher aus England von Osten her einen Druck auf China ausüben kann. Das wäre die direkte Verletzung chinesischer Interessen, indirekt aber würde England sie verletzen, indem es ein Vorgehen Rußlands von Osten her damit förmlich herausfordert. Nach Lhassa selbst reicht die Hand Rußlands nicht, das nächstgelegene Ferghana liegt immer noch 2000 Werst ab und der Weg führt durch unzugängliche Wüste. Aber die „Nowoje Wremja", welche diese Frage erwägt, gelangt dabei zu folgender Betrachtung: „Wir werden uns, schreibt sie (19. Dezember), jeder Einmischung in die tibetanischen Angelegenheiten enthalten, aber wir könnten etwas anderes tun, nämlich Kaschgar, Jarkand und Kuldscha für unsere Schutzgebiete erklären, und zwar umsomehr, als die Bevölkerung dieser Provinzen längst nach Rußland hin gravitiert. Kuldscha war 10 Jahre lang unser und wir haben es China nur zurückgegeben, um gute Nachbarschaft zu halten. Jetzt aber, da die Lage sich verändert hat, müssen wir unseren Einfluß in diesen Gebieten verstärken."

Sind das auch nur Zeitungsbetrachtungen, so läßt sich wohl denken, daß die Stellung Chinas in einem russisch-japanischen Konflikt durch diese immerhin nicht unwahrscheinlichen Folgen des tibetanischen Feldzuges mit beeinflußt wird, und daß deshalb ein Anschluß an Rußland vorteilhafter erscheinen könnte als ein Zusammengehen mit Japan. Die Gegnerschaft Rußlands bringt sichere Verluste, die Freundschaft Japans zweifelhafte Vorteile — so liegt es für China bei nüchterner Erwägung.

Doch wir kehren zu den von der „Kölnischen Zeitung" gezeichneten Petersburger Strömungen zurück. Zu den Momenten, welche für den Frieden sprechen, müssen die finanziellen Bedenken hinzugezählt werden, die ohne Zweifel vorhanden sind. Rußland hat seiner asiatischen Politik in den zwei letzten Jahrzehnten ungeheuere Opfer gebracht, die das europäische Rußland tragen mußte. Wichtige Reformen, nach denen die Bevölkerung schreit, mußten deshalb aufgeschoben werden, eine drückende und ausbeutende Finanzpolitik hat bösartige politische Erregung in allen Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen, und wir sehen nicht, daß sie im Abnehmen begriffen wäre. Trotz der Schwenkung, welche sich in der letzten Zeit in der russischen

Presse, wohl nicht ohne Anregung von außen her, vollzogen hat, ist die Politik, die zur Besetzung der Mandschurei geführt hat, unpopulär, ein japanischer Krieg wird es noch weit mehr sein. Das alles sind Gewichte, die schwer in die Friedenswagschale fallen. Aber wir wissen nicht, ob es nicht bereits zu spät ist, und können auch nicht ermessen, was Rußland seinem Prestige in Ostasien schuldig ist. Im ganzen scheint es uns eher einen politischen Rückzug vertragen zu können als das englische, wohl auch eher als Japan, und deshalb würde ein Nachgeben Rußlands auch am ehesten eine friedliche Lösung herbeiführen, die von mehr als ephemerer Dauer sein könnte.

24. Dezember. Französisch-italienischer Schiedsvertrag.
24. Dezember. Scharfer Notenwechsel zwischen Japan und Rußland.
29. Dezember. Weitere Ausdehnung des Aufstandes in Südwestafrika.
30. Dezember. Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Abessinien.

---

30. Dezember 1903.

Der Weihnachtsstille ist eine Flut von Telegrammen am Montag gefolgt, die zu nicht geringem Teil die Lage im fernen Osten betreffen. Sie stellen, wie bisher fast alle unsere Nachrichten aus englischer Quelle stammend, die Lage als noch weiter verschärft dar, und wollen von einer an Rußland gerichteten Forderung Japans wissen, die bis zum 7. Januar beantwortet werden und endgültigen Aufschluß über die Haltung Rußlands in den schwebenden Streitigkeiten geben solle. Erscheint uns nun diese letztere Nachricht als sehr verdächtig, da sie gegen alle diplomatischen Usancen in einem friedlichen Stadium der Verhandlungen wäre, wie es heute noch zweifellos besteht, so läßt sich andererseits nicht verkennen, daß bisher weder von der einen noch von der anderen Seite sich die geringste Neigung gezeigt hat, nachzugeben. Jeder Teil erwartet vom anderen, daß er militärisch und politisch einen Rückzug antrete. Dabei ist der Mikado ebenso friedfertig gestimmt wie Kaiser Nikolaus II., aber, wie es scheint, ebenso entschieden, die Interessen seines Reiches oder was ihm als Reichsinteresse erscheint, nicht preiszugeben, wie dieser. Zu weitergehenden Schlüssen fehlt alles zuverlässige Material.

Vielleicht erklärt sich daraus die Farblosigkeit der politischen Rede, die Herr Delcassé Sonnabend im Senat gehalten hat. Wenn die telegraphische Wiedergabe des Inhalts richtig ist, hat er die Frage des fernen Ostens mit einigen nichtssagenden Worten abgetan, und dieses brennendste Problem des Augenblicks vor seinen Zuhörern, wie in einer Versenkung verschwinden lassen. Dafür verherrlichte er den Zweibund als diejenige Kombination, welche die Praxis freundschaftlichen Ausgleiches widerstreitender Interessen unter

den rivalisierenden Staaten aufgebracht habe. Exemplum: Der französisch-englische Schiedsgerichtsvertrag, und der von ihm am Weihnachtstag unterzeichnete, im Wortlaut identische Schiedsvertrag mit Italien. Diese letztere Mitteilung wurde vom Senat mit lebhaftem Beifall aufgenommen und das läßt sich wohl verstehen, denn diese Schiedsverträge haben einen angenehm dekorativen Charakter. Daß sie für die Praxis des politischen Lebens viel bedeuten werden, ist schwerlich anzunehmen. Bisher wurden Bagatelldifferenzen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen ausgeglichen; kam es zu keiner Verständigung, und war die strittige Frage ihrer Natur nach kein casus belli, so traten die bons offices befreundeter Mächte ein, oder aber man verständigte sich darauf, als rechtlich bindend den Schiedsspruch einer dritten Macht anzuerkennen, deren Souverän auf Grund vorausgegangener Prüfung durch Fachmänner, die er dazu bestimmte, den entscheidenden Spruch tat. Wenn jetzt an Stelle eines Souveräns der Haager Schiedshof vom 29. Juli 1899 treten soll, so mag das der republikanischen Tendenz der Zeit entsprechen, und es wird immer ein Kuriosum bleiben, daß die Anregung dazu vom Kaiser von Rußland ausgegangen ist, der freilich noch keine Gelegenheit gefunden hat, die Herren Schiedsrichter zu bemühen. Aber es ist, seit das Institut von allen Mächten anerkannt wurde, schwer ersichtlich, weshalb es noch besonderer Vereinbarungen bedarf, um es in geeigneten Fällen anzurufen. Offenbar handelt es sich mehr um eine politische Reklame, als um Durchführung neuer politischer Prinzipien. Wo nicht vitale Interessen auf dem Spiel standen, hat es allezeit für ruchlos gegolten, einen Krieg vom Zaun zu brechen, und dabei wird es bleiben, mit oder ohne Verträge, die in gewissen Fällen auf den Schiedsspruch verpflichten. Frankreich muß noch mehr als andere Mächte mit sozialistischen Utopien rechnen, und ist froh, wenn es ihnen unschädliche Scheinzugeständnisse machen kann. Man kann in diesem Zusammenhange wohl die Frage aufwerfen, weshalb in der kanadischen Frage kein Schiedsspruch im Haag gesucht wurde? Offenbar, weil beide Teile, England und die Vereinigten Staaten, dort des Ausganges nicht sicher waren, und England von vornherein entschlossen war, Zugeständnisse zu machen, die es politisch zu eskomptieren dachte. Für eine durch ausschließlich rechtliche Erwägungen bedingte Entscheidung aber war die Alaskafrage zu politisch, und

deshalb wählte man den anderen Weg, durch den England auf Kosten Kanadas Amerika befriedigte und doch den Schein der Unparteilichkeit wahrte. Wie weit das klug war, wird die Zukunft zeigen. England hat mit dem Effekt des Augenblicks gerechnet und dabei die Machtverhältnisse von Kanada und den Vereinigten Staaten in Betracht gezogen. Was dabei nicht mit in Anschlag gebracht wurde, war, daß Kanada einen Anspruch darauf zu haben meinte, daß England unter allen Umständen seinen Spruch für die kanadischen Wünsche einsetzen werde. Jetzt ist als Folge der erlittenen Enttäuschung eine Bewegung in Kanada aufgekommen, die nach größerer politischer Selbständigkeit dem Mutterlande gegenüber strebt, während andererseits in der Presse der Vereinigten Staaten mit erstaunlicher Ungeniertheit die Frage diskutiert wird, wie und wann ein Beitritt Kanadas zur Union stattfinden solle. Eine rein diplomatische Erledigung der Alaskadifferenz hätte aller Wahrscheinlichkeit nach in Kanada wie in den Vereinigten Staaten zu günstigeren Ergebnissen für England geführt.

Doch, um auf Herrn Delcassés Rede zurückzukommen, noch eine andere Frage ist dem Senat gegenüber mit ebenso allgemeinen Redensarten abgetan worden, wie die russisch-japanische; „bezüglich Marokkos“, sagte der Minister, „bestehe die Politik Frankreichs darin. die Unabhängigkeit und die Entwickelung dieses Landes vor Störungen zu bewahren. Niemand mache Frankreich seine Position in diesem Lande streitig.“ Auch hier wird absichtlich eine falsche Vorstellung bei den Hörern erweckt. Die Zustände in Marokko sind weder so einfach, noch so günstig, wie man aus der kleinen Idylle schließen mußte, die Herr Delcassé mit ein paar kühnen Strichen charakterisiert hat. Eben jetzt weilt Menehbi, der frühere Vezier des Kaisers von Marokko, in Marseille, um von dort aus seine Wallfahrt nach Mekka anzutreten. Er ist volle 3 Jahre im Amt gewesen und hat, seit im September 1902 Bu Hamara auftrat, fast ununterbrochen im Felde gelegen, um den falschen Propheten zu bekämpfen. Aber der letzte Mißerfolg vor Taza brachte ihn zu Fall. Sid Mohamed El Guebbas ist sein Nachfolger geworden, und nichts deutet darauf hin, daß seither eine Wendung zum Besseren eingetreten sei. Vielmehr befindet sich Abdul Aziz sowohl militärisch wie finanziell in der größten Verlegenheit, und wenn, wie heute wohl sicher ist, England den

Franzosen in Marokko freie Hand gelassen hat, so scheint uns wenig wahrscheinlich, daß die neu gestärkte Position der Franzosen in dem Bestreben ihren Ausdruck finden wird, „die Unabhängigkeit und die Entwickelung Marokkos vor Störungen zu bewahren". Das hieße ja sich mit allen Überlieferungen der französischen Politik und mit allen Wünschen der mächtigen französischen Kolonialpartei in Widerspruch setzen.

Nun veröffentlicht der „Standard" eben jetzt den Inhalt eines spanisch-französischen Geheim-Vertrages vom November 1902, der zuerst im „Correspondant", einer französischen klerikalen Revue erschien; der „Correspondant" behauptet durch einen Diplomaten, der das Original des Vertrages sorgfältig gelesen habe, unterrichtet zu sein. Der Vertrag zählt 11 Artikel und faßt eine Teilung Marokkos zwischen beiden Mächten ins Auge. Das Vorgebirge der afrikanischen Küste gegenüber Gibraltar wird dabei eine neutrale Zone bilden. Die Echtheit dieses Dokuments — sagt der „Standard" — ist noch zu beweisen, aber es ist interessant, davon Notiz zu nehmen, daß es erklärt, daß die französische und spanische Regierung, da es notwendig sei, ihre beiderseitigen Interessen in Marokko zu wahren, gegebenen Falles ihre militärischen Streitkräfte in noch zu bestimmendem Verhältnis vereinigen würden. Die hohen vertragschließenden Mächte erkennen ein Recht Europas und speziell der Macht, die Gibraltar besetzt hält, auf Kontrolle an, und nehmen es auf sich, die Neutralität der Provinzen Tanger und Tetuan und des ganzen Vorgebirges von Kap Spartel im Norden bis zu einer Linie, die von El Pennon de Velhez nach El Araisch im Süden läuft, zu respektieren, zu sichern und wenn nötig zu verteidigen. Stadt und Halbinsel Ceuta, sowie die Presidios würden jedoch in spanischem Besitz bleiben. Der Rest von Marokko würde nach diesem Schema zwischen Spanien und Frankreich so geteilt werden, daß Spaniens Einfluß den nördlichen Teil des Territoriums umfassen würde, das herkömmlich „Königreich Fez" genannt wird, Frankreichs Einfluß den südlichen Teil." Der Korrespondent des „Standard" fügt hinzu: „Soweit ich feststellen konnte, besteht der angezogene Vertrag nur in der Phantasie des Diplomaten, der ihn dem „Korrespondant" mitgeteilt hat."

Auch uns scheint das letztere richtig zu sein; doch erinnern wir

uns, daß, als im Herbst vorigen Jahres die ersten von Bu Hamara erregten Unruhen zum Ausbruch kamen, sehr lebhafte Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich hin- und hergingen und auch das Gerücht von einem spanisch-französischem Vertrage über Marokko umlief. Es könnte sich wohl um einen Vertragsentwurf handeln, der nicht Wirklichkeit geworden ist.

Aus welchem Grunde die Regierung des Sultans sich gegen einen Italiener als Chef des mazedonischen Gendarmeriekorps wehrt, ist schwer zu verstehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach folgt die Pforte dabei einem Drucke von außen her, wie denn die Interessengegensätze in den Balkanfragen immer wieder hervortreten. Wie es in Frankreich eine Richtung gibt, welche die Regierung zu noch entschiedenerer Parteinahme für die Mazedonier drängt und über die Abnahme des französischen Einflusses im nahen Orient, die freilich nicht zu leugnen ist, bittere Klage führt, so geht auch in England und in Rußland die Aktion der Politiker auf eigene Hand unentwegt und unbeirrt weiter. Im „Grashdanin" macht sich ein Herr Durnowo, wie wir der „Petersburger Zeitung" entnehmen, über dieses Treiben seiner Landsleute folgendermaßen lustig:

„Vor uns liegt die Nr. 69 des Slawjanski Wek", die vielen Mitgliedern des Moskauer Slavischen Hülfsvereins zugegangen ist, obgleich sie auf diese Zeitschrift nicht abonniert haben. Auf der ersten Seite prangt das Porträt seines „energischen" Präsidenten Arthur Iwanowitsch Tscherep-Spiridowitsch, von dem ganz Europa rede. Herr Tscherep ist in Uniform und mit einem Ordensbande dargestellt und unter dem Porträt steht geschrieben: „Ein neues Grünwald (Tannenberg) ist die Losung der Slaven." Es folgt eine eingehende Biographie des Herrn Tscherep, der wir folgende Stellen entnehmen: „Unter den in Rußland bestehenden Slavischen Vereinen hat nur der Moskausche ein wirklich reges Leben offenbart. Das Hauptverdienst A. J. Tscherep-Spiridowitschs besteht darin, daß er den Verein zu einem ernsten gesellschaftlichen Faktor gemacht hat. A. J. Tscherep-Spiridowitsch stammt aus dem alten litauisch-russischen Geschlecht der Nachkommen des Fürsten Gedimin". . . . . . . „Durch seine antideutschen Reden hat er die heftige Erbitterung der deutschen Finanzmänner hervorgerufen." Weiterhin wird vom Fürsten Bismarck gesprochen, von einem Siege, den Herr Tscherep erfochten habe u. s. w. „Durch diesen Kampf (d. h. mit den Deutschen) gestählt, widmete er alle seine Kräfte, ohne sich durch Angriffe irre machen zu lassen, dem großen Werke der Erweckung des slavischen Interesses in Rußland, der Bekanntmachung der Slaven untereinander und der Warnung vor der Gefahr des Pangermanismus, dessen Wellen zuerst das westliche, dann das südliche Slaventum und schließlich die

russischen Lande verschlingen will!“ In Sachen der Vorkämpfer des Slaventums hält er es für seine Hauptaufgabe, die bestehenden Gegensätze und Streitigkeiten zu versöhnen, indem er beständig predigt: „Möge jeder Slave, der sich anschickt, einen Slavenbruder durch Worte oder Taten zu verletzen, an die Deutschen denken, dann wird seine Hand, da er sie geschlagen hat, kraftlos niedersinken, und das bittere Wort wird auf seinen Lippen sterben, bevor es ausgesprochen worden.“ ... Diese Zitate werden genügen, um zu beweisen, wie wenig die serbischen und bulgarischen Ordensritter, die in dem Moskauer slavischen Hülfsverein sitzen, gegen die energische Politik des Herrn Präsidenten tun können. Seine Reisen in den slavischen Ländern sind nicht umsonst. Sein Name tönt durch ganz Europa.“ „Das russische Ministerium des Auswärtigen sei bemüht, den Ereignissen auf der Balkanhalbinsel zuvorzukommen und einen Krieg der Bulgaren mit den Türken zu verhüten, aber der „energische“ Präsident des Moskauer Slavischen Hülfsvereins treibe seine eigene Politik, suche die Serben und Bulgaren mit einander zu versöhnen, um sie dann gegen die Türkei zu hetzen. „Die Serben müssen ihren historischen Rechten auf Mazedonien zu Gunsten der Bulgaren entsagen, die ihnen behüflich sein werden, von Österreich Bosnien und die Herzegowina wiederzugewinnen“ — das werde in dem Moskauer Slavischen Verein gepredigt und verkündet. „Jetzt, wo die Türkei darauf eingegangen ist, in Mazedonien die Reformen durchzuführen, die von Rußland und Österreich verlangt werden, ist die geplante Belgrader und Sofiasche Reise des Herrn Tscherep-Spiridowitsch, Präsidenten des Moskauer Slavischen Hülfsvereins, die den Zweck hat, die Regenten der genannten Staaten davon zu überzeugen, daß sie den Forderungen Rußlands keine Aufmerksamkeit zu schenken haben, wohl schwerlich passend. Man muß sich über die Einfalt der Bulgaren und Serben wundern, die den Reden verschiedener russischer Chlestakow Glauben schenken, welche das russische Volk für die Mazedonier einnehmen und Rußland veranlassen wollen, der Türkei und vielleicht auch Österreich den Krieg zu erklären.“

Wir knüpfen hieran als würdiges Gegenstück den einer russischen Zeitung zugegangenen Bericht über die Generalversammlung des slavischen Klubs in Prag, die am 22. Dezember stattfand und von mehr als 400 Mitgliedern, Vertretern der verschiedenen Zweigvereine, besucht war. Zweck der Versammlung war die Begründung eines Komitees zur Unterstützung der Opfer des mazedonischen Aufstandes. Dagegen läßt sich gewiß nichts einwenden, aber man muß Tscheche sein, um zu verstehen, daß auch die Erfüllung dieser philanthropischen Aufgabe nicht ohne wütende Ausfälle gegen die Deutschen möglich ist. Der erste Redner Dr. Scheiner (also tschechisierter Deutscher) erklärte, es sei die Pflicht der Tschechen, ihren Balkanbrüdern zu helfen, die so schweres erdulden: Europa müsse bewogen werden, ihnen Hülfe zu erweisen und die Vertreibung der Slaven aus der

Balkanhalbinsel zu verhindern. Aus Bosnien habe man sie schon verjagt und durch Deutsche ersetzt!

Der zweite Redner, Herold (!) sagte: „Wir wünschen Frieden in Europa, aber wenn Europa die Stimme der Geknechteten nicht hören will, so mag Frieden und Ruhe gebrochen werden!"

Dr. Baksa tadelte auf das schärfste die Regierungen der europäischen Staaten, die, Rußland und Österreich nicht ausgenommen, die deutsche Politik unterstützen.

Der Sozialist Klofatsch schloß seine scharfe Rede mit folgenden Worten: „Die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel sind nur eine Episode im Kampf der germanischen Rasse mit der slavischen. Der mazedonische Aufstand war eine Folge der österreichischen Parole: nach Saloniki! Sehet, was in Bosnien geschieht. Die Bosnier wandern in die Türkei aus — ein Beweis, daß sie unter österreichischem Regiment unglücklich sind. . . . Gott bewahre uns vor einer neuen Okkupation: das hieße den Balkan den unersättlichen Deutschen ausliefern. Österreich kann sein eigenes Land nicht in Ordnung halten, wie sollte es fremde regieren können?" Zwei ausländische Redner, der Bulgare Maximow und der Serbe Sobotitsch, dankten der Versammlung für ihre Teilnahm, und die Sitzung fand ihren Abschluß mit Annahme der Resolution: den Mazedoniern muß in ihrem Kampf für Freiheit, Nationalität und Glauben geholfen werden! Man beschloß in ganz Tschechien, für die Mazedonier zu sammeln!"

Es ist wirklich zu bedauern, daß die Reden der Herren Herold und Klofatsch nicht in ihrem vollen Umfange wiedergegeben sind. Schon die kurzen Angaben, die wir wiederholt haben, zeigen die ungeheuerliche Überhebung und zugleich den Verfolgungswahn, in welchem diese Herren und ihre Anhänger sich bewegen. Vom österreichischen Standpunkte aus grenzt ihr Treiben hart an Hochverrat, vom slavischen aus betrachtet, sucht es die Ziele der slavischen Macht, die allein in Betracht kommt, Rußlands, zu durchkreuzen, im praktischen Effekt aber bewirken all die großen Worte gar nichts und der Verlauf der Ereignisse wird an ihnen vorüberziehen, als seien sie in den Wind gesprochen. Man kann nur bedauern, daß eine wissenschaftlich so hervorragende Persönlichkeit wie Anatole Leroy Beaulieu in einer Vorrede zu Henrys: „Question d'Autriche Hongrie et question d'Orient" dem Inhalte seiner Ausführungen nach jenen Lärm-

geistern angeschlossen werden muß. Auch er warnt die Balkanslaven und alle Slaven überhaupt vor den Gefahren des Pangermanismus. Es ist ein Gespenst, das sich für diese politischen Spiritisten als Realität materialisiert hat, und daher völlig aussichtslos, den Gläubigen ihren Wahn auszureden. Wir wollen es auch nicht versuchen, muß sie doch schließlich die werdende Geschichte selbst von ihren Halluzinationen befreien. Aber das eine können wir ihnen nicht ersparen: das stete Schrecken mit den Gefahren des Pangermanismus zeugt von erstaunlich unsicherem Selbstgefühl. Es fällt bei uns niemandem ein, vor russischen, französischen oder englischen Gefahren, welche die Zukunft bringen könnte, Besinnung und Urteil zu verlieren und Tag für Tag die Lärmtrommel zu schlagen. Wer uns antasten will, wird damit rechnen müssen, daß wir uns zu verteidigen wissen und daß nach bewährtem deutschen Grundsatz der Hieb die beste Parade ist.

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

B.

E.

F.

K.

L.

N.

O.

Q.

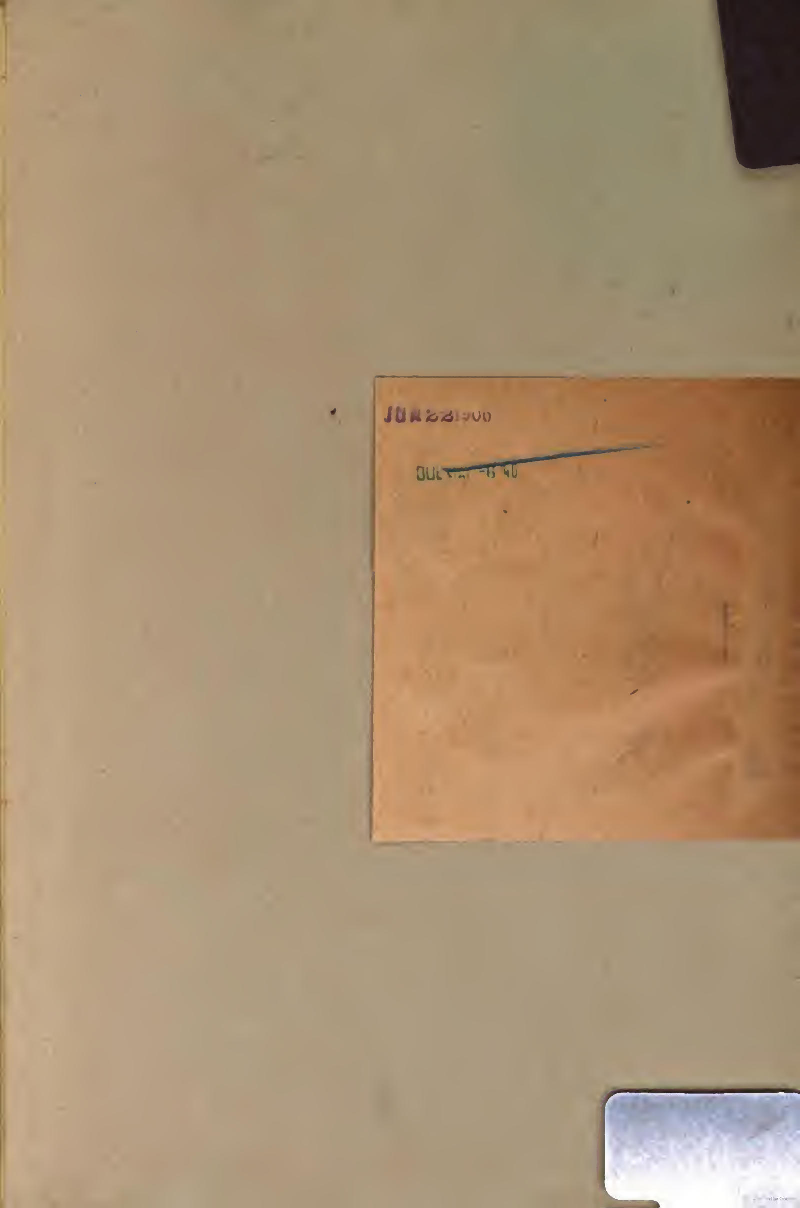
R.

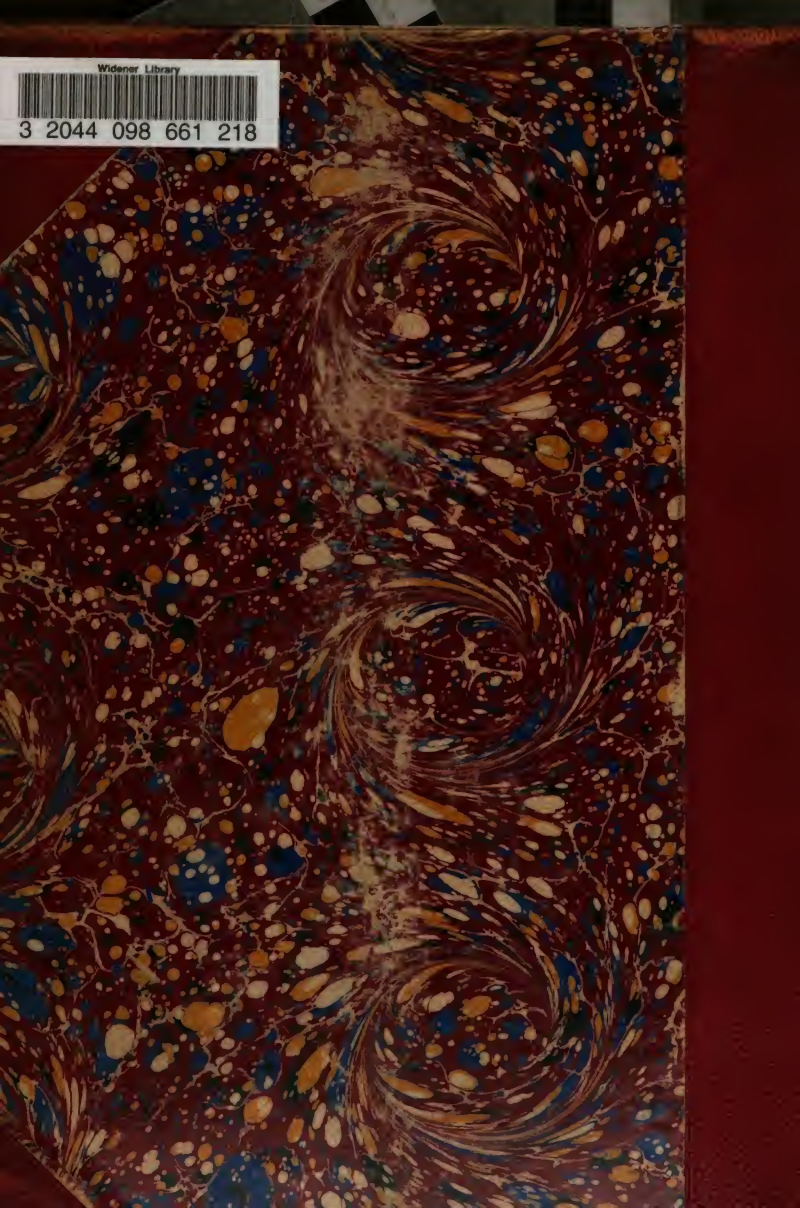
U.

V.

W.






Widener Library
3 2044 098 661 218